

# ANTIREVOLUTIONAIRE STAATKUNDE

DRIEMAANDELIJKSCH ORGAAN

VAN DE

Dr. ABRAHAM KUYPERSTICHTING  
TER BEVORDERING VAN DE STUDIE  
DER ANTIREVOLUTIONAIRE BEGINSELEN

ONDER REDACTIE VAN

Prof. Mr. A. ANEMA - Mr. Dr. E. J. BEUMER - Dr. H. COLIJN  
Mr. H. A. DAMBRINK - Prof. Dr. H. DOOYEWEERD  
Ds. J. JONGELEEN - Dr. J. W. NOTEBOOM - Prof. Mr.  
V. H. RUTGERS - J. SCHOUTEN - Prof. Dr. J. SEVERIJN

---

ACHTSTE JAARGANG

---



UITGAVE VAN J. H. KOK N.V. TE KAMPEN 1934

---

---

## INHOUD

---

	Blz.
RUD. GROB, Calvinismus und Kultur . . . . .	1
O. GENOUY, Protestantisme et démocratie . . . . .	21
PROF. DR. H. DOOYEWEERD, De bronnen van het stellig recht in het licht der wetsidee. Een bijdrage tot verheldering van het probleem inzake de verhouding van rechtsbeginsel en positief recht ( <i>vervolg</i> ) . . . . .	57
DR. J. C. H. DE PATER, Calvijn's aandeel aan de samenzwering te Amboise . . . . .	97
DR. A. A. L. RUTGERS, Engeland en Britsch-Indië . . . . .	123
PROF. DR. G. BESSELAAR, Calvinisme en nationale reactie, vooral in Zuid-Afrika . . . . .	153
DR. L. W. G. SCHOLTEN, De principieele basis van de Nationaal- Socialistische Beweging in Nederland . . . . .	167
DRS. H. SMITSKAMP, Groen van Prinsterer's denkbelden over het recht van opstand . . . . .	182
DR. J. C. RULLMANN, De maatregelen tegen de afgescheidenen	197
PROF. DR. G. BESSELAAR, Intellectueel leven in Zuid-Afrika . .	289
DR. J. RIDDERBOS, De Overheid en de Wet Gods . . . . .	301
C. SMEENK, De economische toestand van Nederland . . . . .	325
DR. J. VAN LONKHUYZEN, De Christelijke staat en de geestelijke en zedelijke ontarding onder ons volk . . . . .	370
MR. B. DE GAAY FORTMAN, Een „Catechismus van het antirevo- lutionaire geloof” uit 1853 en de schrijver daarvan . . . . .	421

---

---

---

## CALVINISMUS UND KULTUR. \*)

VON

RUD. GROB.

Wenn unser Thema hiesse: Katholizismus und Kultur, so wäre die Aufgabe leichter. Man könnte dann schildern, wie die Lehre des THOMAS VON AQUIN einen Weg vom Irdischen zum Himmlischen, vom Stoff zur Form, vom Empfinden zum Schauen zeigt, und wie sie die verschiedenen Ausdrucksformen des Lebens in der Kunst, der Wissenschaft, der Politik in einem letzten Endpunkt sichtbar zusammenfasst. Es könnte dargetan werden, wie hier durch die aristotelische Entelechie eine Verbindung zwischen dem Glauben und der Vernunft hergestellt wird, sodass der Glaube eigentlich nur die höhere Stufe dessen bedeutet, was auch die Vernunft erstreben kann, und wie hier eine Verbindung zwischen dem sichtbaren Reich der Erde und dem unsichtbaren des Himmels besteht und wie diese Verbindung in der Kirche sichtbar und greifbar vorhanden ist; und wie, dank einer wunderbar einheitlichen theologischen Entwicklungslehre der Begriffe und Wertungen die Verbindung von Glauben und Kultur sowohl zum Wesen des Glaubens als zum Wesen wahrer Kultur gehört, sodass es bei THOMAS eine undiskutierbare Selbstverständlichkeit ist: Kein Glaube ohne Kultur, keine Kultur ohne Glauben; keine Kirche ohne den Staat, kein Staat ohne die Kirche; keine Vernunft ohne Glauben und kein Glaube ohne Vernunft; keine Kunst ohne die Kirche und keine Kirche ohne Kunst. Die Verbindungsbrücke ist in diesem System nichts Nebensächliches, gleichsam nachträglich Hinzugebautes, sondern sie gehört zum eigentlichen Grundriss und zum Stil des Gebäudes.

Und diese Verbindung zwischen Kultur und Glauben ist in der Kulturgeschichte alter und neuer Zeit eine so weitverbreitete Erscheinung geworden, dass auch manche Durchschnittsprotestanten ohne

---

\*) Voordracht, gehouden voor de Calvinistische studentenconferentie te Lunteren 1933.

Mühe sich einen katholischen Künstler vorstellen können und den katholischen Glauben gleichsam als die zu seiner Kunst am besten passende Konfession betrachten, und dass sie andererseits das Bild eines streng reformierten Künstlers als fast etwas stilwidriges ansehen. Hinter diesem Empfinden des modernen Durchschnittsprotestanten stehen, ihm selbst unbewusste geistige Wirklichkeiten, innerste, dogmatische Gegensätze der beiden Konfessionen in ihrer Stellung zur Kultur.

Wo in Roms Lehre die Brücke zwischen Kultur und Religion liegt, da liegt im Calvinismus ein Abgrund. Dichtungen, wie der Parzival, der die Gralsburg als gemeinsames Symbol von Rittertum und Christenglaube zugleich darstellt, indem die Ritterminne und die jenseitige Liebe, das diesseitige und das ewige Leben miteinander verbunden sind wie ein Stengel mit der Blume, sind bei einem reformierten Künstler undenkbar, es wäre denn der Verfasser ähnlicher Werke nur dem Namen nach reformiert. Und wenn wir einen allgemeinen Durchschnittsprotestantismus haben, der vor allem auf seine kulturellen Erfolge stolz ist, so ist diese Erscheinung dogmatisch betrachtet noch weiter vom Calvinismus entfernt als Rom selbst. Wenn es z.B. als das eigentliche Ruhmeszeichen des Protestantismus dargestellt wird, dass er die Blüte der deutschen idealistischen Literatur hervorgebracht habe, so ist darauf zu antworten: Diese Literatur kam auf ebenso trotz dem reformatorischen Glauben als wegen ihm. GOETHE'S FAUST z.B. ist ebenso sehr katholisch als protestantisch. Und weiter: Eine Religion, deren wertvollste Lebensäußerung in einer noch so hohen Kulturepoche bestünde, mag alles sein, nur nicht wahrhaft protestantisch, und erst recht nicht calvinistisch. Das katholische Dogma, im besonderen die Thomistische Lehre, stellt in gewissem Sinne die Kultur als eine Uebergangsstufe zur Religion dar. Hier findet die Kultur ihre letzte Vollendung erst in der Religion, und die Religion findet ihre Darstellung in der Kultur. Wie der Glaube im Kultus seine Darstellung findet, so findet die Kirche ihre Darstellung in der Kultur.

Wie anders ist das beim Calvinismus! Um dieser Verschiedenheit bis auf die Wurzel nachzugehen, müssen wir von den dogmatischen Unterschieden reden, welche die Verschiedenheiten in der Stellung der beiden Konfessionen zur Kultur bedingen.

Die Calvinische Lehre bekennt sich zum Glauben an die Prädestination. Die Erwählung beruht nicht auf irgend einer Entwicklung. Sie hat keinen menschlichen Anhaltspunkt. Sie macht den denkbar schärf-



sten Trennungsstrich zwischen Diesseits und Jenseits. Sie steht im schärfsten Gegensatz zu allem Optimismus jener theologischen Entwicklungslehre, die, auf irgend einer Substanz des menschlichen Wesens aufbauend, von der Erde allmähig in den Himmel gelangt. Die Erwählung lehnt auch jede noch so fein ausgeglichene Lehre ab, die in irgend einer menschlichen Erscheinung ein gemeinsames Erzeugnis zwischen göttlichem und menschlichen Tun sehen will. Einen Uebergang vom menschlichen ins göttliche Tun kennt sie nicht. Ja, die Lehre von einem solchen Uebergang schiene ihr eine Gotteslästerung.

Wer Erwählung sagt, sagt zugleich Sünde. Wer Sünde sagt redet nicht von der unzerstörten Natur, sondern von deren Zerstörung und Vergiftung. Kultur aber ist die Entfaltung der dem Menschen gegebenen Natur. Da ist keine Brücke. Da ist kein Verbindungsglied. Da ist vor allem keine Entwicklung von der vergifteten Natur in das jenseitige ewige Leben, in das Wesen des wiedergeborenen Menschen. Also gerade dort, wo das Thomistische Dogma die schönsten Ansatzstellen zu einer Verbindung von Glaube und Kultur aufweist, macht der Calvinismus auf Grund der Lehre der Prädestination den scharfen Trennungsstrich und schneidet jede Verbindungsmöglichkeit ab. Die Erwählung knüpft nicht an die besondere Natur des Menschen und die ihm vom Schöpfer gegebene Eigenart an, sondern sie bricht in rätselhafter Unberechenbarkeit in die zerstörte Natur des Menschen ein und wirkt hier mitten in Tod und Sünde das Wunder der Wiedergeburt. Das Licht leuchtet in die Finsternis hinein. Die Finsternis sendet keine Strahlen aus nach dem Licht. Das heisst auf unsere Frage angewandt: Die Vernunft mag sich noch so hoch entwickeln, sie wird niemals Glauben an die Offenbarung in Christus. Die Kultur mag noch so hoch steigen, sie wird dadurch, dass sie höchstvollendete Kultur ist, niemals Ausdruck einer christlichen Gemeinschaft. Ja noch mehr: Die Sehnsucht der Kreatur, die Gott wie einen verlorenen Funken in unser Herz gelegt hat, mag noch so gewaltig auflodern und in den hinreissendsten und edelsten Kunstwerken zur Geltung kommen, sie wird deswegen noch nicht zum Leben im heiligen Geiste. Denn vom menschlichen Geist aus führt kein Weg und vor allem keine Entwicklung zum Geiste Gottes.

Ist also unsere Lage hoffnungslos? Wenn wir von Calvinismus und Kultur reden sollen, müssen wir uns nicht damit begnügen, den Trennungsstrich zwischen Erwählungsgnade und dem sog. guten Kern im Menschen, zwischen dem ewigen und dem diesseitigen Leben,

zwischen Vernunft und Glauben aufzuzeigen und zu sagen: Bei der Lehre des göttlichen Wortes handelt es sich um etwas ganz anderes als um irgend eine Kulturerscheinung. Dass es sich hier um etwas ganz anderes handelt, das hat neben dem seit der Reformation verkündeten Calvinismus auch die sogenannte dialectische Theologie mit Recht betont, die Sie, verehrte Freunde, als „Schweizerische Theologie“ bezeichnen. — Ich verzeihe Ihnen diesen Fehler, verzeihen Sie auch mir die meinigen. — Aber diese Theologie hat dabei eine andere Seite der biblischen Erkenntnis nicht oder nur halb gesehen, die nun gerade der Calvinismus immer wieder in treuem Glaubensgehorsam gelehrt hat: Die Lehre von der allgemeinen Gnade. Die Calvinische Lehre, die wie keine andere den Glauben an die Erwählungsgnade bekannte, bekannte sich mit derselben Entschiedenheit zum Glauben an die allgemeine Gnade Gottes, zum Glauben daran, dass bestimmte Ordnungen Christen und Heiden gemeinsam von Gott gegeben sind, dass es eine von Gott in die Herzen von Christen und Heiden geschriebene Erkenntnis Gottes gibt, wodurch diese Ordnungen Gottes, wenn auch unvollkommen, erkannt werden und wonach sie befolgt werden müssen, dass es eine natürliche Gotteserkenntnis von Christen und Heiden gibt, wonach das ganze Leben, als auch unsere Kultur, gleichsam das Hoheitszeichen Gottes tragen soll.

Und wenn wir nun die Frage: „Calvinismus und Kultur“ zu besprechen haben, müssen wir beide Lehren ins Auge fassen: sowohl die Lehre von der Prädestination, als die Lehre von der allgemeinen Gnade. Dabei müssen wir uns freilich der Gefahr bewusst sein, vorschnell irgend eine Verbindungsstelle zwischen diesen beiden Lehren herstellen zu wollen, vielleicht z. B. auf dem Wege, dass wir aus der Lehre von der allgemeinen Gnade einen Unterbau für die Lehre der Prädestination machen. Alle derartige Versuche, wie sie leider immer wieder in feinerer oder gröberer Art vorgekommen sind, fälschen sowohl die Lehre von der Prädestination als diejenige von der allgemeinen Gnade. Diese Lehren liegen gleichsam auf zwei ganz verschiedenen Ebenen, oder besser gesagt in zwei verschiedenen Dimensionen, die nicht miteinander in Beziehung gebracht werden können. Das sind freilich für den Calvinisten Selbstverständlichkeiten, über die ihn heute manche Theologen zu Unrecht glauben belehren zu müssen. Wir anerkennen die Verschiedenheiten der Dimensionen der allgemeinen und der besonderen Gnade nicht notgedrungen als eine nebensächliche Tatsache, son-

dem als einen Grundpfeiler unseres Glaubens und unserer Lehre.

Aber was folgt nun daraus für unser Thema: Calvinismus und Kultur? Es ist klar, dass von der Lehre der allgemeinen Gnade aus Verbindungslinien zur Kultur gezogen werden können. Und wenn der Apostel Paulus in seiner Rede auf dem Areopag an den Dichter Aratus anknüpft, der gesprochen hat: „Wir sind seines Geschlechts,“ (tou gar kai genos esmen) so liegt doch darin eine Berührung der griechischen Kulturwelt mit der natürlichen Gotteserkenntnis, die wir zum Bereich der allgemeinen Gnade rechnen. Und wir könnten in ähnlicher Weise hundert Fäden zwischen der Lehre der allgemeinen Gnade und der Kultur aufzählen. Und wenn wir in Verlegenheit wären, noch mehr solcher Fäden zu finden, so würde uns das idealistische Denken des letzten Jahrhunderts genügend Stoff liefern, den wir freilich mit sehr grosser Vorsicht auf seine Verwendbarkeit zu prüfen hätten. Wir könnten auch die Tatsache, dass es überhaupt eine Kultur gibt, als eine Erscheinung der allgemeinen Gnade Gottes auffassen.

Also wären wir endlich aus der Schwierigkeit herausgekommen und hätten nun einen Ansatzpunkt, von dem aus wir auf dogmatischer Grundlage das Verhältnis von Calvinismus und Kultur dartun könnten. Etwa nach folgendem Gedankengang: Der Calvinismus vertritt die Lehre von der allgemeinen Gnade. Diese Lehre gibt uns die Verbindungsbrücke zur Kultur. Also haben wir in dieser Lehre die Stelle gefunden, von der aus wir das Verhältnis von Calvinismus und Kultur besprechen können.

Dem steht aber gegenüber, dass die Lehre von der allgemeinen Gnade nicht eine besondere Eigenart des Calvinismus ist, sondern dass diese Lehre in gewissem Masse ja schon von dem Heiden ARATUS verkündet wurde, dass wir sie wenn auch in anderer Form in der Stoa und zu einem grossen Teil auch im deutschen Idealismus wiederfinden, und dass diese Lehre, losgetrennt von der Lehre der Prädestination, nicht mehr die Calvinische Lehre von der Gratia universalis ist. Es ist freilich möglich, von Kultur im Zusammenhang mit der Lehre von der Gratia universalis zu reden ohne der Prädestination zu gedenken. Das ist ja die landesübliche Art des Durchschnittsprotestantismus. Aber wenn wir von Calvinismus und Kultur reden, so können wir dies unmöglich tun, ohne zugleich fortwährend im Licht der Lehre der Prädestination zu stehen. Mit anderen Worten: Eine Möglichkeit der Auseinandersetzung mit der Frage Calvinismus und Kultur aner-

kennen wir also nur innerhalb der Frage nach dem Verhältnis von allgemeiner und besonderer Gnade.

Aber gibt es überhaupt eine solche Möglichkeit? Oder bleibt uns nur übrig zu sagen: Die Kultur ist ein Gebiet der allgemeinen Gnade und hat darum mit der Lehre der Prädestination nichts zu tun? Wir könnten ebenso gut reden von Botanik und Prädestination, als von Prädestination und Kultur. Die Kultur überhaupt in Beziehung zu bringen zur Prädestination bedeutet eine sehr grosse Gefahr, was jene Theologie mit Recht besonders betont hat, die von Ihnen leider als „schweizerisch“ bezeichnet wird.

Wir bejahen nun die Möglichkeit einer Auseinandersetzung von Calvinismus und Kultur innerhalb der Frage nach dem Verhältnis von allgemeiner und besonderer Gnade, aber wir lehnen zunächst ein Missverständnis ab: Wir wollen es hier nicht zu tun haben mit der religionsgeschichtlichen Betrachtung, welche, wie Troeltsch es getan hat, in psychologisierender Weise den Typus der calvinischen Frömmigkeit und seiner Beziehung zum Kulturleben der Calvinisten aufzeichnet. Es geht hier nicht darum, nachzuweisen, wie kulturgeschichtlich und zugleich religionsgeschichtlich betrachtet die Lehre der Prädestination und der allgemeinen Gnade auf das Leben der Calvinisten eingewirkt haben, sondern es geht darum, die dogmatische Frage ins Auge zu fassen, inwiefern innerhalb der Spannung von *gratia universalis* und *specialis* eine Auseinandersetzung mit dem Kulturproblem möglich ist. Und bei dieser dogmatischen Frage muss wiederum von vornherein ein anderes Missverständnis vermieden werden: Es handelt sich nicht etwa darum, eine höhere Synthese zwischen *gratia universalis* und *gratia specialis* zu finden und von dieser Synthese aus das Kulturproblem behandeln zu wollen. Das geschach z.B. dadurch, dass man erklärte, der Erwählte könne kraft der Innewohnung Christi, als der gottmenschlichen Natur, ein gleichsam magisches Verständnis der Schöpfung erhalten — wie es OETTINGER und die Anthroposophen getan haben — sondern es geht darum, die ganze Spannung zwischen allgemeiner Gnade und Prädestination, welche für die Lehre des Calvinismus kennzeichnend ist, in ihrer vollen Kraft gelten zu lassen.

Die Aufrollung unserer Frage möchten wir mit der *Lehre von der Erkenntnis des Menschen* beginnen. Sie ist für die Beurteilung der Kultur als einer Ausdrucksform des menschlichen Lebens von besonderer Bedeutung und bei dieser Lehre kommt die eigentümliche

Spannung zwischen allgemeiner Gnade und Prädestination deutlich zum Ausdruck:

Gemäss der Lehre von der erwählenden Gnade ist der Mensch ein Sünder. Gnade ist nur dort, wo Sünde ist, und nur dort wird sie als Gnade erkannt, wo der Mensch seine Sünde erkennt. Aber Sünde ist nur dort, wo der Mensch verantwortlich gemacht wird für seine Sünde.

Der Apostel PAULUS begründet nun diese Verantwortlichkeit damit, dass der Mensch das Gesetz, das in sein Herz geschrieben wurde, nicht getan habe. Der Mensch wird darum verantwortlich gemacht, weil er kraft der allgemeinen Gnade in sich die natürliche Gotteserkenntnis getragen hat und dennoch Gott die Ehre nicht gab. Alle Menschen, auch die Heiden, werden darum verantwortlich gemacht. CALVIN grenzt die natürliche Gotteserkenntnis gegenüber der Erkenntnis Gottes aus dem heiligen Geiste an einem Orte dadurch ab, dass er sagt, die natürliche Gotteserkenntnis reiche gerade soweit, dass sie den Menschen unentschuldig und verantwortlich mache.

So findet sich in der Lehre von der Selbsterkenntnis des Menschen beides unvermischt und unzertrennt beinander: die Prädestination, welche dem Menschen auch den allergeringsten Ruhm nimmt und ihm die ganze Zerbrochenheit und Vergiftung seiner Natur schonungslos aufdeckt, weil sie reine Gnadenlehre ist und nur im Licht der Gnade die Sünde wahrhaft erkannt werden kann, und daneben die Lehre von der allgemeinen Gnade, welche den Menschen, sowohl den erwählten als den unerwählten als schuldig erklärt.

Alle Versuche, von der zerbrochenen sündigen Natur des Menschen einen Entwicklungszustand der Gnade aufzubauen, werden von der Prädestinationslehre zurückgewiesen. Der ganze Mensch ist sündig. Was vom Menschen aus kommt, trägt den Stempel des Aufruhrs gegen Gott. Und alle Versuche, dem Menschen die Verantwortlichkeit für die Verkehrung seiner Natur abzunehmen, werden durch die Lehre von der allgemeinen Gnade widerlegt. Auch eine Abschwächung der Verantwortlichkeit des Menschen vom Standpunkt einer falsch verstandenen deterministisch gerichteten Prädestinationslehre wird durch die Tatsache der allgemeinen Gnade zurückgewiesen: Der Mensch ist so erschaffen worden, dass er Gott erkennen und die Verantwortlichkeit des Ungehorsams ermessen kann. Die rücksichtslose Anerkennung der Sündhaftigkeit des Menschen und zugleich die Feststellung des in ihm noch zurückgebliebenen Funkens der Gotteserkenntnis werden

hier nebeneinander gestellt, ohne ineinander überzugehen. Wir könnten dieses Nebeneinander noch weiterführen, indem wir darauf zu sprechen kämen, wie im Calvinismus Gotteserkenntnis und Menschenkenntnis sich gegenseitig bedingen. Wahre Gotteserkenntnis ist aber nur dort, wo der Mensch von der erwählenden Gnade ergriffen wurde. Von der Gnade wird er nur durch Christus ergriffen, der wahrer Gott und wahrer Mensch ist. In Christus erkennt er das Bild des neuen Menschen und zugleich das Bild Gottes. Da wird bei dieser Gotteserkenntnis jeder Versuch abgeschnitten, aus Christus einen Normalmenschen zu machen und irgend vom menschlichen Wesen aus zu ihm einen Weg zu finden. Es gilt hier immer das Wort: „Christus nach dem Fleisch kenne ich nicht.“ Und zugleich wird uns die Tatsache der Erwählung dadurch zuteil, dass der hier auf Erden fleischgewordene Gottessohn unsere Natur angenommen hat und unter dem Richter PONTIUS PILATUS, also in der Geschichte von uns Menschen gelitten hat, gekreuzigt wurde und auferstanden ist. Nur insofern wir den Gottmenschen erkennen, erkennen wir Gott, und nur insofern wir die volle Geschichtlichkeit des Menschensohnes anerkennen, erkennen wir den Gottmenschen. Insofern als der Menschensohn an unserer Geschichte teilgenommen hat, hat er teilgenommen am Reiche der allgemeinen Gnade. Und diese Teilnahme gehört gerade zu seinem Erlösungswerk. Und ohne die Erkenntnis dieser Teilnahme gibt es keine wahre Gotteserkenntnis. Und andererseits lehnt die Erkenntnis seiner Gottessohnschaft jede Vermischung vom Reich der allgemeinen Gnade und der jenseitigen Herrlichkeit ab. Von hier aus, von diesem unvermischten und unzertrennten Nebeneinandersein von Prädestination und allgemeiner Gnade ergeben sich nun einige Grundzüge zur Stellung zur Kultur.

Als ersten Grundzug könnten wir *die Freiheit* des Calvinismus in seiner Einschätzung gegenüber der Kultur nennen. Diese Freiheit gründet sich auf die scharfe Abgrenzung von Prädestination und allgemeiner Gnade. Die Kultur ist ein Gebiet der gefallenen Schöpfung, auch wenn sie die allerglänzendste Kultur wäre. Sie wird nie stufenweise zum ewigen Leben führen können. Auch die Werke der Wiederbornen sind böse. Die Kultur trägt also immer irgendwie den Stempel der Abgefallenheit von Gott. Gewiss, sie ist ein Stück der Schöpfung, aber der gefallenen Schöpfung, ein Ausdruck des Menschen, aber des gefallenen Menschen, ein Ausdruck der menschlichen Natur, aber der vergifteten Natur. Alle Versuche, wie es die Chiliasten

getan haben, die ein Zwischending von gefallener und vollkommener Natur, vom alten und vom neuen Menschen, und ein Zwischenreich zwischen Auferstehung und Tod erträumten, werden durch die Prädestination abgelehnt.

Aber in dieser scharfen Abgrenzung liegt nun die Freiheit gegenüber der Kultur begründet. Aus dem weiten Abstand zwischen dem menschlichen Geist und Gottes heiligem Geist ergibt sich zugleich überraschenderweise eine *positive Stellung* zur Kultur. Gerade weil es diese Abgrenzung ermöglicht, jede Vermischung von Menschlichen und Göttlichen fern zu halten, entsteht daraus eine befreite Würdigung aller Kulturerscheinungen.

Der Calvinismus wird z. B. nicht, wie es bald nach der Reformation lutherische Theologen getan haben, die Lehre PLATOS für christlicher halten als die Lehre des ARISTOTELES. Vom Hochflug der Ideen führt kein Weg zum heiligen Geiste, so wenig als auf dem Weg der aristotelischen Entelechie. Weil der Calvinist gefeit ist gegen die Gefahren der aristotelischen Lehre, wird er sich an ihr freuen können.

Auf dem Gebiet der Politik wird er nicht irgend eine Staatsform, sei es dann Monarchie oder Demokratie als die Christliche bezeichnen. Denn er hütet sich ja, eine Ausdrucksform der gebrochenen menschlichen Natur zu verwechseln mit der allgemeinen Gnade Gottes und der *grundsätzlichen* Stellungnahme zu den Schöpfungsordnungen. Im Wirtschaftsleben wird er nicht behaupten, diese oder jene Form sei nun die christliche, z. B. der Sozialismus, oder ein patriarchalischer Kapitalismus.

In der Kunst wird er nicht sagen, diese oder jene Stilform sei nun die christliche, sondern wird hier bewusst Entsagung üben gegenüber einem Versuch, einen christlichen Normalstil zu erfinden, weil er in seinem Glauben an die Prädestination aus Jesus Christus nicht das Bild eines Normalmenschen macht.

Psychologisch betrachtet müsste nun diese Freiheit in der Stellung zur Kultur zur Kulturlosigkeit führen, oder mindestens zu einer Geringschätzung der Kultur. Aber es handelt sich hier ja nicht um eine Geringschätzung, sondern um eine Zuweisung der Kultur in das Gebiet, das von ihren Grenzen abgeschlossen ist. Vom Standpunkt der Prädestination aus ist es gleichgültig, ob ein Christ die höchsten Kulturwerke zustandebringe und sich in einem vollendeten Lebensstil bewege, oder ob er an seinen Wänden Pappdeckel hat, auf denen in imitierter

Holzmalerei Bibelsprüche stehen, und sich dabei auf einem Gram-  
mophon Heilsarmeemelodien zu seiner Erbauung spielen lasse, und  
nachher in der Nachbarschaft von billigen Gipsfiguren einen süßlichen  
und kitschigen Roman von RUNA über die Bekehrung eines Christen  
lese. Das alles hat mit Prädestination nichts zu tun.

Aber gerade aus dieser Abgrenzung heraus kann nun, allen psycho-  
logischen Folgerungen zum Trotz, eine kulturell aufbauende Kraft  
erfolgen: Weil alle menschlichen Kulturleistungen nichts bedeuten, weil  
alles, was zur menschlichen Ehre getan wird, lauter Sünde ist und  
weil allein das gilt, was aus dem Glauben und zur Ehre Gottes getan  
wird, gilt nichts als der *Gehorsam*. Und der Gehorsam gegenüber dem  
geoffenbarten Gebote Gottes zeigt sich nun als eine Tat, die, sofern  
sie aus dem Glauben kommt, unvermischt ist mit allen Glauben an  
menschliche Kraft, und die auf der andern Seite unzertrennt mit dem  
Menschen als dem Werkzeug des Glaubensgehorsams zusammenhängt.  
Und weil dieser Mensch in einer bestimmten Zeit, als ein bestimmter  
Mensch, und zu einer bestimmten Stunde handeln muss einer bestimm-  
ten Aufgabe gegenüber, kann es nicht anders sein, als dass die Tat des  
Gehorsams gleichsam die Farbe des Menschen und seiner Ziet trägt.

Nun scheint nach psychologischem Gesetz zunächst die Tat eines  
Menschen, der sich nur als Werkzeug weiss, den Charakter der Starr-  
heit und der Unfruchtbarkeit zu tragen. Tatsächlich aber treffen wir  
gerade dort die produktivste und aufbauendste Kraft auch auf dem  
Gebiete der Kultur, wo der Mensch in reinem Gehorsam auf alle Selbst-  
bespiegelung, allen Persönlichkeitskultus, alle eigene Krafftleistung  
verzichtet. Wo er ganz ernst macht mit beidem: mit dem Glauben an  
das geoffenbarte Gebot, das ihm bedingungslos gegeben ist als das  
Gebot des Gottes, der ihn erwählt hat, und mit seiner Zugehörigkeit  
zu der Geschichte, dem Volk, der Zeit, in die er hineingestellt worden  
ist; und je weniger er nun daran denkt, nach menschlicher Auffassung  
unsterbliche Werke hervorzubringen, sondern nur schlichten Gehorsam  
leisten will, desto produktiver, neugestaltender wird seine Tätigkeit  
sein. Ja, es gibt nichts auf der ganzen Welt, das so produktiv, so  
gestaltend, so einheitlich wirken würde, als der reine Glaubensge-  
horsam. Wenn der Mensch nichts anderes ist als ein Werkzeug Gottes,  
dann erst kann er gestaltend wirken.

Freilich ist das *Kennzeichen dieser gestaltenden Kraft* nicht die  
Verherrlichung des Menschen, die gerade in den schönsten Werken



der antiken Kunst zum Ausdruck kommt, sondern die Verherrlichung Gottes. Das Entscheidende ist dem gehorsamen Menschen nicht die äussere Vollendung der Kultur, sondern die Unterwerfung alles Menschlichen unter den Befehl und die Ordnungen Gottes.

Es wird ihm also in der Politik nicht die äussere Gestaltungsform das Wesentliche sein, sondern die Tatsache, dass, sei es in einer Monarchie, oder in einer Demokratie, die Obrigkeit als eine *von Gott* eingesetzte Ordnung anerkannt wird; und ebenso im Wirtschaftsleben, dass durch die bestimmte Form des Wirtschaftslebens, sei es dann so oder anders, die Gebote, dass wir uns die Erde untertan machen sollen und der Arbeiter seines Lohnes wert ist, zum Ausdruck kommen. Sein Ziel ist nicht die Verselbständigung der Kultur, sondern die Unterwerfung der Kultur unter Gottes Willen.

Ein Bild dieser Unterwerfung sehen wir in der Architektur der reformierten Kirche zu Erlangen, wo der Stil des Barocks in edle, einfache Formen gezwungen wurde und dazu dienen musste, den Gedanken der Einheit der christlichen Gemeinde zum Ausdruck zu bringen. Dieser Stil des Barocks, der sonst den Machtgedanken des Papsttums prunkvoll zum Ausdruck gebracht hat, ist hier zu einem Werkzeug geworden, das gerade Gegenteil, das allgemeine Priestertum der reformierten Gemeinde darzustellen. In der Kirche zu Ravenna, St. Apollinaris in Classe, finden wir eine ähnliche Erscheinung. Die prunkvolle byzantinische Kunst ist dort im frühromanischen Baustil in eine eigenartige Verbindung mit dem romanischen Stil, der die geschlossene Weltmacht Roms ausdrückte, vermählt worden. Und sowohl der byzantinische wie der römische Stil sind beide zu einer unerhörten Einfachheit und Schlichtheit in den Dienst des Gehorsams zu Gottes Ehre überwunden worden.

Diese Bilder sollen nun als Gleichnis gelten für die Stellung des Calvinismus zur Kultur. Indem der gehorsame Mensch auf eine Verherrlichung seiner selbst verzichtet, erhält er die Freiheit, die Formen seiner Zeit umzugestalten und sie als Werkzeuge zur Ehre Gottes zu gebrauchen. Und so ist ein Kennzeichen des ächten Calvinismus in seinem Verhältnis zur Kultur die Verbundenheit mit der Tradition und zugleich die Freiheit von knechtischer Gebundenheit an die Tradition. Die zeitbedingte Form der Kultur und ihr Stil ist ihm nur der Stoff, an dem er seine Aufgabe erfüllen soll. Er wird diesen Stoff ernst nehmen, wie ein Künstler sein Material ernst nimmt; denn darin

sieht er ein Zeichen seines Menschseins. Und er wird daneben die Freiheit in der Gestaltung dieses Stoffes und in seiner Unterwerfung unter Gottes Willen und Ordnung bewahren.

Was folgt daraus für unser heutiges Leben? Wir stehen vor einer Aufgabe von unermesslicher Tragweite. In unserer heutigen Kultur sehen wir weit herum das Kainszeichen des Materialismus, der sich mit den Grundsätzen der französischen Revolution verbunden hat. Der Kampf zwischen dem Contrat Social und den Schöpfungsordnungen Gottes bedeutete zum grossen Teil für unsere Christenheit eine verlorene Schlacht. Man könnte die letzten 50 Jahre unserer Geschichte einen wahren Generalangriff des Materialismus nennen, eine ins Riesenhafte gesteigerte Materialschlacht, bei der die Christenheit allmählich zermürbt wurde und den Rückzug angetreten hat.

Das Wesentliche an dieser furchtbaren Niederlage besteht nicht darin, dass es der Christenheit nicht gelungen ist, äussere glänzende und einheitliche Formen der Kultur hervorzubringen und der Welt eine neue äussere Gestalt zu geben, sondern dass sie dem Materialismus, so weit er in der Gestaltung der Formen der Kultur zum Ausdruck kam, innerlich unterlegen und anheimgefallen ist.

Hier einige Beispiele: *Das materialistische Denken* macht aus der Familie eine Wohngemeinschaft, aus der Arbeitsgemeinschaft einen Marktplatz, wo nach rein materialistischen Interessen um die Arbeit geschachert wird, und zugleich einen Kampfplatz; aus der Politik eine Börse, wo die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Parteien verhandelt werden; aus der lebendigen Wohltätigkeit einen sozialen Apparat, der das Volk aussaugt, aus einer freien privaten Arbeitsgemeinschaft ein Sekretariat, das alles mechanisiert und schablonisiert. Es hat den einseitigen Typ, das Massenmenschentum, die Uniform, die Rationalisierung und die Maschinen als Kennzeichen wahrer Kultur gepriesen. Würde die Zeit ausreichen, so könnte hier dargelegt werden, wie mit dem Aufkommen der Maschine und den Fortschritten der Technik überhaupt der Materialismus fortwährend gewachsen ist, und wie an Stelle einer der unerhörtesten geistigen Kämpfe, der nun hätte losbrechen müssen, die Christenheit im grossen Ganzen der Ueberrumpelung durch den Materialismus, der die Technik als Werkzeug missbrauchte, anheimgefallen ist.

So stehen wir jetzt als die Geschlagenen da und das eigentliche Wesen dieser Niederlage besteht darin: Unter christlicher Fahne

wurden fremde, dem Materialismus entlehnte Formen angenommen, ohne dass man die Kraft gehabt hätte, sie dem christlichen Geiste anzupassen und als Ausdruck einer wahrhaft christlichen Gesinnung zu gebrauchen. So entstanden christliche Gewerkschaften, die genau nach dem Muster des marxistischen Klassenkampfes organisiert waren, und es geschah dann, dass der kleine David, der in dieser Rüstung Sauls steckte, diese Rüstung nicht ablegte, um die Schleuder des Glaubens zu packen und im Namen Gottes den Goliath des Manchesterturns zu überwinden, sondern dass sich der kleine David an diese Rüstung gewöhnte und darin allmählig im Glauben schlapp und lahm wurde und immer mehr an seine Rüstung glaubte, die ihn in seinem innersten Leben lähmte.

Im Namen des Christentums hat man in Fabriken Arbeitsordnungen geduldet, welche menschenunwürdig waren, und wurde auch hier aus der Arbeit eine Handelsware gemacht nach dem Prinzip: „gleiche Arbeit, gleicher Lohn“. Im Namen der Reichsgottesarbeit sind eine Unmenge von Vereinen entstanden, die aus der Kirche einen Verein machten und die mechanisierte Sekretärwirtschaft auf das geistige Gebiet übertrugen. Wie bei der französischen Revolution der Contrat Social an Stelle der heiligen Schöpfungsordnungen Gottes gesetzt wurde, der von der Gnade und der Willkür des Menschen abhängig ist, so wurde an Stelle der von Jesus Christus eingesetzten Kirche nun der Verein als die ideale Gemeinschaftsform der Christenheit gesetzt und man stellte in diesem Verein einen Sekretär an, der mit der nötigen fachmännischen Tüchtigkeit mit Kanzlistinnen und Sekretärinnen, mit einem ungeheuren Haufen von Papier das Reich Gottes aufbauen sollte. So hat man den eigentlichen Typus der heutigen sozialen Arbeit, den Sekretär, den Statthalter und den kleinen König der heutigen unorganischen Arbeit glücklich auch als höchste Errungenschaft in die sog. Reichsgottesarbeit hineingepflanzt. Wenn man den Sekretär hat, braucht es keine lebendige Arbeitsgemeinschaft, wo alle Glieder tätig sein müssen, denn der Sekretär macht alles und kann alles.

Unter christlicher Fahne hat man die unorganische, unfruchtbare Form unverantwortlicher internationaler Konferenzen auch in das Gebiet der Kirche eingeführt. Es hat hier die Verantwortlichkeit, das eigentliche Mark jeder christlichen Tätigkeit, ausgelöscht und an Stelle davon die Meinung von Vertretern der Massen, in allgemeinen verschwommenen und grundsatzlosen Phrasen in die Welt hinein posaunt.

Der Totalitätsanspruch der christlichen Verantwortung, der in der christlichen Gemeinde, wo an einem Ort, an einer Stelle gekämpft wird, hätte sollen aufrecht erhalten werden, wurde preisgegeben und Organisationen geschaffen, die völlig darauf angelegt schienen, jede Verantwortung auszulöschen.

Die ganze Welt wurde gleichsam zu einer riesigen Aktiengesellschaft. Bei einer Aktiengesellschaft braucht der Inhaber einer Aktie nicht den geringsten persönlichen Zusammenhang mit seinem Unternehmen zu haben. Er kann gleichsam mit dem Blut seines Unternehmens nach Belieben spielen, ohne dafür haftbar gemacht werden zu können. So hat man unter christlicher Flagge mit Resolutionen, Massenpetitionen an internationalen Konferenzen ohne Verantwortung gespielt und dabei in allen guten Treuen noch die Meinung gehabt, man baue damit das Reich Gottes, das man an Stelle der als tot erklärten Kirche als höchste und letzte Errungenschaft des internationalen Christentums mit einem rationellen Betrieb möglichst bald aufstellen wollte.

Der Dämon des Materialismus, der an die Zahl glaubt und nicht an Gott, hat auch die Kirche ergriffen und sie ist im innersten Mark von seinem Geist erfasst worden.

Wie Rahel neben dem Glauben ihrer Väter noch einen kleinen, hübschen Götzen hatte, den sie ihrem Vater Laban stahl, so hat unsere Christenheit des Götzen des materialistischen Baalkultus mit sich geführt und zuletzt mehr an das Götzlein geglaubt, als an den unsichtbaren Gott, und die Maske dieses Götzen auf ihre sog. christlichen Formen aufprägen lassen. In einer Schweizerstadt hat man die Jugend im Namen des Gottesreiches in Uniformen gesteckt und lässt sie in Sprechchören reden, als ob die Apostel nur zu Zwölft ins Land gezogen und nur gemeinsam in einem Sprechchor die Botschaft Christi verkündet hätten! Diese Erscheinung ist typisch für die Bolschewisierung unserer christlichen Formen und ist namentlich dort beliebt, wo man meint, an Stelle der Kirche ein internationales Reich Gottes aufrichten zu können. Wir könnten weiter fahren und zeigen, wie in der Erziehung, in der Familie, in der Psychologie, in der Kunst und zum Teil auch in der Wissenschaft die Züge des materialistischen Baal, die Revolution, sowohl des bürgerlichen als des sozialistischen Materialismus, immer wieder auftreten und wie die Menschheit fast mit einer gewissen innern Notwendigkeit entweder dem Bolschewismus oder dem Faschismus

entgegengetrieben. Denn sie wird gezwungen, das Zeichen des Abfalls von Gott, die Signatur des Massenmenschentums anzunehmen.

Die ruhmlose Unterwerfung der Christenheit unter materialistische Formen und materialistisches Denken geht wohl zum grössten Teil darauf zurück, dass man die Erkenntnis verlor, was die Kirche Jesu Christi ist und sein will. Wiederum müssen wir hier zum Vornherein ein Missverständnis zurückweisen: Wir meinen nicht, dass die Kirche, ähnlich wie zur Zeit der Gothik das Urbild der menschlichen Gemeinschaftsform und der Kultur sein müsse. Wir sagen im Gegenteil: Die äussere Form ihrer Institution kann nicht auf andere Gemeinschaftsformen übertragen werden.

Aber wo das Wesen der Kirche im Glauben lebendig erfasst wird, da wird auch der Totalitätsanspruch der christlichen Verantwortlichkeit gelten gelassen. Da steht die Kirche in einer fortwährenden Spannung: Hier ist die Gemeinde der Erwählten. Und diese Erwählten stehen als Bürger dieser Welt im Reich der allgemeinen Gnade. Und hier haben sie den Glaubensgehorsam in jeder Stunde und allen Aufgaben gegenüber zu erfüllen. Und der reine Glaubensgehorsam gegenüber dem Gott, der uns erwählt hat, führt uns notwendig zu einer tieferen Erkenntnis dessen, was schöpfungsgemäss ist. Denn wie nach dem Wort des Apostels der Ungehorsam die Erkenntnis dessen, was schöpfungsgemäss ist, verdunkelt hat, so wird umgekehrt durch den Glaubensgehorsam der Sinn für das, was schöpfungsgemäss ist, erleuchtet.

Je mehr der Mensch durch den Glaubensgehorsam keine höhere Ehre kennt, als ein armes Werkzeug, ein organon Theou zu sein, desto mehr wird er erkennen, was organische Ordnung ist. Wenn einem Christen durch die Erwählungsgnade das grosse Geheimnis der Verbundenheit mit Christus, dem erhöhten Herrn und König zu teil wurde, so ist ihm die allertiefste und gewaltigste Verbundenheit offenbar worden, aber eine Verbundenheit, die hier auf Erden unvermischt mit allen andern Verbundenheiten waltet. Aber diese Verbundenheit mit dem erhöhten Herrn ist durch den Glauben und im Glaubensgehorsam auch unzertrennt mit unserem Handeln auf Erden verbunden.

Wie ein Lichtstrahl in einem Kristall gebrochen wird, so bricht sich der Glaubensgehorsam gegenüber dem erhöhten Herrn Christus hier auf Erden in unserer irdischen Wirksamkeit. Das gilt aber nun nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gemeinde Christi. Und

in der irdischen Wirksamkeit der Gemeindeglieder soll nun der Totalitätsanspruch des Glaubensgehorsams gegenüber allen Aufgaben zum Ausdruck kommen.

Wenn das geschieht, so stehen wir vor einer seltsamen, scheinbar widerspruchsvollen Tatsache: Je entschiedener ein Christ die nur im Glauben erfassbare Verbundenheit mit dem Leibe Christi von aller romantischen Gleichschaltung mit irdischen Gemeinschaftsformen trennt, desto mehr wird er auch das Schöpfungsgemässe erkennen, das in den Formen der irdischen Gemeinschaft zum Durchbruch kommen soll. Je mehr der Gehorsam reiner Glaubensgehorsam in der Kraft der Erwählungsgnade wird, desto fruchtbringender, desto produktiver wird er auf dieser Erde dem zerstörenden Materialismus entgegentreten. Je weniger ihm die Kultur Selbstzweck ist, desto lebendiger und organischer wird er an der Neugestaltung unseres kulturellen Lebens wirken.

Der verheerende Einbruch des materialistischen Denkens in unsere Christenheit und ihre Kultur erfolgte auf dem entgegengesetzten Weg, auf dem die Erneuerung kommt. Man hatte eine kranke Kirche und man wollte ihr helfen. Nun, wenn ein Pferd lahm geworden ist, was tut man am Besten, damit es wieder gehen kann? Die Sache ist doch ganz einfach: Man baut ganz selbstverständlich einen Motor in dieses Pferd hinein, und dann ist die nötige Pferdekraft da, damit es wieder gehen kann. So baute man in die Kirche den Internationalismus, das Sekretärwesen, den Faschismus, die Vereinsmeierei und viele andere Motoren hinein. Jetzt musste doch die Kirche wieder lebendig werden bei so viel neuen Kräften. Und man rühmte sich dabei, endlich die wahre Dynamis, die verborgene Kraft des Gottesreiches mit genialem Scharfsinn wieder entdeckt und nutzbar gemacht zu haben. Und man war sehr über sich erfreut, dass man das düstere strarre Dogma von der Prädestination endlich durch eine lichtvollere Erkenntnis überwunden hatte.

Wir müssen es zugeben: Die Motoren liefen gut in ihrem amerikanischen Oel. Diese Kraftmaschinen waren aner kennenswerte Er rungenschaften des technischen Zeitalters. Sie hatten nur den einen Fehler: Sie standen am unrichtigen Platz. Sie zerstörten die Kirche. Wenn man der Kirche mit weltlicher Kraft helfen will, so wird sie zerstört. Das tote Gewand des Kulturprotestantismus kann den kranken Leib der Kirche nicht heilen, wohl aber noch mehr vergiften.

Der Weg zur Erneuerung der Kirche geht einen andern Weg. Es ist der Weg der Totenauferstehung. Als unser Herr Christus den Lazarus aus dem Grabe auferweckte, tastete sich der Lebendiggewordene, von Tüchern umhüllt, dem Ausgang des Grabes entgegen. Und erst, als er im vollen Licht, ausserhalb des Grabes bei dem Herrn stand, gab Christus den Befehl, ihm seine Tücher wegzunehmen. So sind alle Formen der Kultur Gewänder an den Gliedern der streitenden Kirche, die dem Kommen des Herrn entgegengeht. Und diese Gewänder werden erst jenseits des Grabes abgenommen. An diesen Gewändern steckt der Atem des Todes.

Aber wir stehen wiederum vor der seltsamen Tatsache: Wo sich die Glieder der Kirche dieser Wahrheit lebendig bewusst sind und den Weg des Glaubens und des Gehorsams auf den Ruf ihres Herrn gehen, da werden sie auch den Kampf um die Erneuerung des kulturellen Lebens aufnehmen, nicht als Selbstzweck, sondern nur soweit sie ihn als notwendige Aufgabe auf dem Wege zum Ziel erfüllen müssen.

Und wir glauben, dass gerade in unserer Zeit der Calvinist in der Stellung zur Kultur eine besondere Aufgabe hat. Wie wird er sie erfüllen können? Nur dadurch, dass er sich selbst im Kampf mit dieser Aufgabe von innen her erneuern lässt. Nur dadurch, dass er gegenüber den heutigen Mächten einer Kultur, die sich des Abfalls von Gott rühmt oder sich selbst göttlich nennt (Bolschewismus und Faschismus) die gewaltige Spannung zwischen der Prädestination und der allgemeinen Gnade erträgt.

Denn es drohen ihm zwei Gefahren. Die erste besteht in der falschen, einseitigen Betonung der Prädestination. Eine solche un-biblische Einseitigkeit ist es, wenn die allgemeine Gnade ausser Acht gelassen wird, wenn schon die Geschichtlichkeit des Menschen als Sünde betrachtet wird, wenn immer nur betont wird, dass die Erwählung Gottes etwas ganz anderes sei als das Reich dieser gefallenen Schöpfung, und dabei der erste Glaubensartikel, dass Gott Himmel und Erde geschaffen hat, systematisch ignoriert wird.

Und die zweite Gefahr besteht darin, dass die Prädestination gleichsam nur noch als einen bedeutungsloses Stück im theologischen Inventar mitgeführt wird, das man um der Vollständigkeit willen immerhin aufzählt, und dass man dann im Grunde auch die Lehre von der allgemeinen Gnade zur blossen theologischen Entwicklungslehre und zum Kulturprotestantismus verfälscht. Um seine Aufgabe

angesichts der heutigen Imprägnierung unserer Kultur mit dem revolutionären, materialistischen Denken und angesichts der innern Gefahren, die uns von theologischer Seite her drohen, erfüllen zu können, muss der Calvinismus die ganze fast masslose Spannung zwischen Prädestination und allgemeiner Gnade tapfer ertragen können. Das kann nur geschehen durch eine geistige Erneuerung unserer Kirche.

Wird uns aber eine solche Erneuerung geschenkt, dann ist es denkbar, dass der Calvinismus die heutige Kultur, kraft der Freiheit, die ihm der Glaube an die Erwählungsgnade gibt, in ähnlicher Weise überwindet, wie es die Erbauer der Kirche von Ravenna mit dem byzantinischen und romanischen Stil getan haben.

Um anzudeuten, wie diese Ueberwindung gemeint ist, sei es erlaubt, auf ein freilich sehr missverständliches Beispiel hinzuweisen, nämlich auf die Stellung zur sogenannten modernen Sachlichkeit.

Wir können in den modernen Flachdachbauten und in den ihrem Stil entsprechenden Möbeln zunächst in erster Linie den Ausdruck des sog. Kulturbolschewismus sehen, der an Stelle der Familie den Kollektivismus setzt. Wir können darin vor allem den Ausdruck einer durch die Technik ausgehöhlten Kultur erblicken, das Streben nach der Einheitform des Massenmenschen, der seine Eigenart und Persönlichkeit mit Stolz gegen die Uniform vertauscht.

Wir können aber auch darin etwas anderes finden: Ein Sehnen nach Befreiung von einem spiessbürgerlichen Persönlichkeitskultus und einer verlogenen Originalität, ein Verlangen nach Ehrlichkeit und einen neuen Sinn für die Eigenart des Materiales, sei es dann Holz oder Zement oder Eisen, ein Suchen nach Schlichtheit und Einfachheit und eine Flucht vor aller Verschrobenheit und Wichtigtuerei. Wir können darin ferner das Verlangen erblicken, mit den modernen Mitteln der Technik neue Formen für eine neue Gemeinschaft der Menschen zu finden, in der sich der Einzelne dem Ganzen unterordnet.

Und andererseits können wir darin den frevlen Stolz der moskowitischen und faschistischen Revolution erkennen, auf den Trümmern eines jämmerlich untergegangenen Subjektivismus die babylonische Verherrlichung des Menschen als Masse aufzurichten. Nachdem man dem Menschen während drei Generationen das Lied von der Autonomie und Herrlichkeit seiner Persönlichkeit in die Ohren geschrien hat, flüchtet er sich vor dieser seiner nunmehr aufgegebenen Ehre in die Rennbahnen und in den kubischen Stil seiner Häuser und Wohnungen, um hier



wie ein Tropfen im Meer im Nirvana der Masse seine Erlösung zu finden.

Es ist nun denkbar, dass ein Christ, der aus dem Glauben lebt, in aller Harmlosigkeit diesen Stil mitmacht, ohne sich um dessen Ursprung zu kümmern. Er handelt dann eben wie ein Christ im ersten Jahrhundert, der Götzenfleisch ass, ohne zu fragen, woher dieses Fleisch komme. Er macht es wie ein überzeugter amerikanischer Presbyterianer, der sich in einer Kapelle erbaut, deren Stil eine barbarische Verhöhnung der Gothik ist.

Und es ist schon geschehen, dass der neue Stil von den Agenten Moskaus mit Bewusstsein und Absicht verbreitet wurde, um auf kulturellem Gebiete die Herrschaft des atheistischen Reiches vorzubereiten.

Für den vorerwähnten Christen war dieser Stil eine reine Aeusserlichkeit, die mit dem Glauben nichts zu tun hatte. Er hat für sich die Gefahren dieses Stil neutralisiert, aber nicht überwunden. Für den Agenten Moskaus war er ein Propagandamittel für den Feldzug der Gottlosenbewegung. Aber was ist er für einen reformierten Architekten?

Er kann ihm nicht neutral gegenüberstehn. Die moderne Sachlichkeit stellt ihn vor eine Aufgabe von unerhörten Ausmasse. Der reformierte Architekt wird nicht in den Wahn verfallen, einen christlichen Stil dem heidnischen entgegenzustellen. Er wird auch nicht einfach die Formen früherer Zeiten kopieren. Das wäre eine Flucht vor der Aufgabe, die ihm in der jetzigen Zeit gegeben ist. Er wird darum ringen, die Sehnsucht unserer Zeit nach einer neuen Einheit und einer neuen Wahrhaftigkeit in einer vertieften und verinnerlichten Form zum Ausdruck zu bringen und in diesem Stil die Rohheit des Massenmenschen und der seelenlosen Technik zu überwinden. Er wird den schweren Kampf auf sich nehmen, durch seine künstlerische Arbeit aus der Einheit der christlichen Gemeinde heraus auf die Fragen unserer Zeit eine neue Antwort zur Ehre Gottes zu geben.

Das Wachstum der Kirche ist nicht davon abhängig, wie diese Antwort ausfällt, ob sie ein tastender Versuch geblieben ist, oder ob sie sprechende Kraft hat. Aber es ist für die Kirche nicht gleichgültig, ob ihre Glieder, jedes an seinem Ort und in seinem Beruf, diesem Kampf aus dem Wege gehn, oder ihn als einen Kampf des Glaubens aufnehmen, um gegenüber aller Menschenvergötzung darnach zu ringen, dass auch in dieser vergänglichen Kultur der Gehorsam des Glaubens wirksam sei.

Wirr könnten die Aufgaben, die von der sogenannten modernen

Sachlichkeit einem reformierten Architekten gestellt werden, als ein Gleichnis für alle andern Aufgaben dieser Zeit auf dem Gebiet der Politik, des Wirtschaftslebens, der Erziehung, der Wissenschaft, des Gesellschaftslebens anwenden. Und wir fänden dabei in grossen Zügen immer wieder denselben Kampf und dieselben Schwierigkeiten, und überall würde es gelten: Das Grosse, das wir als Calvinisten ersehen, besteht nicht in der äussern, vergänglichen Form — wir kennen den Kultus der Denkmäler nicht — sondern in dem Kampf des Glaubens und des Glaubensgehorsams, der mit einer armseligen, zerbrochenen Kraft im Vertrauen auf Gottes unwiderstehliche Gnade ausgefochten wird. Das Grosse sind nicht geniale Pläne und kühne Programme, sind nicht die künstlerischen, politischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten, sondern der Glaube und der Gehorsam der streitenden Kirche, deren Mitglieder auf den besondern Lebensgebieten den Kampf mit dem gottfeindlichen Geist unserer Zeit aufnehmen. Und sie können diesen Kampf nur aufnehmen, wenn ihnen die Frage von Prädestination und allgemeiner Gnade innerhalb ihres Lebensgebietes zum eigentlichen praktischen Lebenskampf geworden ist.

ABRAHAM KUYPER hat in seinen Leben und in seiner Zeit die Spannung, in die ein Calvinist mit seinem Glaubensgehorsam hineingestellt ist, erkannt und auf die damalige Zeit des idealistischen Entwicklungsglaubens eine wuchtige Antwort gegeben. Aber wenn wir KUYPER richtig verstanden haben, müssen wir, jeder an seinem Ort, trotz der Kleinheit unserer Kräfte, an der Weiterführung seines Werkes arbeiten. Sonst besteht die Gefahr, dass wir auf den mächtigen Festungswällen seiner damaligen Fragestellungen stehen bleiben, obschon die offene Feldschlacht unseres heutigen geistigen Kampfes an einer andern Seite der Front am heftigsten tobt. Grundsätzlich wird ja freilich der Kampf der Calvinisten letzten Endes immer der gleiche sein. Aber es wechseln die Fronten.

Und in der heutigen Front zu stehen und die calvinische Fragestellung auch von KUYPER her zu kennen, innerlich, im tiefsten Herzen zu kennen, bedeutet eine fast untragbare Verantwortung. Angesichts der dämonischen Riessenmächte, die jetzt Europa zu einem grossen Teil beherrschen, der romantischen Gralsburg des Faschismus und der Massenfabrik des Marxismus, warten die gequälten Länder auf eine nicht nur verneinende sondern eine positive Antwort, auf die Antwort aus einer reformierten, d. h. einer nach Gottes Wort erneuerten Gemeinde.

---

---

# PROTESTANTISME ET DÉMOCRATIE

PAR

O. GENOUY.

## I. COMMENT LES HUGUENOTS ENTENDAIENT LA DÉMOCRATIE.

### 1. *Une erreur à combattre:*

Les écrivains catholiques de langue française accusent volontiers le protestantisme d'avoir engendré ROUSSEAU, la Révolution, le romantisme et le socialisme; ils lui reprochent surtout d'avoir, sinon enfanté, du moins, favorisé l'avènement de la démocratie, laquelle est, à leurs yeux, la cause unique de maux sans nombre dont souffrent, plus ou moins, toutes les nations.

Loin de repousser une telle accusation, beaucoup de protestants semblent tout heureux et tout aises de se solidariser avec Rousseau, la Révolution et le socialisme; ils s'en font même un titre de gloire et finissent par se convaincre que si la démocratie n'est pas tout entière leur oeuvre, c'est du moins l'esprit protestant qui l'a engendrée. Or, protestants et catholiques s'imaginent que la variété de démocratie qui sévit en France est le type le plus exact, le plus authentique du gouvernement du peuple par le peuple.

Affirmer que le protestantisme — et surtout le calvinisme n'est pour rien ni dans le rousseauisme, ni dans la révolution, ni dans le socialisme, démontrer que la démocratie, dite moderne, telle qu'on la pratique en France, est à l'antipode de l'esprit protestant, c'est, — il est bon de vous en prévenir — courir le risque de mécontenter nombre de bons et braves protestants, élevés dans cette idée que les termes: réformation, révolution, démocratie, sont en quelque sorte synonymes, et que, si l'on accepte le premier, il faut aussi accepter les deux autres. Pourtant, il nous semble que le devoir commande de combattre une erreur dont les conséquences sont dangereuses. „AMICUS PLATO,

SED MAGIS AMICA VERITAS!" Il faut nous employer à détruire certaines légendes, et cela, dans l'intérêt même de la vérité, du protestantisme et . . . de la démocratie.

## 2. *Le Protestantisme et Rousseau.*

S'agit-il de ROUSSEAU ? La doctrine favorite de ce philosophe, celle qu'il se flatte d'avoir enseignée dans tous ses écrits est que l'homme est bon, excellent par nature; il naît, pour ainsi dire, parfait; c'est la société qui le corrompt et le rend mauvais. La conséquence logique est que, pour rendre l'homme meilleur, il suffit de changer le milieu social. Et voilà le point de départ des doctrines socialistes.

Or, il est aujourd'hui surabondamment prouvé que cette doctrine de la bonté native de l'homme constitue une grossière erreur, car elle est contraire à tout ce qu'enseignent l'histoire; l'ethnographie, la psychologie, l'expérience. Mais, du point de vue protestant, on peut affirmer que la thèse de ROUSSEAU, *l'idée fixe* laquelle sert de point de départ et de base à ses constructions politiques et sociales, est en opposition absolue avec la doctrine calviniste qui insiste sur la nature mauvaise de l'homme et son incapacité à faire le bien sans le secours de Dieu: „La Nature entière de l'homme, dit CALVIN, est une semence de péché; l'homme tout entier n'est que concupiscence.” „La Colère divine pèse sur nous, non à cause du délit d'autrui, mais à cause du vice de notre propre nature.” Sur le point fondamental il y a donc entre la Réforme et ROUSSEAU, un complet antagonisme. Pour le reste, on ne voit pas pourquoi le protestantisme revendiquerait comme sien le philosophe genevois qui, né et élevé dans la religion réformée, en sortit de très bonne heure; qui se fit catholique sans que l'on puisse dire qu'il ait adhéré sérieusement à la religion romaine. Il croit en Dieu, il l'adore, dit-il, mais ne le prie point.

Artiste incomparable dans l'art des phrases cadencées, dans l'art de revêtir les idées, surtout les idées fausses, de la sonorité harmonieuse et de toute la magnificence du verbe, ROUSSEAU est dangereux par ses qualités autant que par ses défauts, lesquels sont à l'opposé des défauts et des qualités du protestantisme. Il est permis d'admirer le „père du romantisme” pour la beauté de son style, mais que l'on cesse de solidariser le protestantisme avec cet illustre névropathe dont la folie a contaminé plusieurs générations.

### 3. *La Protestantisme et la Révolution Française.*

La Révolution française serait-elle un produit de l'esprit protestant? Nous nous refusons à l'admettre. Sans doute, les „philosophes” du XVIIIe siècle ont subi l'influence de l'Angleterre protestante dont ils admiraient la constitution. Dans l'espoir d'obtenir, une telle constitution, et, surtout, la liberté de penser et d'écrire, ils ont donc souhaité un changement politique, mais nullement une révolution. D'ailleurs, il ne faut pas l'oublier, l'action des philosophes ne s'exerçait que sur les gens cultivés. C'étaient la noblesse et la bourgeoisie qui considéraient VOLTAIRE comme un oracle; c'étaient les lettrés et les juristes qui se délectaient à lire les ouvrages du président MONTESQUIEU; c'étaient des intellectuels, des âmes sensibles, de grands seigneurs et les femmes à la mode, qui prenaient un plaisir intense aux paradoxes, à la sentimentalité, à l'éloquence enthousiaste de J. J. ROUSSEAU, mais le populaire n'avait ni le temps ni le désir de lire les ouvrages de Messieurs les philosophes; et d'ailleurs, le populaire lisait fort peu, et, la plupart du temps, ne savait pas lire.

La Maçonnerie, qui s'était beaucoup développée au XVIIIe siècle et dont l'influence secondait celle des philosophes, n'a pas, non plus, exercé une action sérieuse sur le mouvement révolutionnaire; elle l'a encouragé en vue de la liberté d'opinion à conquérir et d'une constitution à obtenir; elle a probablement fourni aux révolutionnaires la devise républicaine, mais elle a été impuissante à diriger le mouvement; bien plus: la Maçonnerie fut emportée dans la tourmente, submergée, et, pendant quelques années, elle disparut complètement, pour ne reparaître qu'en 1799, protégée et soutenue par la famille BONAPARTE, dont tous les membres, sauf peut être NAPOLÉON I, firent partie de cet Ordre dans lequel ils occupèrent les plus hautes fonctions.

Si les „philosophes” et la Maçonnerie n'eurent qu'une très médiocre influence sur la Révolution, comment le protestantisme aurait-il servi utilement le mouvement révolutionnaire? On est en droit de se le demander. De 3.000.000 au minimum, qu'étaient les Huguenots en 1562 (lorsqu'il y avait en France 2.150 églises inscrites, sans compter une foule de petits groupements) leur nombre était tombé à 450.000 environ, la veille de Révolution. Encore vivaient-ils isolés, disséminés dans les régions les plus arides, les plus inaccessibles, et, soit dans ces contrées à demi sauvages, soit dans les quelques centres importants où, de tradition, on consentait à les tolérer, ils étaient généralement

mal vu du populaire qui leur attribuait toute espèce de maléfices et de crimes. Sans doute les protestants pouvaient saluer avec joie un changement politique quelconque, pourvu qu'il leur apportât enfin la liberté de conscience et de culte, et l'égalité devant la loi; mais, quant à le créer ou à favoriser son éclosion, ils n'en avaient ni le pouvoir, ni même la pensée. Toutefois, il faut reconnaître qu'ils manifestèrent un réel enthousiasme quand éclata la Révolution, au point que des services d'actions de grâce se célébrèrent spontanément dans la plupart des églises, parceque le mouvement révolutionnaire leur apparaissait, en cette brillante aurore, comme devant ouvrir pour la France et pour eux mêmes une ère nouvelle de justice et de liberté.

La Réforme en France, il est nécessaire de le dire et de le répéter, n'a jamais songé ni à supprimer la monarchie, ni à dresser les classes populaires contre la noblesse, ni à changer la structure de la société. La doctrine de CALVIN est explicite et catégorique: Il faut obéir non seulement au roi mais à tous ceux qui détiennent l'autorité, les nobles, les magistrats; et ceux ci, grands ou petits, et le roi lui même, doivent „en toute humilité se ranger à l'obéissance de ce grand Roi Jésus Christ”.

On a coutume, il est vrai, de citer RABAUT ST ETIENNE, pasteur fils de pasteur, député aux Etats-Généraux, membre de l'Assemblée Constituante et de la Convention. Mais on oublie que RABAUT, monarchiste, demeura fidèle au gouvernement royal tant que le trône fut debout; on oublie que, venu à la Constituante avec le coeur plein des plus douces illusions, il les perdit bien vite, lorsque, président de la Convention, il s'aperçut qu'il n'y avait rien à espérer de la stabilité des institutions politiques, et que la Révolution engagée sur une pente irrésistible, fatale, emportait à l'abîme la France et la liberté; on oublie que, pour avoir voulu sauver la tête du malheureux LOUIS XVI, il périt lui même sur l'échafaud.

On objecte aussi la Déclaration des Droits de l'Homme, empruntée à la jeune République américaine, fondée par les puritains, et que Lafayette fit adopter dans un moment d'enthousiasme. Mais cela ne signifie nullement que l'esprit protestant ait exercé une influence tant soit peu sérieuse sur le mouvement révolutionnaire. Car des protestants n'auraient pas eu l'idée absurde de proclamer des droits sans avoir, au préalable, enseigné les devoirs. D'ailleurs la Révolution n'avait rien de commun avec l'esprit de l'Évangile; elle était d'esprit

païen; elle ne pouvait donc pas échapper au paganisme, ennemi-né de toute liberté véritable et de toute véritable fraternité.

Non, en vérité, le protestantisme n'a été pour rien dans la gestation du mouvement révolutionnaire. Et d'abord, s'il y avait eu en France les trois ou quatre millions de protestants sages, cultivés, consciencieux, que la haine farouche des prêtres et le despotisme d'un monarque, dont l'intelligence était, nous dit ST-SIMON, „au dessous du médiocre”, avaient chassés de leur patrie, il est probable qu'il n'y aurait pas eu de révolution. En d'autres termes, le protestantisme n'a été pour rien dans ce cataclysme politique et social.

#### 4. *Véritable cause de la Révolution.*

Mais alors, dira-t-on, à quelle cause attribuer cet évènement si grave par ses conséquences? Il ne faut pas oublier qu'en histoire (comme de SISMONDI a eu soin de le faire remarquer à propos de la Chute de l'Empire Romain) un effet est bien souvent la conséquence de plusieurs causes. Parmi ces causes, il est incontestable que l'incrédulité des Humanistes et leur paganisme, qui faisait passer le vrai et le bien après le beau, avaient pénétré et démoralisé même les couches inférieures de la nation; puis la contraliation à outrance; le peuple abandonné par les nobles, ses protecteurs naturels, et livré aux commis; enfin, les impôts de plus en plus lourds au point que le fisc inexorable prélevait sur chacun plus de la moitié de son revenu; voilà d'autres causes plus directes de la Révolution. L'extrême misère amena finalement une révolte générale que personne ne fut capable de prévenir ou d'apaiser. On le voit, si la révolution anglaise a eut surtout une cause religieuse ou ecclésiastique la révolution française a eu, surtout, une cause économique. Le protestantisme n'y a été pour rien.

#### 5. *Protestantisme et Socialisme.*

Y aurait-il entre le socialisme et le protestantisme cette parenté que d'aucuns voudraient y voir et dont les écrivains catholiques font un grief à la Réforme?

Nous ne le pensons pas, à moins que l'on n'entende par socialisme l'amélioration du sort matériel et moral des masses, auquel cas tous les chrétiens, dans la mesure où ils sont fidèles à leur divine vocation, sont socialistes.

Mais si, par socialisme, l'on entend l'intervention de l'État dans

tous les domaines de la vie, son ingérence multipliée, brouillonne, tracassière et nuisible, dans tous les domaines de l'activité humaine, sa prétention ridicule d'assurer, au moyen de lois et règlements le parfait bonheur du genre humain, si par socialisme on entend le principe païen, ennemi et destructeur de toute liberté individuelle, de toute dignité humaine, alors il faut reconnaître que le protestantisme est exactement l'opposé du socialisme. Nous dirons même plus: c'est l'esprit protestant qui nous apparaît en Europe comme le seul remède efficace pour prévenir et pour guérir cette dégénérescence du corps social, à laquelle on a donné le nom de socialisme. Il est vrai que les chrétiens sociaux font des efforts considérables pour amalgamer le protestantisme, principe de liberté, avec le socialisme, principe de servitude. Nous ne croyons pas qu'ils puissent jamais y réussir. Il est à craindre qu'ils ne vident le protestantisme de son contenu évangélique le plus précieux, qu'ils ne soient emportés, peut-être malgré eux, mais par la force des choses, la logique des événements, vers le communisme, et que, pour échapper, à cette issue décevante et misérable, ils ne cherchent un refuge dans les bras toujours ouverts de l'Église Romaine. Ou communistes avec la dictature du prolétariat, ou catholiques romains avec le couvent, voilà, nous semble-t-il, le dilemme auquel se trouverent acculés, un jour ou l'autre, les chrétiens sociaux.

#### 6. *Démocratie et Protestantisme.*

Le protestantisme est-il synonyme de démocratie? Les écrivains catholiques l'affirment et lui en font un grief; les protestants, même des intellectuels, même des hommes voués à l'étude de l'histoire, le proclament et en tirent gloire.

On ne saurait nier que, dans les temps modernes, un grand souffle démocratique a passé sur le monde, et qu'il fut inspiré, en partie par le développement de la culture intellectuelle, en partie par la Réforme, en partie par les circonstances. Que le protestantisme rende possible et favorise la démocratie, cela s'explique: d'abord, par le fait qu'il a brisé avec la hiérarchie romaine; ensuite, parceque, rendant les hommes plus conscients de leurs devoirs et de leurs droits, il les a rendus plus aptes à se diriger eux-mêmes. Remarquons pourtant que les nations protestantes sont demeurées en monarchie, monarchie démocratique (si l'on peut dire) et qu'elles s'en trouvent fort bien, ayant les avantages de la démocratie sans en avoir les inconvénients.



Mais la question qui nous occupe est celle-ci : La démocratie telle qu'elle est conçue et pratiquée en France, et dans d'autres pays catholiques, est-elle bien la même que celle conçue et pratiquée par les Réformés dans leur société religieuse ?

Au risque de scandaliser nombre de nos coreligionnaires, nous répondons par la négative. Nous affirmons que la démocratie, telle que les protestants l'ont comprise et pratiquée dans leur société religieuse, n'a absolument rien de commun avec ce que l'on nomme bien à tort la démocratie *moderne*. A cause des guerres de religion, puis à cause des persécutions, enfin à cause du régime impérial qui ne leur permit pas de s'organiser suivant leur discipline et leur tradition, les protestants français, du moins la grande majorité, ne connaissent, en fait d'organisation, que le système dont le premier Empire les a dotés, lequel est, en effet, une sorte d'adaptation de la démocratie moderne à la société religieuse. C'est au point que les synodes sont considérés comme „les parlements” du protestantisme ! Cela se dit, et s'écrit, et s'imprime, alors que rien ne ressemble moins à un parlement, émanation directe du populaire, qu'un synode, émanation des directions ecclésiastiques des provinces. *La démocratie protestante est organisée*; la démocratie, dite moderne, ne l'est pas. Celle-ci est, nous aurons l'occasion de le montrer, une démagogie, ou plutôt une plébocratie, c'est à dire, le gouvernement du peuple par la plèbe (la foule ignorante, passionnée, fanatique), et non le gouvernement du peuple par le peuple. La démocratie protestante, au contraire, est le gouvernement du peuple par l'élite de la Nation. Solidariser le protestantisme avec la démocratie moderne, c'est donc faire au protestantisme une injure imméritée.

---

## II. CARACTÈRES DE LA DÉMOCRATIE CALVINIENNE.

### 1. *Variétés diverses de démocratie.*

Il y a plusieurs sortes de démocratie, très différentes les unes des autres. La Révolution qui prétendait s'inspirer de Rome et d'Athènes, crut faire revivre les démocraties de l'antiquité; mais elle oubliait que la société antique reposait toute entière sur l'esclavage; d'autre part elle n'avait que des notions très vagues sur l'organisation politique des républiques de Rome et de la Grèce. Il est certain qu'elle aurait pu

emprunter utilement à la constitution des Romains; mais cette admirable constitution romaine était trop compliquée pour ces hommes de 1789, ignorants, naïfs et enthousiastes. Celle d'Athènes était, en un sens, plus simple: le peuple souverain exerçait directement la Souveraineté. Mais ce peuple souverain ne comprend que 15.000 citoyens qui n'ont rien à faire que de la politique puisque 200.000 esclaves sont là pour tout le travail. Sur les 15.000 citoyens, on a calculé que 6.000, tout au plus, assistaient aux assemblées. Cette démocratie est, en réalité, une aristocratie.

D'ailleurs on se tromperait fort si l'on s'imaginait que ce peuple, ces 15.000 citoyens, qui possèdent le pouvoir législatif, l'exercent à tort et à travers, comme dans notre démocratie moderne, car ce peuple a eu la sagesse d'enchaîner ce pouvoir dans une longue procédure. Sans doute tout citoyen peut déposer un projet de loi, mais ce n'est qu'après de longs examens, des délibérations, et à condition qu'aucune loi ancienne ne soit lésée, que le projet peut être accepté par l'assemblée du peuple.

La Révolution aurait pu, aussi, puiser de très utiles inspirations dans les constitutions des démocraties du moyen-âge et surtout dans celle de certaines villes indépendantes ou jouissant de la faculté de s'administrer elles-mêmes.

Car il y a dans ces constitutions un bon sens, une sagesse, une ingéniosité, qui nous remplissent d'admiration quand on les compare à cette chose folle qu'est notre démocratie. De même la Révolution aurait pu se renseigner sur les avantages ou les inconvénients de la démocratie en Amérique ou en Suisse. Mais elle ne se donna pas la peine de chercher, d'étudier, de comparer; elle préféra improviser et donna naissance à une sorte de monstre politique, animal étrange qui devint la Terreur, dévora ses propres enfants, déclara la guerre à l'Europe, et, finalement, fut muselé et dompté par le génie de NAPOLÉON.

On ne saurait faire grief à la Revolution de n'avoir pas eu l'idée de s'informer de l'organisation des Eglises réformées calviniennes pour la raison indiquée plus haut, à savoir que les protestants français eux mêmes n'en avaient qu'une vague idée, puisque jamais le système synodal n'avait pu jouer librement et intégralement. Examinons brièvement en quoi consiste l'organisation calvinienne.

Les Réformés, on le sait, adoptèrent suivant les pays des systèmes

assez différents. Ce que l'on ignore, ou ce que l'on a trop oublié, c'est que, dans ses premiers débuts, la réformation inclina assez fortement vers ce que nous pourrions appeler les tendances démocratiques et sociales modernes, c'est-à-dire, vers le gouvernement de la société religieuse, et même de la société civile, par la masse.

LUTHER, dans les premières années de sa lutte avec Rome, impatient de secouer le joug qui pesait sur les consciences et de rompre les vieilles entraves de l'autorité, avait proclamé le principe du sacerdoce universel: „Tous les chrétiens sont prêtres, tous peuvent enseigner la parole de Dieu, baptiser, donner le pain et le vin; nous avons le pouvoir des clefs” (LUTHER: De l'abus de messes).

Pour les diverses fonctions de l'église, il voulait, en 1523, que, comme représentants du peuple, les dirigeants des églises fussent élus par le peuple, jugés et déposés par lui, s'ils cessaient d'être fidèles.

LAMBERT D'AVIGNON, réformateur de la Hesse, voulait maintenir l'indépendance du peuple chrétien et le principe du sacerdoce universel. JEAN MORELLI, ancien précepteur de HENRI IV, soutenait le même principe: les Consistoires ne devaient avoir que le droit de préavis; tout devait être rapporté au peuple pour décisions finales. Voilà bien ce que l'on pourrait appeler du démocratism. Mais cette doctrine n'eut pas l'heur de plaire aux Huguenots, et son livre: „De la discipline ecclésiastique”, fut censuré, condamné en 1662, au synode d'Orléans. A Genève, MORELLI fut excommunié et son livre brûlé. Dans les premiers débuts de la Réformation, et même durant une vingtaine d'années, il arriva... ce qui devait arriver, à savoir que le mouvement réformateur dévia bien vite du côté politique et social. En effet, beaucoup d'esprits inquiets, de mécontents, d'ambitieux, tous ceux qui avaient à se plaindre de leur situation, comptaient que la réforme religieuse leur ouvrirait le chemin du pouvoir et de la fortune. Ils voulurent tout révolutionner, supprimer les impôts, les corvées, la propriété, le mariage, la famille, en un mot, instituer le communisme. Tous ces mécontents, anabaptistes, utopistes, paysans révoltés, corporations ouvrières, vieux débris de sectes antinomiques du moyen âge, tous ligués pour la destruction de la société, se répandirent en Suisse dans le Nord de l'Allemagne, dans les Pays-Bas, l'Angleterre, la Bohême, la Moravie, partout où le protestantisme avait pris pied et compromirent sérieusement la cause de la Réforme. C'est pourquoi

les Réformateurs, non contents de les combattre dans les disputes publiques, durent solliciter contre eux les rigueurs de l'autorité.

### 3. *Réaction et Organisation.*

LUTHER, après avoir tant démoli, sentit le besoin de reconstruire: il comprit que, sur le principe du sacerdoce universel posé au début, il ne pourrait rien édifier de solide, que l'Église ne pouvait être dirigée et gouvernée par les premiers venus, que la multitude avait besoin de guides et de guides d'autant plus éclairés qu'elle l'était moins, elle même, et que lui abandonner le soin de choisir ses conducteurs, c'était s'exposer à n'avoir le plus souvent que des choix fort peu honorables. En somme, les excès du début enseignèrent la sagesse aux réformateurs, et l'on n'accorda à la multitude qu'une part indirecte dans le choix de ses conducteurs spirituels et des administrateurs de l'Église.

Nous n'avons pas à examiner ici le régime *épiscopal* qui, remontant à l'époque antérieure à l'établissement de la papauté et s'inspirant de l'Église du IV<sup>e</sup> siècle, substitua à la monarchie le gouvernement aristocratique, laissant à la tête des Églises des évêques et des archevêques; c'est le régime qui a prévalu en Angleterre, Suède, Danemark, Norvège, et chez les Frères de Bohême et de Moravie. En Allemagne, LUTHER et MELANCTON auraient bien voulu conserver les évêques pour faire contrepoids aux princes; obligés d'y renoncer, ils instituèrent les surintendants ou inspecteurs qui succédèrent aux „visiteurs ecclésiastiques”.

Le régime *indépendant* ou *congrégationaliste* n'admet aucun lien entre les églises; il est exactement l'opposé du système romain qui prétend lier ensemble toutes les églises dans tous les pays sous un seul chef, le pape; car il repousse également le pape, les évêques, les consistoires; il ne veut ni du régime représentatif ni du régime aristocratique, ou monarchique. Le régime congrégationaliste est celui de la plupart des sectes en Amérique.

### 4. *Démocratie calvinienne.*

Le régime *presbytérien* ou *synodal* est celui qui nous intéresse parce qu'il offre le type parfait de la *démocratie organisée*. CALVIN, juriste autant que théologien, entendit que, dans la société religieuse, chaque membre eût des droits égaux et qu'ils fussent tous soumis à la même

discipline. La caractéristique en est la *Hiérarchie d'Assemblées*. Les collèges superposés s'engendrent en quelque sorte les uns les autres. L'Église Réformée des Pays Bas offre, en quelque sorte, le type parfait de cette organisation; aussi ne nous proposons-nous par de l'exposer en détail, nos lecteurs la connaissant fort bien. Bornons à indiquer brièvement le système.

A la base, la Communauté (ou Paroisse ou Église) de laquelle émané par l'élection, un Collège électoral renouvelable, par quart, tous les ans. Le collège électoral nomme le conseil d'Église, appelé aussi Consistoire.

Plusieurs Consistoires forment une *classe* ou *colloque* dirigée par une commission classique.

Plusieurs classes forment un *synode provincial* ou *régional* avec une direction provinciale; et enfin les délégués des synodes provinciaux forment le *Synode National*.

Ainsi, de la plus haute représentation en descendant vers les communautés, nous avons:

*Commission Synodale* (siège en permanence).

1<sup>o</sup> *Synode National* (siège pendant les sessions).

*Directions provinciales* (permanentes).

2<sup>o</sup> *Directions classiques* (permanentes).

3<sup>o</sup> *Classes ou colloques* (Sessions annuelles).

4<sup>o</sup> *Consistoires* (ou Conseils d'Église) permanents.

5<sup>o</sup> *Collège électoral* (ou Collège des Notables).

*Communautés*.

#### 4. *Mécanisme*.

Il convient de faire observer: 1<sup>o</sup> que nul ne peut accéder à un collège supérieur s'il n'est passé par tous collèges inférieurs; 2<sup>o</sup> que dans tous les collèges, ou commissions, ou directions, chaque député, ou délégué, est doublé d'un suppléant, en sorte que nous trouvons réunies ici toutes les conditions de moralité, d'expérience, de compétence, de continuité, de stabilité. Rien qu'à ce point de vue, cette organisation est merveilleuse, et il faut déplorer qu'elle ne soit pas mieux connue, déplorer surtout que les protestants français l'ignorent à peu près complètement, et en soient encore à considérer un synode comme un parlement, à se figurer que l'Église, comme la variété moderne de démocratie, doit tirer sa loi du *Nombre* et de la médiocrité.

Qui ne voit, qui ne comprend, que dans le système synodal (tel qu'il existe là où il est sérieusement pratiqué, non en France où il n'a jamais existé que de nom) la représentation du peuple est *filtrée*; que le peuple est protégé contre lui-même, contre ses erreurs, ses emballements irréfléchis; défendu contre les entreprises des aventuriers et des bonimenteurs. Qui ne reconnaît qu'avec ce système il est impossible à un homme sans valeur de s'élever bien haut dans l'échelle de la représentation? car le filtrage saura bien l'arrêter dans son ascension; car n'arrivent au sommet que ceux qui, durant des années, ont donné de multiples preuves de leur valeur morale et de leur compétence.

Bien que chaque collègue ait le droit de déposer un projet de règlement nouveau ou de modification à un règlement, rien n'est décidé qu'après un examen, une étude, une délibération motivée dans les collèges successifs. Chaque membre est appelé à donner son avis: le vote est obligatoire sauf permission spéciale du président; chacun doit prendre ses responsabilités. En vérité, plus on étudie cette organisation, plus on la compare avec le système de démocratie dite moderne, système amorphe, chaotique, désordonné, et plus on admire le génie de CALVIN.

La démocratie, dite moderne (ou encore, pure!!) ressemble à une pyramide que l'on voudrait faire tenir sur sa pointe et qui tombant tantôt d'une côté, tantôt d'une autre, est toujours en équilibre instable en attendant la culbute finale inévitable; la démocratie calvinienne est, au contraire, une pyramide, bien campée sur sa base, offrant l'image de la stabilité, de la sécurité, de la sagesse.

### 5. *Objections.*

Les partisans de la démocratie démagogique ne manquent pas d'opposer leurs objections à la démocratie organisée. Ils nous disent: „les délibérations de ces collèges successifs demanderont beaucoup de temps; quand le peuple souverain réclamera une loi, il devra attendre indéfiniment avant de l'obtenir.” — Nous reconnaissons que la marche, en effet, sera un peu lente. Mais cette lenteur, voulue, sage et prévoyante, n'est-elle pas préférable à ces improvisations hâtives, à ces lois bâclées en série, absurdes, contradictoires, inapplicables à l'usage, faites non dans l'intérêt de la nation, mais uniquement dans un intérêt électoral pour favoriser un groupe *contre* un autre groupe, *un parti contre* un parti, une classe *contre* une classe?

On a dit de la démocratie calvinienne qu'elle était une sorte de *gérontocratie*; on a feint de croire que le synode national, comme le sénat spartiate, était composé de vieillards chargés d'ans. Il est manifeste que, dans le système calvinien, il est impossible de siéger au synode avant d'avoir atteint l'âge du bon sens et de la raison. Et voilà la sagesse de la démocratie calvinienne et la folie de la démocratie „moderne”. Car ce qui contribua puissamment à faire dévier la Révolution, ce fut l'arrivée au pouvoir, avec l'Assemblée législative (d'où les constituants s'étaient exclus eux mêmes!) de 745 députés dont le plus grand nombre n'avaient pas 30 ans, dont 60 avaient moins de 26 ans. Cette assemblée de jouvenceaux devint aussitôt „une fabrique de sottises, une école d'extravagances et un théâtre de déclamation”. (TAINE, *Origines de la France Contemporaine*, V p. 122).

On nous dit encore: „Avec une telle organisation, vous supprime le suffrage universel!”

A ce sujet s'institua naguère une polémique dans quelques feuilles religieuses de langue française. Il s'agissait de savoir si la démocratie calvinienne reposait sur le suffrage universel: les uns affirmaient, les autres niaient. Examinons ce qui en est: Quand une communauté, *déjà plantée*, était dressée, c'est à dire, fondée officiellement, les membres du troupeau désignaient leurs dirigeants. A ce moment là, le suffrage universel jouait *directement*. *Plus tard, lorsque ces dirigeants devenus* le conseil d'Eglise, avaient à se renouveler par moitié ou à se compléter par *cooptation*, ils avaient soin de faire proclamer au grand service, pendant deux ou trois dimanches, les noms de ceux qu'ils avaient choisis afin que le peuple formulât, ses objections, s'il en avait à faire. Lorsqu' aucune opposition ne s'était manifestée, la nomination devenait effective. Ainsi, même avec la *cooptation*, le suffrage universel jouait indirectement:

Dans les grandes communautés où fonctionnait un collège électoral (ou collège des notables) élu au suffrage universel, lequel collège nommait (avec le consistoire) aux fonctions d'Anciens ou de Diacres, les proclamations réglementaires devaient avoir lieu, de sorte que le suffrage universel jouait *directement* pour le *collège électoral* et *indirectement* pour le *consistoire*. On voit donc que, sous forme positive ou sous forme négative, le peuple avait son mot à dire, et que, à la base de tout le système, il y a le *consentement du peuple*.

Le système presbytérien, appelé aussi synodal ou calviniste, s'établit

en 1552 dans les églises de France, dont le premier synode national fut tenu en 1559.

Entre 1561 et 1566, il s'établit en Hollande; en 1592 il fut adopté définitivement par les églises d'Ecosse; il le fut aussi par les duchés de Juliers, de Clèves, de Berg, dans la Hesse, au Palatinat rhénan et en Suisse.

#### 6. *Démocratie absolue et démocratie constitutionnelle.*

En résumé quand on compare la démocratie protestante à la démocratie moderne, ou pure (telle qu'elle se pratique en France par exemple) on remarque entre les deux la même différence qu'entre la monarchie constitutionnelle et la monarchie absolue.

Nous dirons, pour être plus exact: Toutes choses égales d'ailleurs, la démocratie protestante est à la démocratie moderne ce que la monarchie constitutionnelle est à la monarchie absolue; dans la monarchie constitutionnelle le pouvoir royal est réglé; il ne s'exerce que suivant telles modalités prévues. Dans la monarchie absolue le pouvoir est illimité et s'exerce sans aucune règle, le monarque se considérant, et étant considéré, comme le maître des personnes, des biens et, si l'on peut dire, des âmes de ses sujets.

La démocratie moderne (appelée aussi *pure*, on ne sait trop pourquoi) a oublié de régler les pouvoirs du souverain-peuple à qui la loi du Nombre donne à peu près tous les droits du monarque absolu. Pour la distinguer des autres variétés de démocratie, il conviendrait donc de l'appeler: *démocratie absolue*.

---

### III. ATTITUDE OPPOSÉE DU PROTESTANTISME ET DE LA DÉMOCRATIE, A L'ÉGARD DES FACTEURS DE LA CIVILISATION.

#### 1. *Travail.*

Il est inutile de démontrer que le premier facteur de toute civilisation est le travail, nous disons: le premier, mais non le principal. Bornons-nous à faire observer que le travail a conservé longtemps et a gardé, même de nos jours, surtout en pays catholique, un certain



caractère d'humiliation, héritage de la mentalité juive et païenne. C'est la gloire du Christianisme, et particulièrement du protestantisme, d'avoir compris la valeur du travail et la dignité du travailleur. Qu'ils soient du Nord ou du Midi, les protestants sont généralement laborieux, et ce n'est pas uniquement l'amour du gain qui les incite à travailler jusqu'à l'extrême vieillesse, car ils dépensent sans compter pour les oeuvres de charité, de relèvement, les missions; c'est le désir de se conformer à la volonté de Dieu et d'être les collaborateurs du Grand Ouvrier.

La démocratie moderne semble, à première vue, déployer un zèle et une sollicitude sans bornes pour le travail; mais, à regarder de près, on constate que ce beau zèle ne va pas précisément au travail, mais aux ouvriers; et encore, pas même aux ouvriers, mais au nombre de voix que représentent leurs groupements; en d'autres termes, cette sollicitude pour le travail n'a qu'un but électoral. S'agit-il de la journée de huit heures? On en connaît maintenant les résultats: Beaucoup d'ouvriers en dehors des huit heures réglementaires, travaillent pour un autre patron, se fatiguent, se surmènent, en sorte que la loi est pour eux sans effet. D'autres, „pour tuer le temps”, vont au cabaret et y laissent le tiers de leur gain journalier; enfin, les grèves sont plus fréquentes que jamais, et les fonctionnaires et employés de l'Etat, subissant la contagion, menacent les pouvoirs publics de se croiser les bras, de faire la „grève perlée” et de saboter leur ouvrage.

On a parlé de la vague de paresse; ne faut-il pas voir plutôt dans cette mentalité de la classe ouvrière et dans cette hostilité pour le travail, un effet de la déchristianisation de la France, laquelle a amené un retour offensif de l'idéal païen?

## 2. *Épargne.*

Qu'on l'appelle épargne, propriété, capital, le travail accumulé est une condition *sine qua non* du progrès de l'humanité.

L'épargne est une vertu sociale; celui qui économise enrichit la société, même lorsqu'il croit n'épargner que pour lui-même ou pour ses petits neveux. Quiconque dépense plus qu'il ne produit, appauvrit la société, même lorsqu'il dilapide uniquement son propre avoir. Et l'on comprend que, dans certains pays protestants le langage populaire dise, en parlant d'une dépense inutile, „c'est péché!”

Les protestants sont économes, car la simplicité de leur vie et leurs

bonnes mœurs les préservent de l'oisiveté, du vice et de la misère. La supériorité financière des pays protestants n'est pas à démontrer. En France, les finances ne furent jamais mieux administrées qu'au temps où le brave SULLY, protestant rigide, en avait la direction.

Et voici une nouvelle opposition manifestée entre la démocratie moderne et le protestantisme. Car les masses électorales, imbues de certaines maximes rousseauistes et du catéchisme marxiste, en sont arrivés à s'imaginer que l'épargne est un vol, que celui économise vole la société et que tout homme qui possède quelques biens est un malfaiteur. Chaque jour, sous divers prétextes, les „primaires” du Parlement s'attaquent à la propriété cependant que l'État, grand bourreau d'argent, frappe l'épargne de lourds impôts, la grève de droits de mutation, de succession et autres, de plus en plus onéreux, en attendant de la confisquer.

Cet état d'esprit des dirigeants de la démocratie démagogique incite une foule de gens à dépenser tout ce qu'ils gagnent, de crainte que leurs économies ne finissent par culbuter dans la caisse du fisc et se perdre dans le gouffre insondable des budgets socialistes.

D'ailleurs l'État démocratique donne l'exemple de la frénésie dans les dépenses, car il fabrique, à tour de bras, des lois sociales ruineuses, et crée pour l'application de ces lois quantité d'emplois nouveaux avec lesquels les „politiciens” payent le dévouement des „militants” de leur parti.

Tout comme la monarchie absolue, aux 17<sup>e</sup> et 18<sup>e</sup> siècles, la démocratie absolue, ou démagogique, au 20<sup>e</sup>, conduit fatalement à la faillite le peuple le plus économe de la terre.

### 3. *Stabilité.*

Une autre condition du progrès dont ne se préoccupent nullement les politiciens démagogues, c'est la stabilité sans laquelle, pourtant, il ne pourrait y avoir de civilisation. Les non-civilisés, en effet, se caractérisent par l'instabilité; les nomades n'ont, en fait de civilisation, que les miettes qui tombent de la table des populations sédentaires. Là où manque la stabilité, il n'y a rien à espérer, rien à entreprendre.

Toutefois la stabilité n'est pas l'immobilité, encore moins l'immuabilité, laquelle serait en opposition avec le progrès.

Les peuples protestants attachent une grande importance à la stabilité.

Voilà qui surprend les catholiques français pour qui protestantisme est synonyme de changement perpétuel. Ils en sont encore restés (ceux, du moins, qui sont des catholiques pratiquants) à *l'Histoire des variations des églises protestantes* de l'évêque de Meaux, et ils disent volontiers avec M. MAURAS, le doctrinaire de *l'Action Française*, que „les protestants protestent toujours,” comme si les Réformés étaient, par nature, des révoltés, des révolutionnaires-nés. Ceci prouve la ténacité du préjugé, la persistance des idées préconçues, car il suffit d'observer ce qui se passe dans les pays protestants pour s'apercevoir que l'éducation évangélique a créé chez eux un tempérament *antirévolutionnaire*, c'est-à-dire, ennemi du désordre et de la démagogie.

Le protestant se garde bien de construire sa maison sur le sable, et, avant d'édifier une tour, il s'assied, réfléchit, fait ses comptes, suppute les risques et la dépense. Les rêveurs, les utopistes, les sociologues en mal de cités futures exercent peu d'attrait sur les populations réformées. Sans doute, l'on trouvera, dans les milieux protestants, quelques exaltés, capables de donner un démenti retentissant à la réputation de sagesse et de bon sens que les fils de la Réforme ont si bien méritée; et, sans doute, Dieu permet ces exceptions pour nous empêcher de nous énorgueillir et nous inviter à l'humilité. Toutefois ces exceptions tapageuses n'empêchent pas que le protestant, en général, ne soit, par éducation et par tempérament, antirévolutionnaire, c'est-à-dire, ami d'une certaine stabilité.

Comparez la grande république protestante des états-Unis avec les républiques de l'Amérique du Sud, comparez, en Europe, les nations protestantes avec les nations latines, et ce qui vous frappera, c'est que, chez les premières, il y a respect des traditions, continuité de vues, esprit de suite, persévérance, en un mot, *stabilité* tandis que, chez les secondes, vous noterez le mépris de la tradition, le manque de suite dans les idées, les enthousiasmes prompts et les prompts découragements, en un mot: *l'instabilité*.

Contradiction curieuse: Au protestantisme, forme religieuse qui admet de nombreuses variations, correspond, en politique, une grande stabilité. Au catholicisme, forme religieuse immuable correspond, dans les gouvernements, une grande instabilité. De même que, dans les pays protestants, on trouve, la monarchie constitutionnelle, de même, dans les pays catholiques, on trouve, de nos jours, la démocratie absolue

avec un maximum d'instabilité. Au catholicisme, donc, correspond l'absolutisme, en démocratie comme en monarchie.

Car le fait le plus saillant de la démocratie moderne c'est l'instabilité. En France, le personnel gouvernemental change continuellement. En 60 ans, 94 ministères ! Et ce qu'il y a d'admirable, c'est que tous ces „ministrables" passent avec désinvolture d'un ministère à un autre, de l'Intérieur aux Affaires étrangères, des Finances à la Marine, de la Justice à l'Agriculture, etc. etc. On se rend bien compte que ces politiciens transformés, de par la volonté du populaire, en hommes d'état, „savent tout sans avoir eu besoin de rien apprendre."

Sans doute la stabilité absolue serait contraire au progrès, et celle que l'on doit souhaiter, c'est une stabilité relative. Mais l'instabilité absolue, qui est la caractéristique de la démocratie moderne, conduit à l'incertitude du lendemain, aux bouleversements continuels, au gâchis permanent.

#### 4. *Culture Intellectuelle.*

C'est un élément important de la civilisation, mais non l'élément capital, car des peuples peu cultivés se sont élevés à un haut degré *d'humanité*, tandis que des peuples très cultivés ne sont guère connus que pour avoir été de redoutables forbans, des despotes, des monstres de cynisme et de cruauté.

Le protestantisme a le droit de parler de culture intellectuelle, car si la pensée captive a pu s'arracher aux liens séculaires de l'Aristotélisme et de l'Inquisition, c'est à la Réformation qu'elle le doit. Pour libérer la pensée, il fallait d'autres hommes que les Humanistes, sceptiques, railleurs et surtout poltrons; il fallait des hommes de foi et d'action, des héros. Et ce furent les réformateurs!

Ce que le Protestantisme a fait pour l'instruction du peuple et pour l'enseignement, secondaire et supérieur, tout le monde le sait. Personne n'a aimé l'instruction comme les protestants. Mais quand ils voulaient instruire le peuple, ils se proposaient non de l'instruire seulement, mais aussi de le moraliser, de l'édifier.

Il conviendrait, ici, de montrer la différence dans la culture entre les pays protestants et les pays catholiques; on verrait que, dans ces derniers, la culture sera, suivant les circonstances, cléricale ou anti-cléricale, mais *presque toujours païenne*. En effet, elle recherche le beau infiniment plus que le vrai et le bien. Aussi produisit-elle

des artistes, des poètes, des écrivains, remarquables par la magnificence du style, mais, sauf quelques exceptions, des penseurs médiocres.

La forme, l'élégance, le trait piquant, le bon mot, voilà ce qui la préoccupait durant le 18<sup>e</sup> siècle, bien plus que l'étendue des connaissances et la profondeur de la pensée. De l'histoire, elle fit une matière à rhétorique, à sophismes, à déclamations; de la philosophie, elle fit un exercice d'amusement, un sujet de conversations frivoles dans les salons. ROUSSEAU vint qui réagit en opposant aux dogmes rationalistes le sentiment religieux, ce qui lui valut un grand succès.

Autant, sinon plus, superficiel que les autres „philosophes”, ce beau phraseur eut le talent de faire passer son verbiage pour de la profondeur; lui aussi, lui surtout, par sa morale pédantesque et l'emphase de son style, exerça une influence néfaste sur un siècle à qui manquaient la passion du vrai et l'amour du bien.

La Révolution exagéra les défauts de cette culture superficielle où l'élégance de la forme, la rhétorique, le déclamatoire, tenaient lieu de savoir; où, sous des dehors brillants se cachaient le vide de la pensée, le manque de connaissances, et souvent l'absence de sens commun. Il y avait pourtant quelques hommes dont la valeur scientifique honorait la France; mais, parcequ'ils étaient modestes et faisaient peu de bruit, le public les ignorait et les dédaignait; car les beaux discours tenaient lieu de science en cette curieuse époque où l'on avait „la manie de tout savoir sans avoir rien appris”. —

Notre démocratie moderne a hérité des „grands ancêtres”, leur inintelligence des choses religieuses, leur amour de la rhétorique et leur paganisme. Elle a créé des écoles à profusion, construit des palais scolaires luxueux, même là où ils étaient parfaitement inutiles, et dépensé, sans compter, des milliards. En créant l'école laïque, gratuite et obligatoire, les chefs de la démocratie moderne furent, plus d'une fois, guidés moins par le désir d'instruire le peuple que par celui de dresser l'école contre l'église et de détacher le peuple du christianisme; ils voulaient opposer la science à la foi, l'instituteur au prêtre, le cléricisme rouge au cléricisme noir.

Le protestantisme, au contraire, s'est toujours efforcé de concilier ces deux aspirations légitimes de l'être humain: la science et la foi; il les a enveloppées d'une même sympathie, les considérant comme des deux grandes colonnes du temple de l'Éternel.

### 5. *Idéal religieux et moral.*

Voilà bien l'élément principal d'une civilisation. Mais pour qu'il ait quelque efficace il lui faut une base religieuse, une foi. C'est pourquoi la religion mérite d'être considérée comme le ciment social. Cela est si vrai que chaque civilisation porte l'empreinte de la religion dominante, et l'on ne pourra bien comprendre le développement d'un peuple si l'on n'a pas étudié la religion ou les religions qui ont présidé à sa formation et à son évolution.

Pour les fils de la Réforme, nul progrès ne saurait être sérieux et durable, s'il ne s'accompagne d'un progrès moral; d'autre part, la morale ne peut pas être séparée de la religion sans laquelle les plus beaux systèmes ne peuvent pas se tenir debout.

La démocratie moderne a adopté vis-à-vis de la religion une attitude méprisante ou haineuse, laquelle, avec le laïcisme, semble constituer l'unique doctrine politique du parti qui, depuis plus de cinquante ans, détient le pouvoir. Jusqu'à la fin du 19<sup>e</sup> siècle, on vivait d'une ombre de foi; aujourd'hui, on ne vit même plus „de l'ombre d'une ombre de foi" selon le mot de RENAN. La masse ne songe qu'à jouir et se plonge dans un épais matérialisme.

Le suffrage universel (tel qu'il est compris) et les moeurs politiques qui en découlent, contribuent à la corruption générale. Quel idéal peut subsister lorsque c'est la majorité, la plus grande quantité, le poids le plus lourd, qui est appelé à résoudre les questions les plus délicates, à décider ce qui est vérité, justice, droit? L'idéal chrétien est obligé de disparaître devant l'imbécilité et l'immoralité, investies du souverain pouvoir. Et, chose curieuse: il y a une logique même dans la marche en arrière, car ce n'est pas la barbarie qui remplace aussitôt l'idéal chrétien, c'est le paganisme. Qu'on l'appelle étatisme, socialisme marxiste, collectivisme, communisme, c'est le vieil idéal païen qui réapparaît: mépris de l'être humain réduit à n'être plus qu'un chiffre, un numéro, un atome, un rien; haine de la liberté individuelle, despotisme collectif et dépravation générale.

Pourtant la démocratie moderne a grand soin d'arborer un idéal qui semble, à première vue, emprunté à l'Évangile; elle grave sa devise sur tous les monuments et, solennellement, déclare la paix au monde. Mais elle ne se rend pas compte que, sans l'idée de Dieu qui, seule, peut éclairer et justifier la devise républicaine, ces trois mots: Liberté, égalité, fraternité, sont de purs sophismes et ne signifient rien.

Pourtant il ne manque pas d'hommes cultivés, sincères, qui croient encore en l'idéal démocratique, qui ont gardé l'espérance, et même la vertu, tout en perdant la foi en Dieu. Ceux-là aspirent à vivifier leur morale laïque au moyen d'un idéal nouveau dans lequel l'idée de Dieu est remplacée par les vocables majestueux de Raison, Solidarité, Science, Humanité. Mais cet idéal que l'on croirait inspiré par l'évangile ne repose en réalité sur rien, car ce sont des mots, des sonorités, rien de plus, *verba praeetereaue nihil*.

Cet idéal n'a pas de raison d'être, car il n'a ni la raison, ni l'être; il n'a rien de vivant, c'est un *idéal mort*.

Faut-il s'étonner qu'un idéal mort n'ait aucune action sur les âmes? Le contraire serait surprenant.

Une aventurier beau parleur, devenu chef du gouvernement, déclara un jour à la tribune de la Chambre: „nous avons éteint dans le ciel des lumières qu'on ne rallumera plus". L'avenir dira si ces lumières éteintes ne se rallumeront pas.

En attendant, notre démocratie n'a, pour se diriger, que le lumignon fumeux d'un idéalisme de pacotille et, dans les ténèbres qui s'épaississent, on entend craquer les fondements de l'ordre social, et l'on perçoit déjà les hurlements des barbares montant à l'assaut de la civilisation.

## 6. *La Liberté.*

Elle est entrée dans le monde avec le christianisme; la société antique ne l'a point connue, car l'homme y était dans la dépendance absolue de la cité; il n'était libre ni dans sa vie privée, ni dans ses biens; ni dans l'éducation, ni dans la religion. „C'est une erreur singulière entre toutes les erreurs humaines que d'avoir cru que dans les cités anciennes l'homme jouissait de la liberté; il n'en avait pas même l'idée. Le gouvernement s'appela tour à tour monarchie, aristocratie, démocratie; mais aucune de ces révolutions ne donna aux hommes la vraie liberté, la liberté individuelle". (FUSTEL DE COULANGES, *Cité Antique*). Or cette „erreur singulière" fut de tout temps et surtout ce fut celle du 18<sup>e</sup> siècle et de la Révolution.

L'évangile a été et demeure le grand principe libérateur, car il met en relief la valeur infinie de l'âme et l'éminente dignité de l'homme, enfant de Dieu. Il affranchit l'individu, libère l'âme et crée la personnalité humaine.

Mais cette personnalité, cette liberté, cette dignité, voilà ce que le paganisme n'a jamais pu tolérer ni dans les temps antiques ni dans les temps modernes. Aussi a-t-il considéré les chrétiens comme „une race odieuse, ennemie du genre humain”, et l'on s'explique fort bien que les chrétiens aient subi de très rigoureuses persécutions de la part des empereurs les plus dévoués au salut de l'État, tel par exemple, un MARC AURÈLE.

La liberté subit des éclipses dans la mesure où le christianisme se mêla à l'idéal païen, où l'Église remplaça la cité, où l'évêque prit la place de César, où l'être humain, autrefois chose de l'État, devint chose du clergé.

Le protestantisme, retour à l'évangile, a rendu peu à peu aux peuples issus de la Réforme le sens et l'amour de la liberté, une liberté qui ne va pas sans l'ordre et le dignité, et ne dégénère pas en licence.

La Révolution française fut libérale en ses premiers débuts, et quand elle proclama les droits de l'homme, on eût dit qu'une resplendissante aurore se levait sur la France. Mais la fameuse Déclaration était une importation de la jeune et protestante république américaine.

Là-bas, on avait enseigné, aux hommes leurs devoirs avant de leur parler de leurs droits; une forte éducation protestante les avait préparés à l'usage de la liberté; ici, rien de pareil.

Dans un sol infecté de cléricisme et de paganisme, une telle plante ne pouvait développer ses racines. Aussi l'Idéal païen ne tarda-t-il pas à exercer un ascendant irrésistible sur cette société qui n'était plus cléricale et ne pouvait pas être chrétienne. La liberté devint licence; et la licence, despotisme; l'égalité devint la haine de toute supériorité, et la fraternité devint la communion dans la bassesse et le crime, en sorte que la Révolution, mouvement empreint à l'origine, d'une certaine grandeur et même d'une certaine beauté, sombra dans la barbarie et le despotisme, et finit par jeter la France, lasse de tyrannie et d'horreur, au pied d'un soldat, d'un „Corse aux cheveux plats”.

Entre ce rebut: la Déclaration des droits, et cette fin: NAPOLÉON empereur, qu'y a-t-il? — Ceci: la Révolution a paganisé; elle a mis *l'homme à la place de Dieu*, un idéal mort à la place d'un idéal vivant.

La démocratie moderne suit la même marche; elle paganise de plus en plus; elle veut que chaque citoyen ne soit plus qu'une chose, sa



chose, et qu'il appartienne lui, sa femme, ses enfants, ses biens, et leurs corps et leurs âmes, à cette idole monstrueuse, l'État-Dieu, qui ne soutient plus la nation, mais l'écrase; et, tel une pieuvre gigantesque, au lieu de protéger le pauvre peuple, se repaît de sa substance.

---

#### IV. DÉMOCRATIE ET DÉMOCRATIE.

##### A. **La démocratie, dite Moderne, n'est pas le gouvernement du peuple par le peuple.**

1. *Elle correspond à une monarchie absolue, les pouvoirs du souverain-peuple n'étant pas réglés.*

L'attitude de la démocratie moderne vis-à-vis des facteurs essentiels de la civilisation témoigne donc d'une sorte d'hostilité latente ou déclarée, à l'égard de la civilisation chrétienne, et l'on s'aperçoit déjà, à plus d'un signe, que, dans la marche générale de l'humanité vers le progrès, cette sorte de gouvernement commence à retarder sensiblement.

Pour ceux qui, élevés dans la tradition républicaine, ont gardé une foi aveugle en la démocratie, pour ceux qui ne connaissent de ce régime que la variété la plus malfaisante, il y a là une pénible constatation; car il leur est douloureux d'assister impuissants, à la banqueroute de tout ce qui enthousiasma leur jeunesse. Et l'on s'explique le désarroi où se trouvent de nombreux protestants: ils sentent confusément que cette démocratie ne donne pas ce qu'ils en attendaient; mais, se refusant à voir la situation telle qu'elle est, ils continuent leur confiance à un système politique dont la malfaisance saute aux yeux. Si ces protestants avaient eu connaissance de la merveilleuse organisation calvinienne, de cette ingénieuse *hiérarchie d'Assemblées* qui part du suffrage universel pour former une série de collèges superposés, s'engendrant les uns les autres pour ne laisser arriver au sommet que les plus dignes, les plus expérimentés, les plus compétents, ils auraient aussitôt compris que cette démocratie dite moderne, improvisation hâtive de gens qui ne savaient pas, n'est qu'une sorte de démocratie barbare, pareille à celle pratiquée par les prétoriens élisant leur empereur, à celle des guerriers francs désignant leur chef et leur roi en l'élevant sur le

pavoi, à celle de la populace romaine nommant le pape par acclamation, en d'autres termes, un système de gouvernement absolu destiné, par sa nature même, à se muer, un jour ou l'autre, en dictature.

Car la démocratie pure, tout comme la monarchie pure, est caractérisée par l'absolutisme. De même qu'il y a eu, jadis, une monarchie absolue, ainsi, de nos jours nous avons la démocratie absolue, laquelle devra: ou bien se réformer en révisant sa constitution embryonnaire, ou bien se donner un maître, roi ou dictateur.

D'aucuns s'imaginent, il est vrai, que la démocratie moderne ne peut pas s'améliorer: que, d'ailleurs, elle ne convient pas aux peuples latins. D'autres y voient la première étape que parcourt un peuple en voie de régression. Lorsque le fardeau de la civilisation devient trop lourd à porter ou qu'un peuple dégénère, il *fait* de la démocratie exactement comme un malade *fait* de la fièvre, puis du socialisme, enfin du communisme, retour à la barbarie ancestrale !

De telles objections sont des paradoxes, et rien de plus: car l'Angleterre, la Hollande, les ÉTATS-UNIS d'Amérique, nations démocratiques, ne sont pas en décadence; d'autre part l'effroyable jacquerie qui a coûté la vie à trente-cinq millions de Russes, ne prouve rien contre la démocratie. Cette révolution *made in Germany* démontre seulement le macchiavelisme teuton et l'incroyable naïveté de ce peuple enfant qu'est la Russie.

Car il y a démocratie et démocratie. Cette forme de gouvernement est apparue bien tardivement dans le monde; Aristote le considère comme une forme anormale de gouvernement; la haute antiquité ne l'a point connue. Et pourtant nos ancêtres de la Révolution s'imaginaient naïvement copier les Grecs et les Romains ! Ils étaient persuadés que la démocratie est une chose toute simple, naturelle, d'une pratique aisée.

Erreur conséquente de l'esprit classique, lequel pense tout savoir sans avoir rien appris; il croit résoudre les problèmes les plus redoutables, en alignant des phrases bien cadencées et des mots d'une belle sonorité.

## 2. *Ce que signifie le gouvernement du peuple par le peuple.*

On définit la démocratie: le gouvernement du peuple par le peuple, c'est-à-dire, de tout le monde par tout le monde. Les esprits simplistes, l'immense majorité, versent des larmes de joie à cette pensée ineffable

que tout le monde gouverne tout le monde ! Ils ne s'aperçoivent pas que, si tous gouvernent, c'est exactement comme si personne ne gouvernait, et que la démocratie signifierait, dès lors, l'absence de gouvernement.

Mais qui est le peuple ? — En France le femme et les enfants sont exclus ; la femme n'a pas le droit de vote, et les enfants ne sont pas représentés par le père de famille. Le souverain est donc réduit à environ dix millions de têtes. Et, dans ce nombre, des illettrés, des ivrognes, des débauchés notoires, des escrocs, des proxénètes des demi-fous, des repris de justice, etc., dont le contingent redoutable, les jours de vote, ne pratique jamais l'abstention.

D'autre part, ces électeurs indésirables adoptent toujours, par une sorte d'instinct, le parti dont l'action sera le plus néfaste au pays, en sorte que finalement, ceux qui ont le plus de chances de s'emparer du pouvoir, ce sont les ennemis de l'ordre social. La démocratie pure s'avère donc, chaque jour, comme un danger. De plus, elle est un sophisme ; en effet, ce n'est pas le peuple qui gouverne, ce n'est même pas toujours le populaire, c'est un groupe de politiciens, grands ou petits électeurs, associés pour la conquête du pouvoir et le partage des bénéfices, politiciens qui traînent le plus souvent, derrière eux, pour les soutenir de leurs votes intéressés, une légion de sportulaires et d'indésirables, avides de recevoir leur part du butin, si leur parti sort victorieux de l'élection.

## **B. Le système électoral de la démocratie moderne est destructeur de tout ordre social.**

1. *Il lui manque une éducation morale sérieuse et une solide organisation.*

On a compté sur l'instruction largement répandue pour faire l'éducation politique du peuple. Mais l'instruction n'est qu'un coefficient qui, placé à côté du mal, multiplie l'action mauvaise. Sans une sérieuse éducation morale, elle est un danger.

A défaut de l'éducation, il aurait fallu, tout au moins, une solide organisation, laquelle préservât la démocratie de la lèpre démagogique, de la surenchère électorale, la mît à l'abri de l'anarchie et du despotisme. Mais, hélas ! la constitution embryonnaire, et toujours provisoire (votée en 1875 à 1 voix de majorité par des hommes qui espéraient un

retour prochain du roi de France!) semble avoir été imaginée pour favoriser le maximum de désordre et le minimum de stabilité. Il faudrait la refondre entièrement et surtout réformer le suffrage universel, lequel est une aberration monumentale sous la forme où il est pratiqué.

### 2. *Le vote n'est pas un droit seulement, mais une fonction.*

Cette erreur du suffrage universel dérive d'une idée fautive laquelle vicie tout le système politique, et c'est que le vote est considéré comme un droit à exercer alors qu'il est surtout une *fonction* à remplir. Or une fonction suppose chez celui qui en est investi un minimum de garanties quant à la moralité et à la capacité. Sur ce point encore la démocratie calvinienne nous donne de précieuses indications. Sans doute l'on est, dans nos églises, assez large quant à l'électorat. Pourtant, l'on raye du nombre des membres de la communauté ceux qui, tant par leurs paroles que par leurs actes, ont manifesté leur rupture avec la société religieuse. Sans doute la discipline de CALVIN fut un joug assez dur, et il n'est pas question, à notre époque, de la rétablir telle qu'elle jouait au 16<sup>e</sup> siècle; mais n'est-ce pas une offense au bon sens, à la raison, à la conscience, à la dignité du citoyen, que de laisser, dans la démocratie moderne, le droit de vote à des illettrés, des ivrognes, des proxénètes, des repris de justice, etc., alors qu'on le refuse obstinément à des mères de famille, modèles de dévouement et de vertu ?

### 3. *Le vote, élargi et épuré, n'est pas un remède suffisant.*

Et pourtant, même en élargissant le vote par l'accession des femmes au suffrage, même en l'épurant par l'élimination des indignes, on n'aura pas encore trouvé un remède au mal qui ronge la démocratie moderne. En effet la médiocrité intellectuelle et morale des masses n'est plus à démontrer. Plus une masse d'êtres humains est nombreuse sur un point donné, et plus il y a de chances pour que les résolutions de cette masse soient contraires à la raison et à la justice. Pourquoi cela ?

Parceque le nombre est toujours guidé par la voix des sens, par la passion; parceque la passion, la folie, sont contagieuses, tandis que la raison ne l'est pas. Nous dirons plus: Une décision, bonne en soi et légitime, se transforme, par l'effet du Nombre, en mesures vexatoires, arbitraires, néfastes pour le pays; et une cause bonne, excellente en

soi, devient parfois mauvaise et détestable, dès qu'une grande multitude s'en est emparée. L'histoire de la démocratie moderne nous en offre des exemples nombreux.

#### 4. *Influence extraordinaire des névropathes sur les foules.*

Mais, outre que le niveau intellectuel et moral subit une dépression marquée dès qu'une assemblée est un peu nombreuse, outre que la surexcitation du sentiment a pour corollaire l'oblitération de la raison, de la conscience et, parfois même l'éclipse totale du bon sens, il ne faut pas oublier l'influence extraordinaire qu'exercent les cerveaux déséquilibrés sur les masses populaires. Lors de la Révolution, lors des insurrections de 1848 et de 1870; dernièrement, lors de la Révolution russe, nombreux furent les chefs qui, s'ils n'étaient pas des aliénés bons à enfermer, étaient sur les confins de la folie. „Les grandes commotions sociales peuvent mettre en lumière des monstruosité psychiques héréditaires” (CH. FÉRÉ: La famille névropathique). Mais point n'est besoin de „grandes commotions sociales” pour mettre en lumière dans la démocratie moderne le rôle prépondérant que jouent, dans les réunions publiques, l'idée fixe, l'exagération morbide, le délire systématisé, la confusion mentale, et l'influence extraordinaire des névropathes sur les multitudes.

#### 5. *Comment préserver le suffrage universel?*

Comment préserver le suffrage universel de tout ce qui le trouble, l'affole, le corrompt? — La démocratie calvinienne nous l'indique: le suffrage universel peut jouer tant que l'on voudra, sans danger, *pourvu qu'il joue dans une sphère relativement restreinte*, là où l'électeur connaît ceux qui sollicitent sa voix. Alors il vote en connaissance de cause; et vous pouvez être assuré qu'il n'accordera pas son suffrage à un fou, à un indésirable, à un aventurier.

Or, dans la démocratie moderne les neuf dixièmes des électeurs ne connaissent pas leur candidat, pas même ceux qui les présentent. On vote au petit bonheur; chaque élection est un saut dans l'inconnu, une sorte de loterie; et chaque renouvellement de la Chambre est une menace pour la tranquillité des citoyens paisibles et laborieux.

Est-il surprenant, dès lors, que le parlementarisme soit considéré un peu partout comme un fléau; et que le seul moment où un pays puisse respirer, travailler en paix, jouir d'un peu de tranquillité, soit

celui où le parlement est en vacances? Cela seul ne suffit-il pas à condamner un système politique, qui fait élire le Parlement *directement* par le peuple?

### C. Avantages d'une démocratie organisée.

#### 1. *Sélection automatique.*

En partant du suffrage universel et du consentement populaire, lequel joue seulement dans la commune (c'est à dire dans son domaine, *dans le milieu qu'il connaît bien*) on s'élève par degrés jusqu'à un Collège supérieur à qui est confiée la direction générale des affaires du pays. Il y a donc une série de filtres, une sélection automatique, en sorte que, finalement, c'est une petite élite qui se trouve au sommet de la société. C'est donc une hiérarchie d'assemblées qui règle et dirige tout.

#### 2. *Un synode n'est pas un parlement.*

Evidemment un synode n'est pas un Parlement; on n'y entend pas des interpellations fougueuses, des discours retentissants, des altercations bruyantes, des injures; les amateurs de spectacles et de scandales ne s'en approchent pas. D'ailleurs les séances ne sont pas publiques. C'est qu'un synode est une réunion de gens qui travaillent, tandis que le Parlement, comme le nom l'indique, est une assemblée de gens qui parlent. Les délégués au synode ne s'occupent que des intérêts supérieurs de la société religieuse dont ils sont la plus haute émanation, tandis que les parlementaires se préoccupent, avant tout, de leur clientèle électorale, de leur petite circonscription; car les intérêts majeurs du pays ne les laissent peut-être pas tout-à-fait indifférents, mais passent en seconde ligne.

#### 3. *La démocratie organisée est économe de l'argent des contribuables.*

Une remarque s'impose, à laquelle on ne prête pas assez d'attention: la démocratie moderne est un régime coûteux. Ceci tendrait à nous expliquer pourquoi certains peuples, ayant eu, de nos jours, à choisir entre la démocratie et la monarchie, ont préféré la forme monarchique.

L'absence de contrôle et de responsabilité, l'obligation de créer sans cesse des emplois nouveaux pour récompenser les „militants" en leur

distribuant ces emplois; la fureur de dépenser des sommes énormes et les interventions continuelles de l'État, qui, loin d'empêcher les dépenses inutiles, les encourage sous divers prétextes, les provoque, les impose même, sont cause que la démocratie moderne, un peu partout, semble délibérément marcher vers la faillite.

En France, la stabilisation, c'est-à-dire, la valeur du franc, ramenée de 20 à 4, a été une faillite déguisée, mais, tout de même, une faillite, dont la guerre est en partie responsable, mais à laquelle a surtout contribué une mauvaise administration.

La démocratie calvinienne évite donc trois plaies: la démagogie, le parlementarisme et le gaspillage des deniers publics.

## D. La Démocratie Calvinienne est Française et constitutionnelle.

### 1. *Un autre avantage.*

Pour les Français la démocratie calvinienne aurait, de plus, ce grand avantage: celui d'être française. CALVIN l'a vraisemblablement empruntée, avec quelques modifications, aux admirables constitutions de villes libres du moyen-âge, lesquelles, en tant que juriste, il connaissait bien; il semble s'être inspiré aussi de la constitution romaine. Etant donné que, dans la démocratie actuelle, les cadres existent, il suffirait donc d'établir la hiérarchie des assemblées (par exemple: collèges électoraux, conseils municipaux, conseils généraux, conseil national, ces diverses assemblées s'engendrant les unes les autres).

### 2. *La démocratie dite moderne, caricature de la démocratie Anglaise.*

La démocratie dite moderne est une copie fautive, une *caricature* de la démocratie anglaise, pour la raison qu'il lui manque une chambre des Lords et une monarchie. Et c'est bien pourquoi le régime parlementaire donne, et donnera toujours en France et ailleurs, sauf en Angleterre, d'assez piètres résultats. Car un peu partout, on commence à considérer le parlementarisme comme un fléau, et l'on cherche à s'en débarrasser. L'Italie, l'Espagne, la Grèce, la Pologne, le Portugal, l'Allemagne, ont vu se produire des coups d'État; les peuples ruinés, exaspérés, se donnent des dictateurs afin de balayer les Parlements fauteurs de désordre, de gaspillage et d'anarchie.

C'est un fait que, presque partout, les peuples renoncent, pour vivre,

à la souveraineté dont on a prétendu les investir. La dictature est installée à Moscou comme à Angora, à Berlin comme à Rome, à Lisbonne comme à Varsovie. La démocratie se maintient en Angleterre et en Hollande parce que les méfaits du Parlement, de la démagogie, de l'étatisme, sont limités par la forte éducation religieuse et morale de ces peuples et par l'influence réelle et bienfaisante de la Couronne.

Quand nous parlons de la démocratie calvinienne, c'est-à-dire organisée, ou nous dit: „La démocratie ne s'entend que sous la forme parlementaire”. — „La démocratie, c'est la nation groupée autour de l'Assemblée.” Formule simpliste, fausse, dangereuse. Le parlement ne représente pas le véritable peuple; il représente le nombre, donc, tout au plus, la médiocrité. La souveraineté du peuple est devenue la souveraineté des imbéciles (au sens primitif du mot, c'est à dire, des plus faibles quant à la connaissance et à la valeur morale).

La parlementarisme n'est donc pas plus la représentation du peuple, que la démocratie n'est le gouvernement du peuple. Le parlementaire représente un parti, un groupement, une sorte de syndicat où se confondent des plutocrates ambitieux et de pauvres miséreux, des ventres affamés et des estomacs repus, tous camarades pour la conquête du pouvoir et le partage du butin. Le parlementaire ne représente, pas le pays, mais un syndicat d'intérêts et d'appétits puisqu'il représente un parti.

### 3. *Absolutisme de la démocratie moderne.*

La démocratie moderne, où le peuple est censé détenir et exercer le pouvoir absolu, se comporte donc exactement comme la monarchie absolue. Sa Majesté le populaire est trompée et dupée, exactement comme était dupée et trompée sa Majesté LOUIS XIV.

C'est pourquoi les politiciens s'entraînent de bonne heure à duper le peuple, exactement comme les courtisans s'employaient à duper le roi.

Peut-être, à y regarder de près, pourrions-nous aussi considérer la démocratie moderne comme la continuation du mouvement révolutionnaire, une sorte de *révolution permanente* et de désordre endémique.

Dès lors, il serait temps, s'il en est ainsi, que les Français, et d'autres encore, se décident à sortir de la démocratie moderne inorganique pour entrer dans la démocratie véritable, celle qui est organisée; en d'autres termes, à remplacer *la démocratie absolue* par une démocratie constitutionnelle.



## E. Démocratie moderne et Franc-Maçonnerie.

### 1. *Une objection sérieuse: une organisation invisible.*

On nous objecte, avec quelque raison, que cette variété de démocratie dure depuis plus de soixante ans, qu'elle a triomphé d'adversaires nombreux et puissants, et accompli de belles choses en fait d'instruction, d'assistance et de prévoyance sociale, d'hygiène, d'éducation etc. etc.

On nous objecte encore que cette démocratie inorganique en apparence est, en réalité, fortement organisée. Mais son organisation est invisible, en sorte qu'il y aurait, dans notre pays, deux gouvernements superposés: l'un extérieur, quelconque, visible, avec des hommes d'État fabriqués en série, avec un Parlement déconsidéré qui s'agite, avec une administration imposante, des magistrats, des fonctionnaires, des professeurs, des instituteurs, des commis et employés de tout ordre. Mais, en réalité, ce gouvernement, ces parlementaires, cette immense armée de budgétivores de tout poil et de tout acabit, seraient sous la dépendance de la Maçonnerie, laquelle, affirme-t-on, dirige toutes les affaires, et sans le consentement de laquelle nul ne peut obtenir même le plus modeste emploi, car elle est la souveraine dispensatrice de la puissance et des honneurs. Sous l'ancien régime, les Jésuites détenaient le pouvoir; dans notre démocratie, ce serait donc la Franc-Maçonnerie qui tiendrait dans ses puissantes mains tous „les leviers de commande”, occuperait, dans le gouvernement et dans l'Etat, toutes les places importantes tant au point de vue de la politique intérieure qu'à celui de la politique extérieure.

### 2. *Services rendus par la Maçonnerie au Protestantisme Français et à la démocratie.*

La Franc-Maçonnerie a rendu au protestantisme français et à la France de très grands services, qu'il serait injuste d'oublier. Nous lui devons d'être délivrés de l'oppression cléricale, car nous avons connu le temps où nous, protestants, étions, dans certaines régions de la France, exposés à des vexations et à des violences de la part d'une populace fanatisée par le clergé. La Franc-Maçonnerie a donc contribué puissamment à libérer du joug clérical l'âme de la France. Nous lui devons aussi, cela nous paraît incontestable, d'avoir protégé soutenu, dirigé notre démocratie, laquelle, mal conçue, mal venue, n'avait aucune chance de vivre.

Peut-être exagère-t-on sa puissance Mais, même si l'on admet ce qui est fort possible, que la Maçonnerie constitue *l'armature invisible* de la démocratie française, et lui tienne lieu d'organisation; même si l'on démontre que notre démocratie moderne est inorganique, en revanche la Maçonnerie est remarquablement organisée; elle a sa hiérarchie de personnes et de collèges, et est dirigée par des hommes de valeur et d'expérience. Or, que réclamons-nous pour notre démocratie embryonnaire, amorphe, chaotique, sinon une organisation qui lui permette de vivre et de se développer dans la liberté, la justice, la fraternité, la paix sociale et internationale ?

3. *La Maçonnerie devrait s'employer à transformer la démocratie absolue en démocratie constitutionnelle.*

Pourquoi donc la Maçonnerie n'userait-elle pas de son influence en faveur d'une telle organisation ? Ce faisant, elle redrait, croyons nous, un immense service à cette démocratie qu'elle a contribué puissamment à instaurer en France.

Mais, en attendant, il est bon, il est nécessaire, que les protestants fassent connaître autour d'eux, d'abord à leurs coreligionnaires français qui ne l'ont jamais connue que très imparfaitement, puis aux francs-maçons et à tous les amis de la démocratie, cette organisation des Églises protestantes, telle qu'elle existe encore aujourd'hui en divers pays, et particulièrement en Hollande, cette ingénieuse *hiérarchie d'assemblées* laquelle, partant du suffrage universel et du consentement du peuple, s'élève, de degré en degré, jusqu'à former un Collège supérieur, petite élite, entre les mains de laquelle se trouve la direction générale de la société religieuse.

---

## V. CONCLUSIONS.

1. *Le protestantisme ne saurait être sympathique à un système politique qui, sous la fausse dénomination de démocratie, finit par détruire la civilisation et par engendrer la dictature.*

De notre étude, trop brève pour un si vaste sujet, il résulte que le système de gouvernement dénommé démocratie moderne, ou démocratie pure, pour le distinguer de systèmes analogues, n'a rien de commun

ni avec les démocraties de l'antiquité, ni avec celles du moyen âge, ni, surtout, avec la démocratie authentique, la démocratie organisée, que les huguenots ont conçue et pratiquée. Par conséquent, c'est une erreur et une faute que de solidariser le protestantisme avec une démocratie qui n'a aucune espèce de doctrine ni religieuse, ni morale, ni économique, ni financière, ni même politique, démocratie embryonnaire qui semble avoir été inventée pour instituer le désordre et l'anarchie, démocratie absolue qui ne peut enfanter que la dictature.

En examinant l'attitude de cette démocratie à l'égard des facteurs principaux de la civilisation, nous avons remarqué que, le voulant ou ne le voulant pas, le sachant ou ne le sachant pas, elle est hostile, au travail qu'elle entrave et paralyse; à l'épargne qu'elle pourchasse et détruit; à la stabilité qu'elle empêche de toutes ses forces; à la culture intellectuelle, laquelle n'a pas donné les résultats espérés parceque, selon la prédiction de RENAN, la déchristianisation systématique a provoqué un abaissement intellectuel; à l'idéal parcequ'il est mort, parcequ'on l'a tué chez le peuple dès que l'on a cessé d'entendre „la vieille chanson de la foi” selon l'expression du brillant idéologue, Jean JAURÈS; à la liberté, enfin, parceque la liberté véritable, celle qui est entrée dans le monde avec le Christ, ne peut pas vivre sur une terre redevenue païenne; la démocratie, dite moderne, se révèle donc comme un système politique dont l'absurdité et la malfaisance éclatent aux yeux des moins prévenus. La raison de cette malfaisance est le fonctionnement, à jet continu, du suffrage appelé faussement universel, car s'il ne veut connaître ni les femmes ni les enfants, en revanche il admet à la noble fonction d'électeur une foule d'illettrés, d'indésirables, et d'ennemis de l'ordre social. Le gouvernement du peuple par un parti n'a jamais existé et n'existera jamais. Le parti est un groupement d'électeurs formé, à l'aide d'un programme très élastique, par quelques „politiciens”, unis pour conquérir le pouvoir et l'exploiter au profit d'eux mêmes, d'abord, et, ensuite, au profit de quelques milliers de „militants” appelés au partage du butin. Le suffrage universel, jouant ainsi à tous les degrés, institue en quelque sorte la guerre civile en permanence, l'instabilité absolue dans le gouvernement, l'insécurité en toute chose et pour tous les citoyens; nous allons même jusqu'à prétendre qu'une *association de malfaiteurs*, de gens unis par les liens de la parenté, de la race, de la religion ou de l'irreligion, association camouflée en parti politique, pourrait fort bien enlever, un peu partout,

les suffrages, s'emparer du pouvoir, distribuer à ses adeptes les plus hautes fonctions de l'État et mettre le pays en coupe réglée. Car tout est possible dans une démocratie inorganique, surtout ce qui semble le plus impossible !

Pour que le suffrage universel demeurât sans danger, que faudrait-il ? — Il suffirait qu'il ne s'exerçât que dans un milieu restreint, par exemple, dans le quartier pour les grandes villes; dans la commune pour les agglomérations peu importantes. Dans ce milieu, tout le monde se connaît; l'électeur vote donc en connaissance de cause et l'on n'a pas à redouter qu'il choisisse un aventurier, un bonimenteur, un demi-fou.

La démocratie protestante évite le parlementarisme fléau des temps modernes, la démagogie, la politique ruineuse de surenchère électorale et le gaspillage des deniers publics. Elle est en harmonie avec les traditions anciennes, françaises, et n'est pas une copie inexacte et maladroite du système anglais, comme la démocratie moderne, machine sans régulateur, ni direction, ni freins, vouée fatalement à la catastrophe.

## *2. Il conviendrait de réformer la démocratie moderne et absolue selon les principes de la démocratie calvinienne.*

En dévoilant impitoyablement les erreurs, les vices, les folies et les turpitudes de la démocratie dite moderne, nous croyons rendre service à la véritable démocratie, nous dirons même: à l'idée démocratique.

Beaucoup de gens se figurent que les choses s'arrangeront d'elles mêmes; que, suivant le mot de DESMONS „les excès de la liberté se corrigent par la liberté," que, par l'enseignement intelligent de l'histoire, se fera l'éducation politique du peuple. Les protestants ont partagé cette illusion et commencent de s'apercevoir qu'ils se sont lourdement trompés.

L'instruction n'a pas grand chose à voir avec l'éducation politique. On peut être un grand savant et manquer totalement de „jugeote". Il faudrait d'abord l'éducation, tout court; nous entendons: l'éducation morale reposant sur une base religieuse. Mais, même en supposant que prenne fin l'attitude antireligieuse de la démocratie moderne, et que se fasse l'éducation, politique du peuple, que d'expériences funestes en perspective ! Car les rêveurs, les utopistes, les constructeurs de cités futures, les détenteurs de recettes miraculeuses de bonheur social, les poursuivants de chimères, les prophètes modernes, les cerveaux

enfiévrés, les charlatans, les illuminés, les demi-fous, dans leurs prédications véhémentes au populaire, se proposent un but identique: le bonheur parfait par la destruction de ce qui existe. Car, pour ces aspirants-conducteurs d'hommes, il faut commencer par détruire ce qui est; tout d'abord, l'ordre social.

Aussi le peuple, ne sachant plus que penser ni que faire, se demande toujours: „De quoi demain sera-t-il fait?” Et il se prend à souhaiter *un homme*; et il bénirait l'homme qui mettrait le pays à l'abri de cette incohérence, de cette incertitude, de ces bouleversements continuels qui l'énervent et l'épuisent.

Ainsi donc, il arrive un jour et une heure où le peuple, désespéré et exaspéré, cherche, demande, attend un homme. Il suffit alors qu'un homme jeune, audacieux, intelligent, éloquent, se montre, et toute la nation est à ses pieds. Voilà comment la démocratie moderne conduit à la dictature. De même que la monarchie absolue conduit parfois à la démocratie, de même la démocratie absolue conduit à la dictature ou à la monarchie.

Le mal n'est pas dans la monarchie ou dans la démocratie; car la monarchie est un régime, comme la démocratie est un régime; le mal est dans l'absolutisme.

Or, notre démocratie, dite moderne ou pure, est *absolue*.

On a amendé et corrigé l'absolutisme du souverain-roi; il importe maintenant d'amender et de corriger l'absolutisme du souverain-peuple. De même que, par une bonne constitution, le souverain-roi est protégé contre lui-même, empêché de commettre des abus de pouvoir, de même il faut que, par une bonne organisation de la démocratie, le souverain-peuple soit protégé contre lui-même, empêché de commettre des fautes irréparables.

Il faut donc une organisation à la démocratie. Qu'on ne vienne pas nous parler de confédérations, ligues, syndicats, comme susceptibles de suppléer à ce manque d'organisation; qu'on cesse de nous présenter la Franc-Maçonnerie comme une sorte de super-gouvernement nécessaire, corrigeant les fautes, remédiant aux erreurs d'une démocratie incohérente. Tout cela est hypocrisie et duperie et ne remplace pas une bonne constitution. Il faut organiser la démocratie de telle manière que, tout en s'appuyant, à la base, sur le suffrage universel ou le consentement du peuple, on assure la direction entre les mains d'une élite. L'organisation calvinienne de la société religieuse, prise pour

modèle, peut sans peine s'appliquer à notre démocratie. Mais il faudrait d'abord que cette organisation fût connue. C'est à la faire connaître que nous nous employons de notre mieux, dans la faible mesure de nos forces.

Si notre pays en adoptait le principe, la démocratie éviterait de grands périls. On pourrait alors réviser et compléter cette fameuse constitution *provisoire* qu'un parlement, en grande partie monarchiste, vota jadis à *une* voix de majorité; on pourrait moraliser et réformer la pratique du suffrage universel, changer tout le système électoral de façon à ce que la démocratie, au lieu d'être la chose de politiciens sans foi ni loi, la proie d'intrigants sans scrupules, l'exploitation intensive et scandaleuse des imbéciles par les gredins, devienne, enfin, ce qu'elle n'a, encore, jamais été le gouvernement de la nation par l'élite du peuple.

---

---

---

# DE BRONNEN VAN HET STELLIG RECHT IN HET LICHT DER WETSIDEE

EEN BIJDRAGE TOT VERHELDERING VAN HET PROBLEEM  
INZAKE DE VERHOUDING VAN RECHTSBEGINSEL  
EN POSITIEF RECHT

DOOR

PROF. DR. H. DOOYEWEERD.

IV.

D. *Austin's positivistische bronnentheorie en haar invloed op de Engelsche doctrine*<sup>1)</sup>.

Voor wij tot de bespreking van de eigenlijke kritisch-positivistische bronnentheoriën overgaan, moeten wij nog stilstaan bij AUSTIN'S bronnentheorie, die in geen enkel opzicht meer tot de naïve richtingen is te rekenen, ofschoon zij van een genetisch-positivistisch rechtsbegrip uitgaat.

JOHN AUSTIN (1790—1861) is de grondlegger van de zgn. *Analytische rechtsschool* in Engeland, die onder haar aanhangers vele bekende rechtsgeleerden telt (MARKBY, HOLLAND, GOADBY, LIGHTWOOD, AMOS, SALMOND, GRAY, POLLOCK, e. a.) en ook op de continentale theorie van het recht in den modernen tijd invloed heeft gekregen (SOMLO, ROGUIN, e. a.).

AUSTIN wilde een algemeene formeele rechtsleer, „a general theory of law” ontwikkelen, die de algemeene grondbegrippen van het recht als zoodanig tracht op te sporen door een logische analyse van de rechtsstof, een analyse, die zich niet tot de nationale rechtsorde mag beperken. In dit opzicht beweegt zich de „general jurisprudence” van AUSTIN in hetzelfde gedachtekader als de „algemeene rechtsleer”, welke zich onder JHERINGS' invloed in Duitschland ontwikkelde (MERKEL c.s.). JHERINGS' theorie bespraken wij in ons laatste artikel. Doch het verschil is, dat AUSTIN geheel van den *inhoud* van het recht wil abstra-

heeren en een zuiver *formeele*, — de neo-Kantianen zouden zeggen een „reine” — theorie wil opbouwen. Hij heeft deze theorie ontwikkeld in het in 1863 (dus na zijn dood) verschenen werk: *Lectures on jurisprudence or Philosophy of positive Law* (2 dln.) en zijn rechtsbronnenleer is geheel naar positivistisch-analytische methode gebouwd. Grondlegend voor deze bronnentheorie is AUSTIN's rechtsbegrip, dat hij aldus omschrijft: Recht is een rechtstreeksch of zijdelingsch, gesanctioneerd gebod van een soevereine persoon of corporatie, welke aan één of meerdere leden der onafhankelijke (staats)gemeenschap is gericht, waarin deze persoon of corporatie soverein is.”

De „sovereiniteit”, welke in zijn rechtsbegrip een essentieel moment vormt, omschrijft AUSTIN aldus, dat zij toekomt aan een bepaalde overheid, die zelve niet geregeld aan een andere gehoorzaamt, en die door de massa van de in een gegeven menschengemeenschap vereenigde individuen gewoonlijk gehoorzaamd wordt <sup>2)</sup>.

Waarom gehoorzamen de burgers in doorsnede aan den soverein?

AUSTIN beantwoordt deze vraag niet rechtstreeks, doch implicite en hier toont hij zich geheel afhankelijk van HOBBS' naturalistisch soevereiniteitsbegrip: De soevereiniteit is volgens AUSTIN een soort „superiority” en „superiority signifies might”. M. a. w., de burgers gehoorzamen in doorsnee den soverein, omdat hij de grootste natuurlijke macht bezit.

Zoo wordt het positieve recht eenvoudig een stuk natuur-werkelijkheid. Het wordt van allen normatieven zin beroofd: „The existence of law is one thing, its merit or demerit is another. Whether it be or be not is one inquiry, whether it be or be not comfortable to an assumed standard is a different inquiry.”

Door het soevereiniteits- en sanctiekriterium onderscheidt AUSTIN de rechtsregels van de *positive morality*, waaronder hij samenvat alle regelen (ook die van eer, mode en conventie), welke niet door een staatkundig soverein, maar door de openbare meening (general opinion) van een maatschappelijke klasse aan de maatschappij worden opgelegd, en van de ethische normen in eigenlijken zin, die hij als „laws of God” naar haar verbindende kracht op haar maatschappelijk nut grondt.

Uitgaande van dit naturalistisch-genetische rechtsbegrip, dat dus zijn kern vindt in het *bevel van den soverein*, heeft AUSTIN radicaal alle *materieele elementen* uit zijn begrip rechtsbron *geëlimineerd*,



waardoor hij er vanzelf toe kwam aan de heerschende positivistische *gewoonterechtstheorie*, die toch altijd het gewoonrecht naar zijn ontstaansbron materieel bleef omschrijven door *opinio necessitatis* (gevoel van noodzakelijkheid) en *longaevus usus* (het langdurig gebruik) een ongewone formeele verscherping te geven.

AUSTIN kent slechts één *geldingsbron* van het positieve recht: *het wilsbevel van den souverain*. Hij onderscheidt echter verschillende ontstaansbronnen (wet, verordening, rechtspraak) die hij *correct* uitsluitend naar het *formeel-juridisch competentiebegrif* bepaalt.

Waarom is AUSTIN'S theorie niet naief-positivistisch?

Hij opereert niet meer met materiele geldings- en ontstaansbronnen, die hij veeleer tot de „positive morality” rekent. Daardoor krijgt zijn geheele bronnentheorie in verband met zijn rechtsbegrif een logische geslotenheid, die scherp afsteekt bij de naief-positivistische theorieën. Ook in dit opzicht is AUSTIN geen naief positivist, dat hij niet langer formeele ontstaansbron en geldingsbron verwacht en dus niet de wet, maar den daarachter liggenden wil van den souverain tot geldingsbron poneert: Hier wordt dus *niet* de gelding van de eene formeele ontstaansbron op de andere terugevoerd.

Hij komt dan tot een systeem, dat naar twee gezichtspunten is geordend: *1e.* Alle positief recht is òf *onmiddellijk* door den wil van den souverain gepositieerd, òf *middellijk* krachtens zijn delegatie, en *2e.* het heeft òf een *directe formeele ontstaansbron* in de wet of in door de wet gedelegeerde vormen van lagere verordeningen, òf wel een *indirecte formeele ontstaansbron* in de rechtspraak (het vonnis). Het „gewoonterecht” valt dan als „juristnrecht” bij AUSTIN onder de *judiciary law*, de „judge-made law”, de *statelijke rechtspraak*.

De formeele ontstaansbron, de statelijke rechtspraak, absorbeert bij hem alle materiele momenten in het begrif rechtsbron en wordt systematisch in hare *gelding* teruggevoerd op den wil van den souverain. Daarmede verdwijnt dus de *gewoonte* als formeele ontstaansbron en dit is een onmiskenbaar voordeel van AUSTIN'S theorie, daar, gelijk wij reeds zagen, de „gewoonte” bij gebrek aan preciseering van het competente orgaan, inderdaad geen formeele ontstaansbron is.

De opvatting van het gewoonrecht als „judge-made law” is sindsdien diep in de Engelsche theorie doorgedrongen, terwijl voordien onder BLACKSTONES' invloed de rechtspraak niet als (formeele) rechtsbron werd erkend. Sinds AUSTIN wordt het „gewoonterecht” vrijwel

vereenzelvigd met de „Common law” d. i. het door vonnisprecedenten gevormde recht, in tegenstelling met de „statute law”, het wettenrecht.

*Kritiek op Austin's theorie:*

Onze critiek op AUSTIN'S bronnentheorie moet zich uiteraard in de eerste plaats tegen het rechtsbegrip richten, waarin zij is gefundeerd. Voor de principieele critiek op het positivistisch rechtsbegrip kunnen wij thans naar het vroeger te dezen aanzien betoogde verwijzen.

De erkenning van de rechtspraak als formeel-juridische ontstaansbron van het stellig recht, is uiteraard toe te juichen. In Engeland is zij thans de volstrekt heerschende opvatting, ook in de rechtspractijk.

Tegen AUSTIN'S constructie van het gewoonterecht als *judge-made law* moeten wij echter de principieele kritiek richten, dat zij naar het bekende nivelleeringsrecept der individualistische rechtsbeschouwing, alle indirecte rechtsvorming over één kam scheert en geheel in de lijn van AUSTIN'S rechtsbegrip eenvoudig een staatsabsolutistische constructie is.

Daardoor is ook deze bronnentheorie buiten staat, belangrijke stukken positief recht als zoodanig te erkennen.

Vanzelve vervalt in AUSTIN'S theorie ieder *buiten-statelijk* recht.

*De crux van Austin's theorie: de judge-made law ten aanzien van de erkenning van het rechtskarakter van de normen van het parlementaire stelsel.*

Maar AUSTIN'S theorie is ook niet in staat, de kern van het geheele Britsche positief staatsrecht, de *normen van het parlementaire stelsel*, in haar positieven rechtszin te vatten.

Aan AUSTIN'S invloed is het te wijten, dat tot op den huidigen dag dit stuk intern, niet geformuleerd recht van het staatsverband door de Britsche theorie niet als *recht* wordt gevat, maar als een stel „*politieke conventies*”. Immers het voldoet niet aan AUSTIN'S dogmatisch criterium voor het gewoonterecht. Het valt niet onder de *judge-made law*! Op dit punt komen wij vanzelf terug bij de uiteenzetting onzer eigen bronnentheorie.

Alle niet door staatsorganen op indirecte wijze gevormd recht wordt als niet-juridische ordening voor AUSTIN tot *positieve moraal*, die haar bron in de „public opinion” vindt<sup>3)</sup>. *Recht* wordt het eerst, wanneer het in de statelijke rechtspraak wordt aanvaard en

daardoor zijn gelding van den wil van den (staats)souverein kan afleiden.

*De antinomie in de opvatting van het gewoonterecht als judge-made law.*

Deze opvatting verwacht zich echter in een antinomie. Want naar heerschende, door AUSTIN niet aangetaste, Engelsche opvatting is de rechter aan de niet-statelijke „customs” juridisch gebonden. Hoe kan dan de „custom” eerst als judge-made law tot rechtsnorm worden?

*Pogingen tot maskeering dezer antinomie. Holland c.s.*

HOLLAND <sup>4)</sup>, zelf volgeling van AUSTIN, heeft deze antinomie zoo zoeken op te lossen, dat de customs ook vóór hare erkenning in een rechterlijke uitspraak, positief recht zijn krachtens een algemeene stilzwijgende statelijke erkenning, een algemeen juridische receptienorm.

Maar deze statelijke norm, waarbij de vóór-statelijke „customs” als rechtsregels (law) worden gerecipieerd, is volgens HOLLAND zelve judge-made-law, waarmede de cirkel in de redeneering gegeven is. De rechtspraak zelve heeft volgens hem deze receptienorm gepositiveerd.

Dus is de „custom” toch meer judge-made-law, terwijl de opgaaf juist luidde, het rechtskarakter der customs onafhankelijk van de formeele ontstaansbron der rechtspraak te fundeeren.

Men tracht ook wel de antinomie in AUSTIN's constructie van het gewoonterecht te maskeeren door de constructie van een terugwerkende kracht van het rechterlijk vonnis ten aanzien van de rechtsgeldigheid der customs, die daarin worden erkend. Doch hier is de constructie eener „terugwerkende kracht” een loutere fictie, die het wezenlijke rechtsprobleem omzeilt. Een fictie, die een innerlijke antinomie moet maskeeren!

*E. De kritisch-positivistische bronnentheorieën.*

Hiertoe behooren met name de in KELSEN's school opgestelde theorieën.

KELSEN's theorie culmineert in de terugvoering van alle juridische ontstaansvormen van het positieve recht op een vóór-positieve (door

de wetenschap opgestelde) *logische oorsprongsnorm*, die als *formeel-logische geldingsbron* van het, trapsgewijze zich in hogere en lagere ontstaansvormen concretiseerende, positieve recht wordt gekwalificeerd en welker voornaamste functie ligt in het *scheppen van een logische systeem-eenheid tusschen de ontstaansbronnen*. Als „kritisch”-positivistische theorie breekt ze dus met de naieve vereenzelviging van *formeele ontstaansbron en geldingsbron van het positieve recht*. Dit deed ook AUSTIN, gelijk we zagen. Maar terwijl AUSTIN de systematische eenheid der geldingsbron zocht in den *reëlen naturalistisch gevatten machtswil van een soeverein*, zoekt de criticistische richting de geldingsbron in een *door het scheppend logisch-mathematisch denken opgestelde oorsprongsnormen*, waaruit zich, langs den weg van een *logische delegatie*, alle juridische ontstaansbronnen in een ordening van logisch hooger en lager, systematisch laten afleiden.

*Rechtsbron wordt hier eigenlijk indentiek met logisch systematische geldingsbron onzer kennis van een positieve rechtsorde.*

Zoo wordt hier het begrip rechtsbron in den zin van formeele geldingsbron feitelijk identiek met *logisch-systematische kenbron*. Want de oorsprongsnorm dient slechts tot het scheppen van een logisch rechtssysteem, waarin zich alle onderdeelen *logisch* als recht laten begrijpen.

Maar dit begrip van *kenbron* is natuurlijk toto coelo onderscheiden van het voor de bronnentheorie irrelevante begrip *kenbron*, in den zin van historisch document, waaruit we het positieve recht van een zekere periode kunnen opdiepen.

KELSEN'S leerling ADOLPH MERKL is wel de eerste geweest, die de criticistische bronnentheorie in den zin van een logicistische *Stufentheorie* heeft uitgewerkt, waarin alle juridische ontstaansbronnen naar hare gelding trapsgewijze uit de oorsprongsnorm worden afgeleid.

*Voorbereiding der „Stufentheorie” door Bülow, Haenel en Bierling.*

Wij willen hier opmerken, dat de breuk met de monistisch-naief-positivistische opvatting, die ten slotte slechts één specifieke juridische ontstaansbron, t. w. de *wet*, erkent, die tegelijk de rol van eenige geldingsbron verkrijgt, in de Duitse bronnentheorie reeds bij OSKAR, BÜLOW, HAENEL en BIERLING valt te constateeren. Deze allen hebben

in zooverre de „Stufentheorie” voorbereid, dat zij de positiviteit des rechts als een *proces* opvatten, waarin de wetgeving slechts een nog abstracte „Stufe” beteekent.

Daardoor werd op positivistisch standpunt het inzicht in de groote differentiatie der formeel-juridische ontstaansbronnen (wet, verordening, statuut, reglement, rechtshandeling, rechterlijk vonnis, etc.) voorbereid en de opvatting van het monopolie van de wet als rechtsbron ondergraven. De criticistische Stufentheorie verlogiseerde dan het positiveringsproces met zijn verschillende formeele ontstaanstrappen tot een scheppend *logisch ken-proces*, dat in de poneering van een logische oorsprongsnorm als hoogste geldingsbron culmineert.

Hare voleindiging vindt deze criticistische bronnentheorie bij ALF ROSS, die het *systeem* tot de laatste rechtsbron verheft<sup>5)</sup>, met loslating van een logische oorsprongsnorm.

*Het formalistisch, zgn. kritisch rechtsbegrip, dat aan Kelsen's bronnentheorie ten grondslag ligt.*

Het begrip rechtsbron, dat in KELSEN'S neo-kantiaansche zgn. „reine Rechtslehre” gehanteerd wordt, en waarbij rechtsbron in hoogsten zin indentiek wordt met *logische oorsprongsnorm* van een rechtssysteem, is uiteraard geheel afhankelijk van KELSEN'S rechtsbegrip.

KELSEN vat het recht als een *denkvorm* sui generis, d. w. z. als een logische vorm, waarin wij alle *rechtsinhouden*, gelijk zij zich in het leven met aanspraak op rechtskarakter aanbieden, ordenen, een denkvorm, die niet aan de rechtservaring ontleend is, maar die veeleer alle rechts-ervaring eerst mogelijk maakt.

In schijnbaar scherpe tegenstelling tot alle empiristisch positivisme wordt hier in het zgn. transcendentiaal logisch denken de oorsprong van den rechtszin gezocht.

Zoo gezien wordt het wezenskarakter van het recht gevat als een hypothetisch logisch oordeel van den vorm: Wenn a . . . soll B: Wanneer een zekere feitencomplex a zich voordoet, behoort als straf of executie een ander feitencomplex b in te treden, dat, als rechtsgevolg van een rechtsgrond, door de normatieve denk-betrekking van het „sollen” met het complex a wordt verbonden.

Van de natuurwetenschappelijke denkmethode zou zich de juridische alleen onderscheiden door den formeelen aard der denk-relatie, welke een feitelijke voorwaarde met een feitelijk gevolg verbindt. De vorm

der natuurwet luidt nl. niet „wenn a . . . soll b”, maar „wenn a . . . musz b”: voorwaarde en gevolg worden hier door de categorie der natuur-causaliteit, niet door die van het „zoo behooren” verbonden.

*De naturaliseering van de Kantiaansche opvatting der norm. Kant's wetsidee en haar dualisme van natuur en vrijheid.*

Ik kan hier niet uitvoerig ingaan op de denatureering van het Kantiaansche begrip der transcendentale denkvormen, welke in KELSEN'S vermeend kritisch rechtsbegrip heeft plaats gevonden. Voor dit punt moge ik verder verwijzen naar de kritiek op KELSEN'S rechtsleer, welke ik in mijn *De Beteekenis der Wetsidee voor Rechtswetenschap en Rechtsphilosophie* gaf.

In dit verband merk ik slechts op, dat in KANT'S scherpe isoleerende scheiding tusschen natuur-werkelijkheid en het „zoo behooren”, en in de beperking van alle wetenschap tot de mathematische natuur-wetenschap, die slechts door een synthese van logische denk-vormen en psychische aanschouwingsvormen (ruimte en tijd) mogelijk zou zijn, de humanistische wijsbegeerte tot *religieuze zelf-bezinning* kwam. In de practische (rede-)idee van de autonome, van alle natuur-noodwendigheid onafhankelijke persoonlijkheid (homo noumenon), die zich zelve in de „kategorische imperatief” (het absolute zedelijke plichtsgebod) de wet stelt, wordt in KANT'S idealistisch stelsel, en nog openlijker bij FICHTE, de ware *zelfheid*, de religieuze wortel der tijdelijke werkelijkheid gezocht. Maar deze idee van het „zoo behooren”, als de norm der zedelijke vrijheid, is bij KANT allerminst een denk-vorm in kennistheoretischen zin, een categorie, welke de logische voorwaarde voor kennis zou wezen, gelijk de categorie der natuur-causaliteit bij KANT eerst de natuur-ervaring mogelijk maakt.

Alle wetenschappelijke kennis is bij KANT tot de zinnelijke natuur-verschijnselen beperkt. Er is volgens KANT geen andere wetenschap dan de mathematische natuur-wetenschap.

In de idee van het „zoo behooren”, van de zedelijke vrijheid, concentreert zich niet het humanistisch wetenschapsideaal, maar het *persoonlijkhedsideaal*, dat slechts in een apriorisch *rede-geloof* wordt gevat en waaraan het primaat, de voorrang boven het wetenschapsideaal wordt toegekend, ja waarin zelfs de wortel van het humanistisch wetenschapsideaal wordt gevonden.

*Bij Kelsen heeft het onderscheid tusschen „sein” en „sollen” eigenlijk geen dieperen grondslag meer en lost het zich op in een onderscheid van ledige denkvormen.*

KELSEN handhaaft nu wel het onoverbrugbaar Kantiaansche dualisme tusschen „natuurwerkelijkheid” en het gebied der normen, doch dit geheele onderscheid heeft bij hem zijn idealistischen grondslag verloren. Het „sollen” is bij hem niet meer de boven-tijdelijke *idee* van de absolute autonomie der menschelijke persoonlijkheid, doch het is een inhoudslooze denkvorm geworden, die niets over den inhoud van het recht leert, doch waarin zich tenslotte ook de willekeur van den machtigen despoot laat vatten. De geheele ideologie van het humanistisch persoonlijkheidsideaal met het geloof aan een eeuwige praktische rede-orde is in KELSEN'S positivistischen en relativistischen gedachtegang zonder reserve prijsgegeven. Slechts holle, inhoudslooze denkvormen scheiden hier nog het kritisch, zgn. idealistisch, van het naturalistisch positivisme, dat openlijk de bron van het recht in de naturalistisch misduide *macht* en het *belang* zoekt. De innerlijke tegenstrijdigheid waarin zich bij KELSEN het dualisme tusschen natuurwerkelijkheid en normen verstrikt, in het leerstuk van de positiviteit van het recht heb ik in mijn *De Beteekenis der Wetsidee voor Rechtswetenschap en Rechtsphilosophie* uitvoerig aangetoond <sup>6</sup>).

KELSEN ziet zich hier weder gedwongen een logisch verband tusschen de „natuurwerkelijkheid” en de „normenwereld” van het recht aan te nemen en hij formuleert zelve de antinomie die aldus in zijn stelsel ontstaat, aldus: „Die ausserordentliche Schwierigkeit, die es birgt, besteht in der wie es scheint unvermeidlichen Antinomie eines notwendigerweise vorauszusetzenden Dualismus von Sein und Sollen, Wirklichkeit und Wert, und der nicht abzuweisenden Anerkennung einer inhaltlichen Beziehung zwischen den beiden — als beziehungslos vorausgesetzten — Systemen <sup>7</sup>).”

Bij nader toezien lost zich bij KELSEN het „sollen” als denkvorm op in de toerekeningsrelatie en deze laatste in een mathematisch-logische toe-ordening van twee „Tatbestände” (het onrecht en de staatsdwang), welke toe-ordening zich eigenlijk in niets meer onderscheidt van de natuurwetenschappelijke causaliteitsrelatie in haar positivistische opvatting (MACH c.s.).

*Een mathematicistisch-idealistisch wetsidee, welke oorsprong, onderlinge verhouding en samenhang der wetskringen in het functionalistisch mathematisch denken zoekt, ligt aan Kelsen's rechtsbegrip ten grondslag* <sup>8)</sup>.

Wat is nu de beteekenis van de op dit logicistisch rechtsbegrip gebouwde bronnentheorie?

Deze, dat het begrip rechtsbron hier totaal is verlogiseerd en iederen juridischen zin verloren heeft.

*Beteekenis der oorsprongsnorm als hoogste geldingsbron van alle positief recht in Kelsen's theorie.*

De oorsprongsnorm is in KELSEN'S theorie de uiteindelijke geldingsbron geworden van alle positief recht, of liever de logicistische kernbron, van waaruit zich alle rechtsvorming in KELSEN'S gedachtengang als *recht* laat begrijpen, d. w. z. in zijn logicistisch rechtssysteem laat rangschikken.

Wat hebben wij onder „oorsprongsnorm” te verstaan?

KELSEN voert haar in, om de genetisch-positivistische terugvoering van de gelding van het positieve recht op wat hij een „natuurfeit” noemt, nl. den feitelijken wil van den machtigste, te ontgaan.

Het positieve recht naar zijn oorsprong terugvoeren op den feitelijken wil van een machthebbende, beteekent voor KELSEN de doorbreking van het onoverbrugbaar dualisme tusschen (empirische) natuurwerkelijkheid en het ideëele rijk der normen, is dus in strijd met KELSEN'S uitgangspunt. „Recht” laat zich slechts uit „recht” begrijpen.

Zullen dus de juridische ontstaansvormen van het positieve recht (grondwet, gewone wet, verordening, contract, rechterlijk vonnis) als *rechtsbronnen* worden begrepen, dan moeten zij systematisch naar hun normatieve gelding kunnen worden teruggevoerd op een hoogste, op een grond- of oorsprongsnorm, die het geheele rechtssysteem in kennis-theoretischen zin draagt en logisch- systematische eenheid verschaft.

Deze oorsprongsnorm is niet zelve een *positieve* rechtsnorm (Rechtsatz), maar wordt door het rechtslogisch denken hypothetisch vooropgesteld en moet op het in een logisch systeem te brengen rechtsmateriaal passen. Zoo krijgt de oorsprongsnorm voor het rechtstheoretisch denken een functie analoog aan de hypothese in het natuurwetenschappelijk denken. Voor een rechtsorde, welke zich onder de absolute monarchie ontwikkelt, heeft de oorsprongsnorm b.v. te luiden: Er



behoort dwang te worden geoefend onder alle voorwaarden, welke de monarch beveelt.

### *De „Stufentheorie.”*

De oorsprongsnorm, zelve slechts een normlogische hypothese, heeft dus deze essentiële functie, dat zij een hoogste orgaan instelt, wiens wil als recht zal gelden. Daarom noemt KELSEEN de oorsprongsnorm ook constitutie (Verfassung) „in rechtslogischen zin”. Doordat nu het aldus ingestelde orgaan normen stelt, welke de wetgeving zelve regelen, ontstaat de grondwet in positief-rechterlijken zin: „Doch liegt die „Konstitution”, d. h. die Konstituierung der einzelstaatlichen Rechtsordnung, die Begründung ihrer Einheit, eigentlich in der als Verfassung im rechtslogischen Sinne bezeichneten, nicht gesetzten, sondern nur vorausgesetzten Grundnorm” schrijft KELSEEN 9).

Van hieruit wordt nu de geheele rechtsvorming als een trapsgewijze concretiseering van den algemeenen inhoud van de oorsprongsnormen gevat in grondwet, wet, verordening, individueele rechtshandeling (b.v. besluit, contract, rechterlijk vonnis), waarbij iedere Stufe ten opzichte van de „normlogisch” hooger geordende slechts „Tatbestand” (hier: juridische ontstaansvorm), maar ten opzichte van de lager geordende *geldingsbron* is.

Het geheele rechtssysteem, aldus uit een oorsprongsnorm logisch geschapen, mondt dus naar boven uit in een grondnorm, die geen *positieve* rechtsnorm is, en naar beneden in de executie of straf, die geen norm, maar een bloot rechtsfeit is.

*En dit rechtssysteem wordt door Kelsen met den staat vereenzelvigd.* Intusschen kan de oorsprongsnorm ook zoo worden gekozen, dat de individueele statelijke rechtsorde op haar beurt als een delegatie van de volkenrechtsorde wordt gevat. Het is dan het volkenrecht, dat, „normlogisch” het hoogste rechtsvormend orgaan in de statelijke rechtsorde instelt. En het volkenrecht zelve moet dan normlogisch worden gebrepen uit zijn oorsprongsnorm „pacta sunt servanda” (men moet zijn verdragen houden).

### *Functiebegrif en dingbegrif in de theorie der rechtsvorming.*

Het is duidelijk, hoe in deze geheele bronnen-theorie een *logicistisch* *functiebegrif* alle individueele structuurverschillen in de rechtsvorming heeft uitgewischt. Het functiebegrif is op zich zelve in de rechts-

wetenschap onmisbaar. Het rechtsbegrip is zelve een functiebegrip, inzoover het, met abstractie van alle individualiteit in het rechtsleven, slechts den *generalen grondzin* van den juridischen wetskring moet vallen, welke alle rechtsverschijnselen, hoe individueel verschillend ook, in een functioneelen samenhang brengt.

Of men te maken heeft met intern staatsrecht, dan wel met burgerlijk privaatrecht, met kerkrecht dan wel met intern bedrijfsrecht, of volkenrecht, het blijft ten slotte alles positief *recht*, dat door den functioneelen grondzin des rechts in onderlinge betrekking staat. Maar dit functiebegrip, dat, om wezenlijk bruikbaar in de rechtswetenschap te zijn, niet als een *willekeurige denkvorm*, maar in den grondzin des rechts moet zijn gevat, is toch geheel ontoereikend om klaarheid in het probleem der rechtsvorming, in het probleem der rechtsbronnen te brengen.

Want bij de bronnen van het recht gaat het juist om de *individuele structuurverschillen tusschen al die soorten recht*, die wij hier bloot bij wijze van illustratie opsomden. En, gelijk wij uit par. 1 van dit Hoofdstuk weten, zijn die individueele structuurverschillen slechts met behulp van een verbandstheorie te verstaan. De individueele werkelijkheid *geeft* zich slechts in de structuur van concrete dingen en hun onderlinge betrekkingen. Het verband der menschelijke samenleving is zelve een geestelijke dingstructuur en het fungeert dus in alle zinzijden der tijdelijke werkelijkheid, het heeft in alle wetskringen een *functie*.

Het begrip „rechtssubject” is een *functie-begrip*. Het fungeert alleen in de juridische zijde der werkelijkheid. Maar het begrip staat, kerk, bedrijfsverband, sociëteit, enz. is een *dingbegrip*, dat alle vakwetenschappen in beginsel aangaat, omdat het verband niet een *abstracte zijde der werkelijkheid*, maar een *individueele realiteit* is.

Slechts uit het structuurprincipe van het verband is het individueel karakter van het interne verbandsrecht (b.v. het interne staatsrecht, het interne kerkrecht, het interne vereenigingsrecht, enz.) te verstaan. *En de theorie der rechtsbronnen is tot nu toe steeds in gebreke gebleven zich van die interne structuurverschillen in de rechtsvorming rekenschap te geven.*

*De positivistische theorieën leggen in hun functioneel rechtsbegrip het staatkundig verbandsbegrip.*

Dat is de diepste grond, waarom de theorie tenslotte is vastgelopen

en waarom geen enkele der heerschende rechtsvormingstheorieën kan bevredigen. De positivistische bronnentheorieën meenen de rechtsvorming alleen uit hun functioneel rechtsbegrip te kunnen verstaan.

Maar onvoorziens leggen zij in hun rechtsbegrip zelve het staatsbegrip en alleen daardoor zijn zij in staat tot een theorie van de rechtsvorming te komen.

Zoo wordt het juridisch functiebegrip een pseudo-structuurbegrip voor de individueele rechtsvorming. Alle recht wordt tot statelijk recht herleid.

Bij KELSEN *schijnt* het functiebegrip van iedere oriëntering aan het staatsverband gezuiverd. Immers in zijn „reine Rechtslehre” is de staat zelve als reëel verband geëlimineerd en opgelost in het functioneel logisch systeem der rechtsnormen. Maar deze elimineering is slechts *schijn*. In de *oorsprongsnorm* wordt immers — onverschillig of het rechtssysteem bij het volkenrecht, dan wel bij de individueele staatsrechtsoorde aanknoopt — steeds een *hoogste staatsorgaan* met de absolute, geen innerlijke grenzen kennende competentie tot rechtsvorming bekleed!

En zoo is zijn vermeend juridisch functiebegrip inderdaad *geen zuiver functiebegrip*, maar veeleer *aan de individueele statelijke rechtsvorming* georiënteerd; en deze, van den staat uitgaande rechtsvorming wordt, *onder het masker eener zuiver logische systematiek*, tot de *eenige en geen competentiegrenzen kennende* rechtsvorming verabsoluteerd.

Zoo worden zelfs de contracteerende partijen in het maatschappelijk privaatrecht tot gedelegeerde *staatsorganen* gepromoveerd. Het *staatsabsolutistisch politieke credo* heeft zich sinds HOBBS steeds onder het masker van het mathematisch, onbevooroordeeld denken verscholen. Het spreekt vanzelf, dat in KELSEN's formalistische „Normlogik” van een *coördinatie* van competentiesferen in de rechtsvorming geen sprake kan zijn.

Ook de wetgeving en het z.g.n. „gewoonterecht” kunnen slechts één van beide door de „oorsprongsnorm” als de hoogste positieve rechtsbron worden erkend. In den modernen wetstaat kan dit slechts de *wet* zijn.

In zijn eerste hoofdwerk: *Hauptprobleme der Staatsrechtslehre* (1911), waar KELSEN nog niet de „Stufen-theorie” aanvaard had en waarin hij nog niet de typische z.g.n. „oorsprongsmethode” van de

Marburgerschool onder de Neo-Kantianen in toepassing bracht<sup>10)</sup>, was bij hem de *wet* eigenlijk de eenige ontstaansvorm van het positieve recht. En zijn leerling A. VERDROSS drukte deze legalistisch-positivistische opvatting aldus uit: „Nicht in Gesetzform erscheinende Normen können . . . im Gesetzesstaat keine Rechtsnormen sein. Denn es ist rechtslogisch unmöglich, dasz gleichzeitig zwei formell aus verschiedenen Quellen fließende Normen Recht und Staatswille seien. Es waren dann nämlich zwei souveräne Normensysteme vorhanden, die sich aufeinander nicht zurückführen lieszen und der Rechtsanwender stünde zwei gleichberechtigten Autoritäten gegenüber.”<sup>11)</sup>

In de „Stufentheorie” is deze enghartige opvatting van de juridische ontstaansvormen verlaten. Maar om „normlogisch” als recht te kunnen worden begrepen zal toch volgens deze theorie iedere aan de wet gesubordineerde ontstaansvorm de wil van een (staats-)orgaan moeten zijn, die door de wet en in hoogsten zin door de oorsprongsnorm gedelegeerd is, om de meer abstracte bepalingen van de wet nader te individualiseeren.

Tot welke innerlijke tegenstrijdigheden deze deductief-logicistische opvatting van de verhouding der juridische ontstaansvormen van het positieve recht in de leer van de gelding van het recht voert, zullen wij te zijner plaatse aantonen.

In dit verband merken wij slechts op, dat KELSEN b.v. rechterlijke vonnissen, *die volgens de wet zelve rechtskracht hebben*, „normlogisch” niet als „recht” kan begrijpen, wanneer zij naar het oordeel zijner logicistische rechtstheorie niet onder wetsbepalingen of door de wet gedelegeerd gewoonterecht<sup>12)</sup> zouden zijn te subsumeeren.

### *De theorie van Alf Ross.*

In den jongsten tijd heeft de Deensche rechtsgeleerde ALF ROSS in zijn vroeger aangehaald werk *Theorie der Rechtsquellen. Ein Beitrag zur Theorie des positiven Rechts auf Grundlage dogmenhistorischer Untersuchungen* (1929), getracht de innerlijke antinomieën van KELSEN's bronnentheorie te ontgaan met handhaving intusschen van de z.g.n. kritisch-positivistische grondslagen van KELSEN's rechtsleer.

De door hem aangebrachte correcties betreffen in de eerste plaats de opheffing van KELSEN's tegenstelling tusschen „sollen” en „sein”, door welke tegenstelling het onmogelijk werd aan de positiviteit en aan de werkelijke gelding van een rechtsorde recht te laten wedervaren.

Ross blijft hierbij den grondslag der z.g.n. „kritische” opvatting der werkelijkheid getrouw, volgens welke de ervaarbare werkelijkheid zich oplost in haar logisch geordende fysisch-psychische.

Zal bij deze onhoudbare beschouwing der werkelijkheid de positieve rechtsorde niet, gelijk bij Kelsen (althans naar de logicistische opzet van diens theorie), in de abstracte sfeer der logisch-mathematische constructie blijven zweven, dan moet weer getracht worden, 't zij met de school van Windeband en Rickert, het positieve recht in de sfeer van de z.g.n. „cultuur” een plaats aan te wijzen, en het te vatten als een stuk natuurwerkelijkheid, waarin zelve geen normatieve zin woont, maar dat bloot subjectief-individueel op de „rechts-idee”, of de gerechtigheidswaarde” is betrokken, òf wel men moet met Ross beproeven, de rechtsnorm weer als een bijzondere logische uitdrukking van een stuk „psychische werkelijkheid” te vatten. Ik acht het niet zeer belangrijk hier in den breede bij Ross' psychologische opvatting van de rechtsnorm stil te staan. Wanneer wij later op den grondslag der Christelijke realiteitsbeschouwing ons eigen rechtsbegrip gaan ontwikkelen, zullen wij voldoende gelegenheid hebben op de onhoudbaarheid der psychologische rechtstheorie te wijzen.

*Opheffing van de dualistische scheiding tusschen „sein” en „sollen” bij Ross.*

Ik moge in dit verband volstaan met de mededeeling, dat voor Ross het recht wel een kennistheoretisch gewonnen normensysteem blijft, maar dat hij dit normen-systeem slechts opvat als uitdrukking voor een collectief-psychologisch gevatte „sociale wils- en handelings-totaliteit”, die dus zelve tot de fysisch-psychische „natuur-werkelijkheid” behoort.

Deze totaliteit van wilshandelingen, welke dus uit een collectieven „wil” zouden ontspringen, zou nu als individueele totaliteit niet voor natuurwetenschappelijke, generaliseerende kennis toegankelijk zijn, doch slechts voor een individualiseerende totaliteitskennis, die echter zelve toch theoretische kennis der (fysisch-psychische) „werkelijkheid” zou zijn.<sup>13)</sup>

De echte norm „A soll sein” zou dan slechts de bijzondere logische uitdrukking wezen van het *werkelijk zijn* of niet *werkelijk zijn* van A: „Eine echte Norm (A soll sein) liegt vor, wenn die Doppelfunktion, die hiermit ausgedrückt wird (wenn nicht A, dann S [sanctie], und

wenn A, dan nicht S) auf einer individualisierenden Totalitätserkenntnis eines menschlichen Willenskomplexes beruht." 14)

Alle norm-kennis berust volgens den schrijver op kennis van een (psychologisch gevatte) waardeering. Men heeft slechts voorbijgezien, dat deze kennis kennis van een werkelijke totaliteit is, en dat deze kennis slechts mogelijk is door de ordening van gegeven elementen in een organisch geheel. De individueele wil is volgens Ross slechts uitdrukking voor het feit, dat de individueele wilshandelingen, die van een „psycho-physische" persoon (!) uitgaan, zich niet uitputtend door een natuurwetenschappelijke methode laten bepalen, maar als een concrete individueele totaliteit op den voorgrond treden, waarin zij alle moeten worden gerangschikt.

M. a. w. normatieve wetenschap is zelve slechts een bijzondere *werkelijkheidswetenschap*.

De *rechtsnormen* worden dan nader van „andersoortige" normen afgegrensd als „collectief-physische normen", een onbeholpen terminologie, waarmede de schrijver wil uitdrukken, dat de rechtsnormen van een collectieve totaliteit uitgaan, en dat haar sanctie zich niet (gelijk naar hij meent bij de omgangsnormen het geval is) in een bloot collectief psychische misprijzing, maar veeleer in een *handeling* moet verwerkelijken.

*Ross' opvatting van de positiviteit van het recht en zijn breuk met de eenzijdig deductieve bronnentheorie.*

Van hieruit komt nu de schrijver tot zijn eigenaardige opvatting van de positiviteit van het recht.

Positief recht is niet een bloot gedacht of geconstrueerd recht, maar een *werkelijk geldend* recht, en die werkelijke gelding is volgens Ross slechts gegrond in een systeem, waarbij alle trappen der rechtsvorming wederkeerig, en niet bloot eenzijdig deductief — gelijk KELSEN leerde — van elkander afhankelijk zijn, als wilshandelingen, die tot een collectieve wils- en handelingstotaliteit behooren.

Terwijl dus KELSEN van een grondnorm als logische geldingsbron van alle positief recht uitging en de geheele rechtsorde beschouwde als een trapsgewijze individualiseering van die grondnorm, daarbij dan echter geen plaats overhield in zijn systeem voor een rechtsvorming *praeter of contra legem*, breekt Ross met de grondnorm als *absoluut uitgangspunt* van het rechtssysteem: „Die Grundnorm lässt

sich nur verstehen als Grundnorm, wenn sie als Konkretisation (durch eine Reihe von Stufen) von einer vorausgesetzten Grundnorm betrachtet werden können. Die Wirklichkeit des Rechtes liegt in der durchgehenden Korrelation".<sup>15)</sup>

Wat beteekent nu deze correctie op KELSEN's eenzijdig „deductieve" methode voor de bronnetheorie?

Ross trekt uit zijn opvatting van de positieve rechtsorde de conclusie, dat, wanneer een rechtsnorm van een relatief lagere ontstaansvorm (b.v. het rechterlijk vonnis) zich niet logisch laat begrijpen als geground in een norm van een relatief hoogerem ontstaansvorm (b.v. de wet), daarmede de norm van de lagere rechtsvormingstrap niet kortweg (als zijnde deductief in strijd met het logisch systeem!) als *niet-recht* mag worden *gekwalificeerd*: „Da nämlich die subordinierte Norm selbst ihre Gültigkeit erst als Folge ihrer induktiven Uebereinstimmung mit dem relativ-individuellen Norm gewinnt, kann man ebensowohl schlieszen, dasz die super-ordinierte Norm als induktiv-systemwidrig nicht mehr als Recht anerkannt werden kann." <sup>16)</sup>

Slechts de correlatie tusschen de trappen der rechtsvorming, maar nòch eenzijdig de deductieve, nòch eenzijdig de inductieve beschouwing harer onderlinge verhouding is voor de positieve gelding des rechts beslissend.

Welke van de beide beschouwingswijzen, die van boven af van uit de oorsprongsnorm, dan wel die van beneden af vanuit het individueele rechterlijke vonnis in casu tot de juiste conclusie leidt, kan volgens Ross van te voren niet worden uitgemaakt. Zulks hangt hiervan af, welke van de beide beschouwingswijzen uitdrukking van de grootste correlatie tusschen de juridische ontstaansvormen en de grondnorm zal zijn.

Geheel nieuw tegenover KELSEN's opvatting schijnt deze solutie niet. Immers KELSEN zag zich gedwongen, om niet alle band tusschen zijn logicistisch systeem en de werkelijkheid door te snijden, een zekere correlatie tuschsen de concrete individueele rechtsgedragingen en de door de rechtstheorie vooropgestelde „oorsprongsnorm" aan te nemen: Daartoe moest volgens hem de oorsprongsnorm, ofschoon in juridisch opzicht een willekeurige hypothese van het rechtssysteem, zoo worden gekozen, dat het in haar gefundeerde logisch normen-systeem een althans *in den regel werkzame* ordening zou uitdrukken.

Zoo zou het volgens hem geen zin hebben, nog heden ten dage aan

de Russische rechtsorde de grondnorm der oude rechtsorde ten grondslag te leggen, welke den absoluten Czar als hoogste rechtsvormend orgaan constitueerde. „Und zwar wäre dies nur darum sinnlos, weil die so gewinnende Ordnung keinerlei Möglichkeit bote, das tatsächliche Verhalten der Russen als sinnvoll, d. h. irgendwie normgemäß zu deuten.“ 17)

Zie ik goed, dan bedoelt echter ROSS met zijn correlatieve opvatting van het rechtssysteem toch iets principieel anders. Het gaat bij hem niet om een zekere correlatie tusschen het logisch rechtssysteem en de feitelijke subjectieve gedragingen der rechtssubjecten, welke laatste KELSEN tot het gebied der „natuur-werkelijkheid“ rekent (!), maar om een correlatie binnen het rechtssysteem zelve tusschen de verschillende trappen der rechtsvorming.

Dat het hier inderdaad om twee principieel verschillende opvattingen van de *gelding* der rechtsnormen gaat, zullen wij bij de afzonderlijke behandeling van het geldingsprobleem uiteenzetten.

Het verschil tusschen KELSEN en ROSS blijkt echter reeds hieruit, dat KELSEN ten aanzien der juridische ontstaansvormen slechts een logische delegatieverhouding van hogere en lagere kent, terwijl daarentegen ROSS in beginsel de logisch lager geschikte ontstaansvormen evenzeer bepalend acht voor de logisch hooger geschikte.

*In plaats van de oorsprongsnorm wordt bij Ross het „systeem“ de laatste geldingsbron in den zin van logische kenbron van het recht.*

ROSS formuleert het onderscheid tusschen zijn eigen bronnentheorie en die van zijn leermeester ten slotte in de uitspraak:

„Von der von uns vertretenen Rechtstheorie aus ist die letzte Rechtsquelle, d. h. der Erkenntnisgrund für etwas als Recht, *das System*, d. h. die gegenseitige Zusammenordnung als normativer Ausdruck für eine entsprechende Sozialtotalität von Handlungen. Von dieser Grundlage aus musz es als eine Einseitigkeit erscheinen, die Rechtssprechung ausschlieszlich als eine Anwendung des Gesetzes in dem Sinne zu betrachten, dasz sein Rechtscharakter sich ausschlieszlich auf das Gesetz begründet und mit dessen Grenzen abgegrenzt ist. Die juristische Wahrheit liegt in der Zusammenordnung. Ebenso wie es daher berechtigt ist, zu sagen, dasz Praxis Recht ist, weil sie auf dem Gesetze beruht, kann man auch sagen, dasz das Gesetz Recht ist, weil es in der Praxis angewendet wird. Mit demselben Rechte, mit dem man



behaupten kann, dasz die Stellung des Richters auf einer Delegation vom Gesetzgeber beruht, kann man umgekehrt behaupten, dasz die Macht des Gesetzgebers auf einer Rezeption bei dem Richter beruht.

Keiner von ihnen is „der Erste” in absolutem Sinne. Die Stellung beider beruht in letzter Instanz auf dem System”<sup>18</sup>).

M. a. w. voor Ross is niet langer de oorsprongsnorm de laatste geldingsbron (logische kenbron) van alle positief recht, maar het *rechtssysteem* in zijn correlatie van rechtvormingstrappen. Alle recht, ook dat *sine en contra legem* is volgens hem uitsluitend *systematisch* ontstaan: buiten het systeem laat zich niets als recht kennen.

Maar het systeem mag zich niet vastleggen op een statische oorsprongsnorm, maar moet steeds tot zelf-correctie bereid zijn.

Onder een „extra-systematisch” recht, welke uitdrukking in Ross’ gedachtegang strict genomen een *contradictio in adjecto* is, kan dan nog alleen worden verstaan recht, dat zich *rechtstreeks*, zonder een tusschentredenden *afgeleiden* juridische ontstaansvorm op het systeem betreft.

Het kan daarom ook als „inductief ontstaan recht” worden gekwalificeerd in tegenstelling tot het *deductief* systematisch ontstane recht. Het breekt de tot nu toe geldende „Stufenbau” en beteekent de voortdurende bewegelijkheid, de voortdurende verandering der rechtstotaliteit.

Principieel bestaat voor Ross in dit opzicht geen verschil tusschen een staatkundige revolutie, die het bestaande regeersysteem omverwerpt en de onmerkbare dagelijksche „gewoonterechtsvorming” door de rechtspractijk. De laatste, die niet deductief uit het trappensysteem der rechtsvorming is af te leiden, beteekent noodzakelijk een verandering — zij ’t al differentiaal, in ’t oneindig kleine — in de hoogste hypothese van het systeem, in de „grondnorm”<sup>19</sup>).

### *Kritiek op Ross’ theorie.*

De hierboven weergegeven theorie van Ross steekt in zooverre gunstig bij die van Kelsen af, dat zij met het star constructieve en deductieve logicisme van den grondlegger der zgn. „reine Rechtslehre” gebroken heeft. Ze is daardoor in staat een ontwijfelbare rechtsvorming in den vorm der statelijke rechtspraak zelfs „sine et contra legem” als recht te erkennen.

Maar het vitium originis der zgn. kritisch-positivistische bronnen-theorie, de nivelleering van alle interne structuur-verschillen in de rechtsvorming door een aan het onjuridisch politieke dogma van het

staats-absolutisme georiënteerd, formalistisch functiebegrip, is door Ross in geen deele overwonnen. Hij blijft vasthouden aan de „Stufentheorie”, welke met iedere coördinatie van materiele competentiesferen in de rechtsvorming ten eenenmale onvereinigbaar is.

Het onhoudbaar positivistisch rechtsbegrip blijft haar belasten en doet haar in den diepsten grond wortelen in „ethisch-politisch postulaat” (het schrikbeeld der Kelsiaansche school!), dat alle positief recht 't zij rechtstreeks, 't zij indirect als „staatswil” moet worden begrepen. Dat zulk een dogma, waarmede deze school, die waant een „reine theorie” te hebben opgesteld, gezuiverd van alle „ethisch-politische postulaten”, staat en valt, met den reëlen zin des rechts in vierkanten strijd is, en dat zij nimmer *juridisch* rekenschap van dit dogma kan geven, merkten wij reeds in ons vorig artikel op.

Het eigenlijk *juridisch* begrip van rechtsbron blijft in alle positivistische theorieën het *formeele* begrip van een *juridischen ontstaansvorm*, het begrip van den rechtsvormenden wil van een orgaan. Maar de *juridischen ontstaansvorm* onderstelt de *juridische competentie*. En het competentiebegrip der positivistische theorie is nimmer *juridisch*, *nimmer in den zin des rechts* gevat, maar is een politiek postulaat, gekleed in den vorm, hetzij eener logicistische systematiek, 't zij in dien van een (vermeend in de ervaring gegrond) machtsnaturalisme (het recht van den sterkste!). Overigens moet Ross' opvatting van het systeem als laatste geldingsbron van alle positief recht, zich in innerlijke tegenstrijdigheden verwickelen.

De idee, dat de *juridische ontstaansvormen* (grondwet, gewone wet, verordening, individueele rechtshandeling, rechterlijk vonnis, etc.) in wederkeerige relatie tot het systeem moeten worden gevat, is met de door Ross gehandhaafde „Stufentheorie” zonder welke het „kritisch-positivisme” weer niet tot een „systeem” kan komen, *onvereinigbaar*.

Ontdaan van alle geleerdheid, schuilt in de correlatiegedachte deze juiste kern, dat statelijk recht, dat in den vorm van grondwet, wet, verordening, etc. gevormd wordt, alleen dan wezenlijk positief recht kan zijn, wanneer het inderdaad *fungeert*, d. w. z. ook in concrete *door de bevoegde organen voortdurend wordt toegepast* (wat geheel iets anders is dan de overlevering van de norm aan de feitelijke *juridische gedragingen* der niet tot rechtsvorming competente rechtssubjecten).

Maar de „Stufentheorie” is van huis uit, uit een *logicistische deductieve systeem-gedachte* geboren.

Zoodra men beproeft, hier de correlatiegedachte in te voeren, wordt de grondslag der „Stufentheorie” ondergraven.

Welke zin kan nog een „oorsprongsnorm” van een positieve rechtsorde hebben, wanneer haar inhoud in een „permanente revolutie”, schier van dag tot dag aan verandering onderhevig zou zijn en het wezensverschil tusschen een wezenlijke staatkundige revolutie en een indirecte rechtsvorming door een rechtsspraak contra legem, wordt opgeheven? ROSS doet ook geen enkele poging, ons de practische mogelijkheid zijner theorie aan een wezenlijk dynamische oorsprongsnorm te demonstreeren. Tenslotte blijft, gelijk wij te zijner plaatse zullen aantonen, ROSS' theorie in de innerlijke antinomie bevangen, waarin de „Stufentheorie” zich in de leer der rechtskracht van vonnissen etc. verstrikt.

#### *F. De naturalistisch-sociologische bronnentheorie van Eugen Ehrlich.*

Wij besluiten ons, natuurlijk geenszins volledig, overzicht over de ontwikkeling der rechtsbronnentheorieën met een beknopte uiteenzetting van de beteekenis der moderne „sociologische rechtsschool” te dezer zake. Het optreden dezer school gaat chronologisch aan die van KELSEN's school vooraf. Zij kan zoowel in de Duitsche als Fransche rechtsliteratuur op grooten aanhang wijzen, gelijk ze ten onzent met name in den bekenden hoogleeraar HAMAKER een voorstander vond.

Hoe weinig deze rechtsschool ook een innerlijk homogene eenheid vormt, men kan haar tendenzen in algemeenen zin zoo karakteriseeren, dat zij beproefd heeft, het ontstaan van het recht uit feitelijke causale factoren in de (niet in haar zin omlijnde) samenleving te verklaren, waarbij van zelf de blik zich op de concrete subjectieve rechtsgedragingen der rechtsgenooten richt. De wezenlijk geldende abstracte rechtssnorm wordt slechts als een neerslag van de regelmaat in deze gedragingen beschouwd. Gelijk wij weten, heeft VON JHERING in zijn laatste periode deze „naturalistisch sociologische” rechtsbeschouwing, die sterk aan DARWIN's evolutietheorie is georiënteerd, voorbereid, ofschoon hij zelf in zijn rechtsbronnentheorie positivist bleef.

In scherpe tegenstelling tot VON JHERING heeft de moderne sociologische rechtstleer, door haar onderzoek naar de „sociale oorzaken” van de rechtsvorming, de wet als rechtsbron weer geheel op den achtergrond gedrongen en is, schoon langs anderen weg, weer teruggekeerd tot de leer der historische school, dat alle recht aanvankelijk als

*volksrecht* in den *vorm der gewoonte* ontstaat. Daarbij wordt, in tegenstelling met de Historische School, het recht primair als *buitenstatelijk* recht gevat, terwijl de rol van den staat in de rechtsvorming nu ook in formeelen zin sterk naar den achtergrond wordt gedrongen.

*De sociologische natuurrechtsleer.*

Tenslotte heeft deze richting als *vrije rechtsbeweging* (Freirechtsschule) weer vrij baan willen maken voor het *practisch juristenrecht in de rechtspraak* als zelfstandige rechtsbron.

Voor den rechter, als orgaan der levende rechtsovertuiging van de maatschappij, eischte zij de vrijheid op, *praeter legem* en zoo noodig zelf *contra legem* overeenkomstig de billijkheid naar zijn rechtsgevoel te beslissen en daarbij nieuw recht te vormen naar de normen, die in het leven der maatschappij zelve zijn doorgedrongen.

Met behulp van de natuurwetenschappelijke methode meende de sociologische rechtsleer het positivisme te kunnen overwinnen door een nieuw „natuurrecht”, dat echter niet — gelijk in de oude natuurrechtsleer — op metaphysische speculaties zou zijn gebouwd, maar zou worden gewonnen door een empirisch „realistisch” onderzoek van de feiten van het sociale leven.

*Jung en Hamaker. De breuk met het staatsabsolutistisch dogma in de theorie van het privaatrecht.*

Typeerend is in dit opzicht het bekende werk *Das Problem des natürlichen Rechts* (1912) van Prof. Dr. ERICH JUNG (geb. 1866, hoogleeraar eerst te Straatsburg, thans in Marburg), waarin, in nauwe oriëntering aan DARWIN's evolutietheorie, de volle natuurrechtelijke consequenties worden getrokken uit VON JHERING's, in het belangen- of doelbegrip gefundeerde, rechtsideologie. Kenmerkend voor zijn naturalistische rechtsbeschouwing is zijn verklaring, hoe uit het feitelijke subjectieve gebeuren positief recht kon ontstaan, waarmede hij in 't bijzonder de gelding van het „gewoonterecht” materieel-sociologisch wil fundeeren: „Der Uebergang vom Tatsächlichen”, aldus JUNG <sup>20)</sup> „ist erst gegeben durch die freilich an sich höchst einfache naheliegende Erwägung, das jenes Tatsächliche ein bisheriges soziales Verhalten zusammenlebender bezeichnet, *dasz dieses soziale Verhalten einmal sich ausbilden musste und daher gewisse soziale Ursachen gehabt haben muss*, dasz daher das Weiterbestehen zunächst von den

Gegenüber erwartet werden und die Enttäuschungen dieser Erwartung als materielle Verletzung empfunden werden wird."

De gelding des rechts wordt dus uit natuurwetenschappelijk gevatte, sociale oorzaken (het gelijkmatigheidsbesef) verklaard.

Van hieruit wordt nu getracht alle werkelijk geldend recht als rechtvaardig, als „richtiges Recht" te verstaan: „Alles als geltend anerkennte Recht is richtiges Recht; jeder, der einen rechtlichen Schlusz zieht, der einzelne Rechtsunterworfene oder Richter, sucht das richtige Recht; unrechtes Recht ist eine Negation in sich. Aber ein bestimmtes Urteil darüber, was ein Gegeninteressent verlangen kann, kann immer nur für diese bestimmte Gemeinschaft in ihren geschichtlichen Zusammenhängen gegeben werden. Ist bisher in einer bestimmten Richtung gehandelt worden — was ja in dem Bestehen eines *Rechtssatzes* sich ausdrückt —, so wäre eine Entscheidung, die eine neue als richtig empfundene Auffassung im Gegensatz zum historischen Rechtssatz einführen wollte, eine Verletzung des an der Beibehaltung interessierten — denn das Recht des Einen ist allemal die Pflicht des Anderen — und darum unrichtig und ungerecht; auch wenn die Neuerung de lege ferenda unzweifelhaft richtig gewesen wäre, wie die spätere Rechtsentwicklung erweist".

Het rechtsgevoel der in de maatschappij levenden, gegrond in de gewoonte van gelijkmatige beslissing in belangenkwesties., wordt zoo het criterium des rechts. Ten onzent stond de vroegere Utrechtsche hoogleeraar HAMAKER op hetzelfde standpunt, inzoover hij de gewoonten, de feitelijke gedragingen tot oorsprong van het rechtsgevoel maakte. Volgens JUNG c.s. (en evenzoo t. o. HAMAKER) zijn de van den staat uitgaande algemeene rechtsregels voor de private rechtsverhoudingen *niet onmiddellijk bindend*, maar slechts „Weistum", leer, kenbron (niet „Willensschränke"), aanwijzing, richtsnoer. De ware rechtsbron van het privaatrecht zijn de natuurwetten van het maatschappelijk leven, gelijk zij zich in het rechtsgevoel der volksgenooten weerspiegelen. *En daarbij is de concrete beslissing van een belangenconflict steeds primair, de algemeene z.g.n. positieve rechtsregel steeds secundair.* Onmiddellijk bindende normen voor den rechter kan de staat slechts in het publieke recht geven.

Het gewoonterecht is, gelijk reeds de historische school leerde, de oorspronkelijke verschijningsvorm van het positieve recht. De rechtsregel is oorspronkelijk de uitdrukking van een voorhanden gelijk-

matigheid in de reactie der rechtsgenooten op concrete aantastingen van individueele belangen in een bepaalde gemeenschap. Wanneer en in zooverre de rechtsgenooten zich die gelijkmatigheid in de concrete rechtsverwezenlijking *psychisch* bewust zijn geworden, wordt de regel tot *norm*, waarnaar nu de vraag i. z. concreet recht of onrecht beslist wordt: „Aber auch bei höchstentwickelter Rechtskultur können niemals alle Einzelrechtsaussagen, die der Verkehr fordert, aus vorhandenen regulae gewonnen werden: dasz einzelne Aussagen über konkretes Recht auf dem ursprünglichen Wege, nämlich aus der auf den einzelnen Fall reagierenden und *allerdings letzten Endes im Subjektivem wurzelnden Verletzungsempfindung* gewonnen werden müssen, ist deshalb eine Erscheinung des *normales* Rechtslebens und regelmäszig der Kern der dem Richter bei der kontradiktorischen Verhandlung über die Rechtsfrage gestellte Aufgabe.“<sup>21)</sup>

Het primaire, in het concrete geval gevonden recht, onmiddellijk uit het rechtsgevoel geput, is het *billijkheidsrecht*, het *natuurlijk recht*. Daarvan is de generale rechtsregel steeds afgeleid.

\* \*  
\*

EUGEN EHRLICH<sup>22)</sup> moet ongetwijfeld als de voornaamste vertegenwoordiger dezer school worden beschouwd. In zijn hoofdwerk *Grundlegung der Sociologie des Rechts* (1913) heeft hij een nieuwe bronnen-theorie op „sociologischen grondslag” willen geven. De hoofdgedachte van zijn „sociologische” rechtsbeschouwing heeft hij (t. a. p. S. 29) zelf aldus geformuleerd: „Die innere Ordnung der Verbände ist nicht nur die ursprüngliche, sondern auch bis in die Gegenwart die grundlegende Form des Rechts. Alle bisherigen Versuche sich über das Recht klar zu werden, sind daran gescheitert, dasz nicht von der Ordnung in den Verbänden, sondern von den Rechtssätzen ausgegangen worden ist. Die innere Ordnung der Verbände wird durch Rechtsnormen bestimmt.”

Wat verstaat EHRLICH onder *rechtsnorm* in tegenstelling tot *Rechtssatz*?

Rechtsnorm is volgens hem „der ins Handeln umgesetzte<sup>23)</sup> Rechtsbefehl, wie er in einem bestimmten, vielleicht ganz kleinem Verbande herrscht, auch ohne jede wörtliche Fassung.“<sup>24)</sup>

Onder „Rechtssatz” verstaat EHRLICH „die zufällige allgemein verbindliche Fassung einer Rechtsvorschrift in einem Gesetz oder einem Rechtsbuch.”

Het groote belang en tegelijk de eenzijdigheid van EHRlich's opvatting der rechtsnorm is dit, dat hij haar primair als *interne organisatorische verbandsnorm* ziet, als „innere Ordnung der Verbände”, zij 't al in een vernaturaliseerden sociologischen zin, gelijk wij nog zullen zien.

*Organisatiienorm contra „Entscheidungsnorm” bij Ehrlich.*

In dit opzicht maakt hij een scherp onderscheid tusschen de *primaire rechtsnorm* als organisatiienorm, die *handelingsnorm* is voor de in de verbanden gerangschikte rechtsgenooten, en de „*Entscheidungsnorm*”, die een simpel voorschrift aan den rechter inhoudt, hoe hij een rechtsstrijd heeft te beslissen.

*Hoe men tot de statelijke rechtsbeschouwing is gekomen. Door de vereenzelviging van het positieve recht met de Entscheidungsnormen.*

De opvatting, dat alle positief recht wettenrecht is, of als gewoonterecht op delegatie der wet rust, is volgens ERLICH vooral hierdoor ontstaan, dat men het positieve recht vereenzelvigde met de „*Entscheidungsnormen*”. Ze is onhoudbaar, *daar zich voor den rechter slechts een uiterst klein gedeelte van het rechtsleven afspeelt*. Veel rechtsgemeenschappen bestonden alleen door de innerlijke orde der verbanden buiten allen staatsdwang om. Zoo de Arabische rechtstoestanden in de VIe eeuw. Tegen constante rechtsschennis hielp men zich door uitstooting uit de rechtsgemeenschap (het Homerische *aphrêtoor*, *anestios*, *athemistos*).

Slechts tegen vreemden werden de verbandsnormen met rechtsdwang doorgezet. Ook tegenwoordig vindt men een soortgelijken toestand nog bij vele niet-statelijke verbanden, die principieel den weg der statelijke rechtspraak mijden, omdat zij over veel drastischer middelen beschikken, om hun verbandsordering door te voeren.

Dat het recht niet simpel uit „*Entscheidungsnormen*” bestaat, is in den modernen tijd het eerst in het *staats- en administratief recht* erkend. Want hier springt het primair organisatorisch karakter van de rechtsnorm het meest in het oog.

Maar althans als *norm voor het handelen* draagt het recht volgens EHRlich *overal verbandskarakter*. De rechten en plichten in het staatsrecht onderstellen het staatsburgerschap, het familierecht onderstelt het behooren tot de familiegemeenschap, het vereenigingsrecht het lid-

maatschap der corporatie, het wettelijk erfrecht weder het behooren tot het familieverband, enz., enz. Andere rechten en plichten ontspringen uit de positie van den ambtenaar, welke weder het staatsverband ondersteunt. Slechts het recht op leven, vrijheid en bezit geldt heden ten dage in de beschaafde rechtswereld als onafhankelijk van het behooren tot een specifiek verband, ten gevolge van het doordringen der Christelijke moraal.

Waar EHRlich aldus over de geheele linie het primair organiseerend verbandskarakter der rechtsnorm staande houdt, gaat GIERKE, die nog individueel en sociaal (d. i. verbands-)recht onderscheidt, hem niet ver genoeg: „Es gibt kein Individual-recht”, aldus EHRlich, „jedes Recht ist Sozialrecht.” Men ziet hier duidelijk de overspanning van het verbandsmoment in EHRlich's rechtstheorie.

*De beteekenis dezer rechtsleer voor Ehrlich's theorie der rechtsbronnen.*

Wat beteekent nu deze geheele nieuwe rechtsopvatting van EHRlich voor de theorie der rechtsbronnen?

EHRlich merkt (t. a. p. S. 67) allereerst op, dat de heerschende twee-bronnentheorie slechts den oorsprong der regelen („Entscheidungsnormen”) wil aangeven, waarnaar door den rechter en de administratie rechtsgeschillen worden beslist.

In dezen gedachtengang konden slechts *wet en gewoonte*, met geldingsvoorrang van de eerste als rechtsbronnen in aanmerking komen.

EHRlich gaat van een geheel anderen gedachtengang uit: „Wer sagen will, welche die Rechtsquellen sind, musz erklären können, wodurch Staat, Kirche, Gemeinde, Familie, Eigentum, Vertrag, Erbe entstanden sind, wodurch sie sich ändern und entwickeln. Die Aufgabe einer Theorie der Rechtsquellen ist, nach den treibenden Kräften der Entwicklung der Rechtseinrichtungen zu suchen; es genügt nicht die Formen anzugeben, wie Rechtssätze, genauer gesprochen, eine bestimmte Art von Rechtssätzen festgestellt werden.”

*Het naturalistisch-sociologisch begrip van rechtsbron bij Ehrlich.*

De vraag: Wat zijn de bronnen van het positieve recht? gaat zoo in deze andere over: welke *feitelijke* verhoudingen worden in den loop der historische ontwikkeling tot *rechtsverhoudingen* en door welke sociale oorzaken (processen) worden zij dit.



Wij herkennen hierin onmiddellijk het natuurwetenschappelijk „sociologisch” begrip van rechtsbron.

Een menschengroep wordt door haar innerlijke organisatie tot een verband. *De organisatie is de regel, die iederen enkeling in het verband zijn positie en taak aanwijst.*

Een wetenschappelijke bronnentheorie moet nu volgens EHRlich uitgaan van de „Tatsachen des Rechts”, waaraan de menselijke geest zulke organisatorische regelen aanknoopt.

Deze feitelijke verhoudingen, die als rechtsbronnen oorzakelijk de mensen tot eerbiediging van zekere verbandsnormen brengen, laten zich, hoe uiteenlopend ze oogenschijnlijk zijn, volgens EHRlich toch op een viertal terugvoeren, t. w. *Uebung, Herrschaft, Besitz en Willenserklärung.*

*De „Uebung” is niet identiek met gewoonterecht, maar een feitelijke regelmaat, die zich in een norm omzet.*

De „Uebung” dekt bij EHRlich geenszins het traditioneele begrip gewoonterecht; het gaat hierbij niet om het constante volgen van „Rechtssätze”, die zelve niet een product der gewoonte zijn. Maar het beduidt hier: „de practijk, die tot nu toe feitelijk geregeld is gevolgd, zal in de toekomst *norm* zijn.”

Deze „Uebung” werkt naar JELLINEK’s uitdrukking door de „*normative Kraft des Faktischen.*” Men ziet, hoe EHRlich in naturalistisch-sociologischen zin uit het *subjectief-feitelijke* door een natuurlijke regelmaat in de gedragingen, de *rechtsnorm* laat ontspringen.

Deze Uebung dan scheidt volgens EHRlich de rechtsnorm in alle natuurlijke verbanden: in de *sibbe*, de *familie* en de huisgemeenschap. In de beide laatste verbanden nog tot op den huidige dag. Op primitieve kultuurtrap is zij nog rechtsbron in alle plaatselijke verbanden (*gemeente etc.*) en in den *staat*.

Maar zelfs in de zoo hoog ontwikkelde Romeinsche republiek en in het tegenwoordige Britsche rijk berust de staatsrechtelijke positie der organen nog geheel overwegend op „*Uebung*”.

In Engeland noemt men deze feitelijke practijk: *precedents*. De geheele „*common law*” berust in Engeland en Amerika op „*precedents*” der *rechtspraak*.

Het meerendeel der moderne verbanden heeft een rechtsordering die op verdrag, verordening, „*Rechtssatz*” en grondwet berust.

Maar ook hier heeft de „Uebung” geenszins alle beteekenis verloren.

Waar de uitdrukkelijk geschreven rechtsregel over de positie en taak van het „individu” in het verband twijfel of leemte laat, beslist de „Uebung”. In den grondwettigen staat is deze „Uebung” nog van groot gewicht als *Konventionalregel* (HATSCHEK).

In het *parlementaire regeeringsstelsel* berusten de meest essentiële staatsrechtsnormen op politieke conventies (MR. KAHN noemt ze in zijn proefschrift „politieke stelregels”) en in het *arbeidsverband* (de *fabriek*) is de „Uebung” onontbeerlijke grondslag van het verbandsleven.

De ordenende en regelende kracht der „Uebung” berust in het verband hierop, dat zij het *evenwicht der krachten in het verband* tot uitdrukking brengt. Hier duikt even de vergeldingszin van de rechtsnorm in EHRLICH’S beschouwing op, maar in een vernaturaliseerde gedaante. Want dit „evenwicht der krachten” is niet in normatieve zin gedacht, doch veeleer als een fysieke „Kräfteausgleich” <sup>25</sup>).

De „Uebung” weerspiegelt immer de feitelijke krachtsverhoudingen in het verband. In het algemeen ontstaat volgens EHRLICH voor de toekomst als norm werkende „Uebung” hierdoor, dat hij, die tot een bepaalde functie geroepen is, *zich een bevoegdheid toekent, zonder tegenstand te ontmoeten, of na onderdrukking van eventueelen tegenstand*.

#### *De „Herrschaft” als sociologische rechtsbron.*

Als tweede rechtsbron in „sociologischen” zin noemt EHRLICH de „Herrschaft”. De *heerschappij- en onderworpenheidsverhoudingen* zijn *scherp te onderscheiden* van de in ieder georganiseerd verband voorhanden *boven- en onderschikking*, waarin zich de innerlijke verbandsordering uitdrukt.

Het bevel krachtens organisatorische boven-schikking wordt door hem, die beveelt, *voor het verband* gegeven, het bevel krachtens heerschappij-verhouding daarentegen door den heerscher *voor zich zelve*.

De boven- en ondergeschikten hebben in gelijke mate het bewustzijn, het *verband te dienen*. De onderworpenen daarentegen heeft allereerst het besef, den *heerschende* te dienen en slechts somtijds tegelijk het bewustzijn, daardoor ook het *verband* te dienen. Het verband blijft trots onder- en bovenbeschikking *één geheel*, dat zijn organisatie-ordering noodwendig voortbrengt. Doch de heerschappij- en onder-

worpenheidsverhoudingen *deelen* het verband in heerschers en onderworpenen, waarbij tenminste de eersten, vaak ook de laatsten, *eigen* verbanden of onder-verbanden vormen.

Twee soorten van heerschappij- en onderworpenheidsverhoudingen zijn te onderscheiden: 1. die in het familieverband: de onderwerping der kinderen onder de *patria potestas*, die der vrouw onder de maritale macht, en 2. die van zuiver socialen oorsprong: de *slavernij* en *hoorigheid*.

*Iedere heerschappijverhouding is slechts de keerzijde van de onbeschermdheid en hulpbehoevendheid der onderworpenen!*

Op zich zelve kan deze hulpbehoevendheid nog geen *rechtsverhouding* vestigen. Zij geeft den onbeschermden als een *res-nullius* aan den *occupans* prijs, maar zij geeft niemand *recht* op hem. De heerschappij is echter meer dan bloot *bezit van een persoon* en *uitbuiting van zijn arbeid*, want ze is een rechtelijk geregelde verhouding tusschen den heerschende en den onderworpenen.

Waardoor gaat nu de onderwerpingsverhouding in de *rechtsorde* over? Daardoor, dat de arbeid van den onderworpenen voor de *economische* ordening in de maatschappij van doorslaande beteekenis wordt(!). Vandaar ook, dat de rechtsverhoudingen in *slaven- en hoorigenrecht* geheel en al samenhangen met de bijzondere economische positie, waarin ze verkeerden. (Men denke aan het onderscheid in rechtspositie van den Romeinschen plantageslaaf, van den Frankischen kamerdienaar, den dienstman (*ministerialis*), den beambte, den handwerker). Men ziet, hoe EHRlich hier alle zin-grenzen tusschen de wetskringen uitwischt! Het economische substraat van bijzondere juridische gezagsverhoudingen wordt eenvoudig tot „oorzaak” van de individueele rechtsverhouding geproclameerd!

Dat al de genoemde individueele verschillen in juridische gezagsverhoudingen in het Romeinsche juristenrecht niet volledig tot uitdrukking kwamen, is, naar EHRlich terecht opmerkt, alleen hieraan te wijten, dat de Romeinsche juristen zich alleen bemoeiden met het recht, dat *voor den rechter kwam*.

*Het bezit is derde sociologische rechtsbron.*

De derde rechtsbron in den zin van materieele sociologisch-causale ontstaansbron van het recht is het *bezit*.

Om het bezit in dezen zin als rechtsbron te verstaan, moet men zich

volgens EHRlich *losmaken van alle juridisch-dogmatische opvatting* ervan, zooals die door v. SAVIGNY is geijkt in zijn „corpus-animus-theorie” en het eenvoudig nemen *in zijn onmiddellijk verband met de economische orde*. Het bezit is, zoo beschouwd, een „Tatsache des Rechts”, in dezen zin, dat de bezitter het is, die de zaak overeenkomstig haar economische bestemming gebruikt.

In het *economisch gebruik* der zaak wordt de bezitter naar iedere rechtsorde beschermd. Het komt daarbij aan op de *handelingsnormen, die in het rechtsleven feitelijk gevolgd worden, niet op de „Rechts-sätze”*, die alleen over *rechtsgeschillen* gaan.

Het bezit van den huurder, bewaarnemer etc. werd in het gebied van het gemeene recht, naar de ervaring leert, gewoonlijk gerespecteerd, ook nadat v. SAVIGNY had bewezen, dat het hun jure Romano niet toekwam. Het bezit van *den dief of roover* daarentegen werd ook in het gebied van het gemeene recht niet feitelijk ontzien, ondanks datgene, wat het Romeinsche jus civile daarover leerde. Of zou men zich 't geval kunnen denken, dat een dief, ingeval hem het gestolene weer werd ontroofd, het *interdictum unde vi* of *utrubi* zou hebben ingesteld, voor 't geval men hem zelf den diefstal kon bewijzen? Niet de *eigendom* als abstract recht, maar het *bezit* is oorspronkelijke ontstaansbron van rechtsverhoudingen. In 't Germaansche recht is de absolute Romeinsche eigendom onbekend en is veeleer de „Gewehre” (de „weer”), d. i. het op het *economisch gebruik gefundeerd bezit*, de centrale figuur der zaken-rechtelijke verhoudingen.

*Het bezitsrecht is daarom het eigenlijke recht der economische orde* en sluit zich ten nauwste bij het economisch leven aan.

Als grondslag voor de inwendige ordening der verbanden komt het bezit aanstonds uit, als men erop let, dat de economische natuur van het bezitsobject beslissend is voor de verhouding tot de naburen, voor de innerlijke organisatie der onderneming, waaraan het dienstbaar is en voor hare rechtspositie in 't verkeer.

*De economische aard van het bezits-object beslist over den inhoud der door den bezitter afgesloten contracten en deze contracten rekent Ehrlich wezenlijk tot de uitoefening van het bezits-, resp. eigendomsrecht. Zij zouden volgens hem ook systematisch onder het zakenrecht behooren te worden behandeld!*

Daarom is de eigendom van een kolen-mijn ook heel iets anders dan de eigendom eener fabriek en het verschil in dit bezitsrecht is

ook beslissend voor de rechtspositie der arbeiders en beambten, die in het bedrijf of de fabriek werkzaam zijn. De inhoud der arbeidscontracten is immers in beide gevallen totaliter verschillend.

*De vierde sociologische rechtsbron is de wilsverklaring.*

De vierde rechtsbron in natuur-causalen sociologischen zin is tenslotte de *wilsverklaring*. Slechts twee soorten wilsverklaringen hebben volgens EHRlich een wereld-historische beteekenis voor de rechtsontwikkeling: het *contract* en de *uiterste wilsbeschikking*. De statuten van vereenigingen en stichtingen zijn volgens hem oorspronkelijk of een samenvatting van de tot nu toe geldende Übung of een specimen van het contract en hebben dus geen zelfstandige beteekenis als rechtsbron.

Wij kunnen ter wille van het bestek op EHRlich's overigens zeer belangwekkende beschouwingen i. z. de ontwikkeling van het contract- en erfrecht hier niet verder ingaan.

*De Übung is de meest oorspronkelijke rechtsbron bij Ehrlich.*

Wel is 't noodzakelijk hier nog op te merken, dat EHRlich van de hier genoemde rechtsbronnen tenslotte de Übung als de meest oorspronkelijke beschouwt, terwijl Besitz, Herrschaft, en Willenserklärung volgens hem als „rechtsbronnen” meer tot de hoogere ontwikkelingsstadia van het recht behooren.

De vier genoemde „Tatsachen des Rechts” zijn het dus, waaruit voor de menschelijke verbanden de handelingsnormen ontspringen.

*Ehrlich's rechtsbegrip.*

Deze handelingsnormen zijn echter geenszins alle uitsluitend *rechtsnormen*. Wat is dan volgens EHRlich het criterium van de rechtsnorm? Hij zoekt dat in de sociaal-psychische reactie, die overtreding van de norm uitlokt: de massa-psychische *opinio necessitatis*, in den zin van het *gevoel*, dat het om rechtsnormen gaat, is volgens hem beslissend.

Een souverain zin-verschil tusschen de normen van omgang, economie, recht, moraal en geloof („religie” noemt EHRlich ze weer in typisch-humanistische instelling) verwerpt hij echter met de heerschende opvatting totaliter. De grenzen tusschen deze zin-gebieden verschuiven zich volgens hem in het sociaal gevoel voortdurend. Wat

vandaag nog tact- of omgangsnorm, of een moraalvoorschrift beteekent, wordt morgen recht.

*Samenvattende kritiek op Ehrlich's bronnentheorie.*

De kritiek op EHRlich's bronnentheorie moet uiteraard weer bij het daarachter liggend rechtsbegrip inzetten, dat zich zelf in innerlijke antinomie ontbindt, daar het *rechtsgevoel*, gelijk wij weten als anticiperende psychische functie den zin des rechts onderstelt.

EHRlich heeft door zijn naturalistisch „sociologische” geldingsleer den normatieve zin des rechts ondermijnd, ook al blijft hij van *rechtsnormen* spreken. Waar tenslotte de vermeend natuur-causaal gedetermineerde subjectieve gedragingen van de aan het recht onderworpenen over de gelding der norm beslissen, is slechts voor natuurwetten, maar niet voor rechtsnormen met een eigen wezenszin meer plaats. Ondanks EHRlich's groote verdienste ten aanzien van het onderzoek naar de verbandstructuur van het recht, moeten wij nochtans opmerken, dat zijn bronnentheorie *juridischen* zin ontbeert, daar *zijn begrip rechtsbron buiten-juridisch is gevat*.

Wat vooral in EHRlich's beschouwing moet opvallen, is het totaliter ontbreken van een *begrip van formeel- en materieel-juridische ontstaansbron*, dat gelijk wij weten aan het juridisch *competentiebegrip* hangt. Het geheele juridische competentiebegrip is in EHRlich's naturalistisch-sociologische instelling geëlimineerd. Zoo verstaan wij het, dat EHRlich eenerzijds de verbandsstructuur van het positieve recht verabsoluteert en voor de noodwendige correlatie van maatschaps- en gemeenschapsfuncties in den zin der vergelding geen oog heeft en anderzijds ook niets heeft bijgedragen tot opheldering van de competentiegrenzen van de interne rechtssfeer der onderscheiden verbanden.

Waar hij op de correlatie van maatschaps- en gemeenschapsfuncties stuit, gelijk bij de contracten, die b.v. een verband tot exploitatie van kolen-mijnen afsluit, beproeft hij het externe maatschappelijk recht, dat zich in den vorm van het contract positieveert, tot intern verbandsrecht te denatureeren.

Wat uiteraard een volledige verwarring in de bronnentheorie brengt. Ondanks dit alles blijft EHRlich's bronnentheorie materieel gesproken, hoogst belangrijk, door den vaak treffenden intuitieven blik, die EHRlich toont in den levens-samenhang van het positieve recht.

§ 4. *Conclusies uit ons kritisch overzicht over de ontwikkeling der bronnentheorieën.*

Uit het voorafgaand kritisch overzicht over de ontwikkeling van de theorieën i. c. de bronnen van het stellig recht, kunnen wij verschillende conclusies trekken, die rekenschap zullen geven van den weg, die ons thetisch onderzoek zal nemen, een weg, waarin wij radicaal afwijken van de heerschende methoden en wijzen van begripsvorming in de rechtswetenschap.

1e. Alle theorieën i. z. de rechtsvorming, welke wij onder oogen zagen, bleken van een zus of zoo gevat *begrip van het recht* uit te gaan, dat met het beginsel der souvereiniteit in eigen kring van den juridischen wetskring onvereinigbaar is. Of dit rechtsbegrip ten halve rationalistisch-natuurrechtelijk ten halve positivistisch, dan wel historistisch, of het volledig positivistisch, dan wel naturalistisch-sociologisch was gevat, steeds bleek daarin de *in eigen kring souvereine zin* van het recht, gelijk die niet in het menschelijk denken, *maar alleen in de goddelijke wereldorde is gegrond*, geëlimineerd te zijn.

2e. Dit rechtsbegrip bleek op zijn beurt gegrond in een wetsidee (idee van den oorsprong, diepere eenheid, onderlinge verhouding en samenhang der wetskringen), welke het uitgangspunt van het wijsgeerig denken (het archimedisch punt der wijsbegeerte) niet in Christelijken zin in den religieuzen wortel der herboren schepping, in Christus, maar in het opzichzelve gestelde, van de zin-volheid der schepping afgetrokken, en daarom *afvallig*, tijdelijk theoretisch denken koos. Het bleek m. a. w. gegrond in het anti-Christelijk *immanentie-standpunt*, in de immanentiephilosophie.

3e. Dat theoretisch denken kan zich, daar het autonoom, of liever „soverein” is verklaard, *niet onderwerpen aan de goddelijke tijdelijke wereldorde*, die het denken zelve eerst mogelijk maakt en die den juridischen wetskring in zijn eigen onherleidbaren zin in een onverbrekelijken tijdelijken zin-samenhang met alle andere wetskringen heeft gesteld.

4e. Daar de *zin van het recht* zich aan het theoretisch denken slechts in den bedoelden *tijdelijken zin-samenhang* aller wetskringen openbaart, wordt begrijpelijk, waarom de heerschende rechtstheorieën, die in het immanentiestandpunt zijn gegrond, den *zin* van het recht *moeten* elimineeren in een willekeurig rechtsbegrip.

5e. Daardoor kon ook de theorie der rechtsvorming, die steeds van een bepaald rechtsbegrip uitgaat, aan de werkelijke zin-structuur van het rechtsleven geen recht laten wedervaren, hoeveel belangrijke gezichtspunten ook in verschillende der besproken theorieën naar voren werden gebracht.

6e. Een crux in het rechtsbegrip is op het immanentie-standpunt steeds de verhouding tusschen *boven-willekeurig rechtsbeginsel* en den *rechtsvormenden wil* van de met de rechtsvorming belaste competente organen. Het rationalistisch natuurrecht verabsoluteerde de rechtsbeginselen tot een eeuwige, onveranderlijke rede-rechtsorde en stelde daar dualistisch het positieve recht tegenover, voor welk laatste men geen anderen grondslag vond dan het formalistisch, regelrecht tot *positivisme* voerend, beginsel van de onschendbaarheid der overeenkomsten.

Daardoor ontstond de vroeger geanalyseerde innerlijke antinomie in rechtsbegrip en theorie der rechtsbronnen.

Het positivisme daarentegen verabsoluteert den juridischen ontstaansvorm van het recht, en daarmee den *menschelijken willekeur* in de rechtsvorming en heft daarmee eigenlijk het rechtsbegrip op.

7e. Het begrip *rechtsbron* der heerschende theorieën is òf, gelijk in het positivisme uitsluitend *aan den staat* georiënteerd, òf het mist, gelijk in het rationalistisch natuurrecht, (in beginsel) in de historische school (Romanistische richting) en in de naturalistische-sociologische theorie, geheel den *juridischen zin*. De *formeele, positivistische* theorieën opereeren met een *formeel-juridisch competentiebegrif*, nl. dat der *gedelegeerde of afgeleide* competentie, een begrip, dat echter geen zin heeft zonder *een materieel juridisch competentiebegrif*, waarin de bevoegdheidsgrenzen van den rechtsvormer, door wien de afgeleide competentie is gedelegeerd, op *materieel-juridische* wijze, zijn gevat. In stee van dit primaire juridisch competentiebegrif stelt het positivisme het politieke postulaat van het *staats-absolutisme*, geworteld in de naturalistische idee van „het recht van den sterkste” (HOBBS). De heerschende materiele bronnen-theorieën bezitten in 't geheel geen juridisch competentiebegrif. De rationalistische natuurechtsleer proclameert de *rede* tot bron van het „natuurrecht”, de historische school poneert de „historische volksgeest” als individueele bron der rechtsontwikkeling, de naturalistisch-sociologische theorieën poneeren de „sociale oorzaken van de regelmaat der menschelijke gedragingen”



tot rechtsbron, doch elimineeren daarbij de vraag, wie *juridisch bevoegd* is tot *rechtsvorming*.

Voorzoover zij weer een brug naar de *juridische* beschouwing slaan, vallen zij terug in het positivistisch competentiebegrip (zoo het natuurrecht ten aanzien van het positieve recht; zoo ook de Romanistische richting der Historische School). Hierdoor ontstaat weer een innerlijk tegenstrijdig dualisme in het begrip rechtsbron.

8e. De materieel-juridische competentie tot rechtsvorming, waarin alle formeel-juridische, bloot afgeleide competentie gefundeerd moet zijn, laat zich nimmer alleen *uit het functioneele rechtsbegrip* begrijpen. Zij is gegrond in *de individueele structuur van het rechtsleven*, die in wezen, evenals de wetskringen zelve, door de *goddelijke wereldorde* is bepaald.

Deze individueele structuur van het rechtsleven is slechts met een *ding-begrip* te benaderen, waarin het *interne structuurprincipe* der individueele tijdelijke werkelijkheid is gevat. Het bedoelde interne structuurprincipe is echter wetenschappelijk slechts te ontdekken met behulp van het, de wetskringen (de in eigen kring souvereine *zin-zijden* der werkelijkheid) gearticuleerd onderscheidend *functiebegrip*. Het wetenschappelijk dingbegrip kan dus slechts worden gewonnen, wanneer eerst de wetskringen met behulp van het functiebegrip in hun functioneelen grondzin zijn geanalyseerd.

9e. Toegespitst op het probleem der rechtsbronnen stelt ons dit inzicht de volgende wetenschappelijke taak:

Wij hebben rekenschap te geven van de individueele interne structuur van de verschillende „kringen van rechtsvorming”: van het *interne staatsrecht*, van het *burgerlijk* (door den staat gevormde) *privaatrecht*, van het *niet-burgerlijk* (niet door den staat gevormde) *privaatrecht*, dat ten deele *intern verbandsrecht* is (b.v. intern kerkrecht, intern privaat vereenigingsrecht), ten deele *niet-burgerlijk maatschappelijk privaatrecht*, dat in hoofdzaak in den juridischen vorm der *private overeenkomst* ontstaat etc. etc. *Wij winnen op deze wijze een principieel inzicht in de veelheid der materieel-juridische competentiesferen in de rechtsvorming, die naar innerlijke criteria zijn afgegrensd.*

De vrucht van dit wetenschappelijke onderzoek zal moeten zijn: het ontdekken van het *kriterium der souvereiniteit in eigen kring in de rechtsvorming zelve*, dat de Calvinistische rechtswetenschap immer heeft trachten te vinden.

Voor wij echter met dit uiterst gewichtig onderzoek kunnen aanvangen, moeten wij eerst met behulp van het juridisch functiebegrip, *den onherleidbaren grondzin des rechts zelve* zoeken vast te stellen in een *begrip van het recht*.

Voor de ontdekking van dezen grondzin des rechts volgen wij een geheel nieuwe methode, welke ons door de *theorie der wetskringen* is mogelijk gemaakt.

Wij breken daarbij eens en voorgoed met de heerschende methoden der begripsvorming, die den werkelijken *zin* des rechts elimineeren en daarom nimmer tot een bevredigend rechtsbegrip kunnen voeren.

Voor ons is de methode tot winning van het rechtsbegrip in de *goddelijke wereldorde* gegrond. Wij willen in de lijn van de theorie der wetskringen, beproeven den onherleidbaren functioneelen zin des rechts *uit den zin-samenhang aller wetskringen uit te lezen*, waardoor wij tegelijk inzicht verkrijgen in de *plaats* welke de juridische wetskring in de tijdelijke orde der wetskringen inneemt.

Ons rechtsbegrip wordt daardoor inderdaad de *methodische grondslag voor het stellen van alle bijzondere rechtsproblemen*.

Daar de functioneele grondzin van den juridischen wetskring, dien wij in het rechtsbegrip pogen te vatten, alle individueele structuren binnen het recht gelijkelijk den *rechtszin* opdrukt en daar die rechtszin al deze individueele structuren in een *onderlingen functioneelen samenhang* brengt, zal ons rechtsbegrip ons ook den weg wijzen, om de *onderlinge uitwendige betrekkingen tusschen de tegenover elkander soevereine competentiesferen is de rechtsvorming* te vatten. Zoo zullen wij in staat zijn tenslotte de *eenheid der rechtszin boven alle juridische veelheid* van soevereiniteit in eigen kring in de rechtsvorming te vatten en dus den systematischen samenhang tusschen de rechtsbronnen aan het licht te brengen zonder in de nivelleering der materieele competentiesferen te vervallen, waaraan de positivistische theorieën zich schuldig maken.

10e. De heerschende bronnentheorieën, gegrond in de immanentiephilosophie, kennen geen *wetenschappelijk ding-begrip*, waarmede de individueele interne structuur der verbanden en der maatschappelijke kringen van rechtsvorming moet worden gevat.

Het rationalistisch natuurrecht en het positivisme vervallen in de theorie der rechtsvorming tot een principieel individualistische rechtsbeschouwing, waarin alle recht in wezen van dezelfde soort wordt,

en alle individueele structuren in het rechtsleven in een individualistisch nivelleeringsstreven worden uitgewischt.

De Germanistische richting in de Historische school (BESELER, GIERKE) kwam alleen tot het inzicht, dat er een principieel verschil is tusschen *verbandsrecht* („Sozialrecht”) en (de individuen bloot in *gecoördineerde* rechtsbetrekkingen omsluitend) *maatschapsrecht* („Individualrecht”), zonder echter in staat te zijn, van den functioneelen samenhang tusschen beide soorten recht rekenschap te geven, zonder bovenal rekenscha te kunnen geven van het interne individueele verschil in de structuur van de bijzondere kringen der rechtsvorming. Daardoor viel ze ook weer terug in een positivistisch en formalistisch begrip van de juridische competentie.

EHRlich eindelijk, de voornaamste vertegenwoordiger der naturalistisch-sociologische theorie der rechtsbronnen, vatte *alle recht* als *verbandsrecht*, en wist a fortiori geen rekenschap te geven van het interne *juridisch* structuurverschil in de onderscheiden kringen van rechtsvorming.

11e. De heerschende bronnen-theorieën loopen niet bloot *wijsgeerig* vast, maar ze laten ten eenenmale in de steek bij het *positief-rechtelijk probleem*, waar de innerlijke grenzen liggen tusschen publiek en privaatrecht, en welke rechtskwesties men principieel bij den burgerlijken rechter kan aanhangig maken.

Bij de interpretatie van art. 2 onzer wet op de Rechterlijke Organisatie in verband met art. 154 der grondwet *moet* de burgerlijke dechter uitmaken, *welke rechtskwesties inderdaad van burgerrechtelijken aard zijn waar dus zijn materieel-juridische bevoegdheidsgrenzen liggen* <sup>26</sup>).

Geen enkele der heerschende bronnen-theorieën is echter in staat hem daarvoor een *juridisch criterium* te leveren! Dit beteekent het definitief fiasco der heerschende theorieën.

*Blijkt de Calvinistische rechtswetenschap in staat, dit fundamenteele juridisch probleem tot bevredigende oplossing te brengen, dan zal zij daarmee niet slechts aan de Calvinistische juristen, maar aan de geheele rechtswetenschap een onmiskenbaren dienst hebben bewezen.*

Of onze theorie hierin zal slagen, moge het vervolg onzer onderzoekingen leeren!

<sup>1</sup>) De voorgaande artikelen zijn opgenomen in de 4e afl. van het 3-maandelijkse orgaan (1930).

<sup>2</sup>) Lectures 226—227.

- 3) AUSTIN: *Lectures on Jurisprudence* (London 1879), p. 553.
- 4) *Holland Elements of Jurisprudence* (1924) p. 62.
- 5) *Theorie der Rechtsquellen* S. 309 ff.
- 6) Zie *De Beteekenis der Wetsidee voor Rechtswetenschap en Rechtsphilosophie* (Kok, Kampen 1926, blz. 32 vlg.).
- 7) *Allgemeine Staatslehre* (1925), S. 19. In „*Das Problem der Souveränität*“ (1920), S. 239 ff. bij de bespreking van het probleem van het ontstaan der individueele staten onder het aspect van het primaat van het volkenrecht, komt de antinomie tusschen „sein“ en „sollen“ in KELSEN's formalistische rechtsbeschouwing nog scherper naar voren. Hier schrijft hij: „Dadurch dass das Faktische zum Inhalt einer Norm wird, erfährt es einen ganz eigenartigen Bedeutungswandel, es wird so zu sagen denaturiert, schlägt in sein Gegenteil um, wird selbst zum Normativen“. „Nicht von einer „normativen Kraft des Faktischen“, sondern von einer Metamorphose des Faktischen zum Normativen musste man sprechen. Freilich gerät hier das Völkerrecht an die äusserste Grenze des Bereichs normativer Erkenntnis des Rechtes. Es ist vielleicht gerade noch Recht, wenn es den fundamentalen Gegensatz von sein und sollen gefährdend — zwar nicht *jede* faktische Macht als Rechtsmacht zu etablieren bemüht ist, aber doch nur eine bestimmte Macht als Rechtsmacht gelten lassen will.“
- 8) Zie hierover nader mijn *Beteekenis der Wetsidee*, t. a. p.
- 9) *Allgemeine Staatslehre* (1925) S. 249.
- 10) Vgl. over deze methode mijn *De Beteekenis der Wetsidee voor Rechtswetenschap en Rechtsphilosophie*.
- 11) *Das Problem des freien Ermessens und die Freirechtswegung*. Oesterr. Zeitschr. f. öff. Recht Bnd. I (1914) S. 625.
- 12) Zie b.v. *Zur Soziologie des Rechts* 605—606: „Es gibt im modernen Rechtsstaate kein Judizieren und überhaupt keine Staatstätigkeit, die im wahren Sinne des Wortes „sine lege“ wäre, das heisst, sich nicht als Realisierung eines Rechtssatzes — sei es im Gesetz oder nur gewohnheitsrechtlich *fixierten* Rechtssatzes — darstellt.“
- 13) De schrijver beroept zich voor de mogelijkheid van zulk een bijzondere a-normatieve kensoort op RICKERT, *Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft*, wiens kultuurbegrip hij overigens verwerpt en op den Deenschen filosoof HARALD HÖFFDING, *Totalität als Kategorie*.
- 14) t. a. p. S. 275.
- 15) t. a. p. S. 281.
- 16) t. a. p. S. 281.
- 17) *Der soziologische und der juristische Staatsbegriff* (1922) S. 95.
- 18) t. a. p. S. 331.
- 19) t. a. p. S. 315.
- 20) *Das Problem des natürlichen Rechts* (1912) S. 123.
- 21) *Das Problem des natürlichen Rechts* (1912) S. 123.
- 22) Geb. 1862, voormalig hoogleeraar in Czernowicz (Oostenrijk).
- 23) Hier komt duidelijk het z.g.n. *sociologisch* geldingsbegrip van EHRlich uit.
- 24) t. a. p. S. 30.
- 25) *Conventions of Politieke Stelregels* (1919).
- 26) Art. 2 der wet R. O. van 18 April 1827 (Stbl. no. 20) luidt aldus: „De kennisneming en beslissing van alle geschillen over eigendom of daaruit voortvloeiende regten, over schuldvorderingen of *burgerlijke* regten, en de toepassing van alle soort van wettig bepaalde straffen, zijn bij uitsluiting opgedragen aan de regterlijke magt“, enz.
- Art. 154 der G. W. heeft een klein redactieverval: „Alle twistgedingen over eigendom of daaruit voortvloeiende regten, over schuldvordering en *andere* burgerlijke regten, enz. (Wij komen hierop uitvoerig terug).

---

---

# CALVIJN'S AANDEEL AAN DE SAMEN- ZWERING TE AMBOISE

DOOR

DR. J. C. H. DE PATER.

Zwaar hing in de warme Julimaand van het jaar 1559 de stilte over Parijs. De klokken der talloze kerken, die anders de lucht vervulden met hun vroolijk gebeier, waren stil gezet om den doodzieken koning HENDRIK II niet te hinderen op zijn ziekbed, dat weldra zijn sterfbed zou worden. Op het alleronverwachtst, midden in de feestvreugde, had de dood den Vorst achterhaald.

Hoe vol beloften had nu juist de toekomst geleken! Frankrijk had na een periode van meer dan vijftigjarigen strijd om Italië eindelijk vrede gekregen. Wel gaf de uitslag weinig reden tot roemen en moesten de Fransche koningen bij den vrede van Cateau-Cambrésis al hun eeroverde plannen in Italië opgeven, maar 't had erger kunnen zijn, en vooral als men lette op het ongelukkig verloop van den laatsten oorlog, was er reden tot danken. Ook de overwinnaar, de machtige PHILIPS II van Spanje, wilde de handen vrij hebben, en liever dan nog langer den oorlog voort te zetten, waarin de kansen toch altijd onzeker bleven, had hij het vredesaanbod aanvaard, waarbij Spanje's overwicht in West-Europa onbetwist erkend werd. Hij had nu ook de zekerheid, dat hij HENDRIK'S medewerking verkreeg in de bestrijding der ketters, die in Frankrijk steeds driester het hoofd opstaken.

PHILIPS won bij den vrede een vrouw, zij het een kindvrouwkje. Hij zou de oudste dochter van HENDRIK II, de dertienjarige ELISABETH VAN VALOIS, naar het altaar geleiden. Nog een ander huwelijk werd tevens vastgesteld. HENDRIK'S zuster MARGARETHA, die de hoop al zoo langzamerhand opgegeven had, zou de gemalin worden van den Nederlandschen landvoogd EMANUEL PHILIBERT VAN SAVOYE, die weer in het bezit zou komen van zijn hertogdom, waaruit hij verdreven was.

Op één dag zouden beide huwelijken worden gesloten en de feesten waren in Parijs niet van de lucht. Helaas, de vreugde werd wreed verstoord. Bij een steekspel in de Rue Saint Antoine brak de lans van den tegenstander van HENDRIK II en de koning liep een vreeselijke hoofdwond op. Leek het geval eerst nog weinig reden te geven tot directe bezorgdheid, spoedig verergerde de toestand en den 10en Juli verkondigden de klokken, thans voor het eerst weer geluid, met somberen klank, dat Frankrijk's koning was heengegaan <sup>1</sup>).

De vijftienjarige FRANS II volgde hem op, maar, jong en onervaren als hij was, kon hij moeilijk zelfstandig de regeering voeren. Ondanks zijn jeugd was hij al gehuwd, met de even jeugdige Schotsche koningin MARIA STUART. Haar ooms waren de GUISES, die thans de regeering in handen kregen. FRANS DE GUISE, die zich in den laatsten oorlog roemrijk had onderscheiden, kreeg de krijgszaken voor zijn deel, terwijl zijn broer, de Kardinaal van Lotharingen, die als invloedrijk lid van den Raad des Konings in regeeringszaken doorkneed was, het beheer over de financiën en de justitie zou voeren.

Op het alleronverwachtst viel zoo aan de GUISES de hoogste macht in Frankrijk in handen. Hun blijdschap mocht wel een verheugen met beving zijn, want de economische en financieele toestand was dermate gedesorganiseerd door den verloren oorlog om Italië, dat het een heksentoer zou zijn om de zaken op orde te brengen, zonder dat overal de ontevredenheid het hoofd opstak. Maar de macht is ten allen tijde zoet en de GUISES deinsden niet terug. Schatrijk door hun uitgebreide bezittingen en de talrijke prebenden, die aan KAREL, reeds op veertienjarige leeftijd tot aartsbisschop van Rheims benoemd, niet minder dan 300.000 francs per jaar opbrachten, zagen zij thans hun hoogste eerezucht bevredigd.

De koningin-moeder CATHARINA DE MEDICIS had tijdens het leven van HENDRIK II nimmer een rol van beteekenis gespeeld en niemand kon nog voorspellen, dat zij zich weldra op den voorgrond zou dringen. Op het oogenblik leek zij voor de GUISES geen hinderpaal voor het ongestoord bezit van de macht. En MONTMORENCY, de Connétable van Frankrijk, de oude vriend van HENDRIK II, die hen tijdens diens leven altijd had overvleugeld, had zich in den oorlog gecompromitteerd. Hij had tegen EGMONT en EMANUEL PHILIBERT VAN SAVOYE zoo ongelukkig gevochten, dat hij zelfs in gevangenschap was geraakt. Nu hij den steun van zijn koninklijken vriend miste, schoven de GUISES hem

eenvoudig ter zijde. De eenheid van het geslacht MONTMORENCY had door de kerkelijke geschillen bedenkelijk geleden. De beide Châtillons, de zoons van de zuster van den Connétable, hadden het Calvinisme omhelsd. Al bekleedde de oudste, COLIGNY, het aanzienlijk ambt van admiraal van Frankrijk en al was de tweede, ANDELOT, kolonel-generaal van de Fransche infanterie, aan hun positie ten hove deed deze geloofsovergang geen goed, nu door den invloed der GUISES het Roomsche-Katholicisme troef was gebleven aan het Fransche hof. Van hen kon hun oom, die ook zelf goed Katholiek was, al was hij geenszins van Gallicaansche smetten vrij, weinig steun verwachten. Zeker van de koningin-moeder en ontslagen van den Connétable, leek de weg effen voor de GUISES.

Er was nog een derde geslacht, hooger in rang dan de MONTMORENCY en zelfs dan de GUISES, al voerden deze hun stamboom ook op tot KAREL DE GROOTE. Dit was het geslacht der Bourbons, de BOURBONS-VENDÔME en de BOURBONS-MONTPENSIER. Zij waren het naast verwant aan de koninklijke familie en konden als Prinsen van den Bloede de eerste aanspraken doen gelden op een aandeel in de regeering, wanneer de Koning te onervaren was om deze zelfstandig te voeren. Maar het verraad van hun verwant KAREL VAN BOURBON, die in 1523 als Connétable van Frankrijk naar KAREL V was overgelopen, had hun aanzien zeer geschaad, en bij FRANS I noch bij HENDRIK II waren zij ooit weer in de gratie gekomen, al mochten zij zich verheugen in groote populariteit onder het volk, dat in hen bleef eeren de naastberechtigden tot de Kroon en de door geboorte aangewezen raadgevers van den Koning.

Het hoofd van dit geslacht was in 1559 ANTON, hertog van Vendôme. Door zijn huwelijk met JEANNE D'ALBRET had hij de koningskroon van Navarre verworven en was zijn bezit aanzienlijk uitgebreid. Maar ANTON VAN NAVARRE was een zwakkeling, die verbitterd was door de ongenade, waarmede HENDRIK II hem steeds had bejegend. Onder invloed van deze verbittering en op aandrang van zijn vrouw JEANNE D'ALBRET, die spotters de eenige man in het huis van Navarre geliefden te noemen, had hij het Calvinisme omhelsd. Maar hij was te zwak en te onzelfstandig om de Calvinisten de voordeelen te doen plukken, die zij van deze aanwinst voor hun partij hadden gehoopt. Sedert den vrede van Cateau-Cambrésis was ANTON verstoord op MONTMORENCY, omdat hij dezen verweet, dat hij hem niet voldoende had gesteund

tegen PHILIPS II, die het gedeelte van Navarre aan gene zijde van de Pyreneeën bezet hield, dat ANTON vurig hoopte eens voor zijn Huis te zullen herwinnen. Van een samenwerking tusschen MONTMORENCY en NAVARRE, die anders voor de hand zou hebben gelegen, behoeften de GUISES dus niet beducht te zijn.

Heel wat mannelijker en voortvarender was ANTON'S jongere broer, de negenentwintig-jarige LODEWIJK VAN CONDÉ, die eveneens tot de Protestanten behoorde. Had ANTON bij verzet tegen DE GUISES alles te verliezen, CONDÉ was arm en kon van veranderingen slechts winst hopen. Hij zou dan ook niet aarzelen, wanneer zich een gelegenheid daartoe aanbood.

Met juist inzicht hielden de GUISES hem van meetaf voor hun gevaarlijksten tegenstander. Voorloopig zonden zij hem buitenaf, naar Gent, waar PHILIPS II nog vertoefde, terwijl hij zich gereed maakte om naar Spanje terug te keeren. CONDÉ moest namens den nieuwen Koning in PHILIP'S handen den eed gaan afleggen, dat deze den vrede van Cateau-Cambrésis zou handhaven. Het was een eervolle onderscheiding, maar waarbij een addertje onder het gras verborgen zat, dat den onstuimigen jongen edelman stellig moet hebben gestoken. Bij de geringe representatiekosten, die hem werden toegestaan, moest hij de weinige bezittingen, die hij bezat, zwaar belasten, wilde hij overeenkomstig zijn rang voor den Spaanschen Koning verschijnen.

Indien de GUISES gehoopt hebben, dat zij op deze wijze lang van CONDÉ ontslagen waren, dan was de uitkomst voor hen zeker eere-teleurstelling. Hij kweet zich zoo gauw mogelijk van zijn opdracht en nam nog vóór het midden van Augustus, de maand, waarin hij ge- gaan was, deel aan een conferentie van den hoogen adel in Vendôme<sup>2</sup>). De ontevredenheid tegen de GUISES kwam daar onverholten tot uiting. Allen waren het er daar over eens, dat de GUISES weg moesten en dat het bewind moest worden toevertrouwd aan de Prinsen van den Bloede, terwijl de oude raadgevers van HENDRIK II in hun macht moester worden hersteld. Maar over de middelen, waarvan men daartoe tegen- over de GUISES gebruik moest maken, liepen de meeningen uiteen. CONDÉ wilde desnoods met geweld de GUISES verwijderen en den Koning bevrijden, maar de meerderheid verzette zich tegen dit plan als onwettig en gevaarlijk. Besloten werd, dat ANTON VAN NAVARRE naar het hof zou gaan, om de bezwaren der edelen toe te lichten.

Dit werkte weinig uit. De Koning van Navarre voldeed al heel weinig



aan de verwachtingen, die zijn nieuwe geloofsgenooten op hem hadden gebouwd. Hij werd aan het hof slecht ontvangen, maar liet rustig toe, dat men hem vrijwel over het hoofd zag. Zijn tegenwoordigheid zette luister bij aan de kroning van den nieuwen Koning, die op 18 September met groote plechtigheid plaats vond. Nadat hij te Parijs was teruggekeerd, deed hij zwakke pogingen bij de leden van het Parlement, om deze te bewegen tot bijeenroeping van de Staten-Generaal. Nog voor het eind van het jaar liet hij zich een zending opdragen naar Spanje, waarheen hij de jonge ELISABETH VAN VALOIS moest begeleiden. Hij hoopte PHILIPS gunstig voor zich te stemmen en als het kon de teruggave te bewerken van het door de Spanjaarden bezette gedeelte van Navarre. Zijn eigen huismacht hield hem veel meer bezig dan de achteruitzetting van zijn geslacht in Frankrijk of de belangen van het bedreigde Protestantisme.

De brandstof voor een uitbarsting tegen de GUISES hoopte zich inmiddels op. De Kardinaal maakte zich door zijn hooghartig optreden weldra bij velen gehaat, en wel was FRANS, wien de militaire roem uit den vorigen oorlog nog omglansde, ongetwijfeld populair, maar de bezuinigen, die noodig waren, wilde men het door den verloren oorlog geschokte evenwicht in de financiën herstellen, en de troepenafdingen, waartoe men wel moest overgaan, deden al gauw groote ontevredenheid ontstaan. Vooral onder den adel, die zoo lang in de oorlog een middel van bestaan had gevonden en door de voortdurende prijsstijging tengevolge van de toeneming van het edel metaal zienderogen verarmde, broeide het.

De maatregelen der GUISES op religieus gebied vervulden tegelijkertijd de Protestanten met angst en vrees. HENDRIK II had zijn politiek van kettervervolging, nog vlak voor zijn dood, ingeluid met een zuivering van het Parlement van Parijs. Enkele raadsheeren in dit hooge gerechtshof waren gevangengezet, onder wie ANNE DE BOURG, die zich het meest onomwonden voor de Nieuwe Leer had uitgesproken<sup>3)</sup>. Vol spanning wachtten de Protestanten in en buiten Frankrijk af, wat zijn lot zou zijn. De hoop, dat de regeeringsverandering hem van den dood zou redden, werd niet vervuld. De GUISES zetten de politiek van HENDRIK voort. Den 23en December stierf de ongelukkige raadsheer op den brandstapel. Strenge plakaten werden uitgevaardigd om de verbreiding van het Protestantisme tegen te gaan. In de van ketterij verdachte kwartieren der hoofdstad liet de regeering invallen doen,

waarbij een groot aantal verdachten werden gevangen genomen.

Moest men bij dit alles maar lijdelijk blijven toezien? Duldt en lijdt en mijdt, het zijn mooie woorden in theorie, maar moeilijk te volbrengen in de practijk van het leven. Dit ondervond in de eerste plaats CONDÉ, die van nature al heel weinig aanleg bezat, om lijdelijk te berusten, en zich en zijn geslacht zoo diep gekrenkt en achteruitgezet zag. De conferentie van Vendôme had hem doen zien, dat zelfs onder den hooge adel veel ontevreden en schuldigen en de wijze, waarop zijn broer behandeld was, was weinig in staat geweest om hem kalmer te stemmen. Hij had tevens begrepen, dat van den aarzelenden NAVARRE niets te verwachten was, en begon hoe langer hoe meer te oewegen, of het niet tijd werd alleen te handelen. Maar de rechtskwestie was een moeilijk punt en hij begon, waarschijnlijk daarom, de adviezen in te winnen van rechtsgeleerden, die van het recht des lands goed op de hoogte waren<sup>4</sup>). Een helper vond hij daarbij in den jongen predikant van de Parijsche gemeente, ANTOINE DE CHANDIEU, die te Toulouse een uitstekende scholing in de rechten had ontvangen en de adviezen der rechtsgeleerden tot één geheel vereenigde. Uit ontstemming over de dictatuur van de GUISES hadden zich in dezen tijd allerlei roerige elementen bij de gemeente gevoegd, die het beginsel der lijdelijke gehoorzaamheid, dat de meer bezadigde oudere Protestanten altijd hadden gevolgd, veel te tam vonden en in den vijfentwintig-jarigen CHANDIEU hun leider vonden. Daar kwam CONDÉ waarschijnlijk in aanraking met deze groep, die het volkomen rechtmatig vond om op actieve wijze tegen de GUISES op te treden. Hij nam nu de hoofdleiding in handen en zette een complot op touw, dat den toestand met één slag zou doen veranderen, daarbij echter zorgvuldig zorgende zelf achter de schermen te blijven.

Ook CHANDIEU kon zich moeilijk met de uitvoering belasten maar de geschikte man daarvoor werd weldra gevonden in een edelman van lageren rang JEHAN DU BARRY, SIEUR DE LA RENAUDIE. Hij was al niet jong meer en had een zeer avontuurlijk leven achter den rug. Oorspronkelijk had hij de militaire loopbaan gekozen en was daarbij voortgeholpen door de GUISES. Later was hij in een proces gewikkeld over kerkelijke prebenden en zelfs met de justitie in aanraking gekomen. Door het Parlement van Dyon veroordeeld tot gevangenisstraf, was hij, weer met de hulp van de GUISES, ontsnapt. Hij vestigde zich daarna in Zwitserland, waar hij zich bij de gevluchte Fransche Protestanten

aansloot en huwde met een réfugée. Nadat hij het burgerrecht van de stad Bern verkregen had, wist hij door tusschenkomst van deze stad in 1558 toestemming te verkrijgen om naar Frankrijk terug te keeren, waar hij revisie van zijn proces poogde te verkrijgen en zelfs aan het hof ontvangen werd. Een geenszins vlekkelooze loopbaan, waarin verschillende punten duister zijn. Ook bij zijn terugkeer naar Frankrijk schijnt hij den steun te hebben ontvangen van de GUISES<sup>5)</sup>. Maar hoe was hij er in geslaagd de vriendschap der GUISES te behouden, terwijl hij met een Fransche Protestante was getrouwd en zelf dien godsdienst had aangenomen? Zeker is het, dat hij door CALVIJN werd gewantrouwd, die zelfs de Protestanten in Parijs tegen hem waarschuwde<sup>6)</sup>. Weldra was hij in 1558 opnieuw in gevaarlijke intrigues gewikkeld, waarvoor zelfs een zwager van hem werd opgehangen. Maar LA RENAUDIE wist ook nu te ontkomen, en in het volgende jaar vinden we hem opnieuw in Parijs, waar hij nu een rol van beteekenis gaat spelen in het complot tegen de GUISES.

Wij kennen de adviezen der geraadpleegde rechtsgeleerden niet, maar als ze deze hebben gegeven, zal hun redeneering wel niet heel veel hebben verschild van den rechtsgrond, die in de latere pamfletliteratuur onder het geval werd geschoven<sup>7)</sup>. Oogenschijnlijk klopt deze als een bus en konden de ontwerpers van het complot rustig hun gang gaan. De vijftienjarige FRANS II was nog te jong en onervaren om zelfstandig de regeering te voeren. Wanneer de GUISES dan ook bekeerden, dat zij door den wil des Konings tot de regeering waren geroepen en daarmede hun handelingen dekten, brachten hun tegenstanders daartegen in, dat de Koning nog niet zelfstandig raadslieden kon kiezen. Men had daarom volkomen het recht om tegen hen op te treden. Niet tegen den Koning zelf natuurlijk, want diens persoon is onschendbaar. Ook niet allen hebben het recht, maar wel de Prinsen van den Bloede, aan wie het naar oude zede toekwam. Deze hadden daartoe zelfs den plicht, want zij waren de geboren beschermers van den Koning, die zich zelf niet verdedigen kon, en de GUISES waren niet alleen een gevaar voor het land, maar ook voor den Koning zelf. Daar in het onderhavige geval de eerste aangewezen persoon, ANTON VAN NAVARRE, in gebreke bleef, kwam de verdediging van den Koning toe aan CONDÉ, subsidiair aan den adel. Maar een eerste vereischte was, dat de Staten-Generaal bijeenkwamen, die orde op de zaken moest stellen. Deze eisch werd ook gesteld in een anoniem geschrift, dat

in October het licht zag en gewoonlijk wordt toegeschreven aan CHANDIEU, den predikant van Parijs. Door de Staten-Generaal moesten de GUISES ter verantwoording worden geroepen, nadat men zich van hun personen had meester gemaakt.

Wie zou de kat de bel aanbinden? Niet CONDÉ, want deze wilde in geen geval bij dit spel met vuur zijn positie op den achtergrond verlaten, voor hij met de grootst mogelijke zekerheid wist, dat hij zich de vingers niet meer kon branden. Hij zou pas voor den dag treden, wanneer de arrestatie der GUISES gelukt was, en dan alle medewerking verleen en door aan den Koning en zijn Raad de redenen uiteen te zetten, die tot deze arrestatie hadden geleid, en daarna de Staten-Generaal bijeen te roepen. Bleef over LA RENAUDIE, maar wij tasten weer in het duister, hoe deze met CONDÉ in aanraking was gekomen en wie eigenlijk het initiatief tot het plan had genomen. Het schijnt dat LA RENAUDIE zich aanbood om CONDÉ te dienen, met de uitdrukkelijke afspraak, dat hij hem in geen geval zou compromitteren, en daarna genoeg nam met den bovengenoemden wensch van CONDÉ<sup>8)</sup>. Hij kon dus slechts hopen op medewerking van den Prins, als het vuilste werk gedaan was.

Voorloopig moest hij anderer medewerking zien te krijgen en van September tot Februari was hij daarmede ijverig in de weer. Dit was hem ook toevertrouwd, want hij was een zeer welsprekend man met groote overredingsgave. De wassende ontevredenheid tegen de GUISES kwam hem daarbij te stade. Zoo wist hij een groot aantal helpers om zich heen te verzamelen, meest uit de clientèle der BOURBONS en uit de kringen van zijn eigen verwanten en vrienden. De MONTMORENCY hielden zich afzijdig of werden niet uitgenoodigd. Ook COLIGNY en ANDELOT niet, die later bleken niet van het geval op de hoogte te zijn. Maar andere mannen met klinkende namen treffen wij aan. Zoo b.v. DE CASTELNAU, de vroegere stalmeester van HENDRIK II, die zich in den laatsten oorlog roemrijk had onderscheiden.

LA RENAUDIE rekende er bovendien op, en zeker niet ten onrechte, dat velen, die thans loyaal achter den Koning, i.c. zijn raadslieden, schenen te staan, ongetwijfeld het roer zouden omwenden, als maar eerst spijkers met koppen waren geslagen. Naast zijn welsprekend woord deed ook klinkend goud zijn werking om hem aanhangers en hulptroepen te verschaffen. Het benodigde geld werd hem verstrekt door de Protestantsche gemeenten en door ELISABETH VAN ENGELAND,

die van de GUISES, de ooms van MARIA STUART, haar mededingster naar de Engelsche kroon, slechts gevaren te duchten had. Begrijpelijk is het ook hierom, dat CONDÉ zich onder deze omstandigheden op den achtergrond hield, want een dergelijke inmenging van een vreemde mogendheid, die nog altijd de herwinning van Calais op haar programma had staan, riekte niet onduidelijk naar hoogverraad.

De bedoeling was zich van den Koning en de GUISES meester te maken, wanneer het hof te Blois vertoefde, waarvan de lucht FRANS II was aanbevolen door zijn lijfartsen. Maar de onrustige jonge vorst, dien het door den slechten levenswandel van FRANS I bedorven bloed der Valois in de aderen stroomde en dien de dood op het gelaat stond geschreven, hield het niet lang uit op één plaats. Hij wilde gaan jagen in de bosschen om de Loire en besloten werd het hof te verplaatsen naar het Middeleeuwsche kasteel Amboise, verderop langs de Loire.

Daarvan waren de saamegezwoorenen nog niet op de hoogte, toen zij 1 Februari te Nantes bijeenkwamen, waar een adellijk huwelijk aan de edelen ongezocht gelegenheid bood om in een vrij groot aantal bijeen te komen, zonder dat dit de aandacht trok. Behalve edelen kwamen daar ook vertegenwoordigers van den 3en stand, want dit z.g. Conventikel van Nantes lag geheel in de lijn van den opzet van het plan. Het was bedoeld als een vergadering van de Staten-Generaal en droeg tegelijk ook het karakter van een Protestantsche synode, wat de naam Conventikel verklaart. Wel had het al heel weinig van een volledige vergadering der Staten-Generaal, maar een schijn van wettigheid was althans aan de zaak gegeven.

LA RENAUDIE opende de vergadering met een redevoering, waarin hij een fellen aanval deed op de GUISES en hen in staat van beschuldiging stelde. Daarna riep hij de hulp van de vergadering in om zich meester te maken van de tyrannen. Indien men hem zweren wilde die hulp te verleen, beloofde hij een volmacht te toonen van een Prins van den Bloede. Nadat één der aanwezigen de uitdrukkelijke voorwaarde had gesteld, dat er niets zou worden ondernomen tegen de „authoriteit van den Koning noch van den Staat”, beloofden allen den eed te doen. Daarop kwam LA RENAUDIE voor den dag met zijn volmacht, die geteekend was door CONDÉ<sup>9</sup>). De vergadering koos hem daarop tot leider en besprak vervolgens de wijze, waarop men tegen de tyrannen zou optreden. Op 10 Maart zou de aanslag plaats hebben te Blois, waar men nog dacht, dat dan het hof zou zijn. Aan ieder

werd zijn taak aangewezen en, op papier althans, was de zaak voor elkaar.

Waarschijnlijk deed LA RENAUDIE na het sluiten van het Conventikel een reis naar Engeland <sup>10</sup>). Eerst op het einde van Februari vinden wij hem te Parijs terug, waar hij CONDÉ op de hoogte bracht van het te Nantes besprokene. Zonder dat hij CONDÉ'S naam noemde, had hij ook troepen geworven, die hij den eed liet doen aan een „capitaine muet”, zooals de gewoonte was onder de Duitsche landsknechten, wanneer zij hun dienst verhuurden aan iemand, die zijn naam onbekend wilde houden <sup>11</sup>). Te Parijs kreeg hij kennis van de verplaatsing van het hof naar Amboise. Den 2en Maart hield hij daarop in een kasteel van een zijner vrienden op enkele mijlen afstands van Amboise nieuwe besprekingen met zijn luitenants. De troepen zouden zich verzamelen te Orleans, voor zoover het de benden uit het Oosten en Zuid-Oosten betrof, en te Tours, voor zoover het die uit het Westen en Zuid-Westen raakte. In kleine groepen zouden zij zich, zooveel mogelijk zonder de aandacht te trekken, naar Amboise spoeden en zich daar in de bosschen verbergen. Op den voor den aanslag vastgestelden datum, die thans bepaald werd op 16 Maart, zouden LA RENAUDIE, CASTELNAU en MAZÈRES in het kasteel binnendringen met behulp van ingewijden, o. a. MALIGNY, den vaandrig van CONDÉ, die zich eenige dagen te voren in Amboise zou vestigen onder voorwendsel, dat hij het logies voor zijn meester in orde moest brengen. Zij zouden zich meester maken van den Koning en de beide GUISES, die bij het geringste verzet zouden worden gedood. Tegelijk zouden de bijeengebrachte troepen worden binnengeropen en zou CONDÉ het masker afwerpen en den Koning op de hoogte stellen van de bedoelingen der eedgenooten.

Het zou wel een wonder zijn geweest, indien een plan, waarbij zoovelen waren betrokken, en dat met allerlei menschen op verschillende plaatsen was besproken, voor de belanghebbenden geheim was gebleven. Het hof verliet Blois in het begin van Februari en verplaatste zich langzaam in de richting van Amboise, waar het eerst den 22en definitief zijn intrek nam. De Koning hield zich inmiddels bezig met de jacht, waarvan hij een hartstochtelijk liefhebber was, meer dan voor zijn wankele gezondheid goed was. Vage geruchten, dat er iets broeide, liepen er al lang, maar zij namen eerst vasteren vorm aan, toen de Parijsche advocaat DES AVENELLES de GUISES op de hoogte bracht

van wat hij wist. DES AVENELLES had zich aangesloten bij de Protestanten en stelde zijn huis voor de geloofsverwanten open, die onopgemerkt in Parijs wilden vertoeven, wat in verband met de strenge edicten heel moeilijk was. LA RENAUDIE was bij hem afgestapt, naar het schijnt zonder zijn waren naam te noemen. Gedeeltelijk had hij DES AVENELLES in het vertrouwen genomen, toen deze argwaan begon te krijgen en op het vertrek van zijn gast had aangedrongen. Door gewetensbezwaren gekweld, bracht DES AVENELLES aan de GUISES over wat hij wist, maar deze hechtten er niet veel geloof aan<sup>12)</sup>. Een edelman van den hertog van NEVERS, wiens broer bij het complot betrokken was, gaf meer nauwkeurige bijzonderheden, maar FRANS DE GUISE achtte het niet noodig zich eerder in Amboise te vestigen, zooals zijn meer vreesachtige broer aanried. Men had bij het jachtvermaak een ongezochte gelegenheid om te verkennen, of het in de omgeving van het kasteel rustig was.

Meer zekerheid kregen de GUISES eerst op 1 Maart, nadat zij te Amboise waren aangekomen, door boden van GRANVELLE, den almachtigen minister van PHILIPS II in de Nederlanden, en van EMANUEL PHILIBERT VAN SAVOYE. Deze boden de hulp van hun meesters aan in een complot, dat, naar zij zeiden, gericht was tegen de GUISES, door een aantal ontevredenen, aan wier hoofd zich weldra een voorname Prins zou stellen en die bondgenooten hadden in Duitschland, in Zwitserland en in Genève. Op 6 Maart zou het plan worden uitgevoerd.

FRANS DE GUISE nam onverwijld zijn maatregelen. Daar men niet wist, wie eigenlijk in het kasteel al dan niet te vertrouwen was, liet hij 's nachts alle prinsen, ridders en edelen de wacht houden in de nabijheid der koninklijke vertrekken. Zij konden elkaar dan ook wederkeerig bewaken! Buiten het kasteel werden naar alle richtingen patrouilles gezonden. Maar de fatale termijn ging voorbij, zonder dat er iets bijzonders gebeurde.

Eerst den 10den Maart deden de patrouillediensten, die men in stand had gehouden, goede vangsten. Herhaaldelijk werden in de buurt van het kasteel kleine groepjes gewapenden aangetroffen. En nog voortdurend kreeg men nieuwe aanwijzingen, dat het gevaar volstrekt niet voorbij was. Een kapitein, LIGNIÈRES, die in het vertrouwen genomen was, pleegde verraad. Hij deed mededeeling van de laatstgehouden besprekingen, gaf den juiststen datum aan en de punten, waar

de troepen zouden worden verzameld, en vertelde ook wat hij gehoord had betreffende de rol van CONDÉ. De gevangenen werden inmiddels steeds talrijker en men wist ze goedschiks of kwaadschiks aan het spreken te krijgen.

Naarmate de GUISES meer inlichtingen kregen, veranderde hun oordeel over het eigenlijke doel van wat men van plan was. Aanvankelijk hadden zij gedacht, dat men te doen had met een verraderlijke machinatie van de Koningin van Engeland, later dat men slechts te doen had met een onbekoekt plan van enkele obscure personen, waaraan niet veel gewicht moest worden gehecht, maar de op de gevangenen gevonden papieren en hun uitlatingen bewezen, dat de zaak een heel wat ernstiger karakter had. Enkelen vertelden, dat het doel was de beide GUISES te dooden, anderen, dat men de heele koninklijke familie uit den weg wilde ruimen, weer anderen, dat het er op aangelegd was om zich meester te maken van den Koning en de Koningin-moeder.

De hoofdpersonen waren tot heden buiten schot gebleven. Zij zouden zich den 15en Maart verzamelen in het kasteel Noizay op enkele uren afstands van Amboise. Maar deze plaats werd al lang in het oog gehouden en toen CASTELNAU er met RAUNAY en MAZÈRES was aangekomen, verscheen weldra de hertog van NEMOURS met een troep gewapenden. Buiten het kasteel trof deze RAUNAY en MAZÈRES aan, die zich zorgeloos buiten de poort hadden gewaagd. Beiden werden zonder veel omslag gevangen genomen en weggevoerd naar Amboise. CASTELNAU had zich nu gemakkelijk door de vlucht kunnen redden, maar hij vertrouwde, dat LA RENAUDIE weldra met de hoofdmacht zou opdagen, en zond dezen boden om hem van het gebeurde op de hoogte te brengen en aan te dringen op zoo groot mogelijken spoed. NEMOURS haalde versterkingen en verscheen later op den dag opnieuw voor het kasteel. CASTELNAU verzekerde hem, dat het zijn bedoeling slechts was den Koning te bezoeken. Na lang heen en weer gepraat gaf hij zich ten slotte over onder de uitdrukkelijke belofte van NEMOURS, dat hij weer in vrijheid zou worden gesteld. Dit belette niet, dat hij, zoodra men 's avonds laat op Amboise aankwam, terstond in de gevangenis werd geworpen.

In den loop van den volgenden dag verscheen daar ook CONDÉ, die reeds onderweg de geruchten had vernomen van de arrestaties. Hij werd door het hof koel ontvangen, maar voorloopig ongemoeid gelaten, daar men geenerlei doorslaand bewijs van zijn medeplichtig-



heid in handen had. Weldra werden nog meer gevangenen aangebracht. Men kreeg aanwijzingen, dat zich in de bosschen in de buurt een groot aantal verdachten verborgen hadden. Een ruiterbende dreef hen uiteen en nam er meer dan zestig gevangen. Het waren meest eenvoudige handwerkslieden, die beweerden, dat zij den koning een rekwest wilden aanbieden, om te wijzen op de noodzakelijkheid van hervormingen. DE GUISES wisten niet goed, wat ze met deze menschen aan moesten. Ze besloten grootmoedig te zijn en lieten de meesten weer los. Ze meenden, dat de schrik er voldoende in zat, en verslaptten in hun waakzaamheid.

Dit werd hun bijna noodlottig. Zonder dat men dit van het kasteel had bemerkt, was den volgenden morgen bij het kriecken van den dageraad een troep van 200 ruiters doorgedrongen in het stadje Amboise, die zich gereed maakten om den aanval te richten op een der poorten van het kasteel. Volkomen duidelijk is het verband tusschen dezen aanval, die geleid werd door LA ROCHE-CHANDIEU, een broeder van den Parijschen predikant, en de plannen van LA RENAUDIE niet. Het schijnt, dat een groep kapiteins, die niet afhing van LA RENAUDIE, maar rechtstreeks aan CONDÉ gehoorzaamde, na de gevangenneming van CASTELNAU op staande voet een ander plan had opgezet, dat men niet aan LA RENAUDIE had kunnen mededeelen. Een hunner had met hulp van MALIGNY, den vaandrig van CONDÉ, eenige huursoldaten in het stadje binnengesmokkeld, die met de protestanten van het plaatsje een troep vormden van een honderd man, die gereed waren het kasteel te verrassen op het gewenschte oogenblik. Twee andere kapiteins waren in de voorstad verborgen en moesten zich meester maken van de brug en de stad openen voor CHANDIEU in den nacht van den 16en op den 17en Maart. Inderdaad drong CHANDIEU in de voorstad binnen en was hij al bezig de poort van het kasteel aan te vallen, voor men hem ontdekt had.

In de eerste oogenblikken was alles in het kasteel in verwarring, maar FRANS DE GUISE wist spoedig de orde te herstellen. Hij verzamelde allen, die de wapens konden dragen, en verdeelde ze in twee hoopen. De eerste moest door de bedreigde poort een frontaanval doen op de mannen van CHANDIEU, de tweede, die hij zelf aanvoerde, moest door een andere poort het kasteel verlaten en een flankaanval doen op den vijand. Dit plan slaagde volkomen. De aanvallers werden in verwarring gebracht en sloegen op de vlucht, maar wisten, dank zij

de snelheid van hun paarden, bijna allen te ontkomen. Nooit heeft men met zekerheid kunnen vaststellen, waar deze troep eigenlijk was geformeerd en uit welke elementen zij was samengesteld <sup>13</sup>).

De toestand leek thans ernstig. Volgens de gevangenen moest de eigenlijke hoofdaanval nog komen. Maar FRANS DE GUISE, door den Koning benoemd tot luitenant-generaal van Frankrijk, had voor heeter vuren gestaan. Hij versterkte het kasteel zoo goed mogelijk en wist de vreesachtige hovelingen, die zelfs voorstelden onderhandelaars naar de rebellen te zenden, moed in te spreken. Den onbetrouwbaren wist hij schrik in te boezemen door de executie van een aantal gevangenen, die deels werden opgehangen, deels in de Loire verdronken.

De geruchten bleken schromelijk overdreven. De aanvallers hadden hun hoop gevestigd op LA RENAUDIE, maar deze kon weinig meer uitrichten. Zijn houding op het critieke moment is weinig duidelijk. Hij had de boden van CASTELNAU opgevangen en aan de benden, die zich reeds in de buurt van de Loire hadden verzameld, bevel gegeven het kasteel van Amboise aan te vallen. Zelf had hij zich met de beschikbare manschappen op weg begeven om CASTELNAU te ontzetten. Maar onderweg kreeg hij bericht van diens capitulatie. Hij gaf zich nu moeite om de op de been gebrachte troepen te verzamelen, maar slaagde daarin slecht, te meer omdat hij niet op de hoogte schijnt te zijn gekomen van de poging van CHANDIEU en zijn ruiters, die op eigen houtje aan het spel schijnen te hebben deelgenomen. Den 18en werd hij door een patrouille aangetroffen, toen hij met zijn secretaris en een gewapend dienaar te paard door de bosschen dwaalde. De patrouille stond onder leiding van een zijner verwanten, PARDAILLAN. Zijn spel verloren ziende, besloot LA RENAUDIE zijn leven zoo duur mogelijk te verkoopen. Onverschrokken viel hij PARDAILLAN aan en trof dezen doodelijk. Maar zijn paard kwam door de hevigheid van den schok te vallen en terwijl hij op den grond lag, werd hij door een pistoolschot afgemaakt. Zijn lijk werd naar Amboise gebracht en daar opgehangen boven de kasteelbrug met het opschrift: „LA RENAUDIE, die zich liet noemen LA FOREST, aanlegger van de samenzwering, aanvoerder en leider der opstandelingen”. Later werd het gevierendeeld.

In een weinig benijdenswaardige positie vertoefde CONDÉ inmiddels aan het hof. De GUISES lieten hem een mal figuur slaan. Hij moest zelfs deelnemen aan de verdediging van het kasteel, maar er werd

voor gezorgd, dat hij in een betrouwbare omgeving kwam te staan. Men kon moeilijk tegen hem optreden, zonder dat men de bewijzen van zijn schuld zwat op wit in handen had, en CONDÉ maakte geen aanstalten deze te verschaffen. Waarschijnlijk op het bevel van den Koning bleef hij aan het hof vertoeven en moest daar de executies bijwonen van de mannen, die ook voor hem hun leven hadden gewaagd. Maar de prins deed geen enkele poging om in te grijpen, waardoor hij alleen zijn eigen leven en positie in gevaar had kunnen brengen.

Ten slotte kwam het tusschen hem en den geprikkelden Koning tot een heftige uitbarsting. Op de tot hem gerichte verwijten antwoordde CONDÉ met de belofte, dat hij zich voor het hof van allen blaam zou zuiveren. Op den daarvoor vastgestelden dag loochende hij met stalen voorhoofd alles, wat hem door de „ploerten”, die hem hadden belasterd, in de schoenen was geschoven. Hij was slechts naar het hof gekomen, om den Koning bij te staan tegen kwaadwilligen, en bood aan zijn eer met het zwaard te verdedigen tegen iederen edelman, die het nog verder zou wagen hem te beschuldigen. De GUISES, die wel begrepen, aan welke gevaren zij zich van de zijde van den adel bloot zouden stellen, indien zij doorzetten, dat hij werd veroordeeld, legden zich daarbij neer. FRANS bood zelfs aan zijn neef en vroegeren wapenbroeder als secundant ter zijde te staan, maar den kardinaal van Lotharingen was de vertooning te machtig. Hij hield de oogen naar den grond geslagen en toonde geen enkel teeken van instemming.

Naar de letter genomen had CONDÉ zijn belofte gehouden. Hij had immers altijd volgehouden, dat hij niet voor den dag zou komen, voordat de GUISES waren gevangen genomen!

\*   \*  
\*   \*

Er zijn in dit verhaal verschillende duistere punten. Met name het aandeel van CONDÉ is nimmer geheel onaanvechtbaar komen vast te staan, ook niet door het werk van LUCIEN ROMIER, den knappen Franschen historicus en journalist, aan wien wij verschillende bijzonderheden ontleenen. Het is onze bedoeling niet op deze leemten hier verder in te gaan. De gedrukte en ongedrukte bronnen daarover zijn in den laatsten tijd zoo nauwkeurig onderzocht, dat wij wel als vaststaande kunnen aannemen, dat alleen de vondst van nieuwe bronnen nog licht zou kunnen verschaffen. Wij gaven van het geval alleen een zoo uitvoerig overzicht, om het ieder gemakkelijk te maken ons te

volgen, wanneer wij een ander punt behandelen, het aandeel, dat CALVIJN heeft gehad aan deze slecht opgezette en niet minder slecht uitgevoerde onderneming.

Reeds direct na de ontknooping is CALVIJN beschuldigd van medeplichtigheid en na zijn dood is deze beschuldiging in allerlei toonaarden herhaald. LA RENAUDIE zou met hem te Genève hebben onderhandeld en hij zou van deze stad uit als de eigenlijke auctor intellectualis de onderneming hebben geleid. Als men let op de groote belangen, die er voor het Calvinisme op het spel stonden, is het waarlijk geen wonder, dat deze beschuldiging werd uitgesproken en grif geloof vond. Men denke zich slechts een oogenblik in, dat de saamgezworenen in hun opzet waren geslaagd, dat de GUISES op de een of andere manier waren ter zijde geschoven en dat de Protestanten zich van de macht in Frankrijk hadden kunnen meester maken. Welke wijde perspectieven hadden zich daarmee voor hen geopend!

De vrede van Cateau Cambrésis vervulde CALVIJN en de zijnen met groote vrees. Zware tijden ging men tegemoet, nu HENDRIK II zich met zijn volle macht tegen het Protestantisme kon wenden. De gevangenneming van ANNE DU BOURG was nog maar een begin, maar waar zou het einde zijn? De zoo onverwachte dood van den Franschen Koning leek daarom een beschikking des hemels. Het feit werd aange teekend in de Acta van den Raad van Genève met de uitdrukkelijke vermelding, dat men dit deed „om God te loven, die wonderlijk is in Zijne daden”<sup>14</sup>). Maar wat schoot men daarmee op, indien de GUISES de macht in handen hielden? Pas, indien zij ter zijde werden geschoven, kon men de vruchten plukken. Dan was er hoop, dat Frankrijk het bolwerk van het Calvinisme zou worden. Gelukte het een samenzwering met de andere Protestantsche mogendheden, met Engeland en de Duitsche Protestantsche vorsten, tot stand te brengen, dan was de donkere toekomst in eens licht geworden.

Daar kwam voor Genève nog een particuliere reden bij. EMANUEL PHILIBERT VAN SAVOYE was door den vrede van Cateau Cambrésis weer in het bezit gesteld van zijn hertogdom en deze aanvoerder van wereldreputatie maakte zich gereed, om met de wapens in de hand de oude aanspraken, die zijn voorvaderen op Genève meenden te hebben, opnieuw geldigheid te verschaffen. Kwamen echter de Protestanten in Frankrijk aan het roer, dan werd de toestand voor de stad aanstonds veel gunstiger. CALVIJN had daarom van het welslagen der

samenzwering zooveel te hopen, dat het allesbehalve verwonderlijk was geweest, indien hij haar in het geheim zou hebben begunstigd.

Voor wien eenigszins op de hoogte is van de staatsleer van CALVIJN, zal het uit het overzicht, dat wij gaven van den opzet der samenzweerdere, terstond duidelijk zijn geworden, dat zij zich aan de opvattingen van den hervormer over wat wettig geoorloofd was, zoo nauwkeurig mogelijk hielden. Er is hier een volstrekt niet toevallige overeenkomst met wat later, in 1581, in de Nederlanden gebeurde, toen aan PHILIPS II van Spanje de gehoorzaamheid werd opgezegd. Deze „verlatinge” van den Koning werd uitgesproken door de Staten-Generaal. Dit was maar niet een vorm, die gekozen werd, omdat het zoo het best uitkwam, maar daarachter zat een gewichtig beginsel.

KURT WOLZENDORF heeft er in zijn in 1916 verschenen werk „Staatsrecht und Naturrecht” terecht den nadruk op gelegd, dat CALVIJN, wanneer hij een recht der onderdanen aannam, om zich in bepaalde gevallen te verzetten tegen den Vorst, zich daarbij niet grondde op een abstract naturrecht, zooals HUGO DE GROOT en de filosofen der 18de eeuw dit leerden, maar dat hij zijn uitgangspunt nam in de geldende, historisch geworden rechtsgebruiken. Wanneer de Vorst tot tyran werd en dingen van zijn onderdanen eischte, die zij in hun geweten voor God niet konden verantwoorden, dan hadden zij niet alleen het recht, maar zelfs den plicht zich daartegen te verzetten, maar alleen door de wettig daartoe aangewezen organen, de „magistratus populares”, zooals CALVIJN deze noemde, en die in den standenstaat van zijn dagen werden gevormd door de vertegenwoordigers der standen, de Staten-Generaal m. a. w. <sup>15</sup>).

Toetst men nu de handelingen der saamgezworenen aan deze voorschriften, dan ziet men een voortdurend streven om zich daaraan te houden, maar springt het ook terstond in het oog, dat er een tekort is, dat LA RENAUDIE c.s. tevergeefs met schoone redenen trachtte te verbergen. De „magistratus populares” waren in Frankrijk in de eerste plaats de Prinsen van den Bloede, de naaste bloedverwanten van den Koning, die dezen in geval van minderjarigheid of wanneer hij zelf de regeering niet waar kon nemen, moesten vervangen; in de tweede plaats de Staten-Generaal, die door den Vorst of zijn plaatsvervangers konden worden bijeengeroepen, en in de derde plaats de Parlemen-ten, die zich in Frankrijk wel uitsluitend tot de rechtspraak beperkten, maar

in wier naam reeds lag uitgedrukt, dat zij oorspronkelijk een ruimere bevoegdheid hadden gehad.

Van de Parlementen was in dezen tijd niets te verwachten. De schrik was er bij hen nog pas door HENDRIK II ingebracht en zij hielden zich dan ook verre. Van de Prinsen van den Bloede was met ANTON VAN NAVARRE, die het eerst in aanmerking kwam, niets aan te vangen, en zoo was men aangewezen op LODEWIJK VAN CONDÉ, die echter achter de schermen wilde blijven. Dat LA RENAUDIE zich tegenover zijn medewerkers toch graag achter hem wilde dekken, blijkt uit de wijze, waarop hij op het Conventikel van Nantes met zijn naam voor den dag kwam. Hij had dezen noodig, niet in de eerste plaats omdat CONDÉ een zoo hooggeplaatst persoon was, maar vooral omdat hij als Prins van den Bloede aan het verzet tegen de GUISES een rechtsgrond gaf, die scrupuleuze medewerkers — en deze waren er stellig te Nantes — over hun bezwaren kon heen helpen. Dezelfde gedachtengang was oorzaak, dat hij er zoo op gesteld was aan het Conventikel te Nantes het karakter te geven van een vergadering der Staten-Generaal. Het had er wel heel weinig van en was zoo zwevend van samenstelling, dat het evengoed kon doorgaan voor een kerkelijke vergadering — getuige de naam, die er aan gegeven is — maar LA RENAUDIE wilde het zoo, omdat het dan alleen in CALVIJN'S systeem paste.

Met dit al was deze heele vernuftige constructie toch eigenlijk een paskwil van wat CALVIJN bedoelde met zijn verzetrecht der „magistratus populares” en de hervormer zou zelf den ernst, waarmede hij altijd de lijdelijke gehoorzaamheid aan de Vorsten predikte, die slechts in de uiterste noodzaak, wanneer aan alle legitieme vormen was voldaan, mocht worden prijsgegeven, tot een bespotting hebben gemaakt, wanneer hij aan een op zoo losse gronden opgebouwd verzet zijn medewerking had verleend.

CALVIJN heeft dit ook niet gedaan. Het is de verdienste van den Zwitserschen historicus HENRI NAEF, dat hij dit in zijn in 1922 verschenen boek „La conjuration d'Amboise et Genève” met de stukken in de hand heeft aangetoond. CALVIJN was bij de wending, die de zaken in Frankrijk hadden genomen, van meet af overtuigd, dat alles aankwam op de houding van ANTON VAN NAVARRE, die moest worden overgehaald, om bij FRANS II goedschiks of kwaadschiks de plaats te gaan innemen, waarop hij door zijn afkomst recht had. Maar hij

kende het karakter van den Koning van NAVARRE te goed dan dat hij veel hoop had, dat deze daartoe ernstige pogingen zou willen aanwenden. „C'est un être qui n'a confiance ni en Dieu ni dans les hommes”, zeide hij van hem. Toch wendde hij zich door middel van de Parijsche predikanten MOREL en CHANDIEU tot den zwakken geloofsgenoot. Er hing ook zooveel van af, dat deze het initiatief zou nemen om de Staten-Generaal bijeen te roepen. Maar NAVARRE dacht daar niet aan. Hij keurde alles goed, wat de GUISES in naam des Konings ondernamen en liet rustig toe dat zij zich van de macht meester maakten.

De Parijsche predikanten waren wanhopend over een zoo apathische houding. Is er dan geen ander wettig middel om zich tegen de GUISES te verzetten, vroeg MOREL troosteloos aan den hervormer. CALVIJN'S antwoord op deze pertinente vraag kennen we niet, maar uit een brief van BEZA aan BULLINGER, waarin deze van de vraag melding maakt, valt met zekerheid af te leiden, dat CALVIJN zijn geloofsgenoot slechts geduld en lijdzaamheid kon aanraden in gebed en boetedoening, wilde men niet opstandig worden tegen het wettig gezag <sup>16</sup>). Roerend was de wijze, waarop hij in zijn brieven naar Frankrijk berusting predikte. Hij vermaande zijn geloofsgenooten te strijden tegen de verleidingen des vleesches en troost te putten uit de wetenschap, dat zij in leven en in sterven geborgen waren in Jezus Christus. De zegepraal is niet op aarde, maar in den hemel. God alleen kan de woede der tyrannen aan banden leggen. Daarop mogen wij slechts hopen, maar in geen geval eigen lot in handen nemen <sup>17</sup>).

Deze brief is van 13 December en uit den bezorgden toon blijkt, dat CALVIJN niet heelemaal gerust was, dat zijn geloofsgenooten dezen weg zonder meer zouden inslaan. Deze ongerustheid had zijn goede reden, want de hervormer was volledig op de hoogte van wat er broeide. In October had CHANDIEU hem bezocht en CALVIJN had zich ook toen niet afkeerig getoond van een optreden „par la voye de justice” met den steun van den oudsten Prins van den Bloede <sup>18</sup>). Maar ernstig had hij gewaarschuwd tegen een complot, geleid door CONDÉ, dat hij onwettig bleef achten en in strijd met de Schrift <sup>19</sup>). Tevergeefs had hij gepoogd CHANDIEU van zijn voornemen af te brengen. Het had niet gebaat en de ontevreden waren doorgegaan met hun plannen. In December bezocht LA RENAUDIE zelf CALVIJN, om nog eens een laatste poging te doen om hem voor de zaak te winnen. Maar ook nu bleef de hervormer standvastig. Hij kon zijn

afkeer van LA RENAUDIE, voor wien hij, door vroegere ervaringen geleerd, weinig achting had, moeilijk verbergen, en het was hem een bittere ergernis, dat deze door zijn welsprekendheid velen in Genève wist mee te sleepen. Van den preekstoel waarschuwde hij tegen zijn voorstelling van de zaken. Van deze preeken is slechts weinig bewaard, maar dit weinige toont ons zijn standpunt ondubbelzinnig.

In „Le premier sermon de l'histoire de Melchisedec”, die in 1560 werd gedrukt, bespreekt hij naar aanleiding van ABRAM's optreden tegen KEDORLAOMER, den Koning van Elam, en zijn bondgenooten, die LOT hadden gevangengenomen, zooals dit beschreven wordt in Genesis 14, de vraag, wanneer het den Christen geoorloofd is de wapens op te nemen. Alleen de koningen, de vorsten en de magistraten hebben dit recht, dat hun door God geschonken is. Private personen moeten afzien van alle geweld. Zij moeten met een geduldig gemoed de beproevingen dragen, die God hun toezendt. Het tegenargument, dat ook JEPHTHA, SIMSON, GIDEON e. a. Gods volk hebben geholpen en uitgered, heeft geen waarde. Want wie verzekert ons, dat God ons roept, zooals hij het hen deed? Waar zou het heen, indien ieder zich zelf recht zou mogen verschaffen <sup>20</sup>)?

Tenzij wij zouden moeten aannemen, dat CALVIJN in zijn hart anders dacht dan hij het in het openbaar uitsprak, moet het voor hem zeer onaangenaam zijn geweest, dat LA RENAUDIE in Genève al dra op zeer vertrouwelijken voet verkeerde met BEZA, als hij daarvan althans op de hoogte geweest is. BEZA had een ruimere opvatting van het verzetrecht der onderdanen dan zijn oudere collega <sup>21</sup>). Indien ELKAN's conclusie, dat aan hem het geschrift „De jure magistratum” (1573) moet worden toegeschreven, juist is, en voor zoover mij bekend is, zijn daar nooit steekhoudende argumenten tegen ingebracht, dan staat tevens vast, dat BEZA wel evenals CALVIJN aan de standen in de eerste plaats een verzetrecht toekende, maar dat hij zich daartoe niet zuiver beriep op het positieve recht alleen. Hij veralgemeent de stelling tot alle volken, waar een werkelijk koningschap aanwezig is en geen tyrannie, en gaat dus niet uit van wat alleen historisch gegroeid is, maar leidt uit een typisch verschijnsel in sommige landen zonder meer een regel af, die voor alle landen moet gelden. Bovendien kent hij niet alleen aan de „magistratus populares” een recht en plicht tot verzet tegen tyrannen toe, maar breidt hij dit uit tot de „inferiores magistratus”, waaronder hij verstaat hertogen, markgraven, baronnen



en dergelijke, een uitbreiding, waarbij toch wel stellig de bodem van het positief recht verlaten werd <sup>22</sup>). Al moge het waar zijn, dat BEZA zich later in 1582 in zijn „Confessio fidei Christianae” weer heel wat voorzichtiger heeft uitgelaten en met name een verzetrecht van de „magistratus inferiores” heeft ontkend <sup>23</sup>), dat hij in zijn opvatting gewiefeld heeft, blijkt m. i., ook al zou ELKAN ongelijk hebben, uit BEZA's houding tegenover de plannen van LA RENAUDIE c.s. <sup>24</sup>)

BEZA en LA RENAUDIE kenden elkaar van vroeger. Zij hadden samen te Lausanne als balling vertoefd. Nergens blijkt dat BEZA den plannenmaker van zijn voornemen trachtte af te brengen. Integendeel, toen LA RENAUDIE hem met zijn vrouw bezocht, las hij het echtpaar tot meerdere stichting een Psalm voor, dien hij kort tevoren berijmd had. Niet een lied van berusting, maar de vloekpsalm 94, waarvan het begin-couplet in BEZA's mooie berijming luidt:

„Eternel Dieu des vengeances,  
O Dieu, punisseur des offenses,  
Fay toi cognoistre clairement.  
Toy gouverneur de l'univers,  
Hausse-toy pour rendre aux pervers,  
De leur orgueil le payement”. <sup>25</sup>)

BEZA ging nog een stap verder. Op verzoek van LA RENAUDIE verschafte hij dezen een afschrift van de berijming. Hij had toch kunnen begrijpen, als hij zijn plannen afkeurde, dat deze aanroep tot den „God der Wraken” weinig geschikt was, om den Franschen edelman tot geduld en lijdzaamheid op te wekken. LA RENAUDIE maakte van BEZA's welwillendheid een dankbaar gebruik, wat deze gemakkelijk had kunnen voorkomen, als hij gewild had. Hij liet het afschrift lezen aan weifelende medewerkers en liet daarbij niet onduidelijk doorschemeren, dat BEZA zijn goedkeuring aan de plannen had gehecht <sup>26</sup>).

CALVIJN en BEZA zijn na de mislukking van den aanslag op Amboise te Genève in een proces gewikkeld over het aandeel, dat zij daaraan zouden hebben gehad. Zij hadden dit zelf uitgelokt, om de praatjes, die over hen liepen, den kop in te drukken. Zij brachten n.l. een beschuldiging in bij den Raad van Genève tegen den Franschen refugié JEAN MORELY, SEIGNEUR DE VILLIERS, en den Geneefschen koopman FRANÇOIS BOURDON of BORDON, die, los van zeden, het strenge regime dat CALVIJN in Genève had ingevoerd, verafschuwde. MORELY en

BORDON werden in hechtenis genomen en eigenlijk hadden volgens het gebruik in Genève ook CALVIJN en BEZA dit lot moeten deelen. Uit welwillendheid tegenover hen stond men echter toe, dat JEHAN DE SAINT-MARTIN, een Fransch edelman, die het burgerrecht van Genève had verkregen en de aandacht van BEZA en CALVIJN op de praatjes van MORELY en BORDON had gevestigd, als eigenlijke aanklager optrad en zich zelf in hechtenis begaf. Meer precies kwam MARTIN's aanklacht er op neer, dat hij van BORDON had vernomen, dat deze, toen hij MORELY, die naar Frankrijk was geweest, vroeg naar nieuws uit dat land, van hem had gehoord, dat BEZA uit naam van alle predikanten in Genève aan de Fransche kerken geschreven had „qu'il estoyt bon que les églises distribuassent entre eux tous ensemble pour les affaires dont est question". Met deze zaken was bedoeld de samenzwering van Amboise. Er was CALVIJN en BEZA alles aan gelegen zich zelf en de kerk van Genève van deze beschuldiging van medeplichtigheid te zuiveren. In herhaalde zittingen werd de aanklacht voor den Kleinen Raad van Genève behandeld. ANTOINE DE CHANDIEU kwam er uit Parijs voor over om als getuige op te treden.

Uit het proces-verbaal der zittingen heeft NAEF, voor zoover dit mogelijk was, de gang van het proces gereconstrueerd. Daarbij blijkt duidelijk, dat CALVIJN van meet af had vastgehouden aan den eisch, dat ANTON VAN NAVARRE moest medewerken<sup>27</sup>). CHANDIEU's getuigenis klopte met zijn eigen verdediging en het kostte den rechters weinig moeite hem te ontlasten.

Minder gemakkelijk ging dit met BEZA, tegen wien zich trouwens ook de aanklacht in hoofdzaak richtte. Drie dingen werden voornamelijk tegen hem in het geding gebracht: 1e. de Psalm, dien hij aan LA RENAUDIE had meegegeven; 2e. een opruiende brief, die hem uit Duitschland in handen gekomen was en dien hij met een begeleidend schrijven naar Frankrijk had overgezonden; 3e. dat VILLIERS, voor hij naar Frankrijk vertrok, met een zekeren CHÉRON met hem had overlegd over de samenzwering. BEZA's verdediging daartegen was niet sterk. Hij ontkende de feiten niet, maar legde deze zoo uit, dat zij in een zoo onschuldig mogelijk licht kwamen te staan. Hij had verscheidene malen een berijmden Psalm aan LA RENAUDIE gezonden en hij begreep niet, waarom men uit het eerste feit wilde afleiden, dat hij de onderneming had goedgekeurd. Hij had inderdaad den brief uit Duitschland overgezonden, maar deze behelsde slechts aanwijzingen, wat men

op rechtmatige wijze kon ondernemen. De brieven, die hij er zelf had bijgevoegd, bedoelden slechts er op te wijzen, dat deze aanwijzingen niet uit Genève kwamen. Met VILLIERS en CHÉRON had hij niet gesproken over de wijze van uitvoering der samenzwering, maar slechts over wat zou moeten worden gedaan, indien God de zaken in Frankrijk in een beteren toestand bracht <sup>28</sup>).

MORELY en BORDON werden veroordeeld tot een lichte straf en ook BEZA werd ontlast, maar men krijgt toch den indruk, dat de Raadsheeren tegenover BEZA wel zeer toegeeflijk waren. Dat zij eigenlijk zoo min mogelijk in het geval wilden roeren uit vrees, dat er dan misschien erger dingen voor hem aan het licht zouden komen. De brief, waarover het geding gedeeltelijk liep, bevindt zich onder de proces-stukken, maar de Raadsheeren onthielden zich van een uitspraak er over, en zoo onschuldig als BEZA het wilde doen voorkomen, was het stuk toch eigenlijk niet. De anonieme raadgever uit Duitschland wekt de Protestanten op tot aaneensluiting en tot collectieven tegenstand. Zij moeten een internationale ligue sluiten en overgaan tot den aanval. Is deze gelukt, dan moeten zij een verweerschrift de wereld insturen, waarvoor de schrijver de punten aan de hand doet en die in hoofdzaak een klinkende veroordeeling van de daden der GUISES bevatten <sup>29</sup>). Dat BEZA het stuk doorzond naar Frankrijk, terwijl hij kon begrijpen, welk gebruik men er van zou maken, bewijst, evenals zijn houding tegenover LA RENAUDIE en VILLIERS, dat hij de beweging aanmoedigde, waarschijnlijk omdat hij de draagwijdte der juridische argumentatie niet geheel overzag. Eerst onder invloed van den meer bedachtzamen CALVIJN werd hij voorzichtiger, en toen de aanslag gedaan werd, veroordeelde hij den vorm, waarin deze plaats vond. Hij had zich blijkbaar niet zoover gecompromitteerd, dat hij niet terug kon, nu de zaak mislukte.

De naam van den schrijver van den door BEZA overgezonden brief is niet met zekerheid vastgesteld, maar er bestaat m. i. alle reden om met NAEF te denken aan FRANÇOIS HOTMAN. Deze jonge calvinist, die in 1555 tot leeraar in de staatswetenschappen te Straatsburg benoemd was, heeft van deze stad uit bij de onderneming mede een rol gespeeld. Ook hij heeft zich later in 1573 uitgesproken over het recht van verzet. In zijn werk „Francogallia”, waardoor hij vooral bekendheid heeft gekregen. Daaruit blijkt, dat ook hij een minder klare opvatting van dit recht had dan CALVIJN, doordat hij het ook zonder meer aan de standen-vertegenwoordiging toekende in alle landen en staten, onverschillig of

het daar historisch gegroeid was of niet. Een koning, die hen die positie niet inruimde, was volgens hem een schender van het recht en een tyran <sup>30</sup>).

Thans, in 1560, nam hij met STURM levendig aandeel aan den strijd tegen de GUISES. Straatsburg werd zelfs in zekeren zin het centrum van den aanval tegen de raadgevers van FRANS II. Veel meer impulsief dan CALVIJN stortte HOTMAN zich met hart en ziel in het avontuur. Hij nam het den leider eigenlijk kwalijk, dat deze zooveel gewetensbezwaren had. Van Straatsburg uit werd voortdurend druk uitgeoefend, dat Genève toch steun zou verleen. Vandaar uit werden de meest tendentieuze berichten verspreid over het resultaat van de propaganda en over de troepen, waarover de leiders beschikten. HOTMAN was daarbij zelfs al te onvoorzichtig. Later beschuldigde STURM, die zeer ongelukkige ervaringen met den ijdel, intriganten Franschman had opgedaan, hem, dat hij door zijn indiscreties en zijn bluf de saamgezworenen in het verderf had gestort <sup>31</sup>).

De Straatsburgsche Calvinisten onderhielden niet alleen met Frankrijk verbinding, maar ook met Engeland en de Duitsche vorsten. Terwijl CALVIJN de Fransche Protestanten in Parijs weer tot voorzichtigheid aanmaande in het hulpvragen aan ELISABETH, richtte men van Straatsburg uit terstond een verzoek tot haar, dat zij steun wilde verleen aan hen, die de tyrannie van de GUISES wilden neerwerpen <sup>32</sup>). Zonder gewetensbezwaar over de eigenlijke motieven, die ELISABETH dreven, wilde HOTMAN haar geld en steun aanvaarden.

Niet geheel duidelijk is de samenhang tusschen wat in Frankrijk gebeurde en de onderhandelingen, die gelijktijdig in Duitschland werden gevoerd. De Calvinisten hadden daar hun voornaamsten steun in hun geloofsgenoot FREDERIK III van de Palts, door wien STURM en HOTMAN met behulp ook van HUBERT LANGUET in Wittenberg andere vorsten hoopten te winnen. Ook CALVIJN zelf stond met den Keurvorst in verbinding. Hij had hem de Fransche bewerking van de Institutie op willen dragen, maar FREDERIK III had dit afgeslagen, daar hij dan te zeer als voorman der Calvinisten zou voor den dag treden en niet zoo goed in staat zou zijn om de andere Duitsche vorsten te winnen <sup>33</sup>). BEZA bezocht later, in November, in opdracht van CALVIJN den Keurvorst, dien hij overhaalde tot een bemiddelingspoging bij de GUISES ten gunste van de Protestanten, maar deze had een averechtsch succes en verhaastte den marteldood van ANNE DE BOURG <sup>34</sup>).

Van meer gewicht waren de pogingen om te komen tot een ligue van de Protestanten, waarbij HOTMAN als agent optrad. Den 4en Maart hebben daartoe besprekingen plaats gehad te Heidelberg, waartoe STURM en HOTMAN werden uitgenoodigd door WILHFLM VON GRUMBACH<sup>35</sup>). HOTMAN en ook STURM stelden zich al voor, dat de zaak gewonnen was. De laatste schreef in den brief aan CALVIJN, waarin hij het a.s. vertrek van HOTMAN en hem naar Heidelberg aankondigde, dat te Straatsburg berichten waren ingekomen, dat Aquitanië, Provence en Dauphiné godsdienstvrijheid hadden verkregen. De GUISES hadden in Duitschland troepen geworven, maar de Protestanten waren hen te gauw af geweest en hadden de aanvoorders bewerkt, dat zij naar hen zouden overloopen, als het tot openlijken strijd zou komen. Met het eigen geld der GUISES zouden zij hen dus aanvallen of zich verdedigen, als zij zelf begonnen<sup>36</sup>).

Geheel overzien wij de beteekenis van dezen brief niet. Welk verband is er tusschen de besprekingen van Heidelberg en de samenzwering van Amboise? Heeft NAEF gelijk als hij meent<sup>37</sup>), dat de conferentie niet zou plaats hebben gehad, indien de doctoren te Genève en Straatsburg niet overtuigd waren geweest van de op handen zijnde splitsing in Frankrijk, waarvan de daad van LA RENAUDIE slechts één der symptomen zou zijn? In dit verband is het hiervoor aangeroerde schrijven, dat door BEZA werd doorgezonden naar Frankrijk, merkwaardig. Ook daarin is sprake van een mogelijke samenwerking tusschen de Duitse en de Fransche protestanten. Daarvan is niets gekomen, doordat de eerste stap, die gedaan werd, de samenzwering van Amboise, mislukte.

Samenvattende meenen wij te mogen vaststellen, dat de beschuldiging als ware CALVIJN de eigenlijke auctor intellectualis der samenzwering onhoudbaar is, dat BEZA haar echter tot op zekere hoogte heeft aangemoedigd, en dat HOTMAN haar op alle mogelijke wijze gesteund heeft.

1) Lavissee, Histoire de France, V 2, pag. 248.

2) Zie NAEF, La Conspiration d'Amboise et Genève, pag. 21.

3) Lavissee, a. w., pag. 244 f. f.

4) LUCIEN ROMIER, La conjuration d'Amboise (1923), pag. 32.

5) NAEF, a. w., pag. 46 acht dit niet zeker, maar ROMIER, die NAEF'S voorstelling van de zaken over 't algemeen te gunstig voor LA RENAUDIE vindt, neemt het zonder bedenking aan (a. w., pag. 37).

6) ROMIER, a. w., pag. 37.

7) T. a. p. pag. 49.

- 8) Vgl. NAEF, a. w.
- 9) Vgl. ROMIER, a. w., pag. 83, note 1 over de kwestie of LA RENAUDIE inderdaad CONDÉ'S naam noemde.
- 10) Vgl. NAEF, a. w., pag. 52, 53.
- 11) LAVISSE, a. w., pag. 14.
- 12) Van den waren naam van zijn gast kon DES AVENELLES hem klaarblijkelijk niet op de hoogte brengen, want hoe is het anders te verklaren, dat de GUISES nog op het eind van Februari dachten, dat LA RENAUDIE in Zwitserland vertoefde. Vgl. ROMIER, a. w., pag. 92.
- 13) ROMIER, a. w., pag. 112.
- 14) NAEF, a. w., pag. 97.
- 15) „Comme sont possible aujourd'hui en chacun royaume les trois estats, quand ils sont assembléz". Calvin, Institution Chrétienne, Libre IV, chap. XX, 31. Aangehaald bij WOLZENDORF, a. w., S. 96.
- 16) NAEF, a. w., pag. 75.
- 17) Zie NAEF, a. w., pag. 79, 80.
- 18) NAEF, a. w., pag. 88, 89.
- 19) NAEF, a. w., pag. 145.
- 20) NAEF, a. w., pag. 159 en 138, note 1.
- 21) Zie NAEF, a. w., pag. 161, 162.
- 22) ELKAN, Die Publizistik der Bartholomäusnacht (1905), S. 46 f.
- 23) Vgl. WOLZENDORF, a. w., S. 102, 103.
- 24) Vgl. WOLZENDORF, a. w., S. 104.
- 25) Zie de volgende coupletten bij NAEF, a. w., pag. 164.
- 26) NAEF, a. w., pag. 231.
- 27) Uit CALVIJN'S verdediging haalt NAEF o. m. de volgende woorden aan: „Bien luy (d. i. CHANDIEU) accorday je que si les princes du sang requeroyent d'estre maintenus en leur droit pour le bien commun, et que les cours de parlement se joignissent à leur querele qu'il seroit licite à tous bons subjects de leur prester main forte. L'homme (d. i. CHANDIEU) me demanda bien quand on auroit induit l'un des princes du sang, s'il ne seroit point permis. Il eut encore response negative en cest endroit" (pag. 138, note 2).
- 28) NAEF, a. w., pag. 141.
- 29) NAEF, a. w., pag. 166 f. f.
- 30) Vgl. WOLZENDORF, a. w., pag. 101.
- 31) ROMIER, a. w., pag. 62. De beschuldiging was een terugslag op HOTMAN'S aantijging, dat STURM verraad had gepleegd (NAEF, a. w., pag. 62).
- 32) ROMIER, a. w., pag. 61.
- 33) NAEF, a. w., pag. 72.
- 34) NAEF, a. w. pag. 88.
- 35) Deze schijnt een verraderlijke rol te hebben gespeeld (vgl. NAEF, a. w., pag. 151).
- 36) NAEF, a. w., pag. 152.
- 37) T. a. p.

---

---

# ENGELAND EN BRITSCH-INDIË

DOOR

DR. A. A. L. RUTGERS.

## I. Vergelijking tusschen Britsch- en Nederlandsch-Indië.

De historie van Britsch-Indië <sup>1)</sup> vertoont in hare hoofdtrekken duidelijke punten van overeenkomst met die van Nederlandsch-Indië. In beide gevallen treedt aanvankelijk een handelslichaam op, dat zonder het opzet zich grondgebied te verwerven door den loop der gebeurtenissen eerst in het bezit komt van geïsoleerde vestigingen, daarna geleidelijk zijn gebied uitbreidt, tractaten sluit en oorlogen voert met inheemsche vorsten, en tenslotte een rijk vestigt, dat alle andere machten overschaduwet en zijn souvereiniteit of suzereiniteit door alle inheemsche vorsten erkend ziet.

Evenals in Nederlandsch-Indië trad tenslotte de moederlandsche regeering in de plaats van de Compagnie, hetgeen in Britsch-Indië echter eerst in 1858, na den Sepoy-opstand, geschiedde, dus meer dan een halve eeuw later dan in Nederlandsch-Indië.

Veel sterker dan in onze Oost spreekt de geschiedenis thans nog in Britsch-Indië uit de heterogene samenstelling van het gebied van dien naam. Van dit geheele gebied — de afzonderlijke koloniën Ceylon en Burma niet medegerekend — met rond 350 millioen inwoners behooren tweevijfden met ongeveer een vierde der inwoners tot zelfstandige staten, welke een oppervlakte hebben ongeveer gelijk aan die van Nederlandsch-Indië met een anderhalf maal zoo groote bevolking.

\* \*  
\*

### *De Indische Staten.*

De Indische Staten hebben in het algemeen een veel grooter zelfstandigheid dan de zelfbesturen in Nederlandsch-Indië, en nemen een plaats van meer beteekenis in het geheel in. Geen dezer 560 Staten

oefent alle soevereiniteitsrechten ten volle uit, maar ook geen daarvan mist ze geheel. Van de regeerende vorsten en hoofden hebben 119 aanspraak op saluutschoten, vijf zelfs op 21 schoten, waartegenover staat, dat enkele der kleinste hoofden slechts over een gebied van weinige hectaren beschikken. Vele dezer staten regelen alle inwendige aangelegenheden geheel zelfstandig, in vele andere daarentegen is de Britsche vertegenwoordiger schier oppermachtig. Zij maken geen deel uit van „British India”, de wetten van dit rechtstreeks bestuurde gebied gelden er niet, en ook het Engelsche parlement kan geen wetten vaststellen of van kracht verklaren voor deze staten. Zij staan op grond van tractaten onder de suzeriniteit of soevereiniteit van den Koning-Keizer, die de relaties met hun heerschers onderhoudt door den Gouverneur-Generaal in Rade. Daarnaast heeft zich in den loop der jaren een praktische politiek ontwikkeld, welke aan de vorsten minder vrijheid van beweging liet dan in de tractaten was voorzien. In de laatste twintig jaren, men kan zeggen sedert de instelling van een Vorsten-Kamer, komen de gezamenlijke zelfbestuurders meer voor hun rechten op en bepleiten zij een codificatie van de staatkundige praktijk te hunnen aanzien en een definitie van de rechten van den suzerain.

\* \*  
\*

#### *Het rechtstreeks bestuurd gebied.*

De staatkundige ontwikkeling van het rechtstreeks bestuurd gebied van Britsch-Indië vertoont in de groote lijnen duidelijke trekken van overeenkomst met die van Nederlandsch-Indië.

In beide gevallen is het groote geheel langzamerhand gegroeid, waarbij aanvankelijk min of meer zelfstandige onderdeelen steeds vaster aaneengesloten werden. Beiden geven een voortschrijdende centralisatie te zien van wetgeving, bestuur en financieel beheer onder een zuiver ambtelijke, autocratische regeering. Maar ook bij beiden ziet men in een later stadium opnieuw een decentralisatie komen, zoolwel ten aanzien van de financiën alsook van wetgeving en bestuur. In Britsch-Indië ligt het begin daarvan in de radenwet van 1861, in Nederlandsch-Indië in de decentralisatiewetgeving van 1903. Bij diezelfde wetten deed ook het niet-ambtelijke element zijn intrede in de wetgevende raden.

In het rechtstreeks bestuurd gebied moet onderscheiden worden tusschen de centrale regeering met haar wetgevende en uitvoerende



bevoegdheden, en de provinciale besturen, eveneens met wetgevende en uitvoerende bevoegdheden, welke in den loop der jaren een wisselende mate van autonomie vertoonen.

Zowel bij het centrale als bij de provinciale gouvernementen vinden wij wetgevende raden, waarin het niet-ambtelijk element heden ten dage een belangrijke rol speelt.

De uitvoerende macht wordt bij de centrale regeering evenals bij de grootere provinciën niet eenhoofdig, maar door den Gouverneur-Generaal in Rade uitgeoefend. Ook in deze uitvoerende raden is het niet-ambtelijk element vertegenwoordigd.

Zoeken wij in Nederlandsch-Indië naar analogieën, dan valt te wijzen op de gewestelijke en meer nog op de nieuwere provinciale organisatie, waar ook het niet-ambtelijke element zijn aandeel heeft in wetgeving en bestuur door de provinciale raden en de gedeputeerden. Wat de centrale regeering betreft, is de Volksraad vergelijkbaar met den centralen wetgevenden raad, de Raad van Indië echter niet met den centralen uitvoerenden raad van Britsch-Indië, daar de Raad van Indië een adviseerend lichaam is. Met „Government of India” wordt bedoeld de Gouverneur-Generaal in Rade, terwijl in Nederlandsch-Indië de Indische Regeering synoniem is met den Gouverneur-Generaal.

De verhouding van den „Viceroy and Governor-General” van Britsch-Indië tot het Opperbestuur in Engeland is van soortgelijken aard als bij ons. Eenerzijds draagt de Gouverneur-Generaal de volle verantwoordelijkheid voor zijn regeeringsbeleid en heeft hij de bevoegdheid tot zeer verstrekkende beslissingen, anderzijds is de Minister van Koloniën voor alles wat de koloniën betreft, verantwoordelijk aan het parlement en berust het opperbestuur bij de regeering in het moederland. Conflicten zijn dus theoretisch allerminst uitgesloten en in de praktijk zijn dan ook meer dan eens moeilijkheden gerezen <sup>2)</sup>. Een scherpe afgrenzing der wederzijdsche bevoegdheden van Minister en Onderkoning is even onmogelijk gebleken als een definitie der „inwendige aangelegenheden”, welke tot de competentie der Nederlandsch-Indische Regeering behooren.

\* \*  
\*

*Vraagstuk ingewikkelder dan in onze Oost.*

Blijkt reeds uit het voorgaande, dat de omvang van het gebied en de positie der Indische Staten het vinden van de juiste oplossing voor:

de staatkundige ontwikkeling in Britsch-Indië bijzonder moeilijk maken, een aantal bijkomstige factoren verzwaren die taak nog in bijzondere mate.

Uit ethnologisch oogpunt geeft Nederlandsch-Indië een bonte staalkaart te zien van rassen en volken, van talen en godsdiensten. Soortgelijk, maar nog uiteenloopender is de verscheidenheid in het zooveel grootere en volkrijkere Britsch-Indië. Daar zo goed als in onze Oost berust de eenheid alleen op de werking van het uitheemsche bestuur. De Engelsche taal is de eenige, welke over dit geheele reusachtige gebied voor alle ontwikkelden verstaanbaar is. Onder de meest uiteenloopende omstandigheden blijkt dit. Zoowel in den centralen wetgevenden raad als bij het voetbalelftal, dat onlangs Europa bereisde, kon men zich van geen andere gemeenschappelijke taal bedienen. Geen der ruim tweehonderd inlandsche talen bezit een woord voor het verzamelbegrip, dat met „India” aangeduid wordt.

Op economisch gebied vertoont Britsch-Indië overeenkomstige tegenstellingen en schakeeringen als Nederlandsch-Indië. Ook daar is de landelijke bevolking overwegend; slechts tien procent der bevolking woont in de steden. De primitieve Oostersche maatschappij met een uitgesproken productenuishouding is veelszins nog overheerschend, maar evenals in onze Oost wordt deze doorkruist door de Westersche geldhuishouding. Het zelfgeweven kleed der huisindustrie heeft ook daar almeer plaats gemaakt voor een stroom van binnen- en buitenlandsche industriele massa-artikelen.

In Britsch-Indië zoo goed als in Nederlandsch-Indië leeft de overgrote massa der bevolking nog op een uiterst laag maatschappelijk niveau met een minimaal behoeftenpeil, maar daarnaast treft men er eveneens een relatief kleine groep Europeanen aan met inkomens, welke hen zelfs naar westersche maatstaf tot de welgestelden doen behooren. Belangrijk talrijker dan in onze Oost is daarnaast de groep welgestelde Aziatische grootgrondbezitters, handelaars en industrieelen, wier groote rijkdom een scherp contrast vormt met de hopelooze armoede van een deel der lagere volksklassen. In het algemeen liggen schier op elk gebied de uitersten in Britsch-Indië verder uiteen dan bij ons.

Kan men in Nederlandsch-Indië in zekeren zin een tegenstelling maken tusschen het uitheemsche grootkapitaal eenerzijds en de inlandsche wereld anderzijds, in Britsch-Indië is het grootste deel van

het in landbouw, handel en industrie werkzame grootkapitaal in Indische handen. Dit is van te meer beteekenis, omdat de industrialisatie van Britsch-Indië die van onze Oost ver vooruit is, zooals blijkt uit het feit, dat Britsch-Indië behoort tot de acht belangrijkste industriegebieden der wereld. Niettemin is er ook in Britsch-Indië een duidelijke tendens waar te nemen om economische tegenstellingen dienstbaar te maken aan politieke en rasconflicten, waarbij men zich dan inzonderheid richt tegen de geïmporteerde buitenlandsche goederen. De term *swadeshi* (tot het eigen land behoorend) heeft als leuze dezer richting zelfs bekendheid verkregen in de internationale pers.

Naarmate het ideaal van zelfbestuur met een verantwoordelijke regeering dichter benaderd wordt, treedt het antagonisme tusschen verschillende bevolkingsgroepen sterker op den voorgrond en openbaart zich een toenemende vrees bij de minderheden, dat zij onder de komende verhoudingen niet tot hun recht zullen komen, maar door de overweldigende Hindoemeerderheid verdrukt zullen worden. Vooral bij de Mohammedanen, die op vele plaatsen de belangrijkste minderheid vormen, leeft deze vrees, welke haar grond vindt in de reeds eeuwen bestaande en telkens weer aan den dag tredende vijandige houding dezer beide bevolkingsgroepen. De diametraal tegenover elkander staande godsdienstige opvattingen dezer beide groepen vormen een voortdurende bron van onrust. De Hindoes erkennen vele goden, en vereeren de koe als een heilig dier, dat onder geen voorwaarde gedood mag worden. Den Mohammedanen is het veelgodendom een ergernis, maar zij slachten runderen, wat den Hindoes een gruwel is. Deze van hun kant storen door hun muziek in de omgeving van de moskee het gebed der Mohammedanen, waarbij plechtige stilte eisch is. Zoo ontstaan telkens bloedige botsingen, waar men weigert elkaars gevoelens te ontzien, en is het meer dan eens tot ware moordpartijen gekomen.

De bescherming der minderheden en de vertegenwoordiging der minderheden is door deze gespannen verhoudingen hoe langer hoe meer een kwestie van de eerste orde geworden. Het gaat ook hier weer om groote getallen: weliswaar vormen de Hindoes met 240 millioen de overgrootte massa der bevolking, maar Britsch-Indië telt ook nog 80 millioen Mohammedanen, 10 millioen Boeddhisten, 6 millioen Christenen — een snel toenemende groep — en 4 millioen Sikhs.

Met dankbaarheid mag geconstateerd, dat dergelijke moeilijkheden

zich in Nederlandsch-Indië nog niet hebben voorgedaan, en vermoedelijk ook nimmer in die mate zullen voordoen, gezien de verdraagzame wijze, waarop de verschillende godsdiensten in Indië samenleven. Toch zullen bij den verderen uitbouw der staatsinstellingen in onze Oost ook daar waarborgen gesteld moeten worden om te voorkomen, dat in sommige gebieden de minderheden onderdrukt worden.

Een groot probleem voor de verdere economische, sociale en staatkundige ontwikkeling van Britsch-Indië, dat in onze Oost gelukkig geenerlei equivalent heeft, vormen de z.g. „untouchables” of depressed classes, zooals men ze tegenwoordig noemt. Deze groote klasse der bevolking, welke de laagste groep der Hindoes vormt, is feitelijk als staatsburgers, maar daarnaast ook sociaal en economisch volkomen gediskwalificeerd, daar de godsdienstige opvattingen der Hindoes meebrengen, dat deze „onaanraakbaren” door hun persoonlijke aanraking andere Hindoes en ook het voor dezen bestemde voedsel of water verontreinigen. Hun aantal wordt op ongeveer 50 millioen geschat. Hun sociale toestand scheidt bijzondere moeilijkheden zoowel ten aanzien van het onderwijs als bij de verindisching van het ambtenarencorps en de samenstelling van vertegenwoordigende lichamen.

Het bestek van dit artikel laat niet toe, dieper op deze punten in te gaan; in het verband is het ook voldoende ze alleen maar aan te stippen. Ten aanzien van de diepste oorzaak van de moeilijkheden bij de staatkundige ontwikkeling van Britsch-Indië zie ik zelfs geheel van elke bespreking af, daar deze in wezen dezelfde is als voor Nederlandsch-Indië. Die oorzaak ligt in de koloniale verhouding zelf, waarbij twee geheel verschillende culturen, gebaseerd op geheel verschillende godsdiensten en levensbeschouwingen, moeten samenwerken aan een gezamenlijken opbouw. Onvermijdelijk is het, dat die samenwerking van het intellectualistische en gemechaniseerde westen met het mystieke en religieuze oosten, welke bovendien ongemeen bemoeilijkt wordt door de diep insnijdende rassentegenstelling, niet zonder wrijving en botsingen verloopt.

Bij de vergelijking van de moeilijkheden in Britsch-Indië en Nederlandsch-Indië mag tenslotte niet voorbijgezien worden, dat in onze Oost twee factoren in belangrijke mate remmend werken op de groeiende tegenstelling tusschen Oost en West, welke in Britsch-Indië nauwelijks van invloed zijn.

Nederlandsch-Indië heeft een voorsprong ten aanzien van de voort-

gezette goede samenwerking van het Indisch en het Europeesch element, omdat de Nederlandsche invloed veel algemeener en dieper heeft doorgewerkt. In de eerste plaats is dit te danken aan het relatief veel grooter aantal Europeanen in gouvernementdienst en aan de veel intensiever bemoeienis dezer Europeanen met de inlandsche samenleving, maar daarnaast ook aan de relatief veel grootere uitbreiding van het Europeesche bedrijfsleven, waarbij honderdduizende inlanders betrokken zijn en over een uitgestrekt front een dagelijksch contact tusschen Hollanders en inlanders tot stand gekomen is.

In de tweede plaats vormt de zeer talrijke groep van Indo-Europeanen een factor van beteekenis in Nederlandsch-Indië, daar deze als geheel genomen dichter bij de inlandsche samenleving staan, Indië liefhebben als hun geboortegrond en de Indische belangen met een Indische blik bezien en voorstaan, maar anderzijds zich innig verbonden gevoelen aan Nederland en uit volle overtuiging loyale onderdanen zijn van het Nederlandsch gezag. Het verschil met Britsch-Indië is zeker niet het minst te danken aan de tegenover hen in onze Oost gevolgde politiek, waar zij altijd, in tegenstelling met wat in Britsch-Indië geschiedt, ten volle als Nederlanders zijn erkend, en tot op de hoogste sporten der ambtelijke ladder een eervolle plaats innamen.

\* \*  
\*

### *De ontwaking van het Oosten.*

De ontwaking van het Oosten heeft Britsch-Indië eerder aangegrepen en sterker beroerd dan Nederlandsch-Indië. Allerlei omstandigheden hebben daartoe medegewerkt. In de eerste plaats het verschil in aanleg en karakter, dat als geheel genomen bestaat tusschen de bevolkingen dezer beide gebieden. Zonder in bijzonderheden te treden kan gezegd worden, dat dit verschil vergelijkbaar is met het verschil tusschen een Minangkabauer en een Javaan. Daarnaast moet genoemd worden het veel rijker cultuurbezit en het veel sterker ontwikkeld godsdienstig leven van Britsch-Indië. Verder de veelzijdiger en algemeener deelname van de ontwikkelde klassen aan het economisch en staatkundig leven, waarbij reeds meer dan een eeuw leiders van erkende bekwaamheid op elk gebied op den voorgrond traden.

De hoofdoorzaak van den voorsprong van Britsch-Indië ligt echter in het feit, dat het Engelsche bestuur daar reeds veel langer werkzaam is om de inheemsche bevolking op te voeden tot deelname aan het

bestuur op westerschen grondslag. Welbewust is daar reeds een eeuw geleden de weg ingeslagen om door onderwijs en opvoeding, door verindisching van het ambtenarencorps en vertegenwoordiging in wetgevende en besturende colleges dit reusachtige gebied geleidelijk rijp te maken voor een steeds intensiever deelname van de bevolking aan de behartiging harer eigen belangen met behoud van het eenmaal bereikte peil van efficiency en handhaving van de eischen, welke aan een deugdelijk staatsbestuur gesteld moeten worden.

De beslissende stap op dezen weg is feitelijk reeds in 1833 gezet, toen de dubbele beslissing viel, Engelsch als voertaal voor het onderwijs te kiezen en den Gouvernementsdienst open te stellen voor Indiërs.

Heel de verdere ontwikkeling in de volgende honderd jaren is eigenlijk niets anders dan het logisch en onvermijdelijk gevolg van die beide, onderling nauw samenhangende beslissingen.

Principiëel komt de grootste beteekenis toe aan de openstelling van den dienst voor Indiërs bij de wet van 1833, die vastlegde, dat geen Indiër op grond van godsdienst, geboorteplaats, afstamming of kleur uitgesloten zou zijn van eenige plaats, ambt of betrekking in den dienst der Compagnie.

Van praktische beteekenis kon deze bepaling echter eerst worden, wanneer de Engelsche taal en opvoeding een ruimere verspreiding verkregen. Het is vooral aan MACAULAY, destijds lid van den uitvoerenden raad van den Onderkoning, te danken geweest, dat de strijd tusschen de pleitbezorgers der inlandsche klassieke talen en de voorvechters van het Engelsch door de laatstgenoemden gewonnen werd, waarbij de noodzakelijkheid Indiërs voor den gouvernementsdienst te vormen, het beslissend argument was.

Nog altijd is het verband met de staatkundige ontwikkeling een der elementen, welke de ontwikkeling van het Britsch-Indische onderwijsstelsel beheerschen. Toen in 1927 de Commissie-SIMON ingesteld werd om de herziening der Britsch-Indische constitutie voor te bereiden, luidde de opdracht: „for the purpose of inquiring into the working of the system of Government, *the growth of education* <sup>3)</sup> and the development of representative institutions in British India”. En de door de commissie-SIMON ingestelde nevencommissie voor de bestudeering van het onderwijsvraagstuk gaf als samenvatting van de eischen, uit staatkundig oogpunt aan het onderwijs te stellen: „The system of primary and higher primary schools should be so designed

as to produce a competent electorate; the system of secondary and higher education to produce competent and trustworthy representatives and officials." 4)

Aan de beslissing van 1833 is het te danken, dat het voortgezet en hooger onderwijs met Engelsch als voertaal veel eerder tot ontwikkeling kwam dan het volksonderwijs. Nog heden ten dage werkt dit door en vinden wij in Britsch-Indië een onevenredig sterke bezetting van de hoogste onderwijsinstellingen. Het volksonderwijs bereikt ongeveer eenzelfde percentage van de bevolking als in Nederlandsch-Indië. Bij een onderscheiding van het daar boven uitgaande onderwijs in „middle stage”, „high stage” en „college stage” werd dit laatste, te vergelijken met ons hooger onderwijs met inbegrip der middelbare vakscholen, in 1927 bezocht door 84000 leerlingen.

De nadeelige gevolgen van dezen ontijdigen uitbouw van het hooger onderwijs zijn niet uitgebleven: de staatsdienst en de maatschappij boden geen emloop voor al deze geletterden en een deel van de onrust in Indië komt voor hun rekening. Met de Engelsche taal leerden zij de Engelsche litteratuur kennen, werden zij opgevoed in de Engelsche ideeën van vrijheid en verantwoordelijkheid, van volksrechten en volksvertegenwoordiging, van zelfbestuur en onafhankelijkheid. Is het te verwonderen, dat de vele duizenden, die zich in kennis en opleiding de gelijken der Engelschen gevoelden, meenden het zonder dezen te kunnen stellen en geen vrede konden hebben met een blijvenden toestand van afhankelijkheid, waarbij zij geen beslissende stem hadden in de zaken van hun eigen land?

Te sterker werkt dit sentiment heden ten dage in Britsch-Indië, omdat de verindisching van den publieken dienst er veel verder is voortgeschreden dan in onze Oost. In alle hogere colleges hebben inlandsche leden zitting en meermalen werden Indiërs geroepen tot het gouverneurschap, zelfs van belangrijke provinciën in het rechtstreeks bestuurd gebied. Op anderhalf millioen burgerlijke landsdienaren telt men in Britsch-Indië slechts 12000 Engelschen, een geheel andere verhouding dan in Nederlandsch-Indië.

Toch zijn wij ook in onze Oost in beginsel op denzelfden weg en zal het verdere verloop van zaken soortgelijk zijn als in Britsch-Indië, vooral nu de verindisching van den staatsdienst uit bezuinigingsoverwegingen bespoedigd moet worden. De eenmaal ingeslagen weg is er een, waarvan terugkeer mogelijk noch wenschelijk is. Noodig is alleen,

dat men zich tijdig rekenschap geeft, welke constitutioneele veranderingen bij het voortschrijden op dien weg noodzakelijk zijn.

\* \*  
\*

### *De nationalistische beweging.*

Dank zij deze verschillende oorzaken en omstandigheden kwam de ontwaking van het nationalisme in Britsch-Indië tientallen jaren eerder dan in Nederlandsch-Indië, en kreeg het daar een omvang en diepte, welke de oplossing der staatkundige moeilijkheden tot een levenskwestie voor het Britsche gezag in Indië maakte. Talrijk zijn de boeken in de recente Engelsche koloniale litteratuur onder titels, welke daarvan getuigenis afleggen, zooals: *Indian Unrest*, *India on Trial*, *Dilemma of India*, *India in Crisis* en dergelijke.

Met groote felheid is de politieke strijd in Britsch-Indië gestreden, waarbij vooral de uiterste vleugel der nationalistien, de zoogenaamde Congrespartij<sup>5)</sup>, veel van zich deed spreken en herhaaldelijk tot krasse strijdmiddelen haar toevlucht nam. Ter bereiking van het einddoel swaraj (zelfbestuur en onafhankelijkheid) predikte men non-coöperatie, burgerlijke ongehoorzaamheid en boycot van buitenlandsche waren, bij de doorvoering waarvan voortdurend botsingen met de handhavers van het gezag het gevolg waren, omdat men onwillige landgenooten met geweld dwingen wilde zich bij deze actie aan te sluiten. Zelfs ging men bij herhaling opzettelijk tot gewelddadigheden over en zijn in den loop der jaren een reeks van moordaanslagen op gezagsdragers gepleegd, tot zelfs op den Onderkoning zelve, waarvan helaas vele Engelschen en een nog grooter aantal inheemschen het slachtoffer geworden zijn.

Wie den loop der gebeurtenissen alleen uit courantenberichten volgt, loopt groot gevaar onder den indruk te komen, dat het Engelsche bestuur zich alleen met de bajonet in Indië kan handhaven, en dat Britsch-Indië een aaneenschakeling van ongeregelheden, moorden en plaatselijke opstanden vertoont. Inderdaad is het aantal dezer gevallen niet gering. In de provincie Bengalen werden tusschen 1906 en 1918 niet minder dan 300 gewelddaden gepleegd, waarvan vier aanslagen op den Gouverneur van Bengalen. In 1919 leidde de burgerlijke ongehoorzaamheid in de Punjab tot een reeks van gewelddaden, waarvoor later 1800 personen veroordeeld werden. Bij deze ongeregelheden werd de toestand zoo kritiek geoordeeld, dat de bevelvoerende generaal in Amritsar tot de strengste maatregelen zijn toevlucht nam en als



afschrikwekkend voorbeeld op een ondanks het vergaderverbod samengestroomde menigte liet schieten tot er bijna 400 dooden en 1000 gewonden gevallen waren, een diep betreurenswaardig optreden, dat groote verbittering in geheel Indië gewekt heeft. In 1921 kwamen de Mohammedaansche Moplachs van Malabar in opstand en keerden zich al spoedig tegen de Hindoes, welke bij duizenden vermoord werden. Na de onderdrukking van dezen opstand volgden 12000 veroordeelingen. Bij de Calcutta-ongeregeldheden van 1926 en 1927 tusschen Hindoes en Mohammedanen werden in 18 maanden 250 personen gedood en 5000 gewond.

Deze lijst zou gemakkelijk met een groot aantal andere voorbeelden aangevuld kunnen worden, en deze berichten zijn het, die in de dagbladen vooral de aandacht trekken. Wanneer honderd millioen menschen rustig voortleven, vermeldt de pers daarover niets opvallends, maar wanneer er één een aanslag doet, komt onmiddellijk de telegraaf in werking. Reeds daarom is het beeld, dat wij ons uit de pers vormen, niet zuiver. Daar komt bij, dat in tal van gevallen, en juist bij de bloedigste botsingen, het Engelsche bestuur in het geheel geen partij is, daar zij voortkomen uit godsdiensttwisten tusschen Hindoes en Mohammedanen. Tenslotte moet bedacht worden, dat deze berichten betrekking hebben op een gebied, dat wat bevolking en afmeting aangaat, vergeleken kan worden met geheel Europa. De provincie Bengalen, waarvan hierboven eenige cijfers gegeven werden, heeft alleen reeds 50 millioen inwoners. Wie zich hiervan voldoende rekenschap geeft, komt noodzakelijk tot een geheel ander en juistere waardeering van de boven gegeven berichten. Wat uit de pers der laatste 25 jaren bijeengelezen kan worden over onlusten, straatgevechten, opstanden en moorden in Europa is heel wat meer dan hetgeen Britsch-Indië in ditzelfde tijdvak te zien heeft gegeven. Daarom hoede men zich voor overdrijving, al moet erkend, dat een invloedrijke bevolkingsgroep, waaronder een aantal van de leidende intellectueelen, met spanning uitziet naar het oogenblik, waarop hun politieke verlangens in vervulling zullen gaan en dat teleurstellingen op dit gebied telkens weer aanleiding geven tot ongeregeldeheden. Niet zonder reden heeft de Engelsche regeering besloten zoo ver mogelijk aan de nationale verlangens tegemoet te komen, daar alleen in dien weg op den duur ontspanning van de geladen atmosfeer te verwachten is.

De jongste berichten maken den indruk, dat na een periode van ver-

hoogde activiteit van de zijde der Congrespartij, thans een tijdperk van betrekkelijke rust is ingetreden, misschien mede onder den invloed van de voorbereiding der komende hervormingen.

\* \*  
\*

### *Gandhi.*

Een bespreking van de staatkundige moeilijkheden in Britsch-Indië mag de figuur van Mahatma GANDHI niet met stilzwijgen voorbijgaan, daar geen persoonlijkheid van grooteren invloed geweest is op den loop der gebeurtenissen in de laatste jaren. Immers, na 1920 is Mahatma GANDHI onbetwist de leider der nationalistische beweging in Britsch-Indië geworden, de vertrouwensman der massa.

De voor westerlingen schier onbegrijpelijke invloed van dezen merkwaardigen man berust voor alles op zijn diep-religieuze persoonlijkheid. C. F. ANDREWS schrijft over hem <sup>6)</sup>: „His extraordinary power to move men cannot be understood without a realisation of his supreme trust in God to inspire and guide every action that he takes. He is a man of faith and prayer, humbly dependent upon divine aid and seeking bij divine grace to keep an inner heart of purity and love, unstained by sin. To find God and to be found bij Him is the one goal that is set before him.”

Zijn toewijding aan de nationale zaak en zijn overgegevenheid aan wat hij als waarheid en recht ziet, gevoegd bij zijn ascetische levenshouding, zijn afkeer van geweld, zijn geloof in de allesoverwinnende kracht van de ziel, zijn bereidheid om te lijden, zijn zelfopoffering voor de goede zaak, dit alles heeft hem bij de Indische bevolking, die geestelijke waarden oneindig hooger en juister weet te schatten dan de materialistische westerling, een bijna bovennatuurlijken invloed verschaft, welke zich uit in een typisch oostersche vereering .

Helaas heeft de praktische toepassing zijner beginselen tot door hem zelf niet voorziene en diep betreurde gevolgen geleid. Zijn uitschrijven van hartals (rouwdagen waarop alle werk stilstaat), zijn prediking van lijdelijk verzet, burgerlijke ongehoorzaamheid en boycot van buitenlandsche waren, zijn herhaaldelijk de oorzaak geweest van bloedige botsingen met de handhavers van het gezag, lijnrecht in strijd met het grondbeginsel van GANDHI'S leven, ahimsa (geen leed doen), dat bij hem de plaats inneemt van het beginsel der liefde als vervulling der wet bij den Christen.

Zooals uit de dagbladen voldoende bekend is, werd GANDHI meer-malen tot gevangenisstraf veroordeeld, omdat de Overheid zijn onge-hoorzaamheidspropaganda in het belang van orde en rust niet langer kon gedoogen. Daartegenover staat, dat het Engelsche bestuur telkens weer getracht heeft, en niet zonder succes, den machtigen invloed van dezen grooten geest door rechtstreeksche onderhandeling dienstbaar te maken aan een vreedzamen voortgang der staatkundige ontwikke-ling. Daarin schuilt een erkenning van zijn invloed, maar daarnaast zeker ook van de beteekenis en verdienste van zijn optreden en den-kebeelden voor de uiteindelijke oplossing van de schier onoplosbare Indische problemen, welke in menig opzicht meer van socialen dan van politieken aard zijn.

De beoordeelingen van GANDHI loopen begrijpelijkerwijze hemels-breed uiteen, daar zijn persoonlijkheid niet los te maken is van zijn optreden in de nationalistische beweging. Elke beoordeeling staat daardoor voor alles onder den invloed van de politieke, sociale en religieuze inzichten van den beoordeelaar.

Eenerzijds vindt men in de Engelsche litteratuur uitlatingen als de volgende 7): „Many of the theories of this impracticable saint are pure fancy and prejudice. He is not a great thinker, not even a clear thinker. He assumes too much and does not trouble to verify first principles. Of the intellectual virtue of consistency he has no idea. His political philosophy is based on condemnation of Western civilization, root and branch. — Mr. GANDHI is singularly ill informed on most of the sub-jects he discusses. Consider some of his arguments. He is against railways, medical science, education on Western lines, machinery of every kind and manufacturing industries, and parliamentary govern-ment. — Meanwhile he continues to carry on a propaganda of com-plete nihilism and anarchy. — Whatever opinion we may have of his beliefs, the results of his teachings are not open to doubt. Inspired by a delusion that has become fixed by force of reiteration, he stands right athwart India's path to political freedom.”

Lijnrecht daartegenover staat, wat C. F. ANDREWS 8) schrijft over de beteekenis van GANDHI in verband met wat hij beschouwt als een revolutionaire opwekking in vreedzame banen:

„We cannot understand it aright unless we realise the unique perso-nality of Mahatma GANDHI. It is extraordinarily difficult in prosaic modern England to give any conception of the emancipating influ-

ence of this romantic figure. We have to go back to the Middle Ages and study the effect of the Franciscan Movement on Western Europe. This analogy may startle some of my readers who do not know GANDHI the man, and do not understand what moral power he wields in India to day. But I can say without any hesitation, as one who has studied modern India closely, that the analogy holds. — The new life that has come to India through GANDHI has created the National Movement. But it is like no other national uprising in the world because its unchallenged leader has refused to appeal to force, and has suffered imprisonment time after time along with his followers. It is, in effect, a religious revolution, which has taken a national form.”

Duidelijk toonen deze beide citaten, hoe het standpunt vanwaar men hem beschouwt, beslissend is voor het oordeel over GANDHI. Wie hem ziet van het standpunt der eenzijdige westersche waardeering van intellect en techniek, ook op staatkundig terrein, moet komen tot een felle veroordeeling. Wie daarentegen een open oog heeft voor de verborgen krachten van het oostersche zieleleven, wie zedelijke motieven en godsdienstige gevoelens de eerste plaats toekent, en het hoogste geluk voor een volk niet zoekt in de efficiency van zijn staatkundig of economisch leven, die ziet in hem als prediker van geestelijke waarden tegenover een materialistische cultuur een kracht ten goede te midden van de troebelen van Indië.

Het is dan ook geen toevalligheid, dat de geciteerde gunstige beoordeeling afkomstig is van iemand, die zijn loopbaan in Indië als zendeling begonnen is, en dat ook een man als STANLEY JONES met grooten eerbied over GANDHI spreekt. In het algemeen vindt het nationalisme meer sympathie in zendingsskringen dan bij de vertegenwoordigers van het zakenleven of het bestuur, maar ten opzichte van een figuur als GANDHI geldt dit in dubbele mate. Wie bewust leeft uit de beginselen van het Christendom en zijn persoon of zijn steun geeft aan de Christelijke zending, loopt minder gevaar uit eigenbelang of imperialisme of rassentiment de gerechtvaardigde aspiraties van een gezond nationalisme te miskennen of gebrek aan waardeering te toonen tegenover strijders voor geestelijke goederen.

Toch moet van Christelijk standpunt ernstig bezwaar gemaakt worden tegen GANDHI's optreden. Met alle waardeering voor de kracht van zijn persoonlijkheid, voor de hoogheid van zijn idealen, voor de volkomen toewijding en overgave aan zijn zaak, voor zijn afkeer van

geweld, en zijn strijd voor de suprematie van zedelijke waarden, moet geconstateerd, dat GANDHI gefaald heeft in zijn pogen, geheel Indië achter zich te krijgen in den weg van geweldloos lijdelijk verzet om door lijden de overwinning te behalen, en integendeel door zijn prediking meermalen juist het geweld heeft ontketend.

Zuiver praktisch gezien moest hij falen in dezen weg, omdat slagen alleen mogelijk geweest zou zijn, indien al de honderden millioenen van Indië even overtuigde voorstanders van zijn leer geweest waren, en even groote geestkracht tot beleving bezeten hadden als hij zelf, hetgeen van te voren uitgesloten geacht moest worden.

Getoetst aan de Christelijke beginselen blijkt, dat GANDHI, wiens politiek optreden innig verbonden is met zijn religieus leven, niet heeft gebouwd op het eenig ware fundament, maar een verkeerd uitgangspunt heeft gekozen. Zelf zegt hij in de inleiding van zijn autobiografie<sup>9)</sup>: „De ervaringen, die ik ga verhalen, zijn niet politiek, maar geestelijk, of liever zedelijk, want het wezen van de religie is moraal.” Hoewel hij zich gaarne op de bergrede beroept, is zijn moraal in wezen aan het Hindoeïsme ontleend: hij verzet zich tegen de moderne cultuur en tegen al wat deze bereikt heeft, in stede van op te komen voor een heiliging door en dienstbaarmaking aan het geloof. In zooverre is de vergelijking met Franciscus van Assisi juist. Die levenshouding is als protest tegen een godsdienstlooze, ziellooze, materialistische westerse cultuur te begrijpen, en had ook in Franciscus' dagen haar reden van bestaan, maar principiëel is zij van Christelijk standpunt niet te aanvaarden, althans niet voor wie met de hervormers uit de zestiende eeuw geleerd heeft, heel de schepping met alle daarin gegeven gaven en krachten dienstbaar te maken aan een leven ter eere Gods. Bovendien hangt deze beschouwing bij GANDHI samen met zijn zuiver Hindoeïstisch streven naar zelfverlossing door het dooden van alle begeerte en zijn verwerping van de verlossing door Jezus Christus.

---

## II. De Staatkundige Ontwikkeling van Britsch-Indië sedert 1858.

Het jaar 1858, waarin als uitvloeisel van den Sepoy-opstand Britsch-Indië, met opheffing van de Compagnie, onder het bestuur der Engel-

sche Kroon gebracht werd, kan aangemerkt worden als het beginpunt der huidige staatkundige ontwikkeling.

Vier ingrijpende bestuurshervormingen zijn sedert dien tot stand gekomen bij de Indische Radenwetten van 1861, 1892, 1909 en 1919. Een Regeeringsvoorstel voor een hervorming, ingrijpender en verstrekkender dan een der voorafgaande, is thans in overweging bij een gemengde commissie uit de beide kamers van het parlement.

Tevergeefs zal men in de oudere radenwetten of in de proclamaties bij hun afkondiging en bij andere gewichtige momenten in Britsch-Indië's staatkundige geschiedenis, zoeken naar een wel omljnd plan voor den opbouw van de toekomstige staatsinstellingen of naar richtlijnen voor de constitutioneele ontwikkeling. Met prijzenswaardige voorzichtigheid heeft het Engelsche Opperbestuur zich telkenmale beperkt tot het doen van die stappen, welke op het oogenblik wenschelijk en mogelijk bleken, zonder zich te wagen aan profetieën over het uiteindelijk te bereiken resultaat.

De thans aan het Britsche parlement voorgelegde plannen tot wijziging der Indische staatsinstellingen zijn dan ook niet de bekroning van een staatkundigen opbouw, waaraan sedert tientallen jaren volgens een vast plan is voortgebouwd, maar integendeel de belichaming van een vrij recente gedachte, welke eerst kon opkomen na de vervulling van een aantal voorwaarden, welke niet slechts in 1861, maar ook nog in 1892 en 1909, vrijwel niemand kon verwachten. De thans ontwikkelde plannen voor een federatie, waarin naast het rechtstreeks bestuurd gebied ook de Indische Staten een plaats zullen vinden, met verantwoordelijk bestuur niet slechts in de provinciën maar ook bij de centrale regeering, gaan verder dan nog kort geleden iemand uitvoerbaar geacht zou hebben.

Weliswaar werd bij de hervorming van 1919 officiëel een „Vorstenkamer” ingesteld, waardoor de gezamenlijke vertegenwoordiging der zelfbestuurders een wettelijken grondslag kreeg, en constateerde de Proclamatie bij de bekrachtiging der wet van 1919, dat deze „den weg wees naar een volledig verantwoordelijk bestuur in een later stadium”, maar niemand dacht zelfs toen nog aan de mogelijkheid, dat de Britsche regeering binnen afzienbaren tijd voorstellen zou doen om het beginsel van verantwoordelijkheid aan de volksvertegenwoordiging bij de centrale regeering in wetgeving en bestuur door te voeren, noch ook, dat de autonome Indische Staten bereid zouden zijn, aan

een federatie als thans voorgesteld een deel hunner zelfstandigheid op te offeren.

Moet dus eenerzijds vastgesteld worden, dat de herzieningen van de Britsch-Indische staatsregeling geen systematisch voortbouwen naar een vooraf vastgesteld plan waren, anderzijds vinden wij wel reeds aan het begin dezer periode van hervormingen verstrekkende algemeene beginselen uitgesproken en later herhaaldelijk bevestigd, welke blijvend tot richtsnoer gediend hebben voor de te volgen politiek. Zooals in het eerste deel van dit artikel reeds uiteengezet is, moet heel de staatkundige ontwikkeling van Britsch-Indië in de laatste honderd jaar beschouwd worden als het logische uitvloeisel van de in 1833 aangevaarde beginselen van openstelling van alle betrekkingen voor Indiërs en van dienstbaarmaking van het onderwijs aan de opvoeding voor deze betrekkingen.

In 1833 werd het beginsel van de gelijkstelling der rassen, dat de deur opende voor de aanstelling van Indiërs in staatsdienst, bij de wet vastgelegd in de bepaling, dat geen Indiër op grond van godsdienst, geboorteplaats, afstamming of kleur uitgesloten zou zijn van eenige plaats, ambt of betrekking in den dienst der Compagnie.

De proclamatie van Koningin VICTORIA, waarbij in 1858 Britsch-Indië onder het rechtstreeksch bestuur van de Koon gesteld werd, bevestigde dit beginsel en legde den grondslag voor de volledige verindisching van den publieken dienst met deze woorden<sup>10</sup>): „And it is Our further Will that, so far as may be, Our Subjects, of whatever Race or Creed, be freely and impartially admitted to offices in Our Service, the Duties of which they may be qualified, by their education, ability, and integrity, duly to discharge.”

In de proclamatie van Koning EDUARD in 1908 werd deze verzekering herhaald met deze woorden<sup>11</sup>): „Steps are being continuously taken towards obliterating distinction of race as the test for access to posts of public authority and power. In this path I confidently expect and intend the progress henceforward to be steadfast and sure, as education spreads, experience ripens, and the lessons of responsibility are well learned by the keen intelligence and apt capabilities of India.” Uit deze bewoordingen valt de erkenning af te leiden, dat de toepassing der in 1833 en 1858 plechtig afgekondigde beginselen tot 1908 merkbaar te wenschen overgelaten had. Sindsdien is dit echter zeker niet meer het geval, daar uit de in het eerste deel van dit artikel

reeds gegeven cijfers blijkt, dat de verindisching van den publieken dienst heden ten dage reeds zeer ver is voortgeschreden, zoodat in sommige provincies bij sommige diensten het einddoel vrijwel volledig bereikt is.

### *De Indische Radenwet van 1861.*

De Indische Radenwet van 1861 zette de eerste, bescheiden stappen op den weg van vertegenwoordiging in wetgevende lichamen, daar zoowel voor de provinciale raden als voor den centralen wetgevenden raad het beginsel van opnemng van niet-ambtelijke leden aanvaard werd. Tevens werd in beginsel onderscheid gemaakt tusschen de wetgevende en uitvoerende macht, door, ook bij de centrale regeering, den wetgevenden raad eene andere samenstelling te geven dan den uitvoerenden raad van den Onderkoning.

Bescheiden noemde ik deze eerste stappen; het centrale wetgevende lichaam zou op een totaal van 14 tot 20 leden tenminste 3 tot 6 benoemde niet-ambtenaren tellen, terwijl de ambtelijke leden verplicht konden worden met de regeering mede te stemmen, zooals dit ook thans nog in alle Engelsche koloniën het geval is. Bovendien zou de nieuwe raad geen parlement, maar uitsluitend wetgevend lichaam zijn; dus geen behandeling van de begrooting, geen bespreking van het bestuursbeleid, geen moties tenzij met betrekking tot een wetsvoorstel. Soortgelijke bepalingen beheerschten de provinciale wetgevende raden.

Deze wetgevende raden waren dus in wezen adviseerende lichamen, uitsluitend op het beperkt gebied der wetgeving. Niettemin brachten zij een hervorming van groote principiële beteekenis. Naast het verleen van een stem aan het niet ambtelijk element lag hun beteekenis vooral in de openbaarheid van alle wetgevende werkzaamheid, in de veelzijdigheid van de voortaan niet louter ambtelijke voorlichting en in het begin van scheiding tusschen wetgevend en uitvoerend gezag.

### *De Indische Radenwet van 1892.*

Dertig jaren heeft de wet van 1861 gewerkt vóór een nieuwe radenwet haar verving. De wet van 1892 bouwde voort op de in 1861 gelegde grondslagen, bouwde de wetgevende raden in allerlei richtingen uit, maar handhaafde feitelijk onveranderd het stelsel. Overal bleven ambtelijke meerderheden, ook de niet-ambtelijke leden werden door den Gouverneur-Generaal benoemd evenals dit tot dusver het geval geweest was.



Toch beweegt de Radenwet van 1892 zich zeer duidelijk in de door steeds meerderen gewenschte richting van grooteren invloed van de bevolking op wetgeving en bestuur. Immers, in vier opzichten werden belangrijke wijzigingen aangebracht: het aantal leden der raden, ambtelijke zoowel als niet-ambtelijke, werd uitgebreid, gelegenheid werd geopend tot bespreking der begrooting (die echter *tevoren* door het Bcstuur werd vastgesteld, terwijl iedere spreker daarover slechts eenmaal het woord mocht voeren), een beperkt interpellatierecht werd toegekend, en de uitvoering bevatte de kiem van verkiezing der niet-ambtelijke leden. Wat dit laatste betreft werd namelijk bepaald, dat verschillende niet-ambtelijke leden benoemd zouden worden op voordracht van bepaalde lichamen. Daar in de praktijk van deze voordrachten niet werd afgeweken, werden deze leden in het spraakgebruik en ook in de ambtelijke stukken als „gekozen leden” aangeduid.

*De Morley-Minto Reforms van 1909.*

De eerste Radenwet van 1861 had dertig jaren gewerkt vóór men tot een herziening overging, waarbij uitbreiding gegeven werd aan haar beginselen. Onder de werking van de tweede Radenwet van 1892 deed de behoefte aan een nadere herziening zich veel spoediger gelden, dank zij de doorwerking der boven reeds uitvoerig geschetste beginselen van onderwijspolitiek en verindisching van den publieken dienst eenerzijds en de binnen- en buitenlandsche politieke onrust anderzijds, waarvan met name de Russisch-Japansche oorlog genoemd moet worden.

Deze omstandigheden leidden tot de Indische Radenwet van 1909, bekend als de MORLEY-MINTO Reforms naar de beide Staatslieden wier namen als Minister van Koloniën en Onderkoning aan deze herziening verbonden zijn.

De MORLEY-MINTO Reforms waren wederom niet anders dan een voortbouwen op de oude grondslagen, een welbewust vasthouden aan het autocratisch bestuur, dat alleen verantwoordelijk was aan het Britsche parlement en in de wetgevende en uitvoerende raden, dank zij een ambtelijke meerderheid in de centrale lichamen, ten allen tijde zijn wil kon doorzetten. Met groote beslistheid werd elke gedachte aan een stap op den weg naar een parlementaire regeering afgewezen. Met nadruk verklaarde Lord MORLEY<sup>12)</sup>: „If it could he said that this chapter of reforms led directly or indirectly to the establishment of a

parliamentary system in India, I for one, would have nothing at all to do with it." Niettemin moet achteraf erkend, dat deze herziening er zonder twijfel toe medegewerkt heeft, den wensch naar een verantwoordelijke regeering te stimuleeren, terwijl zeer spoedig bleek, dat de politieke aspiraties der Indische bevolking er niet door bevredigd werden.

De beteekenis der MORLEY-MINTO Reforms van 1909 lag zoowel in de wijziging van de samenstelling der raden als in de uitbreiding van hunne bevoegdheden.

Wat de samenstelling betreft werd de ambtelijke meerderheid in den centralen wetgevenden raad behouden, maar in de provinciale wetgevende raden losgelaten. Het aantal leden dat oorspronkelijk in 1861 voor de provinciale raden hoogstens 12, voor den centralen raad hoogstens 20 bedroeg, werd opgevoerd tot een maximum van 54 voor den grootsten provincialen en 69 voor den centralen raad. Bij de wettelijke regeling van de verkiezing van een deel der leden werd gestreefd naar een organische vertegenwoordiging van territoriale, economische, religieuze en rasgemeenschappen.

Ook van de uitvoerende raden werd de samenstelling gewijzigd, teneinde ook in de uitvoerende macht, in het bestuur zelve, het inlandsch element een plaats te geven. In verband daarmee werden zoowel in de provinciale uitvoerende raden, als in den centralen uitvoerenden raad van den Onderkoning, als ook in den „Council of India" te Londen inlandsche leden opgenomen.

De bevoegdheid der wetgevende raden werd in tweeërlei richting uitgebreid: de begrooting zou voortaan een uitvoerige behandeling in de wetgevende raden vinden vóór de vaststelling door het bestuur, en het geheele bestuursbeleid zou aan kritiek onderworpen mogen worden, zoodat voortaan niet alleen de wetgeving, maar ook het bestuur in publieke behandeling zouden komen.

Niettemin bleven de MORLEY-MINTO Reforms binnen het oude kader van de radenwet van 1861; de Regeering bleef door haar ambtelijke meerderheid in den centralen wetgevenden raad onbeperkt gezag behouden, daar de centrale raad zijn wetten in plaats van de provinciale kon stellen en de ambtelijke meerderheid verplicht was de Regeering te volgen. Zij mocht „responsive" zijn ten opzichte der adviezen van de wetgevende raden, „responsible" aan deze werd zij niet.

*De Montagu-Chelmsford Reforms van 1919.*

Den 20sten Augustus 1917 werd door den Minister van Koloniën de volgende belangrijke mededeeling aan het Lagerhuis gedaan <sup>13)</sup>:

„The policy of His Majesty's Government, with which the Government of India are in complete accord, is that of the increasing association of Indians in every branch of the administration and the gradual development of self-governing institutions *with a view to the progressive realisation of responsible government* in India as an integral part of the British Empire.”

De door mij gecursiveerde woorden: de voortschrijdende verwezenlijking van een verantwoordelijk bestuur, luidden een nieuw tijdvak in ten aanzien van Indië's constitutioneele ontwikkeling.

Niet zonder reden noemden Minister en Landvoogd in hun gezamenlijk rapport aan het parlement deze woorden de gewichtigste uitspraak ooit gedaan in Britsch-Indië's veelbewogen historie.

De principiëele keuze voor verantwoordelijk bestuur beteekende het loslaten van het autocratisch bestursstelsel, maar daarmede tevens een principiëele wijziging in de verhouding van Britsch-Indië tot het moederland. Was tot dusver, ook in de correspondentie tusschen Minister en Onderkoning, het standpunt gehandhaafd, dat de contrôle van het Britsche parlement en dus ook van den Minister van Koloniën het geheele veld van wetgeving en bestuur bestreek, nu bij deze hervorming het bestuur ten deele verantwoordelijk gemaakt werd aan vertegenwoordigende lichamen in Indië zelve, moest de contrôle van uit Londen dienovereenkomstig haar werkingsfeer inperken. Ten aanzien van de overgedragen onderwerpen van bestuur zou deze voortaan door den Minister — door tusschenkomst van den Gouverneur-Generaal in Rade — slechts worden uitgeoefend ter bescherming van imperiale of centrale belangen <sup>14)</sup>.

In Britsch-Indië gaf de boven aangehaalde uitspraak de op dat oogenblik hoog noodige ontspanning en gaf zij algemeen voldoening, niet slechts aan de Indische bevolking, maar ook aan het Engelsche ambtenarencorps, dat verlost werd van de verlamdende onzekerheid omtrent den te volgen koers, nu de Britsche Regeering het einddoel had aangegeven.

In Engeland zelf trok de verklaring zeer weinig de aandacht, daar de publieke opinie geheel door den oorlog in beslag genomen werd, en vond de koersverandering niet de waardeering die zij verdiende.

Nog in 1909 werd met de sterkste betuigingen door den toenmaligen Minister van Koloniën verzekerd, dat men er niet aan dacht, den parlementairen weg op te gaan, en slechts acht jaar later kondigt de Britsche regeering den nieuwen koers aan, waarbij invoering van een verantwoordelijk bestuur als doelstelling aanvaard wordt en welbewust de eerste — en beslissende — stappen op dien weg gezet worden.

De verklaring van deze plotselinge frontverandering ligt eenerzijds in de verder voortgeschreden ontwikkeling der verhoudingen in Britsch-Indië zelf, anderzijds in den wereldoorlog, waarin Britsch-Indië waardevolle diensten verleende, waarvoor ook verder de loyale medewerking van Indië noodig was, maar waarvan omgekeerd Indië ook den terugslag onderging in de grootere zelfbewustheid als gevolg van eigen prestaties en het ook daar doordringen van de leuze van het zelfbeschikkingsrecht der volkeren.

In de overtuiging, dat de bestaande toestand op het gebied van wetgeving en bestuur tot een groeiende ontevredenheid bij de Britsch-Indische bevolking leidde en tegelijkertijd het Engelsche bestuur in een steeds onhoudbaarder positie bracht, terwijl de mogelijkheden van het stelsel van 1861 door de opeenvolgende herzieningen uitgeput waren, kwamen de ontwerpers van de MONTAGU-CHELMSFORD Reforms met een geheel nieuw stelsel, bekend als het stelsel van DYARCHY, dat den overgang moest vormen naar een toekomst, welke Indië zelfbestuur met volledige verantwoordelijkheid aan Indische lichamen brengen zou. Ten einde duidelijk te doen uitkomen, dat met deze herziening der staatsregeling niet het laatste woord gesproken was, werd bepaald, dat na 10 jaren een commissie zou worden ingesteld om de werking daarvan na te gaan en voorstellen te doen voor eventueelen verderen voortgang.

De herziening van 1919 stelde nadrukkelijk als einddoel: zelfbestuur met een verantwoordelijke regeering en met het oog op de „voortschrijdende verwezenlijking” daarvan bracht zij al dadelijk een daadwerkelijk begin van deze verantwoordelijkheid aan eigen Indische raden in de sfeer der provinciale autonomie. Daartoe werden alle provinciale raden belangrijk uitgebreid en verkregen zij de bevoegdheid, bij een sterke *verkozen* meerderheid, over de begrooting te beslissen en de ministers op dezelfde wijze ter verantwoording te roepen en desgewenscht tot aftreden te dwingen als bij de Europeesche parlementen.

De meest opvallende eigenaardigheid der hervorming van 1919 was de invoering van het stelsel van Dyarchy, waarbij het uitvoerend bewind in de provinciën — niet in het centrale bestuur — in twee deelen gesplitst werd: Ministers, door den Gouverneur benoemd uit de gekozen leden, verantwoordelijk voor hun beleid aan den raad, en belast met de „overgedragen” onderwerpen van staatszorg eenerzijds, en Leden van den uitvoerenden raad anderzijds, ambtenaren zonder eenige verantwoordelijkheid aan den raad, belast met de „gereserveerde” onderwerpen. Overgedragen werden de departementen van onderwijs, plaatselijk bestuur, accijns en volksgezondheid; gereserveerd bleven landrente, irrigatie, politie en financiën. <sup>15)</sup>

Een bepaald succes is dit systeem zeker niet geworden. De verantwoordelijke Ministers bleken niet te kunnen rekenen op den geregelden steun van de door hen vertegenwoordigde groepen en de gang van zaken bracht, als geheel gezien, niet de daarvan gehoopte ontwikkeling van het stelsel van verantwoordelijk bestuur, waardoor men geleidelijk tot verruiming van de grenzen der overgedragen onderwerpen kon overgaan. De Commissie-SIMON, waarover hieronder nader, meent niettemin, dat men niet van een mislukking kan spreken, maar dat het stelsel bij de meeste provinciale raden in het algemeen succesvol geweest is als overgangsmaatregel naar een nieuwen toestand.

In het centrale gouvernement bracht de hervorming van 1919 de verdeling der wetgeving over twee kamers: de Council-of-State en de centrale wetgevende raad, maar geen begin van verantwoordelijk bestuur. Het gevolg is geweest, dat daar ministers, die niet tot aftreden gedwongen konden worden, kwamen te staan tegenover een groote verkozen meerderheid, waarmede botsingen niet konden uitblijven.

De MONTAGU-CHELMSFORD Reforms bleven dus hinken op twee gedachten, waaruit conflicten moesten voortkomen, ter oplossing waarvan bijzondere bevoegdheden aan de Gouverneurs in de provinciën en aan den Gouverneur-Generaal in het centrale bestuur verleend werden. Zij konden zoowel maatregelen, welke zij van essentieel belang achtten, doorzetten als fondsen beschikbaar stellen tegen de wetgevende macht in; bovendien konden zij het beheer van overgedragen onderwerpen terugnemen.

\* \*  
\*

*De thans aanhangige voorstellen.*

De wet van 1919 bepaalde, dat na tien jaren een commissie zou worden ingesteld om aan Regeering en Parlement te rapporteeren over de werking der MONTAGU-CHELMSFORD hervormingen en nieuwe voorstellen te doen. Onder den druk der publieke opinie in Britsch-Indië en in Engeland werd reeds in 1927 tot de instelling van deze commissie overgegaan onder voorzitterschap van Sir JOHN SIMON, den tegenwoordigen Minister van Buitenlandsche Zaken. Na twee langdurige bezoeken aan Indië gebracht te hebben bracht de Commissie medio 1930 een uitvoerig rapport uit, dat het uitgangspunt vormde voor verdere besprekingen.

Naast het bijeenbrengen van een overzichtelijk geordenden schat van gegevens heeft de Commissie-SIMON vooral in tweëerlei opzicht grooten invloed geoeffend op den verderen gang van zaken. Zij nam het initiatief om bij de herziening der staatsregeling voor het rechtstreeks bestuurd gebied ook de Indische Staten te betrekken, en zij stelde aan de Regeering voor, haar rapport ten grondslag te leggen aan een bespreking in een vergadering van vertegenwoordigers van geheel Britsch-Indië met inbegrip van de Indische Staten. Uit deze voorstellen is de zoogenaamde „Round Table Conference” voortgekomen, een conferentie gehouden onder presidium van den Minister-President, waaraan een geheele reeks van afgevaardigden uit Britsch-Indië deelnam. Door deze conferentie werd Britsch-Indië zelf in de gelegenheid gesteld, door eigen afgevaardigden deel te nemen aan de beraadslagingen over Britsch-Indië's toekomst, en tegemoetgekomen aan de ernstige en niet onbegrijpelijke ontstemming over het feit, dat in de commissie-SIMON geen enkele Indiër zitting had.

De commissie-SIMON had, kort samengevat, drie zaken voorgesteld:

10. dat in de provinciale besturen het beginsel der verantwoordelijkheid volledig zou worden doorgevoerd;
20. dat in het centrale bestuur geen stappen in de richting van verantwoordelijkheid gedaan zouden worden;
30. dat enkele maatregelen genomen zouden worden als voorlopers van een mogelijke toekomstige federatie met de Indische Staten.

De Ronde Tafel Conferentie bracht al dadelijk een groote verrassing, die een dubbel gevolg had van vergaande strekking. De Vorsten verklaarden zich bereid, reeds nu tot een federatie toe te treden en dus een deel van hun autocratische macht prijs te geven, mits ook het

centrale federale gouvernement tot op zekere hoogte verantwoordelijk werd aan de federale wetgevende macht in Indië.

Het Britsche gouvernement aanvaardde dit aanbod en bij de verdere uitwerking der voorstellen werd nu uitgegaan van deze drievoudige basis:

10. een centrale federatie van geheel Britsch-Indië inclusief de Indische Staten;
20. volledige verantwoordelijkheid in de autonome provinciën;
30. een zekere mate van verantwoordelijkheid bij de centrale regeering.

Eindresultaat der verdere adviezen en besprekingen zijn de voorstellen, welke in 1933 door de Britsche regeering aan het parlement werden voorgelegd <sup>16)</sup> en thans een onderwerp van studie uitmaken in een gemengde commissie uit beide kamers.

Verantwoordelijkheid omringd met waarborgen is de grondslag der nieuwe voorstellen.

In de provincies verdwijnt de Dyarchy en komt de volle verantwoordelijkheid aan den wetgevendenden raad voor alle departementen, justitie en financiën inbegrepen.

In de centrale regeering doet de verantwoordelijkheid der ministers voor het eerst haar intrede, en dat voor alle departementen met uitzondering van defensie, buitenlandsche zaken en eeredienst. <sup>17)</sup>

De centrale regeering, tot dusver in haar raden alleen tot het rechtstreeks bestuurd gebied beperkt, wordt een federale regeering met jurisdictie ook over de Indische Staten voorzover deze bereid zijn die te verleen.

Tegelijkertijd met deze ingrijpende hervormingen worden de noodige waarborgen tegen ontsporingen in het leven geroepen: op financieel gebied wordt een onafhankelijke, particuliere centrale bankinstelling gesticht; de federatie treedt niet in werking voor dat minstens 50 % der voornaamste vorsten bereid blijkt toe te treden en de financiële toestand invoering mogelijk maakt; de departementen van defensie, eeredienst en buitenlandsche zaken blijven op den ouden voet onder den Gouverneur-Generaal ressorteeren met verantwoordelijkheid van dezen aan het Britsche parlement. Ook de fondsen voor deze departementen — ongeveer 75 % van het federale budget — zijn niet afhankelijk van goedkeuring door de wetgevende macht. De Indische wetgevende macht wordt niet bevoegd de staatsregeling te veranderen of,

zonder de instemming van den Gouverneur-Generaal, wetsontwerpen te behandelen met betrekking tot defensie, buitenlandsche zaken, de munt en de valuta.

Tenslotte ontvangen, met het oog op conflicten, de Gouverneur-Generaal en de provinciale Gouverneurs bijzondere bevoegdheden in verband met hun verantwoordelijkheid voor de handhaving van rust en orde, de bescherming der minderheden en der ambtenaren, om in het uiterste geval op wetgevend en uitvoerend gebied te handelen tegen den wil van hunne ministers of van de wetgevende raden.

Als rechtstreeksch uitvloeisel van het volledige provinciale zelfbestuur en de verantwoordelijkheid van provinciaal en centraal uitvoerend gezag aan de vertegenwoordigende lichamen in Indië ondergaat de verhouding tusschen deze besturen en het opperbestuur in Engeland een groote verandering. De verantwoordelijkheid aan het Britsche parlement en de ondergeschiktheid aan de bevelen van den Minister van Koloniën vermindert in gelijke mate als de verantwoordelijkheid aan plaatselijke vertegenwoordigende lichamen toeneemt. Op dit punt spreekt wel zeer sterk de beteekenis der nieuwe voorstellen ten aanzien van de autonomie, welke door het moederland aan Britsch-Indië verleend wordt. De „Council of India” te Londen en de figuur van de „Secretary of State in Council of India”, die sedert 1858 bestaan hebben, zullen dan ook verdwijnen, al zal de Minister van Koloniën eenige adviseurs benoemen, die in bepaalde zaken hun medewerking zullen hebben te verleen.

Worden deze voorstellen wet, dan zal Britsch-Indië nog wel niet den staat van „dominion” bereikt hebben, maar toch een groote schrede vooruit gedaan hebben in die richting en een mate van zelfbestuur deelachtig zijn, welke hemelsbreed verschilt van den huidigen toestand.

Niet, dat daarmede alzijdige bevrediging verkregen zal worden. De Labourpartij in Engeland en de nationalistten in Indië zouden reeds nu veel verder willen gaan ; de Conservatieven in Engeland en sommige Vorsten in Indië achten zelfs deze regeling een bedenkelijk experiment. Maar gezien de voorbereiding en de pers mag verwacht worden, dat de thans voorgestelde staatsregeling — waarvan de hoofdlijnen nog verder in een wetsontwerp uitgewerkt moeten worden — vrij algemeene instemming zal vinden en in de hoofdzaken ongewijzigd tot stand zal komen.



*Slotbeschouwingen.*

Overzien wij tenslotte de staatkundige ontwikkeling van Britsch-Indië, zooals deze tot de thans aanhangige voorstellen geleid heeft, met het oog op de toekomst van Nederlandsch-Indië, dan treft ons allereerst het feit, dat Britsch-Indië onze Oost eenige tientallen van jaren vooruit is. Dit geldt niet alleen van de staatkundige ontwikkeling, maar ook, en zelfs in nog sterkere mate, van de cultureele en economische ontwikkeling, welke aan de staatkundige ten grondslag moet liggen. In het eerste deel van dit artikel is dit nader uiteengezet en toegelicht. De onderwijspolitiek, sedert 1833 in Britsch-Indië gevolgd, is een der voornaamste factoren hierbij geweest. De tweede machtige factor is de autoactiviteit der bevolking, met name op economisch gebied, welke in Nederlandsch-Indië nog zeer veel te wenschen overlaat.

De blijvende verschillen tusschen Nederlandsch- en Britsch-Indië als gevolg van de veel grootere uitgebreidheid en differentiatie van laatstgenoemd gebied, de beteekenis en bijzondere positie der Indische Staten, en de afmeting en betrekkelijke zelfstandigheid van de provincies, maken het uitermate onwaarschijnlijk, dat het voorbeeld van een federatie in Nederlandsch-Indië ooit navolging zal vinden. Voorloopig is er zeker geen enkele reden aan te wijzen om in die richting een oplossing te zoeken en blijft het aangewezen, te streven naar verleening en versterking van provinciale en plaatselijke autonomie in een blijvende eenheidsstaat. Britsch-Indië levert echter het bewijs, hoe weinig de toekomst zich laat voorspellen. Terecht heeft Dr. COLIJN indertijd gezegd<sup>18)</sup>, dat het volkomen nutteloos is op het oogenblik reeds te willen vaststellen, welken vorm de zelfstandigheid van Nederlandsch-Indië in het Rijksverband in de toekomst zal aannemen.

Een en andermaal is in de voorgaande bladzijden gewezen op den beslissenden invloed der onderwijspolitiek in Britsch-Indië voor de staatkundige ontwikkeling. Het voortgezet en hooger onderwijs met Engelsch als voertaal is daardoor onevenredig veel vroeger en sterker tot ontwikkeling gekomen dan het volksonderwijs, met al de nadeelige gevolgen daarvan. Nederlandsch-Indië is gelukkig voor deze fout bewaard gebleven, maar waakzaamheid blijft ten deze geboden, daar met zekerheid van inheemsche zijde een steeds sterkere aandrang te verwachten is om ook in onze Oost dien verkeerden weg op te gaan.

Het sedert 1919 in Britsch-Indië loopende experiment met dyarchy in de provinciale besturen lokt door zijn resultaten wel allerminst tot

navolging. Het feit, dat omnium consensu in het Engelsche zoowel als in het Nederlandsche koloniale gebied verantwoordelijk zelfbestuur niet op eenmaal in vollen omvang aan de provincies geschonken kon worden, heeft in Nederlandsch-Indië naar een andere oplossing doen zoeken. Beter dan het stelsel van dyarchie schijnt de in onze Oost gekozen oplossing, waarbij gedeputeerden en provinciale raad een arbeidsveld van denzelfden omvang hebben, maar dit arbeidsveld zelf — ook in den raad — aanvankelijk beperkt gehouden is. Alleen moet erkend, dat deze beperking in onze Oost nog altijd veel te ver gaat, waardoor het provinciale zelfbestuur niet tot ontwikkeling kan komen, omdat men zich angstvallig heeft afgevraagd, wat zonder eenige schade hoegenaamd aan de provincie zou kunnen overgaan, in plaats van juist omgekeerd uit te gaan van een zoo volledig mogelijke overdracht, waarbij alleen in de uiterste noodzaak onderwerpen voor het centrale bestuur gereserveerd moeten worden.

De sterke positie der Indische Staten is een gunstige factor gebleken voor de staatkundige ontwikkeling en den weerstand tegen destructieve invloeden in Britsch-Indië. Voor Nederlandsch-Indië ligt hierin een aanwijzing ernst te maken met de voortzetting der zelfbestuurspolitiek, opdat de zelfbesturen in den ouden zin, en misschien ook nieuwe zelfbesturende landschappen in rechtstreeks bestuurd gebied soliede bouwsteenen mogen vormen voor het toekomstig staatkundig bouwwerk van Nederlandsch-Indië.

Het Britsch-Indische kiesrecht, uiteraard verder ontwikkeld dan in onze Oost, streeft duidelijk naar een, zij het gedeeltelijk organische vertegenwoordiging. Naast territoriale vertegenwoordiging vinden wij afzonderlijke kiezerscorpsen voor belangengemeenschappen (kamers van koophandel, groote landeigenaars), sociale gemeenschappen (Indo-Europeanen, depressed classes) en godsdienstige gemeenschappen (Hindoes, Mohammedanen, Christenen en Sikhs). Nederlandsch-Indië staat daar niet principiëel afwijzend tegenover, getuige de samenstelling van den Volksraad uit een bepaald getal onderdanen-Nederlanders, inheemsche onderdanen-niet-Nederlanders (inlanders) en uitheemsche onderdanen-niet-Nederlanders (Chineezzen enz.), welke door gescheiden kiezerscorpsen gekozen worden. Sterker nog spreekt dit beginsel der organische vertegenwoordiging uit de benoemingen door den Gouverneur-Generaal van een belangrijk gedeelte der raden, waarbij opzettelijk gestreefd wordt naar een harmonische vertegen-

woordiging van belangen en beginselen. Bij den verderen uitbouw van de vertegenwoordigingen in de toekomst, waarbij vrij zeker het verkozen element ten opzichte van het benoemde element zal toenemen, zal nauwlettend toegezien moeten worden, dat deze kiem van organische vertegenwoordiging tot verdere ontwikkeling gebacht wordt. De tijden zijn hiervoor gunstig, nu in Europa de principiële fouten van het atomistische, individueele kiesrecht steeds meer erkend worden.

De staatkundige opbouw van Britsch-Indië in de laatste honderd jaren is niet in de eerste plaats de uitkomst van wetenschappelijk onderzoek en strenge logica ter bereiking van een ideale staatkundige constructie, maar sociale en economische factoren, ras en godsdienst, sentiment en mystiek hebben daarbij een groote rol gespeeld.

De opbouw van staat en maatschappij in een kolonie is niet los te maken van de koloniale verhouding met zijn samenwerking van en strijd tusschen twee culturen en tweeërlei levensbeschouwingen. De op beschouwing ingestelde oostersche ziel vindt geen voldoening in de maatregelen van het op efficiency gerichte westersche verstand. Daarom sprak de Britsch-Indische TAGORE eens: „Zendt ons toch niet alleen uitstekende administratie en vèrgaande techniek, niet alleen geweren en machines met bijbehorende menschelijke instrumenten, zendt ons zielen!”

Die wensch vindt weerklink in de koloniale paragraaf van het anti-revolutionair program van beginselen. Het poneert niet slechts, dat de koloniale politiek gedragen worde door het beginsel eener zedelijke roeping — dat wordt tegenwoordig algemeen in Nederland erkend —, maar daarnaast, dat er naar gestreefd worde de „eigen Aziatische geaardheid tot hooger ontwikkeling te brengen”. Ook hierin gaan velen mede, ook van de linksche partijen. Het specifieke in ons koloniaal program ligt in de erkenning van de kerstening van Indië als een roeping van het christenvolk in Nederland en de waardeering daarvan als „óók uit staatkundig en maatschappelijk oogpunt van overwegend belang” en daarom aanspraak makend op steun van de Overheid.

In Nederlandsch-Indië hebben evenals in Britsch-Indië vele moeilijkheden hun diepsten grond in de kloof, die er thans nog bestaat tusschen de godsdiensten en wereldbeschouwingen van de ook reeds door rasverschillen gedeelde samenleving. Een doelbewuste uitvoering en verdere doorwerking van het antirevolutionair koloniaal program kan

er machtig toe bijdragen deze klove te overbruggen en in dien weg een bijdrage van onschatbare waarde te leveren voor den toekomstigen opbouw van Nederlandsch-Indië.

<sup>1)</sup> De term Britsch-Indië wordt hier, zooals in het Nederlandsch gebruikelijk, gebezigd voor het geheele gebied, met inbegrip van de Indische Staten. In het Engelsch spreekt men voor het geheel van „India”, en slaat „British-India” alleen op het rechtstreeks bestuurd gebied.

<sup>2)</sup> Zie o. a. het schrijven van den Secretary of State for India aan den Governor-General of India in Council van 26 Juni 1895 (PERCY DUMBELL, *Loyal India*, 1930, blz. 34—38), waarin de verhouding tusschen het Opperbestuur en de Britsch-Indische Regeering uitvoerig behandeld wordt. Zie ook *Parl. Papers* 1895, Cmd. 7731.

<sup>3)</sup> Cursiveering van mij. R.

<sup>4)</sup> Interim-report of the Indian Statutory commission, „Review of Growth of Education in British-India.” *Parl. Papers*, Cmd. 3407, 1929, blz. 345.

<sup>5)</sup> Zoo geheeten naar het jaarlijksche „Indische Nationale Congres”, dat in 1885 voor het eerst samenkwam, en al spoedig de invoering van het parlementaire stelsel op zijn program plaatste. De congrespartij vertegenwoordigt allerminst de geheele publieke opinie, maar wel het meest roerige en geavanceerde gedeelte der bevolking.

<sup>6)</sup> C. F. ANDREWS. *India and the Simon Report*, 1930, blz. 10.

<sup>7)</sup> ARTHUR DUNCAN. *India in crisis*, 1931, blz. 109, 115, 117.

<sup>8)</sup> C. F. ANDREWS. *India and the Simon Report*, 1930, blz. 43, 44.

<sup>9)</sup> Dr. Ir. H. G. VAN BEUSEKOM. GANDHI, 1930, blz. 22.

<sup>10)</sup> PERCY DUMBELL. *Loyal India*, 1930, blz. 3 en 4.

<sup>11)</sup> *Ibidem*, blz. 6.

<sup>12)</sup> Report on Indian Constitutional Reforms, 1918, *Parl. Papers*, Cmd. 9109, blz. 68.

<sup>13)</sup> *Parl. Papers* 1918, Cmd. 9109, blz. 5.

<sup>14)</sup> Een soortgelijke beperking legde de Britsche regeering zichzelf op bij de „Fiscal Convention”, waarbij overeengekomen werd, dat de Minister van Koloniën zich zou onthouden van inmenging in fiscale kwesties, met name de vaststelling van het tarief van invoerrechten, als daarover in Indië zelf overeenstemming verkregen was, behoudens natuurlijk de imperiale belangen.

<sup>15)</sup> Over de regelingen op het gebied van financiën en belastingheffing wordt hier verder gezwezen om de voorstelling niet ingewikkelder te maken. Het spreekt wel vanzelf, dat provinciale autonomie, zelfbestuur en verantwoordelijk bestuur gepaard moeten gaan met financiële vrijheid en verantwoordelijkheid, welke daarmede in overeenstemming zijn.

<sup>16)</sup> *Proposals for Indian Constitutional Reforms*. *Parl. Papers*, Cmd. 4268, 1933.

<sup>17)</sup> De speciaal voor deze drie onderwerpen in het leven geroepen waarborgen vinden een analogie in de artikelen 91 en 176 der Indische Staatsregeling, waarbij deze zelfde drie onderwerpen onttrokken zijn aan den ordonnantie-wetgever in Nederlandsch-Indië.

<sup>18)</sup> Handelingen der Eerste Kamer van 17 April 1929. Zie ook H. COLIJN, *Geen rust maar bezinning*, Amsterdam, 1929.

---

---

# CALVINISME EN NATIONALE REACTIE, VOORAL IN ZUID-AFRIKA

DOOR

PROF. DR. G. BESSELAAR.

Het gereformeerd Protestantisme heeft zich in de zestiende eeuw baan gebroken onder vele volkeren. Het verspreidde zich immers van Zwitserland naar Frankrijk, Italië en Spanje; schoot wortel in West-Duitschland, de Nederlanden, Engeland en Schotland; rankte aanvankelijk welig in Polen en Hongarije en werd door kolonisatie overgeplant naar Noord-Amerika en Zuid-Afrika. In al deze landen, behalve in drie, kon het in den loop der eeuwen zich handhaven en in de laatste eeuw zijn jeugd in enkele vernieuwen. Is het kort na zijn invoering bezwaken, in Spanje onder de autodafé's der inquisitie, in Italië door de methoden der Contra-Reformatie en in Polen onder het Socinianisme en het Jezuitisme, — overal elders, waar het maar tijd kreeg om de volksziel te raken, heeft het zich daarmee vereenzelvigd en naar de mate, waarin het dit deed, meer of minder sprekende nationale schakeeringen ontwikkeld.

Het was bijv. wel typeerend, dat in de periode der confessies de kerken zich nationaal bezonnen hebben op de registratie hunner leer in een veertigtal belijdenisschriften, benoemd naar het land of zelfs de stad, waar zij werden opgesteld. Naast de *confessio gallicana* (1559), de *Nederlandsche* (1561) en *helvetica posterior* (1562), noemen wij slechts den *Heidelbergschen catechismus* en de 39 artikelen van *Westminster* (beide van 1563) en gij hebt binnen een tijdperk van vijf jaren vijf nationale belijdenisschriften, opgesteld als een poging tot legitimatie van nationaal-gereformeerde overtuiging voor de rechtbank der publieke opinie.

De organisatie van het Lutheranisme hiertegenover was veel minder internationaal geteekend: het vond zijn aanhang bijna uitsluitend onder

Noordgermaansche volken en na meer dan vier eeuwen is zijn invloed heden nog nagenoeg beperkt tot Noord-Duitschland en de Skandinavische landen en tot uitgewekenen uit deze oorden, ook naar overzeesche gewesten. Nu zouden wij geen menschen van de twintigste eeuw zijn, vooral niet bij het toegespitst nationalisme en de rassentrots, die wij beleven, als bij het vorschen naar de gronden van verschil in uitbreiding tusschen gereformeerd en luthersch Protestantisme, de vraag zich niet opdrong, of nationaliteit en ras hier misschien een rol hebben gespeeld. Om vooraf duidelijk te onderscheiden, wil ik neerleggen, dat ras een *biologisch* feit is met al de anthropologische implicaties daaraan verbonden, terwijl nationaliteit een *historisch* feit is. Ras heeft naar onze meening geen aandeel gehad of kunnen hebben, dat het verschil verklaart in den graad van verbreiding tusschen CALVIJN's en LUTHER's doctrine. De laatste heeft uitsluitend onder Germaansche en slechts onder enkele Germaansche volken, de eerste onder Germanen, maar ook onder Romanen en Magyaren ingang gevonden, maar wat ras aangaat, beperkt het vermogen tot kerkvorming zich, althans tot heden, voor Lutherdom en Calvinisme tot het Indo-Germaansch ras. Waarom hebben dan echter alleen de Noord-Germanen, zoo sterk gereageerd op LUTHERS leer en bleken zij nagenoeg ontoegankelijk voor die van CALVIJN? Als één verklarenden factor, die althans voor de Duitschers geldt, noem ik een nationalen karaktertrek en wel het kudde-instinct, dat de Duitscher bij al zijn onstuimige algemeen-germaansche vrijheidsliefde vertoont. Met Duitse trouw volgt hij zijn Führer nagenoeg blindelings: op het slagveld, in de politiek en evenzoo op geestelijk terrein. De geschiedenis van twintig eeuwen levert het bewijs: bijv. bij ARMINIUS, BARBAROSSA, LUTHER, FREDERIK DEN GROOTEN en BISMARCK om van de levenden te zwijgen. De aandrang van het Calvinisme op persoonlijkheid past niet bij dit gregale instinct; hij heeft alleen gewerkt in West-Duitschland, Bremen, Anhalt, Nassau, Hessen, de Palts en de Rijnprovincies, een gebied, dat dan ook anthropologisch den overgang vormt naar Nederland. Als tweeden mogelijken factor ter verklaring van Duitschlands luthersche stabiliteit noem ik den roomschen zuurdeesem, die in LUTHER en het Lutheranisme nawerkt: Dr. MARTIN's geesteshouding is levenslang die van den monnik gebleven, terwijl CALVIJN een streep getrokken heeft door en onder zijn roomsch verleden. Wie roomsch zegt, zegt: uniform, en wel opmerkelijk is, dat de formuleering der luthersche leer zich de eeuwen

door heeft gehouden bij de ééne Augsburgsche confessie van 1530.

Het Roomsch-Katholicisme heeft in de eeuwen en de landen zijn catholiciteit gehandhaafd door eenvormige discipline, een algemeene kerktaal, dezelfde ritus en liturgie en blinde gehoorzaamheid aan een centraal gezag. Het heeft ras en nationaliteit uitgeschakeld als logische consequentie van zijn principe: scheiding tusschen natuur en genade.

Het gereformeerd Protestantisme daarentegen is inderdaad zoo rijk gedifferentieerd, dat zijn onderscheiden nationale levenshoudingen aanwellen tot een symphonie, die uitklinkt boven den doodschen monotoon van de roomsch-katholieke wereldkerk. De Gereformeerden vestigden geen klove tusschen natuur en genade, maar eischten het leven en zijn volheid op tot de eere van God, en juist onder de dispensatie van het Calvinisme werden nationale onderscheiden in bedeeeling met krachten, machten, gaven en gunsten zooveel te meer facetten aan het edelgesteente der gereformeerde christenheid, die geslepen en gepolijst werden om meer schittering te geven aan deze schepping Gods naar het welbehagen van Zijn wil. In dit licht bezien waren nationale verschillen niet langer een belemmering en wanklank, maar leverden zij een verrijkte modulatie in het Te Deum der eeuwen. Gelijktijdige ontwaking van nationaal besef in het Europa der zestiende eeuw was uitermate bevorderlijk aan de pluriformiteit van het zich organiseerend gereformeerd Protestantisme. Nationalisme is bewust geworden nationaliteit, een proces, dat geleidelijk verloopt langs historische banen; het is reeds begonnen in de middeleeuwen door reizen en trekken. Want huis-musschen waren de middeleeuwers allermint, dat leeren de volksverhuizingen, de invallen der Noormannen en de kruistochten wel anders. Handelsreizen, jaarmarkten, ontdekkingstochten en oorlogen voerden velen van oord tot oord en bevorderden de geestelijke wereld- en zelfontdekking. Van ambachtslieden eischten de gilden een aantal *Wanderjahre*, die behalve beroepswaarde ook de nationaal-opvoedkundige hadden om onderscheid in gouwen en vorstendommen te leeren opmerken. Studenten trokken van de eene universiteit naar de andere zonder aanzien van profane grenzen en de *grand tour* was de sluitsteen in het opvoedingsstelsel voor rijken en edelen. Dan was daar de Kerk! Zij had een netwerk van geestelijke verkeerswegen met bisschoppen als verkeersagenten. Het weefsel van het net verbond elken draad middellijk met Rome, en kloosters en scholen vormden de knopen er in; deze waren tevens seinposten, die aan den Heiligen Stoel trouw en belangeloos

het laatste nieuws toezonden. Als ooit de menschheid goed ingelicht en ruim van blik was, was het in het herfstgetij der middeleeuwen, Renaissance en Humanisme deden er hun voordeel mede en de Reformatie volgde weer in hun spoor. Zonder ERASMUS kan de Hervorming in Zwitserland, Frankrijk en Engeland niet verklaard worden. Hij riep de geleerden weg van de scholastiek naar de kerkvaders en opende veler oogen door zijn uitgave van het Grieksche Nieuwe Testament in 1516.

Waren de Roomsche Curie, Renaissance en Humanisme internationaal gericht, — CALVIJN niet minder: zijn belangstelling omvatte geheel bekend Europa, d. i. de toen bekende wereld. Hij was Franschman van geboorte, maar sprak en schreef een sierlijk Latijn, de wereldtaal van toen; hij huwde Idelette van Buren, de weduwe van een Nederlandschen Anabaptist; leerde te Straatsburg de beginselen der Hervorming in de praktijk kennen en toepassen; bezocht Italië; verrichtte zijn levenstaak te Genève, een Europeesch middelpunt; werkte daar samen met geleerden uit aller heeren landen; ontving bezoeken ter samenspreking en voerde briefwisseling met kerkelijke leiders, met verdrukten, gevangenen en martelaren uit de vier hemelstreken; hij verklaarde zich bereid tien zeeën over te steken om de zaak der Reformatie te bepleiten en bevorderen. De universaliteit van het gereformeerd Protestantisme lag dus in knop reeds besloten in CALVIJN.

Dit brengt ons tot de kern van ons betoog: de wereldbetekenis van het Calvinisme, vooral door zijn opbloei in nationale variëteiten, ontstaan onder nationale reactie. Een van de oorzaken van deze verscheidenheid in eenheid is het evenwicht tusschen contra-polaire verhoudingen als structureel principe van CALVIJN'S levens- en wereldbeschouwing. Als sprekende voorbeelden haal ik aan van Dr. WIELENGA: „Verborgenschap en openbaring, transcendentie en immanentie Gods, verstandelijkheid en mystiek, geest en stof, hemel en aarde, afhankelijkheid en verantwoordelijkheid, wereldvlucht en cultuur.”

Hebben wij hier misschien een toepassing van de theorie van het spel, door HUIZINGA te Leiden en Weenen ontwikkeld? Dat de natuur, de geschiedenis en het menschenleven vol is van spel, van spelingen der natuur? Is het niet geboekstaafd, dat de Opperste Wijsheid een voedsterling was bij Hem, dagelijks Zijn vermaken, te aller tijd voor Zijn aangezicht spelende; spelende in de wereld Zijns aardrijks en waren Zijn vermaken niet met der menschen kinderen? — Zouden



de spelingen van klanken en kleuren in het veelkleurige en veeltalige Calvinisme niet een bedrijf kunnen vormen in de *Divina Comoedia* der eeuwen?

Nationaal verschil in verschijningsvorm van Calvinisme berust dikwijls op een onderscheid in accent op het een of het andere lid van een of meer der genoemde tegenstellingen, uiteindelijk te verklaren, historisch en ethnologisch, uit ingeschapen impulsen in de betreffende nationale media; bovendien werden deze variaties nog scherper geteekend door bijkomstige maatschappelijke, kerkelijke, staatkundige en intellectuele omstandigheden dezer volkeren. Zij alle werkten als menging tot scheikundige synthesen van wel dezelfde elementen, maar telkens in verschillende verhouding aanwezig.

Wij moeten hierbij twee componenten wel onderscheiden: 1<sup>o</sup>. den constanten component, nl. de eigen ideologie van het Calvinisme; deze vormt het statische element in elken nationalen verschijningsvorm er van en is het best te benaderen in tegenstelling van het Calvinisme met het Roomsche-Katholicisme, het Lutheranisme, het Anabaptisme en het Rationalisme. Naast dezen constanten bestaat nu de tweede, de variabele component; deze vormt het dynamische element in elken nationalen verschijningsvorm van het Calvinisme; en deze is de ziel of het *génie* van het betreffende volk in zijn geo-politieke bepaaldheid. Om den constanten component kristalliseert zich blijkens de geschiedenis de formulering der onderscheiden nationale en regionale confessies; de variabele component is dan de nationale reactie, waarin het motief dóórtrilt van wat de volkeren beweegt en aandrijft in hun nationalen vorm van godsdienstige levensopenbaring. De reactie komt dus van twee kanten: de constante component richt en remt de werking van den variabelen, en deze assimileert de doorwerking van den constanten component aan de ingeschapen nationale levenswet.

Een van de treffendste en meest recente toepassingen van deze theorie voltrekt zich voor onze oogen en vormt het onderwerp van dit artikel: „Calvinisme en nationale reactie, vooral in Zuid-Afrika.”

Om het Zuidafrikaansch Calvinisme genetisch en organisch te begripen, moeten wij zijn geschiedenis kennen. Het stamt af van het Nederlandsch Calvinisme; maar naast de meerderheid van Nederlanders, vooral Hollanders en Zeeuwen, die in 1652 de Kaap koloniseerden, was ook een sterke minderheid van Duitschers; een niet talrijk, maar beginselvast element van Fransche Hugenoten voegde

zich een geslacht later daarbij. Deze factoren bleven anderhalve eeuw werkzaam; door de Britsche occupatie in 1806 kwamen er Engelsche en Schotsche bij, die nu ruim een eeuw om de beslissing geworsteld hebben in den opbouw van een Afrikaansche cultuur, ook op godsdienstig gebied. Methodisme en modernisme werden er in de 19de eeuw bekend als die de bijlen omhoog aanbrachten in de dichtigheid van het geboomte, die het met houweelen en beukhamers in stukken wilden slaan; zij hebben zelfs alreede de bijl gelegd aan den wortel des booms.

Wij moeten derhalve nagaan, hoe de volksaard in Nederland, Duitschland, Frankrijk, Engeland en Schotland onderscheidenlijk gereageerd heeft op den constanten component van het Calvinisme en hoe daarna de variabele component van het Afrikaansche volkskarakter achtereenvolgens gereageerd heeft op deze elders reeds geassimileerde typen van Calvinisme om ze in den loop van nog geen drie eeuwen plaatselijk om te zetten in een eigen Zuidafrikaansche variëteit.

Historisch komt eerst het Duitsche Calvinisme. Als een der grondtrekken van den Duitschen volksaard noemden wij reeds volgzzaamheid en signaleerden dezen als niet bevorderlijk aan het Calvinisme. Een tweede en evenzoo werkzame omstandigheid is de zeer zwakke aanwezigheid in den Duitscher van een welgefondeerd het Duitsche Rijk omvattend patriotisme. Indien het bestaat, is het een kasplant, gekweekt door BISMARCK en nu weer in de trekkas geplaatst door HITLER. De gemiddelde Duitscher immers heeft nog een middeleeuwsch plaatselijk patriotisme voor zijn geboorteplek of zijn gouw of een der vijfentwintig Duitsche Staten, waaruit met vuur en ijzer in 1871 het Duitsche Rijk gesmeed is, zoodat een Pruis en een Beier ethnologisch meer van elkaar verschillen dan een Noord- en Zuidbrabander. Trefvend blijkt dit bij een vergelijkende studie van de zeer talrijke Duitsche *National-lieder*. Geldt deze bewering van zwak nationaal gevoel reeds van den Duitscher in Duitschland, nog meer van den Duitscher in Zuid-Afrika. *Ubi bene, ibi patria*. Bovendien waren de Duitschers onder de eerste nederzetteren aan de Kaap huursoldaten en lagere ambtenaren, dus alleenstaande mannen, tijdelijk en onder contract daar vertoevende. Deze Duitsche mannen, die als vrijburgers verlof tot vestiging bekwamen, huwden Hollandsche vrouwen en nu is het een kenmerk van het Calvinisme, gelijk van alle welgefundeerde levensbeginselen, dat het het beste opbloeit in een gezin als kring van gelijk-

gezinden. De Duitse vader kon den calvinistischen toon niet inzetten, omdat hij, indien niet roomsch, dan toch meestal luthersch was, zoodat de gezinnen door deze Duitse niet-Calvinisten in een huwelijk met niet-Duitse vrouwen gevormd, geen aanleiding boden in Zuid-Afrika een nauwelijks bestaand Duitsch Calvinisme te bevestigen. Wij besluiten derhalve, dat een Duitse factor in den opbouw van het Zuidafrikaansch Calvinisme moeilijk bewezen of zelfs beweerd kan worden.

\*   \*  
\*   \*

Anders stond het met de Hugenoten, ten getale van ruim 170 mannen, vrouwen en kinderen in 1688 en 1689 na de herroeping van het Edict van Nantes (1685) aan de Kaap geland. Zij vormden een zesde van het toenmalige aantal blanke inwoners. Een legende in verband met deze Hugenoten moeten wij eerst recht zetten. In Zuid-Afrika zijn de Hugenoten-voorvaderen door Engelschen en Engelschgezinden, of beter anti-Nederlandsch gezinden, om politieke redenen dikwijls geïdealiseerd, alsof zij hoofd voor hoofd de edelste vertegenwoordigers waren van het Fransche Calvinisme; niet weinigen zouden zelfs tot den Franschen adel behoord hebben en recht gehad hebben op titels en wapenschilden. Daarnaast waren de Nederlandsche nederzetteren dan maar zeebonken, vechtjassen en fortuinzoekers. Als gevolg van deze al of niet moedwillig verkeerde voorstelling wilden daarna sommige Afrikaners, ook met zuiver Nederlandschen of Duitschen naam voor Hugenoot doorgaan. Nu geven wij, wat den Nederlandschen kolonisten aangaat, voetstoots toe, dat de Kaapsche nederzetting niet met eugenistische bedoeling gesticht is uit een selectie van de edelste exemplaren van Nederlandsche voortreffelijkheid op fysiek, intellectueel, moreel en religieus gebied. De Oostindische Compagnie was een handelonderneming, die om economische redenen dit ververschingsstation stichtte op den langen zeeweg van Amsterdam naar Batavia; maar zij bemande het met de stoere zonen der Geuzen, onder wie behoorlijke discipline gehandhaafd werd; al kwam ook onder hen veel gemengd volk voor, mitsgaders menig man, die een schuldeischer had. Toen JAN VAN RIEBEEK landde, sprak hij het gebed uit, door de Heeren Zeventien uit Holland meegegeven en dat gedurende ruim anderhalve eeuw gebruikt is om de vergaderingen van den Politieken Raad te openen.

Naar den geest des tijds en naar de costume van Holland werd het gereformeerde stempel de kolonie diep en blijvend ingedrukt. Onder deze Hollandsche nederzetteren waren behalve oud-matrozen en -soldaten ook tuinders, kleine boeren en ambachtslieden, en daarin stonden zij juist sociaal gelijk met de Hugenoten, meest landbouwers en wijnboeren; sociaal dus, maar ook reeds eenigszins in taal en landaard.

Het Hugenoten-contingent was immers niet van La Rochelle in zee gestoken, maar van Amsterdam op de schepen Voorschoten, Oosterlandt en Zuid-Beveland. De meesten hunner hadden reeds jaren in Nederland gewoond, ettelijken waren daar geboren, de meesten kenden Hollandsch. Om taalpolitieke redenen werden zij aan de Kaap verspreid tusschen de andere kolonisten. Voor aanpassing aan het Hollandsch element van de polyglottische samenleving, vooral voor inwerking en uitwisseling van ieders eigen vorm van calvinistische levenshouding, was deze regeling uitermate gunstig.

Wat is nu de variabele component van het Fransche Calvinisme?

In de eerste plaats de eigenschappen van een Romaansch, hier van het Fransche volk: liefde voor vorm, voor schoonheid en decorum. Dit gevoel beheerscht de uitingen van een sterk karakter en een sanguinisch temperament tot een graad van hoffelijkheid, die gevoelens van anderen ontziet. Verder door een sterk intellect en behoefte aan regelmaat, dus liefde voor systeem, wet en orde, logica en stijl. Al deze trekken hervinden wij sterk in het karakter van CALVIJN, die als fijnbesnaard Franschman instinctief weerkaatste den Franschen nationalen geest. In de kneedbaarste jaren van het Fransche Calvinisme, die van zijn opkomst en vorming, verwierf het aanhangers onder alle klassen der samenleving, zelfs onder den hoogsten adel en onder prinsen van den bloede. In den Bartholomeusnacht echter werden 100.000 Hugenoten weggeslacht, zelfs onder die van adellijke, en prinselijke geboorte en een half millioen van de beste en bekwaamste burgers vluchten uit hun vaderland; dezen behoorden tot den lageren middenstand en tot de handwerkers en boeren. Sindsdien leidde het gereformeerd Protestantisme in Frankrijk een kwijnend bestaan. Het verlies van Frankrijk werd echter de winst van Nederland, Engeland, Zwitserland en Brandenburg. Uit dezen nood van geloofsvervolgung en strijd om het bestaan valt wellicht te verklaren het innig vroom en edel afhankelijkheidsgevoel, dat de Fransch-calvinistische levensbeschouwing typeert, waarnaast zich echter het nationaal sanguinisch temperament

allerminst verloochent. Een Fransch Calvinist zal niet met voorliefde graven in eigen ingewand, hij geniet dankbaar het goede, dat God in het tijdelijke hem verleent, geniet echter even vrijmoedig en met alle opgewektheid ook van geestelijke goederen, met name de blijdschap des geloofs. Hij mist den karakteraanleg van Germaansche zwaartillendheid om jaren lang ziekelijk te troetelen onzekerheid van zijn staat voor de eeuwigheid, maar streeft naar een leven van dankbaarheid, naar een wassen en toenemen in den Heere Jezus Christus, een bekennen van Gods vaderlijke goedheid en barmhartigheid en een vromelijk overwinnen van de zonde, den duivel en zijn gansche rijk. Dit optimisme des geloofs voert hem in alle piëteit tot veelheid van vrede en blijdschap.

Wij stemmen toe, dat een generalisatie als de gebodene meer doet verwachten dan de werkelijkheid biedt, zelfs biedt deze soms meer oppervlakkigheid dan de opsomming doet verwachten, toch meenen wij, dat de genoemde diep ingeploegde trekken herkenbaar zijn als Fransch erfgoed, in het Zuidafrikaansch Calvinisme, zij het ook dat de schaduwranden aan diepe voren te verwachten, evenmin ontbreken.

\*   \*  
\*

Na deze korte bespreking van Duitsche en Fransche variabele componenten in het Afrikaansche Calvinisme, kom ik tot de hoofdzak: het Nederlandsche Calvinisme.

Naast het werkelijk of vermeende aristocratische en monarchale karakter van het Fransche Calvinisme treft het Nederlandsche zelfs den oppervlakkigen beschouwer als echt democratisch en republikeinsch. De nationale taak, elders vervuld door den edelman als diplomaat, regent en magistraat, is in Nederland ondernomen door den koopman, den geleerde en den gezeten burger. Het koningschap is er eerst ingevoerd, nadat de Fransche revolutie het in zijn prerogatieven had geknot. De presbyteriale vorm van kerkregeering is ook geknipt voor het democratisch Nederlandsch volkskarakter. Een andere meer bedenkelijke trek er van is gebrek aan oorspronkelijkheid. Nederland ligt tusschen drie machtige cultuurgebieden: het Fransche, Duitsche en Engelsche. De Nederlander is erfelijk een goed linguïst; al kan hij zijn talen beter lezen dan spreken, hij kent dan toch drie moderne talen, die hem het voertuig zijn van de cultuurschatten uit het aangrenzend buitenland. Gevolg is, dat de Nederlander een eclecticus wordt, een

compiler, zoodat Nederland het paradijs geworden is der epigonen.

Kritisch en schiftend staat de Nederlander tegenover allerlei stroomingen in kunst en wetenschap en zedenleer. Van alle leert hij en leent hij. Door deze breedheid van visie en door tolerantie tegenover andersdenkenden, loopt hij gevaar te verliezen aan diepte en oorspronkelijkheid. Nederland is rijk aan talenten, heeft een hoog gemiddelde van intellectualiteit, maar is onder de wereldgenieën niet vertegenwoordigd, tenzij wij daaronder mogen rangschikken REMBRAND VAN RIJN, HUGO DE GROOT, die in vreemden staatsdienst was, en WILHELMUS VAN NAS-SOUWEN, die met Hollandsche rondheid zich voorstelt onder een Franschen prinsentitel en als van Duitschen bloed. Echt Nederlandsch in de stichting en opbouw van het Nederlandsch Calvinisme was dan ook de verscheidenheid van buitenlanders, die er aan te pas kwamen. Eerst zond de vluchtelingenkerk van Straatsburg Fransche predikers, die in de zuidelijke Nederlanden de eerste gemeenten stichtten, die een kortstondig bestaan leidden, maar in de door hen opgestelde Nederlandsche geloofsbelijdenis iets van blijvende waarde nalieten. De werkelijke stichter was een Pool, de edelman en pastor, JOHANNES À LASCO; hij stichtte het Nederlandsche Calvinisme echter niet in Nederland, maar te Londen in 1550, als predikant van de Nederlandsche nog bestaande gemeente in de *Austin Friars* kerk aldaar.

Naar aanleiding van MARIA TUDOR's troonsbestijging vluchtte À LASCO met zijn gemeente in de diaspora, nog niet naar Nederland, maar naar Emden en grondde een reeks van vluchteling-gemeenten van Emden tot de Paltz. Toen eindelijk de Gereformeerden uit de groote verdrukking kwamen, brachten zij het beste materiaal uit het buitenland mede en legden daarvan de fundamenten van hun kerkelijke leer en leven hecht en sterk en voor de eeuwen.

Als hoeksteen ontleenden zij hun Nederlandsche geloofsbelijdenis via GUIDO DE BRES aan Frankrijk (1562), den Heidelbergschen catechismus aan Duitschland (1563) en de Canones van Dordrecht (1618 en '19) aan samenwerking met de kundigste godgeleerden uit alle gereformeerde landen vergaderd op de Synode van Dordrecht. Nergens buiten Genève was CALVIJN's invloed dan ook sterker. De Republiek der Vereenigde Nederlanden werd het monument van Nederlandsch Calvinisme en zijn waarde behoeven wij niet te beschrijven. De eereschuld, die het aan Engeland heeft, heeft het met woeker terugbetaald door van 1581 tot 1620 de Brownisten te herbergen en hen met vele

geestelijke gaven verrijkt in de *Mayflower* als de *Pilgrim Fathers* te verschepen naar Boston om Amerika en de wereld te benedijen met een nieuwe, met de Amerikaansche, reactie op gereformeerd Protestantisme.

En nu is dit de zegen voor Zuid-Afrika, dat de stichting van de Kaapkolonie in den tijd viel, toen het Calvinisme in Nederland op hoogwatermerk stond. Nederland heeft het beste gegeven wat het had, en de levenskracht van het Calvinisme in Zuid-Afrika is te verklaren uit het feit, dat het van gereformeerd Nederland de Ruben is, zijn eerstgeborene, zijn kracht en het begin zijner macht. Het heeft het karakter van den vader voortgeteeld, maar aangepast aan den bodem, het klimaat, den aard en de geschiedenis van Zuid-Afrika en vertoont als variabelen component: democratische instellingen voor de blanken, patriarchale houding jegens de inboorlingen, taaie vaderlands- en vrijheidsliefde en een volgehouden strijd voor de zuiverheid van het geloof, eenmaal, maar toen ook voor goed, aan de heiligen overgeleverd. Zijn godsdienstig en kerkelijk leven vertoont de voorvaderlijke charismata van eenvoud, diepte en warmte.

\* \*  
\*

Als laatsten factor in de nationale reactie van Zuid-Afrika op het gereformeerd Protestantisme beschouwen wij nog den invloed van de Britsche variëteit. Het Calvinisme is in Engeland gevestigd, toen THOMAS CRANMER BUCER en VERMILIUS aanstelde om het te Oxford en Cambridge te doceeren. Zijn overtuigingen en praktijk werden geregistreerd in een catechismus, in het Book of Common Prayer (1553) en de Confessie van Westminster (1559).

De gereformeerde Schotsche hervormer was JOHN KNOX, die als prediker der gerechtigheid, veroordeeld werd tot de galeien. Na vrijlating trok hij naar Genève, waar hij ook de praktijk van het Calvinisme leerde kennen. In 1555 te Edinburgh teruggekeerd, dwong hij koning JACOBUS en de Romanisten tot onderwerping. Van hem is gezegd: *He feared nor flattered any flesh*. Schotsche en Engelsche Calvinisten werkten goeddeels saam en hun vereenigde Britsche variabele component verkreeg den verzamelnaam van Puritanisme (1564). Het is gelijk overal elders als ijkmerk ingebrand in het vuur van strijd en vervolging. De Gereformeerden waren tegenover de Staatskerk *dis-senters* en als zoodanig uitgesloten van ambten in Staat en Kerk,

konden geen rang bekleeden in het feudale systeem als *lords* of grondeigenaars en moesten dus door noesten arbeid van hoofd en hand in handel en bedrijf werken voor hun kost, dien God rijkelijk heeft willen zegenen. Het Puritanisme ontwikkelde bij zijn aanhangers bijzondere toewijding aan beroep en bedrijf, eerst uit fysieke noodzaak, maar daarna ook uit de begeerte, vaak onderbewust, om tot zekerheid van zijn staat voor de eeuwigheid te besluiten uit de vruchten des geloofs: de goede werken. Dit leidde ethisch noodzakelijk tot eenvoud van leven en reinheid van zeden, bescheiden huiselijk geluk en soberheid in genietingen, — het voerde onbedoeld, maar economisch onuitblijbaar, tot maatschappelijken welstand. De nationale karaktertrek van individualisme bevorderde ook, dat de Britsche Calvinist de laatste conclusie trok van het cardinale leerstuk der Voorbeschikking, dat geen priester, geen sacrament of kerk zijn ziel kon redden, maar dat deze uiteindelijk eenzaam en naakt zich te stellen had voor haar Schepper onder het zegel van Zijn verkiezende liefde. Andere nationale karaktertrekken vonden er eveneens bevrediging, zooals zin voor methode en doelmatigheid en dit minder in de gereformeerde dogmatiek dan wel in de ethiek. De Brit is van nature precies, correct, formeel: dit bevorderde zijn heiligmaking. Vereenig nu het effect der volgende neigingen: pragmatisme, doelmatigheid, gevoel voor wet, orde en methode met nuchterheid en zakelijkheid, breng ze van het maatschappelijk op een zedelijk, op een conscientieus godsdienstig plan, doe dit onder den Engelschen middenstand der 17de eeuw, en gij hebt den Puritein. Dit Puritanisme heeft mannelijke Britten voortgebracht, maar toch ook sterk het formalisme bevordert door de verzekering der zaligheid meer te gronden op goede werken dan op vertrouwen in Gods beloften. Het systematische dezer Christelijke levenspraktijk doofde het spontane in geloof en hoop en liefde.

De directe invloed van het Britsche Calvinisme is op Zuid-Afrika moeilijk aanwijsbaar. De reden hiervoor is, dat de grootste Engelsche kerk, de Anglikaansche of Bisschoppelijke, die in Z.-Afrika 20 % der blanke bevolking omvat, wel de gereformeerde leer in haar belijdenisschriften heeft staan, maar met zeer weinig uitzonderingen die niet predikt van haar kansels. In de monconformiste kerken zijn er Baptisten en zeer weinige Presbyterianen, op enkele plaatsen, die calvinistische overtuigingen huldigen. Van een bewuste, zuiver gereformeerde levenshouding is slechts bij enkelen sprake en die zijn niet georganiseerd.



Indirect echter heeft het Britsche Calvinisme op het Z.-Afrikaansche gewerkt, doordat het in zekere opzichten is ingeweven in het Engelsche volkskarakter. De *unctious rectitude*, de gezelfde rechtvaardigheid van den Engelschman bijv. ontleent hij aan het Calvinisme. Om een Engelsch gehoor te vangen, voor welke zienswijze ook, is het beslist noodzakelijk den ethischen toets aan te slaan op het klavier der volksconscientie. Toen bijv. de Britsche imperialisten in Transvaal gezien hadden, dat het goud van dat land goed was en dat daar ook was bedolah en de steen sardonix, konden zij Groot-Brittannië en het Empire alleen tot den roofmoord op de Boerenrepublieken bewegen door te pleiten voor „verdruchte arme zwarten” en te fulmineeren tegen de „huichelachtigheid” van Oom PAUL.

Deze ethische tendens behoort echter tot de van het Puritanisme geërfde of geleende veren, die slechts een gedaante van gereformeerdheid geven aan hen, die de kracht derzelve verloochend hadden. Van Engelsch Calvinisme als een directen factor bij de vorming van Afrikaansch Calvinisme is mij gedurende de dertig jaren, dat ik met het kerkelijk leven aldaar intiem bekend geweest ben, niet gebleken.

\*   \*  
\*

Hiermede zijn wij dan toe aan onze eindconclusie, die zeer kort kan zijn, aangezien ik getracht heb van elken factor reeds de balans op te maken. In zijn nationale reactie op de van elders en aldaar reeds geassimileerde vormen van Calvinisme ingevoerd, heeft Zuid-Afrika zijn eigen type ontwikkeld en daarmede incidenteel de onhoudbaarheid bewezen der bewering, dat het Calvinisme niet aarden kan in warme landen. In zijn Afrikaanschen verschijningsvorm is het elementair, minder filosofisch doordacht en uitgewerkt dan in oudere landen, het is meer spontaan en meer praktisch in zijn toepassing op het volksleven, dat trouwens in een jong land soepel is en nog niet gestereotypeerd. Alle generalisaties zijn gevaarlijk, maar het komt mij voor, dat het Zuidafrikaansche Calvinisme aan het Nederlandsch Calvinisme zijn levensernst, zijn leer- en kerkvastheid en zijn nuchterheid te danken heeft; aan het Fransch Calvinisme zijn kinderlijke en diepe vroomheid, en aan het Engelsch Calvinisme, zij het indirect, nl. *via* de ook anderszins sterk werkende Britsche invloeden, een sterk Puri-teinschen inslag. Het Afrikaner volk telt niet meer dan een millioen zielen, de meerderheid is vermoedelijk nog calvinistisch gericht, een

kleine minderheid slechts is calvinistisch bewust. Deze wordt belaagd door methodisme, modernisme en anti-christendom, door isolatie en gebrek aan doorgevoerde organisatie.

Gelukkig is een degelijk begin gemaakt met de stichting van een Calvinistischen Bond, die reeds drie goed geslaagde conferenties heeft gehouden en aansluiting zoekt bij het internationaal Calvinisme. De drie Hollandsche kerken werken hierin eendrachtiglijk samen. Twee programma's, een van beginselen en een van actie, zijn opgesteld en de opgewekte geestdrift wordt op een duidelijk omschreven doel gericht: vrijheid van onderwijs.

Het staat in Z.-Afrika grootendeels voor dezelfde problemen als in Europa, maar daarenboven voor andere, die de Europeesche landen niet kennen, bijv. het naturellenvraagstuk. Hiertegenover heeft het onder Gods bestel spontaan zijn patriarchale houding bepaald, die van waarde is gebleken voor het zedelijk en nationaal bestaan van het Afrikaner volk en voor de handhaving van beschaving en Christendom. Dat een handvol blanken zich rein gehouden heeft in een zwarte zee van barbaarendom is een schitterende vindicatie van het Calvinisme als kolonisatie-principe. Een vergelijking van Zuid-Amerika met Zuid-Afrika is ten deze zeer leerzaam.

Als laatste woord nog drie stellingen:

1. Een tweede internationaal congres van Gereformeerden na het congres te Londen van 1932 is noodig om de veelvuldige wijsheid en menigerlei genade Gods te leeren kennen en waardeeren, die zich openbaart in een rijk geschakeerd internationaal Calvinisme;

2. Een theologisch hoogleeraar aan een vaderlandsche instelling voor hooger onderwijs heeft onlangs op een college de noodzakelijkheid uitgesproken om 24 gereformeerde ouderlingen met een vrijbiljet een reis om de wereld te laten maken ter verruiming van hun geestelijken horizon. Uitbreiding der reisaanbieding aan deze gemeene Levieten is wenschelijk tot enkele hoogleeraren en predikanten en zelfs tot enkele gemeene Christenen in Nederland;

3. Het is de taak van de Vrije Universiteit te Amsterdam als de eenige gereformeerde universiteit op onze globe om het Calvinisme allerwegen te brengen op Amsterdamsch peil en de taak der globe is het om meer gereformeerde universiteiten te stichten, allerwegen op eigen nationaal peil.

---

---

---

# DE PRINCIPIEELE BASIS VAN DE NATIONAAL-SOCIALISTISCHE BEWEGING IN NEDERLAND

DOOR

DR. L. W. G. SCHOLTEN

Tijden van economischen nood hebben licht de strekking het aanleggen van een zuiver practischen maatstaf bij de beoordeeling van allerlei stroomingen te bevorderen. Daardoor doet men echter te kort aan de principieele basis, die elk verschijnsel van staatkundigen aard noodwendig moet bezitten. Te meer is dit van beteekenis, daar eerst in het licht der beginselen, waarop een politieke opvatting rust, de consequenties verstaan worden, waartoe de beweging, welke daar uit voortvloeit, kan leiden. Niet de personen, maar de beginselen, waarvan deze de dragers zijn, bepalen ten slotte de richting en het resultaat. Daar volgt uit, dat men niet aan de persoonlijke kwaliteiten der leiders de belangrijkheid van een groep kan afmeten. Het schijnt, dat deze in onzen kring overigens algemeen aanvaarde waarheid wel eens minder is toegepast bij de beoordeeling van het verschijnsel der Nationaal-Socialistische Beweging in Nederland. Soms was men tevreden met het aanwijzen van practisch-politieke fouten. De sprong tot het beginsel werd dan uitgevoerd vanuit de afzet der verwante buitenlandsche stroomingen. Hoe belangrijk en vruchtbaar dergelijke beschouwingen ook zijn, toch missen zij de directe overtuigingsdrang. De lezer moet zijn conclusies steeds trekken langs den weg der analogieredeneering. En deze is volkomen overbodig, als men het beginsel der beweging in Nederland zelf laat spreken.

Bovendien eischt goedwillende critiek, dat men rekening houdt met de eigen verklaring der N. S. B., waarin zij zich op bepaalde punten van het Italiaansche Fascisme en het Duitsche Nationaal-socialisme isoleert. <sup>1)</sup> Wel kan men natuurlijk hiertegenover de vraag stellen, of

daarmee de *innerlijke* verwantschap, het gemeenschappelijk beginsel, is afgesneden, waarop men zich op tal van andere plaatsen der eigen litteratuur zoo gaarne beroept. 2)

\*  
\*

Evenals bij andere jonge politieke partijen is het moeilijk bij de N.S.B. de bronnen aan te wijzen, waaruit de beweging kan worden gekend. De redevoeringen door verschillende min of meer machtige leiders op onderscheiden plaatsen gehouden munten niet uit door helderheid of fundamenteele overeenstemming. Ook schijnen de verslagen in de dagbladen meer het actueel-pikante dan het belijnd principieele te vermelden. Als kenbron van het staatkundig karakter der beweging moeten zij dan ook met de uiterste reserve worden aanvaard. Ook het officieel orgaan der partij, het bekende *Volk en Vaderland*, blijkt als het de paden der practische politiek verlaat het spoor meer dan eens bijster, zelfs wanneer de leider zelf aan het woord is. 3)

Het lijkt dus gewenscht voor het verkrijgen van eenige zekerheid zich te bepalen tot de officieele kenbronnen der partij, de brochures 1 tot 4, welke bij het Hoofdkwartier worden uitgegeven. Brochure 1 en 2 beoogen te geven het program en de toelichting. Nummer 3 geeft „een proeve van Nationaal-Socialistische staatsleer, gepubliceerd in den tijd, toen men ons eerste streven met een quasi-wetenschappelijke glimlach terzijde trachtte te stellen met de bewering, dat een fascistische Staatsleer onbestaanbaar was.” 4) Brochure 4 heeft tot bedoeling „een aantal misverstanden en verdachtmakingen uit den weg te ruimen.” Zij is gedateerd Februari 1934 en neemt geen der vorige gepubliceerde geschriften uitdrukkelijk terug. Elk wettig beroep daarop is dus voor het verstaan der beweging geoorloofd. Alleen zullen wij ons dan moeten getroosten mede te gaan behooren tot „de horde van critici.” 5) Misschien heeft de schrijver zich tot deze min-vleiende qualificatie laten verleiden, met het oog op het geestelijk peil van vele zijner lezers, bij wie deze padvindsuitdrukking bekend is.

Men zal ons echter moeten toestaan te wijzen op de veelvuldig elkaar tegensprekende uitspraken in de verschillende geschriften. Deze zijn waarschijnlijk verklaard uit de zeldzame vrijmoedigheid, waarmee op de hachelijkste punten schrijvers van gansch verschillende geestesrichting worden geciteerd. ABRAHAM KUYPER prijkt naast Kardinaal-Primaat INNITZER; RATHENAU wordt uitdrukkelijk, HITLER stilzwijgend

aangehaald. Nu en dan meent men zich verplaatst in een antirevolutionair betoog, dan gevoelt men plotseling een zuiver socialistischen gedachtengang. Vooral brochure 4 is een wonderlijk allegaartje van elkaar veelszins uitsluitende redeneeringen. 6) Ook schijnt de parlementaire historie niet de sterkste zijde van den onbekenden schrijver; in elk geval behoort hij hier niet tot de „knapste koppen van het land”. 7)

Intusschen is brochure 3 nog het meest logisch van opzet. Mede daarom zal zij door ons bij de uiteenzetting van en de critiek op de beginselen der N.S.B. worden gevolgd.

Toch lijkt het uit een oogpunt van billijkheid gewenscht, vooraf te onderzoeken, welke verhouding de beweging zich zelf denkt tusschen beginsel en beweging, tusschen gedachte en daad. Onomwonden lezen wij daaromtrent, „dat de N.S.B. niet alleen wil zijn een politieke partij, maar tevens een beweging, d.w.z. de daden, die onze beweging zal voortbrengen zullen worden gedragen door een ernstige en weloverwogen wereld- en levensbeschouwing, door een krachtige ethische idee.” 8) Enkele bladzijden verder leest men, dat „onze staatsleer wordt gedragen door onze, in wezen religieuze levens- en wereldbeschouwing . . .” 9) Bij de uitgebreide doelstelling der beweging is dit volkomen te verstaan. Zij toch wenscht „zich te ontwikkelen tot een lange reeks van gecompliceerde handelingen en wil zich doen gelden op het gebied van moraal, cultuur, economie en staatkunde.” 10) De N.S.B. wil „de ethische staat, den staat, die niet slechts orde en veiligheid waarborgt, maar die zich naast het materiele welzijn der burgers tevens hun zedelijke verheffing en geestelijke ontwikkeling als doel stelt. Het sociale leven der natie moet gewijd zijn aan en door idealen, welke voortvloeien uit zuivere en diepe levensbeginselen.” 11)

Gedachte en daad, beginsel en beweging behooren volgens de N.S.B. onverbrekelijk bij elkaar. Wij doen de N.S.B. dus in geen enkel opzicht onrecht, als wij groote waarde aan haar principe toekennen. Dit stemt geheel met haar eigen bedoeling overeen.

Dubbel jammer is het daarom, dat ook brochure 3 geen streng wetenschappelijke uiteenzetting geeft van het systeem der N.S.B., al willen wij haar dit bij haar kort bestaan niet als een verzuim toerekenen.

Wel moeten wij bezwaar maken, dat de N.S.B. de „gegeven algemeen begrijpelijke verhandeling” als voldoende kenschetst door de

opmerking, dat het voor een goed Christen ook niet noodig is theologie en godsdienstphilosophie te beoefenen. 12)

Deze vergelijking geeft wel van een heel zonderlinge opvatting van de verhouding van wetenschap en religie blijk.

De onvolledigheid der uiteenzetting kan echter voor een groot deel worden opgeheven door de philosophische achtergrond der beschouwingen. *Volk en Vaderland* geeft als zoodanig aan de Hegelsche staatsleer. 13) Ook de namen van enkele N.S.B. voorgangers zijn onder de Nederlandsche Hegelaars niet onbekend, hoewel wij hier niet meer dan een aanwijzing aan willen ontleenen. Feit is echter, dat Brochure 3 slag op slag merkwaardige overeenstemming vertoont met de Rechtsphilosophie van HEGEL. Zelfs woordelijke vertaling, al of niet ontsierd door storende Germanismen, is op verschillende plaatsen aan te wijzen. 14) Bij de hier volgende uiteenzetting zal met een en ander rekening worden gehouden.

Wij achten het hier echter niet de plaats na te gaan, of de practijk der beweging wel in allen deele met haar beginsel overeenstemt.

\* \*  
\*

De staatsleer in brochure 3 geschetst valt uiteen in twee deelen. De bladzijden 6 tot 18 beschrijven het begrip van den staat, de pagina's 18 tot 28 de verwerkelijking van den staat. 15)

Als inleiding vinden wij een in Hegelsche termen verhulde beschouwing over de betrekking tusschen denken en zijn.

Het volledige systeem van begrippen, aldus de brochure, die in onderlingen organische samenhang de staatsidee vormen, heeft zich zelf en van zelf in het bewustzijn der menschheid ontwikkeld met en aan de zich ontwikkelende afzonderlijke staatsvormen, die in de geschiedenis gegolden hebben of nog gelden. De ware staat is de in waarheid volledig gedachte staat, waarin alle momenten of factoren, die tezamen den volledige staat vormen, zijn ontwikkeld.

Elke werkelijke, in de werkelijkheid verschijnende staat is daarvan een min of meer geslaagde copie, die zich ontwikkelt in verband met de levensomstandigheden, de cultuurperiode, welke op een zekeren tijd en op een bepaalde plaats gelden.

Nooit en nergens komt de algemeen gedachte staatsidee in al haar volkomenheid voor. Deze dient slechts als norm voor de beoordeeling van een bepaalden werkelijken staatsvorm. In de redelijk gedachte

staat vindt men een volkomen objectieve maatstaf voor de verschijnenden staat.

De geheele werkelijkheid is proces, verandering. De opeenvolgende fasen van dit proces staan met elkaar in verband; zij volgen uit elkaar, maar zijn toch verschillend. Er is dus continuïteit en discretie. Ook de tijdelijke verschijningsvorm is derhalve in voortdurende verandering, in evolutie.

Indien de bestaande staat niet meer harmonieert met de krachten, welke de samenleving beheerschen, moet hij worden hervormd. Anders zal de machtige, werkzame staatsidee haar zelfverwerkelijking tot betere vormen met geweld doorzetten. De continuïteit zal dan dringen tot vasthouden van het historisch geworden, de discretie tot het vernietigen van al wat als verouderde of afgesleten vorm de verwerkelijking van den waren staat tegenhoudt. <sup>16)</sup>

Zelfs de hooghartigheid, waarmee deze opvattingen als volkomen redelijk en aanvaardbaar voor alle normaal denkende menschen worden voorgesteld, is typisch Hegeliaansch.

\*   \*  
\*

Wat verstaat de N.S.B. onder den Staat?

Uitgangspunt is de stelling, dat de Staat een ethisch karakter draagt. Men heeft dus te omschrijven, wat ethiek is.

Het onderscheid tusschen mensch en dier, aldus de brochure, schuilt in het bezit van de rede: de mensch is een zelfbewust wezen. In het natuurlijke leven laat de mensch zich leiden door zijn natuurlijke begeerten; door zijne rede echter kan hij zich zelf beheerschen. Zoo kan hij komen tot redelijk, dat is zedelijk handelen. <sup>17)</sup>

De mensch is vrij, handelt zedelijk, als hij zich zelf wil zijn, d. w. z. zijn eigen bestemming verwezenlijken. Heeft men nu die eigen bestemming begrepen als het wezen der geheele menschheid, dan wil de individueele wil zijn eigen algemeenheid. „De ware vrije wil, is de wil, die de eenheid is van de bijzondere en de algemeene wil.” De saamleving, waarin zich deze zedelijkheid verwezenlijkt, is de staat. Slechts in den staat komt de persoon tot zijn ware ontwikkeling. Persoon is namelijk de naam voor den waarlijk vrijen mensch, die zich zelf het gebod geeft: „wees persoon en laat de anderen als personen gelden.” Eerst in den staat, waarin zich de eenheid van bijzonderen en alge-

meenen wil doet gelden, komt deze persoonlijkheid tot volkomen ontwikkeling. 18)

De algemeen zedelijke wil, dat is de staatswil, leeft in den persoon van den leider, die de hoogste staatsidee realiseert. 19)

Weer geheel overeenkomstig de Hegelsche filosofie is de schets over de ontwikkeling der samenleving. De eerste gestalte van de zedelijkheid is het huisgezin, dat in het huwelijk zijn grondslag vindt. Zedelijk is deze samenleving eerst, doordat ze gewild blijvend is. De eenheid van het bijzondere en het algemeene geldt hier van zelf door de liefde. Deze eenheid wordt opgeheven, als de volwassen kinderen het gezin verlaten, of de ouders sterven.

De zelfstandige personen vormen samen de maatschappij, wier verhoudingen beheerscht worden door de bevrediging van de stoffelijke behoeften, die in de sfeer van egoïstische belangenstrijd wordt nagejaagd. Daardoor is de maatschappij de sfeer van het verstand. Van wederzijdsche liefde is geen sprake meer. Doch ook hier wordt het „onzedelijk” karakter van den ongebreidelden belangenstrijd uit zich zelf beperkt, doordat het ieder, al is het door verstandelijke overwegingen, duidelijk moet zijn, dat orde en wederzijdsche erkenning van rechten en plichten, zullen gelden. Daardoor breekt ook in de maatschappij de bevordering van het algemeen belang door. Dit algemeen belang sluit de particuliere belangen in en gaat ze tevens te boven. 20)

De saamvloeiing van persoonlijke en algemeene belangen vindt reeds plaats in de verschillende vereenigingen en corporaties, welke in de maatschappij ter bevordering van groepsbelangen in het leven worden geroepen. Binnen deze groepen gelden dus reeds zedelijke belangen, al blijven de groepen onderling nog tegengesteld. Ook ontwikkelden zich, als organen van het productieproces, de verschillende standen, nl. de landbouwende, de industrieele en koopmansstand en de algemeene stand. Natuurlijk kunnen zich ook hier tegenstrijdige belangen vertoonen, maar deze moeten worden opgeheven door een onpartijdige rechtsspraak, waarbij de belangen objectief moeten worden afgewogen.

De zedelijke macht, waarin al deze maatschappelijke tegenstellingen worden opgeheven, is de staat, de meest volkomen vorm, waarin de zedelijkheid verschijnt.

„De staat is de eenheid van het huisgezin en van de maatschappij; daarin keert de ware zedelijkheid, en wel in den hoogsten vorm, terug. In het staatsbelang worden de belangen der groepen opgeheven tot



hun eenheid. De goede staatsorganisatie zal niet alleen de zedelijke kernen der samenleving (huisgezin en vereeniging) in stand houden, maar ook hebben aan te grijpen bij die groepen, die tot staat moeten worden georganiseerd. De staat heeft de gezinnen en maatschappelijke groepen tot organen van zich zelf te maken." . . . Leidend beginsel van het staatsdoel is de saamwerking van alle groepen en personen op elk gebied tot heil van de natie in haar geheel; het beginsel, dat nationaal-socialisme of fascisme heet." 21)

De staat, die op deze wijze zich ontwikkelt, is niet de som van de burgers, ook niet iets buiten zijn burgers, maar hij is de zelf-organisatie der burgers, de georganiseerde burgerij, als eenheid en algemeenheid, als hoedanig hij boven den individueelen burger uitgaat . . . Als het ware en algemeene der burgers is de staat de beheersching der afzonderlijke burgers, de Overheid . . .

De burger, die dit inziet, en daarnaar handelt, is een goed burger. Hij heeft zich door het algemeene te laten richten.

Waarlijk vrij is nu de burger, die inziet, dat hij daarmee aan zijn eigen algemeene bestemming beantwoordt . . . Hier is dus wisselwerking; de burger, die het heil van den staat wil, bevordert eigen heil, en de staat, die het heil van zijn burgers nastreeft, bevordert ook eigen heil . . . Deze eenheid van het algemeene en bijzondere is nu juist de ware staat zelf, die daardoor als harmonieuse algemeene wil de verwelklijking van het redelijke en zedelijke leven kan doorzetten tegenover individueele onredelijke en onzedelijke willekeur van kortzichtige burgers . . . Wat de rechte staat doet, zal van zelf zedelijk en redelijk zijn . . . 22)

De natie als staat leeft zijn eigen leven, in en als de wereldgeschiedenis, waartegenover het leven van de enkele, afzonderlijke individuen in het niet verzinkt.

Men zal hebben opgemerkt, dat al het voorafgaande met meer of minder nauwkeurigheid aan de rechtsphilosophie van Hegel was ontleend. Wij kunnen dus zeer goed instemmen met de uitspraak der N. S. B., dat zij haar staatsleer niet laat berusten op een speciale *pour le besoin de la cause* uitgevonden staatsphilosophie. 23) Inderdaad tot hiertoe is van originaliteit weinig te bespeuren.

Iets anders wordt het bij de omschrijving van het staatsideaal. De ware staat, aldus leest men in brochure 3, is de voorwaarde voor

het christelijk leven der personen, handhaver der cultuur, beschermer van de vrijheid van godsdienst en geweten, van kunst en wijsheid. Als noodzakelijke voorwaarde, geeft de staat ook aan dat alles gestalte, een vorm. Daaruit leidt de N. S. B. echter af, dat „de staat in de eerste plaats heeft te zorgen, dat aan de economische behoeften van de natie wordt voldaan. Eerst is te zorgen, dat er een zekere mate van maatschappelijke welstand heerscht.”<sup>24)</sup>

Natuurlijk wordt deze voorziening in de economische behoeften niet als einddoel beschouwd. Zij blijft ondergeschikt aan de geestelijke cultuur, zooals deze, „niet door den staat, maar door de groote talenten, de genieën wordt geschapen.”

Toch is deze vooropstelling van het economische merkwaardig in overeenstemming met historisch-materialistische beschouwingen. De verwantschap met allerlei nuances van het Marxisme wordt wel zeer sprekend, als wij tevens letten op de verhouding van den staat tot den particulieren eigendom. „De macht (van den staat) over stoffelijke goederen is in beginsel een onbepaalde, al zal zij nooit naar willekeur mogen worden uitgeoefend. Ten aanzien van het stoffelijke bezit is het individu leenman van de door den staat vertegenwoordigde gemeenschap, hier Rijk genoemd. De individueele bezitter heeft een recht op zijn leen, zoolang hij dit niet misbruikt. Blijkt echter van misbruik, dan grijpe de leenheer (d. i. het Rijk) in, . . . principieel krachtens eigen recht . . .”<sup>25)</sup> Hier wordt wel op zeer grove manier de tegenstelling met de Antirevolutionaire opvatting geteekend.<sup>26)</sup> En nog bedenkelijker wordt het als men de consequentie leest, welke woordelijk aldus luidt: „Schept de staat zodoende de mogelijkheid voor ontplooiing der cultuur, voor vrijheid van geweten en godsdienst, van kunst, wetenschap en wijsbegeerte, dan heeft hij tevens het recht en den plicht, te eischen, en te zorgen, dat de uitingen der cultuur geen vormen aannemen, die den staat ten gronde richten . . . Als verwerkelijkte geestelijke vrijheid is de staat de verwerkelijkte zedelijkheid zelve, welke alleen bestaanbaar is in zelfbeheersching, die zich uit in discipline der burgers op elk gebied.”<sup>27)</sup> Deze uitspraken kunnen moeilijk anders worden gelezen, dan dat de staat krachtens zijn economische verzorging der burgers het recht bezit de cultuur te regelen.

Dit wordt te meer van beteekenis, als wij lezen, dat de geestelijke *eenheid* staatsdoel is.<sup>28)</sup> Begrijpelijk is dan, wat onder de zedelijke en redelijke banen van den groei van nieuwe levensuitingen wordt verstaan,

evenals onder het opvoeren van het geestelijk peil der natie.<sup>29)</sup>

Voor godsdienst en onderwijs wordt dit nader uitgewerkt in brochure 2, waarnaar overigens in brochure 3, pag. 27 wordt verwezen. Programmpunt 15 spreekt van volledige godsdienst en gewetensvrijheid. Evenwel volgt onder punt 17: onderdrukking van leerstellingen, instellingen en handelingen, die... de eenheid van de natie aantasten. Daardoor is terstond geoordeeld elke godsdienst, die als iedere, zich zelf respecteerende religie, exclusief van karakter is. Daardoor is ook veroordeeld elke staatkunde, die zich op religieuze basis stelt.<sup>30)</sup>

Nu is het echter eigenaardig, dat in de laatste brochure in de vragen 4 en 5 nader gesproken wordt over de verhouding van de N. S. B. tegenover het Christendom en de gewetensvrijheid. Allerwonderlijkst wordt omgesprongen met de ideeën in de uitdrukkelijk gehandhaafde andere brochures als onomstootelijk vaststaande geleerd. Een voorbeeld: op pag. 17 lezen wij, dat de overheid geen eischen heeft te stellen, waarvan zij overtuigd is, dat deze naar de normen van het nog weder boven haar staande allerhoogste zedelijk gezag aan de onderdanen niet gesteld mogen worden. Maar in brochure 3, pag. 15 en 16 lezen wij, dat de staat de overheid is en de verwerkelijkte zedelijkheid zelve, de hoogste vorm der ware zedelijkheid (pag. 12).

Dan moet het betoog uit de nieuwste brochure toch geschreven zijn door iemand, die zijn eigen beginselen niet kent en nog wel op de allerbelangrijkste punt. Of de betoogtrant is een beleediging voor het geestelijk peil der lezers.

Slechts op een punt is tusschen de verschillende uitspraken overeenstemming.

Ook in de vierde brochure lezen wij, dat „de Kerken zedelijk verplicht zijn bij de uitoefening van haar hooge taak zich te hoeden voor toelating van ondermijning van den staat.” Wat dit inhoudt voor de vervulling van de eigen roeping der Kerk laat zich gemakkelijk denken.

Ook het historisch-materialistisch geconstrueerde betoog der nationaal-socialistische staatsleer voert tot dezelfde consequentie als de idealistische Hegeliaansche opvatting.<sup>31)</sup>

\* \*  
\*

Het tweede deel van de Nationaal-socialistische (fascistische) staatsleer is gewijd aan de verwerkelijking van den staat. Allereerst komt daarbij aan de orde de staatsorganisatie. Eigenlijk vinden wij in de

eerste regels reeds de geheele staatsconceptie ontwikkeld. Wij lezen daar: „Wat is een organisme? Het is meer dan een geheel van daarin te onderscheiden deelen. Een organisme is een geheel als volledigheid, een geheel dus van leden of organen, en wel zoo, dat deze organen geen doode deelen zijn, doch werkzaam fungeeren. Elk orgaan heeft zijn functie, welke functies bepaald worden door het geheel, dat is door het volledig organisme. Elk orgaan moet dus zoo zijn en werken, dat het de idee van het volledig organisme bewerkt en daardoor bewerkt wordt, en wel in zijn verhouding tot de andere organen. Elk orgaan is functie van het geheel en het geheel fungeert door en in en als zijn organen.

Bij het organisme, dat de staat is, moet dus elk orgaan van de staatsidee doordrongen zijn: de organen moeten zoo fungeeren, dat zij den volledige staat verwerkelyken in hun door de staatsidee zelve onderling bepaalde verhoudingen.” 32)

Deze staatsconceptie kent derhalve in laatste instantie slechts één beginsel, is dus monistisch van karakter en is in onverzoenlijk conflict met de christelijke staatsgedachte, welke niet-monistisch is.

Geheel met deze Hegeliaansche constructie in overeenstemming is de de positie aan den vorst toegekend. Als teeken van de eenheid van den staat zal deze in de hierarchische verhoudingen het hoogste staan, de bron zijn van alle macht, maar deze zelf niet uitoefenen. „Niets geschiedt zonder den Koning, maar ook niets door den Koning.” 33)

Iets verder wordt dit nog nader uitgewerkt. Hoofd der regeering zij volgens de N. S. B. de minister-president, de werkelijke leider van den staat, de hoogste werkelijke regeerende persoon, die zijn ministers benoemt en ontslaat naar eigen inzicht. Een ieder gevoelt, hoe daarmee aan de historisch gegroeide souvereiniteit van het Huis van Oranje wordt te kort gedaan. De schoonste tirades in brochure 4 kunnen dat niet wegwerken. 34)

De regeering, aldus de N. S. B. kan zich voor de wetgevende macht de medewerking verzekeren van diegenen, die door deskundigheid en waarborg van objectiviteit daarvoor geschikt zijn. Aan de regeering blijft dan echter nog volkomen de vrijheid de meening der deskundigen, door de maatschappelijke corporaties aangewezen, al of niet te volgen. In de staatsconstructie van Hegel is dit volkomen te verstaan. De maatschappij is een lagere trap in de ontwikkeling der idee dan de

staat. <sup>35)</sup> De uitwerking van deze corporatieve gedachte is echter zoo openhartig ontleend aan de organisatie van den Italiaanschen fascistischen staat, dat wij hier gaarne verwijzen naar de daarop van Anti-revolutionaire zijde geleverde critiek.

De felste critiek oefent de N. S. B. op de aanwezigheid van staatkundige partijen. Ook hier maakt men de fout van tal van anderen, dat men de partij als groep van principieel gelijkgezinden verwacht met den invloed van de partijorganisatie op het staatsbestuur. Het laatste is niet essentieel voor het verschijnsel van de politieke partijvorming. Bijzonder onaangenaam doet het aan, dat de nationaal-socialistische staatsleer het partijstelsel slechts uit opportunistische en egoïstische motieven verklaart. „Het algemeen gebrek van alle politieke partijen is, dat ze slechts het oog gericht houden op het eenzijdige partijdogma en het eenzijdige partijbelang, maar niet in staat zijn het algemeene staatsbelang als het eenig waarlijk doel van het politieke leven te aanvaarden.” <sup>36)</sup> De onjuistheid van deze stelling is reeds te vaak aangetoond, dan dat we hier nog op ingaan. Ten slotte wijzen we nog op het zuiver Hegeliaansch geconstrueerde betoog, om aan te toonen, dat de demo-liberale staat der negentiende eeuw met het socialisme door het opnemen van aristocratische principes moet worden opgeheven tot nationaal-socialistischen staat. <sup>37)</sup>

In het bovenstaande meenen wij met de bewijsplaatsen te hebben aangetoond, dat het beginsel der Nationaal-Socialistische Beweging in Nederland niets anders is dan de staatsleer van HEGEL. In verschillend opzicht vergemakkelijkt dit de critiek.

Vooreerst verhindert het volstrekt logische van het systeem van HEGEL, dat de N.S.B. zich kan onttrekken aan de consequenties, die de Duitsche denker zelf trekt op terreinen, die in de rood-zwarte boekjes geen behandeling hebben gevonden. Wij zouden bijvoorbeeld kunnen wijzen op de weerzinwekkende verheerlijking van den oorlog en van de nationale expansie. Het integreerend deel, welke deze beschouwingen in HEGELS systeem innemen, mag tal van goedwillende Nederlanders tot nadenken dringen, voor zoover zij van sympathie voor de N.S.B. blijk geven. <sup>38)</sup>

Maar daarnaast kan men nooit over het hoofd zien, dat de staatsleer van HEGEL weer een onderdeel is van zijn geheele filosofisch systeem, dat onmiskenbaar pantheïstisch, wil men panlogistisch van

aard is. Door zijn beknoptheid kan brochure 3 dit niet alles behandelen, vooral omdat hier „de technisch-dialectische gang en de wetenschappelijke filosofische uiteenzettingen worden achterwege gelaten, om alleen de resultaten aan te geven, waartoe de wetenschap heeft geleid.”<sup>39)</sup> Toch vindt men verschillende passages, vooral op pag. 4—11, III, welke heenwijzen naar en alleen verklaarbaar zijn uit het aannemen van den eenen wereldgrond, die de wet van zijn eigen wezen in natuurwetten en geordendheid van verschijnselen met innerlijke noodzakelijkheid openbaart en ontwikkelt.

Ook de nationaal-socialistische (fascistische) staatsleer kan zijn pantheïstische afkomst niet verbergen. Zij is de achtergrond van de vergoddelijking van den staat en komt daardoor in onverzoenlijke tegenstelling met het christelijk beginsel.

Met dit pantheïsme hangt ook samen de volstrekte afkeuring van de staatkundige partijen.<sup>40)</sup> Eveneens de opvatting, dat recht niet anders is dan positief recht. Want het ontstaat eerst, als de Idee zich heeft ontwikkeld tot objectieven geest en zij de idee van het goede realiseert in den vorm van wet en recht.<sup>41)</sup>

Dit pantheïsme voert mede tot een monistische staatsconceptie. Elke zelfstandige macht naast den staat wordt geloochend. In het bijzonder de ontkenning van de onafhankelijke plaats van het gezin staat diametraal tegenover de antirevolutionaire opvatting van de souvereiniteit in eigen kring. Elke poging, al is die ook van den leider zelf, om de zelfstandige positie van het gezin te redden, moet noodwendig mislukken, omdat het aanvaarde stelsel logisch noodzakelijk het gezin tot orgaan van den staat verlaagt.<sup>42)</sup>

De Hegeliaansche visie, waarbij de religie in de ontwikkeling der idee een lagere plaats inneemt, dan wetenschap en filosofie, maakt de kerk aan den staat ondergeschikt.

Als hoogste trap in de ontwikkeling der eeuwige idee, heeft de staat door zijn macht cultuur en religie, wetenschap en opvoeding te regelen. Zij behouden slechts bewegingsvrijheid, voorzoover de staat dit toelaat. De geestelijke eenheid, die de N.S.B. nastreeft, is geen toevallig of tijdelijk attribuut, maar behoort tot de noodzakelijke consequentie van haar eigen wezen. Elke concessie op dit punt is met haar eigen aard in strijd.

De monistische staatsconstructie berooft de volksvertegenwoordiging van haar eigen plaats. Elk streven, die, via de bedrijven te redden,

is tot onvruchtbaarheid gedoemd. Ook de corporaties met haar zoogenaamde vertegenwoordiging zijn slechts organen van den eenen almachtigen staat.

Wij kunnen ons niet onttrekken aan de gedachte, dat het voortdurend speculeeren op stoffelijke belangen, voorzoover het niet geschiedt uit grove reclame oogmerken, zijn oorzaak vindt in de infectie met de historisch-materialistische opvattingen van den Jong-hegeliaan FEUERBACH. Misschien is dit verklaarbaar uit het feit, dat verschillende min of meer invloedrijke personen in de N.S.B. in meerdere of mindere mate vroeger contact hebben gehad met de S.D.A.P. of verwante stroomingen. De uiterlijke overeenkomst in redactie en betoogtrant tusschen de N.S.B. geschriften en de populaire Marxistische litteratuur, die ieder lezer terstond opvalt, zou op die manier een aannemelijke verklaring vinden.

Aan het wijsgeerig rationalisme zou dan ook verwant zijn de overschatting van het intellect, het verstand, de rede, welke zich manifesteert in den eisch van een deskundige regeering, d. w. z. een bestuur van hen, wier verstandelijke meerderwaardigheid op de eene of andere wijze wordt verondersteld. Aan het onontwikkelde volk, waarover op tal van plaatsen met aristocratische minachting wordt gesproken, <sup>43)</sup> blijft dan slechts gereserveerd de lagere trap van de gevoelsuiting door handgeklap, desgewenscht voorzien van eenige religieuse wijding.

Wellicht maakt men de opmerking, dat de N.S.B. in haar bestrijding van de klassenstrijdsgedachte toch ongetwijfeld veel sympathieks bezit. Wij wijzen er echter met nadruk op, dat de N.S.B., weer geheel dialectisch-Hegeliaansch de tegenstelling tusschen de klassen „opgeheven” acht in den nationaal-socialistischen staat. Een afkeuring van den klassenstrijd, als onjuist voor alle tijden en plaatsen, vindt men niet. Integendeel, men waardeert de phase van den klassenstrijd als de logisch noodzakelijke en dus werkelijke aan de Nationaal-socialistische voorafgaande periode. <sup>44)</sup> Meer dan uiterlijke hulp heeft de christelijke maatschappij van de N.S.B. in haar veroordeeling van den klassenstrijd niet te verwachten.

Men heeft de antirevolutionaire staatsleer, misschien niet ten onrechte, verweten, dat zij opportunistisch was in de ontwikkeling van haar leerstukken.

In haar tegenstanders is echter groote continuïteit van karakter aanwijsbaar.

Tegen het staatsabsolutisme van den alvermogenden liberalen staat had zij eertijds eigen gedachten te formuleeren. Thans is haar de taak opgelegd tegen een zelfden alvermogenden staat haar principes te verdedigen. Maar deze overeenstemming in tegenstanders geeft tevens den steun, die in het voortbouwen op hetzelfde fundament gelegen is.

1) IV pag. 12.

2) IV pag. 11 o. a.

3) Vgl. *Volk en Vaderland* van 18 Nov. 1933, interview Mussert.

4) IV pag. 5.

5) IV pag. 5.

6) IV pag. 14, 17, 18, 25.

7) Zoo ziet hij de onderwijsbevrediging als een capitulatie van den staat voor de *kerk!!* IV pag. 19.

8) III pag. 3.

9) III pag. 9.

10) III pag. 5.

11) III pag. 3.

12) III pag. 5.

13) Nummer van 16 Dec. 1933; aanbevolen wordt hier: *De Staatsidee in Hegelschen geest*, ontwikkeld door Ir. A. J. BERGSMAN, Haarlem, Tjeenk Willink, 1931.

14) Wij citeeren HEGEL, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, neu herausgegeben van GEORG LASSON, zweite Auflage, Verlag Felix Meiner, Leipzig 1920. Vgl. in het bijzonder HEGEL, pag. 48, 49, 204 met III, pag. 10, 11 en 16.

15) Vgl. HEGEL, *Vorrede*, pag. 14 v. g.

16) III pag. 6—9 en HEGEL, pag. 13.

17) Het goede heeft als norm alleen zijn zelfontwikkeling tot het redelijk denken, HEGEL, par. 129—141 met de bijbehorende *Zusätze*.

18) III pag. 9—11; v.g. HEGEL, pag. 30, 48 v.; verder vooral pag. 257 „Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee”; *Zusatz* par. 258: Der Staat an und für sich ist das sittliche Ganze, die Verwirklichung der Freiheit, und es ist absoluter Zweck der Vernunft, dass die Freiheit wirklich sei.”

19) Vgl. HEGEL pag. 228 v.

20) III pag. 12, vgl. HEGEL, par. 158—181 (de familie) en par. 182—256 (de maatschappij); veel uitvoeriger maar zakelijk hetzelfde.

21) III pag. 12 en 13.

22) III pag. 15—17; vgl. HEGEL, vooral par. 261 en *Zusatz* 155.

23) III pag. 6 en IV pag. 5.

24) III pag. 14.

25) IV pag. 25.

26) Vgl. hiervoor o. a. DE WAAL MALEFIJT, *De Overheid en de Particuliere eigendom*, referaat Calv. Jur. Ver. 1929 *passim*. De N. S. B. wijkt hier wel zeer sterk af van de conservatieve Hegelianen tot den linkervleugel.

27) III pag. 15.

28) III pag. 3.

29) III pag. 15.

30) II pag. 44 en III pag. 5.

31) Vgl. hiervoor vooral HEGEL, par. 239 en 270 en de bijbehorende *Zusätze*.



<sup>32)</sup> III pag. 18, vg. HEGEL par. 2711 en 276.

<sup>33)</sup> III pag. 19; vg. HEGEL par. 280, 284 en Zusatz 171: „Der Monarch hat nur Ja zu sagen, und den Punkt auf das I zu setzen”.

<sup>34)</sup> IV pag. 13—15; let vooral op de werkzaamheid der Kroon als *veiligheidsklep*; ook op de contradictie tusschen III pag. 23 en pag. 19 regel 10—14 van boven. Is zin voor logica geen vereischte meer voor „knappe koppen”?

<sup>35)</sup> Vg. hiervoor HEGEL, par. 300, 310, 311.

<sup>36)</sup> III pag. 21 en 22.

<sup>37)</sup> III pag. 20—22.

<sup>38)</sup> HEGEL, par. 324, 334, Zusatz 188 enz.

<sup>39)</sup> III pag. 5.

<sup>40)</sup> FABIUS wees hier reeds op: Groen van Prinsterer over staatkundige partijen, in *Schrift en Historie*, pag. 202.

<sup>41)</sup> III pag. 15.

<sup>42)</sup> Vg. het bovenaangehaalde interview in *Volk en Vaderland*.

<sup>43)</sup> III pag. 20, 21, 22, 24; II pag. 26 enz.; vg. hiermee HEGEL's citaat van GOETHE: *Zuschlagen kann die Masse, Da ist sie respektabel: Urteilen gelingt ihr miserabel*, t. a. p. par. 317—318.

<sup>44)</sup> II pag. 33—34.

---

---

---

# GROEN VAN PRINSTERER'S DENKBEELDEN OVER HET RECHT VAN OPSTAND

DOOR

DRS. H. SMITSKAMP.

Het recht van den onderdaan om, in bepaalde omstandigheden, verzet te plegen tegen zijn wettige overheid, is in de laatste jaren wederom actueel geworden. Het veldwinnende staatsabsolutisme brengt het immers vanzelf aan de orde. Maar ook waar men, anders dan onder fascistisch of nationaal-socialistisch bewind, niet verder gaan wil dan tot een versterking van het staatsgezag binnen de perken der constitutioneele rechten, ontstaan twijfelachtige gevallen. Nog onlangs heeft men in ons land, tegenover de huidige regeering, een beroep hooren doen op het recht der onderdanen om een belofte van onvoorwaardelijke gehoorzaamheid aan de overheid te weigeren.

In hoeverre dit beroep, gelijk beweerd werd, in overeenstemming was met de antirevolutionaire opvatting inzake deze kwestie, blijft hier buiten beschouwing. De bedoeling van dit artikel is slechts, een bijdrage te leveren tot de geschiedenis van het verzetsrecht door na te gaan, welke denkbeelden erover ontwikkeld zijn door den stichter der antirevolutionaire partij. Vanzelf komt daarbij in het centrum te staan de historische gebeurtenis, die GROEN vooral aanleiding heeft gegeven om zich op dit punt uit te spreken, nl. de opstand onzer vaderen tegen Spanje.

I. Wanneer ge, naar de genoemde denkbeelden een onderzoek instellend, toevalligerwijze al spoedig één van GROEN'S laatste geschriften ter hand neemt, en ge zijt gevorderd tot blz. CLXII van „Maurice et Barnevelt”, dan waant ge, reeds terstond een goed eind op weg te zijn. Immers, ge vindt daar een bewering geciteerd van NUYENS waarmee deze Roomsche historicus, onder verwijzing naar een uitlating van FRUIN, den vinger meende gelegd te hebben op het zwakke punt in

heel GROEN'S geschiedenisbeschouwing. FRUIN had namelijk geschreven: De opstand tegen Spanje „is voor onze protestantsche antirevolutionairen een onvermijdbaar struikelblok. Hij is het begin van den Staat, dien zij in zoo menig opzicht als voorbeeld ter navolging voorstellen, en daarom niet wel zonder voorbehoud te veroordeelen. Maar toch hij is en blijft een opstand, een revolutie. En iedere revolutie wordt door de antirevolutionaire theorie gewraakt. Dus dient men dien opstand aan beweegredenen toe te schrijven, die hem wettigen kunnen, als er zulke beweegredenen maar te vinden zijn.”<sup>1)</sup>

Wanneer ge nu echter een, voor Uw doel allicht belangrijke, weerlegging van deze uitspraak verwacht, komt ge bedrogen uit. GROEN weerlegt hier niet, hij verwijst slechts. En dat niet naar een gedeelte van één zijner werken, waar men een afdoende behandeling van deze kwestie kan aantreffen, maar naar . . . zijn sinds 1831 gepubliceerde geschriften! En dan bedenkt ge, dat „Maurice et Barnevelt” in T. DE VRIES' Bibliografie van GROEN'S werken het nummer . . . 147 draagt.

Toch is die verwijzing volkomen gerechtvaardigd. Er is nauwelijks één geschrift van GROEN of hij heeft er, opzettelijk of terloops, zijn meening in weergegeven over het verderfelijke der revolutie-begrippen en over de houding der antirevolutionairen in verband daarmee. De titel van die ééne reeks voorlezingen uit 1847, „Ongeloof en Revolutie”, vormt het kort begrip van al GROEN'S werken, en zou als verzamelnaam hebben kunnen dienen voor de door WORMSER verlangde uitgaaf der Opera omnia.

Deze veelvuldig herhaalde ontvouwing van GROEN'S denkbeelden over de revolutie heeft evenwel voor het onderzoek dat ons bezighoudt slechts zijdelingsche waarde. Want wanneer GROEN het heeft over *de* revolutie, of over Revolutie met een hoofdletter R, dan bedoelt hij steeds één zeer bepaalde revolutie, nl. die van 1789. De bestrijding van *deze* revolutie, of beter: van haar beginselen, is zijn levenswerk geweest. Wanneer hij spreekt van andere revoluties staat altijd zijn afkeer van *de* Revolutie op den achtergrond. Niets ducht hij zoozeer, dan dat men die andere revoluties, met name de Hollandsche van de tweede helft der 16e eeuw en de Engelsche van 1688, op één lijn zal stellen met *de* Revolutie.

Het is deze overweging, die men bij het nagaan van GROEN'S denkbeelden over het recht van verzet voorop moet plaatsen. Als hij zich antirevolutionair noemt wil dat dan ook niet zeggen, dat hij tegen

elke revolutie is, al heeft men dien naam meer dan eens aldus geïnterpreteerd. Reeds in 1831 wist hij „dat er een antirevolutionaire revolutie kan zijn.” 2) Sterker nog: hij kan verklaren dat hij „sedert een tal van jaren, wellicht meer dan iemand, lofredenaar was der revolutiën van 1572, van 1688, van 1813.” 3)

Wat is dan het onderscheid tusschen deze revolutie en *de Revolutie*? GROEN zegt het met den „meestertrek” van MACAULAY, „die met één woord den aard van Revolutiën als van 1572 en 1688 tegenover *de Revolutie* in het licht stelt”: het is het onderscheid tusschen *a preserving* en *a destroying revolution*. 4) Of, om zijn eigen beschouwingen in één zin samen te vatten: het beginsel van *de Revolutie* is afval van God, die andere revoluties daarentegen zijn gehoorzaamheid aan God.

In het licht van deze uitspraak moet men GROEN's oordeel zien over den opstand tegen Spanje.

Wel erkent hij, dat aanvankelijk o.a. afkeer van vreemde overheersching en zucht tot behoud of uitbreiding van de vrijheden des lands de voornaamste motieven tot opstand vormden, maar *hoofdbeginsel* van den strijd werd bij den voortduur de *godsdiens*. 5)

Hoofdbeginsel en tevens *de eenige rechtvaardiging* van het verzet. Altijd weer legt GROEN hierop den nadruk: niet de verkorting der staatkundige rechten, maar de weigering om aan de eisch van godsdiensvrijheid te voldoen, heeft ten slotte gewapenden opstand ten gevolge gehad. Pas toen de Koning „uitroeiing der Christelijke gemeente tot onveranderlijke voorwaarde van bevrediging had gesteld werd de strijd tegen Spanje levensbeginsel van Kerk en Staat”, en kon men spreken van „pligtmatige onverzettelijkheid.” 6)

Waarom „pligtmatige”? Waarom „regtmatige tegenweer”, gelijk GROEN het elders noemt? 7) De vraag, reeds door FRUIN gesteld, heeft reden van bestaan. Indien de Hervormden veertig jaar lang martelaarschap verduurd hebben alvorens tot opstand over te gaan (en GROEN roemt die lijdzaamheid), waarom, vraagt men zich af, hebben zij dan op een gegeven moment geweigerd, langer het hoofd op de slachtbank te leggen?

Het antwoord dat GROEN geeft, is weinig overtuigend. Want dat „uitroeiing der Christelijke gemeente” 's Konings doel was, daaraan behoefde men reeds geruimen tijd vóór den opstand uitbrak, niet meer te twijfelen.

Inderdaad zit hier de zwakke stee in GROEN's beschouwing. Een

duidelijke aanwijzing van het punt, waarop de overgang van lijdelijk tot dadelijk verzet plicht werd, geeft hij niet. FRUIN weet dit, zooals we zagen, aan de antirevolutionaire leer, die immers, volgens hem, opstand tegen den wettigen vorst nooit kan rechtvaardigen. Dat de oorzaak echter ergens anders te zoeken is, zal blijken wanneer we nader bezien hoe GROEN oordeelde over de *politieke* zijde van het verzet.

In het oude twistpunt of de oorlog tegen Spanje een religie —, dan wel een vrijheidskrijg is geweest, huldigt GROEN ondubbelzinnig de eerste opvatting. Dat komt o. m. zeer duidelijk uit waar hij handelt over de Acte van Afzwering (eigenlijk: over het plakkaat van Verlatinge; gewoonlijk bedoelt men dit laatste wanneer men over de Acte van Afzwering spreekt). De motiveering, waarmee in dit bekende staatsstuk het opzeggen der gehoorzaamheid aan PHILIPS II wordt gerechtvaardigd, wil GROEN allerm minst overnemen. Zij baseert zich immers naar zijn meening veel te uitsluitend op de schending der privileges. 8) „Republikeinsche theorieën kwamen, ter doordrijving van de staatsrechtelijke breuk, op den voorgrond. Om de Roomschen, talrijk in den lande, te believen, werd de drangreden die, in het oog der Hervormden, alleen den afval rechtvaardigen kon (het weigeren van gewetensvrijheid om God te blijven dienen) in de schaduw gesteld.” 9) Doordat men aldus de ware oorzaak der revolutie verzweg, ontnam men de redeneering haar kracht. 10)

Wel wil GROEN de Acte op zichzelf accepteeren, maar los van de toelichting met haar „republikeinsche theorieën”. Want die komen niet voort uit het beginsel der Hervorming, maar zijn vooral ontleend aan de staatsleer der Oudheid. 11) Daarentegen heeft juist de invloed der reformatorische ideëen bewerkt, dat men niet reeds eerder, meege-sleept door die verkeerde denkbeelden, tot de Afzwering is overgegaan. 12)

Het weigeren der gewetensvrijheid 13) door PHILIPS II wil GROEN hier dus als het eenige motief laten gelden, dat recht gaf tot Afzwering. Deze is resultaat van het dilemma: verzaken van de Hervorming of weerstand tegen den vorst. Maar was dit resultaat conform het Evangelie, dat alle macht van God afgeleid noemt en beveelt, ook booze heeren te blijven dienen? Delicate vraag, zegt GROEN. 14)

Teneinde zijn meening, dat ook zóó gezien de Afzwering inderdaad geoorloofd mag heeten, krachtiger te ondersteunen, voert hij een drietal uitspraken aan van MARNIX (die verderop nog te berde zullen komen),

om dan zijn eigen standpunt aldus weer te geven: „La Réforme qui longtemps avoit retardé la révolution, en devint ainsi la cause légitime. Les Réformés, après tant de souffrances, tant d'injustices, tant de traitements cruels, disposés encore à être sujets fidèles d'un maître fâcheux, ne se crurent pas tenus, pour rendre à PHILIPPE ce qui est à PHILIPPE, ni de tendre la tête au bourreau, ni de mourir en exil, ni de sacrifier l'existence des Eglises Réformées aux volontés despotiques et au fanatisme persécuteur du Souverain.” 15)

Wederom vragen we: Waarin vindt deze overgang van passiviteit tot „activisme” en afzwering van den vorst zijn rechtsgrond? In het beginsel der Hervorming, zegt GROEN. Een vage uitspraak. Maar deze vaagheid heeft, zooals we zien zullen, haar reden.

In elk geval: GROEN weigert een ander dan het religieuse motief aan te nemen ter rechtvaardiging van opstand en afzwering. De schending der privileges, die men vaak als wettiging van het verzet heeft aangevoerd, wil hij als zoodanig in 't geheel niet aanvaarden. Hoogstens gaven deze privileges, m. n. de Brabantsche Joyeuse Entrée „het regt om een daarmede strijdig bevel niet ten uitvoer te leggen, geen bevoegdheid om zich van 's Vorsten gezag te ontslaan”. Want, (en hier raken we de kern van de kwestie GROEN's opvatting van het monarchaal gezag), de privileges zijn „door de Hertogen en Graven verleend, niet *opdat* zij Landsvorsten zouden worden: maar *omdat* zij het waren; *bewijs*, niet *voorwaarde* van gezag. Of bij loutere *gunst*, of bij *overeenkomst*, van wier naleving de betrekking tusschen Vorst en onderdanen niet afhankelijk was.” 16)

GROEN's verwerping van de in de Acte van Afzwering gevolgde rede- neering vindt dan ook mede haar oorzaak hierin, dat hij in deze rede- neering een prelude ziet op de sinds 1587 geproclameerde, uit „on- kunde en misverstand” geboren theorie der statensouvereiniteit. En het ligt volkomen in de lijn, dat hij in dit verband een beroep doet op KLUIT, den bestrijder van deze leer. 17)

De fundeering van zijn beschouwing heeft GROEN vooral gelegd in „Ongeloof en Revolutie”. De grondslag van de Europeesche monar- chieën, zegt hij daar, is de souvereiniteit van de koningsmacht. „De vorst, eigenaar der Souvereiniteit, had vrije beschikking over dit eigen, hem door Gods genade ten deel gevallen gezag”. Niet op den wil of de keuze van het volk, maar op grondbezit en erfelijke dynastieke waardigheid rust zijn macht. En wel vormden de Stenden, die waken

voor de eerbiediging der volksoverheden, een beperkend element, maar aan de rechten van den vorst kunnen zij nooit tornen. Deze geheele opvatting baseert GROEN op Romeinen 13 : 1. Vaak heeft men de goddelijke oorsprong van het gezag te baat genomen als voorwendsel en steun van stelselmatige dwingelandij, maar miskennis en verbastering doen niet af van het beginsel van het droit divin. Want elk soort macht is van God verordineerd. Daarin alleen ligt de bevestiging van het gezag, beteugeling van willekeur en bescherming der vrijheid. Geen keus dan droit divin of contrat social, de geopenbaarde souvereiniteit Gods of de revolutionaire volksovereiniteit. 18)

In dit stelsel, dat duidelijk onder invloed staat van VON HALLER, den door GROEN vóór 1848 zoo hoog geschatten theoreticus der Restauratie, 18a) kan van een recht tot verzet nauwelijks, van afzwering van den vorst in 't geheel geen sprake zijn. Want wel is de plicht tot gehoorzaamheid en onderwerping beperkt door het „Geef Gode wat Gods is”, en deze gehoorzaamheid „sluit de vis inertiae niet uit, die het geweld kan afmatten, noch het recht van bescheiden oordeelvelling, noch het recht van standvastige weigering en kloekmoedigen weerstand”, maar GROEN voegt daar onmiddellijk aan toe, dat „die wederstand niet onbegrensd is, en het onrecht geen bevoegdheid geeft tot verbreken van heilige betrekking.” 19)

Het is bezwaarlijk in te zien hoe men op grond van deze leer een ander dan zuiver lijdelijk verzet mag rechtvaardigen. Dat GROEN desondanks de Afzwering geoorloofd noemt, kan ik daarom niet anders verklaren dan uit het feit dat deze theorie, met haar onhistorische miskennis van het Germaansch-dualistische karakter der 16de eeuwsche monarchiën, 20) hem, den historicus, nooit geheel in vleesch en bloed is overgegaan, al had zij, door haar principiële verwerping der volksovereiniteit, voor den hardnekkigen bestrijder der revolutie-beginselen groote beking.

Vandaar soms de vaagheid en de tegenstrijdigheden in GROEN's beschouwing van den opstand tegen PHILIPS, waarbij de vaderlandsche natuur het doorgaans wint van de geïmporteerde leer. Of is het van zijn standpunt geen inconsequentie, wanneer hij de woorden van MARNIX ter verdediging van de Afzwering: „Nous destituons le Roy pour ce qu'il est tyran et oppresseur de nos loix et libertés par le ministère des estrangiers, auxquels il ne nous peut ny doit assubjettir”, slechts „peut-être exagerée, inexacte” noemt? 21)

Tot inconsequentie kon ook licht leiden, dat reeds de eisch der Hervormden tot godsdienstvrijheid op dit standpunt eigenlijk ongeoorloofd moest heeten. En werkelijk is GROEN een enkele maal die richting uitgegaan. Bijvoorbeeld waar hij zegt, dat de zaak der Hervormden niet altijd geheel zuiver is gebleven, o. a. wijl zij zich op den duur niet vergenoegden met gewetensvrijheid, maar ook vrijheid van eeredienst verlangden. <sup>22)</sup>

Inderdaad past een dergelijke beschouwing geheel in GROEN'S toenmalige theorie. Nergens schijnt hij zich zóó ver te hebben laten meevoeren met de ideëen der Restauratie dan in deze uitspraak. Maar zij is dan ook onvereinigbaar met wat hij elders zegt omtrent de „pligtmatige onverzettelijkheid” toen vrijheid van christelijke godsdienst-oefening geweigerd werd.

Doch eerst recht moest de ontoereikendheid van deze theorie uitkomen bij de beoordeeling van de Engelsche Glorious Revolution. Dat deze volkomen gerechtvaardigd was, stelt GROEN buiten twijfel. Maar toch brengt zijn leer hem er toe, op de zuiverheid dier revolutie af te dingen. Voor deze leer immers dragen de omwentelingen der 16de en 17de eeuw „bijkans allerwege (een) revolutionair-republikeinsch merk”, daar zij ten deele berusten op wanbegrip omtrent „het echte wezen en karakter van den Staat”. „Ook in Engeland had de godsdienst meer invloed dan gewoonlijk door de historieschrijvers erkend werd; doch tevens was er miskenning van den aard der souvereiniteit, overdrijving der volksrechten, idealistische voorstelling van een gemeenebestelijk staatsbeheer.” <sup>23)</sup> Doch doorgaans heet deze revolutie „pligtmatig en noodzakelijk”. <sup>24)</sup> Omdat JACOBUS II zich, evenals PHILIPS II, een onverzoenlijk uitroeier der ware kerk betoond had? Daarin zag GROEN immers de eenige rechtvaardiging van den opstand tegen PHILIPS. Maar in 1687, GROEN zelf vermeldt het, had JACOBUS nog, om welke reden dan ook, algemeene gewetensvrijheid toegestaan. Neen, de revolutie van 1688 bestond „in het verdedigen en bevestigen van historische rechten en vrijheden”, en wendde het gevaar af van „burgeroorlog, regeeringloosheid en despotisme.” <sup>24)</sup>

Maar voor den Nederlandschen opstand wil GROEN niet weten dan alleen van godsdienstige motieven ter rechtvaardiging van verzet en Afzwering. Zelfs verwerpt hij grootendeels de redeneering van HOTMAN en LANGUET. Dat deze Calvinistische publicisten „meer dan anderen



gezind (waren) om ook in krachtigen weerstand plichtmatige handhaving van volksrechten te zien", schrijft hij toe aan den invloed der omstandigheden en der heerschende vooroordeelen. *Niet* het Calvinisme was oorzaak van deze „dwaling", deze „jammerlijke verwarring van begrippen omtrent de historische betrekking van vorst en onderdaan." 25) Integendeel: „Bij de Hervormden ‚getrouw aan de uitspraken der H. Schrift, werd deze verkeerde richting opgewogen door christelijke ondergeschiktheid en geduld." 26) En van Calvijn zelf was allerminst een „schriftverdraaiing" te wachten, „die aan republikeinsche misvorming van het staatsrecht voet geeft." 27) De formuleering van het Plakkaat van Verlatinge mag dan ook geenszins uit het Calvinisme afgeleid worden, meent GROEN. Juist andersom: „De nauwgezette partij heeft, zelfs na veeljarig lijden, dezen beslissenden stap, niet om het gevaar, maar uit pligtbesef, met leedwezen en bekommering aanschouwd. Strenge Calvinisten deinsden hiervoor terug." 28)

Het is vooral BAKHUIZEN VAN DEN BRINK geweest die heeft betoogd, hoe deze heele beschouwing van GROEN aan de historische werkelijkheid te kort doet, al berust de beschouwing die hij er tegenover plaatst eveneens op een misvatting van het karakter van het Calvinisme. 29) Hij twijfelt er aan, of het Godsdienstig-Protestantsche bestanddeel in onzen opstand wel in alle opzichten beantwoordt aan „de ideale voorstelling, welke onzen verdienstelijken Geschiedschrijver daarvan voor den geest zweeft." 30) Veel meer dan GROEN heeft BAKHUIZEN oog voor het agressieve in het optreden der Calvinisten. Zij zijn niet zoo lijdelijk geweest als GROEN hen veelszins voorstelt.

In overeenstemming hiermede is eveneens dat GROEN wèl, ter rechtvaardiging van de Protestanten, er op wijst, dat zij pas na veertig jaar lijden tot verzet overgingen, maar dat hij dit niet in verband brengt met de omstandigheid, dit in deze veertig jaar de Hervorming hier te lande vooral Luthersch en Doopersch is geweest, terwijl de overgang naar gewapend verzet juist samenvalt met de toeneming van het Calvinisme.

Zoo zien wij dus dat GROEN in dezen tijd, (want bijna alle hier van hem aangehaalde uitingen dateeren van *vóór 1848*), het recht van verzet alleen geldig acht tegenover godsdienstvervolging. En dit komt wel het meest kenmerkend daarin uit, dat hij in het plakkaat van 1581 het eenige volgens hem geoorloofde motief der Afzwering verzwegen acht, maar de Calvinistische elementen, die in de bewijs-

voering ervan toch ontegenzeggelijk aanwezig zijn, <sup>31)</sup> geheel miskent, beïnvloed als hij is door de theorieën van VON HALLER.

II. Na 1848 is de invloed van VON HALLER op GROEN'S staats-theoretische beschouwingen geweken voor dien van STAHL. Zijn afkeer van de revolutie-begrippen blijft even sterk, maar zijn opvatting van het karakter en de ontwikkeling der Europeesche staten en van het monarchaal gezag wijzigt zich. Hij wil niet langer „een ongerijmde nabootsing van middeleeuwsche toestanden”, maar de erkenning van „het openbaar en republikeinsch karakter van den Staat.” <sup>32)</sup> En, wat voor ons doel van nog meer belang is: naast, en gedeeltelijk tegenover den invloed van STAHL, den Lutheraan, zien wé een toenemenden invloed van het Calvinisme. <sup>33)</sup>

Men mag de beteekenis van deze wijzigingen niet overschatten. Althans: GROEN heeft in de verandering van zijn zienswijze zelden aanleiding gevonden om vroegere uitspraken te verloochenen (al gaat hij, gelijk nog blijken zal, ten aanzien van het „Handboek” wel dien kant uit). En ook na 1848 treft men bij hem meermalen uitingen aan, die volkomen passen in den gedachtengang van vóór dien tijd.

Maar niettemin: ook voor het onderwerp dat ons bezighoudt is GROEN'S verandering van beteekenis geweest. Het kan op meer dan één plaats geconstateerd worden.

Zoo citeert GROEN in 1875 de volgende bewering van STAHL: „Die ächte reformirte Kirche nach dem Vorgange CALVIN'S ist dem Revolutionären ausdrücklich entgegen; aber sie neigt zum *Republicanischen* und pflegt überwiegend das Moment der gesetzlichen Ordnung vor der persönlichen Autorität und dem Bande zu ihr. Die reformirte Kirche hat dem nach einen wesentlichen Antheil an Begründung der ächten *bürgerlichen und politischen Freiheit* der neuen Weltepoche, aber einen nicht minder wesentlichen an *Erschütterung der monarchischen Autorität.*” STAHL bedoelt dit ten deele als een verwijt. Ten onrechte, zegt GROEN; het is juist „un véritable progrès.” <sup>34)</sup>

Hier wordt dus de spits der vroegere beschuldiging geheel omgekeerd, en zelfs de „Erschütterung der monarchischen Autorität” in het voordeel van het Calvinisme geboekt. En in aansluiting hieraan heet het dan: „La Monarchie, dans l'acception littérale, dans le sens personnel et patrimoniel, me semble de beaucoup inférieure aux gouvernements mixtes issus du Calvinisme, où l'Etat, de domaine particulier,

est devenu chose publique." 35) Gelijke strekking heeft de bekende, door Dr. KUYPER overgenomen uitspraak: „In de Calvinistische Reformatie naar de Heilige Schrift ligt oorsprong en waarborg der zegeningen, waarvan 1789 de bedriegelijke belofte en de jammerlijke karikatuur geeft." 36)

Leerzaam is in dit opzicht ook het nagaan van de correcties, die GROEN soms in vroegere voorstellingen aanbracht. Zoo b.v. de, voor het eerst in 1872 voorkomende, paragraaf 85a van het Handboek, waarin, met vermelding der welhaast gevleugelde woorden van BAKHUIZEN VAN DEN BRINK en FRUIN, de aandacht wordt gevestigd op de bijzondere beteekenis van het Calvinisme in den opstand tegen Spanje, terwijl daar gelaakt wordt de vooringenomenheid der Luther-schen „tegen hetgeen hun in de Gereformeerde rigting overdreven en buitensporig voorkwam." 37) Is GROEN zelf, in een vroegere periode, van een zekere miskennis van het Calvinisme wel geheel vrij geweest? In elk geval: hier nadert hij veel meer dan vóór 1848 de zienswijze van BAKHUIZEN. Reeds eerder, in 1864, had hij trouwens al de aandacht gevestigd op de „consciencieuse et énergique activité" van het Calvinisme. 38) Terwijl hij zelfs STAHL weerspreekt wanneer deze, van zijn Lutheraansch standpunt, den Hugenen hun gewapend verzet verwijt. 39)

Maar al heeft GROEN in later tijd meer toenadering getoond tot het Calvinisme (hoewel hij, zooals men weet, met Dr. KUYPER bleef verschillen in „de mate van toepasselijkheid"), hij is er, voorzoover mij gebleken is, nooit toe gekomen, den opstand tegen Spanje ook nog anders te rechtvaardigen dan als een zuiveren godsdienstkrijg. Nog in 1875 luidt het: wèl een revolutie, maar alléén terwille van den godsdienst. 40) Dat de strijd der Calvinisten (en van WILLEM VAN ORANJE!) óók gericht was tegen het veldwinnend absolutisme, heeft hij natuurlijk wel gezien, maar dat het verzet mede daarin zijn rechtvaardiging vindt, heeft hij nooit toegestemd. Vandaar dat hij er niet in geslaagd is voor den opstand tegen PHILIPS en voor de Acte van Afzwering een in alle opzichten bevredigende beschouwing te geven. Want voor de Calvinistische opvatting omtrent het recht van verzet, dat, in omstandigheden als zich onder PHILIPS voordeden, den magistratus populares toekomt, en dat alléén, van Calvinistisch standpunt, den overgang van lijdelijk naar dadelijk verzet kan rechtvaardigen, heeft GROEN geen oog getoond. Hetgeen te meer begrijpelijk is wanneer men bedenkt dat nà

zijn dood, als resultaat van de grondiger Calvijn-studie, zich ten dezen opzichte een juister inzicht eigenlijk pas heeft baan gebroken.

- 1) R. FRUIN. *Verspreide Geschriften*, dl. X, blz. 116.
- 2) *Nederlandsche Gedachten*, V, blz. 354.
- 3) In: *Bijdragen voor kerkgemeentelijk overleg*, (1869), geciteerd bij Prof. Dr. P. A. DIEPENHORST. GROEN VAN PRINSTERER. (Kampen 1932), blz. 311.
- 4) *Ter Nagedachtenis van STAHL*; naschrift, blz. 10.
- 5) *Handboek der geschiedenis van het Vaderland*, 6e druk, par. 127—129.
- 6) T. a. p., par. 131, 132.
- 7) T. a. p., par. 127.
- 8) T. a. p., par. 129.
- 9) *Ongeloof en Revolutie*, 5de druk (1924), blz. 126 v.
- 10) *Archives ou Correspondance inédite de la Maison d'Orange-Nassau*, le S., t. VII (1839), p. 588.
- 11) *Ongeloof en Revolutie*, blz. 102—108.
- 12) *Archives*, I. c., p. XLIII.
- 13) *Ongeloof en Revolutie*, blz. 127, spreekt GROEN van *gewetensvrijheid*. *Handboek*, par. 131, heet echter ook de strijd der Hervormden voor vrijheid van *godsdienstoefening* „pligtmatige onverzettelijkheid”. GROEN heeft deze twee, waar de geoorloofdheid van het verzet in het geding is, niet steeds scherp onderscheiden. Hetgeen ook verderop nog blijken zal.
- 14) *Archives*, I. c., p. XLII s.
- 15) *Archives*, I. c., p. XLIV. Vert.: „De Hervorming, die langen tijd de revolutie had tegengehouden, werd er aldus de wettige oorzaak van. De Hervormden waren, na zooveel lijden, zooveel onrechtvaardigheden, zoo'n wreede behandeling, nóg bereid om trouwe onderdanen te zijn van een boozen meester; maar zij achtten zich niet verplicht, teneinde PHILIPS te geven wat hem toekwam, om hun hoofd den beul voor te houden, noch om in ballingschap te sterven, noch om het bestaan der Gereformeerde Kerken op te offeren aan de despotische verlangens en de vervolgingswoede van den Souverein.”
- 16) *Handboek*, par. 129.
- 17) T. a. p. Ook BAKHUIZEN VAN DEN BRINK was het, zij het op grond van andere overwegingen, met KLUIT eens dat, „zoo wij PHILIPS slechts daarom hadden afgezworen, omdat hij onze privilegiën had geschonden, onze onafhankelijkheid elken rechtsgrond zou missen.” (Studiën en Schetsen, dl. V, blz. 110). Maar van het „droit divin”, dat aan GROEN's beschouwing ten grondslag ligt, wil hij niets weten. (vgl. Briefwisseling van BAKH. v. D. BRINK enz., blz. 280).
- 18) *Ongeloof en Revolutie*, blz. 71, 41, 43—48.
- 18a) Overigens was GROEN het lang niet in alles met hem eens; vgl. *Ongeloof en Revolutie*, blz. 122. Over den invloed van VON HALLER, zie het fragment uit de „autobiografie”, bij DIEPENHORST, a. w. blz. 51; en ald. blz. 319.
- 19) T. a. p., blz. 48. (ik cursiveerde). *Vis inertiae*: lijdelijk verzet.
- 20) Vgl. ook *Handboek*, par. 93: de Staten, Algemeene en Provinciale, waren vóór 1581 onderdanen, en *niets méér*. Reeds FRUIN (*Verspr. Geschr.* X, blz. 137 vv.) heeft er op gewezen, dat GROEN een onjuiste voorstelling geeft van de oud-Germaansche staatsinrichting.
- 21) *Archives*, I. c., p. XLIII. Vert.: „Wij zetten den Koning af wijl hij een tyran en verdrukker onzer wetten en vrijheden is door den dienst van vreemdelingen, aan wie hij ons kan noch mag onderdanig maken.” GROEN noemt dit: „wellicht overdreven, onnauwkeurig.”
- Prof. KERNKAMP vergiste zich echter, toen hij (*Vragen des Tijds* 1904, dl. I, blz. 81 noot; bij den herdruk van dit artikel, in „Menschen en Tijden”, is deze

noot weggelaten) schreef, dat GROEN hier, in de Archives, de door hem in Ongehoof en Revolutie verloochende Acte van Afzwering rechtvaardigt. Ook in de Archives verwerpt GROEN, zij het niet zóó kras als in Ongeloof en Revolutie, de *redeneering* van het plakkaat, terwijl hij *de daad zelf* volkomen goedkeurt. Van de drie, hierbij vermelde uitspraken van MARNIX, stemt hij dan ook alleen uitdrukkelijk in met deze: „Nous destituons Le Roy pour ce qu'il est ennemy juré de la vraye Religion et de la parole de Dieu, et ne veut en façon quelconque recevoir la maniance de pays, sinon à condition qu'il puisse extirper le règne de Jésus-Christ.” Archives, I. c., p. XLIII. (Vert.: „Wij zetten den Koning af wijl hij een gezworen vijand van de ware religie en Gods Woord is, en het bewind des lands niet anders wil hebben dan op voorwaarde, dat hij het rijk van Christus kan uitroeien”).

<sup>22)</sup> Archives, 1e S., t. III (1836), p. LXXVII.

<sup>23)</sup> Ongeloof en Revolutie, blz. 118.

<sup>24)</sup> O. a. Handboek, par. 436. Dat overigens in 1688 óók het godsdienstig motief een werkzaam aandeel heeft gehad, kan hier buiten beschouwing blijven.

<sup>25)</sup> Ongeloof en Revolutie, blz. 123 v.

<sup>26)</sup> Handboek, par. 130.

<sup>27)</sup> Ongeloof en Revolutie, blz. 124.

<sup>28)</sup> T. a. p. blz. 126. Het is mij niet duidelijk geworden, op wie GROEN hier doelt. Wél waren er bezwaren tegen de Afzwering (Vgl. Dr. N. JAPIKSE, Bijdr. Vad. Gesch., 5e Reeks, dl. 6, blz. 330; Dr. A. A. VAN SCHELVEN, Willem van Oranje, blz. 269), maar, voor zoover ik weet, niet speciaal van Calvinisten.

<sup>29)</sup> Wanneer hij op de uitspattingen, waartoe sommige Calvinisten zich hebben laten verleiden, gewezen heeft, verklaart hij die terecht uit onzuiverheid, de gebreken van den tijd, enz. Maar hij ziet voorbij, dat ook in het zuivere Calvinisme wel degelijk elementen waren, die den gewapenden opstand en wat hij „de eedbreuk jegens den wettigen vorst” noemt, rechtvaardigen konden (BAKH, v. D. BRINK, a. w. blz. 9).

<sup>30)</sup> A. w., blz. 8.

<sup>31)</sup> Vgl. Dr. A. A. VAN SCHELVEN. Het Heilig recht van opstand, blz. 25 v.v. Mr. Dr. J. VAN DER GRINTEN. Bijdr. Vad. Gesch., 7e Reeks, dl. 2, blz. 173 v.v.

<sup>32)</sup> Ter nagedachtenis van Stahl, blz. 10.

<sup>33)</sup> Vgl. Nederl. Gedachten, V, blz. 157 v.; II, 294 v.

<sup>34)</sup> Maurice et Barneveldt, p. 158\*. Vert.: „De echte Gereformeerde Kerk op het voetspoor van Calvijn, staat uitdrukkelijk tegenover het revolutionaire, maar zij helt over tot het *republikeinsche* en legt veel sterker nadruk op de wettige orde als zoodanig, dan op de persoonlijke autoriteit en den band daaraan. De Gereformeerde Kerk heeft dienovereenkomstig een wezenlijk aandeel in de bevestiging der echte *burgerlijke en politieke vrijheid* van den nieuwen tijd, maar een niet minder wezenlijk aandeel in de *verzwakking van het monarchaal gezag*” (Ik cursiveerde). GROEN noemt dit: een ware vooruitgang.

<sup>35)</sup> L. c., p. 158\*. Vert.: „De Monarchie, naar de letterlijke opvatting en in den persoonlijken en patrimoniaalen zin, lijkt mij van veel minder waarde dan *de, uit het Calvinisme voortgekomen, gemengde regeeringsvorm*, waarbij de staat van particulier domein publieke zaak is geworden.” (ik cursiveerde). Deze patrimoniale gedachte echter vindt men juist zeer sterk bij VON HALLER. Vgl. JELLINEK. Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl. (1914), S. 200.

<sup>36)</sup> Nederl. Gedachten V, blz. 399.

<sup>37)</sup> Tusschen de eerste (of tweede) uitgave van het Handboek (1841/6) en de latere (sinds 1872), bestaat vrij wat verschil, minder nog wat den omvang dan wat den inhoud betreft. Niet zonder reden verklaarde GROEN in 1874, dat hij de omgewerkte druk alleen als „het Handboek” erkende (Ned. Ged. V, blz. 311, 313). Ik wijs b.v. nog op deze plaats uit den eersten druk (par. 129), omtrent het bewind van PHILIPS II: „behalve in de zaak des geloofs was er weinig

reden tot klacht; veelszins een wijs, gematigd en liefderijk bestuur." In de latere drukken is deze zinsnede verdwenen. Had GROEN's bedoeling om vooral te doen uitkomen dat alleen het geloof hoofdbeginsel van den opstand was, hem tot deze minder juiste voorstelling verleid?

<sup>38)</sup> La Hollande et l'influence de Calvin, p. 10.

<sup>39)</sup> Ter nagedachtenis van Stahl, aant. blz. 6 v.

<sup>40)</sup> Maurice et Barnevelt, p. 150\*.

---

---

---

# DE MAATREGELN TEGEN DE AFGESCHIEDENEN

DOOR

DR. J. C. RULLMANN.

---

INHOUD: I. Vroegere Toepassing, bl. 197; — II. Synodaal Verzoek, bl. 201; — III. Tabellarische Overzichten, bl. 210; — IV. Toenemende Vervolging, bl. 214; — V. Groens Memorie, bl. 217; — VI. Le Journal de la Haye, bl. 228; — VII. Het Kamerlid Luzac, bl. 231; — VIII. Van Appeltere contra Groen, bl. 235; — IX. Le Roy en Van Hall, bl. 239; — X. Groen verdedigd door Van der Kemp, bl. 243; — XI. Beelaerts van Blokland en Boeles, bl. 250; — XII. Buitenlandsche Sympathie, bl. 252; — XIII. Groen in de Dubbele Kamer, bl. 258; — XIV. Landverhuizing, bl. 261; — XV. Nieuwe Vervolging, bl. 264; — XVI. Petities uit Delfzijl, bl. 273; — XVII. Afschaffing, bl. 277.

---

Krachtens een verouderde bepaling van de Code Napoléon, die opgenomen was in de nieuwe wetgeving van Nederland na den val van Napoleon, en die vergaderingen van meer dan 19 personen, voor welk doel ook, verbood, behoudens goedkeuring van de Regeering, zond WILLEM I zijn soldaten met sabel en geweer uit, om den vrijen eeredienst van God te beletten, en bracht op deze wijze blijvende schande over een vrijheidlievend volk.

Mr. G. J. DIEKEMA, *Amerikaansch Gezant*<sup>1)</sup>.

## I. *Vroegere Toepassing.*

Het was onder de alleenheerschappij van keizer NAPOLEON, dat hier te lande, gelijk door zoovelen, ook door den grooten BILDERDIJK kommer en gebrek werd geleden. Hij leefde toen van droog brood en gerstewater, en moest met vertaalwerk in zijn onderhoud voorzien. En zoo werd hem dan o. m. ook opgedragen de vertaling van NAPOLEON'S wetboeken.<sup>2)</sup> Maar zeker zal hij bij dit geestdoodend loon- en huurwerk wel nooit vermoed hebben, dat één dezer wetboeken, na tientallen van jaren, als de Fransche overheersching reeds lang weer zou hebben

plaats gemaakt voor de regeering van een Oranjevorst, nog dienst zou moeten doen, om het vrome volk, waaraan BILDERDIJK zich zoo verbonden gevoelde, te verdrukken en te vervolgen. Toch is dit langen tijd het geval geweest met het Napoleontische Strafwetboek, dat in de artikelen 291—294 sprak van ongeoorloofde vereenigingen en samscholingen van meer dan 20 personen. Ze luiden vertaald aldus:

*Van ongeoorloofde gezelschappen of bijeenkomsten.*<sup>3)</sup>

Art. 291. Geenerlei genootschappen (of gezelschap) van meer dan twintig personen, met oogmerk om dagelijks of op zekere bepaalde dagen bijeen te komen ten einde zich met onderwerpen van godsdienst, letterkunde, staatkunde of andere zaken bezig te houden, zal opgericht mogen worden, dan met toestemming van de hooge regeering en onder zoodanige voorwaarden, als het openbaar gezag zal goedvinden het gezelschap op te leggen.

Onder het getal van personen, bij dit artikel uitgedrukt, zullen niet begrepen zijn, die hunne woonstede hebben in het huis, waar het gezelschap bijeenkomt.

Art. 292. Elk genootschap van bovengenoemden aard, dat zonder daartoe verleende macht opgericht zal zijn, of na dezelve bekomen te hebben, de daarbij opgelegde voorwaarden verbroken zal hebben, zal ontbonden worden.

De hoofden, bestuurders of bewindvoerders van dat gezelschap zullen bovendien met een geldboete van zestien tot twee honderd franken gestraft worden.

Art. 293. In geval in deze bijeenkomsten, bij wege van redevoering, vermaning, aanroeping of gebed, in welke taal ook, of bij wege van voorlezing, ophanging, uitgave of verspreiding van eenigerhande geschriften, eenige opzetting tot misdaden of wanbedrijven geschied zal zijn, zal de straf in eene geldboete van honderd tot drie honderd franken en drie maanden tot twee jaar gevangenis bestaan, ten aanzien der hoofden, bestuurders en bewindvoerders dezer gezelschappen; onverminderd zwaardere straffen, die bij de wet gesteld zouden mogen zijn tegen degenen, die persoonlijk schuldig zouden mogen worden aan de opzetting; welke personen in geenerlei geval met een mindere straf gestraft zullen mogen worden, dan die aan de hoofden, bestuurders of bewindvoerders wordt opgelegd.

Art. 294. Al wie, zonder vergunning van het gezag der municipaliteit, het gebruik van zijn huis of vertrek in het geheel of ten deele vergund of toegestaan zal hebben ter bijeenkomst der leden van een gezelschap, zelfs dat de toestemming der hooge regeering heeft of tot eenige godsdienstoefening, zal gestraft worden met een geldboete van zestien tot tweehonderd franken.



Ofschoon nu deze artikelen gemaakt waren ter voorkoming van opstand, en sedert de Fransche overheersching geheel in onbruik waren geraakt, werden ze na de invoering van de Synodale Organisatie van 1816, op aanstoken van de kerkbesturen, toch weer in rechte toegepast, maar nu om de conventikels der vromen als ongeoorloofde samscholingen strafbaar te stellen; wat nochtans in lijnrechten strijd was met de Grondwet, die vrijheid van godsdienstoefening waarborgde.

De artikelen van den Code Pénal over verboden vereenigingen waren het eerst toegepast op de Roomsche Stevenisten in België. 4) Maar in Zeeland werden ook gereformeerde oefeningen reeds in 1818 met kracht tegengegaan, vooral in de Axelsche gemeente, waar de kerkeraad in 1819 werd afgezet, omdat hij zich niet aan de synodale verordeningen onderwerpen wilde. In den zomer van 1822 nu verzamelde hier de gereformeerde oefenaar JOHAN WILLEM VIJGEBOOM een vrij talrijken aanhang om zich heen. Tot wering van zulke „onwettige bijeenkomsten” riep de nieuwe kerkeraad van Axel toen de tusschenkomst der burgerlijke autoriteit in, waarna de Vijgeboomianen zich in Juli 1822 aaneensloten onder den naam: *Herstelde Kerk van Christus*. Hun samenkomsten werden echter volgens de beruchte artikelen van het Wetboek-NAPOLEON verboden, terwijl de boeten en proceskosten f 385.20 beliepen. In een adres aan de Tweede Kamer, geteekend door 37 leden zijner gemeente, vroegen zij vervolgens de onbelemmerde uitoefening van hun godsdienst, en wezen daarbij op de Grieksche Christenen, de Armeensche Christenen, de Hersteld-Lutherschen, de Mennonieten, de Jansenisten en allerlei Joden en Jodengenooten, alsmede op het genootschap „Christo Sacrum” te Delft, die allen ongehinderd werden toegelaten; terwijl zij, omdat zij Hervormden waren, tot boeten werden veroordeeld. Hiertegen nu protesteerden zij, als zijnde geen afvalligen van de waarheid, maar oude Gereformeerden, die men, zoolang het door de Overheid niet verboden was bij de leer der vaderen te blijven, strafte zonder grond, ja, tegen de Grondwet, die aan allen bescherming van godsdienst verzekerde. Ten slotte verzochten zij, niet om de rechterlijke uitspraak te veranderen, waartoe de Kamer immers het recht niet bezat, maar wel om vrijheid van godsdienstoefening. De Kamer behandelde het request in de zitting van 29 December 1823. De Commissie voor de verzoekschriften adviseerde het adres ter griffie te deponeren, „uit hoofde der teederheid, die van eene zaak van geweten onafscheidbaar is”; wat requestanten verzochten behoorde

huns inziens niet tot de bevoegdheden der Staten-Generaal. De afgevaardigde REYPHIUS meende evenwel, dat een klacht over schending der Grondwet niet zonder meer ter zijde mocht worden gelegd, en stelde voor, om den koning te verzoeken, een onderzoek te laten instellen. Verscheidene leden ondersteunden dit gevoelen. JOAN MELCHIOR KEMPER was echter van gevoelen, dat een eenvoudige beschuldiging van schending der Grondwet geen genoegzamen grond opleverde voor een adres aan den koning. Na re- en dupliek vereenigde de vergadering zich met de voorgestelde conclusie van de commissie voor de verzoekschriften, hoofdzakelijk wel uit vrees een eersten stap te doen, „om die heillooze geschillen, welke hier en elders zoo veel rampen hebben veroorzaakt, weder te doen geboren worden”. In het volgend jaar richtte VIJGEBOOM nog een eigenhandig opgesteld en overgegeven adres aan den koning; waarop hij twaalf jaar lang met rust werd gelaten. 5)

Ook nog andere oefenaars zijn destijds wegens het voorgaan op gezelschappen veroordeeld op grond van de Fransche Strafwet-artikelen; n.l. HENDRIK VAN DE WALL bij vonnis der Correctioneële Rechtbank te Arnhem op 21 September 1822; HENDRIK LOENE op 14 Maart 1823 te Dordrecht en JAN SCHEPPING op 2 October 1823. 6) In 1831 en '32 werden de oefeningen van KOHLBRUGGE in Utrecht en omstreken herhaaldelijk uiteengedreven. 7) En er behoefde slechts een krachtige persoonlijkheid op te staan, om met één forschen greep het gansche heirleger van die oud-vaderlandsche conventikels de kwijnende Kerk uit te leiden. Terecht wees de heer J. J. E. F. SCHRÖTER in zijn *Adres aan den Koning* (16 October 1832) Z. M. dan ook op de mogelijkheid, ja zekerheid eener afscheiding, indien men voortging de conventikels te verstoren. 8) Trouwens, vóór de Afscheiding in October 1834 waren er, alleen in de provincie Groningen, al meer dan twintig vonnissen geveld tegen het houden van bijzondere godsdienstige bijeenkomsten. 9)

Volgens Dr. J. TH. DE VISSER was het, op het standpunt van WILLEM I zeer begrijpelijk, dat hij, het verzoek, dat in 1832 tot hem kwam, om vergunning tot het houden van godsdienstige bijeenkomsten van boven de twintig personen te verleen, weigerde, en was het eveneens natuurlijk, dat de president van de synode, Ds DONKER CURTIUS, in 1833 zijn instemming met deze daad des Konings betuigde, toen hij in zijn openingsrede, met het oog op de zoogenaamde oefeningen, welke bij den dag toenamen, aldus sprak: „Indien het wereldkundig is, dat het bijna openlijk houden van zoodanige samenkomsten

in eene der aanzienlijkste steden des lands, aanleiding heeft gegeven tot ongeregeldheden, welke bij de rechterlijke macht eene rechtvaardige tuchting hebben gevonden, het mag voor de Synode niet verborgen blijven, dat men van den anderen kant zich rechtstreeks tot Zijne Majesteit heeft gewend, ten einde van Hoogstdenzelven de vergunning tot het houden van zoodanige vergaderingen te erlangen, met opheffing van de bepaling der nog bestaande wetgeving, welke het houden van afzonderlijke godsdienstvergaderingen boven het getal van 19 personen verbiedt. Naarmate het duidelijker in het oog valt, dat het doel van zulke aanvraag geen ander is, dan het daadzakelijk daarstellen eener openlijke scheuring in de Hervormde Kerk, mag men zich te meer verblijden, dat deze aanzoeken, door onzen geëerbiedigden Koning, zijn van de hand gewezen, en dat hierdoor voor de aanstokers van wantrouwen en verdeeldheid het uitzicht is ondergegaan, van ooit langs dezen weg hun laakbaar doel te zullen bereiken." Dr. DE VISSER verdedigt dit standpunt; „want” — schrijft hij — „het streven van den Koning en het kerkbestuur om de hervormde kerk *de* kerk van het protestantsche Nederland te doen blijven, moest er toe leiden om elk separatisme zooveel mogelijk te breidelen, en dit, vooral uit het oogpunt van het moedwillig zaaien van verdeeldheid, te veroordeelen. Aan de idee van volkskerk is variëteit van richting, ook bij gemeenschap van beginsel, inhaerent.”<sup>10)</sup>

Hoe geheel anders dan dr. DE VISSER oordeelde dr. VOS, die, na bovenstaande woorden van DONKER CURTIUS geciteerd te hebben, zijn diepe verontwaardiging daarover lucht gaf in deze ontboezeming: „En zoo werd dan in het klassieke land der vrijheid door leden van eene Synode, welke aan de leeraren op hoogst gewichtige punten vrijheid liet, door zulke leden die voor zich zelve de grootst mogelijke vrijheid genomen hadden, met list en brutaliteit een despotieke maatregel van een vervloekt tyranniek bestuur tot onderdrukking van vrijheid systematisch gehuldigd: NAPOLEON, de revolutie in persoon, heerschte nog over land en kerk.”<sup>11)</sup>

## II. *Synodaal Verzoek.*

Aanvankelijk nu was de beweging der Afscheiding van plaatselijken aard, en droeg ook de strijd daartegen een plaatselijk karakter. Vanwege het burgerlijk gezag werden de godsdienstige samenkomsten bemoeilijkt, niet toegelaten, verboden en uiteengedreven, terwijl bij over-

tredding strafvervolgingen werden ingesteld. Uit een brief van den Officier van Justitie te Appingedam van 20 October 1834 blijkt, dat Ds DE COCK reeds tijdens zijn schorsing veroordeeld geworden was wegens het wekelijks houden van godsdienstoefeningen ten huize van de weduwe KOSTER te Ulrum en genoemde weduwe wegens het voor dat doel beschikbaar stellen van haar woning zonder vergunning van het plaatselijk bestuur. Niet minder dan genoemde Officier van Justitie, was de Procureur-Crimineel in de provinciën Groningen en Drenthe van de noodzakelijkheid eener gestrengte toepassing der artikelen 291—294 van den Code Napoléon op de godsdienstige samenkomsten der afgescheidenen overtuigd, zooals zijn brief van 13 November 1834 kan doen zien. In dezen brief beval hij den Gouverneur aan, de hoofden der gemeentebesturen, ter verzekering der naleving van gemelde strafwetsbepalingen, de noodige instructiën te geven. De Gouverneur, niet minder dan de Procureur-Crimineel door ingebeelden angst en vrees voor onwezenlijke gevaren bevangen, gaf aan dezen wensch gevolg door uitvaardiging eener circulaire van 20 November 1834. <sup>12)</sup>

Maatregelen als bij deze circulaire aanbevolen, zouden echter spoedig algemeen worden toegepast.

Nauwlijks toch was de Afscheiding een feit geworden, of het dacht Zijne Excellentie den Minister van Staat, belast met de generale directie voor de Zaken der Hervormde Kerk, goed, van wege het algemeen belang der zaak en der gevolgen, waartoe zij zou kunnen aanleiding geven, de bijzondere opmerkzaamheid der Synodale Commissie te verlangen op ettelijke stukken, welke successievelijk waren ingekomen, betreffende „het veel geruchtmakende en ergerlijk gedrag” van H. DE COCK, gesuspendeerd Predikant te Ulrum (Prov. Gron.) en H. P. SCHOLTE, Predikant te Doeveren, Genderen en Gansoijen (Prov. Noord-Brabant).

De genoemde Commissie nam kennis van bedoelde stukken, en „wat betreft het houden van onwettige godsdienstige bijeenkomsten, waardoor ook in nabij gelegen Provinciën aanleiding tot scheuring en wanorde werd gegeven”, oordeelde zij op haar beurt, Zijne Excellentie den Minister, belast met de generale directie voor de Zaken der Hervormde Kerk, dringend te moeten verzoeken om pogingen bij den Minister van Justitie te willen aanwenden, „ten einde van wege laatstgemelden *eene krachtige aanschrijving mogt worden uitgevaardigd aan*

*de Officieren en Ambtenaren onder deszelfs Ministerieël Departement, met name in de provinciën Groningen en Drenthe behoorende, ten einde, ook zonder afwachting van aangifte van eenige contraventie tegen de bestaande wetten, met allen ijver werkzaam te zijn ter handhaving der artikelen 291 tot 294 van het strafwetboek voor dit Koninkrijk.*" Afschrift van dit verzoek werd door Zijne Excellentie bij geleidende missive aan Zijne Excellentie den Minister van Justitie toegezonden. Dit berucht geworden document was ondertekend door de heeren H. H. DONKER CURTIUS als president en J. J. DERMOUT als secretaris der Synodale Commissie.

Later kwam bij deze Commissie nog bericht in: 1<sup>o</sup> dat Zijne Excellentie ook het Provinciaal Kerkbestuur van Groningen en het Klassikaal Bestuur van Middelstum had uitgenoodigd tot bedaarden moed en volharding, in het waken voor de belangen van den Godsdienst en der gemeenten onder hun ressort, met verklaring van des Ministers ernstig voornemen, om de gevestigde Kerkbesturen, door al de middelen in zijn vermogen zijnde, te ondersteunen in de wettige handhaving harer rechten; 2<sup>o</sup> dat het Zijne Majesteit had behaagd, bij beschikking van 29 October 1834, verschillende, hierop betrekking hebbende stukken, door het Departement van Justitie te doen stellen in handen van den Procureur-Generaal van het Hoog Gerechtshof te 's Gravenhage, met last om zorg te dragen, dat tegen de schuldigen, volgens de wet, krachtadig werde geprocedeerd; en het Departement van Binnenlandsche Zaken te machtigen om aan den Gouverneur der Provincie Groningen 's Konings welbehagen en goedkeuring te kennen te geven, wegens de door hem laatstelijk te dezer zake in het werk gestelde maatregelen; en 3<sup>o</sup> dat werkelijk de gesuspendeerde predikant de Cock door de Rechtbank te Appingedam was veroordeeld geworden, eerst tot een geldboete van f 50.—, ter zake van gehoudene vergadering van meer dan twintig personen, zonder autorisatie, daarna tot een gevangenisstraf van drie achtereenvolgende maanden, en een boete van f 150.— ter zake van de wanorde, verwekt in de Kerk van Ulrum op Zondag 19 October 1834, welke uitspraak door de Rechtbank te Groningen daarna bij appèl was bevestigd. <sup>13)</sup>

Vervolgens had de Minister van Justitie (VAN MAANEN) bij brief van den 13den November 1834, op grond van art. 292 van het Wetboek van Strafrecht, aan Zijne Majesteit den Koning voorgesteld, om last te geven tot het ontbinden en doen uiteengaan door de administratieve

autoriteit, van de ongeoorloofde bijeenkomsten tot godsdienstoefening, welke door de woelingen der gesuspendeerde Predikanten H. DE COCK en H. P. SCHOLTE gevormd waren geworden. Daarbij gaf genoemde Minister Z. M. in overweging, dat het Departement van Binnenlandsche Zaken de Gouverneurs van Groningen en Noord-Brabant, of waar zulks in het vervolg mocht noodzakelijk zijn, zou aanschrijven, om dadelijk na het ontdekken van zoodanige ongeoorloofde bijeenkomst, haar door gepaste middelen, desnoods door den sterken arm, te doen uiteengaan, en om het daarvan op te maken Proces-Verbaal vervolgens aan de rechterlijke machten mee te deelen.

Deze voordracht van den Minister van Justitie stelde Z. M. in handen van den Minister van Binnenlandsche Zaken, ter beschikking dienovereenkomstig zoo daartegen bij hem geen bedenkingen bestonden, of anders om consideratie en advies. Dientengevolge nu deelde de Minister van Binnenlandsche Zaken, bij schrijven van 16 November 1834, aan Z. M. de *bedenkingen* mede, welke het uitvaardigen van een aanschrijving over de ongeoorloofde vereenigingen tot godsdienstoefening, als door den Minister van Justitie bedoeld, z. i. *onraadzaam* maakte.

Deze missive van den Minister van Binnenlandsche Zaken werd vervolgens met nog andere stukken (als: Brieven van de Gouverneurs van Groningen en Drenthe over de woelingen der Separatisten), in handen gesteld zoowel van den Minister van Justitie (VAN MAANEN) als van den Minister van Staat belast met de Generale Directie voor de Zaken der Hervormde Kerk (PALLANDT VAN KEPPEL), en zoo waren het dan ook deze beide Ministers, die bij schrijven van 12 en 13 December 1834 hun consideratiën en advies in één gemeenschappelijk rapport aan Z. M. deden toekomen.

Uit dit rapport, dat op het Rijksarchief in een geheim dossier berust, <sup>14)</sup> moge hier het volgende gepubliceerd worden:

De hoofdbedenking van den Minister van Binnenlandsche Zaken spruit voort uit een misvatting omtrent de strekking van het voorstel door den eerstondergeteekende (van Maanen) gedaan, alsof *alle* ongeoorloofde bijeenkomsten zonden moeten ontbonden worden. In dat geval toch zouden ook de ondergeteekenden deelen in de vrees van hun ambtgenoot, dat zoodanige algemeene maatregel het kwaad wellicht meer verergeren dan verbeteren zou, door de vermeerdering en algemeene verbreiding der spanning, waartoe dezelve aanleiding kan geven. Dit was echter geenszins het oogmerk van den eerst ondergeteekende. Hij bedoelde niet *alle* bijeenkomsten, die ongeoor-

loofd kunnen geacht worden, omdat zij zonder verlof worden gehouden; maar alleen zoodanige, als blijkens de ondervinding nadeelige gevolgen hebben voor de rust der ingezetenen, zooals die, welke door de woelingen van dweepzieken of onruststokers als DE COCK en SCHOLTE worden bijeengebracht. Dit bepaalde oogmerk van den eerst ondergeteekende blijkt dan ook uit het voorstel om alleen aan de Gouverneurs van *Groningen* en *Noord-Brabant* deze aanschrijving te doen uitgaan, en voorts aan die van Provinciën, waar zulks om gelijke reden mocht noodig zijn. Waren alle zoogenaamde oefeningen door hem bedoeld, zoo zou wel aan al de Gouverneurs de aanschrijving hebben moeten uitgaan, daar er wellicht geen provincie is, waar niet sommige bijeenkomsten van dien aard bestaan. Nu daarentegen beperkte zich het voorstel tot gewesten, waar de gevreesde spanning werkelijk reeds bestaat, niet veroorzaakt door het te streng tegengaan, maar eerder door het toegevend gedooogen der oefeningen, waarvan de hoofden thans zoodanig misbruik maken van den verkregen invloed, dat de voorgestelde ontbinding noodig schijnt, om nog ergere gevolgen te voorkomen. Met het voorstel van den eerstondergeteekende, in dien zin genomen, vereenigt zich dan ook de tweede ondergeteekende (PALLANDT VAN KEPPEL). Bijzonder acht hij het alleszins noodzakelijk, dat de bijeenkomsten geweerd worden van hen, die, zich aansluitende aan de hoofden der onruststokers DE COCK en SCHOLTE, zich openlijk afscheiden van de Hervormde Kerk, en geen middelen ontzien om scheuring en verwarring te veroorzaken. Deze lieden, die reeds al het kwaad doen, 't welk hun mogelijk is, behoeven wel niet ontzien te worden.

De ondergeteekenden hebben dan ook met genoeg opgemerkt, dat de Minister van Binnenlandsche Zaken bij deszelfs rapport van den 25en November l.l. no. 51 het onderscheid, 't welk ten deze behoort gemaakt te worden volkomen gevoelt, en dus Zijne Majesteit voorgesteld heeft te berusten, in hetgeen de Gouverneur van *Groningen* uit eigen beweging geheel in overeenstemming met het denkbeeld door den eerstondergeteekende geopperd, reeds heeft verrigt. Terwijl het trouwens van zelf spreekt, dat er geen opzettelijke wetsbepaling vereischt wordt, om door de sterke hand alle openbare bijeenkomsten te doen uiteengaan die voor de openbare rust zouden kunnen schadelijk zijn; waaruit volgt, dat het voorschrift van het eerste Lid van Artikel 292 van het wetboek van Strafrecht slechts als *indicatief* of *aanwijzend*, op dat geval moet worden beschouwd, zonder daardoor uit te sluiten het vermogen der Politie, om alle andere schadelijke bijeenrottingen te weren en te doen uiteengaan.

Ook de Gouverneur van *Noord-Brabant* heeft, na overleg met den Procureur Crimineel, op eene zeer doelmatige wijze het houden van Godsdienstoefeningen der Separatisten te *Doeveren* en *Genderen*

weten te verhinderen, blijkens de missive aan den tweeden ondergeteekende, waarvan een afschrift hiernevens is gevoegd.

De goede uitwerking van den maatregel door den Gouverneur van *Noord-Brabant* genomen, in Gemeenten, waar verre het grootste deel zich bij de Scheurmakers gevoegd had, maakt het waarschijnlijk, dat indien de Gouverneur van *Drenthe* op gelijke wijze, en met minder schroomvalligheid gehandeld had, het niet moeilijk zou geweest zijn, de betrekkelijk kleine vergaderingen der Separatisten te *Smilde*, *Assen* en elders in zijn gewest te doen ophouden, ook zonder aanwending der Militaire macht welke althans in de Provincie *Groningen* niet noodig schijnt geweest te zijn, om de laatstelijk gegeven bevelen te doen eerbiedigen.

In *Drenthe* daarentegen blijkt toegeven het kwaad verergerd te hebben, zoo zelfs dat men zich niet alleen tegen de kerkelijke verordeningen, maar ook tegen de Staatswetten omtrent het openbaar onderwijs, begint te verzetten, en dus hoe langer hoe verder gaat. Uit deze voorbeelden mag men dus opmaken, dat ook aanvankelijk de steun der ondervinding alleszins pleit voor de aannemelijkheid van het voorstel van den eerst ondergeteekende in den bepaalden zin, boven omschreven.

Voor het overige vereenigen zich de ondergeteekenden geheel met het gevoelen van genoemden Minister, dat het ongeraden zoude zijn om in deze oogenblikken wettelijke bepalingen te dezer zaak voor te dragen; zij kunnen ook niet zien, dat daartoe vooralsnog eenige noodzakelijkheid bestaat, maar vleien zich, dat het gepast en tijdig gebruik maken van de bestaande wetgeving bij vereenigde samenwerking van het administratief en rechterlijk gezag, voldoende zal zijn om het kwaad te stuiten.

Op grond van al het aangevoerde nemen de beide ondergeteekenden de vrijheid, Zijne Majesteit in overweging te geven het Departement van Binnenlandsche Zaken te autoriseeren, om aan de Gouverneurs van *Groningen*, *Noord-Brabant* en *Drenthe* en vervolgens (zoo noodig) aan de Gouverneurs van andere Provinciën, wanneer daartoe gelijke beweegredenen mochten voorkomen, eene aanschrijving te doen afgaan, houdende:

Dat bij de ontrustende twisten en verdeeldheden, waartoe de ongeoorloofde vereenigingen tot Godsdienstoefening in sommige Gewesten aanleiding hebben gegeven, noodzakelijk is voorgekomen de aandacht der Gouverneurs van die Provinciën (voor zooverre dezelve niet reeds uit eigen beweging daarvan gebruik hebben gemaakt:) te vestigen op de doelmatige bepaling, welke Artikel 292 van het Wetboek van Strafrecht bevat, ten aanzien dier ongeoorloofde bijeenkomsten.

„Dat alle ongeoorloofde bijeenkomsten van den aard als bij het voorgaand Artikel zijn vermeld *zullen worden ontbonden*”, terwijl het



tweede lid van dat artikel de straf bepaalt, welke *daarenboven (en outre)* op de daders zal worden toegepast;

Dat het wel van zelf spreekt, dat het doen uiteengaan en ontbinden der vereeniging in geene betrekking staat met de straf, welke de rechter *nader* mocht uitspreken; en dat alzoo die ontbinding kan en behoort te geschieden, onverminderd de gerechtelijke vervolging tegen de daders; waaruit volgt, dat de openbare macht gerechtigd, bevoegd en gehouden is, om ter bewaring der rust en goede orde, *dadelijk na de ontdekking*, de vereischte maatregelen in het werk te stellen, ten einde alle ongeoorloofde vereenigingen van personen te doen uiteengaan.

Dat echter deze werkzaamheid der administratieve autoriteit, door de omstandigheden geleid en gewijzigd behoort te worden en derzelve aanwending slechts dan gebiedende plicht wordt, wanneer de bedoelde vereenigingen nadeelige gevolgen voor de rust der ingezetenen kunnen hebben, van den aard, dergene, die door de woelingen der gesuspendeerde predikanten DE COCK en SCHOLTE worden bijeengebracht.

Dat alleen in het laatste geval het de stellige plicht is van het openbaar gezag om dadelijk na het ontdekken van *zoodanige* ongeoorloofde bijeenkomst, dezelve door alle gepaste middelen, zelfs desnoods door den Sterken arm, te doen uiteengaan, en het daarvan op te maken Proces-Verbaal vervolgens aan de rechterlijke macht mede te deelen.

Dat in het bijzonder worde aanbevolen, door alle gepaste middelen voor te komen, of anderszins te ontbinden de bijeenkomsten der lieden, die zich verklaard hebben af te scheiden van het erkend Hervormd Kerkgenootschap, en zonder daartoe van het Gouvernement eenige autorisatie verkregen te hebben, eene openbare Godsdienstoefening uitoefenen evenals bezaten zij dezelfde rechten als de door den Staat erkende Kerkgenootschappen.

Dat voor het overige het inroepen der Militaire macht in gevallen van dezen aard, niet behoort plaats te hebben, dan in geval van volstrekke noodzakelijkheid, waarover het oordeel aan het voorzichtig beleid der Gouverneurs wordt aanbevolen.

Opmerkelijk is hierbij wat door Mr. H. v. A. (A. W. VAN ENGELEN) wordt medegedeeld. Doelende op de vervolging schrijft hij: „Deze voortdurende gestrengheid werd vooral toegeschreven aan de bemoeiingen van de Synode, of liever van den man, die, als voorzitter, door zijn invloed in dien tijd de geheele Synode beheerschte, den Arnhemschen predikant DONKER CURTIUS. Ik zelf kwam door eene toevallige omstandigheid in de gelegenheid, om mij van de gegrondheid dezer meening te overtuigen. Ik gewaagde hierboven van de weke-

lijksche audiëntiën van Koning WILLEM I. Zij hadden dit inconvenient, dat wanneer iemand met den Koning sprak, de persoon, die na hem ten gehoor zou worden ontvangen, zóó zeer in de nabijheid was, dat hij het gesprek duidelijk verstaan kon. Nu bevond ik mij op zekeren dag ter audientie en was de voornoemde predikant juist mijn voorganger, zoodat mij niets ontging van hetgeen hij met den Koning onderhandelde. Het gesprek liep over de Afgescheidenen, en terwijl de Vorst meende, dat de vervolging minder noodzakelijk ware, daar de geheele beweging, wanneer men ze haar gang liet gaan, wel vanzelf ophouden zou, sprak DONKER woordelijk het volgende: „Het tegendeel is waar, U. M. ! wanneer men ze met rust laat, zullen zij hun overmoed zoo ver uitstrekken, dat zij te Arnhem vóór het hôtel van den Gouverneur hun vergaderingen zullen houden, terwijl zij daarentegen met kracht te keer gegaan, eerlang alom onderdrukt zullen zijn.” Het gesprek nam hierop eene andere wending en werd van zoo vroolijken aard — want DONKER stond op zeer gemeenzamen voet met WILLEM I — dat de twee heeren, die beiden nogal zwaarlijvig waren, zich den buik vasthielden van 't lachen, waaraan ik onwillekeurig moest deelnemen, zoodat ik ternauwernood mijn gelaat weer in een effen plooi gebracht had, toen ik zelf voor den Koning verscheen.”<sup>15)</sup>

Waar de President der Haagsche Synode zóó fanatiek tegenover de Afgescheidenen stond, behoeft het ons niet te verwonderen, dat de Synode van 1835 onder zijn leiding, het verzoek der Synodale Commissie om toepassing op hen van de artikelen 291 tot 294 van den Code Pénal, *met dankzegging goedkeurde*.<sup>16)</sup>

Het is dus een slag in het aangezicht van de waarheid, wanneer men, gelijk vroeger Prof. B. TER HAAR<sup>17)</sup> en later Dr. J. TH. DE VISSER,<sup>18)</sup> nog durft ontkennen, dat de Synode der Hervormde Kerk, door haar verzoek tot de Regeering om de beruchte krachtige aanschrijving aan de Officieren en Ambtenaren van Justitie uit te vaardigen, de vervolging heeft aangestookt.

Tengevolge van dit *verzoek* der Synode (*wij mogen het niet vergeten*, zegt GROEN VAN PRINSTERER<sup>19)</sup>), zijn in ons land predikanten en leden van de Gereformeerde Kerk, wegens het houden van godsdienstige bijeenkomsten, voor de rechtbanken gedaagd, met militaire inlegeringen gekweld, in geldboeten verwezen, met den verkoop hunner goederen gestraft en in de gevangenis geworpen. Aldus WORMSER in *De Nederlander* van 2 December 1852. Naar aanleiding van het adres

der Haagsche Synode aan de Toscaansche Regeering om religievrijheid voor FRANCESCO en ROSA MADIAI, wees WORMSER er toen op, hoe diezelfde Synode in 1835 de Nederlandsche Regeering verzocht had de Afgescheidenen te vervolgen. „Eerst sedert twee of drie jaren hebben die vervolgingen van de zijde van het Gouvernement geheel opgehouden. Maar die staking der vervolgingen heeft niet plaats gehad op een *nader verzoek* van de Synode: neen, *het verzoek der Synode om te vervolgen bestaat nog in volle kracht*. Nu zou ik niet gaarne willen dat men aan de Synodale Commissie, wanneer zij zich tot den *herzog van Toscane* of zijne regeering wendt met het verzoek om de vervolgingen te doen ophouden, kon toevoegen: „Gij die eenen anderen leert, leert gij u zelve niet?” Rom. II : 21”.<sup>20)</sup>

Op de Synode van 1835 was voorts ter tafel een adres van het Provinciaal Kerkbestuur van Drenthe met verzoek om maatregelen te nemen „tot stuiting der wanorde, verwekt door den afgezetten Predikant de Cock en diens aanhang”. Na rijpe deliberatie werd besloten deze zaak aan te bevelen aan Z.Exc. den Minister van Staat, belast met de generale directie voor de zaken der Hervormde Kerk enz., met het uitgesproken *verlangen* der Synode dat, *door krachtdadige tusschenkomst van het Burgerlijk Bestuur en de Regterlijke macht, dergelijke wanorde mocht worden voorkomen en te keer gegaan*.<sup>21)</sup>

Ook ontving bij deze gelegenheid de Synodale Commissie een speciale *machtiging*, om op deze zaak te blijven letten en naar voorkomende omstandigheden te handelen. En in aanmerking nemende, hoe het van het hoogste belang was, dat *zoowel de kerkelijke Besturen als het Gouvernement* nauwkeurig bekend werden met alles wat op de kerkelijke woelingen betrekking had, nam deze Synodale Commissie nu uit de haar verstrekte machtiging aanleiding, om bij *vertrouwelijke* missive van 28 October 1835 de respectieve Provinciale Kerkbesturen uit te noodigen:

10 om, bij een *confidentieele* aanschrijving, de onder hen respectievelijk ressorteerende Klassikale Besturen op te wekken, om zich door de Praetors der Ringen, of door andere gepaste middelen, te informeeren en met de meest mogelijke nauwkeurigheid te doen informeeren omtrent alles, wat op de conventikelen, de woelingen der Separatisten, enz. bij de bijzondere gemeenten plaats heeft of van tijd tot tijd mocht plaats grijpen.

20 Om van alles wat ten deze ter kennis der Besturen komen

mocht, van tijd tot tijd, nauwkeurige berichten bij de Algemeene Synodale Commissie in te zenden. <sup>22)</sup>)

Deze vertrouwelijke aanschrijving geschiedde dan ook op 1 Februari 1836, en ter voldoening daaraan werden nu na eenigen tijd door de Klassikale Besturen aan de Synodale Commissie uitvoerige rapporten toegezonden. Daaruit werden dan weer voor het Ministerieel Departement provinciesgewijs *tabellarische overzichten* opgemaakt nopens de woelingen in de Nederlandsch Hervormde Kerk, bijzonder met betrekking tot het aantal en den invloed der Separatisten.

### III. *Tabellarische Overzichten.*

Deze overzichten bevinden zich onder de geheime stukken van het Departement voor de Zaken der Hervormde Kerk. <sup>23)</sup> We ontleenen er hier enkele proeven aan:

Provincie Gelderland.

*Classis Bommel:* Het aantal Separatisten is 171, zij staan dus tot de Hervormde bevolking der Classis van 20458 als 1 : 119 en zijn over het geheel genomen van weinig beteekenis en invloed. Intuschen zijn er nog een aantal ontevredenen, die niet ter kerk komen; doch al telden zij het dubbel der Separatisten, dan nog ware het getal niet verontrustend. Van hen, die de toekomst lijdelijk schijnen af te wachten, is het niet te denken, dat zij een stap verder zullen gaan, zoo er groote *geldelijke* opofferingen gevorderd worden; onder de 171 zijn maar weinig gansche huisgezinnen; de meeste zijn mans, zonder hunne vrouwen of volwassen kinderen enz.: bron van twist in de huisgezinnen.

*Bruchem, Dalen en Vuren:* Meest landarbeiders of arbeiders op den steenoven te *Vuren*. De meeste invloed wordt geoefend door LUCAS VAN DER LINDEN daar op den steenoven en DIRK VAN ZANTE, klerk; beide geheel van den Heer VIRULY afhankelijk. De Heer VIRULY is hen niet toegedaan, maar gaat hun echter ook niet tegen. Ware dit het geval, dan werd er niet één Separatist gevonden. Men houdt wekelijks bijeenkomsten van veel meer dan 20 personen, zonder dat er ernstige maatregelen tegen genomen worden.

De godsdienstige woelingen in deze streek zijn het werk van SCHOLTE alleen en worden nog door hem geleid. Welligt loopen zij te niet, als hij in zijn bedrijf kan worden beteugeld. Zijn *Kort Begrip der Christelijke Religie* ('s Hage, Golverdingen 1836) is op zijn last als Catechisatieboekje bij de afgescheidenen ingevoerd.

Zuid-Holland.

*Classis 's Gravenhage:* Te *Delft*, *Naaldwijk* en *Monster* bestaat een godsdienstig gezelschap, wier leden vermoed worden tot scheiding

over te hellen, daar zij weinig of niet ter kerk komen; te *Delft* ten getale van 40; waarvan 17 verleden jaar, bij de telling, hebben verklaard tot de Gereformeerde Kerk van 1618—19 te behooren.

*Classis Dordrecht*: De Separatisten zijn in den laatsten tijd niet merklijk toegenomen. Zij hebben hier en daar verschil onder elkander. Er bestaan voorbeelden van terugkeer; zoodat er hoop blijft, dat zij, van lieverlede zullen afnemen, indien slechts geene vrijheid tot het oprichten van een afzonderlijk kerkgenootschap wordt verleend, hetwelk de scheuring onherstelbaar zou maken.

Noord-Holland.

*Classis Amsterdam*: Het Classicaal Bestuur acht het zeker, dat te *Amsterdam* vele aanzienlijken zich schuil houden, tot Zijne Majesteit eene afscheiding mogt toestaan, die hetzelfde echter hoopt dat niet verleend zal worden, in de overtuiging dat de Scheurmakerij dan allengs te niet zal loopen.

*Classis Hoorn*: Te *Andijk* heerscht vanouds een verregaande geest van domheid en dweepzucht. Men houdt oefeningen onder leiding van J. MAZEREUW van *Oppendoes*, die daarvoor, naar men zegt, f 7.— 's weeks geniet. Deze gemeente loopt groot gevaar tot openlijke afscheiding over te gaan, als een der hoofden van de Separatisten, bijvoorbeeld SCHOLTE, die zich reeds heeft aangekondigd, mogt overkomen.

Zeeland.

*Classis Middelburg*: De Separatisten in dit Classicaal ressort zijn gering in aantal, meestal diep onkundig en van weinig invloed. De eenige, die invloed zou kunnen verkrijgen door zijn bezittingen, doch buiten die ook volstrekt niet, is de heer W. VERSLUYS, onder de Separatisten van Middelburg begrepen, doch onder Domburg woonachtig; hij wordt ter zake van zijn moreel algemeen ongunstig beoordeeld. Men houdt ten zijnen huize oefeningen onder de leiding van den beruchten VIJGEBOOM; overigens kan men bijna zeker stellen, dat de Scheiding in deze Classis weinig opgang zal maken, ten ware de Separatisten vrije godsdienstoefening verkregen, in welk geval waarschijnlijk vele eenvoudigen hun zonden toevallen.

*Classis Zierikzee*: De afscheiding is in deze classis van weinig beteekenis en wordt er algemeen zeer afgekeurd. Intusschen zijn er vele ontevreden die zich bij de Separatisten zouden voegen, als hun vrije godsdienstoefening werd toegestaan, waarom het Classicaal Bestuur den wensch te kennen geeft, dat zulks nimmer moge plaats hebben.

Provincie Utrecht.

*Classis Utrecht*: De Separatisten in deze classis zijn over het algemeen weinig invloed hebbende personen. Het Classicaal Bestuur maakt de zonderlinge aanmerking, dat de weigering der laatst gehouden Synode om de verklaring nader te interpreteren, nadeelig

gewerkt en de Separatisten begunstigd zoude hebben, door het opwekken van bezorgdheid voor de zuiverheid der Leer!

*Classis Amersfoort:* Veenendaal. Aan het hoofd staat hier de bekende VAN DER BIESEN, die op de gemeente, welke anders over het geheel goed gestemd schijnt, zeer schadelijk werkt. Hij houdt onder kerktijd catechisaties en oefeningen. Vroeger zijn bij hem de glazen ingeslagen en men vreesst voor herhaling van dergelijke wanorde. Vriesland.

*Classis Leeuwarden:* De algemeene geest helt van ouds over tot steile regtzinnigheid; doch het beste deel der bevolking is van scheidings afkeerig. De meeste verklaringen van afscheiding zijn naar hetzelfde model, waarvan afschrift wordt overgelegd, afkomstig naar 't schijnt van VAN VELZEN, die onbegrijpelijk stout en onbeschaamd alom tweedragt stookt. Schromelijk zouden de gevolgen zijn, als de scheuring gewettigd werd; men had dan van de Separatisten duurzaam tegenstand tegen de beste inrigtingen, vooral tegen het schoolwezen te wachten. Tot voorbeeld strekke, dat men thans te *Marrum* alleen 7 kinderen van schoolonderwijs verstoken laat.

Door krachtigen weerstand zullen de woelingen welligt het spoedigst tot zwijgen worden gebragt.

N. B. Het rapport, een aantal Theologisch-Historische bijzonderheden nopens de provincie bevattende, is bijzonder belangrijk.

*Classis Sneek:* Sneek is het middenpunt. Daar gaat men ter oefening en worden de quasi ouderlingen sprekers in de conventikelen, ANDRIESSEN en BORNEMAN; de eerste een bakker, meermalen betrappt op het verkoopen van te ligt brood; de andere een kruidenier, die vroeger Correctioneel gevangen heeft gezeten.

VIJGEBOOM, DE COCK, VAN VELZEN en VAN RAALTE hebben, rondreizende, de woelingen aangestookt en blijven de gemoederen opwinden; waarom het Classicaal Bestuur wenscht, dat de bescherming welke het Gouvernement aan de bestaande Hervormde Kerk verleent, ook worde uitgestrekt tot afdoende maatregelen tegen de onruststokers.

Overijssel.

*Classis Zwolle:* Zwolle. De kerkeraad heeft ontvangen een acte van afscheiding van 65 personen, doch dezelve geseponeerd als blijken dragende van in haar geheel niet echt te zijn. In de buurschap *Langenholte* onder *Zwolle* heeft DE COCK een ouderling en een diaken aangesteld en een kind gedoopt. Men houdt, zoo binnen als buiten de stad, godsdienstige bijeenkomsten, vooral 's Zondags, waarin ook huwelijken worden ingezegend; voorgangers zijn: de ex-predikant BRUMMELKAMP; een luitenant bij de Schutterij SMIT en de bakker SCHOUWENBURG die ten zijnen huize ook catechiseert en ouderling genoemd wordt.

*Classis Kampen:* Het Classicaal Bestuur verblijdt zich, dat de

Separatisten in het ressort, zeer gering in aantal, en, gelet op het personeel, niets beduidend zijn, terwijl algemeen de weldenkendste, verstandigste en braafste leden tegen hen overstaan.

#### Groningen.

*Classis Winschoten:* Het Classicaal Bestuur maakt soortgelijke aanmerking als dat van *Utrecht*, en legt over een brief van deszelfs Assessor R. ENGELS, predikant te Nieuwolde, waarin de Synodale beschikking, weigerende een nadere explicatie, geheel verkeerd wordt genoemd. Dit is niet onnatuurlijk, daar de Heer ENGELS aan het hoofd stond der predikanten, die de bedoelde explicatie van de Synode gevraagd hebben.

*Classis Middelstum:* Hier en daar zijn er, die niet ter kerk komen en bijzondere bijeenkomsten houden; hun getal is niet wel te bepalen, daar nu en dan deze en gene terug keert. Intusschen is het getal afdwalenden, in verhouding tot de overigen, niet zeer aanmerkelijk, en zij zouden wel van lieverlede verminderen, indien slechts geene omzwervende predikers of zoogenaamde oefenaars in de gemeenten optraden.

#### Noord-Brabant.

*Classis 's Hertogenbosch:* De enkele te 's Bosch uitgezonderd, zijn in deze classis geen Separatisten, schoon er wel enkele gevonden worden, vooral onder de gecantonnerde militairen, die hunne gevoelens zijn toegedaan.

*Classis Breda:* Te Klundert c. a. vormen schoenmakers, arbeiders, dienstmaagden en een broodbakker, allen onvermogen, een gemeente met ouderlingen, diakenen, voorzanger, koster, en houden geregeld 's Zondags godsdienstoefening onder kerktijd; ze zijn zeer opgewonden en onbeschaamd. De ex-predikant MEERBURG houdt er doops- en avondmaalsbediening. Deze bevordert de woelingen het meest. Men waarborgt het onderhoud der kinderen, als zij tot armoede vervallen. De eigenlijke welgezinden bepalen zich bij slechts 10 huisgezinnen, die zich echter door kunde en braafheid onderscheiden, en daardoor veel invloed hebben. VAN DER MADE is hier de voornaamste aanstoker, hoewel hij zooveel doenlijk zich schuil houdt.

#### Drenthe.

*Classis Assen:* De ex-predikant DE COCK woont thans op de Smilde en is bestendig werkzaam om daar en in den omtrek zijn aanhang uit te breiden. Wanneer de Separatisten vrijheid van godsdienstoefening verkregen, zouden dadelijk velen tot hen overgaan en zou de scheuring tot al de gemeenten der Classis zich uitbreiden. Te Smilde zou misschien dan nog eene nieuwe secte ontstaan, vermits men er daar vindt, die ook met DE COCK niet meer instemmen.

*Classis Meppel:* Te Vledder zouden velen de Separatisten toevallen, als zij tot wettig bestaan kwamen.

Bij deze tabellarische overzichten bevindt zich nog een afzonderlijke *nota* aan Z.Exc. den Minister van Staat, belast met de generale directie voor de Zaken der Hervormde Kerk enz., waarin o. m. dit gezegd wordt: „De geest der classicale Besturen, voorzoo veel die in hunne rapporten doorstraalt, laat over het geheel niets te wenschen over. Uitzonderingen ten deze maken alleen, die van *Utrecht* en *Winschoten*, in wier rapporten een toeleg schijnt door te stralen, om de Separatisten min of meer te verschoonen. Daartegenover staan echter weer andere, die bijzonder ingenomen met de bestaande orde van zaken, dringend verlangen dat de woelingen met kracht worden tegengegaan. Sommigen geven bepaaldelijk den wensch te kennen, dat den Separatisten geene vrijheid tot stichting van een afzonderlijk Kerkgenootschap verleend worde, als *Dordrecht*, *Amsterdam*, *Zierikzee*, *Leeuwarden*, *Dokkum*.”

#### IV. *Toenemende Vervolging.*

Alzoo hadden dan de *praetors der Ringen* zich met deze hunne geheime rapporten verlaagd tot *speurhonden* der Regeering. Wederkeerig liet het Ministerieel Departement niet na, van tijd tot tijd, bij dispositie aan de Synodale Commissie kennis te geven van hetgeen zowel van Gouvernementswege als door de Rechterlijke macht in de zaak der kerkelijke woelingen was beschikt, gelijk ook van vele andere wetenswaardige bijzonderheden desaangaande. <sup>24)</sup>

Van deze hoogstgewichtige bijzonderheden werd voorts ook melding gemaakt in het *Overzicht van den Staat van het Hervormd Kerkgenootschap in de Nederlanden*, door den President, DONKER CURTIUS, namens de Algemeene Synodale Commissie, op 6 Juli 1836 ter Synodale vergadering voorgelezen. <sup>25)</sup>

Het luidde, wat de inwendige aangelegenheden betreft, als volgt: „Zoo dikwijls de Synodale Commissie zich verplicht zag, om de aandacht der Synode te vestigen op den inwendigen toestand van de Nederlandsche Hervormde Kerk, heeft zij voor dezelve nooit verheeld, dat bij zeer veel goeds, hetwelk hier was waar te nemen, zich hier tevens steeds vertoonde eene neiging tot separatisme, welke tot voorwendsel neemt klagte over gebrek aan regtzinnigheid en vroomheid. Het is der Synode bekend, op welke ergerlijke wijze deze gezindheid zich in de laatste maanden heeft vertoond, nadat eenige jonge Predikanten, die, uit hoofde van hun wederstrevig gedrag, van derzelve dienst werden ontzet, zich aan het hoofd der Separatisten hebben ge-



plaatst, derzelve verklaarde afscheiding hebben bevorderd en getracht aan dezelve eene zekere vastheid te geven. Het aantal dergenen, die zich verklaard hebben, tot deze afgezonderden te willen behooren belooft over het geheele Rijk een getal van omstreeks vier duizend, waaronder echter vele kinderen zijn medegegeld van zich afzonderende ouders. Door deze verklaarde afzondering en door de pogingen, welke men heeft aangewend, om aan dezelve eene zekere genootschappelijke vastheid te geven, is uitgewerkt, dat zij die vroeger, als onvergenoegden, in de verschillende gemeenten schuilden, nu in het oog vallen als afgescheidenen, die verklaren, tot ons niet meer te willen behooren, en dat alzoo nu, naast het Hervormd Kerkgenootschap, zich eene nieuwe afzonderlijke secte voordoet. In den grond der zaak duidt dit niets nieuws aan, want de denkwijze, welke dit verschijnsel heeft voortgebracht, is niets nieuws. Zij bestond steeds, in de eene gemeente meer, in de andere minder. Het nieuwe is hier slechts gelegen in den *vorm*, in welken het zich vertoont. Hierom is het echter niet minder te betreuren. Het is toch altijd een droevig bewijs, hoe weinig velen in de Hervormde Kerk van Nederland nog geschikt zijn, om de eenvoudige leer van het Goddelijke Evangelie, ontdaan van alle scholastiekerij, te waardeeren, en hoe gemakkelijk het, uit dien hoofde, aan ondernemende en zelfzoekende lieden valt, aanhang te maken en beroerte te stichten. Te gelijker tijd is het verblijdend, te zien, hoe weinig deze geest der verkeerdheid de *heerschende* in onze Kerk zoude zijn. Niet alleen is het getal der verklaarde separatisten, tot hiertoe, weinig beduidend; als bedragende nauwelijks  $\frac{1}{375}$  van het getal der Hervormde belijders, maar ook mag men met blijdschap opmerken, dat niet één Predikant van eenigen naam of ondervinding en die wegens zijne gaven en karakter eenig vertrouwen bij de gemeente bezit, tot den bedoelden aanhang behoort; dat velen, die anders geacht kunnen worden eener meer streng kerkelijke regtzinnigheid te zijn toegedaan, nochtans het woelen dezer afgezonderden afkeuren; dat de geheele aanhang, bijna uitsluitend, bestaat uit lieden van de mindere klasse, bij welke ook de Godsdienstige kennis op zeer lagen trap staat, en die nauwelijks in staat zijn, om rekenschap te geven van hun geloof; gelijk dan ook de lieden, welke men als eerste medestanders der afgezette Predikanten en Ouderlingen, Opzieners en Vertegenwoordigers der nieuwe gemeente, heeft bekend gemaakt, alle tot de, tot hiertoe onbekende leden der gemeente behooren. — Ofschoon men nu de dwaas-

heid van velen, die zich lieten vervoeren, om scheurmakers te worden, moet betreuren en de boosheid van hen, die zich niet ontzagen anderer bijgeloovigheid te misbruiken, regtmatige ergernis opwekt; zoo mag men het vertrouwen niet opgeven, dat de groote menigte onzer belijders dit werk der boosheid en der onkunde op den duur zal schatten op deszelfs rechte waarde, en dat hetzelfde, vroeger of later, evenzeer zal te niet loopen, als andere soortgelijke ondernemingen, van welke de geschiedenis der Nederlandsche Hervormde Kerk gewaagt, te niet gelooopen zijn."

De hier door DONKER CURTIUS uitgesproken hoop, dat de Afscheiding allengs te niet zou loopen, berustte klaarblijkelijk op den wensch naar voortdoring der vervolgingsmaatregelen.

Deze vervolging der Afscheidenen, in 1834 begonnen, nam dan ook, door het aanstoken der Synode, niet weinig toe. Er volgden, in één groote verdwazing, tallooze vervolgingen, en, beschamender gedachtenis, vele veroordeelingen. <sup>26)</sup>

Eigenaardig werd de toepassing der Napoleontische wetsbepalingen gekenschetst door een grap van studenten, die onder drinken en brassen psalmen aanhieven, waarop de ijverige politie toeschoot om een godsdienstige bijeenkomst te betrappen, doch lachend terugtrad, met den uitroep: „Is 't anders niet? 't zijn maar dronken lui!" — Hoe geheel anders zou de politie zich gehouden hebben, indien zij een biddende vergadering had gevonden! <sup>27)</sup>

Dit verhaalde ons ELOUT VAN SOETERWOUDE. Deze werd, toen de Prins van Oranje in 1831 het bevel van het leger aanvaardde, hem toegevoegd als Commies van Staat en Stafofficier. In die betrekking had hij de correspondentie te voeren met de onderscheidene Departementen van algemeen bestuur en het toezicht over de krijgswaardzaken. Toen nu bij het begin van de Afscheiding, den Prins Veldmaarschalk de aanschrijving omtrent de inlegering gewerd, wees hij Z. K. H. op het onrechtvaardige en ongrondwettige der vervolging en op zijn verantwoordelijkheid als Prins van Oranje, als erfgenaam van den troon. Ofschoon noode, meende de Vorst te moeten gehoorzamen, maar hij ontsloeg ELOUT van de verplichting om de aanschrijving aan de autoriteiten mede te deelen. Toen ELOUT eenigen tijd daarna, gezondheidshalve met verlof in Zwitserland, de diepe verontwaardiging bespeurde bij zijn vrienden GAUSSEN, MERLE D'AUBIGNÉ, TRONCHIN en DE ST. GEORGE, door de vervolging der Afscheidenen ten onzent

opgewekt, en het verzoek ontving van den gebannen Bernschen Avoyer VON FISCHER om, waar hij kon, mede te deelen, dat hij de vervolging om der godsdienstwille als eene der grootste fouten van zijn bestuur beschouwde, heeft ELOUT niet gearzeld dit alles zoo hoog mogelijk eerbiedig maar ernstig ter kennis te brengen. En zoo dit toen al niet baatte, toch mocht ELOUT zich vleien daardoor als nederig werktuig er toe te hebben meegewerkt, dat bij de troonsbeklimming, een der eerste daden van Koning WILLEM II gestrekt heeft tot verzachting van de maatregelen tegen de Afscheidenen. Als lid van het Openbaar Ministerie weigerde ELOUT de Afscheidenen te vervolgen, en won daardoor geen gunst. Reeds had de Koning in 1838 zijn naam voor een plaats als Raadsheer in het Hof van Holland opgegeven, doch Mr VAN MAANEN, de toenmalige Minister van Justitie, kon ELOUT niet vergeven, dat hij steeds oppositie tegen de vervolging van de Afscheidenen had gevoerd. En zoo stuitte dan de benoeming af op den onwil en de behendigheit van dezen Minister. <sup>28)</sup>

#### V. *Groens Memorie.*

Naar ik vermoed was ELOUT ook de „lieve P.” (Pieter), tot wien GROEN VAN PRINSTERER reeds op 31 Maart 1834 een schrijven richtte over brochures van de predikanten ENGELS en LE ROY, wier fel optreden tegen de zoogenaamde Sectarissen hij in een scherp belijnd betoog afkeurt. <sup>29)</sup> In elk geval, reeds van 1834 af, ergerde de gewezen Kabinetssecretaris, sinds 1831 door Z. M. den Koning belast met het toezicht over het Huis-archief van Oranje, zich vreeselijk aan de vervolging. Immers terwijl hij in dat Huis-Archief dagelijks omging met de helden, Geloofshelden en Krijgshelden, die onze Republiek gesticht hadden in en om het geloof, moest hij daar buiten met leede oogen de Regeeringsmaatregelen aanzien tot vervolging der Afscheidenen, die even dierbaar geloof met deze martelaren deelachtig waren. Hij begreep, dat rondborstig hierover zijn gevoelen te zeggen plicht was geworden, eigenlijk voor iedereen; in 't bijzonder voor hen die, hoewel tegen de Afscheiding, evenwel in de voornamen punten dezelfde belijdenis met de Afscheidenen hadden; wellicht meer bijzonder nog voor hem, die sinds lang over het Staatsrecht zijn gevoelens openlijk medegedeeld, en bepaaldelijk in het Naschrift der „Beschouwingen over Staats- en Volkenregt” het onderwerp der twisten in de Nederlandsch Hervormde Kerk reeds aangeroerd had. Desniettemin zweeg hij meer

dan twee jaren lang. Eindelijk kon de jonge man zijn verontwaardiging niet langer inhouden. Vooral bij het voortduren van de inlegeringen toch, zou hij zich over een langer stilzwijgen hebben geschaamd. Daarom nam hij het besluit, met bescheidenheid, maar zonder omwegen, zijn meening te zeggen; doch tevens begreep hij, ook om zijn vroegere betrekking, zich allereerst tot Z. M. te moeten wenden. Hij leverde zijn Memorie den 23sten Maart 1837 in; kreeg den 24sten een gewonen bedankbrief; hoorde verder niets; de vervolging bleef dezelfde, en daarop meende GROEN in Juli openlijk er tegen te moeten protesteeren. Den Koning verlot ter uitgave te vragen, daar dacht hij niet aan; hij had immers altijd, ook als Kabinetssecretaris bij de uitgave der „*Nederlandsche Gedachten*”, daaromtrent zijn volkomen vrijheid bewaard. Den Koning een termijn te stellen, waarna hij, zoo er geen verandering kwam, zich tot het publiek wenden zou, scheen hem een min gepaste bedreiging. Sommigen hebben het GROEN zeer ten kwade geduid, dat hij met de uitgave van het boekje niet gewacht heeft, totdat de zaak bij Eeredienst en Justitie was onderzocht; maar men had hem niets hoegenaamd bericht van die toezending zijner vertrouwelijke Memorie naar de Departementen; eerst in Juli, toen het stuk reeds gedeeltelijk gedrukt was, vernam hij zulks geheel toevallig; na drie maanden was zijn opstel in Juli eerst bij het Ministerie van Justitie gekomen; bij de bekende omslachting had het onderzoek daar en elders althans nog verscheidene maanden kunnen duren, en dat voor een zaak als de inlegeringen, waarvan de ongerechtigheid waarlijk geen langdurig betoog behoefde. Ook toonde de tegenwoordige handelwijze van het Gouvernement wel, wat er van dat onderzoek zou te wachten zijn geweest. GROEN's handelwijze, die men licht op een hatelijke wijze kan voorstellen, kwam dus eigenlijk hierop neer, dat hij, in een z. i. hoogstbelangrijke zaak, de vrije drukpers ter verdediging van verdrukte land- en geloofsgenooten heeft gebruikt; doch niet dan na twee jaar gezwegen —, na drie maanden het Gouvernement in de gelegenheid tot opheffing van zijn maatregelen te hebben gesteld. — Vervolgens heeft GROEN zijn brochure met een beleefde Missive aan Z. M. gezonden, doch is daarna niet op de gewone Audiëntie geweest, omdat hij gevoelde dat hij, bij een onaangename bejegening, zeer licht òf te weinig òf ook te veel zou kunnen zeggen <sup>30</sup>).

De confidentieele Memorie aan Z. M. was echter in verscheidene

opzichten sterker dan het gedrukte stuk, zooals blijkt uit de volgende aanhalingen, die niet in de brochure voorkomen. <sup>31)</sup>

Begin der Memorie: „Met den diepsten eerbied wend ik mij tot Uwe Majesteit, niet in mijn eigen belang, niet voor hen, wier denkwijls met de mijne geheel overeenstemmend is, maar voor landgenooten, die, naar mijn inzien (ik mag mij van geen zachter uitdrukking bedienen) wederregtelijk worden verdrukt.”

De zinsnede „Ook ik deed” op blz. 2 van het gedrukte stuk, is in het adres aan den Koning aldus gesteld: „Ook ik deed mij gedurig die vraag, en ik werd telkens bevestigd in de overtuiging, dat aan dit gedeelte der gereformeerde gezindheid zoo niet dezelfde bescherming, als aan de leden van het kerkgenootschap, althans eene volkomene vrijheid van godsdienstoefening behoort te worden verleend. Als ingezetene van een land, dat aloude en grondwettige vrijheden en regten bezit, als lidmaat van de Gereformeerde Kerk, als Christen acht ik mij gehouden de verklaring te doen, dat, naar mijn inzien, die vrijheden en regten zijn miskend; dat die Kerk in haar wezen aangerand wordt; dat er aan de zaak van het Evangelie, in plaats van voordeel, nadeel geschiedt. Mijne bezwaren aan U. M. open te leggen, is pligt; is dubbel pligt, na reeds zoo lang gezwegen te hebben, in een Rijk, waar de toegang tot den troon, ook voor den minsten onderdaan, met zooveel onbekrompenheid is opengesteld.”

„Om over de Scheiding” enz. op blz. 4, tot op blz. 5, heeft de adressant zich op de volgende wijze uitgedrukt: „U. M. vergunne mij dan beknopt, eenvoudig en rondborstig Hoogstdenzelven mijne denkbeelden te onderwerpen, omtrent

<sup>10</sup> de oorzaken van den tegenwoordigen onrustbarenden toestand der gereformeerde Kerk.

<sup>20</sup> de wijs waarop het *Separatisme* dat is, de afscheiding van *het kerkgenootschap*, zich uit dien toestand heeft ontwikkeld.

<sup>30</sup> het *onstaatkundige* en vooral het *onregtmattige* der vervolging.

„Om niet onduidelijk te worden zal ik geheel openhartig moeten zijn. Zoo tegen wil en dank hier of daar een min gepaste uitdrukking mij ontvalt, U. M. vergeve ze mij; vergeve een wanklank bij het aanroeren eener teedere snaar; de toon van eerbied en liefde zal steeds de hoofdtoon zijn van hetgeen ik schrijf.”

Ingevoegd werd achter de woorden: *reglementaire dispositiën wil* (blz. 38, regel 9 van boven): „Moeijelijk kan ik het vermoeden eener

verregaande partijdigheid van mij zetten, als ik bedenk dat bijv. in de Waalsche Kerk Ur Ms Hofkapelaan, gedurende eene reeks van jaren, zooals iedereen weet, ongemoeid hetzelfde heeft gedaan, waarvoor het Kerkbestuur thans predikanten, tegen wie niets buitendien ingebracht wordt, van hunne bediening ontzet. Ik zou er uit moeten afleiden, dat men voorwendsels verlangt, om zich van lastige personen op eene schoonschijnende wijs te ontdoen."

Ingevoegd werd achter de woorden *worden bereikt* (blz. 42, regel 7 van onder): „En daar hier te lande geen verantwoordelijkheid der Ministers bestaat, daar dientengevolge de Koning, hoe lang men het zich ontveinze, eindelijk gerekend zou worden, de vervolging persoonlijk goedgekeurd en bevorderd te hebben, zou haar voortgang allengskens aan U. M. de gehechtheid en liefde kunnen ontnemen, zeker niet van het slechtste deel der bevolking”.

De zinsnede: *Ik ga niet treden* enz. op blz. 54 is op de navolgende wijze in het adres gesteld: „Mijn oogmerk is niet U. M. met een juridiek betoog te vermoeyen. Ik wil U. M. niet ophouden, met de breedvoerige herhaling van argumenten, welke in eenige uitmuntende pleitredenen en in de considerantie van sommige vonnissen aangevoerd zijn; maar, om redenen, die ik de vrijheid nemen zal straks te melden, acht ik mij evenwel gehouden, mijn gevoelen, dat ik niet behoef uiteen te zetten, kortelijk zamengedrongen, aan U. M. te onderwerpen.”

Bijgevoegd aan het einde der zinsnede, achter het woord *vervolging* op blz. 64: „Door een zamenloop van omstandigheden, door vooringenomenheid en verkeerde opvatting, kan, wij zien het, helaas! mishandeling om het geloof plaats gehad hebben, zelfs onder Ur Ms bestuur, maar dat U. M. haar zegel nog lang er aan zou hechten, dit komt mij onmogelijk voor.”

Na lezing van deze vrijmoedige woorden tot Z. M. den Koning, verwondert het ons niet, dat de pleitmemorie voor de Afgescheidenen eenige verkoeling te weeg bracht <sup>32)</sup> in de verhouding tusschen den verlichten despoot <sup>33)</sup> en zijn gewezen Kabinetssecretaris.

Bezien we nu verder de memorie, gelijk ze als brochure verscheen onder den titel: *De Maatregelen tegen de Afgescheidenen aan het Staatsregt getoetst*.

In den aanhef van het geschrift was de hoofdgedachte onmiskenbaar: „Sedert geruimen tijd hoort men in Nederland gewagen van regtsgedingen, van boete en gevangenisstraf, van inlegering, van aan-

schrijvingen met buitengewone scherpheid gesteld; en dit alles is tegen ééne klasse van ingezetenen gerigt, tegen *de Gereformeerde Christenen, die zich van het Kerkgenootschap, in 1816 gesticht, afgescheiden hebben*. Natuurlijk, dat menigeen deelnemend vraagt: wat hebben zij strafwaardigs gedaan?"

Ergerlijk was voor menigeen, dat GROEN over *het Kerkgenootschap, in 1816 gesticht* sprak; alleszins begrijpelijk ook hun misnoegen; want hierin juist lag de kern en kracht van het geheele betoog. <sup>34)</sup>

Op de eerste bladzijde vinden we in een voetnoot ook een lijst van de voornaamste bezwaren der Afscheidenen, ontleend aan de berichten in hun Maandschrift *De Reformatie*. Daarbij voegt GROEN nog de opmerking dat, in geval van onwaarheid of overdrijving dezer berichten, een vervolging vanwege het Openbaar Ministerie stellig niet zou zijn uitgebleven.

Ziehier dan de voornaamste bezwaren:

a. *Veroordeeling* door de regtbanken tot boete en gevangenisstraf. De meeste Regtbanken veroordeelden; de vonnissen zijn reeds ontelbaar. In Vriesland bedroegen, reeds in Febr. 11., de boeten f 6860 (bl. 187).

b. Strengheid in de wijs waarop de veroordeeling *ten uitvoer wordt gelegd*. Bij onvermogenen verkoopt men huisraad, kleederen en kindergoed. Te Oenkerk heeft men de vrouw eens veroordeelden gedwongen nog een rok uit te trekken die daarop verkocht is (bl. 188). — De verkoopung geschiedt op Zondag, om den wederinkoop te beletten. — Een Gescheidene wordt in de gevangenis buiten toegang gesteld (bl. 316).

c. Gewelddadige *uiteendrijving* der bijeenkomsten. De voorbeelden zijn menigvuldig; meermalen hadden mishandeling en verwonding plaats; nog op Paasch-Zondag te Amsterdam (bl. 318).

d. *Inlegeringen*. — In vele gemeenten worden, uitsluitend bij de Gescheidenen, militairen ingekwartierd; bij één huisgezin zes, tien, twaalf en meer (bl. 121, 123); bij één man te Oosterwolde een en dertig soldaten en een officier (bl. 123). — De reclames, de requesten om schadevergoeding, blijven zonder antwoord; broodsgebrek is het lot van velen geworden (bl. 185).

e. *Mishandelingen door het graauw*. — De politie weigert bescherming (bl. 189). — Bij Rhenen is een huis, terwijl er godsdienst-oefening in werd gehouden, in brand gestoken (bl. 394).

f. *Vervolging*, ook waar door de regtbanken *vrijgesproken* wordt. Zelfs dáár heeft inlegering plaats (bl. 315).

Intusschen bevat GROEN'S pleitmemorie voor de Afscheidenen

nog veel meer belangrijks dan hetgeen de titel zou doen vermoeden. Niet alleen toch wordt hier het onstaatkundige en vooral het onrechtmatige der maatregelen tegen de Afscheiding betoogd; maar vooraf worden de oorzaken der onrust in de Hervormde Kerk aangegeven, en vervolgens wordt stilgestaan bij de wijze, waarop het Separatisme zich uit die onrust heeft ontwikkeld. Door deze wijze van behandeling geeft de rechtskundige beschouwing van het onderwerp gelegenheid tot een hoogst belangrijke voorstelling van de krankheden, waaraan de Hervormde Kerk in ons vaderland lijdt, in haar onderling verband, in haar noodzakelijke uitwerking, en allertreurigsten aard. De kwaal moet dan ook gekend worden in haar oorzaken, zal het verkeerde geneesmiddel gewraakt en een weg tot ontdekking van het ware remedie gevonden worden.

Al dadelijk bij de behandeling van het *eerste* punt, *de oorzaak der onrust*, wordt de vinger op de wond gelegd: het is de onverenigbaarheid van wat tot het wezen der Hervormde Kerk behoort, met de verordeningen en wetten, waardoor men in en na 1815, verkeerde beginselen op haar toegepast heeft. Die verkeerde beginselen waren eigenlijk geen andere, dan de revolutionaire theorieën, welke bij de vorming van den Staat evenzeer ten grondslag gelegd werden als bij de ordening der kerk.

Wat de Kerk betreft: deze wordt beschouwd en behandeld als een maatschappelijke inrichting. Overeenkomstig dit beginsel is de Gereformeerde Kerk *geadministreerd*. Zij is een deel der Staatsmachine geworden, een Departement van Algemeen Bestuur. Er is een Ministerie van Eeredienst ingesteld, geheel in den geest van het stelsel van Administratie, dat wij van de Fransche revolutie, in haar liberaal-despotieke ontwikkeling, hadden geërfd. Er is, naar de meening van het bestuur, een Kerk in den Staat, een soort van Kerk-Staat gevormd, waarin de leeraars bijna als ambtenaren, de ledematen bijna als onderdanen worden beschouwd; waarin de koning die, als lidmaat der Gereformeerde Kerk, geen rechten dan die van ieder lidmaat bezit, bijna als Regent en Opperhoofd aangemerkt werd. — Door het politiek gezag is voorts in 1816 de Gereformeerde Kerk *georganiseerd*, ten koste van het aloude beginsel van gelijkheid der Leeraren, en niettegenstaande den lof, nog weinige jaren tevoren aan de vóór 1816 bestaande inrichting toegekend. — Overeenkomstig de heerschende begrippen is de Kerk verder ook *gecentraliseerd*. Bij deze gelegenheid herinnert de schrijver aan het advies en de voorspelling van den Raad van State in 1814, die het bijeenroepen van een Algemeene Nationale Synode, in strijd met de historische, beproefde en hooggeachte inrichting der Kerk, niet noodig, niet wenschelijk achtte; onraadzaam en gevaarlijk zelfs; in veler oog onwettig, daarbij inconstitutioneel, en als geschikt om ongenoegen en wanorde te verwekken.



Doch de Gereformeerde Kerk is door de toepassing der liberale theorieën ook gekrenkt in den grondslag van geheel haar bestaan, in haar geloofsleer. Hier toont de Schrijver uitvoerig aan, hoe de Synode, ofschoon bij het Algemeen Reglement uitdrukkelijk verbonden tot de handhaving van de leer der Hervormde Kerk, en in alle mogelijke opzichten onbevoegd tot verandering ook van het minste der leerstukken, waardoor de Gereformeerde Kerk zich van andere gezindheden onderscheidt, evenwel metterdaad door middel van een subtiële verandering in het formulier van onderteekening, alles op losse schroeven heeft gesteld. De Synode, die in de leer zelfs het minste niet veranderen mocht, heeft, al naar men het nemen wil, niets of alles tot leer van het Kerkgenootschap gemaakt. Geen waarheid, die onaangerand bleef.

Meer dan één reden heeft medegewerkt tot lijdelijke berusting in de handelwijze van het Gouvernement. Het is dan ook niet vreemd dat die handelwijze langen tijd weinig tegenstand en veeleer goedkeuring heeft ontmoet. Doch ook een *ander* gevolg behoort onmiddellijk hieruit afgeleid te worden, n.l. dat, bij het ontwaken van een anderen, van een meer christelijken zin, de tegenstand, gelijk vroeger de goedkeuring, natuurlijk en onvermijdelijk was. *Het Separatisme was de noodzakelijke, ofschoon de beklagenswaardige ontwikkeling van den toestand, waarin de Kerk gebracht was.* In dit verband wordt nu eerst nog iets gezegd over den aard en de volgorde der klachten, welke men tegen de inrichting van het Kerkgenootschap en de handelwijze van het Kerkbestuur ingebracht heeft; de wijze, waarop zij *voorgedragen*, de wijze, waarop zij *beantwoord* zijn geworden. Die klachten waren *billijk*. Allereerst uit behoefte aan Evangeliewaarheid ontstaan, werden zij allereerst over terzijdestelling van de leer des Bijbels aangeheven. Ook werden ze over het algemeen met voorbeeldige bescheidenheid voorgedragen. Maar ze werden door de Synode of met stilzwijgen, of uit de hoogte, soms zelfs op een toon van minachting, bijna van bespotting, beantwoord. En door de Regeering werden ze beantwoord met blijken van misnoegen en ongenade, rechtstreeks of zijdelings, op een meestal negatieve, maar daarom niet minder treffende wijs.

*Zoo kwam het eindelijk tot een scheiding van het kerkgenootschap.* En waren de Afscheidenen, zoolang zij in het Kerkgenootschap bleven, de beschuldigde partij geweest, wat op die gebeurtenis volgde, was niet minder onbillijk en onwettig dan hetgeen voorafgegaan was. De Synode riep het wereldlijk gezag te hulp. De Kerkvergadering had deze lieden voor het hoofd gestooten, gesmaad, getergd, tot wanhoop aan alle Kerkverbetering gebracht; zij was niet tevreden hen uit het Kerkgenootschap verdreven te hebben; zij moesten ook daarbuiten worden vervolgd; zij moesten weder naar binnen worden gejaagd. Hier bleek het, tot welke buitensporigheid

de gelijkstelling van *kerkleden* met *onderdanen* brengt. 't Was alsof men in de Afgescheidenen weggeloopten lijfeigenen zag. De Synode nam méér dan één maatregel in dien zin, en zelfs aan den Minister, belast met de zaken der Hervormde Kerk, is eenmaal een vermaning ontvallen om terug te keeren tot de *gehoorzaamheid* aan het Kerkbestuur door Z. M. erkend. Doch van dit stelsel schijnt men spoedig teruggekeerd te zijn. Het recht om zich *af te scheiden* wordt nu erkend; maar thans wordt het recht om zich *te vereenigen* betwist. Godsdienstoefening *in* het Kerkgenootschap, hiertoe bestaat geen dwang; Godsdienstoefening *er buiten*, hiertoe bestaat de vrijheid nog niet. De Afgescheidenen worden vervolgd, omdat zij niet blijven binnen den kring, die in 1816 afgeperkt is.

En nu gaat de Schrijver tot het *derde* en laatste punt van zijn hoofdbetoog over: *het onstaatkundige en vooral het onrechtmatige der vervolging*. De vervolging toch is *ondoeltreffend*; zij kan de Scheiding niet doen ophouden, de rust niet herstellen, de oorzaak niet wegnemen. Zij is *ontoereikend*; tot gewetensdwang is elke straf ongenoegzaam; er is geen tusschenweg tusschen voortgang en verbanning en doodstraf toe, of terugkeer tot volkomen vrijheid van Godsdienstoefening. Maar bij elken stap vooruit wordt het terugkeeren des te noodiger en des te moeilijker. De vervolging is ook *nadeelig*; zij brengt bij zeer velen, die overigens met de Afgescheidenen niets gemeen willen hebben, verontwaardiging teweeg. Van buiten 's lands, uit Frankrijk en Zwitserland, uit Engeland en Pruissen, zijn reeds nadrukkelijke getuigenissen van afkeuring gehoord.

Ten slotte komt GROEN VAN PRINSTERER tot het laatste deel van zijn betoog: de vervolging is bovenal in strijd met den zekersten grondslag van iederen troon: de gerechtigheid. Recht, geen toegeeflijkheid; onpartijdig oordeel, geen begunstiging wordt gevraagd. Men keure, zoo men wil, de handelwijze der Gescheidenen af; men schrijve hun, zoo men er reden voor meent te hebben, bekrompenheid, hoogmoed, liefdeloosheid toe. Het moet zonder invloed zijn op de beslissing. Het kenmerk der onpartijdigheid, der rechtvaardigheid is, dat men zonder aanzien der personen beslist. Dit op den voorgrond plaatsende, drukt de Schrijver zijn meening in de drie volgende stellingen uit:

De Afgescheidenen zijn

*ingezetenen* van Nederland; dus *geene inlegeringen*:

”

leden eener gezindheid, die de *openbare orde* of veiligheid *niet stoort*; dus *vrije Godsdienstoefening*:

## De Afgescheidenen zijn

leden der *Gereformeerde Gezindheid*; dus hebben zij, evenals de leden van het Kerkgenootschap, recht op de *gelijke bescherming* welke aan alle in het Rijk bestaande gezindheden toegekend is.

Klemmend, overtuigend en onwederlegbaar is de bewijsvoering, dat de Grondwet is geschonden op het punt van de *inlegeringen*. Niet alleen is art. 212 overtreden (ter bestraffing en zonder schadeloosstelling) maar ook zijdelings of door een noodzakelijk gevolg; art. 171 (dat de verbeurdverklaring der goederen afschaft), 197 (houdt in dat geen belasting dan uit kracht van een wet geheven mag worden), 198 (verbiedt alle privilegiën in het stuk van belasting), 167 (wil dat niemand afgetrokken worde van den rechter, dien de wet hem toekent); vooral ook art. 183 volgens hetwelk geen straf kan opgelegd worden dan door den rechter; terwijl door de inlegering het Gouvernement de beslissing der rechtbanken vooruitloopt, ja zelfs het gebruik van krijgsmacht tegen de ingezetenen richt ook dáár, waar de rechter aan de Afgescheidenen uitdrukkelijk vrijheid van Godsdienstoefening toegekend heeft.

Intusschen, de Afgescheidenen hebben nog andere rechten, dan die, welke zij met alle Nederlanders bezitten. Volgens art. 193 der grondwet hebben zij recht om in hun openbare godsdienstoefening niet te worden belemmerd; want zij zijn leden eener gezindheid, die de openbare orde of veiligheid niet stoort. Dit is omtrent hun leerstellingen, en dus omtrent datgene waarin het kenmerk en wezen eener Gezindheid bestaat, openlijk en ondubbelzinnig in het Besluit van 5 Juli 1836 erkend. De schrijver verklaart voorts, niet te willen treden in een rechtsgeleerd betoog, noch de gronden herhalen, welke in eenige uitmuntende pleitredenen en in de considerantie van sommige vonnissen aangevoerd zijn. Blijkbaar heeft hij hier het oog op de pleitredenen van VAN HALL,<sup>35)</sup> GEFKEN,<sup>36)</sup> SCHOLTE<sup>37)</sup> en VAN VELZEN<sup>38)</sup> en op de uitspraken der rechtbanken van Heerenveen en Amsterdam.<sup>39)</sup> Veeleer tracht hij zijn denkbeelden zoo kort mogelijk samen te dringen.

Tweeledig nu is de grond, waarop de veroordeeling van de Afgescheidenen, als van leden eener nieuwe Gezindheid, wordt gebouwd: Art. 291 van het Wetboek van Strafrecht en het woord *bestaande* in Art. 191 der Grondwet. Geene associatie zonder toestemming der Regeering; geene bescherming dan aan Gezindheden die in 1815 bestonden of later erkend zijn geworden. Art. 291 echter, zoo betoogt GROEN, kan noch naar de letter der wet noch naar den geest van den wetgever, hier toepasselijk zijn. Want gemeenschappelijke godsdienst-oefening is geen associatie, en het doel der Napoleontische wetsbepaling is blijkbaar geweest, niet het belemmeren van den gods-

dienst, maar het beletten van elke samenspanning van politieken aard, welke gedaante zij ook aangenomen mocht hebben. Daarenboven, Art. 291 is door de Grondwet, indien deze vrijheid van Godsdienstoefening toelaat, vervallen. Wat nu de uitdrukking *bestaande godsdiensten* betreft, waarover in de laatste jaren zooveel is geschreven, het woord heeft uitsluitend betrekking op de Gezindheden welke bestonden toen de Grondwet afgekondigd werd, en heeft ten waarborg moeten strekken tegen den mogelijken *voorrang* van eenige, bepaaldelijk van de oudtijds heerschende Gereformeerde Kerk. Aan Lutherschen, aan Remonstranten, vooral aan de Roomsch-Katholieken, bij hunne vereeniging met Protestanten en onder een Protestantsch Vorst, werd gezegd: Vreest niet; er zal geene begunstiging van den een boven den ander zijn: *gelijke bescherming*. De rechten, na 1795 verkregen, worden aan de onderscheidene Gezindheden gewaarborgd; de tractementen, pensioenen en andere inkomsten die zij genieten, zullen bij voortdoring worden betaald. GROEN'S betoog komt dus in het kort hierop neer: de Fransche strafwet heeft op Godsdienstoefening geen betrekking, en, al mocht zij het kunnen hebben, dan nog zou zij krachteloos worden tegenover een Grondwet die, ten aanzien der Godsdienstigheid, inderdaad een overvloed van waarborgen vastgesteld heeft.

De Afgescheidenen hebben dus zonder voorafgaande toestemming van het Gouvernement op het onbelemmerd bestaan en oefenen van hun Godsdienst recht. Maar daarenboven: zij zijn geen nieuwe secte; zij zijn leden der *Gereformeerde* gezindheid. Als zoodanig hebben zij, met de leden van het Hervormd Kerkgenootschap, aanspraak op die *gelijke bescherming*, welke aan alle bestaande gezindheden toegezegd is. Dit is het wat, volgens GROEN, bij het beoordeelen van de plaats hebbende vervolging, wel voornamelijk in aanmerking komt. De Afgescheidenen zijn Gereformeerden, Gereformeerden bij uitstek; juist hierin ligt de grond hunner afscheiding. Afvalligen wellicht van het Kerkgenootschap, zijn zij voorzeker getrouwe leden van de Gezindheid, van de Kerk. En het is niet aan het Kerkgenootschap van 1816, het is aan de in 1815 bestaande Gereformeerde Gezindheid, dat bescherming door de Grondwet toegekend wordt. Het Kerkgenootschap is, wat geloofseenheid betreft, *facto* opgelost geworden; ten aanzien van inwendig beheer, heeft het de beginselen der Gereformeerde Kerk geheel ter zijde gelegd. Het Genootschap heeft zich, *facto* afgescheiden van de Gereformeerde Kerk; zij daarentegen, die men Afgescheidenen noemt, hebben zich buiten het Genootschap begeven om te kunnen blijven in de Kerk. Maar daarom hebben zij, minstens evenzeer als de leden van het Kerkgenootschap, aanspraak op dien onderstand, welke door *bescherming* in Art. 191 aangeduid wordt. Die aanspraak evenwel behoeft niet nader te worden onderzocht. Zij zien er van af. Maar des te meer mochten zij dan ook ver-

wachten ten minste aan geen vervolging blootgesteld te worden. Is het niet genoeg hun de handhaving der Hervormde leer te ontzeggen in een Kerkgenootschap, dat zich het Hervormde Kerkgenootschap noemt? Is het noodig dat zij, gedeeltelijk althans, door onchristelijke prediking eruit gedreven, nu weder, om tegen wil en dank die prediking te hooren, als het ware naar binnen worden gejaagd?

Aan het einde van zijn betoog genaderd, noemt GROEN de zaak der Afscheidenen van belang, reeds op zichzelf, èn in vele opzichten, èn in 't bijzonder omdat zij de dierbaarste, de heiligste onzer constitutioneele waarborgen betreft. De maatregelen, thans uitsluitend tegen de Afscheidenen gebezigd, zijn immers van algemeene toepasselijkheid, en daarom behoorde wellicht het *principiis obsta* de leus geweest te zijn van elk die — niet het Vaderland — maar de ongestoorde uitoefening van onbetwistbare rechten betreft. De schrijver kan het den Afscheidenen niet euvel duiden, dat zij, ieder wettig middel aangrijpende, tot verkrijging van hun recht, zich eindelijk tot de Tweede Kamer gewend hebben. Hij zou het evenwel beter achten, dat zij bij voortduring recht verzochten aan den koning alleen, die, wie twijfelt er aan? getrouw aan de Grondwet wenscht te blijven. Ook bij Z. M. moet het immers weezin verwekken dat tegen Nederlanders, in zijn naam, een middel wordt gebezigd, dat, onder de gruwelen der omwenteling en de dwingelandij van Napoleon, en ook dáár alleen op zijn plaats, steeds als een der vreeselijkste wapens van revolutionair geweld, van despotisme en overheersching aangemerkt is. Dit onwaardig, dit onzalig overblijfsel uit den Napoleontischen tijd brengt geen zegen, noch over Kerkgenootschap of Staat, noch over Vorst of Vorstelijk Huis. Niet de instandhouding, maar de afschaffing van dit middel voegt aan Nederland en Oranje.

Dit uittreksel uit GROEN's brochure ontleende ik grootendeels aan het verslag, dat DA COSTA er in de *Nederlandsche Stemmen* van gaf. <sup>40)</sup> Hij prees het daar den lezer aan als een „door grondigheid evenzeer als bondigheid, door vrijmoedigheid niet min als door bescheidenheid innemend en doordringend Opstel”. <sup>41)</sup> En WILLEM VAN HOGENDORP schreef aan DA COSTA:

„Het stuk van GROEN is uitmuntend boven uitdrukking. Ik heb het gelezen en herlezen, en stel het verre boven al wat ik nog van hem kende, oneindig verre met name boven zijne *Nederlandsche Gedachten*. Hier ademt een ruimer geest, en erken ik den practicalen staatsman, dien ik volgaarne aan het hoofd onzer zaken zoude zien.” <sup>42)</sup>

Ook vernam DA COSTA van zekere zijde, dat zijn verslag van GROEN's opstel over de Maatregelen, onder de oogen van den Koning gekomen was en in handen gesteld van DONKER CURTIUS, die er, naar men zei,

op gerapporteerd zou hebben *tegen* de vervolgingen. Doch Z. M. zou er, zooals DA COSTA van dezelfde zijde hoorde, gansch niet mede ingenomen zijn geweest. 43)

### VI. *Le Journal de la Haye.*

In verband hiermee nu vestigen we ook de aandacht op wat er gebeurd is, nadat GROEN VAN PRINSTERER zijn brochure aan den Koning had toegezonden. Het rapport daaromtrent door den Minister van Justitie op 29 Juli 1837 uitgebracht, besloot met de woorden:

„De ondergeteekende acht het dan ook van veel belang dat het werkje van den heer GROEN spoedig en haastig moge worden beantwoord, geenszins tot eene dadelijke verdediging van de handelingen van het Hoog bestuur, welke hetzelve voorwaar niet behoeft en onnoodig is, maar ten einde de opmerkzaamheid te vestigen op den *ruimen omvang* der beschouwingen waarop de schrijver zijn betoog en zijne voorspraak heeft gegrond; — op derzelfer onmiskenbare en voor den staat *hoogst gevaarlijke* strekking en bovendien geheel onbereikbaar *doel*; — op de onwaarachtigheid zijner voorstellingen van het geschilpunt; en voorts op alle zoodanige verdere bijzonderheden welke geschikt kunnen zijn om den eenigen waren staat der zaak in eenvoudigheid te ontwikkelen, en daardoor tevens de beginselen, handelingen en bedoelingen der regeering in het ware licht te plaatsen, en het niet zelden slechts oppervlakkig oordeelende publiek, en ook min doorzichtigen, tot de juiste waardeering der bedoelingen van dat geschrift in staat te stellen. De ondergeteekende acht deze zaak van genoegzaam belang om te gelooven, dat tot eene zoodanige beantwoording van Bestuurswege aanleiding zoude behooren gegeven te worden, en hij neemt derhalve de vrijheid om aan Uwe Majesteit eerbiedig in consideratie te geven, om daarmede een of ander persoon te belasten die door Uwe Majesteit hiertoe bekwaam en geschikt zal worden geoordeeld. De Minister van Justitie (get.) VAN MAANEN.”

Na een mondelinge bespreking met den Koning ontving de Minister van Justitie een antwoord, waarin Z. M. o. a. den wensch uitsprak, dat door tusschenkomst van het Departement van Justitie gevolg zou worden gegeven aan het denkbeeld, ten slotte van het rapport gepopperd, om de onderwerpelijke memorie, in den zin van hetzelve te doen beantwoorden.

Het staat dus vast, dat de regeering, en wel het Departement van Justitie, iemand zou belasten met de beantwoording van GROEN's geschrift. 44)

Wie dat geweest is?

Volgens een brief van CASIMIER PÉRIER, zaakgelastigde bij de Fransche legatie, aan den Franschen Minister MOLÉ, zou de Regeering deze opdracht aan THORBECKE hebben gegeven.

Mr. SYBENGA betwijfelt echter de juistheid dezer mededeeling.<sup>45)</sup>

Hoe dit ook zij,<sup>46)</sup> in elk geval was het deze Leidsche Hoogleraar, die zich geroepen voelde, *naamloos*, in het Regeeringsblad, *Journal de la Haye* van 9, 10 en 12 September 1837, de Regeeringsmaatregelen tegen de Afgescheidenen te verdedigen in een drietal artikelen, waarvan de inhoud in hoofdtrekken<sup>47)</sup> deze was: handhaving van het recht des soevereins om de Kerk te organiseeren uit staatsregtelijke en historische gronden; lof voor het besluit van 1816 omtrent de organisatie der Hervormde Kerk; beperking van de grondwettige godsdienstvrijheid tot de vrijheid van meening en huiselijke godsdienstoefening; toekenning van het recht van openbare godsdienstoefening uitsluitend aan de *erkende* Kerkgenootschappen; verdediging uit wet en rechtsbeginselen van de houding der Regeering tegenover de Afgescheidenen en van de toepassing van art. 291 van den Code Pénal op de met die beginselen in strijd handelende „individuen, die met de Dordtsche Formulieren in de handen durven beweren, dat zij het volste recht hebben om buiten het algemeen Hervormde Kerkbestuur, een Gereformeerde Kerk te vormen”.

Deze kritiek van THORBECKE is de aanvang geweest van een veeljarigen principiëelen strijd tusschen twee oude academiëvrienden: GROEN kwam op voor *gewetensvrijheid* der leden van de *Hervormde gezindheid* ook buiten het *gouvernementale Kerkgenootschap*. THORBECKE was pleitbezorger der *gouvernementale Kerk* en orgaan der *grootte Protestantsche partij*.<sup>48)</sup>

De voor de zelfstandigheid der Kerk en de vrijheid van het geweten zoo gevaarlijke vertoogen van den hoogleraar THORBECKE<sup>49)</sup> werden door GROEN VAN PRINSTERER beantwoord met een *Antikritiek* in hetzelfde Fransche Dagblad van 23 September, die aldus aanving:

„Ik ben geen liefhebber van polemiek. Maar in dit geval scheen ze mij toch noodzakelijk. Mijn brochure, zoo zegt men, is een partij-schrift. Ik weet, dat het een werk is van geweten en goede trouw. *De volstreckte heerschappij van den Staat over de Kerk*, dat is de stelling, die onze bestrijder getracht heeft te bewijzen.”

Maar over één punt had THORBECKE gezwegen, ofschoon GROEN het met uitvoerigheid behandeld had:

„Gij zegt niets van de inlegeringen. Dat komt, zooals we 't liefst willen gelooven, omdat ge niet in 't openbaar wilt rechtvaardigen, wat ge in 't verborgen afkeurt. Maar hebt ge uzelf door dat stilzwijgen gerechtvaardigd? 't Is immers een pleitrede, die ge houdt. Als ge den moed niet hadt om die maatregelen te verdedigen, moest ge den moed hebben, om ze te laken. Gij moest u niet, tegenover zulke feiten, vergenoegen met te zeggen: „de partij verbeeldt zich onderdrukt, ja zelfs vervolgd te worden.” Deze zin, die bijna een bedekte spot schijnt, is die al of niet een teeken van partijdigheid?”<sup>50)</sup>

De repliek van THORBECKE in het *Journal de la Haye* van 27 Sept. 28 Sept, en 1 October, nu niet meer naamloos, maar met zijn initiaal T. onderteekend, was gesteld in denzelfden apodictischen toon als het eerste stuk. Hij, de man der wet, zou zelfs tegen de inlegering geen onoverkomelijk bezwaar hebben, mits onder wettelijken vorm.<sup>51)</sup>

Ter weerlegging van dit tweede vertoog verscheen in het nummer van 7 October het tweede artikel van GROEN.<sup>52)</sup>

Het zestal artikelen van den Leidschen Hoogleraar werd ook in het hollandsch verkrijgbaar gesteld.<sup>53)</sup>

Intusschen had het heen en weer schrijven in het fransche dagblad het gelukkig gevolg gehad, dat geheel Europa nu in staat was om de tegenover elkaar geplaatste stelsels omtrent de verhouding der Gezindheden tot den Staat te beoordeelen. En de buitenlandsche Christenen verwonderden zich grootelijks, dat het door THORBECKE ontwikkelde gevoelen omtrent de macht van den Staat in de Kerk hier te lande niet alleen aanhangers vond, maar ook in praktijk gebracht werd. Althans, in het fransche dagblad *Le Semeur* van den 10den October 1837 vond men reeds een deelnemend artikel over het geschrift van GROEN VAN PRINSTERER.<sup>54)</sup>

Naar aanleiding daarvan meende dan ook de redacteur van het *Journal de la Haye*, Mr. BOX, de pen tegen GROEN te moeten opnemen. Deze antwoordde daarop in het nummer van 19 November met de opmerking, dat men veel geleerdheid over het kerkelijk recht had opgehaald, doch dat men geen gronden had kunnen vinden om de verdrukkingen te verontschuldigen, waaraan de Afscheidenen onderworpen waren, en die als wezenlijke vervolgingen moesten worden beschouwd.<sup>55)</sup>

Mr. BOX beriep zich op de geschriften die tegen GROEN het licht hadden gezien, o. a. een brochure van Mr. FRANÇOIS FRETS, lid van de Tweede Kamer der Staten Generaal.<sup>56)</sup> Deze had o. m. den wensch uitgesproken, dat GROEN VAN PRINSTERER het geweten van de leden



der Tweede Kamer zou eerbiedigen. In zijn antwoord nu aan den redacteur van het *Journal de la Haye* verklaarde GROEN, ieders geweten te eerbiedigen, en bijzonder ook dat van deze Heeren; dat hij ondertusschen slechts herinnerd had aan drie bewezen feiten: 1<sup>o</sup> aan den eed, door ieder lid van de Staten-Generaal afgelegd om de algemeene en bijzondere vrijheden der ingezetenen te zullen beschermen; 2<sup>o</sup> aan den maatregel der inkwartiering, en 3<sup>o</sup> aan het gedrag van een staatkundig lichaam, waarbij zich geen enkele stem verheft om ook maar de minste uitlegging te vragen.

### VII. *Het Kamerlid Luzac.*

En inderdaad, eindelijk deed zich ook uit den boezem der vergadering van de Staten-Generaal een stem hooren in het belang der godsdienstvrijheid van 's lands ingezetenen. In de zitting toch van Vrijdag 15 December 1837 <sup>57)</sup> gaf Mr. L. C. LUZAC met veel klem en nadruk zijn afkeuring van de maatregelen der Regeering in de volgende woorden te kennen:

„Ik vinde veel bezwaar in die maatregelen, waarmede zoovele onzer landgenooten, die zich afgescheidenen gelieven te noemen, worden bejegend en innig ben ik overtuigd, dat het meer dan tijd is, de spanning, welke door de bekende regterlijke vervolgingen, bij een gedeelte der natie geboren is, te doen ophouden, en van den ingeslagenen weg af te gaan. Ik ben zeer verre van de godsdienstige gevoelens dier medeburgers te deelen, en wil derzelve geheel hier onbeoordeeld laten. Ik zal ook geenszins nu onderzoeken, in hoe verre de ware bedoelingen van allen, die zich onder deze banieren geschaard hebben, en wel vooral van hen, die begonnen zijn deze erkenningsteekenen in de hoogte te heffen, geheel zuiver, goed en braaf zijn; doch ik houde mij verzekerd, dat verre het grootste getal der lieden, onder den naam van afgescheidenen algemeen bekend, met de beste trouw vermeenende de eenige waarheid gevonden, en aan hunne zijde te hebben, opregt gelooven aldus te moeten handelen, en deswege niet met enig regt kunnen worden vervolgd. Het is U Edelm. genoeg bekend, hoe zeer de denkbeelden te dezer zake bij zeer kundige, zeer gemoedelijke schrijvers uiteenloopen, en daar het voorzeker hier thans noch de plaats, noch het uur is, om deswege in breede ontwikkelingen te treden, en het gevoelen, hetwelk men vermeent, over de al of niet mogelijkheid der vereeniging van de bepalingen der grondwet met die van het strafwetboek te moeten vasthouden, omstandig te verdedigen, zal ik mij zeer kort en eenvoudig bepalen bij de erkenning, dat ik het zesde hoofdstuk onzer grondwet

(art. 190—196) steeds in eenen veel ruimeren zin heb opgevat, dan die, welke thans aan hetzelfde, zoo door de regeering, als door vele regters en ijverige en geleerde verdedigers der maatregelen van het bestuur, gegeven wordt. De toepassing der zuivere despotische beginselen, in art. 291 en volgende van ons strafwetboek vervat, op de stille, rustige vereenigingen van afgescheidenen, is mij niet voorzichtig, ja onregtvaardig voorgekomen, en na vele der schriften, welke deze onzalige twisten deden geboren worden, gelezen te hebben, blijf ik nog steeds gelooven, dat de volkomene vrijheid van godsdienstige begrippen, ons bij de grondwet (art. 190) gewaarborgd, ten gevolge moet hebben, dat ook van die begrippen de openbare oefening niet kan worden belemmerd (art. 193), dan alleen in geval dezelve de openbare orde of veiligheid zoude kunnen storen. Die openbare oefening moet, mijns erachtens, niet afhangen van voorafgaande autorisatiën, voorschriften of vergunningen der regeering, vermits tegenover die magt van toelating, dan ook het regt van verhindering en weigering moet erkend worden, en ik met dit regt en deze beperkingen, geheel onvereinigbaar acht het zuivere denkbeeld van *volkomen vrijheid van godsdienstige begrippen*, zonder vrijheid eener gemeenschappelijke oefening, mits zij de algemeene rust ongestoord late, in waarheid niets beteekenende. — Op het einde der vorige zitting, zijn ons reeds ernstige klagten over de bedoelde vervolgingen toegekomen; nu hebben wij reeds weder diverse rapporten onzer commissie tot de verzoekschriften aangehoord, en het is te verwachten, dat nog meerdere bezwaren, uit diezelfde bron van gemoedelijk godsdienstig bezwaar afkomstig, ons zullen komen toevloeiën. Die bron, Ed. mog. Heeren! met het eeuwig heil der ingezetenen, volgens hunne overtuiging, in verband staande, kan, hiervoor roep ik de ondervinding van vroeger eeuwen in, met geweld niet gedempt worden; zij moet haren vrijen loop ontvangen: boeten en kwellende inlegeringen kunnen belemmeren, doch stuiten niets. Aan hare natuur, aan eigene krachten overgelaten, zal zij geheel onschadelijk, ja ongemerkt voortvloeijen, en eindelijk geheel verdwijnen. Hetgeen haar aanzien gaf, en voor haar bij velen belangstelling onderhoudt, zijn vooral de vervolgingen. — Ik spreek naar mijne volste overtuiging, en zoude wenschen, dat de Staten-Generaal zich te dezer gelegenheid op dit punt stellig wilde uitlaten, opdat van hunne goed- of afkeuring de gang der regeering te dezen opzichte geheel zoude blijken. Indien dan mijne wijze van zien, hetgeen ik echter verre ben van te veronderstellen, die der meerderheid *niet* was; indien zij de bedoelde handelingen der regeering overeenkomstig de bestaande wetten achtte, zoude ik haar in bedenking geven, enige suppletoire maatregelen uit te vinden, om deze wetten beter doel te doen treffen, ten minste gelijkwerkend te maken, opdat ons vaderland niet voortdurend het singuliere schouwspel zoude opleveren van vele

duizende medeburgers, rustige ingezetenen, zoogenoemde misdadigers, die geregeld alle zeven dagen openlijk tegen de wet vermeenen te moeten handelen; — van eene strafwet, die op dit punt niemand schrik aanjaagt; — van een land, waar dezelfde daden hier strafschuldig worden geacht, terwijl zij elders door den regter onschuldig worden geoordeeld; — waar eindelijk de hoogste regter beslissingen geeft, volkomen in strijd met die van eene lagere regtbank, zonder dat er mogelijkheid bestaat de uitspraken van dien minderen regter aan een verbeterend beroep te onderwerpen.”

Maar de Kamer gaf aan dezen wensch geen gehoor. Wel verklaarde ook een ander lid, de Heer VAN ALPHEN, in de gevoelens, door den Heer LUZAC geuit, te deelen. Doch overigens trok geen enkel lid dezer hooge vergadering zich deze zaak aan. Alleen gaf de Heer FRETZ den raad, dat men de Afgescheidenen zou behandelen als . . . *krankzinnigen*, die men het best geneest door zachte behandeling. <sup>58)</sup>

Intusschen ging de Regeering nog gedurig voort met haar strenge maatregelen; zóó zelfs, dat destijds een onzer meest vermaarde staatslieden, FALCK, ten aanhoore van velen moet gezegd hebben: „Wanneer zoo iets in Nederland gebeurt, schaam ik mij Nederlander te zijn.” <sup>59)</sup> Te Leiden had de Regeering zelfs zóó'n kinderachtig denkbeeld van associaties, dat ze kinderen, die nog gedragen werden, als deelnemende personen meerekende. Toen er toch op zekeren keer 19 personen bij elkander waren, mocht een moeder, die haar kind op den arm had, niet naar binnen gaan, tenzij ze haar kind terugzond. <sup>60)</sup> Geen wonder, dat de edele LUZAC, een jaar na zijn eerste protest, bij gelegenheid der beraadslagingen over de zoogenaamde woelingswet, in de Tweede Kamer opnieuw tegen zulk een stelsel opkwam, en aandrang op afschaffing van de beruchte Napoleontische Strafwet. <sup>61)</sup> „Het moet toch algemeen verwonderen”, zeide hij, „dat juist dat Wetboek, hetwelk door de geleerden, die hetzelfde wetenschappelijk behandelen, door de regters, aan wie de toepassing op de schuldigen te beurt valt; hetwelk door den buitenlander niet alleen, maar ook door de Franschen zelven steeds voor het slechtste hunner codices werd uitgekreten; hetwelk na 1830 door de Fransche Kamers reeds weder is nagezien en verbeterd; het laatste van allen over Nederland zal heerschen; en dat eene bezadigde, orde- en vrijheidlievende natie onder strafwetten blijft zuchten, door de principes van eenen oprechten dwingeland bezielde.” Later maakte de heer LUZAC in zijn rede ook melding van de artikelen 291—294:

„Want, Ed. Mog. Heeren, — en hierbij tred ik het directe onderwerp der beraadslagingen van heden eenigszins meer nader op zijde, — willen wij de aanleidende oorzaak en de gelegenheid tot woelingen en rustversturende zamenscholingen doen ophouden, laten wij dan hoe eer hoe liever die bepalingen uit ons strafrecht verbannen, waarbij de ook rustige vereeniging van personen alleen door het getal strafbaar wordt, en krachtens welke men de godsdienstoefening van een deel onzer medelandgenooten bemoeijelijkt, stoort en bestraft. De handhaving dier ongelukkige bepalingen van artikel 291 en volgende van het Strafwetboek, voor mij onvereenigbaar met de regten, ons bij de Grondwet (in art. 190 en volgende) toegekend, geeft nu herhaaldelijk gelegenheid tot onlust, en lokt, op dien dag, wanneer alle werkzaamheden stilstaan en de menigte bijeen is, zamenscholingen uit, waarvan de eindelijke en treurige ontkenning ter rolle der correctionele teregtzittingen plaats heeft. Wij hebben dit onlangs in eene naburige stad, waar de massa der bevolking niet tot de meest goeode behoort, in eenen vrij ernstigen graad gezien: aldaar ging eene kleine vrome vereeniging, welke zich binnen een voor het oogmerk ongewoon gebouw, in eene der achterbuurten der stad, godsdienstig had bezig gehouden, rustig en stil uiteen, toen eene groote menigte volks deze lieden door de straten al scheldende en uitjouwende gevolgd is, en van het werpen met slijk, tot het gooijen en verwonden met flesschen en steenen is overgegaan. De beleedigden die, ik moet dit gelooven, eene predikatie over de lijdzaamheid met vrucht hadden aangehoord, verdroegen de schandelijkste verguizingen met een onbegrensd geduld, en vervolgden derzelve weg zonder eenige tegenweer te bieden: — doch juist de bedaardheid scheen den euvelmoed der onrustigen aan te moedigen; aanhitsingen en opruijingen voegden zich hierbij en ergerlijke tooneelen werden door een gelukkig toeval voorgekomen. — Doch — zal mij welligt hierop worden tegemoet gevoerd, — wat zal de weglating der geheele door u bedoelde wetsbepaling hieraan voor nut kunnen doen? Zal hierdoor het lage gemeen in gedrag verbeteren? Is het de fout der wet, dat het gepeupel eener stad rustige en bedaard voortgaande lieden woest en onbesuisd behandelt? Voorzeker neen! — doch het is de fout der wet, dat zij, tot hare handhaving, ten opzichte der bedoelde vereenigingen, politie maatregelen noodzakelijk maakt, op zoodanige dagen, uren en plaats, wanneer deze maatregelen meer dan anders moeten opgemerkt worden; meer dan gewoonlijk, nieuwsgierigen, en onder dezen onrustigen, bijeenbrengt. Het is de fout der wet, dat men ter harer handhaving, in het bedoelde geval, geregtsdienaars aan de deur van het gebouw geplaatst had, ten einde de binnengaande lieden te tellen, en het *veto* op den een en twintigsten te stellen. Het was natuurlijk, dat dit de aandacht der menigte trok, vooral toen, bij de belette intriede

van den een en twintigsten, eene luide woordenwisseling door eene aanhouding en wegvoering gevolgd werd. Wie zal ontkennen, dat de opgevolgde ergerlijke tooneelen zich naauw vasthielden aan de strenge handhaving eener wetsbepaling, welke zeker niet kan gezegd worden met de zeden en gewoonten van het vrije Nederland overeen te komen." <sup>62)</sup>

### VIII. *Van Appeltere contra Groen.*

Behalve op de brochure van Mr. FRETTS, had de Hoofdredacteur van het *Journal de la Haye* zich tegen GROEN ook beroepen op een anderen verdediger van de vervolging, n.l. Mr. ADRIAAN WILLEM VAN APPELTERE, wiens verweerschrift <sup>63)</sup> tegen GROEN's toetsing van de Regeeringsmaatregelen aan het staatsrecht, op 6 October 1837 bij den Koning was ingediend. <sup>64)</sup> Toch was het toen niet voor de eerste maal, dat deze rechtsgeleerde zijn pen tegen de Afscheidenen scherpte. Reeds in 1835 was hij voor het Hoog Gerechtshof te 's Gravenhage als openbare aanklager in de zaak van Ds. H. P. SCHOLTE opgetreden, met een daarna ook in druk verschenen pleitrede. <sup>65)</sup> Destijds echter was hij substituut van den Procureur-Generaal, thans referendaris bij het Departement van Justitie. Men kon dus nu veilig zeggen, dat in hem de Regeering zelve zich over haar daden verantwoordde. <sup>66)</sup> Maar des te treuriger was het daarom, dat Mr. VAN APPELTERE zijn partijdige voorstellingen en onwaardige aantijgingen, die vroeger nog geacht konden worden eenige verontschuldiging te vinden in zijn toenmalig ambt van aanklager, thans als officieel woordvoerder der Regeering durfde herhalen in een requisitoir van 154 bladzijden tegen den man, die de vermetelheid had gehad, de maatregelen der Regeering af te keuren.

En het dient erkend, VAN APPELTERE's apologie der Regeering was talentvol. Zijn aanvallen, hoe oppervlakkig en krachteloos ook, getuigden van veel overleg en scherpzinnigheid. Men behoeft het boekje slechts even in te zien, om zich te overtuigen, dat deze ambtenaar bij het Departement van Justitie behendig gebruik heeft gemaakt van de hulp en de voorlichting, bij het naburig Departement van Eeredienst en bij het Bestuur van het Hervormd Kerkgenootschap ontvangen; altemaal bronnen, die voor hem geopend, maar voor zijn tegenpartij gesloten waren. Wanneer echter een man als VAN APPELTERE, met zóóveel hulpmiddelen toegerust, niets méér afdoende wist te zeggen, dan zijn boekje

bevat, dan blijkt wel zonneklaar, dat hij een onverdedigbare zaak voorstond. Het geschrift bestond, na een korte voorrede en een inleiding tot lof van het Nederlandsche volk, uit vier afdeelingen. Eerst, een *algemeene beschouwing omtrent het Nederlandsche staatsregt en deszelfs beginselen*. Voorts een breede behandeling van de door GROEN opgegeven *oorzaken der Afscheiding*, zoowel met betrekking tot de handelwijze der Kerkbesturen als tot de maatregelen der Regeering. Daarna de verdediging van de *handelingen der Regering ten opzichte der Afscheidenen*. En eindelijk eenige *algemeene Bedenkingen omtrent het geschrift van den Heer Groen van Prinsterer en de beginselen daarin voorkomende*.

Uit de eerste en vierde Afdeeling blijkt al spoedig, dat de schrijver zich weinig moeite heeft gegeven om zich een juist denkbeeld te vormen van de door GROEN verdedigde beginselen van staatsrecht, gelijk hij die in zijn *Beschouwingen over Staats- en Volkenregt* en in zijn *Nederlandsche Gedachten* reeds ontwikkeld had. In plaats van deze geschriften te lezen, maakte VAN APPELTERE het zich gemakkelijk, door de gevoelens van GROEN uit willekeurige gevolgtrekkingen af te leiden.

De tweede Afdeeling, behelzende een nietigverklaring van de klachten over het verval der Kerk, en een verdediging van de Kerkelijke Besturen, geeft een uitbundige, hoogdravende lofrede te lezen op het gros der predikanten, terwijl de schrijver zich aanmatigt, „uit naam der Nederlandsche natie” te verzekeren, dat die predikanten, om hun overeenstemming en aanhankelijkheid aan de Kerkleer, bij het volk in hooge achting worden gehouden; een lofrede, waarbij de Gereformeerden in en buiten het Hervormd Kerkgenootschap, dus geacht worden niet tot de Nederlandsche natie te behooren. Overigens valt het moeilijk, den schrijver op dat terrein van de Kerkleer te volgen, aangezien zijn begrippen hemelsbreed van de onze verschillen.

In de derde Afdeeling verdedigt de schrijver de handelingen der Regeering, en wel voornamelijk het recht van oppervoogdijschap der Overheid over de Kerk. En zoo meent hij dan ten slotte op een overtuigende wijze te hebben betoogd, dat de beschuldiging, alsof de Regeering de Afscheidenen om des geloofs wille zou vervolgen, ten ænenmale ongerijmd en onrechtvaardig is; — dat de Regeering niets anders heeft begeerd, dan hetgeen, waarvan zij, volgens de Grondwet en haar plicht, niet mocht afzien; — dat zij al het mogelijke gedaan

heeft, om de toelating der Afgescheidenen te bevorderen en mogelijk te maken; — dat het alleen de onwil van dezen is, om aan billijke voorwaarden te voldoen, welke de werking van het Openbaar Gezag en van de Rechterlijke Macht hebben noodzakelijk gemaakt; — dat daarbij niets gebeurd is, dan hetgeen volgens de Wet kon en moest gebeuren; — dat het niet in de macht der Regeering stond, om de werking dezer Wetten te stremmen, en dat, al ware zulks het geval geweest, een gegronde vrees voor schromelijke ongeregelheden zulks zou hebben verboden.

Hiermede acht Mr. VAN APPELTERE dan ook vervallen te zijn alles wat in het geschrift van den Heer GROEN over dit onderwerp wordt voorgedragen. De zoogenaamde vervolging, eigenlijk de noodzakelijke werking der Wet, wordt daar verkeerdelijk *ondoelmatig* genoemd, want de Regeering heeft nooit het *doel* gehad, hetwelk men aan haar toeschrijft; zij is niet *onwettig*, want het is integendeel alleen uit kracht en uit hoofde van de Grondwet en het Strafrecht, dat er is gehandeld; zij is eindelijk niet *onstaatkundig*, want bij een andere handelwijze zou de rust en de veiligheid van den Staat in het dreigendste gevaar zijn gebracht. <sup>67)</sup>

GROEN VAN PRINSTERER, in zijn antwoord aan den Hoofdredacteur van het *Journal de la Haye* overgaande tot den door dezen, naast Mr. FRETZ, als tweeden getuige tegen hem opgeroepen Mr. VAN APPELTERE, voegt bij Mr. BOX' lof voor het boek den zijnen, maar onder voorbehoud. GROEN toch verklaart, <sup>68)</sup> het niet eens te kunnen zijn met Mr. VAN APPELTERE — noch, wanneer deze beweert, dat geen bederf in de Kerk of de leer ooit zelfs het geringste deel had aan het ontstaan der oneenigheden tusschen de leden der Protestantische Kerken; <sup>69)</sup> — noch, wanneer hij de Dordtsche Synode karakteriseert als de zege van de aanhangers van CALVIJN over die van ZWINGLI; <sup>70)</sup> — noch, wanneer hij een opvoedingssysteem schijnt goed te keuren, waarbij men op de scholen den Bijbel niet toelaten of het christelijk dogma niet verdragen kan; <sup>71)</sup> — noch, wanneer hij, om de hedendaagsche Predikanten te rechtvaardigen, en zich overgeevende aan een door verontwaardiging en aandoening bezielde welsprekendheid, door overdreven lofspraak een satyre schrijft; <sup>72)</sup> — noch, wanneer hij, om de opperheerschappij der Kerk over den Staat vast te stellen, zich baseert op de Nederlandsche Geloofsbelijdenis, die, in tegenstelling met de moderne constituties, een gereformeerde Overheid en een Christelijken Staat onderstelt; <sup>73)</sup>

— noch, wanneer hij, uitgaande hetzij van een onjuiste redeneering \*), hetzij van vertrouwelijke mededeelingen ten aanzien van de Grondwet en hare beweegredenen, iedere nieuwe gezindheid onderwerpt aan de censuur van de Regeering en aan een onderzoek, dat maanden en jaren kan duren; 74) — noch, wanneer hij deze grondstelling toepast op een gezindheid, die men erkent christelijk te zijn; 75) — noch, wanneer hij de toepassing van inlegering bij den tegenwoordigen toestand des lands een regeeringsmaatregel schijnt te vinden, die geheel wettig en natuurlijk is; 76) — noch, wanneer hij, onbedacht, alsof hij niet op GROEN's voorbehoud had gerekend, spreekt van oproer en opstand; 77); — noch, wanneer hij, uit een gehechtheid aan de onveranderlijke en eeuwige beginselen, de gevolgtrekking maakt, dat men terug wil gaan tot het eerste het beste van hun verouderde omwindselen; 78) — noch, wanneer hij, een afzonderlijke afdeeling wijdende aan de uiteenzetting van de onberekenbare gevolgen, welke, volgens hem, de verwezenlijking van GROEN's politieke beginselen zou hebben, dezen zoo maar het verlangen toeschrijft om te zien vernietigen de vrijheden, waarvan men wel wenschen zou, dat ons land den waarborg bezat, en niet, zooals onderscheidene tot revolutie gebrachte landen van Europa, alleen den naam en de vormen. 79) — Eerlijk gezegd, verklaart GROEN dan ook niet te weten op welk punt hij het met Mr. VAN APPELTERE eens zou zijn. En als hij dan toch, ondanks alles wat hen van elkaar scheidt, diens werk voortreffelijk noemt, dan is dat, ten opzichte van diens bekwaamheid en scherpzinnigheid; dan is dat, omdat de stijl hem onopgesmukt en vlot voorkomt; dan is dat, omdat hij er, over 't algemeen, heel weinig persoonlijke aanvallen in aantreft en veel zelfbeheersching in de voorrede; dan is dat, in één woord, omdat de verdediging GROEN zóó goed schijnt als de aard der zaak het slechts even gedooft. 80)

De hoofdredacteur van het *Journal de la Haye* had zijn aanklacht besloten met de vraag: „Zouden we na dit alles nog behoeven te verontschuldigen wat men gaarne de *geloofsvervolging* in Holland noemt?” En daarop antwoordde GROEN:

„Ja, want al wat ge gezegd hebt, raakt de eigenlijke kwestie niet. Indien er onder de Afgescheidenen zijn (wat niet waarschijnlijk is)

---

\*) „Tegen *weren* staat het *toelaten* ontegenzeggelijk en onmiskenbaar over”. Indien men, juist, gezegd had „tegen *weren* staat *niet weren* over”, men zou tot geheel andere uitkomsten gekomen zijn.



die den Staat willen omverwerpen, geef hun wat recht is; gij zult ze, met des te meer klem het overige kunnen weigeren. Vóór alles gaat het over de inkwartieringen. Weiger hun de vrijheid van eeredienst; vorder van hen een toelating, een onderzoek; jaag hun vergaderingen uiteen, pas het Code Pénal toe. Dat alles komt ons treurig en erbarmelijk voor, ongetwijfeld! Maar vóór alles is het de *inkwartiering* waarover men klaagt. — Gij weet dat Mr. THORBECKE, dien ik over dit onderwerp heb durven interpelleeren, aan het einde van zijn zesde artikel, tot ons gezegd heeft, dat inlegering beteekent: de voortdurende preventieve macht in de huizen der burgers, die geneigd zijn de wettige orde te verbreken. Zeldzame omschrijving; maar schijnt ze u iets bij uitstek geruststellends te bieden? — Mr. VAN APPELTRE vindt een verontschuldiging van dezen maatregel in de noodzakelijkheden van het gebruik van expeditionnaire troepen. Hij hangt daarvan een zeer levendig tafereel op. Men zou dan niet de gewone regelen van inkwartiering kunnen toepassen. In zoodanig geval is de Kommandant van den troep belast met een zeker discretionair gezag; hij kan zijn manschappen onder dak brengen, waar het hem goeddunkt; de stellingen en de bewegingen van den vijand bepalen dit. Ik heb u begrepen. 't Is het *silent leges inter arma* \*); 't is een soort algemeene staat van beleg; een kruistocht in het algemeen belang. Maar tegen wie? Tegen lieden die een lijdelijken tegenstand bieden, die zich vereenigen tot bijbellezing en gebed. — Het zijn revolutionairen zegt ge, oproermakers; lieden die niets te verliezen hebben, gereed om kerkgebouwen te bestormen, om zich meester te maken van de kerkelijke goederen. Inderdaad? Laat ons aannemen dat het waar is. Hoe groot is hun getal? Volgens uw berekeningen in verhouding tot de geheele bevolking als 1 tot 500; zes duizend, grijsaards, vrouwen en kinderen daaronder begrepen; zes duizend over het geheele land verspreid. Het moet dus, om uw vrees te rechtvaardigen wel een ras van reuzen als Enceladus en Briarëus zijn." 81)

### IX. *Le Roy en Van Hall.*

Nòg werd GROEN's apologie van de Afgescheidenen bestreden door iemand, die zich een vriend van waarheid en liefde noemde. 82) Maar tegen de heeren FRETZ, VAN APPELTRE en dezen ongenoemde richtte zich nu Ds. J. J. LE ROY, Ned. Herv. predikant van Oude Tonge, de geleerde Kantiaan, maar die al eerder Christen dan Kantiaan was geweest. In zijn *Vrijmoedig Woord* 83) trachtte hij voornamelijk aan te toonen, dat de grondstellingen, waarop de heeren FRETZ en VAN

\*) In oorlogstijd zwijgen de wetten.

APPELTERE hun redeneeringen gebouwd hadden, in strijd waren met het gezond verstand. En terecht schreef hij:

„Wat men ook ter vergoelijking, ja zelfs tot het stellen in een gunstig daglicht van al de besluiten en maatregelen, die op de Afscheiding gevolgd zijn, zeggen moge; hij, die zich met woorden niet laat tevreden stellen, ziet te klaar, dat geen ander doel heeft plaats gegrepen, dan de Afscheiding met geweld te bedwingen, de Afgescheidenen in den schoot der Kerk terug te drijven, en de tot hiertoe de Kerk beheerschende partij in hare heerschappij te bevestigen; en dat er wezentlijke vervolgingen om eene Godsdienstige denkwijze, en een ware conscientiedwang heeft plaats gegrepen, welke de orde en rust in den Staat geenszins vorderden, maar welke dezelve integendeel in het grootste gevaar bragten: weshalve het dus ook tot heil des Vaderlands te wenschen is, dat de zoo ernstige en tevens bescheidene waarschuwingen, in het schoone geschrift van den Heer GROEN VAN PRINSTERER voorkomende, door het hooge Bestuur, zoo- wel als door allen die de waarheid en billijkheid onpartijdig liefhebben, mogen worden ter harte genomen en gevolgd.”<sup>84)</sup>

Tegen het geschrift van Mr. VAN APPELTERE was voorts gericht een opstel in *De Reformatie*,<sup>85)</sup> blijkbaar van de hand van Mr. A. M. C. VAN HALL, die de gemeenschap met het Nederlandsch Hervormd Kerkgenootschap afgebroken, en zich bij de kleine gemeente der Afgescheidenen in Den Haag aangesloten had, waar wegens het openstellen van zijn huis voor „ongeoorloofde” bijeenkomsten, een politiepost voor zijn deur werd geplaatst, om te zien, wie er uit- en inging.<sup>86)</sup> Hij schreef zijn verhandeling in de hoop, dat hogere ambtenaren, ja dat de Koning zelf, deze zelfverdediging lezende, tot de overtuiging zoude komen, dat zij tot op dit oogenblik (ook door den Referendaris bij het Departement van Justitie) *verkeerdelijk waren ingelicht*.

„De openbare meening”, zoo lezen we, „acht ligtelijk datgene misdadig, wat door 's Lands regering als strafbaar vervolgd wordt; en terwijl onze geëerbiedigde Koning, door zulke raadslieden, als de Heer VAN APPELTERE voorgelicht, ons het gebruik der Sacramenten doet verbieden, verspreidt zich tevens onder de menigte een gerucht, dat wij, als moedwillige verachters der Sacramenten, die hebben afgeschaff. Want boeten niet alleen, maar militaire inlegeringen, belletten ons de openbare gebruikmaking van Christus' avondmaal: *bij nacht*, of althans in *diep geheim*, moeten wij op de meeste plaatsen daarvan gebruik maken; en daarom heeft de lasterzucht in hogere en lagere kringen zulk een ruim spel, om ons van allerlei dweeperijen te beschuldigen.”

Op de vraag, of de daden der afgescheidenen inderdaad zoo zijn geweest, dat de vervolging noodzakelijk was, en of die vervolging al dan niet het tegengaan der Scheiding ten doel had, antwoordde VAN HALL, dat er enkele gemeenten in ons vaderland waren, onder het ressort van de rechtbank van Amsterdam gelegen, waar tot op dit oogenblik geen boete was betaald, niet omdat het ontbrak aan aanklachten en processen-verbaal, maar omdat die rechtbank, in appèl rechtsprekende, sedert meer dan twee jaren standvastig had verklaard, dat in de godsdienstige vereeniging der afgescheidenen, *noch wanbedrijf, noch overtreding gelegen was*. Op enkele van die plaatsen had de burgemeester ook geen militairen te hulp geroepen, zoodat men zou kunnen zeggen, dat de godsdienst daar vrij was. Op die plaatsen had nu sedert twee jaren de volmaaktste rust geheerscht. De Hervormde Kerk bleef daar onaangerand, terwijl in een naburig huis de gescheidene Gereformeerden God volgens hun geweten dienden. VAN HALL haalde dit aan als een krachtig bewijs, dat noch boeten, noch militaire macht noodzakelijk waren, om rustige burgers in rust te houden; een bewijs van het hersenschimmige der beschuldiging van wangevoelens en gevaarlijke bedoelingen, die men den afgescheidenen toedichtte.

Op welke wijze men echter elders den gewetensdrang ten uitvoer legde, bewees VAN HALL uit een reeks van onloochenbare feiten. *Als een lesje tot straf* werden immers militairen bij de gescheidenen ingelegerd, zooals door sommige burgemeesters uitdrukkelijk verklaard was. O. a. had de burgemeester van Herwijnen, BOELLAARD, aan de gescheidenen schriftelijk verklaard, op den 3den Januari 1836, „dat hij, *om de rustige ingezetenen niet te plagen*, de dragonders naar goedvinden onder de *afscheiders* zou verdeelen”.

Dat die inlegeringen werkelijk als een straf te beschouwen waren, bleek volgens VAN HALL ook daaruit, dat *maanden en jarenlang* geen schadeloosstelling daarvoor was uitbetaald. Zoo had de betaling der inkwartieringsgelden te Hattum en te Wezepe, gemeente Oldebroek, waar vanaf 1835 troepen gelegen hadden, nog altijd niet plaats gehad. Ze werd door den Burgemeester eenvoudig geweigerd. Toen *De Reformatie* daarover geklaagd had,<sup>87)</sup> verklaarde de redacteur van het *Journal de la Haye*, dd. 20 en 21 November 1837, dat hij de quitanties met eigen oogen had gezien. *De Reformatie* antwoordde,<sup>88)</sup> dat er geen echte quitanties konden bestaan, en noemde de namen van twintig

ingezetenen te Hattem en Wezepe, die geen uitbetaling hadden ontvangen. Ds. BRUMMELKAMP, predikant bij de afgescheiden gemeente te Hattem, schreef toen aan het *Journal*, dat hij in de laatst verlopen maanden November en Februari herhaaldelijk gedwongen was geworden *tien soldaten tien dagen lang* te huisvesten; maar dat hem en anderen hoegenaamd geen schadeloosstelling betaald was, ofschoon men niet opgehouden had deswege te reclameeren zoowel bij den burgemeester van Hattem als bij de Staten-Generaal. De redacteur antwoordde: „Wij hebben de quitanties, geteekend door den Burgemeester van Hattem, gezien, waaruit onweerlegbaar blijkt, dat het gouvernement niet geweigerd heeft de schadevergoeding aan de gemeenten uit te keeren”. Het uitstel van betaling was dus boos opzet van den Burgemeester geweest. <sup>89)</sup>

In het opstel van Mr. VAN HALL verdient voorts nog onze aandacht wat daar gezegd wordt over de bewering van Mr. VAN APPELTERE, dat te Ulrum en Genderen gewelddadige aanslagen op de kerken beproefd zouden zijn. Mr. VAN HALL geeft toe, dat de gemeente te Ulrum onmiddellijk na de Scheiding aldaar, in de veronderstelling dat het kerkgebouw het eigendom der gemeente was, in dat gebouw haar godsdienstoefening dacht te houden; doch toen de rechterlijke macht het pleit beslist had, heeft er nooit eenige schijn bestaan, dat men de minste poging daartoe wilde aanwenden. Te Genderen is er nooit de minste zweem geweest van iets dergelijks; toen de Burgemeester van Eethen, waarmee Genderen burgerlijk gecombineerd is, aan den kerkeraad verklaard had, dat hij het kerkgebouw in bezit zou nemen, is de gemeente dadelijk vergaderd in een schuur. Met betrekking tot de kerkegoederen heeft de kerkeraad aldaar dadelijk verklaard, dat zij zich in dezen refererde aan het oordeel van de rechtbank. Mag nu de heer VAN APPELTERE klagen over gewelddadige aanvallen op kerkgebouwen en goederen? Integendeel, zegt VAN HALL, hij had moeten klagen, hoe het in Nederland mogelijk is, dat iemand, in naam des Konings voor de rechtbank gedaagd, om zich te verantwoorden wegens godsdienstoefening, in het gezicht van politiebeambten bijna vermoord kan worden door het grauw, gelijk dit plaats had te Utrecht in het laatst van 1836, waar Ds. SCHOLTE, door de bijzondere beschikking des Heeren alléén, het gevaar ontkomen is om, gaande van de rechtbank naar het logement, doodgeslagen te worden door een woedende menigte. Mr. VAN APPELTERE, zoo gaat VAN HALL voort, had zich moeten be-

klagen, hoe het mogelijk is in Nederland, dat een commissaris van politie in naam des Konings een paar Leeraars der Afscheidenen kon dwingen om een woning te verlaten, en zich prijs te geven aan steening door het saamgeschoolde gemeen, gelijk dit plaats had te Leeuwarden met de predikanten VAN RAALTE en VAN VELZEN, terwijl de door het grauw ingeworpen glasruiten, met planken bespijkerd, in de woning van den laatstgenoemde buiten Leeuwarden, aan iederen voorbijganger luide predikten, welke bescherming de afgescheiden Gereformeerden erlangden. „Wij verafschuwen”, schrijft VAN HALL, „elke daad van geweld, van welke zijde ook gepleegd, doch als wij al de teisteringen en gewelddadigheden, tegen de afgescheidenen gepleegd, optelden, dan zou ieder onpartijdige zich verwonderen over het taai geduld der afgescheidenen in het verdragen van smaad, hoon en vervolging.”<sup>90)</sup>

#### X. *Groen verdedigd door Van der Kemp.*

De krachtigste verdediging van GROEN's geschrift tegen de aanvallen van den Referendaris bij het Departement van Justitie bood de Haagsche rechtsgeleerde, Mr. C. M. VAN DER KEMP, die reeds vroeger voor de eer der Dordtsche Synode was opgekomen. Thans toonde hij in een tweedeelig werkje<sup>91)</sup> met klemmende argumenten aan, onder welke ijdele declamaties VAN APPELTERE het getuigenis der sprekendste feiten getracht had te ontzenuwen, om aan de billijkste en teederste bezwaren den blaam van onbedachtzaamheid en onrechtmatigheid aan te wrijven. Den tegenschrijver van GROEN op den voet volgende, getuigde hij hier tegen de ontrouw, die in de Nederlandsch Hervormde Kerk de overhand verkreeg; tegen de aanmatigheden eener Synode, evenzeer in oorsprong als in handelwijze te laken; en tegen de maatregelen der Regeering tot stuiting eener afscheiding, die door de kwalen der Hervormde Kerk werd te weeg gebracht.

Aan zijn grieven tegen de Synode ontleenen we deze bladzijde:

„Omtrent de beschuldiging van den Heer GROEN VAN PRINSTERER, dat de Synode het wereldlijk Gezag tegen de Afscheidenen heeft te hulp geroepen, bewaart de Heer VAN APPELTERE het allerdiepste stilzwijgen. Trouwens, het te laste gelegde feit, hetwelk waarachtig is, is tevens te ergerlijk dan dat het in gemoede door iemand, die maar het geringste gevoel van recht en billijkheid bezit, zou kunnen verdedigd worden. Het is eene daadzaak, dat de Synode, welke zich *de Algemeene Christelijke der Hervormde Kerk in het Koninkrijk der Nederlanden* gelieft te noemen, op een recht Antichristelijke wijze

den Minister van Justitie heeft doen verzoeken om eene krachtige aanschrijving uit te vaardigen aan de Officieren en Ambtenaren van Justitie, ten einde, ook zonder aangifte van eenige contraventie tegen de bestaande wetten, met allen ijver werkzaam te zijn ter handhaving der Napoleontische Art. 291 tot 294 van het bij ons nog vigerende Fransche Strafwetboek, voor zoo ver het houden van onwettige godsdienstige bijeenkomsten betreft... Het is dus voornamelijk aan de Synode toe te schrijven, dat godsdienstige bijeenkomsten correctioneel (hoe jammer voor haar, dat er geen criminele lijf- en halsstraffen tegen gesteld zijn!) gestraft worden. Is het Christelijk, vragen wij, dat menschen, die zich volgens hun onwederspreekbaar recht hebben afgescheiden van een Kerkgenootschap, waarover die Synode heerscht; dat menschen, die mitsdien buiten zijn en over wie de Synode niets meer te zeggen heeft, op het aandrijven dier Synode vervolgd worden in hunne godsdienstige bijeenkomsten, die van die des Kerkgenootschaps zijn afgezonderd? Wat heeft de Synode meer dan de Paus of het Joodsche Kerkbestuur met de godsdienstige bijeenkomsten der Afgescheidenen te maken? En zou men niet luide schreeuwen van onrecht, indien Paus of Jood een dergelijk verzoek aan de Regering tegen de afgescheidene Gereformeerden gedaan hadden? Is het Christelijk, vragen wij, dat de Synode, die nog nimmer geijverd heeft tegen de ongodsdienstige bijeenkomsten van de leden van haar eigen Kerkgenootschap, zich zoo ijverig betoont tegen de godsdienstige bijeenkomsten der Afgescheidenen, alsof het ongerijmd ware te denken, dat Gereformeerden zich immer ter waarachtige Godsdienstoefening buiten het Kerkgenootschap vereenigen konden? Is het Christelijk, vragen wij, dat eene zich noemende Christelijke Synode de macht eener volgens den aard der Grondwet onchristelijke Regering te hulp roept om Christelijk-Godsdienstige bijeenkomsten te verstoren en te straffen, zelfs ook zonder het bestaan van eenige overtreding? Een ontkennend antwoord ter afkeuring eener handelwijze, waarbij, zooals de Heer GROEN VAN PRINSTERER te recht aanmerkt, de Afgescheidenen als weggelopen lijfeigenen bejegend worden, zal wel bij een ieder, die nog eenig Christelijk gevoel in den boezem omdraagt, niet twijfelachtig zijn." 92).

In dit verband wees GROEN ook op de ministerieele aanschrijving van 27 November 1834, waarbij de afgescheidenen vermaand werden „om terug te keeren tot de *gehoorzaamheid* aan het Kerkbestuur, door Z. M. erkend". 93)

Tegen VAN APPELTERE's bewering, dat de afgescheidenen zich door geweld en in weerwil van het Kerkelijk en Wereldlijk Gezag hebben willen vestigen en zich in het bezit stellen der Kerken en Kerkelijke goederen, brengt VAN DER KEMP het volgende in:

„Wij willen hier niet treden in de moeilijke rechtsvraag over den eigendom der kerkelijke goederen, wanneer genoegzaam eene geheele Gemeente zich afscheidt, zoo als te Ulrum en Genderen heeft plaats gehad. Oppervlakkig de zaak beschouwd, zouden wij van oordeel wezen, dat, daar de kerkelijke goederen eigendommen zijn plaatselijke Gemeenten, mitsdien de veranderde Gezindheid dier Gemeenten haar het recht van eigendom niet ontnemen kan. In dit gevoelen nu, hetwelk in allen gevalle niet zoo ongerijmd is, stonden die afgescheidene Gemeenten en hare Kerkeraden, en daar zij zich in het bezit dier kerkelijke goederen bevonden, hebben zij niets anders gedaan, dan te zoeken zich *facto* te handhaven in dat bezit, hetwelk men hun *facto* ontnemen wilde. Wij willen geenszins goedkeuren al wat er te dien opzichte te Ulrum heeft plaats gehad; maar het door ons hier opgemerkte zal bij den billijken beoordeelaar veel redenen van versooning opleveren: terwijl wij tevens moeten doen opmerken, dat er te Genderen geen geweld hoegenaamd heeft plaats gehad, maar men voor den sterken arm der Overheid geweken is.”<sup>94</sup>)

Vervolgens komende tot de maatregelen, die ter wering van de godsdienstoefeningen der Afsgecheidenen in het werk gesteld zijn, rangschikt VAN DER KEMP die onder twee hoofdstukken; n.l. de toepassing van art. 291 en vlgg. van het Strafwetboek, en de militaire inlegeringen.

Over de toepasselijkheid van genoemde artikelen wil hij thans niet spreken, maar met GROEN VAN PRINSTERER vraakt hij hun toepassing op de Afsgecheidenen.

„Omtrent zoo vele, ook schadelijke, ook onzedelijke vereenigingen zijn zij nooit ingeroepen: de meeste rechters betuigen ze met weerzin toe te passen: zij zijn een waarborg tegen slaven voor een tyran, maar niet waardig overgenomen te worden, waar tusschen Vorst en onderdanen, meer wellicht dan in eenig rijk der aarde, wederzijdsche gehechtheid bestaat: door ze op Godsdienstige vereenigingen van toepassing te maken, zijn zij in strijd met de zoo milde en vrijzinnige meening der Grondwet, in strijd met de verklaring des Konings aan de dubbele Vergadering der Staten-Generaal in 1815 gedaan, dat de gewetensvrijheid in den volsten zin gewaarborgd was. En nu, van het Bestuur hangt het af, die artikelen, in zoo ver zij op Godsdienstoefening toepasselijk zijn, in het vervolg slapende te houden: van den Wetgever hangt het af, de wettelijke vernietiging te bewerken. Geen van beide intusschen heeft plaats; maar onder de regeering van het Huis van Oranje worden op Godsdienstige vereenigingen van Gereformeerde Christenen, die zich wegens gemoedelijk en zeker niet gants ongegrond bezwaar van het Hervormde Kerkgenootschap hebben afgescheidenen, bij voortdoring strafbepalingen

toegepast, welke door Napoleon tot een waarborg voor zijn despotiek bestuur uitgedacht waren." 95)

En nu de inlegeringen. VAN APPELTERE vindt er niets buitengewoons, niets tegen de wet in. Volgens hem is het niet de Regeering, welke uit zich zelve de militaire macht overal heen zendt, om de vergaderingen der Afscheidenen te verstrooien en te doen uiteengaan; maar het zijn de burgerlijke Overheden, ter wier requisitie de militaire macht zich vertoond heeft om hun gezag, waar het te kort schoot, te ondersteunen; en deze Overheden, wanneer zij in den kring hunner ambtsbetrekkingen niet bij machte zijn om gehoorzaamheid aan de wet te verzekeren, hebben het recht om den sterken arm tot hulp in te roepen; dat recht staat almede in de wetten geschreven, en het Gouvernement *mag* niet weigeren aan die inroeping gehoor te verleen, indien het zijn eerste plichten niet miskennen wil. Aldus de Referendaris bij het Departement van Justitie. Tegenover deze redeneering nu stelt Mr. VAN DER KEMP, dat hij gaarne wenschen zou de wetten te kennen, welke het aan de Regeering ten plicht stellen, om aan de eischen der burgerlijke Overheden tot het gebruik der militaire macht te voldoen. De Grondwet toch verleent bij art. 59 uitsluitend aan den Koning het oppergezag over de legers: en indien hem dan soms dat oppergezag in sommige gevallen niet toekomt; indien hij *verplicht* is het in die gevallen aan de burgerlijke Overheden af te staan, dan moet het zijn volgens vroegere Fransche wetten, die nog kracht hebben door het tweede der additioneele artikelen der Grondwet. Maar waar is nu die Fransche wet, welke dien *plicht* aan het Gouvernement voorschrijft? VAN DER KEMP heeft er tevergeefs naar gezocht. Opmerkelijk is het voorts, dat ook de Schrijver in het *Journal de la Haye* 1837, no 233, die men weet dat een Hoogleeraar in de Rechtsgeleerdheid aan de Leidsche Hoogeschool is (THORBECKE) erkent niet te weten, dat er een wet of ander positief recht is, waarop de maatregel van inlegering gegrond is. Evenwel, zoo er geen wet bestaat, verlangt hij er een, om dien maatregel aan bepaalde voorwaarden en vaste regelen te onderwerpen. Een verlangen, waaruit volgens VAN DER KEMP zonneklaar blijkt, dat liberalisme en despotisme hand aan hand gaan. 96)

De beschuldigingen van den Heer GROEN VAN PRINSTERER omtrent de wijze, waarop de inlegeringen plaats hebben, kan men tot drie hoofdpunten brengen: 1. weigering van schadeloosstelling voor huisvesting; 2. inlegering uitsluitend bij de Afscheidenen; 3. in-



legering ook daar, waar zij door den rechter worden vrijgesproken.

Wat nu het eerste punt betreft, gaarne geeft Mr. VAN DER KEMP aan Mr. VAN APPELTERE toe, dat een groot gedeelte der redeneeringen van Mr. GROEN VAN PRINSTERER berust op het begrip, dat voor de huisvesting der militairen geen schadeloosstelling door het Rijk verstrekt wordt, zoodat zij mitsdien vervallen door het sinds geleverde bewijs, dat de betalingen voor huisvesting wel degelijk door het Rijk gedaan worden. Maar, zoo vraagt de schrijver, wanneer zijn die betalingen van 's Rijks wege geschied? Is zulks niet eerst gebeurd na de moedige taal door den Heer GROEN gesproken? Zeker is het, dat de reclames om schadeloosstelling langen tijd onbeantwoord zijn gebleven, en dat verscheidene Burgemeesters stellig verklaard hebben, dat men geen betalingen te wachten had, gelijk zij dan ook nog lang na het schrijven van den Heer VAN APPELTERE, niet overal gedaan zijn. Hoe het zij, zoo concludeert VAN DER KEMP, de beschuldiging ten deze moge *alsnu* vervallen zijn; het bewijst niet, dat, toen de Heer GROEN begon te spreken, zij van allen grond ontbloot was.

Wat het tweede punt, het huisvesten der militairen alleen bij de Afgescheidenen aangaat, zoo meent VAN APPELTERE, dat juist de keuze van het woord *inlegering*, door GROEN gebezigd, het bewijs levert, dat het aangehaalde artikel 212 der Grondwet, alsook de geciteerde artikelen uit de militaire reglementen, welke alle van *inkwartiering*, niet van *inlegering* spreken, hier niet van toepassing zijn. Wanneer GROEN echter het woord *inlegering* bezigt, dan doet hij dit, omdat de zaak alzoo door het Gouvernement beschouwd en behandeld wordt. En als hij er de bepalingen nopens *inkwartiering* op wil hebben toegepast, dan wil hij, dat de zaak slechts uit dit oogpunt mocht beschouwd en behandeld worden. Volledig geeft VAN DER KEMP aan VAN APPELTERE toe, dat er tusschen inkwartiering van marcheerende troepen, en inlegering van expeditionaire troepen een groot onderscheid bestaat, en dat in het laatste geval het hoofd van den troep met een zeker discretionair gezag ten aanzien der huisvesting bekleed is, ten einde het doel zijner zending te kunnen bereiken. Maar geenszins geeft de schrijver toe, dat dit discretionair gezag zich tot loutere willekeur, tot kwelling der ingezetenen mag uitstrekken, en dat niet altijd zooveel mogelijk de gewone regelen van inkwartiering zouden behooren gevolgd te worden. Hij wil hier niet meer vragen naar het recht, om Godsdienstige vereenigingen, ofschoon ontbonden, gewelddadig uiteen

te drijven; hij wil geen onderzoek doen, of het daartoe noodig was militairen uit te zenden: dit zij eens zoo! maar wel vraagt hij, of het daartoe noodzakelijk is alleen de Afgescheidenen met deze huisvesting te kwellen. Is het doel der expeditie geen ander (en zeker, een ander zou het niet mogen zijn) dan om hunne vereenigingen uiteen te drijven; mag men dan door het middel dier inlegeringen hen van hunne persoonlijke en huiselijke vrijheden berooven, en hen behandelen als kwaaddoeners, die persoonlijk bewaakt en als gevangenen moeten bejegend worden? Kon dat doel niet bereikt worden door middel van eene bij al de ingezetenen gelijke inkwartiering, het stellen van een sterke macht in het Gemeentehuis of ander openbaar gebouw, en het uitzetten van noodige wachtposten? Moeten daartoe de huisgezinnen der Afgescheidenen worden prijsgegeven aan een ruwen soldatentroep, met wier huisvesting zij belast worden om aan hunne beledigingen en ongehoorde kwellingen te zijn blootgesteld. De Heer VAN APPELTERE moge de hooge Regeering verschoonen door te zeggen, dat er geenerlei *bevelen* zijn uitgevaardigd, om de afgezondene troepen bij de Afgescheidenen te huisvesten, en zich vervolgens beroepen op de onmogelijkheid om te beoordeelen, of de plaatselijke Besturen hierbij met de noodige omzichtigheid zijn te werk gegaan: Mr. VAN DER KEMP antwoordt met de vraag, of hij wel in gemoede zou durven verzekeren, dat er van hooger hand geen *wenken* daartoe zijn gegeven, of althans dat er tegenbevelen zijn uitgevaardigd, toen de hooge Regeering kennis droeg van de schandelijke bejegeningen, den Afgescheidenen door het middel der inlegeringen van wege de plaatselijke Besturen aangedaan. De *vraag* van GROEN maakt VAN DER KEMP dan ook tot zijn stellig *oordeel*: de maatregel der inlegering strekt niet ter rustbewaring, maar om, zoo mogelijk, de Afgescheidenen terug te brengen van hun opzet, door hun het ongenoegen te doen gevoelen van het Gouvernement.

In de laatste plaats berispt GROEN ten dezen het beklagenswaardig gebruik van krijgsmacht tegen de ingezetenen ook daar, waar de rechter aan de Afgescheidenen uitdrukkelijk vrijheid van Godsdienst-oefening toegekend heeft. Dit feit wordt door VAN APPELTERE niet ontkend, maar op een rechtskundigen grond verdedigd. Hij zegt, dat de ontbinding, bij art. 292 van het Strafwetboek voorgeschreven, behoort aan het administratief Gezag, hetwelk daartoe verplicht is, en dat het militair Gezag slechts ter ondersteuning van het burgerlijke in aan-

merking komt; maar dat het nu inderdaad het toppunt van ongerijmdheid zijn zou, van het hoog Bestuur, het centrum van het geheele administratief Gezag, te verlangen, dat hetzelfde op de eene plaats *wel*, op de andere *niet*, de bepalingen der wet als toepasselijk zal erkennen en doen uitvoeren en aan de ambtenaren in die uitvoering bescherming verleen, naar mate van de uitspraken der correctioneele rechtbanken: dan zou, vervolgt hij, het Rijk in zoo vele administratieve onderdeelen, als er correctioneele rechtbanken van appel bestaan, verdeeld zijn; dan zou het gemis van eenheid, hetwelk in het rechterlijke gevoeld wordt, ook op het administratieve worden voortgeplant. — Ofschoon het nu VAN DER KEMP nog geenszins duidelijk is, dat de *ontbinding* (tenzij men daaronder ook de *uiteendrijving* verstaat) volgens de wet aan het administratief en niet aan het rechterlijk Gezag toekomt, wil hij evenwel daarover thans niet twisten. Het administratief Gezag hebbe dit recht van ontbinding! Maar hoe? Toch altijd ten gevolge eener rechterlijke uitspraak, die de onwettigheid der associatie verklaard heeft. De ontbinding mag immers nooit dan op onwettige associatiën worden toegepast; en de vraag over de wettigheid, die slechts naar het voorschrift van art. 291 kan beoordeeld worden, behoort uitsluitend bij den rechter. Het dunkt VAN DER KEMP ongerijmd dit te ontkennen. Daarenboven, bij de wet worden door het woord *bovendien* de ontbinding en de straf in onderling verband gebracht. Maar nu zal men toch niet willen beweren, dat de rechter gehouden is de straf uit te spreken, wanneer het administratief Gezag ontbonden heeft. — Eindelijk, de rechter, ofschoon onafhankelijk oordeelende, spreekt recht in naam en van wege den Koning. Het is dus, alsof de Koning zelf recht spreekt. Maar welk een vreeselijke tegenstrijdigheid is het, dat dezelfde Koning, die tevens het hoofd van het administratief Gezag is, als zoodanig, onwettig zal verklaren en ontbinden, eene associatie, welke hij als rechter wettig en onstrafbaar verklaart. Dit, zegt VAN DER KEMP, is inderdaad het toppunt van ongerijmdheid! En werpt men tegen, dat volgens dit gevoelen het Gouvernement zijn overtuiging zal behooren op te offeren aan het oordeel van den rechter, dan antwoordt de schrijver te willen, dat het Gouvernement eerbied hebbe voor de rechterlijke macht, en niet voor strafbaar houde wat door den rechter voor wettig en onstrafbaar verklaard is: daartoe is het Gouvernement volgens de Grondwet verplicht. Hieruit evenwel volgt geenszins, dat de overtuiging van het Gouvernement tevens zóó verre gebonden zou

zijn, om, waar de rechter veroordeelt, ook de ontbinding te moeten uitspreken. Beide deze gevallen acht VAN DER KEMP geenszins gelijk te staan. Er is, z. i. geen tegenstrijdigheid tusschen strafbaar verklaren en niet straffen, tusschen onwettig verklaren en niet ontbinden; zoodat dus in dit geval het administratief Gezag in zijn oordeel vrij blijft. Maar, zegt men, volgens dit stelsel zal het gemis van eenheid in het rechterlijke, op het administratieve worden overgebracht. Dit zij zoo, antwoordt de schrijver. Het is een noodwendig gevolg van een bestaand kwaad, en zeker minder nadeelig, dan wanneer het Gouvernement, zooals VAN APPELTERE wil, zich in openbare tegenspraak met den rechter stelt, en alzoo aan den burger rechten ontnemt of belet uit te oefenen, welke hem door den onafhankelijken rechter volgens de wet zijn toegekend. Rekent het Gouvernement het voor het land hoogst nadeelig, dat ééne enkele Rechtbank de wet anders verstaat dan al de overige; het doe dan de wet door den wetgever verduidelijken, en bevordere alzoo de verlangde eenheid in het rechterlijke, die dan tevens een wettige eenheid in het administratieve veroorzaken zal. <sup>97)</sup>

Met dit advies besluit Mr. VAN DER KEMP zijn beschouwing der vervolgingsmaatregelen, om daarna nog de zonderlinge redeneeringen te ontzenuwen, die de Hoogleraar ROYAARDS tegen GROEN's geschrift had aangevoerd. <sup>98)</sup>

### XI. *Beelaerts van Blokland en Boeles.*

Voorts verscheen ter weerlegging van GROEN nog een anoniem pamflet, <sup>99)</sup> eerst uitgekomen in de *Godgeleerde Bijdragen*. Uit het archief der Staatssecretarie blijkt evenwel, dat de schrijver was Jhr. Mr. C. F. BEELAERTS VAN BLOKLAND, raadsheer bij het Hoog Gerechtshof der Nederlanden, waarvan de Minister van Justitie, VAN MAANEN, eerste president was. <sup>100)</sup> Geheel in diens geest betreurt de schrijver het dan ook, dat GROEN VAN PRINSTERER „de alarmklok getrokken heeft, daar, waar geen brand, ja zelfs geen smeuling ontwaard werd, ten ware men die wilde opzoeken in de duistere schuilhoeken van nijd, afgunst, en dweepzieke onverdraagzaamheid.” <sup>101)</sup> De maatregelen tegen de Afgescheidenen, staatkundig of onstaatkundig, al dan niet op staatsrecht en wet gegrond, met den naam van *vervolging om der godsdienst wille* te bestempelen, is, volgens dezen schrijver, een *onrechtvaardigheid* jegens de Regeering. Zij is, zegt hij, in den volsten zin des woords *onwaarachtig*, en men moet het z. i. aan driftvervoering toeschrijven, wan-

neer zulk een qualificatie aan de pen van een eerlijk man ontvalt. <sup>102)</sup>

Eindelijk zag, naar aanleiding van GROEN's apologie, nog het licht een lijvige brochure van P. BOELES, <sup>103)</sup> belangrijk wegens de vele historische gegevens, die ze bevat, maar belachelijk om de verregaande naieiviteit, die er uit spreekt. Met betrekking tot de ministerieele vermaning aan de afgescheidenen om terug te keeren tot *gehoorzaamheid* aan het Kerkbestuur, lezen we hier b.v.: „Zoo zeer ik overtuigd ben, dat deze vermaning zeer gepast en met rijpen berade gegeven is, zoo zeer ben ik overtuigd, dat — wat nu reeds ieder onpartijdige doet — eens de geheele nakomelingschap regt zal doen wedervaren aan den wijzen Staatsman, die, aan het hoofd van het Departement voor de Zaken der Hervormde Kerk geplaatst, met zoo veel gematigdheid en standvastigheid zijne moeilijke betrekking vervult, tegenover eene misleide, verdoolde en beklagenswaardige schare, onder welke velen, meenende voor het zuiver Christendom te ijveren, niet zelden toonden den vreedzamen geest des Christendoms, den geest der orde en liefde, jammerlijk te miskennen.” <sup>104)</sup> Naief is ook deze verklaring van Ds BOELES: „Vraagt iemand naar mijn bijzonder gevoelen omtrent den tegenwoordigen toestand der Hervormde Kerk in ons Vaderland, dan verklaar ik het daarvoor te houden, dat dezelve, over het algemeen, gunstig is, en dat er misschien nimmer Evangelischer in dezelve gepredikt en geleerd werd, dan thans”. <sup>105)</sup> — Naief is voorts, dat deze schrijver, in dit boek van meer dan 300 bladzijden, een volkomen stilzwijgen bewaart over het verzoek der Synode tot vervolging der Afgescheidenen.

Tegenover de bewering van GROEN VAN PRINSTERER, dat van buiten 's lands, uit Frankrijk en Zwitserland, uit Engeland en Pruisen reeds nadrukkelijke getuigenissen van afkeuring waren gehoord, <sup>106)</sup> staat hij sceptisch. Hij betwijfelt n.l. of die afkeurende getuigenissen werkelijk door vreemdelingen gegeven zijn, en acht het niet onmogelijk, dat deze of gene ijveraar van hier, die getuigenissen in een buitenlandsch tijdschrift heeft weten geplaatst te krijgen. <sup>107)</sup>

Zoo de waard is, vertrouwt hij zijn gasten!

Maar hier blijkt wel, hoe weinig Ds. BOELES zich vooraf op de hoogte gesteld had van de zaak, waarover hij schreef. Want in *De Reformatie* en in de *Nederlandsche Stemmen* had hij deze buitenlandsche getuigenissen, met naam en toenaam onderteevend, kunnen zien opgenomen.

## XII. *Buitenlandsche Sympathie.*

In Pruisen betoonde de gereformeerde predikant HAASTERT te Wertherbruch zijn sympathie met de vervolgte afgescheidenen in Holland, door aan Ds. BRUMMELKAMP op Paschen 1836 zijn kansel af te staan. <sup>108)</sup> Toen hij zelf het volgend jaar als de ziel van een godsdienstig gezelschap aangeklaagd werd wegens het houden van verboden samenkomsten, hielden berichten dienaangaande uit Werth, onderteekend door J. K. STERNEBORCH, het contact met de lijdende broederschap hier te lande levendig. <sup>109)</sup>

Ook in Frankrijk begon de vrijheid van godsdienst, die door den inhoud der Constitutie voor altijd gewaarborgd scheen, destijds weer eenige stremming te ondervinden. Althans, op grond van art. 291 en 292 van het Strafwetboek waren de heeren DOYNE en LE MAIRE wegens het houden van godsdienstige bijeenkomsten veroordeeld. Maar dit vonnis werd in 1838 door het Koninklijk Hof van Orleans gecasseerd, en wel op grond van dezelfde overwegingen, die welsprekende verdedigers van de Afgescheidenen ten onzent als VAN HALL en GEFKEN voor de Nederlandsche Rechtbanken hadden aangevoerd. <sup>110)</sup>

Geen wonder dat de *Archives du Christianisme*, een godsdienstig tijdschrift onder redactie van FREDERIC MONOD, dat om de veertien dagen te Parijs uitkwam, de zaak der verdrukte geloovigen in Nederland met veel belangstelling gadesloeg, <sup>111)</sup> terwijl ook de Evangelische Maatschappij te Genève, in haar maandelijksche circulaires, de berichten uit *De Reformatie* omtrent de vervolgingen in Nederland overnam. <sup>112)</sup>

En zoo deelden dan de *Archives* op 17 Maart 1837 aan haar door geheel Europa verspreide lezers onder het opschrift: *Vervolging in Holland* ook de treurige bijzonderheden mede omtrent de maatregelen, die de rechtbanken en politie alhier in den laatsten tijd tegen de Afgescheidenen genomen hadden. <sup>113)</sup> O. m. las men daar: „Holland, dat zijn roem en voorspoed vooral te danken heeft daaraan, dat het de wegens het geloof vervolgte christenen liefderijk in zijn schoot opnam, levert thans een schouwspel op van woeste geloofsvervolgingen. Diep bedroevend is het dergelijke zaken te zien plaats grijpen onder de regeering van het Huis van Oranje-Nassau, dat zoo-vele diensten aan Evangelie en Godsdienstigheid bewezen heeft. Mochten de gebeden der Christenen zich verheffen tot Hem, die het hart der Koningen in Zijn hand heeft.” <sup>114)</sup>

In de beide kerken der Evangelische Maatschappij te Genève werd dan ook al sinds eenigen tijd voor de verdrukte Nederlandsche leeraars en gemeenten des Zondags krachtig gebeden. Ja, op 6 Februari 1837 was daar reeds in het kerkgebouw L'Oratoire een afzonderlijk biduur gehouden, na voorlezing van de berichten uit Nederland, die een diepen indruk op de aanwezigen maakten. <sup>115)</sup>

Ook schreef Ds. F. OLIVIER namens de afgevaardigden van een veertigtal gemeenten in Zwitserland, Frankrijk en Piémont, op 25 Mei 1837 te Lausanne vergaderd, een recht hartelijken troostbrief aan de vervolgde Gescheidenen in Nederland, met betuiging van broederlijke gemeenschap in hun lijden: „Velen onder ons hebben ook voor eenige jaren vervolging moeten lijden, omdat zij God wenschten te dienen naar de overtuiging hunner consciëntie; en wij kunnen daarom des te meer deel nemen aan de rampen, waaraan wij zelven niet vreemd zijn.” <sup>116)</sup>

Op de jaarlijksche algemeene Vergadering van de Evangelische Maatschappij te Genève sprak Ds. BURNIER van Rolle: „Het is waar, u ontbreekt nog één zaak, die door velen geacht wordt tot het eigenaardige kenmerk eener Christelijke Kerk te behooren, n.l. *de vervolging*. Gij geniet vrede; maar teistert de vervolging niet een gedeelte der Kerk, tot dusver beroemd wegens de godsdienstige vrijheid, die men er genoot, en welks Vorst tot nu toe er verre van af was om het Evangelische Christendom vijandig te zijn? Wij vormen als Kerk één lichaam; en dus worden wij allen vervolgd in de personen van onze Hollandsche broeders. Laat ons deelnemen in hun lijden en onze gebeden voor hen vermenigvuldigen”. <sup>117)</sup>

Ditzelfde onderwerp kwam nog nader ter sprake in een avondvergadering van ongeveer twee honderd personen, waar het voorstel werd gedaan om, uit overweging van de gebeurtenissen, die er in Holland plaats hadden, en van den alouden band van geloofsgemeenschap tusschen Zwitserland en dat gewest, aan de Nederlandsche Regeering een adres aan te bieden, waarin met eerbied, maar tevens met aandrang, vrijheid van godsdienstoefening voor de aldaar vervolgde Christenen verzocht zou worden. <sup>118)</sup> Dit voorstel werd in handen gesteld van twee leeraars in de nationale Kerk van het Waadland en een ouderling, lid van het Groote Consistorie, om daarover te rapporteren in de algemeene vergadering der christelijke genootschappen, die begin Augustus te Lausanne zou gehouden worden. Daar werd toen een

eerbiedig schrijven aan Z. M. onzen Koning toegezonden, voorzien van 173 handteekeningen van predikanten uit het Waadland. Met een beroep op Neêrlands verleden als een bakermat der conscientievrijheid en het toevluchtsoord der verdrukten, en tevens op de jaarboeken van het Huis van Oranje, verzochten zij Koning WILLEM I om vrijheid van godsdienstoefeningen voor de Afgescheidenen. Zij deden dit verzoek in de overweging, dat, volgens een beroemd gezegde, de macht der Koningen dáár eindigt, waar die van het geweten begint, en dat zij zelf, als dienaars van een nationale kerk in een land, waar de Afgescheidenen ook gedurende eenige jaren vervolgd en door de wet gestraft waren geworden, proefondervindelijk geleerd hadden, dat een met den Staat vereenigde Kerk door niets zoozeer prijsgegeven, verzwakt en beroerd wordt, als door dergelijke vervolgingen. <sup>119)</sup>

Tegelijkertijd richtten deze Zwitsersche predikanten een brief aan de leeraars der Nederlandsche Hervormde Kerk, hen opwekkende, hun invloed bij 's lands Regeering aan te wenden tot staking der vervolgingen en tot verkrijging van godsdienstvrijheid voor de vervolgdten. De brief werd met een begeleidend schrijven, door den deken der classis van Lausanne, VICTOR MELLET, aan de Synodale Commissie te 's Gravenhage gezonden. <sup>120)</sup>

En wat antwoordde daarop de Synodale Commissie? Haar secretaris, Ds. J. J. DERMOUT, schreef den 15den November 1837 een beleefd briefje, hierop neerkomende, dat de Commissie deze zaak zelfs niet overwegen kon, aangezien de buitenlandsche broeders blijkbaar verkeerd ingelicht waren. <sup>121)</sup> De redactie van de *Archives du Christianisme* toonde de strekking van dit antwoord zeer juist te gevoelen, toen ze daarop de volgende aanmerking maakte:

„Te midden van de uitdrukkingen van welvoegelijkheid, waarmede deze weigering omkleed is, ziet men uit dien brief den onwil der Synodale Commissie, om zelfs een punt van deliberatie te maken van een verzoek, door 173 leeraars eener kerk onderteekend, waaraan zij zich „door de eenigheid des geloofs en door oude en innige betrekkingen” verbonden noemt. — „Gij zijt verkeerd ingelicht, en gij zoudt beter gedaan hebben u stil te houden”, ziedaar in waarheid wat de Secretaris broederlijk en officieus gemachtigd is, zonder één woord van nadere inlichting, aan de onderteekenaars van den brief mee te deelen. De zaak was nochtans wel de moeite waard, al ware het slechts welstaanshalve. Nu zegt deze brief onder zeer beleefde



vormen in den grond anders niet dan: „al wat gij zegt is waar; daarom zou het ons vrij wat verlegenheid bespaard hebben, indien gij u met deze zaak niet bemoeid hadt.” De wenschen naar *liefde*, waarmee dit kenschetsende stuk eindigt, zouden ons meer toespreken, indien zij, uit wier naam ze gedaan worden, ophielden de vervolgingen *goed te keuren.*” <sup>122)</sup>

Ook het Zwitsersche Dagblad *le Narrateur Religieux* gaf zijn verwondering te kennen over den brief, door den Secretaris der Synodale Commissie aan de Leeraren van het Waadland gericht, en het vraagt:

„Waarin zijn wij niet goed onderricht? Welke zijn de omstandigheden, die men stilzwijgend voorbijgaat, en die ons zouden moeten beletten, om de vrijheid van geweten voor de gescheidene Christenen van de nationale Kerk te vragen? — Zou het zijn, dat er geene vervolging bestond? Maar was dit zoo geweest, dan zou mijnheer de Secretaris het ons zonder twijfel wel hebben doen weten; de gebeurtenissen, in onze tijdschriften bekend gemaakt, zijn uit een tijdschrift vertaald, dat zelfs in Amsterdam uitkomt. Nooit heeft het half officiële *Journal de la Haye* er eene van geloofchend; veeleer, in den strijd, waarin het zich gewikkeld heeft, heeft dit blad (dat in het fransch geschreven wordt) de vervolgingen erkend, en in het bijzonder de militaire inlegeringen bij de gescheidenen. — Zou het zijn, dat deze Christenen gevaarlijke leerstellingen voor de openbare zedelijkheid belijden? Maar zij willen immers geen andere geloofsbelijdenis dan die van de Gereformeerde Kerk van Nederland, terwijl het Gouvernement in een officiël stuk, waarvan ook het *Journal de la Haye* spreekt, verklaard heeft, dat hun leer niets gevaarlijks voor de maatschappij behelsde. — Zou het zijn, dat deze Christenen niet altijd binnen de palen van voorzichtigheid en Christelijke zachtmoedigheid gebleven zijn? Maar wij hebben immers in onzen brief gezegd, dat dit zijn kon, doch ons geenszins verhinderde te gelooven, dat zij recht hadden op de vrijheid van godsdienst. Men kan zonder twijfel begrijpen dat menschen, die hun haard door Huzaren en Dragonders overweldigd zien, somtijds de palen der voorzichtigheid overschrijden. — Waarom geeft ons dan de Synodale Commissie niet de „nauwkeurige en onpartijdige berichten”, welke zij zegt, dat wij noodig hebben. De christelijke wijsheid en de wijsheid van het hof hebben beide dit merkteeken, dat zij de vormen in acht nemen. Maar hierin verschillen zij dat, terwijl de wijsheid der wereld bij de vormen blijft, de christelijke wijsheid met de vormen ook de dingen geeft, die zij belooft.” <sup>123)</sup>

Het artikel in de *Archives* eindigde met den wensch, dat het verzoek der Zwitsersche leeraars in menige Hollandsche pastorie nog iets

goeds mocht uitwerken. <sup>124</sup>) Behalve Ds. J. J. LE ROY van Oude Tonge volhardden echter al de bijna 1500 predikanten der Nederlandsche Hervormde Kerk in hun stilzwijgen. En de persoon, van wien men alles verwachten mocht om de vervolging te doen ophouden, Z. M. Koning WILLEM I, hield zich, óók voor het Waadlandsche adres, als doof! <sup>125</sup>)

Waar de antipathie in Nederland zoo groot was, trof de sympathie der buitenlandsche geloovigen den Afgescheidenen hier te lande des te dieper. Toen zij den 20sten September 1837 tot een algemeenen dank- vast- en bededag hadden uitgeschreven, was op dien dag uit geen enkel kerkgebouw in Nederland door eenig predikant in gemeenschap met de vervolgden het gebed tot God voor hen opgezonden, terwijl niet alleen te Genève, maar ook te Parijs op dien dag door onderscheidene predikanten zoowel voor de vervolgers als voor de vervolgden gebeden was. <sup>126</sup>)

Het sympathieke schrijven van de Leeraars der Hervormde Nationale Kerk in Waadland werd voorts door de Provinciale Kerkvergadering van Gelderland, 7 Februari 1838 te Apeldoorn onder praesidium van Ds. BRUMMELKAMP gehouden, beantwoord met een hartelijke dankbetuiging, begeleid door een missive van den scriba, ouderling C. G. DE MOEN, die er de aandacht der buitenlandsche broeders op vestigde, dat de Synode die zich noemde de algemeene Christelijke der Hervormde Kerk, bij de Regeering de maatregelen tegen de Afgescheidenen zelve had uitgelokt. <sup>127</sup>)

Toen even later deze zelfde Provinciale Vergadering tegen den 24sten October opnieuw een dank- vast- en bededag uitschreef, werden natuurlijk ook de broeders ginds weer uitgenoodigd om, evenals ten vorigen jare, hun smeekingen met die van de vervolgde Gereformeerden hier te lande te vereenigen. Dat geschiedde dan ook in Waadland door de Evangelische Maatschappij te Lausanne, terwijl te Genève CÉSAR MALAN, na met onderscheidene leeraars voor de vervolgde broeders in Nederland gebeden te hebben, hun tevens een innig deelnemenden en opwekkenden brief schreef. <sup>128</sup>)

Nog kunnen we hieraan toevoegen, dat er zich niet alleen op het vasteland van Europa, maar ook in Groot-Brittannië een meeleven met de vervolgden openbaarde. Zoo waren reeds in het najaar van 1836 in het Engelsche dagblad *the Patriot* onder den titel: *Vervolging in Holland* een vijftal brieven over de Nederlandsche kerkelijke aangelegenheden verschenen. De slotsom was:

„Laat ons niet uitstellen om aan hen, die voor de zaak van Christus vervolgd worden, onze deelneming en onze gebeden toe te wijden; want velen zijn er, die zware boeten betalen; — velen die in hun kostwinning lijden; eenige zijn er in de gevangenis. — De tijd kan komen, waarin het onze plicht wordt, onze bijdragen te zenden tot hulp van de vervolgte Christenen van Holland. Indien deze staat van zaken voortduurt, moet de zedelijke invloed der Christenen werkzaam worden omtrent Holland; en zeker zouden dan haar wijze en brave mannen, waarvan zij er nog velen bezit, van schaamte blozen, indien er van de Christenen van andere gewesten bijdragen gevraagd moesten worden, om die goede zaak te ondersteunen, waarvan eens de Hollanders de uitverkoren voorstanders zijn geweest.”<sup>129)</sup>

Voorts werden de strenge maatregelen der Nederlandsche Regeering in het voorjaar van 1838 ook te Londen betreurd op een predikantenvergadering van de drie voornaamste Dissentersgezindten, en werd de wensch uitgesproken,

„dat spoedig de dag moge aanbreken, dat noch in Nederland, noch ergens op het vasteland van Europa, de heilige rechten van het geweten zullen worden verkracht tengevolge van het vermeende recht der burgerlijke overheid, om zich een jurisdictie aan te matigen, die alleen aan God toekomt.”<sup>130)</sup>

En eindelijk schreef ook de Algemeene jaarlijksche Vergadering der Kerk van Schotland, gehouden te Edinburg in Mei 1838, een brief aan de Nederlandsch Hervormde Kerk, waarin ze krachtig protesteerde tegen onverdraagzaamheid en vervolging van welken aard ook, ter zake van godsdienst; tegen alle handelingen en plannen, welke ten doel hebben, beperkingen, of boeten of straffen op te leggen aan menschen, ter zake van het geweten; of op eenigerlei wijze hun gevoelens aangaande de waarheid Gods, te beperken of te bedwingen. Verder verklaarden deze Schotsche broeders, dat het hun diep zou smarten, indien zij gedwongen werden te gelooven, dat een Christelijke Kerk, die eertijds zich zoo edel verzetten mocht tegen de wreedheid dergenen, die Gods kerk onder het juk eener onbillijke dienstbaarheid zochten te brengen en die aan haar boezem menigten van verbannen uit andere landen, slachtoffers van die onverbiddelijke dwingelandij, gekoesterd had, — thans het nemen van maatregelen van verdrukking en kwelling tegen eenigen der volgelingen van het Lam Gods, hetzij goedgekeurd, of althans stilzwijgend aangezien had; of eenige strengheden kon dulden tegen menschen, die den eenen waren God aanbidden, en het Evangelie van onzen Heer, de eenige Hoop en Zaligmaker van zondaren.<sup>131)</sup>

De brief eindigde met een verzoek om nadere berichten aangaande de kerkelijke gebeurtenissen alhier; een verzoek, waaraan de Nederlandsch Hervormde Kerk natuurlijk niet voldeed. Maar de redactie van *De Reformatie*, dezen brief opnemende, beloofde, den Schotschen broeders kennis te zullen geven van den waren toestand der Kerk in Nederland; daarbij de hoop uitsprekende, hun dan tevens te kunnen berichten, dat aan de vervolgingen een einde gekomen was. <sup>132)</sup>

### XIII. *Groen in de Dubbele Kamer.*

Deze laatste zinsnede hield blijkbaar verband met het feit, dat de gemeente van Utrecht onder leiding van Ds. SCHOLTE, de vervolging eindelijk moede, in December 1838 het hoofd in den schoot legde, en in een adres van onderwerping aan den Koning, afstand deed van den *Gereformeerden* naam, verzoekende erkend te mogen worden als een *christelijke afgescheidene* gemeente. Daarop werd haar 14 Februari 1839 de vrijheid verleend. De eene gemeente na de andere, Amsterdam, Groningen, Sleuwijk en De Werken, Schiedam, volgde nu het voorbeeld van Utrecht en verkreeg de gewenschte autorisatie. Anderen echter, die op dezelfde wijze als Utrecht zich met een adres en reglement tot de Regeering vervoegden, zagen hun verzoek niet ingewilligd, omdat de Overheid, zoo het heette, hen niet in staat achtte hun armen te onderhouden en in de kosten van hun eeredienst te voorzien. Zij werden dus, ook na het aanvragen van de erkenning, nog verhinderd in de uitoefening van hun godsdienst en gekweld door beboetingen en inlegeringen. Blijkbaar geschiedde dit onder invloed van de Synode der Nederlandsch Hervormde Kerk, die, allesbehalve ingenomen met deze erkenning van Overheidswege, de stichting van eenige *Afgescheidenen* gemeenten met leede oogen aanzag. <sup>133)</sup>

In onderscheiding van de Christelijke Afgescheidene Gemeenten, die op de door den Koning gestelde voorwaarden de vrijheid hadden aangevraagd, noemden enkele andere zich *Gereformeerde Gemeenten onder het kruis*. Zij wilden liever kwalijk gehandeld worden, dan in te stemmen met een aanvraag om vrijheid, op zóó vernederende voorwaarden, alsof zij een nieuwe secte waren. <sup>134)</sup>

Ook tegen de gedeeltelijke voortdoring der maatregelen tegen de Afgescheidenen, aan wie nu de vrijheid van Godsdienstoefening naar willekeur werd verleend of geweigerd, bleef GROEN VAN PRINSTERER, waar hij maar kon, protesteeren. Gedurende den korten tijd, dat hij in

de Dubbele Tweede Kamer van 1840 zat, liet hij dan ook niet na de gelegenheid daartoe aan te grijpen. Zoo in de zitting van 19 Augustus, toen op een verzoekschrift van Afgescheidenen uit de provincie Groningen om recht tot en bescherming van godsdienst, voorgesteld was om over te gaan tot de orde van den dag. GROEN begon toen zijn Kamerrede aldus:

„Niemand voorzeker zal het bevreemden, dat ik over een verzoekschrift der Afgescheidenen het woord heb gevraagd. Ik heb meermalen deze personen in het openbaar verdedigd; niet alsof ik het eens ware met alle hunne beginsels, meeningen, en gevoelens; niet alsof ik hunne daden in alle opzichten goedkeurde; maar dewijl ik overtuigd was, en ik ben het nog, dat hun een grievend onrecht aangedaan werd; dat geest en letter der Grondwet op verregaande wijs daarbij werden miskend; dat permanente inlegering niet bestaanbaar met onze constitutionele voorregten is; dat eene Napoleontische strafwet, over wier uitlegging bovendien zeer verschillend gedacht wordt, in geen geval de bepalingen der Grondwet wegcijferen mag; eindelijk, dat, al het overige daargelaten (en ziedaar eigenlijk het ware gezichtspunt) leden eener *Gezindheid* die in 1815 bestond, hun recht op gelijke bescherming, in Art. 191 uitgedrukt en gewaarborgd, niet kunnen verliezen omdat zij, uit gehechtheid, laat het zijn uit overdrevene gehechtheid, aan de grondstellingen van die *Gezindheid*, gemoedsbezwaar hebben tegen de vereeniging met een *Kerkgenootschap*, hetwelk in 1816, na de invoering der Grondwet, bij Koninklijk Besluit opgerigt is.”<sup>135)</sup>

Over het gewicht dezer Vaderlandsche aangelegenheid zei hij verder nog:

„De toestand der Nederlandsch Hervormde Kerk is van dien aard, dat hetgeen nu op kleine schaal geschiedt, spoedig op grootere schaal plaats zou kunnen hebben. Indien dit gebeurde, zou de volharding van het Gouvernement zeer bedenkelijke gevolgen kunnen hebben. — Het geldt hier niet enkel de Gereformeerden, de Protestanten, het geldt evenzeer de Catholijken, het geldt elke *Gezindheid*. De maatregelen van het Gouvernement, daargelaten in hoe ver gediensige raadgeving of inblazing tot deze beklagenswaardige verordeningen medegewerkt heeft, kunnen althans niet geheel uit eene bijzondere vooringenomenheid tegen de Afgescheidenen worden verklaard. Wèl is er bij hogere en lagere ambtenaren hatelijkheid geweest, wel is zij allengskens vermeerderd, verbitterd door een tegenstand waarvan men het beginsel en het doel niet begreep. Maar eigenlijk is de handelwijs der Regering het gevolg van eene Staatkunde die, ook in dit opzigt, de toepassing is der heerschende begrippen; eene

Staatkunde waardoor de wereldlijke Overheid elke Kerk, zooveel mogelijk, onder haar beheer zoekt te brengen; buiten haar bemoeienissen en op vreemd grondgebied treedt; met den besten wil om zich buiten theologische geschillen te houden, in de noodzakelijkheid geraakt om er zijdelings, en niet te min stellig en willekeurig, over te beslissen; eene Staatkunde waardoor onze Regering, somwijlen met de meest stoffelijke bedoeling, zich in België onoverkomelijke zwarigheden heeft berokkend; en tengevolge waarvan de onlangs overledene Koning van Pruisen, ten aanzien van Protestanten en Catholijken, in een doolhof van wederkeerige aanmatigingen en grieven gewikkeld, aan zijn opvolger, in dit opzigt, eene zeer moeilijke taak achtergelaten heeft! — Doch waartoe verder aangedrongen op het belang der zaak! Of is het niet genoeg dat, naar het oordeel van sommigen, van velen, van eenige Regtbanken, deze personen in hunne grondwettige regten zijn verkort.”

GROEN's voorstel echter om het adres ter griffie te leggen, kon geen meerderheid vinden. Met 63 tegen 24 stemmen werd overgegaan tot de orde van den dag. <sup>136)</sup>

Op 27 Augustus 1840 in dezelfde Dubbele Kamer sprekende over de suprematie van het wereldlijk gezag, herhaalde hij:

„Zij geeft aanleiding dat de Regering, ter handhaving van dit stelsel, zich, tegen wil en dank, en op de meest ongelukkige wijs, inlaat met theologische geschillen en dat zij allengskens, hoe ook tot vervolging ongezend, gebragt wordt tot maatregelen, waardoor menigeen, ik mag het niet anders noemen, om der Godsdienst-wille wordt vervolgd.”

Tevens verklaarde GROEN deze gelegenheid waar te nemen „om Z.Exc. den Minister van Justitie te verzoeken, zijn veelvermogen den invloed te willen gebruiken om eene handelwijze te doen ophouden die, sedert zóó vele jaren, zóó menig vriend van Vorst en Vaderland ergert en bedroeft.” <sup>137)</sup>

En op 31 Augustus d. a. v., nadat een lid uit Holland, GEVERS, in de Kamer gezegd had, dat de Afscheidenen wellicht onhandig, onstaatkundig, maar niet onrechtmatig behandeld waren, sprak GROEN:

„Welk bewijs heeft hij bijgebragt voor deze assertie? De regterlijke veroordeelingen. Maar, daargelaten dat deze niets gemeen hebben met het groote bezwaar der inlegering, heeft hij zich dan niet herinnerd, dat de Afscheidenen ook door onderscheidene regtbanken vrijgesproken zijn? Ik plaats dus vonnis tegen vonnis, opinie tegen opinie; en ik herhaal, hetgeen ik meen elders aangetoond te

hebben; de strafwet is verkeerdelijk toegepast, en zij zijn in hunne grondwettige regten verkort." 138)

In hetzelfde jaar nog, op 7 October 1840, deed Koning WILLEM I afstand van de regeering.

Zijn opvolger, Koning WILLEM II, wilde niet, dat zijn krijgsmacht zou gebruikt worden om godsdienstoefeningen te verstoren. 139) En toen een Afgescheidene, door de rechtbank tot boete veroordeeld, den Koning hiervan bericht gaf, werd het geëischte door Z. M. betaald. 140) Overeenkomstig het advies van den Raad van State, die zich van meetaf tegen de rechterlijke vervolgingen en militaire inlegeringen had uitgesproken, gaf Koning WILLEM II den Minister van Staat, belast met de Generale Directie voor de zaken van de Hervormde en andere Eerediensten, den 1sten Januari 1841 in opdracht, om met den meesten spoed een besluit te ontwerpen dat een einde zou maken aan het bestaan van verordeningen, die aanleiding gaven tot het vervolgen van hen, die godsdienstige samenkomsten hielden. 141) Het bekende besluit van 5 Juli 1836 werd nu in dier voege gewijzigd, dat onderscheidene gemeenten, die onder de regeering van WILLEM I tevergeefs pogingen tot erkenning hadden aangewend, nu erkend werden.

#### XIV. *Landverhuizing.*

Hield zoo, met de troonsbestijging van WILLEM II, elke rechtstreeksche vervolging van wege het Gouvernement op, 142) aan de plagerijen van gemeentebesturen zagen de Afgescheidenen zich nog meermalen blootgesteld. 143) Bovendien bleef de maatschappelijke vervolging. Terwijl deze broeders en zusters over het algemeen toch al tot de geringste en eenvoudigste klasse behoorden, 144) zagen zij zich daarbij nog dikwijls in hun broodwinning getroffen en naakt aan den dijk gezet. Afgescheiden werklieden werden ontslagen, geboycot. Hervormde huisbazen joegen de huren van afgescheiden huurders op. Andere economische nooden droegen er toe bij, om hun moeilijkheden nog grooter te maken. De boeren leden onder een aardappelziekte en onder de concurrentie van Russisch graan. De machine, die geleidelijk haar intrede begon te doen, maakte talrijke arbeiders broodeloos in deze periode van industrieelen overgang. 145) Menig huisvader ook was, door de talrijke boeten, die hij tijdens de vervolging betaald had, geheel uitgeput, en zag met zorg voor vrouw en kroost, de toekomst tegemoet. Want ofschoon men, sedert het aanvragen van vrijheid, nu

zijn godsdienst mocht uitoefenen, zij die weigerden deze aanvraag te doen, werden nog, hoewel zelden, beboet. <sup>146)</sup> Bedenkt men voorts nog, dat het verbod om Christelijke Scholen op te richten, vele ouders verhinderde, hun kinderen op te voeden naar den eisch hunner conscientie, dan kan het ons niet verwonderen, dat het sommigen Afgescheidenen te eng werd in een land, waar zij zich in hun heiligste rechten aldus gekrenkt en verkort voelden, en dat zij uitzagen naar een nieuw vaderland, waar zij onbelemmerde vrijheid en ruimte van arbeidsveld konden vinden. Door BRUMMELKAMP en VAN RAALTE werd daarom in een allerbelangrijkste brochure een plan tot emigratie naar Noord-Amerika ontworpen en meegedeeld. <sup>147)</sup>

In dat vlugschrift heette het: „Ook nog heden ten dage worden burgers voor de rechtbank gesleept en beboet, omdat zij zonder toestemming van het Gouvernement hun huis afstonden tot Godsdienst-oefeningen of prediking aan meer dan 20 personen”. In een noot voegden de schrijvers hieraan toe: „wij zullen voortgaan in schuren en huizen te prediken en in niet erkende gemeenten”. <sup>148)</sup> Inzonderheid in het nog steeds moeten vragen om erkenning of toelating aan de Regeering, werd dan ook een grievende rechtskrenking gezien. „Welke Regeering”, — aldus BRUMMELKAMP en VAN RAALTE — „zal zich verstouten de vorming van een gemeente van Christus van hare goed- of afkeuring afhankelijk te maken. Door het vragen van de hoogste erkenning der afgescheidene gemeenten schijnen wij deze stille krenking van Christus door het gouvernement te rechtvaardigen”. Deze opmerkingen eindigen met een ontboezeming die aan een ultimatum doet denken. „Ruimt het gouvernement de met de grondwet in strijd staande Napoleontische wetsartikelen niet op, treedt het voort in de toepassing derzelve, welke ingrijpt in de teederste rechten, dan zullen, hopen wij, de afgescheidenen zich gedrongen gevoelen, om bij teruggave van de burgerlijke erkenning en het intreden in onerkende gebouwen, liever openbaar met het gouvernement in strijd te leven dan den schijn van stilzwijgend de vervolging te billijken, aan te nemen”. <sup>149)</sup>

Toen een der eerste schepen met landverhuizers, in 1846, op zee gepraaid werd door een ander, vroeg men den kapitein wat lading hij aan boord had. „Valsche munt”, was het antwoord, „in Nederland niet meer gangbaar.” De man was slechts een tolk van het algemeen gevoelen. <sup>150)</sup> Maar GROEN VAN PRINSTERER trotseerde die publieke opinie opnieuw, toen hij in December 1847 schreef:



„Onder het bejammeren van de Afscheiding heb ik steeds sympathie voor de Afscheidenen gehad. — *Sympathie*, in den etymologischen zin van medelijden; sympathie, in de uitgebreide beteekenis van belangstelling en deelneming in hun werk en lot. Medelijden om de grootheid van het onregt. — Medelijden om het blijkbare onzer broederlijke betrekking: als één lid lijdt, zoo lijden alle leden mede. — Belangstelling, omdat zij getoond hebben iets, en veel zelfs, voor hun overtuiging over te hebben. Die overtuiging moge dwaling geweest zijn; zij hebben desniettemin het bewijs geleverd, dat er in Nederland, te midden van zoo veel slapheid in de behartiging van hooger beginsel, van zooveel verslaving aan eigen belang, bij sommigen echter nog bereidvaardigheid is om aan hetgeen men voor waarheid houdt, eenig offer te brengen. Zij hebben boeten betaald, zij hebben gevangenisstraf ondergaan, zij hebben inleggingen verduurd; velen hunner hebben thans, om vrijheid van Christelijk onderwijs te erlangen, vaarwel gezegd aan den geliefden vaderlandschen grond. Verklein, indien het u behaagt, die offers; beweer dat zich, bij den ijver voor de eere Gods, vreemd vuur gemengd heeft; doe ons in het oog houden, dat men op Noord-Amerikaanschen bodem niet enkel vrije scholen, maar ook levensonderhoud en welvaart gezocht heeft. Ik erken het, en evenwel zeg ik: ondanks dit alles, kan bij velen een hooger beginsel niet worden miskend; in het voorbeeld van menig afgescheidene is het gebleken, dat het niet geheel aan eene christelijke veerkracht ontbreekt, die zich verder uitstrekt dan tot redekaveling en schriftelijk protest.”<sup>151)</sup>

Aandoenlijk ook was in 1848 GROEN's vraag aan Graaf SCHIMMELPENNINCK, Minister van Staat enz.:

„Ik spreek van het Vaderland te verlaten; maar is het U bekend dat, ten gevolge der jammerlijke miskenning van vrijheid en regt, dit ook gebeurd is? dat er eene Landverhuizing is ontstaan welke Nederland bij voortdoring van achtungwaardige ingezetenen berooft; mannen van wie men geene manifestatiën zou te duchten gehad hebben; die geen schrijvers noch lezers waren van oproerige geschriften; waarmee men geene Grondwetherziening en Staatsomkeering afdwong; die niet gewoon waren, ook niet in de binnenkamer, de Overheid te vloeken; maar die gebeden voor haar opzonden, ook wanneer zij het slagtoffer waren van haar verongelijking; die, naauwgezet in de pligtsbetrachting jegens den Staat, alleen datgene verlangden, met bescheidenheid en ernst, met eenvoudigheid en volharding, wat, ter naauwgezette pligtsbetrachting jegens den hoogsten Wetgever en Weldoener, niet kon worden ontbeerd, en die, bij het gemis hiervan, ten laatste, sommigen althans, met een brekend hart, verre Gewesten zijn gaan opzoeken om te kunnen verrigten wat

Christenen betaamt en om, door hunne tegenwoordigheid, ook zwi-gend, te bewijzen dat Schoolonderrigt in de leering en vermaning des Heeren in Nederland onder de wanbedrijven geteld wordt." 152)

### XV. *Nieuwe Vervolging.*

Bij Koninklijk Besluit van 19 Februari 1841 was PALLANDT VAN KEPPEL, de Minister van Hervormde en andere Eerediensten, op zijn verzoek met ingang van 1 Maart ontslagen. Een jaar later, 1 April 1842, was ook VAN MAANEN, de Minister van Justitie, afgetreden. Laatstgenoemd feit wordt door Ds SCHOLTE in deze bewoordingen herdacht:

„Blijder tijding zal er in de laatste dagen wel niet onder de inwoners van Nederland vernomen zijn, dan het besluit van Z. M. onzen geëerbiedigden Koning, waarbij het ontslag van den Minister van Justitie, VAN MAANEN, bevestigd is. De man, die zich onder de verschillende veranderingen van het Staatsbestuur heeft weten staande te houden, is eindelijk gevallen. Aan den wensch van het grootste deel van Neêrlands inwoners is voldaan. Ook ons heeft die aftreding verheugd, want er is een hinderpaal te meer uit den weg geruimd, waardoor wezentlijke vrijheid van godsdienstoefening belemmerd, en de goede bedoeling van onzen dierbaren Vorst vrijdeld werd. VAN MAANEN was de Minister, die, ten gevalle der hervormde geestelijkheid, door den veelvermogenden invloed van den toenmaligen Minister van Eeredienst versterkt, de vervolgingen beval ter oorzake van openbare godsdienstoefeningen, en die, niettegenstaande de uitdrukkelijk geopenbaarde bedoeling des Konings, een vervolgingsstelsel volhield, ook dan, wanneer onze Vorst zijne goedgunstigheid aan de vervolgdten wilde betoonen. Als Minister is hij reeds lang door de natie geoordeeld; hij is gevallen; nu blijve het verdere oordeel overgelaten aan Hem, voor Wiens regterstoel eens alle menschen verschijnen moeten. Wij wenschen hem als mensch van harte toe, dat hij genade moge vinden bij Hem, Wiens onderdanen bij den Minister geene genade vonden. De nieuwe Minister zal eene moeilijke taak te vervullen hebben; want wij achten het bijna onmogelijk om al het verdorvene te herstellen. Het kan echter door gepaste maatregelen zoo onschadelijk mogelijk gemaakt worden. — Dit kan vooral geschieden met het nog altoos verwacht wordende wetboek van strafrecht. Mogen daaruit voor altoos verdwijnen alle sporen van gewetensdwang, en de artikelen tot wering van burgerlijk kwaad zoodanig gesteld worden, dat zij nooit, op aandrijving van eene vervolgieke en heerschzuchtige geestelijkheid, van welke gezindheid ook, misbruikt kunnen worden tot belemmering of wering van openbare godsdienstoefeningen." 153)

Intusschen sleepten de alle zedelijke kracht verliezende voorschriften nog eenige jaren lang hun sinister bestaan voort; zelfs nog na de grondwetsherziening van 1848, toen al de juridische strijdvrage, die bij de afscheiding aan den dag waren getreden, hun oplossing hadden gevonden in een voor de vrijheid van godsdienstoefening en gelijkgerichtigheid van alle gezindten gunstigen zin. <sup>154)</sup>

Zoo begon men in 1845 opnieuw aan de toepassing van de strafwet tegen vereenigingen, toen men eenige menschen te Weesp, wegens een samenkomst boven de 20 personen, te Amsterdam dagvaardde. <sup>155)</sup> En sedert het laatst van dat jaar werd ook mevrouw ZEELT te Baambrugge gerechtelijk vervolgd, omdat zij een groote zaal in haar huis voor kerkzaal had laten inrichten, met een afgescheiden predikant als voorganger. <sup>156)</sup> Haar request om van vervolging verschoond te blijven, werd afgewezen door de Ministers van Justitie en Eeredienst DE JONGE VAN CAMPENS NIEUWLAND en VAN ZUYLEN VAN NYEVELT <sup>157)</sup>. Naar aanleiding hiervan liet SCHIMSHEIMER zijn Christelijk Protest hooren tegen het beginsel van belemmering der vrije particuliere godsdienstige bijeenkomsten in Nederland. <sup>158)</sup> Het was een gedicht, bestaande uit 13 coupletten, waarvan we hier twee overnemen:

De treurmaar klinkt door heel het land:  
 „Weêr is, met opgeheven hand,  
 De Godsdienstvrijheid aangerand;  
 Weêr 't lezen van het Woord des Heeren,  
 't Vereend gebed en psalmgezag  
 Gestoord door rechterlijken dwang.”  
 Waarom? Omdat men God wilde eeren  
 Met Broedren, wier vereende kring  
 Het *twintigtal* te boven ging!

Hoe! heeft dan Nederland een Wet,  
 Die 't zamenkomen tot gebed,  
 Tot dienst des Heeren, grenzen zet, —  
 Dat Nederland, dat tachtig jaren  
 Om vrijheid van geweten streed,  
 Dat al zijn poorten open deed,  
 Zoo dikwijls er vervolgd waren,  
 Dat zelfs den diepverguisden Jood  
 Welwillend hulp en schuilplaats bood?

In verband met deze en dergelijke vervolgingen vormden de artikelen van het ingediende nieuwe Strafwetboek, voorzoover die handelden

over ongeoorloofde vereenigingen en godsdienstoefeningen, een onderwerp van ernstig overleg onder de Christelijke Vrienden op hun vijfde halfjaarlijksche bijeenkomst van 14 en 15 April 1847. <sup>159)</sup> Besloten werd dan ook bij de Tweede Kamer der Staten-Generaal een adres in te dienen met verzoek, dat bij de Regeering zou worden aangedrongen op zulk een redactie van bedoelde artikelen, dat geen tweërlei opvatting mogelijk was, en om weglating van al zulke bepalingen, als met de vrijheid van godsdienst en den geest der Grondwet strijdig waren. Adressanten drongen hun verzoek met te meer klem aan, „bij de herinnering aan de algemeen bekende vervolgingen, welke in Nederland plaats gehad hebben en ook nog geschieden; en bij de gedachte aan het vertrek van velen, daaronder ook geachte en geliefde Landgenooten, welke in andere streken *datgene* gaan zoeken, waarvoor zij achten geen genoegzamen waarborg meer te bezitten op den Nederlandschen grond”. <sup>160)</sup> Het is echter in de Kamer, jammer genoeg, tot een behandeling van bedoelde artikelen niet gekomen. <sup>161)</sup>

Op den 3den en 4den Mei 1848 hielden de Christelijke Vrienden hun zevende bijeenkomst. <sup>162)</sup> Daar stelde de voorzitter, Mr. G. GROEN VAN PRINSTERER, de vraag aan de orde of bij de aanhangige concept-grondwet de vrijheid van godsdienst en onderwijs genoegzaam gewaarborgd was. <sup>163)</sup> De heer ROOSEBOOM meende nu de aandacht der vergadering te moeten bepalen bij het, onder het tegenwoordig vrijzinnig ministerie, vernieuwd vervolgen van Mevrouw ZEELT te Baambrugge tot betaling van vroeger opgelegde boeten wegens te haren huize gehouden godsdienstoefening, en deelde het Request mede, door haar deswege *aan den Koning* aangeboden: <sup>164)</sup>

Geeft met verschuldigden eerbied te kennen de ondergeteekende JOHANNA JUDITH ZEELT, weduwe van CORNELIS VAN IJSELDIJK, wonende te Abcoude-Baambrugge,

dat zij, sedert het laatst van den jare 1845, heeft ten doel gestaan aan onderscheidene geregtelijke vervolgingen, wegens het houden van Godsdienstige vergaderingen ten haren huize, en deswege herhaaldelijk door de Arrondissements-Regtbank te Utrecht is veroordeeld tot betaling van geldboeten en geregtskosten;

dat de invordering van die geldboeten en geregtskosten tot dus verre niet heeft plaats gehad, en dat suppliante mitsdien meende, dat de Regeering, zelve het onstaatkundige, het hatelijke en onregtvaardige van Godsdienstvervolgingen eindelijk inziende, tot die invordering niet zou overgaan;

dat haar suppliante echter op den negentienden April laatstleden,

door den Deurwaarder VAN VOORTHUIS te Loenen, behalve een aantal vonnissen, arresten en staten van kosten, is beteekend geworden een Dwangschrift, den 29en Februarij 1848 afgegeven door den Ontvanger der Registratie te Loenen, met aanzegging van binnen den tijd van acht dagen te betalen de somma van drie honderd zeven en negentig gulden vier en veertig en een halve cent; met bedreiging om bij gebreke van die betaling, daartoe zelfs door aantasting van hare persoon, te zullen worden bedwongen;

dat er ten aanzien van haar suppliante, die zóó veel aan den Lande voldoet, geen sprake kan zijn van onvermogen om ook de voormelde somma te betalen; maar, dat het haar onmogelijk is, al de smart en verontwaardiging uit te drukken, die haar hart vervullen bij de overweging, dat zij, op ruim zestigjarigen leeftijd, grootendeels doorgebracht ter harer tegenwoordige woonplaats, zonder immer wegens Godsdienstoefeningen, die daar, zelfs tijdens de Fransche overheersching, ongestoord hebben plaats gehad, te zijn vervolgd geweest, thans op zoodanige wijze in hare dierbaarste regten wordt gekrenkt;

dat deze zoo gehate Godsdienstvervolgingen reeds vele duizende geloofsgenooten van de suppliante Nederland hebben doen verlaten, om elders godsdienstvrijheid te genieten, en dat de ondervinding althans wél bewezen heeft, dat de zeer aanzienlijke sommen, die men de Afgescheidenen genoodzaakt heeft voor boeten en geregtskosten te betalen, Nederland niet tot zegen hebben verstrekt;

dat de suppliante niet van voornemen is, afstand te doen van haar regt om God, in haar huis, met allen die zij daarin wil ontvangen, vrijelijk te dienen;

maar dat het voor haar van het hoogste belang is te weten hoe de Hooge Regering gezind is voortaan te dezen aanzien te handelen;

mits welke redenen de suppliante zich eerbiedig keert tot Uwe Majesteit met het verzoek, haar van de betaling van de vorenvermelde boeten en geregtskosten te ontslaan; en in ieder geval te bevelen, dat met de invordering daarvan, hangende Uwer Majesteits overwegingen van dit verzoekschrift, niet zal worden voortgegaan.

'T welk doende enz.

(Get.) J. J. ZEELT,  
Wed. C. VAN IJSSELDIJK.

Hofstede Postwijk,  
tusschen Baambrugge en Abcoude,  
22 April 1848.

Nadat de heer ROOSEBOOM dit Request aan de Christelijke Vrienden had voorgelezen, sprak Mr. GEFKEN als zijn meening uit, dat deze zaak uit den gewonen loop van het recht verklaard kon worden en dat men

voorbarig doen zou daaruit gevolgtrekkingen op te maken omtrent den geest, die het tegenwoordig ministerie in dit opzicht zou bezielen.

Ds. HELDRING maakte nog melding van een vervolging, onlangs door den Evangelist GRIMM <sup>165</sup>) in Friesland wegens Godsdienstige samenkomsten ondervonden.

Met betrekking tot de godsdienstvrijheid in de Grondwet stelde Ds. BRUMMELKAMP voor, dat de vergadering bij adres aan den Koning zou verzoeken om de woorden in Art. 160 der Concept-grondwet, waarbij gezegd werd, dat alle openbare godsdienstoefening toegelaten werd, voor zoover die niet kon geacht worden eenige stoornis aan de openbare orde en rust te zullen toebrengen, te veranderen in de volgende: iedere godsdienstoefening is vrij, die de openbare rust niet stoort. De bedoeling was duidelijk. De uitdrukking: „kan geacht worden” kon gevaarlijk worden, wanneer de beoordeeling aan de plaatselijke Overheid was overgelaten. Daarom liever het feitelijke: „niet stoort”. Dit voorstel werd ondersteund door den heer ELOUT en met algemeene stemmen aangenomen. Men besloot nu in dezen zin een adres in te dienen aan den Koning, en, mocht dit geen gevolg hebben, dan in de tweede plaats aan de Staten-Generaal. <sup>166</sup>)

Het Adres aan den Koning bevatte ten aanzien van dit onderwerp o. m. het volgende: <sup>167</sup>)

De bestaande Grondwet (Art. 191) bepaalt: „Geene openbare oefening van Godsdienst kan worden belemmerd, dan ingevalle dezelve de openbare orde of veiligheid zoude kunnen storen”.

Er is geen twijfel aan, Sire! of bij eene eenvoudige lezing en gezonde opvatting van dit Artikel zou men meenen dat de vrijheid van Godsdienstoefening in Nederland volkomen gewaarborgd was. En echter, sedert 1835 en (hoewel thans in mindere mate) tot op dezen oogenblik toe, zijn rustige ingezetenen ter zake van eenvoudige Godsdienstoefeningen, die zelfs den schijn van rustverstoring niet hebben aangeboden, op de meest ergerlijke wijze door de Regering vervolgd. Zij zijn voor de Regtbanken gedaagd, tot geldboeten verwezen, met militaire inlegeringen gekweld, en zelfs op plaatsen, waar de Regtbanken hen voortdurend bij hunne grondwettige vrijheid handhaafden en hen van alle regtsvervolging onthieven, overgeleverd geworden aan de willekeur van Politie-Commissarissen, die hunne Godsdienstoefeningen met stokslagen deden uiteendrijven, en het lijdelijk aanzagen, dat zij door het aangelokte graauw op allerlei wijze werden mishandeld.

Sire! wij verzoeken Uwe zeer bijzondere aandacht op deze om-

standigheid: de bestaande Grondwet bepaalt, dat geene openbare oefening van Godsdienst kan worden belemmerd, — dan in geval dezelve de openbare orde of veiligheid zoude kunnen storen. Er is geen voorbeeld, dat de openbare orde of veiligheid ergens in ons Vaderland door het houden van Godsdienstoefeningen is bedreigd geworden. En echter heeft Nederland vele jaren achtereen van Godsdienstvervolgingen weêrgalmd, en hebben die nog niet geheel opgehouden. Het was de Regeering derhalve, die in deze de openbare orde verstoorde; zij is het, die de veiligheid van rustige en Godsdienstige ingezetenen heeft in gevaar gebracht.

Wij zullen thans niet onderzoeken, Sire! welke de oorzaken en aanleidingen zijn geweest van zoo bedroevende verschijnselen; en bij deze gelegenheid niet aantoonen, dat zij grootendeels het gevolg zijn van de onregtmattige ingrijping der Regering in de regten, de organisatie en de belangen van de onderscheidene Kerkgenootschappen, inzonderheid in die van de Hervormde Gezindheid. Wij wenschen thans slechts U te doen opmerken, dat de bepaling der bestaande Grondwet omtrent het onbelemmerde van Godsdienstoefeningen, ten gevolge van het gebeurde in de laatste jaren, geen waarborg tegen verdere willekeur oplevert, en dat het daarom van het hoogste belang is, aandachtig te overwegen, op welke wijze die bepaling in het Ontwerp van gewijzigde Grondwet wordt weder gegeven.

Art. 159 van dat Ontwerp zegt: „Alle openbare oefening van Godsdienst wordt toegelaten, voor zooverre die niet kan worden geacht eenige stoornis aan de publieke orde en rust te zullen toebrengen.”

Sire! wij miskennen de bedoelingen van de ontwerpers van dit artikel niet. Wij vertrouwen, dat zij beoogd hebben, volledige vrijheid van Godsdienstoefening aan de ingezetenen des Lands te verzekeren. Maar de geschiedenis der laatste jaren heeft bewezen, dat de beperkende bepaling, zoo als die ook weder, met eenige wijziging, in dit artikel is opgenomen, de beloofde vrijheid van Godsdienstoefening, zoodra men dit verkiest, zal kunnen terug doen brengen tot *niets*. „Alle openbare oefening van Godsdienst wordt vrijgelaten” is op zich zelf reeds niet zoo krachtig als het thans bestaande: „Geene openbare oefening van Godsdienst kan worden belemmerd”; en de beperkende *preventive* bepaling: „voor zooverre die niet kan worden geacht eenige stoornis aan de publieke orde en rust te zullen toebrengen”, levert de ingezetenen *bij vernieuwing* over niet slechts aan het goeddunk der Hooge Regering, maar ook aan de willekeur van iederen Burgemeester of Commissaris van Politie, wijl zij hen blootstelt aan de voortdoring van den Kerkelijken invloed, die, zoo bij de Hooge Regering als bij Gemeentebesturen, de vervolging van rustige Godsdienstoefeningen heeft uitgelokt.

Sire! de eenvoudigste, de onschuldigste, de kleinste Godsdienstvergadering kan, wanneer men het verlangt en het zoekt, aan de

publieke orde en rust stoornis toebrengen. Velen onzer treden bij U op als getuigen, hoe men na 1835 de plaatsen, waar eenvoudige Gereformeerde Christenen vergaderd waren, (als bevond zich de Staat door het doen van een gebed en het zingen van een psalm in dreigend gevaar) in de steden met militairen en politie-agenten, en op het platte land met veldwachters en geregtsdienaren heeft omsingeld; hoe men daardoor toeschouwers aangelokt, en door de ruwe gewelddadige uiteendrijving der vergaderden, somtijds aanleiding tot hunne mishandeling gegeven heeft. In deze gevallen verstoorde, gelijk wij reeds hebben opgemerkt, de Regering zelve de openbare orde en bragt zij de veiligheid der vergaderden in gevaar. En zou *deze* stoornis der publieke orde en rust dan moeten te laste gelegd worden aan de gehouden Godsdienstoefening, en hare voortdoring of herhaling daarom moeten worden verboden?

Maar er is meer; ook andersdenkenden dan de vergaderden; ook lieden van alle Godsdienst en Godsdienstoefening afkeerig, zouden uit boosheid of baldadigheid eene Godsdienstoefening kunnen verstoren, en de openbare orde en rust daardoor in gevaar kunnen brengen. Wij meenen dat in zulke gevallen en omstandigheden de strengheid der Wetten tegen de rustverstoorders en niet tegen de beleedigen moet worden gericht; dat niet de Godsdienstoefening moet worden verboden, maar dat zij, die haar belemmeren en daardoor de orde en rust verstoren, moeten worden gestraft.

Wij hebben tegen het Artikel, zoo als het thans ontworpen is, nog meerdere bezwaren, Sire! „Alle openbare oefening van Godsdienst wordt toegelaten, voor zooverre die niet kan worden *geacht* eenige stoornis aan de publieke orde en rust te zullen toebrengen.” — *Geacht?* Door *wie* en *wanneer* zal dit oordeel worden uitgebragt? Waarschijnlijk niet door hen, die de Godsdienstoefening houden. Zeker door de Hooge Regering, door de Provinciale of Plaatselijke Besturen, of door Commissarissen van Politie; en dit nog *alvorens* de orde en rust werkelijk verstoord zullen zijn. Maar daardoor worden wij, niettegenstaande al de schijnbare mildheid van de Grondwet, inderdaad teruggeworpen onder de heerschappij der bepalingen van Art. 291 en volg. van het bestaande Wetboek van Strafrecht, zonder dat ons zelfs het vooruitzicht overblijft daarvan verlost te zullen worden, wanneer die bepalingen eenmaal door betere vervangen zullen zijn.

Sire! ook dan, wanneer het tegenwoordige Wetboek van Strafrecht door een ander vervangen zal zijn, zal men, zoo de door ons bestreden *preventive* bepaling van Art. 159 van het Ontwerp van Grondwet werd vastgesteld, in die bepaling een middel hebben om de Godsdienstvrijheid, even als thans, hersenschimmig en geheel afhankelijk te maken van de willekeur of de goedgunstigheit van hogere en lagere ambtenaren. Vele vonnissen zijn er in de laatste



jaren in ons Vaderland geweest, waarin de schrikkelijke uitdrukking voorkomt, dat men zich heeft schuldig gemaakt aan het *wanbedrijf* van het houden van *Godsdienstoefeningen*. De Regering kan het nimmer voor God verantwoorden, dat zij zulk een vreeselijken toestand van zaken heeft doen voortduren, en het is meer dan tijd, dat daaraan voor goed een einde worde gemaakt.

Ieder die zich met den inhoud van dit adres kon vereenigen, werd uitgenoodigd, <sup>168)</sup> zoo spoedig mogelijk, hetzij afzonderlijk, hetzij met meerderen uit dezelfde plaats, zijn instemming daarmee aan den Koning in te zenden. Van hoeveel belang het was, dat de Christenen in ons vaderland nu, bij gelegenheid van de Grondwetsherziening, zich eenparig wendden tot Zijne Majesteit, met het nadrukkelijk verzoek, om althans nu eindelijk voor goed verlost te worden van de schandelijke Godsdienstvervolgingen, die Nederland zoo lang hadden bedroefd, toonde Ds. HELDRING nog nader aan, door in zijn tijdschrift <sup>169)</sup> het Request van Mevrouw ZEELT op te nemen, voorzien van deze opmerking:

„Tot dusverre schijnen wij in dit opzigt nog geheel afhankelijk te zijn van de willekeur of goedgunstigheit van sommige ambtenaren. Men vervolgt niet *overal*; en *waar* men vervolgt, niet *te allen tijde*; somtijds worden de opgelegde boeten ingevorderd; somtijds niet. De inzendster van het onderstaande Request (Mevrouw Zeelt), die ook aan den tijdelijken Minister van Finantiën een verzoekschrift van gelijken inhoud heeft ingezonden, is tot heden niet verder bemoeijelijkt; maar ook, gelijk doorgaans plaats heeft, wanneer er eene beslissing omtrent Godsdienst en Onderwijs moet worden genomen, zonder antwoord, en dus in het onzekere gelaten.”

Na twee-en-een-halve maand ontving zij echter dit antwoord: <sup>170)</sup>

*Pro Justitia.*

#### KENNISGEVING.

De Officier van Justitie bij de Arrondissements-Regtbank te Utrecht brengt ter kennis van JOHANNA JUDITH ZEELT, Wed.e van CORNELIS IJSSELDIJK te Abcoude-Baambrugge, dat bij beschikking van Zijne Excellentie den Minister van Justitie ad interim, van den 4den dezer No 373, krachtens de machtiging daartoe door Zijne Majesteit op genoemde Zijne Excellentie verstrekt, is afgewezen het verzoek om gratie van de straf, waarin zij bij drie vonnissen der Regtbank vermeld, van den 12den Maart, den 18den Junij en 3den December 1846,

mitsgaders bij een Arrest van den Hoogen Raad der Nederlanden van den 30 Maart daaraanvolgende, is veroordeeld.

Utrecht, den 11 Julij 1848.

*De Officier voornoemd,*

(Get.) C. L. DE VOS.

Dit antwoord deed Ds. HELDRING schrijven: „Het smart ons zeer te moeten bekend maken hoe *pro justitia* de Officier van Justitie te Utrecht de edele vrouwe ZEELT een zoo hard woord heeft toegevoegd, over het rekest door Haar Ed. ingediend, om ontslag van boete; sprekende *van gratie van straf in eene zaak van Godsdienstoefening*, zóó dat ik althans mij niet kan wederhouden te verklaren, dat de toon van dit antwoord mij met weemoed vervuld heeft over de wijze, hoe men zich in zulke zaken uitdrukkingen veroorlooft, die slechts verbittering veroorzaken kunnen”. De boeten en kosten zijn door Mevrouw ZEELT betaald, toen zij met de inbeslagneming harer goederen werd bedreigd. WORMSER had haar die betaling aangeraden, uit hoofde van haar hooge jaren, en omdat hij vreesde, dat een kort te voren onderzonden aanval van beroerte zich bij de executie, die ieder oogenblik verwacht werd, mocht herhalen.

In November 1848 werd de nieuwe Grondwet afgekondigd. Het herziene artikel luidde nu aldus: „Alle openbare godsdienstoefening binnen gebouwen en besloten plaatsen wordt toegelaten, behoudens de noodige maatregelen ter verzekering der openbare orde en rust. Onder dezelfde bepaling blijft de openbare godsdienstoefening buiten de gebouwen en besloten plaatsen geoorloofd, waar zij thans naar de wetten en reglementen is toegelaten”. Het recht tot vereenigen en vergaderen zou verder bij de wet worden geregeld.

Destijds was Mr. DIRK DONKER CURTIUS Minister van Justitie. Hij was een broeder van wijlen HENDRIK HERMAN DONKER CURTIUS, de gewezen Arnhemsche predikant en tot in zijn sterfjaar (25 Juli 1839) voorzitter van de Haagsche Synode. In groote tegenstelling met dezen echter voegde DIRK als liberaal advocaat zich openlijk bij hen, die de maatregelen tegen de Afscheidenen bestreden. Zoo verdedigde hij den vervolgdten predikant H. P. SCHOLTE in een schitterend pleidooi.<sup>171</sup>) En na jaren herinnerde GROEN VAN PRINSTERER zich nog een krachtig pleidooi van hem voor de vrijheid van godsdienstige bijeenkomsten. GROEN dacht toen: waar tegen de verouderde artikelen

van het Code Pénal aldus het woord wordt gevoerd, is het niet mogelijk, dat zij in Nederland nog jaren in stand blijven; wordt deze advocaat eens Minister van Justitie, binnen zes weken bestaan zij niet meer. <sup>172</sup>) Minister geworden, ging DONKER CURTIUS in 1848 evenwel met den geest van den dag mee en liet hij de waardige Mevrouw ZEELT achterstallige boeten betalen wegens veroordeeling van vergaderingen met meer dan twintig personen. <sup>173</sup>) In 1849 droeg hij, beducht voor de Fransche clubs, een wetsontwerp voor, waarin hij van het beginsel uitging: geen vereeniging noch vergadering zonder voorafgaand verlof. Het was, volgens GROEN, <sup>174</sup>) een tweede en verergerde uitgaaf der Napoleontische bepaling. Het wetsontwerp werd echter niet aangenomen, en Minister DONKER CURTIUS bood Koning WILLEM III (WILLEM II was 17 Maart 1849 overleden) zijn ontslag aan.

#### XVI. *Petities uit Delfzijl.*

In de zitting der Tweede Kamer van 9 Juli 1850 kwamen de maatregelen tegen de Afgescheidenen een- en andermaal ter sprake.

Vooreerst werd toen bij monde van den heer WESTERHOFF namens de Commissie voor de Petitiën mededeeling gedaan van een adres van J. SMIT, med. doct. en lid van de christelijke afgescheidene gemeente van Delfzijl c. a. (provincie Groningen), gedagteekend den 20sten April 1850. Adressant neemt de vrijheid in dit verzoekschrift aan deze Kamer te kennen te geven, dat de christelijke afgescheidenen in de provincie Groningen sedert een reeks van jaren schromelijk zijn onderdrukt en vervolgd geworden, en zulks onaangezien zij immer als rustige, gehoorzame en getrouwe staatsburgers — zich met geene de minste politieke quaestiën bemoeiende — ijverig zich in de stipte waarneming hunner plichten hebben gedragen; dat zij zelfs, ter zake hunner vreedzame en godsdienstige samenkomsten, somtijds op eene onverantwoordelijke, onstaatkundige en onwettige wijze, gewelddadig zijn gestoord en met militaire inlegeringen zijn gekweld geworden; terwijl zij bij verschillende vonissen ter rechtbank, als waren zij oproerlingen of misdadigers, met aanzienlijke geldboeten en gevangenzettingen werden gestraft; welke geldboeten, gelijk adressant vermeent, vervolgens voor een gedeelte in 's Rijks schatkist werden overgebracht; — dat thans, bij het VIde hoofdstuk der bestaande Grondwet, aan alle ingezetenen van den Staat, vrijheid van godsdienst verzekerd zijnde, de christelijke afgescheidene gemeente van Delfzijl c. a., zich in de jaren 1848 en

1849 herhaaldelijk tot de Hooge Regeering heeft gewend, ten einde als een burgerlijke godsdienstige gemeente te worden erkend; welk billijk verzoek echter, laatstelijk door den gewezen Minister VAN HEEMSTRA afgewezen, althans met geen gunstig gevolg is bekroond geworden; dat de onregelmatigheid en de willekeurige heffing der boeten en de daarmede in verband staande kosten van inlegering, naar adressant vertrouwt, bij niet eenig lid van de beide Kamers der Staten-Generaal aan eenigen twijfel onderhevig is; terwijl tot versterking van dit gemoedelijk gevoelen nog dient te worden aangemerkt, dat de Hooge Raad der Nederlanden, ter voorschrevene materie, zijne zienswijze, bij zeker arrest, mede in den aangeduiden geest, heeft openbaar gemaakt (zie het arrest dd. 28 October 1846); dat, ook met het oog op de verklaring der Heilige Schrift, volgens welke nimmer des Hemels zegen kan rusten op kwalijk verkregen goederen, adressant heeft gemeend de vrijheid te moeten nemen, aan deze Kamer eerbiedig in overweging te geven, of er geen termen zouden bestaan om ten koste van de schatkist, een ten haren voordeele begaan onrecht te herstellen, en mitsdien aan de daarop recht hebbende leden der christelijke afgescheidene gemeenten, ten deze bedoeld, de gedachte gelden, voortgesproten uit een averechtsche en willekeurige toepassing der strafwet op vreedzame en godsdienstige ingezetenen van den Staat, welke bovendien nog grootendeels tot de mingevoede klassen behooren, aan deze te doen terugbetalen, ten einde te voorkomen den vloek, welke ontegenzeggelijk op onrechtvaardig verkregen goed rust.

Hoezeer nu de Commissie voor de Verzoekschriften de in dit adres vermelde zaken en feiten ook diep betreurde; hoezeer zij het ook wenschelijk achtte, dat aan het verzoek van den adressant gehoor werd gegeven, zoo heeft zij echter gemeend, dat het hier gold rechterlijke gewijsden, ten gevolge waarvan die boeten zijn opgelegd en ingevorderd geworden, en dat het alzoo buiten de bevoegdheid der Kamer lag in deze tusschen beide te treden en aan het door adressant uitgedrukte verlangen te voldoen; weshalve de Commissie dan ook de eer had te adviseeren, om dit verzoekschrift, ter inzage der leden, ter griffie te deponeren. De Vergadering vereenigde zich met de bij dit rapport genomen conclusie.

Voorts ontstond er op dienzelfden 9den Juli, naar aanleiding van een request van ouderlingen en diakenen bij de afgescheidene Gereformeerden te Delfzijl en Farnsum een levendige discussie over de

bepalingen *c* en *d* van het Besluit van 9 Januari 1841, volgens welke de Regeering, om een gemeente der Afgescheidenen te erkennen, een verklaring vergde, dat zij, in de kosten van den eeredienst en in het onderhoud der behoeftigen, zonder bezwaar voor het Rijk, zou voorzien.

De heer ENGELN achtte het een belangrijk en heugelijk tijdstip, waarop de zaak der Afgescheidenen voor het eerst met nadruk bij de vertegenwoordigers der natie ter sprake werd gebracht. Van de vervolging tegen de Afgescheidenen zeide hij o. a.:

„Jaren achtereen, Mijne Heeren, is onrecht, schreeuwend onrecht gepleegd tegen een aanzienlijk gedeelte onzer landgenooten, jegens stille en rustige burgers in den Staat; jaren achtereen waren de zoogenaamde afgescheidenen aan smaad en vervolging blootgesteld en werden zij tot boete en kerkerstraf veroordeeld, alleen omdat zij, naar de inspraak van hun geweten, naar hunne overtuiging, God wenschten te dienen. Ja, meer dan eenmaal werden er ruwe en baldadige krijgslieden tegen hen afgezonden, om gewapenderhand hunne godsdienstige bijeenkomsten te verstoren, op eene wijze die aan de dragonnades der 17de eeuw in Frankrijk herinnert. Men dorst de meest despotieke bepaling uit een tijdperk van het onbepaaldste despotisme, die van art. 291 van den Code Pénal, een bepaling met een geheel ander doel daar terneêgeschreven, te baat nemen om deze wederrechtelijke handelwijze te billijken... Dat iets dergelijks heeft kunnen gebeuren in de negentiende eeuw, die zoo bij uitnemendheid de vrijzinnige en verdraagzame eeuw wil genoemd worden, dit is inderdaad een onoplosbaar raadsel. Dat in die 19de eeuw, bij het bestaan eener Grondwet, welke volkomen vrijheid van godsdienstige begrippen en het recht van onbelemmerde godsdienst-oefeningen uitdrukkelijk waarborgt, vreedzame burgers, die van deze grondwettige rechten gebruik maken, bij een Koninklijk besluit (dat van 5 Juli 1836) konden gebrandmerkt worden — als schuldig aan onwettige en onrust en verwarring veroorzakende bijeenkomsten; dat het hun als een zwaar vergrijp toegerekend kan worden, dat zij bij voortdoring niet alleen godsdienst-oefening houden, maar ook ouderlingen en diakenen aangesteld, predikanten beroepen en dankvast- en bededagen uitgeschreven hadden, en wat dies meer zij; dat bij hetzelfde Koninklijk besluit de gemeenten der afgescheidenen ontbonden, en hare samenkomsten voor verboden verklaard waren, met dreigende waarschuwing tegen hen, die dat besluit zouden overtreden, en met dringende aanbeveling aan alle openbare machten in het Rijk, dien het eenigszins kon aangaan, om toe te zien en te zorgen, dat aan den inhoud van dat besluit werd voldaan, — dat alles, Mijne Heeren, is van dien aard, dat een later geslacht wellicht eenmaal weigeren zal, daaraan geloof te hechten, ware niet de letter

van 't besluit dáár, om er als een *monumentum aere perennius* van te getuigen. Na verloop van weinige jaren schijnt dan ook de Regeering het wederrechtelijke, het ongrondwettige harer handelwijze ingezien te hebben, en daarop is gevolgd een besluit in een milder zin, schoon in mijne oogen even ongrondwettig als het voorgaande, ik bedoel het Koninklijk besluit van 9 Januari 1841, waarbij de erkenning van de christelijke afgescheidene gemeenten wordt afhankelijk gesteld van de beide verklaringen, waarover de adressanten in het voorgelegde verzoekschrift hunne bezwaren, mijns inziens terecht, hebben doen gelden."

Daarentegen zeide de heer VAN VOORST:

„Wanneer ik, zoo zeer als iemand, de kortzichtige en onstaatkundige vervolgingen betreur, waaraan vreedzame burgers, *in vroeger tijd*, ik zeg, *in vroeger tijd*; — want het is nuttig te herinneren, dat deze vervolgingen sedert lang hebben opgehouden, — zijn blootgesteld geweest, zoo kan ik daarom toch niet deelen in de meening van hen, die niet schromen deze veroordeelingen onwettig te noemen, en die van oordeel zijn, dat op den Staat, zoo niet de rechterlijke dan toch de zedelijke verplichting zoude rusten, om de boeten terug te geven, welke ten gevolge van die vonnissen, in de schatkist zijn gestort."

In den loop der discussie verkreeg ook GROEN VAN PRINSTERER het woord. Nu men gevraagd had, of er in de laatste tien jaren iets gebeurd was dat naar vervolging geleek, noemde hij een voorbeeld uit 1846, dus geen tien jaren geleden. Hij bedoelde het geval-Mevrouw ZEELT. Zij was immers herhaaldelijk voor de rechtbank gedagvaard en met heftigheid en bitterheid bejegend. En toen zij zich tot het Gouvernement wendde, ontving zij een afwijzend antwoord, dat op deze gronden berustte:

„Overwegende, dat de begeerte der adressante ter godsdienstige stichting, voor hare subjectieve behoefte berekend, bevrediging zou kunnen vinden, zonder iemand aanstoot te geven of eenige wet te overtreden, overmits niets haar verhindert binnen de besloten wanden van hare woning voor zich en hare huisgenooten godsdienstoefeningen te houden."

„Ziedaar", zei GROEN, „de verdraagzaamheid, welke men, nog in 1846, heeft in praktijk gebracht. Dit is nu wellicht geen vervolging in den eigenlijken zin, het is ook niet de gelijkstelling, welke de Grondwet bedoelt".

Voorts achtte GROEN het van algemeen belang om „in het vaderland

te behouden, en niet naar gene zijde van den Oceaan te verbannen, landgenooten, die, gelijk de adressanten, goed getuigenis hebben, en aan wie geen ander verwijt gedaan wordt, dan dat zij met nauwgezetheid, naar hunne overtuiging, God wenschen te dienen”.

Sprekende over het besluit van 1841 had de heer ENGELN het een laakbare zwakheid van de afgescheidenen genoemd, dat zij zich aan dat besluit hadden onderworpen. GROEN beaamde dit ten volle. Van den beginne af aan had hij den afgescheidenen dan ook ten sterkste ontraden, zich aan dat besluit te onderwerpen; vooreerst, omdat zij daardoor hun rechtmatig standpunt in de Hervormde Kerk prijs gaven, en ten tweede, omdat zij zich niet behoorden te voegen naar een besluit, dat zoo duidelijk met de Grondwet in strijd was. „Gij doet beter”, had hij hun gezegd, „met bij voortduring boete te betalen en u te laten inkerkeren, dan gebruik te maken van een aangeboden voorrecht, dat te duur zou worden gekocht”.

### XVII. *Afschaffing.*

Intusschen was de begeerte naar afschaffing van de beruchte Napoleontische artikelen al sterker geworden. Reeds in 1848 had een onpartijdig toeschouwer, de heer Mr. J. VAN LENNEP, geschreven: <sup>175)</sup>

„Men wil in Amsterdam afschaffing van die verfoeilijke wetsbepaling, welke alle vereenigingen boven de 20 personen verbod, en aanleiding gaf tot een geloofsvervolging, der Spaansche tiranny niet onwaardig.”

En ter zelfder tijd had DA COSTA in zijn woord over het ontwerp van Grondwetsherziening <sup>176)</sup> bij het hoofdstuk: *Vrijheid van Godsdienst*, aangeteekend:

„Gewaarborgd, zoo het scheen, ook door de Grondwet van 1815, is het uit de onverantwoordelijke vervolgingen en veroordeelingen van de afgescheidene Hervormden wel gebleken, hoe illusoir deze bepaling was, zoo lang men haar door een paar Napoleontische artikelen in de toepassing kon onnut maken. Onze regeerende Koning heeft onmiddellijk na zijne troonsbeklimming de vervolgingen doen staken. Toch zijn er nog tot op dezen dag hier en daar rechterlijke vervolgingen van de meest onschuldige Godsdienstige samenkomsten ingesteld. En ook het jongst voorgestelde ontwerp van Strafwetboek was van den Napoleontischen zuurdeesem op dat punt nog niet voor goed gezuiverd. Eene duidelijke, onbepaalde, verstaanbare bepaling daaromtrent was in het Ontwerp van Grondwet niet alleen niet over-

bodig, maar behoeft zelfs, zooals zij dáár is gesteld, een nog stelliger redactie.”

Veler hoop was toen op Minister DONKER CURTIUS gevestigd; maar, gelijk we boven reeds zagen, hij beantwoordde aanvankelijk niet aan de verwachting.

In 1851 werd weder een ontwerp op het recht van vereeniging ter tafel gebracht; nu afkomstig van den Minister VAN ROSENTHAL; maar daarvan verklaarde de heer JONGSTRA: „Het is drukkend, veel drukker dan de Napoleontische bepalingen van den Code Pénal”.<sup>177)</sup>

In 1853 nam Mr. DONKER CURTIUS opnieuw de portefeuille van Justitie op zich. Bij de algemeene beraadslaging over de eerste begrooting van Justitie op 25 November noemde Mr J. F. Baron VAN REEDE VAN OUDTSHOORN de artikelen 291 e. v. van het Code Pénal: een oneer voor den Nederlandschen Staat, strijdig met de Grondwet en met het recht der gezindheden. Zelfs in 1852 had nog een veroordeeling ter zake van het houden van een godsdienstoefening in strijd met art. 294 C. P. plaats gevonden. De Minister verklaarde nu van de noodzakelijkheid der afschaffing van deze bepalingen overtuigd te zijn. Maar toen naar sommiger oordeel de gelegenheid kwam om het voornemen uit te voeren, n.l. bij het wetsontwerp tot verandering in de straffen op misdrijven, en GROEN VAN PRINSTERER op 31 Mei 1854 om de wegneming der artt. 291 e. v. van het Code Pénal vroeg: („is het niet mogelijk ons van die artikelen te verlossen?”) meende de Minister dat dit onderwerp hierbij niet ter sprake kon komen; hij zegde echter toe, tot de afschaffing te zullen overgaan bij een wetsontwerp op het recht van vereeniging en vergadering.<sup>178)</sup> En merkwaardig! op 19 Juni d. a. v. vinden we in de Archieven van het Departement van Hervormde en andere Eerediensten, met betrekking tot de Christelijke Afgescheidenen te Vlissingen aangeteekend:

„In het thans bestaande tijdvak van overgang is noodeloze bemoeijelijking der Afgescheidenen ongeraden en kan er geene te groote toegeeflijkheid, in strijd met art. 291 e.v. Code Pénal worden aangewend, zoolang de samenkomsten niet op eene of andere wijze de orde verstoren.”<sup>179)</sup>

Nog in 1854 droeg Minister DONKER CURTIUS nu een ontwerp voor tot regeling en beperking der uitoefening van vereeniging en vergadering, waarbij hij de afschaffing der gewraakte artikelen inderdaad aan de orde stelde. De beraadslagingen over dit ontwerp begonnen in Maart



1855. GROEN was toen geen lid der Kamer. Maar van antirevolutionaire zijde voerden hierbij MACKAY, ELOUT en VAN REEDE het woord.

In de zitting van 7 Maart haalde MACKAY eenige oude herinneringen op.

„Er waren inrichtingen, die autorisatie behoefden, en hoe ging het daarmee? Ik herinner b.v. aan de tijden der afgescheidenen. Oude tijden, zal men zeggen, oude zaken; maar geen oud stelsel, dat ik nog dezer dagen heb verdedigd gezien, hoe niet-erkenning doet gelijkstellen met oproermakers en beroerders.”

In diezelfde zitting wees ELOUT nog eens op het vroeger door GROEN aangehaalde voorbeeld van Mevrouw ZEELT:

„Een oude vrouw, vijftig jaar lang gewoon hare vergaderingen te houden om daar vereenigd te bidden, verzocht aan de Ministers van Justitie en Eeredienst kwijtschelding van boete, daarvoor haar opgelegd. En wat verklaarden die beide zeer achtenswaardige mannen? Zij verklaarden, geheel ter goeder trouw en volgens hunne subjectieve opinie, dat het immers niet noodig was in het belang der vrije godsdienstoefening, met meer dan één, God te bidden!”

In de zitting van 8 Maart kwam de beraadslaging aan de orde over het voorgestelde artikel 16: „De artt. 291, 292 en 294 van het Wetboek van Strafrecht worden afgeschaft.” Nu stond VAN REEDE VAN OUDTSHOORN op, om te verklaren, dat hij een lijkrede wilde houden bij de begrafenis van deze wettelijke bepalingen „welke gedurende hun bestaan zooveel kwelling, zooveel onheil in ons vaderland hebben te weeg gebracht, zooveel tranen hebben doen storten, zooveel weerlooze en onschuldige landgenooten doen vervolgen, aan welke niets anders kon worden ten laste gelegd, dan dat zij wenschten hunnen God naar hun geweten te dienen”. De spreker voelde zich onweersstaanbaar gedrongen thans een enkel oogenblik te wijden aan de herdenking van al het kwaad, door middel van die artikelen en andere daarmee in verband gebrachte maatregelen in ons land gesticht. Dit toch kon zijn nut hebben en tot waarschuwing strekken zoowel voor het tegenwoordige als voor het toekomstige geslacht. Daarop las hij een en ander voor uit een werk dat indertijd gedurende de vervolgingen was uitgekomen: „De maatregelen tegen de Afgescheidenen aan het Staatsregt getoetst” door Mr. G. GROEN VAN PRINSTERER, uitgegeven in het jaar 1837. Voorts herinnerde de spreker, dat hij nog geen jaar geleden er in deze Kamer op gewezen had, hoe deze artikelen nog steeds als een dreigend zwaard boven het hoofd van velen

hingen. Ook verklaarde hij het bewijs te kunnen leveren, dat nog onlangs in een gemeente in de nabuurschap van de residentie, beproefd was om deze strafbepalingen weer in toepassing te brengen. Een burgemeester in de buurt der residentie had namelijk een samenkomst der Vrienden Israëls willen beletten, en in de residentie zelve had men een openbare lezing van een protestantsch geworden kapelaan zóó bemoeilijkt, dat deze zijn voorlezing had moeten uitstellen.<sup>180)</sup> Afschaffing van de beruchte artikelen was dus, volgens den heer VAN REEDE, dringend noodzakelijk. Ten slotte verklaarde hij dan ook, dat er in dit wetsontwerp geen bepaling was voorgedragen, waaraan hij met meer genoegen zijn stem zou geven. Het was hem een wezenlijk genot die artikelen mede te helpen begraven en hij hoopte dat, wanneer ze eenmaal wel en behoorlijk in het graf zouden zijn neergelegd, zij nimmermeer daaruit zouden herrijzen.

Ook door MACKAY werd de begrafenis dezer artikelen behoorlijk uitgeluid. Hij sprak in diezelfde zitting van den 8sten Maart:

„Ik zal geen cypres planten op het graf van die artikelen; het zou te groote eere zijn. Ik wil eerder juichen, dat die artikelen verdwijnen, en, indien ik een boom moest planten, het zou zijn een laurier om een lauwer aan den Minister te geven voor het afschaffen dezer bepalingen. Ik hecht er veel waarde aan, Mijne Heeren, dat die artikelen verdwijnen, want de toepassing heeft, zooals de voorlaatste geachte spreker (de heer VAN REEDE) reeds gezegd heeft, nog heden ten dage plaats. Die Napoleontische bepalingen werden nog onlangs, niet alleen (zooals die spreker zeide) bij, maar ook in de residentie gehandhaafd.”

In de tweede plaats hechtte spreker aan het wegvallen van die artikelen, omdat nog heden ten dage wetenschappelijk en juridisch was betoogd, dat de maatregelen tegen de afgescheidenen, in der tijd genomen, wettig en noodig waren.

Sinds Mr. W. HEINEKEN echter in 1868 zijn proefschrift publiceerde,<sup>181)</sup> is het wetenschappelijk en juridisch vrijwel uitgemaakt, „dat er onder Willem I onderdrukking heeft plaats gehad”. Prof. Mr. J. Th. BUYS sprak dan ook terecht van „uitvluchten”, waarmee men in de dagen van de vervolging tegen de Afgescheidenen getracht heeft, aan die vervolging een grondwettelijke basis te geven.<sup>182)</sup> En Mr. S. VAN HOUTEN herinnerde eens aan „de smadelijke bladzijden in onze geschiedenis, waarop de vervolgingen tegen de Afgescheidenen staan geboekstaafd”.<sup>183)</sup>

Die keer nu in de publieke opinie is hoofdzakelijk te danken aan GROEN's rustelooze verdediging van het recht der Afscheidenen. En het was wel fijn gevoeld van den Kamper docent Ds A. BRUMMELKAMP, toen hij in 1871 de nieuwe vertaling van Calvijns commentaar op de Evangelieën aan GROEN VAN PRINSTERER opdroeg, gelijk CALVIJN het ten jare 1555 gedaan had aan de Regeering der stad Frankfort. CALVIJN deed dit „omdat bij de vervolging, die vijf jaren tevoren allereergsten de belijders trof, die stad niet alleen bij de waarheid had volhard, maar ook hare poorten geopend voor hen, die aldus werden vervolgd, en hij zich daardoor als door een heiligen band aan haar verbonden gevoelde”. BRUMMELKAMP nu meende in Calvijns geest te handelen, wanneer hij voldeed aan de behoefte zijns harten en deze nieuwe uitgave aan GROEN opdroeg, hulde brengende aan hetgeen deze staatsman voor de Afscheidenen was geweest:

„Werd ik met anderen verwaardigd om den strijd aan te binden voor Gods Woord en waarheid, en meende het Hervormd Kerkbestuur ons daarom niet slechts van onze bediening te moeten ontzetten, maar zelfs bij de burgerlijke Overheid pogingen aan te wenden om de vrijheid van geweten ons te betwisten: Gij waart het, die al zeer spoedig in Uwe brochure: „*De maatregelen tegen de Afscheidenen aan het Staatsrecht getoetst*” het ongerijmde en schuldige daarvan in 't licht steldet, en de voortreffelijkheid van 't geen Gij in Uwe „*Beginzelen*” hadt neergelegd, praktisch tegenover verdrukking en willekeur aantoonde. Welk een smaad U dit berokkende, behoef ik niet te zeggen. 't Was eigenlijk ook slechts de smaad van Christus en daar stond de eere Gods tegenover. De Heere zegt immers: „die mij dient, de Vader zal hem eeren”. Maar hoezeer Gij ons er door aan U verplicht hebt, sta hier ter blijvende gedachtenis opgeteekend. 't Werd ook weldra kennelijk, dat men U niet kon weerleggen, en de pogingen er toe aangewend stelden slechts te meer in 't licht voor welk een slechte zaak bekwame tegenstanders het woord hadden opgevat.”<sup>184</sup>)

De zoon en naamgenoot van dezen ouden BRUMMELKAMP, de heer A. BRUMMELKAMP Jr, herhaalde dit getuigenis van zijn vader, toen hij 23 Mei 1876, aan GROEN's geopende groeve, nadat een rij van sprekers elkander was opgevolgd, ook nog het woord verzocht, en met teedere piëteit zijn dankbaarheid voor GROEN's werk in deze woorden vertolkte:

„Het Kerkgenootschap, waartoe ik de eer heb te behooren, de Christelijke Gereformeerde Kerk, heeft een persoonlijken plicht van dankbaarheid aan dit graf te vervullen.

„Ofschoon ik geen officieel mandaat of eenige lastgeving heb om

dien plicht te volbrengen, is het mij, is het ons, Christelijke Gereformeerden, toch onmogelijk hier te staan, zonder te denken aan hetgeen de heer GROEN VAN PRINSTERER voor ons is geweest, zonder dankbaar te gewagen van het opkomen voor de vrijheid des gewetens, ten onzen behoeve eenmaal door hem gedaan.

„Er was een tijd, waarin de publieke opinie, voorgelicht door eene dwalende staatkunde, meende, dat men den burger niet vrij moest laten in de wijze, waarop hij dacht God te moeten dienen. De godsdienstoefeningen moesten zich bewegen in het officiële kader; wat daarbuiten durfde gaan, heette onwettig. „Maatregelen” werden daartegen genomen, en die weinige burgers, meest stillen in den lande, die meenden gewetenshalve niet meer tot het Hervormde Kerkgenootschap te mogen behooren, dreigden van die „maatregelen” het slachtoffer te worden.

„Ik spreek hier van die dwalende staatkunde vrijuit, omdat niemand een verkeerde bedoeling aan mijne woorden zal toeschrijven, en omdat tot eer van onze hedendaagsche staatkundigen mag gezegd worden, dat niemand, niemand haar meer verdedigt. Maar op dat tijdstip wist men niet beter, en waarschijnlijk zouden wij zelve, hadden we toen geleefd, niet anders hebben gedaan.

„De heer GROEN was toen een jeugdig Rechtsgeleerde en Staatsman, die zijn sporen nog verdienen moest; nog niet de groote GROEN van later. Maar toen heeft hij — en aan dat moment uit zijn leven wenschte ik te herinneren — de impopulariteit getrotseerd, die zulks om zijn naam en toekomst als Staatsman en Rechtsgeleerde brengen kon, om die „maatregelen” af te keuren en de Regeering en allen die in hoogheid gezeten waren, opmerkzaam te maken, dat zij een inbreuk inhielden op de edelste vrijheid door de Vaders op de tirannie der Spanjaarden veroverd, dat zij een tekortdoen waren aan de vrijheid des geestes, die tot de edelste schatten onzer Natie behoort! Dit heeft de publieke opinie doen keeren en ons — uit diepen grond des harten willen we het hier dankbaar herhalen — vrij doen ademen.

„Dat gebeurde toen. En later, in den langdurigen kerkelijken strijd van den heer GROEN, dien wij steeds met groote belangstelling hebben gevolgd, heeft het ons altijd getroffen, hoe de Ontslapene naar hereeniging verlangde. Er loopt een licht herkenbare draad door het weefsel zijner kerkelijke geschriften, die wij, Christelijke Gereformeerden, niet kunnen bespeuren, zonder dat ons een trilling door het harte gaat, en die het ons duidelijk maakt, dat op kerkelijk gebied almeê geen heerlijker dag voor den heer GROEN had kunnen aanbreken, dan die der hereeniging der vaneen gescheurde kerk van Christus in ons land. Ook daaraan is het ons behoefte hier dankbaar te gedenken. En nu dit stoffelijk overschot, dit kostbaar graan, in de aarde gelegd wordt, nu kunnen we den wensch niet

achterhouden, dat het ook in dezen zin veel vrucht moge dragen, vrucht die den Ontslapene niet minder zou hebben verheugd dan ons.

„Wij Christelijke Gereformeerden danken God, dat Hij een GROEN VAN PRINSTERER verwekt heeft, om ook ons goed recht te verdedigen. We zullen hem niet vergeten. We hebben zijn nagedachtenis lief; en zoolang het Evangelie van Jezus Christus van onze kansels zal verkondigd worden, zullen we zijner blijven gedenken en zijn naam aanschrijven onder de beste Mannen uit onze rijke Historie!”<sup>185)</sup>

1) Tafelrede aan den maaltijd van de Vereeniging *Nederland in den Vreemde* op 5 Februari 1930. Zie mijn: *De Afscheiding*, vierde herziene druk, 1930, blz. 217.

2) Brief van Bilderdijk aan H. W. Tydeman, 13 Februari 1811. Zie *Briefwisseling*, Eerste Deel, blz. 246 en 247.

3) Opgenomen in de *Levensbeschrijving van Prof. A. Brummelkamp* door A. BRUMMELKAMP Jr, blz. 83 en 84.

4) Mr. D. P. D. FABIUS, *Het Reglement van '52*, blz. 371.

5) P. J. MEERTENS, *Johan Willem Vijgeboom, de Voorloper der Afscheiding*, overdruk uit „Nederlandsch Archief voor Kerkgeschiedenis” XXVII, 1934, blz. 37 en 38.

6) Mr. A. W. VAN APPELTERE, *Pleitrede in de zaak van Hendrik Petrus Scholte* c. s., blz. 51.

7) *Willem de Clercq naar zijn Dagboek*, II, blz. 145.

8) G. J. VOS Azn, *Groen van Prinsterer en zijn tijd*, I, blz. 129 en 130.

9) H. DE COCK, *Hendrik de Cock*, 2e dr., bl. 157.

10) Dr. J. TH. DE VISSER, *Kerk en Staat*, deel III, blz. 265.

11) G. J. VOS Azn, *Geschiedenis der Vaderlandsche Kerk*, 2e dr. blz. 441.

12) Mr. S. SYBENGA, *De Afscheiding en het Algemeen Reglement voor het Bestuur der Ned. Herv. Kerk van 1816*, blz. 42—44.

13) *Handelingen van de Algemeene Christelijke Synode der Hervormde Kerk in het Koninkrijk der Nederlanden in den jare 1835*, blz. 38—42.

14) Papieren fam. VAN MAANEN. Rijksarchief.

15) *Herinneringen van vroeger en later tijd van Mr. H. v. A.*, blz. 177.

16) *Handelingen van de A. Chr. Synode der Herv. Kerk, 1835*, blz. 94.

17) B. TER HAAR en W. MOLL, *Geschiedenis der Christelijke Kerk in Nederland, in Tafereelen*, deel II, blz. 680.

18) Dr. J. TH. DE VISSER, *Kerk en Staat*, deel III, blz. 270.

19) G. GROEN VAN PRINSTERER, *Het Regt der Hervormde Gezindheid*, blz. 125.

20) *Brieven van Wormser*, deel I, blz. 296.

21) *Handelingen van de A. Chr. Synode der Herv. Kerk, 1835*, blz. 118.

22) *Handelingen van de A. Chr. Synode der Herv. Kerk, 1836*, blz. 52.

23) Rijksarchief.

24) *Handelingen van de A. Chr. Synode der Herv. Kerk, 1836*, blz. 53.

25) T. a. p., blz. 13 en 14.

26) Mr. S. SYBENGA, *De Afscheiding enz.*, blz. 44.

27) ELOUT VAN SOETERWOUDE, *Verklaring aan de Hervormde Gemeenten in Nederland*, 's Gravenhage, 9 December 1886. Opgenomen in *De Standaard* van 13 December, tweede blad. Ook als tractaatje afzonderlijk verschenen onder den titel: *Elout van Soeterwoude contra de Synodale Hiërarchie*.

28) Zie: *Een wichtig gedenkschrift*, opgenomen in *De Standaard* van 1 September 1872, Zondagsnummer. Vgl. ook: Prof. Mr. D. P. D. FABIUS, *Elout van Soeterwoude*, in het „Mengelwerk” van het *Jaarboekje voor 1894* ten dienste van de Christelijke Jongelingsverenigingen in Nederland, uitgegeven door den

Nederlandschen Bond van Jongelingsverenigingen op gereformeerden grondslag, derde jaargang, blz. 107.

<sup>29)</sup> Mr. T. DE VRIES, *Mr. G. Groen van Prinsterer: Een Bibliografie*, blz. 42 en 43.

<sup>30)</sup> GROEN VAN PRINSTERER, *Nederlandsche Gedachten*, 8 Augustus 1872, blz. 277—279.

<sup>31)</sup> Ik maakte hiervoor een dankbaar gebruik van een exemplaar van GROEN'S *Maatregelen tegen de Afgescheidenen aan het Staatsregt getoetst* „met aantekeningen van het verschil tusschen dit gedrukte stuk en de confidentieele memorie in April 1837 den Koning overhandigd". De heer D. C. HAAK te Berkel (Z. H.) is de gelukkige bezitter van dit exemplaar.

<sup>32)</sup> GROEN VAN PRINSTERER, *Nederlandsche Gedachten*, 22 December 1873, blz. 290.

<sup>33)</sup> Zie: Dr. A. GOSLINGA, *Koning Willem I als verlicht Despoot*. Rede ter aanvaarding van het ambt van Hoogleeraar in de Geschiedenis aan de Vrije Universiteit, uitgesproken den 8sten Juli 1918.

<sup>34)</sup> GROEN VAN PRINSTERER, *Nederlandsche Gedachten*, 8 Augustus 1872, blz. 276.

<sup>35)</sup> Mr. A. M. C. VAN HALL, *De Vrijheid van Godsdienstoefeningen in Nederland, verdedigd*. Tweede en met een naschrift vermeerderde druk, 1835. — DEZELFDE, *De Vrijheid der Gereformeerde Gemeenten in Nederland, verdedigd*. 1836.

<sup>36)</sup> Mr. J. W. GEFKEN, *De Rechtsvraag: Zijn de bepalingen van het Code Pénal, over ongeoorloofde genootschappen of vergaderingen, toepasselijk op godsdienstige bijeenkomsten en godsdienstoefeningen, in Nederland?* 1836.

<sup>37)</sup> H. P. SCHOLTE, *Verdediging van conscientie- en godsdienstvrijheid*, 1835. DEZELFDE, *Verdediging van Conscientie- en Godsdienstvrijheid*. Twee pleitredenen, uitgesproken te Utrecht en Amsterdam. Met de daarbij behorende vonnissen, 1836. — DEZELFDE, *Verdediging van Conscientie- en Godsdienstvrijheid*. Pleitrede, uitgesproken te Middelburg, 1836.

<sup>38)</sup> S. VAN VELZEN, *Verantwoording wegens Godsdienst, voor de Regtbank te Heerenveen, met een woord aan mijne landgenooten*, 1836.

<sup>39)</sup> Zie: *De Reformatie, Tijdschrift der Christelijke Gereformeerde Kerk in Nederland*, Eerste Deel, 1837, blz. 51 en 52.

<sup>40)</sup> Zie zijn brief aan DE CLERCQ, 15 Juli 1837. Reveil-archief.

<sup>41)</sup> *Nederlandsche Stemmen*, deel V, blz. 234.

<sup>42)</sup> Zie: Prof. Dr. Z. W. SNELLER, *Willem van Hogendorp in zijne betrekking tot het Reveil*, in *Christendom en Historie*, Lustrumbundel MCMXXV, blz. 263. Prof. SNELLER zelf karakteriseert daar GROEN'S „Maatregelen" treffend juist als „dat weinig omvångrijke, maar grandiose geschrift, waarin geheel de kerkelijke en staatkundige politiek der Nederlandsche orthodoxie voor de 19e eeuw ligt besloten en met geniale intuïtie is voorgevoeld."

<sup>43)</sup> Brief van Da Costa aan De Clercq, 24 Juli 1837. Reveil-Archief.

<sup>44)</sup> Mr. S. SYBENGA, *De Afscheiding*, enz., blz. 59 en 60.

<sup>45)</sup> T. a. p. blz. 61—65.

<sup>46)</sup> Zie mijn artikel: *Thorbecke, de Advocaat der Regeering*, in het weekblad *De Reformatie* van 26 Augustus 1932.

<sup>47)</sup> Zie: Mr. S. VAN HOUTEN, *De Staatsleer van Mr. Thorbecke*, 1872, blz. 51; aangehaald door GROEN VAN PRINSTERER in zijn *Nederlandsche Gedachten* van 8 Augustus 1872, blz. 276.

<sup>48)</sup> *Nederlandsche Gedachten* van 8 Augustus 1872, blz. 275 en 276.

<sup>49)</sup> Zie het *Voorberigt* van GROEN VAN PRINSTERER in zijn *Verspreide Geschriften*, Tweede Deel (1860) blz. V.

<sup>50)</sup> *1837 en 1853. Zelfstandigheid der Kerk of Alvermogen van den Staat*, blz. 24, 27 en 34, een bijdrage ter vergelijking van de stelsels omtrent de verhouding der Gezindheden tot den Staat.

- 51) *Brieven van Thorbecke*, blz. 79.
- 52) T. DE VRIES, *Mr. G. Groen van Prinsterer, Een Bibliografie*, blz. 51.
- 53) *Kerkelijk Staatsregt*, Onderzoek van de brochure: De maatregelen tegen de Afgescheidenen aan het Staatsregt getoetst. En nogmaals onder denzelfden hoofdtitel: *Kerkelijk Staatsregt*, Antwoord aan den heer Mr. G. Groen van Prinsterer (beide verschenen in 1837).
- 54) *Nederlandsche Stemmen*, 6e deel, blz. 24.
- 55) *Nederlandsche Stemmen*, 6e deel, blz. 46.
- 56) Mr. FRANÇOIS FRETTS, *De betrekking van den Staat tot de Godsdienst, volgens de Grondwet, met eene voorafsprak aan Mr. G. Groen van Prinsterer*, 1837.
- 57) Zie de *Staatscourant* van Donderdag 28 December 1837.
- 58) *De Regeering en de Gescheidenen*, opgenomen in *De Reformatie*, 3e deel, 1838, blz. 73—78.
- 59) GROEN VAN PRINSTERER, *Het Regt der Hervormde Gezindheid*, blz. 125.
- 60) *De Reformatie*, 5e deel, 1839, blz. 56.
- 61) *De Staatscourant* van 14 December 1838.
- 62) *De Reformatie*, 5e deel, 1839, blz. 58—60.
- 63) Mr. ADRIAAN WILLEM VAN APPELTERE, *Het Staatsregt in Nederland, vooral met betrekking tot de Kerk, en de handelingen der Regeering ten opzichte der Afgescheidenen nader toegelicht*, 1837.
- 64) Mr. S. SYBENGA, *De Afscheiding enz.*, blz. 64.
- 65) Mr. ADRIAAN VAN APPELTERE, *Pleitrede in de zaak van H. P. Scholte*, 2 December 1835.
- 66) Het is dan ook zeer wel mogelijk, dat niet THORBECKE, maar VAN APPELTERE de opdracht van het Gouvernement ontvangen had om een officieele apologie der Regeering tegen GROEN's geschrift saam te stellen. Zie ook: W. HEINEKEN, *De Staat en het Kerkbestuur*, blz. 106.
- 67) T. a. p. blz. 122.
- 68) Mr. G. GROEN VAN PRINSTERER, *Verspreide Geschriften*, 2e deel, blz. 70 en 71.
- 69) Mr. A. W. VAN APPELTERE, t. a. p. blz. 18.
- 70) T. a. p. blz. 26.
- 71) T. a. p. blz. 15.
- 72) T. a. p. blz. 22 en 23.
- 73) T. a. p. blz. 71.
- 74) T. a. p. blz. 71, 72.
- 75) T. a. p. blz. 73.
- 76) T. a. p. blz. 127—129.
- 77) T. a. p. blz. 132—146.
- 78) T. a. p. blz. 71.
- 79) T. a. p. blz. 135.
- 80) Mr. G. GROEN VAN PRINSTERER, *Verspreide Geschriften*, blz. 71.
- 81) T. a. p. blz. 75 en 76.
- 82) *Een blik op het werkje van Mr. Groen van Prinsterer*, door een vriend van waarheid en liefde, 1837.
- 83) J. J. LE ROY, *Vrijmoedig Woord over de geschriften van de Heeren Frets, Van Appeltere en eenen ongenoemde, betrekkelijk dat van den Heer Groen van Prinsterer, De maatregelen tegen de afgescheidenn aan het Staatsregt getoetst*, 1837.
- 84) T. a. p. blz. 11.
- 85) *Verdediging van de handelingen der gescheidenen tegen de beschuldigingen van Mr. A. W. van Appeltere* in *De Reformatie*, November 1837, blz. 283—317; ook afzonderlijk verschenen onder den titel: *Iets over het onlangs uitgekomen geschrift van Mr. A. W. van Appeltere, voornamelijk ingerigt ter verdediging der*

- vervolgingen tegen de Afgescheidene Gereformeerden in Nederland, 1837.
- <sup>86)</sup> J. BOSCH, *Een korte, maar moeilijke levensweg*, blz. 36 en 51.
- <sup>87)</sup> *De Reformatie*, November 1837, blz. 308.
- <sup>88)</sup> T. a. p. blz. 406 en 407.
- <sup>89)</sup> A. BRUMMELKAMP Jr, *Levensbeschrijving van Professor Brummelkamp*, blz. 93 en 94.
- <sup>90)</sup> T. a. p. blz. 310 en 311.
- <sup>91)</sup> Mr. C. M. VAN DER KEMP, *Beoordeeling van het geschil over de maatregelen tegen de Afgescheidenen (eene weerlegging van het geschrift des heeren Van Appeltere)*. In twee Stukjes. Eerste Stukje, 1837; Tweede Stukje, 1838.
- <sup>92)</sup> Eerste Stukje, blz. 42 en 43.
- <sup>93)</sup> GROEN VAN PRINSTERER, *De Maatregelen tegen de Afgescheidenen aan het Staatsregt getoetst*, blz. 40. Zie ook: VAN APPELTERE, *Het Staatsregt in Nederland*, enz. bl. 94, *De Reformatie*, November 1837, blz. 307, en FABIUS, *Het Reglement van '52*, blz. 373.
- <sup>94)</sup> Tweede Stukje, blz. 35.
- <sup>95)</sup> T. a. p. blz. 45 en 46.
- <sup>96)</sup> T. a. p. blz. 47 en 48.
- <sup>97)</sup> T. a. p. blz. 51—56.
- <sup>98)</sup> H. J. ROYAARDS, *Hedendaagsch Kerkregt bij de Hervormden in Nederland*, deel II, blz. 417—424. Zie ook: VOS, *Groen van Prinsterer*, II, blz. 21 en 22.
- <sup>99)</sup> *Gedachten en beoordeeling bij en na het lezen van het werk van den Heer G. Groen van Prinsterer, ten titel voerende: De Maatregelen tegen de Afgescheidenen aan het Staatsregt getoetst. Door eenen voorstander van godsdienstvrijheid en verdraagzaamheid*, 1837.
- <sup>100)</sup> Zie: S. SYBENGA, *De Afscheiding* enz., blz. 65.
- <sup>101)</sup> T. a. p. blz. 7.
- <sup>102)</sup> T. a. p. blz. 20 en 21.
- <sup>103)</sup> P. BOELES, *Over Staatsregt, Hervormd Kerkbestuur en Separatisme, Naar aanleiding van het geschrift van Mr. G. Groen van Prinsterer: „De Maatregelen tegen de Afgescheidenen aan het Staatsregt getoetst”*, 1838.
- <sup>104)</sup> T. a. p. blz. 188 en 189.
- <sup>105)</sup> T. a. p. blz. 266.
- <sup>106)</sup> GROEN VAN PRINSTERER, *De Maatregelen tegen de Afgescheidenen aan het Staatsregt getoetst*, blz. 45.
- <sup>107)</sup> BOELES, t. a. p. blz. 198.
- <sup>108)</sup> *De Reformatie*, dl II, blz. 58.
- <sup>109)</sup> T. a. p. dl II, blz. 58.
- <sup>110)</sup> *Nederlandsche Stemmen*, dl V, blz. 23; dl VI, blz. 120.
- <sup>111)</sup> *De Reformatie*, dl I, blz. 321.
- <sup>112)</sup> *Nederlandsche Stemmen*, dl V, blz. 191.
- <sup>113)</sup> *Nederlandsche Stemmen*, dl V, blz. 142.
- <sup>114)</sup> *De Reformatie*, dl I, blz. 321
- <sup>115)</sup> T. a. p.
- <sup>116)</sup> *De Reformatie*, dl II, blz. 110.
- <sup>117)</sup> *De Reformatie*, dl II, blz. 125; *Nederlandsche Stemmen*, dl V, blz. 239.
- <sup>118)</sup> *De Reformatie*, dl II, blz. 126; *Nederlandsche Stemmen*, dl V, blz. 239.
- <sup>119)</sup> *De Reformatie*, dl II, blz. 365; *Nederlandsche Stemmen*, dl VI, blz. 45.
- <sup>120)</sup> *De Reformatie*, dl II, blz. 367—370; *Nederlandsche Stemmen*, dl VI, blz. 14 en 45.
- <sup>121)</sup> *De Reformatie*, dl III, blz. 88—91; *Nederlandsche Stemmen*, dl VI, blz. 72 en 88.
- <sup>122)</sup> *De Reformatie*, dl III, blz. 90; *Nederlandsche Stemmen*, dl VI, blz. 89.
- <sup>123)</sup> *De Reformatie*, dl III, blz. 175 en 176; *Nederlandsche Stemmen*, dl VI, blz. 120.



- 124) *Nederlandsche Stemmen*, dl VI, blz. 89.
- 125) *De Reformatie*, dl III, blz. 178.
- 126) *De Reformatie*, dl II, blz. 267 en 268.
- 127) *De Reformatie*, dl IV, blz. 264—271.
- 128) *De Reformatie*, dl IV, blz. 278 en 390—399.
- 129) *Nederlandsche Stemmen*, dl. V, blz. 24.
- 130) *De Reformatie*, dl III, blz. 245.
- 131) *De Reformatie*, dl V, blz. 173—180.
- 132) T. a. p. blz. 180.
- 133) J. C. RULLMANN, *De Afscheiding*, 4e dr. hfdst. XVII, § 2, blz. 264—266.
- 134) T. a. p. hfdst. XVII, § 8, blz. 287 en 288.
- 135) Mr. G. GROEN VAN PRINSTERER, *Adviezen in de Tweede Kamer der Staten-Generaal in Dubbelen Getale*, 1840, blz. 29 en 30.
- 136) T. a. p. blz. 32—34.
- 137) T. a. p. blz. 63 en 64.
- 138) T. a. p. blz. 93.
- 139) H. DE COCK, *Hendrik de Cock*, blz. 628.
- 140) S. VAN VELZEN, *Gedenkschrift der Christelijke Gereformeerde Kerk*, blz. 118.
- 141) Dr. J. C. VAN DER DOES, *De Afscheiding*, blz. 335—337.
- 142) H. DE COCK, *Hendrik de Cock*, blz. 616.
- 143) *De Reformatie* 1841, blz. 170. *De Nederlander*, 23 July 1850. Zie: P. A. DIEPENHORST, *Groen van Prinsterer*, blz. 241.
- 144) *De Reformatie*, November 1837, blz. 284.
- 145) *De Hollandsche Kolonie in Michigan I*, *Algemeen Handelsblad* 5 Juli 1926, *Avondblad*, *Tweede Blad*.
- 146) Dr. J. VAN HINTE, *Nederlanders in Amerika*, deel I, blz. 135.
- 147) A. BRUMMELKAMP en A. C. VAN RAALTE, *Landverhuizing, of waarom bevorderen wij de Volksverhuizing naar Noord-Amerika en niet naar Java?* 1846.
- 148) Dr. J. VAN HINTE, *Nederlanders in Amerika*, deel I, blz. 135.
- 149) Mr. S. SYBENGA, *De Afscheiding*, blz. 52.
- 150) Dr. M. COHEN STUART, *Zes maanden in Amerika*, 2e dr. blz. 215.
- 151) Mr. G. GROEN VAN PRINSTERER, *Het Regt der Hervormde Gezindheid*, blz. 123 en 124.
- 152) Mr. G. GROEN VAN PRINSTERER, *Aan G. Graaf Schimmelpenninck*, *Tweede Stuk*, blz. 67 en 68. Zie ook mijn artikel: *Gezant Diekema en Geloofsvervolging in De Reformatie* 23 Januari 1931.
- 153) *De Reformatie*, 2e serie, 2e deel 1842, blz. 239 en 240.
- 154) Mr. S. SYBENGA, *De Afscheiding*, blz. 52.
- 155) *Brieven van Da Costa*, dl I, blz. 233, 234, en 237.
- 156) J. A. G. DE WAAL, *De Afscheiding, Feestgave*, 1884, blz. 30. *Brieven van Wormser*, dl I, blz. 120.
- 157) GROEN VAN PRINSTERER, *Adviezen in de Tweede Kamer der Staten-Generaal*, dl II, blz. 288.
- 158) *De Vereeniging: Christelijke Stemmen*, dl I, blz. 184.
- 159) T. a. p. blz. 727. *Brieven van Da Costa*, dl I, blz. 267.
- 160) *De Vereeniging: Christelijke Stemmen*, dl II, blz. 63 en 64.
- 161) A. BRUMMELKAMP, *Levensbeschrijving van Professor A. Brummelkamp*, blz. 293.
- 162) *De Vereeniging: Christelijke Stemmen*, dl II blz. 748 e. v.; dl III blz. 20 e. v.
- 163) T. a. p. dl III, blz. 22.
- 164) T. a. p. dl II, blz. 790 en 791.
- 165) A. BRUMMELKAMP, *Levensbeschrijving van Professor A. Brummelkamp*, blz. 306.

- <sup>166)</sup> T. a. p. blz. 308.
- <sup>167)</sup> *De Vereeniging: Christelijke Stemmen*; dl II, blz. 736—739.
- <sup>168)</sup> T. a. p. blz. 735.
- <sup>169)</sup> T. a. p. blz. 790.
- <sup>170)</sup> T. a. p. dl III, blz. 121.
- <sup>171)</sup> *Nieuw Nederlandsch Biografisch Woordenboek*, dl I, blz. 735. Zie ook: Mr. J. W. GEFKEN, *De Regtsvraag*, blz. IV en 30.
- <sup>172)</sup> GROEN VAN PRINSTERER, *Adviezen in de Tweede Kamer der S. G.*, dl I, blz. 419.
- <sup>173)</sup> *De Vereeniging: Christelijke Stemmen*, dl IX, blz. 681. GROEN VAN PRINSTERER, *Het Regt der Hervormde Gezindheid*, blz. 16.
- <sup>174)</sup> GROEN VAN PRINSTERER, *Adviezen in de Tweede Kamer der S. G.* dl I, blz. 408.
- <sup>175)</sup> J. VAN LENNEP, *Brief aan Mr. D. Donker Curtius*, blz. 10.
- <sup>176)</sup> Mr. ISAAC DA COSTA, *Het Oogenblik, een woord over het ontwerp van Grondwetsherziening*, blz. 11.
- <sup>177)</sup> Mr. G. GROEN VAN PRINSTERER, *Adviezen in de Tweede Kamer der Staten-Generaal*, deel I, blz. 410.
- <sup>178)</sup> T. a. p. blz. 419. Zie ook: B. DE GAAY FORTMAN, *Mr. J. F. Baron van Reede van Oudtshoorn in Antirevolutionaire Staatkunde*, Driemaandelijksch Orgeaan, jg. 7, 1933, blz. 91.
- <sup>179)</sup> Rijksarchief.
- <sup>180)</sup> *De Vereeniging: Christelijke Stemmen*, deel IX, blz. 681.
- <sup>181)</sup> W. HEINEKEN, *De Staat en het Kerkbestuur der Nederlandsch-Hervormden sedert het herstel onzer onafhankelijkheid*, blz. 120.
- <sup>182)</sup> J. TH. BUYS, *De Grondwet*, deel II, blz. 505. Zie ook: FABIUS, *Wezen en Praktijk der Vrijzinnigheid*, blz. 38.
- <sup>183)</sup> Mr. S. VAN HOUTEN, *Nieuwe Staatkundige Brieven* (no. 10 van 7 Oct. 1899), blz. 104.
- <sup>184)</sup> A. BRUMMELKAMP, *De Evangelien van Mattheüs, Markus en Lukas, in onderlinge overeenstemming gebracht en verklaard door Johannes Kalvijn, opnieuw uit het Latijn vertaald*.
- <sup>185)</sup> *Bij het graf van Mr. Groen van Prinsterer*, blz. 26, 29 en 30.

---

---

# INTELLECTUEEL LEVEN IN ZUID-AFRIKA

DOOR

PROF. DR. G. BESSELAAR.

Intellect is volgens de woordafleiding het vermogen om wel te onderscheiden en bewust te kiezen; volgens het spraakgebruik beteekent intellect: rede, verstand. Nu is de intellectueele zijde doorgaans niet de eerste, die wij in het oog vatten, wanneer wij het leven in Zuid-Afrika willen beschouwen. De Afrikaner is voor den Nederlander in de eerste plaats de zoon van de wijdwegdeinende veldvlakte, het kind van de ruimte, die een langen en harden kamp geleverd heeft om zijn volksaard te handhaven tegen Barbaar en Brit. Wellicht meer dan iets anders hebben de Afrikaansche vrijheidsoorlogen en de boeken daarover van dertig jaar geleden deze voorstelling gewekt en verdiept. Dit is het punt, waar de Afrikaner het eerst en het sterkst de aandacht van den gemiddelden Nederlander trekt en boeit. Onze stamverwanten, naar het verste Zuiden in 1652 overgeplant, hebben daar in den loop der eeuwen een blanke natie gevormd, die als een borduursel gewrocht is in de nederste deelen van het zwarte werelddeel, de eenige geslaagde Nederlandsche volksplanting, die haar Dietschen aard en wezen bewaard heeft. Voor het Nederlandsch nationaal gevoel, dat zich gewoonlijk slechts zeer schaamachtig kond doet, levert deze daad een welkome streeling: die jongens van Jan de Witt zijn dan toch maar Holland op zijn best, en in allen deemoed kloppen we onszelven op de borst en elkaar op den schouder met zulke knappe familie.

Zoo opgevat is het dan echter heel natuurlijk, dat dit familiebewustzijn en -zwak erg van één kant komt en wel van den Nederlandschen; ook dat het van jongen datum is. Het dagteekent immers van de Eerste en Tweede Vrijheidsoorlogen 1880 en 1881, en 1899—1902. Toen is het Nederlandsche bloed, dat ten aanzien van Zuid-Afrika in de negentiende eeuw ondanks de waarschuwingen van enkelen het gaan had

verleerd, weer gaan kruipen. Gewekt door een kaakslag, is Nederland ontwaakt tot stambewustzijn, toen geweld en list kwam bestrijden een stamverwant volk, in welks land de roofzieke lammergier uit het Noorden ongetelde schatten had ontdekt en waar goed recht zich drie jaren lang bloedig verdedigde tegen vijfvoudige overmacht. Algemeen menschelijk medelijden en Nederlandsche stamtrots hebben Nederland bewogen tot belangstelling in Zuid-Afrika. Of sluimerende wrevel in Nederlands onderbewustzijn over Brittannië's opvolging in de opperheerschappij ter zee ook meewerkte, mogen volkeren-psychologen beslissen.

Behalve medelijden en stamtrots was er echter ook een derde motief, niet van gemengd politieken, maar van zuiver ethischen oorsprong. Het was bewonderende dankbaarheid voor het feit, dat vroeg in de negentiende eeuw een bevolking, toen aangegroeid tot 40.000 blanken, eenvoudige boeren, verspreid over een oppervlakte zoo groot als Nederland, België, Frankrijk, Duitschland en de Britsche eilanden, hooge cultuurwaarden van Christendom en beschaving gesteld en gehandhaafd heeft tegenover miljoenen barbaren. De kortzichtige politiek van het Britsch imperialisme wilde na zijn verovering van de Kaap in 1806 deze mannen ontmannen door hen te brengen om hun taal en volksaard. Tienduizend Afrikaners, de room der natie, hadden toen het vermogen om wel te onderscheiden en bewust te kiezen; zij trokken onder achterlating van hun onroerend goed met vrouw en kinderen de wildernis in ter wille van hun vrijheid. Deze Voortrekkers waren geen vrijbuiters en gelukzoekers; zij verkozen onmiddellijk overheden en organiseerden zich onder vertegenwoordigende instellingen als Staat en Kerk, maakten wetten en stichtten een reizende kerkelijke gemeente. Zij ontmoetten en braken de macht van DINGAAN, op 16 December 1838 in den slag bij Bloedrivier, die een overwinning was, niet van wit over zwart, maar van beschaving over barbarisme, van wet en orde over willekeur en geweld, van Christendom over heidendom, want de Afrikaner Boer is ontstaan uit de kruising van Geus met Hugenoot. De toen buiten geding en gevaar gestelde cultuurgoederen zijn sindsdien zonder veel vertoon, maar met heilzame gevolgen voor wit en zwart, bevestigd en toegankelijk gesteld. Zij zijn algemeen gewaardeerd, maar hun strekking en diepgang te onderkennen was slechts het deel van een minderheid, verwaardigd om de dingen, die des Geestes Gods zijn, geestelijk te onderscheiden en bewust te kiezen.

Drie beweeggronden hebben we nu genoemd, die de houding van den Nederlander tot den Afrikaner verklaren: menschelijk medeleven in zijn leed, Nederlandschen stamtrots op zijn dapperheid en Christelijk-ethische waardeering om zijn verdediging van het hoogste. Gij verstaat nu onmiddellijk, dat het medegevoel een wereldverschijnsel was, dat zelfs in Engeland onder de „pro-Boers” voorkwam; dat die stamtrots uiteraard zich tot Nederland en Vlaanderen beperkte; maar gij verstaat ook, dat bij de Christelijk-ethische waardeering de deelnemers wel in twee groepen moesten uiteenvallen: de humanisten, die de ethica vooropstellen en dus voorstanders zijn van recht, orde en beschaving als zoodanig en de *overtuigde Christenen*, die evenzeer deze cultuurgoederen waardeeren, maar alleen omdat en in zooverre zij vruchten zijn van het kruis van Christus als boom des levens voor de in Christus herboren menschheid. Hier trillen snaren, die volgens Aeolische harpenistiek slechts gelijkgestemde snaren in trilling kunnen zetten. Geen nadere familie van PAUL KRUGER en zijn geestverwanten in Zuid-Afrika dan de Calvinisten van Nederland. Wanneer ik dan ook spreken ga over het intellectueel leven in Zuid-Afrika, doel ik niet op een gelijkgenaamd ingevoerd artikel, maar die echt Zuidafrikaansche verstandelijke levensopenbaring, die wortelt in het Zuidafrikaansche volk, want uit het hart is ook deze uitgang des levens. Nationaal intellectueel leven is de verstandelijke uiting en drager van de diepste overtuiging der natie, want het beslist christelijk volksdeel heeft voorzeker ook een roeping en een zending voor het gansche geestesleven des volks. In den bloeitijd van het Calvinisme in Nederland: de zeventiende eeuw, bezielde het bewuste gereformeerde Protestantisme slechts tien percent der bevolking, maar die kleine zelfbewuste minderheid kon de massa bewegen in de juiste richting; ziet ook een klein vuur hoe grooten hoop houts het aansteekt. Ook daarom moet de verhouding Nederland—Zuid-Afrika komen uit de zwoele atmosfeer der romantiek, zij kan niet blijvend gesteund worden slechts door opgewekte toespraken en vriendelijke heildronken. De tijd voor ruifeters en slippendragers uit Nederland is voorbij: Zuid-Afrika is mondig geworden en zelfstandig en wil, dat het buitenland dit verstaat en aanvaardt. Het wil niet beklagd of bewonderd worden, alleen begrepen. Sympathie hééft Nederland en dit is te verstaan, maar het moet worden intelligente sympathie en daartoe moge bijdragen deze beschouwing over het intellectueel leven van Zuid-Afrika.

Om de stof te beheerschen willen we haar verdeelen en dit intellectueel leven naspeuren in zijn vorming, openbaring en leiding op het gebied van het huisgezin, de school, de Kerk, het vereenigingsleven en de wetenschap.

Opvoeding in het *huisgezin* wordt in Zuid-Afrika beschouwd niet alleen als de natuurlijke en zedelijke plicht der ouders, maar ook als maatschappelijke noodzaak om de bevoorrechte positie der blanken, nog geen twee millioen in aantal boven de zes à zeven millioen inboorlingen, te handhaven door intellectuele meerderheid. Onder de nauwelijks millioen Afrikaners, verspreid over deze reusachtige oppervlakte, treft men bijna geen analphabeten aan. Aan de Kerk komt hiervan hoofdzakelijk de eer toe, die in vervlogen eeuwen niemand tot de belijdenis des geloofs toeliet, dan die althans kon lezen en schrijven. Vermoedelijk heeft als algemeen menschelijke factor ook meegewerkt het feit, dat het volledig lidmaatschap der Kerk volgens ongeschreven wet toegangsbewijs was tot het huwelijksaltaar. Verder treffen we het eigenaardig verschijnsel aan, dat het meisje dikwijls langer de school bezocht dan de jongen, die al gauw vader moest helpen met de boerderij. Gevolg is, dat op een afgelegen boerenplaats, waar wij zulks allerminst verwachten, de moeder een beschaafde vrouw blijkt, die de beide landstalen vlot spreekt, algemeen ontwikkeld is, klavier speelt en een hoog peil in het gezinsleven vestigt en handhaaft, hetgeen het volksleven verheft, want de moeder bepaalt den toon in huis. In vele gezinnen, helaas niet meer in alle, is de vader de priester, die het huisaltaar brandende houdt bij morgen- en avondgodsdienst, en waar de afstand wekelijks kerkbezoek belet, des Zondags een godsdienstoefening leidt. Dagelijksche en intieme kennismaking met den Bijbel wekt eerbied, godsdienstzin, maar ook verfijning, innerlijke beschaving en verruiming van blik. De Bijbel is niet een boek, maar een bibliotheek van 66 boeken, die als weergave van de wereldgeschiedenis een gebied bestrijkt van het „in den beginne” van Genesis tot het tijdlooze van de Apocalypse, waar de engel zwoer bij Dien, Die leeft, dat er geen tijd meer zijn zal. Uit dat oude boek, het fundament, het monument en het ornament der wereldliteratuur, leert het eenvoudig Boerenkind, geworpen op het vlakke des velds, door dagelijksche gewenning de hoogste spanning kennen, waartoe epiek, lyriek en dramatiek ooit gestegen zijn, hetgeen van geweldige beteekenis is voor zijn geestesontwikkeling. Een volk, dat thuis zijn Bijbel leert kennen, is geen ongeletterd volk, maar

heeft een belangrijke verovering gemaakt voor zijn intellectueel leven.

Als tweede gebied van beschouwing noemde ik de *school*.

Leerplicht bestaat in Zuid-Afrika voor elk blank kind, dat drie mijl of minder verwijderd woont van een school. Voor verderafwonenden wordt, waar mogelijk, vervoer verschaft, hetzij per bus, kar of ezel. Het onderwijsstelsel in Zuid-Afrika is het Engelsche stelsel, formeel en middeleeuwsch; ik heb er eenige ondervinding van, daar ik het drie jaar in Engeland en acht en twintig in Zuid-Afrika gediend heb en het traditioneele rijtje Engelsche universitaire examens afgelegd en velen er voor opgeleid heb. De gemiddelde Engelschman is niet dom, maar onkundig; de gestudeerde is goed afgericht in zijn vak maar verder geborneerd. De *upper ten* echter, de leiders en draadtrekkers, zijn fijne diplomaten. Van Londen uit hebben zij sinds 1806 het leven van Zuid-Afrika, met name het intellectueele leven, gestuwd in Engelsche richting, vooral door de school, de lagere, middelbare en hoogere. Onder PAUL KRUGER is daartegen in Transvaal het Nederlandsch stelsel ingevoerd: knappe Nederlanders, en Afrikaners met Nederlandsche universitaire opleiding, hebben het ontworpen en geleid, doch toen te Pretoria een Nederlandsch gymnasium gesticht werd en wortel schoot, toen plannen voor een universiteit naar vastelandsch model ontworpen waren en vasten vorm gingen aannemen, om aldus het volk intellectueele leiders te verschaffen van niet-Engelsche vorming, zag Lord MILNER, de aartshater, -kwetser en -dooder van het Afrikanerdom, de beteekenis daarvan in en de vrees voor mededinging door het betere, veel meer dan de *auri sacra fames*, dreef hem er toe den vernietigingsoorlog aan de republieken te verklaren. Met noodlottigen uitslag! Leerplan, leermethode en inspectie zijn nog overwegend Engelsch; standaarden en examenstelsel Engelsch gericht, ook bij middelbaar en hooger onderwijs. Certificaten, na examendril behaald, bepalen toelating tot beroepen en bedrijven en tot den staatsdienst, zoowel wat er toegang als bevordering betreft. Maar de Afrikaner is knap, begaafd, handig. Hij doet de examens met middeleeuwsche Latijnsche namen op het rijtje af; let evenwel op de absurde combinatie: een Afrikaner en de Middeleeuwen! Latijn en Grieksch zijn echter ondanks dit stelsel in Zuid-Afrika zeer doode talen geworden, vooral het Grieksch is morsdood en dit is voor een jong volk een nationale ramp. Na jaren van harden strijd is toen toch één ding gewonnen: er is keuze van medium verkregen: Engelsch of Afrikaansch; behalve bij opleiding voor dokter

of ingenieur, daar is altijd het Engelsch nog alleenzaligmakend. Medicijnen worden in Kaapstad en Johannesburg, ingenieurswezen alleen te Kaapstad en in Natal onderwezen. Maar al is de voertaal ook Afrikaansch — de oriëntteering, de methode, de geest, de meerderheid der handboeken, de vooropleiding der docenten, hun blik op het vak, op de wetenschap, op het leven is nog overwegend Engelsch, d. i. formalistisch, beperkt, insulair. Kennis van het Vasteland van Europa, niet bloot door toeristen-aanschouwing uit een reisauto, maar door verblijf, door contact met continentale geleerden, door spreekkennis van Fransch en Duitsch, is nagenoeg afwezig, ja zelfs lees kennis van andere cultuurtalen dan Engelsch ontbreekt dikwijls bij universitair gevormde Engelsche menschen, zoodat onder het mom van tweetaligheid Engelsch in principe nog overheerscht. Gevolg is, dat de ontwikkelde Afrikaner, zelfs de gegradueerde, die niet in Nederland heeft gestudeerd, in de hoogere studiën toch Engelsch gericht is.

De hooggeroemde tweetaligheid is meer na- dan voordeel. Te vroeg opgelegde, gedwongen tweetaligheid beschouw ik veeleer als de elfde volksplaag buiten Egypte. Zij maakt wel het intellect lenig en plooibaar, maar verzwakt het karakter; zij versterkt het geheugen, maar werkt verbalisme in de hand; doet schijn grijpen voor het wezen en glans voor gehalte. Wie veeltalig is, wordt veeltongig in meer dan etymologischen zin en staat bloot voor het acteurs-temperament. Aan deze uitterende ziekte onder schoonen bloes heeft het volkskarakter niet immer weerstand kunnen bieden: de Afrikaner intellectueel is slagvaardig en debatvaardig en kan twee diametraal tegenovergestelde zijden van een zaak met hetzelfde vuur en effect verdedigen. Nu is een gladder jongen wel gezellig voor conversatie in een spoorwegcoupé, maar op de levensreis worden nog andere attributen verlangd. Onze conclusie is, dat de school het intellectueel leven van Zuid-Afrika niet in gezonden Hollandsch-Afrikaanschen geest heeft bevorderd.

*De Kerk.* We nemen de *Kerk* hier als nationale organisatie van godsdienstig leven, van religieus volksbesef. Er zijn in Zuid-Afrika drie Hollandsche kerken: de Nederduitsch-Gereformeerde, de Hervormde en de Gereformeerde Kerk. Verreweg de talrijkste, de historische volkskerk is de Nederduitsch-Gereformeerde, daar in 1652 geplant door JAN VAN RIEBEEK, de aloude kerk der vaderen in Nederland, welker leer, dienst en tucht gecodificeerd is in de drie Formulieren van Eenigheid, welke trouwens door alle drie der Hollandsche kerken



aldaar aanvaard zijn als grondregelen voor leer en leven. Geslachten lang, ruim twee eeuwen, was de Nederduitsch-Gereformeerde de eenige Kerk in den lande. De Hervormde Kerk is in 1855 in de Transvaal gesticht uit vrees voor verengelsing, terecht of ten onrechte door de uitgeweken Voortrekkers gekoesterd als in de volkskerk ingesloten met de in Kaapland door Engelsche gouverneurs aangestelde Schotsche predikanten; deze Hervormde kerk draagt of droeg een uitgesproken Nederlandsch karakter. Zij beslaat niet de ruime plaats in het volkshart en volksleven, die de Nederduitsch-Gereformeerde inneemt, blijft in stand door familietradities en staat heden ten dage volgens velen niet meer voor duidelijk uitkomende eigen inzichten en overtuigingen. Het lijkt niet uitgesloten, dat zij na verloop van tijd zal samensmelten met de Nederduitsch-Gereformeerde Kerk van Transvaal, die daar trouwens reeds meer dan een halve eeuw den officiëlen naam voert van „Nederduitsch-Gereformeerde of Hervormde Kerk” en die op haar Synode enkele weken geleden besloten heeft voor opleiding van haar predikanten samen te werken met de Hervormde Kerk, die zoodanige opleiding verschaft aan de universiteit van Pretoria.

De derde Kerk, de Gereformeerde, is tot openbaring gekomen in 1858 onder de bediening van Ds DIRK POSTMA, christelijk-gereformeerd predikant uit Nederland. Dwars door de eeuwen had zich in Zuid-Afrika gehandhaafd het Calvinistisch geweten, hoewel slechts bij een kleine groep duidelijk gemanifesteerd. Het waren meest boeren ver weg in het binnenland, afgesneden van het wereldverkeer, maar die de getrouwigheden hadden bewaard in de geslachten. SAREL CILLIERS, de Dopper-ouderling der Voortrekkers, en President PAUL KRUGER, die God vreesde en niemand anders, zijn er de beste exponenten van. Zij hielden zich aan de voorvaderlijke kleederdracht: de mannen droegen kort baadje en klebroek; de vrouwen een tabberd van sits en voor hoofddekseel, om der engelen wil, het voormoederlijke, zeer flatteerende en voor Afrikaansch klimaat uitstekend berekend kapje; de mannen hadden het hoofdhaar kort afgesneden. Zij leefden eenvoudig wat behuizing, huisraad en voedsel betrof; waren spaarzaam met woorden en geld; streng van zeden en trouwden jong, 15 of 16 jaar oud; voor elk nieuw paartje werd een kamer aangebouwd aan de ouderlijke woning; de vader was hoofd en richter, priester, profeet en koning van den stam. Zoo zijn bekend de VAN DER WALTS en DU PLESSIS-families of *clans*. Geestelijk voedsel na den Bijbel waren de auteurs

zoals VAN BRAKEL en SMYTEGELT met zijn 53 predicaties over het gekrookte riet en COENRAAD MEL met zijn bundel „De Donderslag der Goddeloozen”, terwijl de mystieke en piëtistische aanleg uiting vond in de liederen van SLUYTER en in „De Verlosting der Heiligen in Jehovah” van GROENEWEGEN. Andere boeken werden nauwelijks geduld. Slechts enkele maanden werden besteed aan onderwijs, hetgeen bestond in voorbereiding tot openbare belijdenis des geloofs. Spellen en lezen werden geleerd uit het Boek der boeken. Onvriendelijke opmerkingen zijn gemaakt over het gebrek aan algemeene ontwikkeling en wereldkennis en over laagstaand intellectueel leven dezer Afrikaners, hetgeen wij naar aanleiding van hun hierboven vermelde Bijbelkennis niet kunnen toegeven. PAUL KRUGER was wel de beste leerling uit deze school: de Bijbel was zijn vraagbaak, welks inhoud en kantteekeningen zijn geestelijk bezit waren. Hij was bij machte zijn man te staan tegen de geslepenste diplomaten uit Europa, zoodat de bewering niet te gewaagd is, dat vijftig jaar Bijbelstudie onder leiding van den Heiligen Geest niemand dom maakt, integendeel een diepte van wereld-, menschen- en zelfkennis kan doen verwerven, die niet door iederen universiteitsgraad gewaarborgd wordt.

In Zuid-Afrika staat de Kerk in het midden. Wanneer ik zeg: staat, gebruik ik bewust een onvolmaakt tegenwoordigen tijd, maar zelfs het imperfectum „stond” was vermoedelijk ook maar imperfect. Toch is de predikant, vooral buiten, nog altijd de leidsman en raadsman. De Hollandsche Kerk is daar uren in den omtrek het schoonste gebouw; de pastorie een van de best gebouwde woonhuizen; de predikant meestal de best opgevoede man. Deze uiterlijke voordeelen komen het aanzien van de Hollandsch-Afrikaansche bevolking ten goede. De Engelsche kerk, indien aanwezig, is vooral buiten de steden klein en onaanzienlijk, de „parson” een uitlander, dewelke niet kan staan en een Afrikaner kudde weiden. De predikant rijdt in een auto, de „parson” op een trapfiets. De predikant is *iure suo* voorzitter van de schoolcommissie op het dorp en van den schoolraad in het district. Aan onderwijs heeft de Kerk oorspronkelijk alles en na overname door den Staat nog immer veel gedaan. De universiteiten van Kaapstad en Stellenbosch zijn ontstaan uit kerkscholen of uit door de Kerk ondersteunde scholen. Op alle groote dorpen waren in de 18e en de grootste helft der 19e eeuw Hollandsche kerkscholen; aldus heeft de Kerk de lamp der beschaving hoog en brandende gehouden en

haar stempel gedrukt op het intellectueel leven van Zuid-Afrika.

Aan dit punt van de Kerk kunnen wij gevoelig het volgende aan-  
lasschen: het *Vereenigingsleven*. De brug tusschen beide is geslagen  
door het ingedrongen methodisme in de Volkskerk, voornamelijk af-  
komstig uit de ingevoerde Engelsche en Amerikaansche theologie, ook  
reeds als tegenweer en -werking tegen het uit Nederland overgebrachte  
modernisme en liberalisme in de Kerk der vaders. Niet ten onrechte  
is gesproken over de veelbezigheid van het ondiep en geruchtmakend  
methodisme. Het is vooral op actie gericht; op geestelijk gebied leverde  
het bidstonden, bidkringen, Bijbelstudiekringen, jongelieden- en  
streversvereenigingen, kinderkransen, mannen- en vrouwenzending-  
kringen, naaikransen en zuster-werkgezelschappen. Bijbelverspreiding,  
evangelisatie, matigheids- en geheelonthoudingsbewegingen werden  
kerkelijk of vrij georganiseerd, evenals andere arbeid voor maat-  
schappelijk werk met Christelijken inslag. Verder zijn er allerwegen  
cultuurvereenigingen in verband met den taal- en volksstrijd; deze  
worden, evenals de politieke bonden, plaatselijk gesticht en georga-  
niseerd, maar ook nationaal in ringen en naar de provinciën, en houden  
geregeld haar vergaderingen en congressen. Zooals de namen uit-  
drukken, hebben deze vereenigingen een strikt geestelijk of meer  
algemeen maatschappelijk karakter. Vooral de debatsvereenigingen  
bloeien allerwegen, zoowel op het platteland als in dorpen en steden.  
Zij hebben het voordeel, dat zij het gezellig verkeer bevorderen en  
zich nuttig maken voor ontwikkeling van intellectueel leven. Zij hebben  
het nadeel, dat zij het *animal disputax* aanmoedigen.

Rest ons nu nog als vierde en laatste punt: intellectueel leven en  
*wetenschap* in Zuid-Afrika. De lezers van dit tijdschrift behoef ik niet  
te herinneren, dat zij niet van mij verwachten moeten, noch dat ik hun  
leveren kan in den omvang van een onderdeel van een vluchtig over-  
zicht over het geheele intellectuele leven in Zuid-Afrika, een volledig  
en gedocumenteerd verslag van den stand der wetenschap aldaar. In  
dezen kring kan ik volstaan met de vermelding, dat Hooger Onderwijs  
aldaar aan vijf universiteiten gegeven wordt en wel die te Kaapstad,  
de oudste, en Johannesburg op een na de jongste, met het Engelsch  
als voornaamste of eenige voertaal, aan die te Stellenbosch en Pretoria,  
de jongste universiteit, met Afrikaansch als medium van opleiding  
en onderzoek. De vijfde is de federale universiteit van Zuid-Afrika,  
bestaande uit vijf constitueerende universiteits-colleges: Hugenoot

te Wellington, Rhodes te Grahamstown, beide met Engelsch medium, Grey te Bloemfontein met Afrikaansch, Natal te Pieter-Maritzburg en Durban met Engelsch, en één voor Christelijk Hooger Onderwijs te Potchefstroom met Afrikaansch als voertaal.

De vier eerstgenoemde universiteiten zijn oorspronkelijk alle *colleges* geweest, maar bij toenemend aantal studenten en hulpbronnen geïncorporeerd als universiteit. De bestaande vijf universiteits-*colleges* hebben de ambitie mettertijd evenzoo zelfstandig te worden, Rhodes en Natal binnen de naaste toekomst. Alle inrichtingen voor Hooger Onderwijs, universiteiten zoowel als universiteits-*colleges* vallen echter onder dezelfde staatswetten en statuten en leiden op voor dezelfde examens, die over en weer erkend worden. Toen Johannesburg en Pretoria nog maar kort geleden de lange broek aankregen, bleven dezelfde vakgeleerden als docenten in functie. De vice-kanseliers der vijf universiteiten vormen een raad met co-ordineerend effect op het nationaal stelsel van Hooger Onderwijs. Verscheidenheid is er overigens in de sferen van invloed dezer universiteiten op te merken, waarin met den loop der jaren steeds meer teekening komt in aansluiting aan de verschillende rassen en volken in de veelkleurige samenleving van dit wijduitgestrekte en dun, maar bont, bevolkte land. Want het Hooger Onderwijs wordt wel gegeven en ontvangen door blanken, maar toch ook om leiders te vormen voor het geestelijk en lichamelijk welzijn der inboorlingen, voor het kweken van administrateurs en magistraten van wit en zwart. Te Fort Hare, nabij Grahamtown, wordt Hooger Onderwijs verstrekt aan inboorlingen, die, gedeeltelijk ook door Bantodocenten, opgeleid worden voor dezelfde examens als de blanken. Te Durban is een begin gemaakt met opleiding van Indiërs door Indiërs en Europeanen. Ten slotte moge ik opmerken, dat geen enkele universiteit, wat betreft het hebben van de vijf traditioneele faculteiten gelijkstaat met de universiteiten van het Vasteland van Europa: Kaapstad en Johannesburg hebben geen theologische, Stellenbosch en Pretoria geen medische faculteit, Kaapstad en Natal alleen kweken ingenieurs, Pretoria heeft een vee-artsenijschool van wereldfaam en Stellenbosch en Pretoria geven hooger landbouwonderwijs, Johannesburg heeft weer een mijnbouw-departement en Johannesburg, Stellenbosch en Pretoria een afdeling voor Bantoeologie. De opleiding van onderwijzers geschiedt voor het technisch gedeelte aan normaalscholen, voor het academisch gedeelte aan de universiteiten, zoodat Stellenbosch en

Pretoria honderden studenten recruteeren uit de a.s. onderwijzers aan de lagere en middelbare school.

Wat geest en richting aangaat, overheerscht aan de meeste dezer inrichtingen de humanistische beschouwing der wetenschap; Potchefstroom is de eenige, die officieel den naam voert van inrichting voor Christelijk Hooger Onderwijs, dat daar in beslist gereformeerden geest gegeven wordt. Bij de Engelsche wetenschappelijken wekt reeds de gedachte, dat er verband zou kunnen erkend worden tusschen geloof en wetenschap, zooals in Nederland aan de Vrije en te Nijmegen en Tilburg geschiedt, een glimlach van verwondering en de Afrikaners, die reeds vier geslachten opvoedkundig onder curateele van Engeland staan, hebben met de mogelijkheid van een principiëel Christelijke wetenschap, die arbeidt in gehoorzaamheid aan den God der wetenschappen, in Wien alle schatten der kennis en der wijsheid verborgen zijn, nog slechts sporadisch van nabij kennis gemaakt. Voor de jonge instelling te Potchefstroom liggen nog wijde velden braak, hoewel ook te Stellenbosch de belangstelling bestaat en aangroeit. Een strijd der geesten om vrijheid van onderwijs, zooals in Nederland een eeuw lang gevoerd is, is in Zuid-Afrika op komst en belooft fundeering en steving, ook op intellectueel gebied, van de gereformeerde grondslagen, waarop het Afrikaner geestesleven leeft en beweegt en is. De bruisende *geestdrift* van jong Zuid-Afrika op nationaal gebied heeft het recht en de roeping zich om te zetten in actieve *geestkracht* en wat daartoe allereerst noodig is, is dat de diepste wortelvezels van zijn volksbestaan gevoed en gesterkt worden uit de holligheid des bornputs, waaruit het gehouwen is. Op den bodem van alle problemen in Zuid-Afrika ligt het naturellenvraagstuk en daarnaast het vraagstuk van de verhouding tusschen Afrikaner en Engelschman — beide in den diepsten grond ethisch van aard. Deze vragen te bestudeeren en aan hun oplossing te arbeiden is de nood en zending van jong Zuid-Afrika en geen buitenlandsche welwillendheid of intellect kan dit voor hem doen, omdat die ze intuïtief niet correct aanvoelen. Als intellectueel Zuid-Afrika zoekt en vindt het Koninkrijk Gods en Zijn gerechtigheid, ook in de wetenschap, zullen deze twee oplossingen het toegeworpen worden. Geen tijd was voor deze poging ooit gunstiger dan onze tijd, waarin de gansche wereldstructuur losweekt en alle gestereotypeerde theorieën over levensvragen opnieuw in den smeltkroes gaan. Steekt af naar de diepte! zij het wachtwoord van het zoekend Zuid-Afrika.

Brein en hart zullen daartoe in hoogste spanning moeten samenwerken. Nooit meer dan tegenwoordig is een bankroete wereld bereid te luisteren naar nieuwe stemmen of naar bekende stemmen in nieuwen toonaard. BISMARCK heeft eens gezegd, dat, al zou een derde deel van de studenten in Duitschland zich overwerken en ten ondergaan, en een ander derde deel hun leven zou vergooien in uitspattingen, toch nog het overblijvende derde deel de toekomst van Duitschland zou bepalen. Zuid-Afrika verwachtte onder Gods zegen de leiding, die Hij wil geven op biddend werken aan een oplossing der levensvragen van Zuid-Afrika ook door de hoogste inspanning van zijn intellectueele levensactiviteit.

Indien ik door deze enkele opmerkingen er in geslaagd moge zijn U eenigszins in te lichten over den stand en de roeping van dat intellectueele leven, zal ik mijn inspanning ruimschoots beloond achten.

---

---

---

# DE OVERHEID EN DE WET GODS \*)

DOOR

DR. J. RIDDERBOS.

## A. STELLINGEN.

I. Onder „de wet Gods” wordt hier verstaan de wet, die gebod of bevel is; speciaal de religieus-ethische wet („zedewet”).

II. Deze wet Gods wordt gekend uit de natuur (met inbegrip van den mensch en de geschiedenis) en uit de H. Schrift; waarbij is te bedenken, dat de openbaring door de natuur slechts bij het licht der Schriftopenbaring recht kan worden verstaan. Aan deze Schriftopenbaring is de overheid, die haar kent of kennen kan, gehoorzaamheid schuldig, onafhankelijk van de vraag, of zijzelve zich in de conscientie daaraan gebonden weet.

III. Voor de beantwoording van de vraag, wat de H. Schrift ons aangaande de wet Gods in verband met de overheid leert, moet de H. Schrift als eenheid worden beschouwd, het Oude Testament worden gelezen in het licht van het Nieuwe, en dienovereenkomstig worden bedacht, dat de Oudtestamentische theocratie als zijnde een voorloopige en schaduwwachtige vorm van het koninkrijk Gods een zeer speciaal en een tijdelijk karakter droeg, en daarom voor de Israëlietische overheid voorrechten en eischen met zich bracht, die voor geen andere overheid gelden.

IV. Wat de Schrift (en bij haar licht ook natuur en historie) ons in dit opzicht leert, bestaat dan ook niet in speciale aanwijzingen voor allerlei concrete vragen, maar is in hoofdzaak beperkt tot algemeene beginselen en ordinantiën, waaruit wij, onder inroeping van de leiding

---

\*) Het onderstaande bevat in hoofdzaak de stellingen met toelichting, die ik gaf op de conferentie te Lunteren. In overeenstemming met den gang der besprekingen is het eerste gedeelte ietwat gewijzigd en uitgebreid, en het tweede gedeelte bekort.

des H. Geestes, de conclusies hebben te trekken voor de speciale vragen van het staatsbeleid.

V. Hierbij is van primordiaal belang een juist inzicht in oorsprong en karakter van het ambt der overheid. Van groote beteekenis is hier het inzicht, dat de overheid is eene instelling der gemeene gratie; en in verband daarmee de door Calvijn (Institutie III, 19, 15; IV, 20, 1) gemaakte onderscheiding tusschen de geestelijke en de burgerlijke regeering, waarvan de eerste de conscientie tot de godvruchtigheid en den godsdienst onderwijst, terwijl de tweede alleenlijk tot onderwijzing van burgerlijke en uiterlijke rechtvaardigheid der zeden behoort; al kan niet gezegd, dat de taak der overheid hiermede volledig is beschreven.

VI. Het gezag der overheid berust op haar Goddelijke instelling, met inbegrip van den eisch der wet Gods, die van de onderdanen gehoorzaamheid aan de overheid eischt; daarom is als principieel revolutionair te verwerpen de stelling van Brunner (Das Gebot und die Ordnungen blz. 192): „Als der Schöpfer fordert Gott die Anerkennung seiner Ordnungen und die Einfügung in sie als Erstes; als der Erlöser fordert er zugleich, als Zweites, die Nichtanerkennung der gegebenen Ordnungen und ein neues Tun im Blick auf das kommende Gottesreich.”

VII. Bij het spreken over de gebondenheid van de overheid aan de wet Gods moet wel onderscheiden worden tusschen de vraag, of en in hoeverre de overheid aan de wet Gods *gehoorzaamheid is verschuldigd*, en de andere vraag, of en in hoeverre de overheid geroepen is, de wet Gods te *handhaven*.

VIII. Aan de wet Gods is de mensch altijd en overal, dus ook als drager van het overheidsgezag, onvoorwaardelijke gehoorzaamheid schuldig; hierbij is echter in het oog te houden, dat de wet Gods wel één, maar (in verband met de velerlei verhoudingen, waarin de mensch optreedt) in die eenheid rijk gevarieerd is, zoodat ze voor de overheid een eigen inhoud heeft.

IX. De stelling van Brunner (Das Gebot und die Ordnungen, blz. 211), dat er tusschen hetgeen God wil en hetgeen men „hier in dit ambt” (b.v. het overheidsambt) doet, een tegenstelling bestaat, die in het geheel niet kan worden opgeheven, m. a. w. dat men in het ambt doen moet, wat op zichzelf beschouwd kwaad is, is principieel verwerpelijk.

X. De stelling, dat de overheid de wet Gods heeft te handhaven,



is, in strengen zin opgevat, onwaar, daar het karakter dezer wet handhaving door overheidsgezag buitensluit.

XI. De „burgerlijke en uiterlijke rechtvaardigheid der zeden”, die de overheid niet alleen te „onderwijzen” (Calvijn, zie stelling V), maar ook te handhaven heeft, kan ook niet met een deel der wet (de „tweede tafel”) noch met de „algemeene zedewet” gelijk worden gesteld; maar draagt een eigen karakter.

XII. Deze „uiterlijke rechtvaardigheid der zeden” vindt echter haar fundament mede in de religieus-ethische wet; hierbij komt deze wet niet alleen naar de tweede, maar ook naar de eerste tafel in aanmerking. In dezen zin kan de uitspraak van Calvijn (Inst. IV, 20, 9), dat het ambt der overheid „zich uitstrekt tot beide tafelen der wet” dan ook als juist worden aanvaard, al zal men over de toepassing van dezen regel ten deele met Calvijn van meening moeten verschillen.

## B. TOELICHTING.

*Stelling I* is geen stelling, maar spreekt uit, hoe het onderwerp door mij wordt opgevat, al geschiedt dit dan ook in de meening — en hier zou men een stelling van kunnen maken —, dat deze opvatting is in overeenstemming met de bedoeling, waarmede het onderwerp is opgegeven.

We spreken van allerlei „wetten”, van natuurwetten, oeconomische wetten, denkwetten, aesthetische wetten, enz., en ook deze wetten zijn door God gesteld. Maar hier is ongetwijfeld bedoeld de wet, waarin God komt tot den mensch met Zijn eisch, Zijn „gij zult” en „gij zult niet”, dus de wet, die *gebod* is.

Deze wet is wet in anderen, en meer eigenlijken, zin dan de andere, bovengenoemde wetten; daarom is er goede grond voor het bestaande spraakgebruik, dat onder „de wet Gods” speciaal deze *gebiedende wet* verstaat.

Neemt men nu deze wet in den vorm, waarin ze aan Israël werd gegeven, dan onderscheidt men nog weer tusschen de burgerlijke, de ceremonieele en de zedewet, die men misschien juister als de religieus-ethische kan aanduiden. Met deze religieus-ethische wet (waarvan de hoofdzaken zijn saamgevat in de tien geboden) hebben we het hier voornamelijk te doen. Toch komt natuurlijk ook de vraag op, welke beteekenis Israels burgerlijke wetgeving voor de huidige overheid heeft.

En voorts is te bedenken, dat de religieus-ethische wet niet uitsluitend in de tien geboden is bekendgemaakt; ook in Israëls burgerlijke en ceremonieele wetgeving (gelijk in elk onderdeel der H. Schrift) liggen religieus-ethische beginselen, die als zoodanig tot de zedewet behooren; gelijk omgekeerd het vierde der tien geboden ook een ceremonieele zijde heeft.

Overigens is met de uitdrukking „de wet Gods” uiteraard niet heel de inhoud der Godsopenbaring genoemd. De Godsopenbaring, zooals ze in de Schrift tot ons komt, bevat wet en evangelie; ze toont ons ook den achtergrond van beide, het Goddelijke scheppingswerk en des menschen val; en door ons te leeren van schepping en herschepping en van wat daartusschen ligt, doet ze ons kennen niet alleen den eisch Gods aangaande het menschelijk leven, maar ook den oorsprong en het doel, en in menig opzicht ook den aard van dat leven in zijne verscheidenheden; ze doet ons bv. huwelijk en overheid kennen als Goddelijke instellingen, met eigen karakter, taak en doel; en op grond daarvan kunnen wij spreken van in de Schrift geopenbaarde „begin-selen” en „ordinantiën”, die nog meer omvatten dan wat in de religieus-ethische wet begrepen is.

Dit neemt echter niet weg, dat het onderwerp „de overheid en de wet Gods” — verstaan in den boven aangegeven zin — belangrijk genoeg is. Dat de overheid met deze religieus-ethische wet te maken heeft, kan geen Christen ontkennen; en dan is de vraag, wat ze ermede heeft te maken, vanzelf allerbelangrijkst. In de beschouwingen over Christelijke staatkunde neemt dan ook de vraag naar de verhouding tusschen de overheid en de wet Gods (in den aangegeven zin) eene ruime plaats in.

*Stelling II* noemt als kenbron voor deze wet eenerzijds de natuur, met inbegrip van den mensch en zijne historie, anderzijds de H. Schrift, welker licht ook noodig is om de openbaring door de natuur recht te verstaan. Hierbij mag echter het bijzondere karakter van de H. Schrift niet uit het oog verloren worden. Men vindt o. a. bij Calvijn (Institutie II, 8, 1) de opmerking, dat dezelfde dingen, die wij uit de twee tafelen der wet moeten leeren, ons eenigszins worden geleerd door die inwendige wet, die in de harten van alle menschen ingeschreven is; maar vanwege de verduistering, die over den mensch gekomen is, heeft de Heere ons een geschrevene wet gegeven, dewelke

hetgeen in de wet der natuur al te duister was, met meerder zekerheid getuigen, en ons verstand en geheugen levendiger treffen zoude.

Dit is dus allereerst de beteekenis van de Schriftopenbaring aangaande de wet Gods: de aan den mensch oorspronkelijk ingeprente wet wordt hem door haar opnieuw klaarlijk bekendgemaakt. Nu geschiedt dit echter in de Schrift, dus door de bijzondere openbaring, altijd *anders* dan in de oorspronkelijk aan den mensch geschonken algemeene openbaring. De bijzondere openbaring is altijd en overal openbaring der verlossing door Jezus Christus; en dienovereenkomstig brengt zij ons ook den eisch der wet altijd in verband met Christus. De eisch om den eenig waren God te dienen sluit nu in zich den eisch om tot Hem te gaan door den eenigen Middelaar Gods en der menschen Jezus Christus, om Christus als Middelaar te eeren, enz.

Men kan hiertegen ook niet inbrengen, dat toch de wet der tien geboden — waarover we in verband met de overheid immers vooral plegen te spreken — niet van Christus gewaagt. Men moet ook de tien geboden lezen bij het licht van het N. T. Dat ze inderdaad zoo goed als heel de Schrift op Christus betrokken zijn, is niet moeilijk aan te toonen. Ze zijn gegeven aan Israel, als magna charta van het verbond der genade, dat God met Israel sloot; en dit verbond ligt in Christus vast. Er staat boven: „Ik ben de Heere (Jahwe) uw God, die u uit Egypteland, uit het diensthuis uitgeleid heb”; dat is het verlossingswerk Gods, waar Christus' verlossingswerk door afgeschaduwd wordt, en waarin het in beginsel ook reeds aanwezig is. De naam Heere (Jahwe) zegt hetzelfde; want dit is Gods verbondsnaam. Daarom houdt de eerste tafel der wet wezenlijk in den eisch om den eenigen waarachtigen God in Christus te kennen en te dienen.

Het slot der stelling wijst er op, dat gelijk ieder mensch, zoo ook de overheid, wanneer zij met de Schriftopenbaring in aanraking is gekomen, hieraan is gebonden.

De conscientie kan hier geen maatstaf zijn. Wel is er natuurlijk onderscheid in verantwoordelijkheid. De Heidenen, tot wie het Evangelie niet gekomen is, zijn dus ook niet als verwerpers van het Evangelie schuldig te verklaren; en hebben geen verantwoording voor hetgeen die Schriftuurlijke wetsopenbaring bevat aangaande den Christus en aangaande hetgeen wij Hem verschuldigd zijn.

De Heidenen zijn verantwoordelijk voor de wet, zooals die oorspronkelijk door God aan den mensch gegeven is. Hiervan zegt de

apostel, dat de Heidenen, die de wet niet hebben, zichzelf een wet zijn, als die betoonen het werk der wet geschreven in hunne harten, hun geweten mede-getuigende en de gedachten onder elkander hen beschuldigende of ook ontschuldigende, Rom. 2 : 14 v. Dat hier de conscientie wordt genoemd, is omdat dit voor hen, die de Schriftopenbaring missen, de *plaats* is, waar de openbaring tot hen komt. Maar ook dan is de conscientie niet de *maatstaf* der verantwoordelijkheid. Trots de verduistering des verstands en de vertroebeling der conscientie zijn de Heidenen toch verantwoordelijk voor de geheele oorspronkelijke wet Gods, want die verduistering is reeds een stuk van hun zonde; hiervan geldt: „God heeft den mensch alzoo geschapen, dat hij dat konde doen, maar de mensch heeft zichzelf en al zijn nakomelingen door het ingeven des duivels en door moedwillige ongehoorzaamheid van deze gaven beroofd”, Heid. Cat. antw. 9.

Voor den mensch, ook voor de eenheid, die leeft onder het licht van de Schriftopenbaring, staat het nog weer anders. Hier bestaat verantwoordelijkheid ook ten opzichte van de Schriftopenbaring, die men kennen kan, en ook ten deele kent, maar waarnaar men niet vraagt, en die men verwerpt. En het feit, dat men zich in de conscientie daaraan niet gebonden weet, kan van die verantwoordelijkheid niet ontslaan. Natuurlijk bestaat er nog wel weer gradatie in de verantwoordelijkheid, al naarmate men meer of minder met die Schrift in aanraking is gekomen, en ook naarmate men meer of minder tegen het getuigenis van zijn conscientie heeft moeten ingaan; maar dit kan het feit niet te niet doen, dat de mensch, ook de met het overheidsgezag bekleede mensch, die leeft onder het licht der H. Schrift, aan de wet Gods, zoals die in de natuur en in de Schrift is geopenbaard, is gebonden en daarvoor verantwoordelijk is. <sup>1)</sup>

*Stelling III* wijst op het feit, dat de Schrift niet bestaat uit een verzameling van losse, op zichzelf staande en dus uit zichzelf te verklaren teksten, maar dat ze eene eenheid vormt, waarin alle deelen in verband met elkander moeten worden verstaan. De voornaamste toepassing van dezen regel is, dat het Oude Testament als de openbaring van de minder volkomene, voorloopige en schaduwachtige beedeeling moet worden gelezen bij het licht van het Nieuwe Testament. Voor ons onderwerp heeft dit deze speciale beteekenis, dat de verhouding tusschen overheid en wet, zoals die onder ons is en zijn moet,

niet kan worden gelijkgesteld met de aan Israël bevolene, omdat deze samenhang met Israëls theocratische regeeringswijze, waarvan het wezen was, dat God de Heere in een bijzonderen zin Israels Koning was, en op bovennatuurlijke wijze, door wonderen en bijzondere openbaringen, dit volk leidde en regeerde, hun Zijn wetten gaf en speciale aanwijzingen door het woord der profeten of het orakel der priesters; terwijl ook de aardsche overheden, speciaal de richters en koningen, niet anders dan instrumenten van dit bijzondere koningschap waren.

De Israëlietische staat droeg daarom in belangrijke mate een bovennatuurlijk karakter, was dan ook niet enkel staat in onzen zin van het woord, maar was samengestengeld met de kerk, en was naar zijn diepste wezen voorloopige en schaduwachtige vorm van het koninkrijk Gods. Daar ligt tweeërlei in. Eenerzijds wordt het koninkrijk Gods, zooals het in zijn volkomenheid zal zijn, erdoor *afgeschaduwd*: de theocratische koning is type van Christus, Israël is type van het volk Gods. En anderzijds ligt erin, dat in die theocratie het *begin* van het koninkrijk Gods reeds *aanwezig* is: in Israël naar het vleesch schuilt het Geestelijke Israël; en door dat aardsche koningschap werkt reeds het koningschap des Heeren, niet enkel Zijn algemeene koningschap over alle schepsel, maar dat bijzondere koningschap, waardoor Hij Zijn volk ter zaligheid leidt.

Uit dit bovennatuurlijk karakter van Israëls theocratie vloeiden voor de Israëlietische overheid bijzondere voorrechten en ook bijzondere eischen voort, zich hierin concentreerend, dat Israëls overheden, speciaal de koningen, regeerden over een volk, dat in bijzonderen zin den Heere heilig was; instrumenten waren van het bijzondere koningschap, dat de Heere over dat volk uitoefende; dientengevolge ook ten opzichte van heel de zaak der Godsvereering vanzelf een belangrijke plaats innamen; en hierbij, gelijk bij andere onderdeelen van hun werkzaamheid, speciaal de rechtspraak, concrete wetten hadden, die het Goddelijk waarmerk droegen, en hen in staat stelden, in specialen zin als vertegenwoordigers Gods op te treden.

Met dit laatste is reeds gezegd, dat „de wet Gods” voor de Israëlietische overheid een andere beteekenis had, in zekeren zin zelfs een ander begrip was dan voor de onze. De wet Gods was aan Israël door eene bijzondere wetgeving bekendgemaakt; die wetgeving echter omvatte niet enkel de religieus-zedelijke wet, maar ook wetten aangaande offers en andere ceremoniën, en — wat hier van meer

belang is — ook burgerlijke wetten. In die beide lagen wel religieus-ethische beginselen — en inzoover zijn zij mede tot de openbaring der religieus-zedelijke wet te rekenen —, maar zij bevatten ook velerlei anders: concrete bepalingen, die niet eenvoudig uit de religieus-ethische beginselen waren af te leiden, maar zich, zooals b.v. ten opzichte van slavernij en echtscheiding, ten nauwste aansloten bij hetgeen onder Israël van ouds als usantie bestond.

Israëls overheid had dus niet enkel met de religieus-zedelijke wet te maken, maar was gebonden aan eene met Goddelijk gezag bekleede burgerlijke wetgeving, die door de priesters werd verklaard. In verband daarmee bezaten Israëls koningen geen eigenlijke wetgevende macht.

Zoo had „de wet Gods” voor de Israëlietische overheid nog eene andere beteekenis dan voor de hedendaagsche regenten. Wel was het natuurlijk ook toen uitgesloten, dat de religieus-ethische wet in haar vollen omvang door de overheid zou kunnen worden gehandhaafd. Maar er rustte toch ten opzichte van deze wet op de Israëlietische overheden eene zeer bijzondere verplichting. Speciaal ook ten opzichte van het eerste en het tweede gebod. Reeds bij de verovering van Kanaän hadden de Israëlieten, en had dus inzonderheid Jozua als hun leidsman, de Kanaänieten uit te roeien, en aan dit Heiden-sche en door God veroordeelde volk het Godsgericht te voltrekken, ook om de verleiding, mee te doen aan hunne afgoderij en verdere gruwelen, van het volk des Heeren verre te houden. Alverder moest onder Israël de godslasteraar ter dood worden gebracht, Lev. 24 : 16; hetzelfde gold van den valschen profeet, Deut. 13 : 5; en van den Israëliet, die anderen tot afgoderij verleidde, Deut. 13 : 6—8, of zelf zich eraan schuldig maakte, Deut. 17 : 2—7. Dat hierbij de overheden een belangrijke taak hadden te vervullen, spreekt vanzelf. En voorts hebben godvreezende koningen het zich tot plicht gerekend, den waren eeredienst te herstellen, de hoogten te verwoesten, de afgoderij uit te roeien, de Baälpriesters te dooden. Het is duidelijk, dat dit alles geheel paste in het kader der theocratie, en dat daarom uit dit alles niet zonder meer kan worden geconcludeerd tot hetgeen door een niet-theocratische overheid moet worden gedaan.

Uit het bovenstaande volgt — en hiermede kom ik tot *stelling IV* —, dat de Schrift aan de overheid als regel voor haar gedragingen over het algemeen geen speciale aanwijzingen voor concrete vragen biedt.

Wat we in het O. T. in dit opzicht vinden, is in dien concreten vorm niet van toepassing; en in het N. T. worden dergelijke concrete voorschriften voor de overheid niet gevonden. Wat de Schrift — en bij haar licht ook natuur en historie — ons in dit opzicht leert, zijn dus in hoofdzaak algemeene beginselen en ordinantiën, waaruit de conclusies voor de speciale vragen van het staatsbeleid door ons zijn te trekken. Hier verkrijgt dus ons menschelijk denken een hoogst belangrijke beteekenis voor het onderkennen van den eisch van 's Heeren wet. Natuurlijk had dat denken ook voor de Israëlietische overheid zijn beteekenis, het discursieve en niet minder het intuïtieve denken, denk aan Salomo's gebed om wijsheid, teneinde zijn volk te kunnen regeeren. Maar veel meer dan toen heeft thans die wijsheid, en in het algemeen het menschelijk denken, een belangrijke beteekenis voor het inzicht in de strekking van de wet Gods, en voor het beantwoorden van de vraag, wat die wet Gods ten opzichte van ieder concreet punt van de overheid eischt. Natuurlijk moet dat denken ernstig rekening houden met het historisch geworden. En voorts is duidelijk, dat dit menschelijk denken nimmer met gelijke rechten naast de Schrift kan komen te staan. Gelijk van de wijsheid de vreeze des Heeren het beginsel wordt genoemd, zoo moet zich heel ons denken in dezen laten leiden door het licht der Schrift, en is hierbij ook noodig het gebed om de leiding des Geestes, te meer omdat voor de zuiverheid van het denken ten aanzien dezer dingen ook de religieus-ethische factoren van groote beteekenis zijn; als onze begeerte zich ten heele of ten halve uitstrekt naar wereldsch succes in de politiek, dan wordt door die verkeerde begeerte ons denken vertroebeld, en weten we al spoedig met de Schrift in de hand goed te praten wat inderdaad niet met de Schrift overeenkomt.

Moeten wij — aldus *stelling V* — met ons denken de conclusie trekken uit algemeene beginselen en ordinantiën, dan volgt daaruit tevens, dat we met dat denken niet alleen de wet Gods hebben te onderzoeken, maar ons óók rekenschap hebben te geven van datgene, waarop die wet Gods moet worden toegepast: het ambt der overheid. Ook dienaangaande verspreidt de H. Schrift haar licht; en met de „beginselen en ordinantiën”, die wij blijkens het bovenstaande uit de algemeene en de bijzondere openbaring kennen, worden dan ook niet enkel bedoeld de grondbeginselen van de (religieus-ethische)

wet Gods, maar ook alles wat (gelijk bij Stelling I reeds werd opgemerkt) ons aangaande oorsprong, karakter, taak en doel van het overheidsgezag door natuur en Schrift wordt geleerd.

Hierbij is nu vooreerst van groote beteekenis, dat de overheid eene instelling is der gemeene gratie, opgekomen „uit oorzaak der verdorvenheid des menschelijken geslachts”, en dienende, „opdat de ongebondenheid der menschen bedwongen worde en het alles met goede ordinantie onder de menschen toega” (Ned. Geloofsbel. art. 36). Hieruit vloeit o. a. voort het groote verschil tusschen de taak onzer overheid en die van Israëls theocratische overheid, waarop de particuliere genade in sterke mate haar stempel had gedrukt.

Voorts is aangaande het karakter der overheidstaak instructief de o. a. bij CALVIJN te vinden onderscheiding tusschen de geestelijke en de burgerlijke regeering, waarvan de eerste de conscientie tot de godvruchtigheid en den godsdienst onderwijst, de tweede alleen behoort tot de burgerlijke en uiterlijke rechtvaardigheid der zeden.

Natuurlijk sluit CALVIJN ook van het laatste den godsdienst niet buiten. Zoo zegt hij in het 20e hoofdstuk van het IVe boek der Institutie, dat de werkzaamheid der overheid ook dient, „opdat er geen afgoderij, noch lastering tegen Gods naam, en tegen zijn waarheid, noch andere diergelijke schandalen en ergernissen tegen de religie onder het volk gezaaid worden”; en iets verder, dat de burgerlijke ordening daarnaar tracht, „dat de ware religie, die in Gods wet begrepen is, niet openlijk door openbare godloosheden vrijelijk en ongestraft geschonden en verontreinigd wordt”.

Nu blijkt uit deze woorden wel, en het is ook overigens bekend, dat CALVIJN op het stuk der religie meer tot het ambt der overheid rekent dan wij doen. Maar toch is de formuleering van zulk een aard, dat hij het „uiterlijke” van de door de overheid te handhaven „rechtvaardigheid” ook hier duidelijk op den voorgrond stelt.

Overigens is de formule van de „burgerlijke en uiterlijke rechtvaardigheid der zeden” natuurlijk niet te beschouwen als een wetenschappelijk-nauwkeurige omschrijving van de taak der overheid. In onzen tijd wordt de behartiging van zoo velerlei belangen tot de taak der overheid gerekend, dat wij genoemde formule zeker niet als een alles omvattende beschrijving van die taak kunnen aanmerken. Ook CALVIJN rekent daartoe feitelijk meer dan met deze formule kan worden aangeduid. Ook indien men zou kunnen zeggen, dat hij zich bij zijn



spreken over het weren van afgoderij en lastering enz. op het terrein van de „uitwendige rechtvaardigheid” houdt, dan gaat hij toch metterdaad verder, wanneer hij de taak der overheid ten opzichte van de religie beschrijft in positieven zin, en dan zegt, dat deze onder meer inhoudt: „zoo lang als wij onder de menschen verkeerden, den uiterlijken godsdienst te onderhouden en te beschermen, de gezonde leer der godzaligheid en den staat der kerk voor te staan”. Al zegt hij dit kort nadat hij genoemde formule voor de algemeene omschrijving van de overheidstaak nog eens heeft herhaald, en al is hij zich dus blijkbaar niet bewust, dat hij hier aan de overheid meer toeschrijft dan wat tot de „uiterlijke rechtvaardigheid” te rekenen is, metterdaad heeft het voorstaan van de „gezonde leer der godzaligheid en den staat der kerk” toch wel betrekking op iets meer dan dat.

Maar, al heeft CALVIJN zelf zich niet in strikten zin aan genoemde formule gehouden en al kan ze ook inderdaad niet als een wetenschappelijk-nauwkeurige omschrijving van de overheidstaak worden beschouwd, een zeer belangrijk deel dier taak wordt toch, ook in onderscheiding van die der kerk, op deze wijze met juistheid getypeerd.

In *stelling VI* wordt de verhouding van de overheid tot de wet Gods nu allereerst beschreven naar deze zijde, dat de wet Gods (die immers gehoorzaamheid aan de overheid eischt) deel uitmaakt van het fundament, waarop het gezag der overheid berust.

Men kan vragen, of dit eigenlijk wel juist is; of niet veeleer het gezag der overheid het eerste is, en de wet Gods nu op grond van het aan de overheid verleende gezag onderwerping aan haar vraagt? Schijnbaar kan men zich hiervoor zelfs beroepen op Rom. 13 : 1, waar de vermaning „alle ziel zij den machten over haar gesteld onderworpen” gefundeerd wordt op de overweging: „want daar is geen macht dan van God, en de machten, die daar zijn, die zijn van God geordineerd”.

Natuurlijk is het juist, dat de overheid haar gezag ontleent aan de Goddelijke instelling. Maar in die instelling is van den aanvang af de openbaring van den eisch der gehoorzaamheid begrepen.

Dat Paulus in Rom. 13 dien eisch inscherpt op grond van de reeds tot het verleden behorende Goddelijke instelling, is natuurlijk. Maar anderzijds is duidelijk, dat de aldus ingescherpte eisch der gehoorzaamheid aan de door God gestelde overheid hier, in Rom. 13, niet

voor het eerst wordt geopenbaard. Zelfs de in het Oude Testament dienaangaande gegeven openbaring vormt hier niet het begin. Veeleer ligt die eisch der gehoorzaamheid aan de door God gestelde overheid in beginsel opgesloten in de wet Gods, zooals deze oorspronkelijk aan den mensch was ingeschapen.

Natuurlijk vergeten we niet, dat de overheid eerst later, om der zonde wil, is ingesteld, en dat de mensch dus in het Paradijs nog niet kon weten van een Goddelijken eisch, aan de overheid gehoorzaam te zijn. Maar dat dit laatste hier niet kan beslissen, leert reeds een enkele herinnering aan het gebod inzake het eeren van vader en moeder. Ook dit gebod kon — al komt het ouderlijk gezag, in onderscheiding van dat der overheid, rechtstreeks uit de schepping op — in de ziel van den Paradijsmensch nog niet actueel zijn, daar hij vader noch moeder bezat. Maar daarom zal men toch niet mogen betwijfelen, of het vijfde der tien geboden behoort, naar zijn wezenlijken inhoud, tot de wet Gods, waarvan de mensch de kennis bij de schepping ontving, zij het dan ook ten deele in kiemen, die eerst bij de verdere ontwikkeling van het menschenleven tot ontwikkeling konden komen.

Op soortgelijke wijze — maar nu natuurlijk rekening houdend met de zonde en haar beteugeling door de gemeene gratie — hebben we aan te nemen, dat uit de oorspronkelijk in kiem aanwezige en (dank zij de gemeene gratie) trots de zonde nog niet geheel teloorgegane kennis der wet Gods is te voorschijn getreden het besef aangaande een hooger, een Goddelijken eisch van gehoorzaamheid aan de overheid. En dit niet *nadat* die overheid was ingesteld, maar *tegelijk* daarmede; of, liever nog: zóó, dat het (onder leiding van Gods gemeene gratie tot stand gekomen) ontwaken van dit besef een deel uitmaakte van de Goddelijke instelling der overheid. Die Goddelijke instelling toch bestaat niet, gelijk de instelling van doop en avondmaal, in eene Goddelijke uitspraak, die in gereeden vorm van buiten af tot den mensch komt — ook Gen. 9 : 6 kan daarvoor niet worden aangehaald —, maar moet hebben bestaan in die Goddelijke leiding, waardoor Hij aan den een in het hart gaf, als leidsman en bevelhebber op te treden, en aan de anderen, zich naar zijne leiding te voegen en naar zijn bevel te luisteren; en (welke rol hierbij ook het geweld moge hebben gespeeld) wat dit aldus ontstaande gezag tot Goddelijke instelling maakte, dat was eenerzijds het door Hem geschapen verschil in aanleg en begaafdheid, en anderzijds het door Hem in de harten

gewekte besef van een hooger, Goddelijken eisch of roeping, bij den een om te volgen en te gehoorzamen, en bij den ander om de leiding te nemen en te bevelen. En daar dit besef, blijkens de ons geschonken bijzondere openbaring, niet anders is dan de nog overgebleven vage kennis van de (religieus-ethische) Goddelijke wet, toegepast op de gegeven omstandigheden en verhoudingen, valt o. i. niet te loochenen, dat deze wet een integreerend bestanddeel vormt van de Goddelijke instelling der overheid, en dus van het fundament, waarop het overheidsgezag berust.

In deze 6e stelling wordt voorts eene uitspraak van BRUNNER gememoreerd. Hiervoor bestaat meer dan ééne aanleiding. Vooreerst oefent BRUNNER op het denken van sommigen, die ons althans naar afkomst van nabij bestaan, vrij grooten invloed. En voorts heeft BRUNNER in zijn in 1932 verschenen werk „Das Gebot und die Ordnungen”<sup>2)</sup> op den term „antirevolutionair” (speciaal ook als naam onzer partij) critiek geoeffend (blz. 596). Hij zegt hier, dat revolutie als *politieke* mogelijkheid *principieel* op denzelfden trap staat als de gehoorzaamheid van den onderdaan tegenover zijn overheid. Wel bestaat er een *relatief* onderscheid, dat ook van belang is, nl. dit, dat al het politieke op orde en vrede gericht moet zijn en dus revolutie slechts als uitzonderings-geval kan gelden, als noodzakelijk doorgangspunt tot een nieuwe *Ordnung*. Dat dit onderscheid van belang is, zal ik niet ontkennen; maar de opmerking lijkt me tot typeering van BRUNNERS standpunt van weinig belang, daar hij zich hierdoor alleen onderscheidt van die revolutionairen, die *elke* orde verwerpen; alle anderen beschouwen uiteraard evenals hij de revolutie als doorgang naar een nieuwe orde.

Het is m. i. dan ook duidelijk, dat deze naam-critiek opkomt uit eene principieele tegenstelling: wie gehoorzaamheid aan de overheid en revolutie als politieke mogelijkheid principieel op ééne lijn plaatst, verwerpt de Schriftuurlijke leer van Rom. 13 : 1 en stelt zich metterdaad op revolutionair standpunt.

Ditzelfde doet BRUNNER m. i. ook in de principieele uitspraak, die in stelling VI is aangehaald. Voor het verstaan van het verband zij opgemerkt, dat hij in het aangehaalde werk uitvoerig spreekt over de „Gemeinschafts-Ordnungen” (blz. 194 vv.), waarvan de menschen dragers of leden zijn. Hij onderscheidt dan nog weer tusschen „schem-

pings-Ordnungen" en „zonde-Ordnungen"; deze noemt hij aldus, omdat ze slechts zin hebben met het oog op de zonde. Het belangrijkste voorbeeld van de eerste is het huwelijk; <sup>3)</sup> van de tweede de staat.

Aangaande deze „Ordnungen" nu ( die hij, eenigszins verwarrend, in het opschrift van het 21e hoofdstuk samenvat onder den titel „Scheppings-Ordnungen") poneert hij (blz. 192) de stelling: „als Schepper eischt God, als het eerste, de erkenning van Zijn *Ordnungen* en *die Einfügung in sie*; als Verlosser eischt Hij tegelijk, als het tweede, het niet-erkennen der gegevene *Ordnungen* en een nieuw doen met het oog op het komende Godsrijk".

Hier wordt dus het erkennen, maar tegelijk het niet-erkennen der *Ordnungen* als Goddelijke eisch voorgesteld. <sup>4)</sup>

Ten deele is hierin te constateeren het uit de publicaties dezer richting welbekende spel met de paradox. De Schepper en de Verlosser is ook voor BRUNNER toch dezelfde God, en inzoover komt zijne stelling erop neer, dat Deze op dezelfde vraag „ja" en „neen" antwoordt.

Hier loopt nu echter doorheen — en dit is van nog meer belang — het maken van eene tegenstelling tusschen schepping en verlossing. Al weet BRUNNER, dat Schepper en Verlosser één zijn, al streeft hij er — ook speciaal in tegenstelling met BARTH — naar, het verband tusschen beide vast te houden, <sup>5)</sup> wanneer hij in bovengenoemde stelling het „ja" aan God den Schepper en het „neen" aan God den Verlosser toekent, toont hij daarmede toch de dualistische opvatting niet te hebben overwonnen.

Hiermede hangt weer ten nauwste samen zijn oordeel over de *Ordnungen*. Hij zegt (blz. 207), dat ze ontstaan (niet uit geloof, maar) uit natuurlijke overwegingen der rede („Vernunft"). God gebruikt de menschelijke doelstellende rede, in combinatie met het natuurlijke instinkt, in den dienst van Zijne onderhouding der wereld. Niet het geloof, maar de redelijke natuur des menschen heeft — menschelijk beschouwd — de *Ordnungen* geschapen en houdt ze dienovereenkomstig in stand. Daarom gehoorzamen deze *Ordnungen* niet aan de logica van het geloof en de liefde, maar aan de logica van menschelijk-redelijke (en dat beteekent ook altijd zondige) doelstelling. Aan de andere zijde zijn ze dan als *Ordnungen* steeds een middel, waardoor de zondige menschheid de uiterste consequenties der zonde, den chaos, op een afstand houdt; juist daarin betoonen ze zich gaven van den Onderhouder der wereld. Maar daaruit ontstaat ook voor den geloovige

het -- bijna tragische — konflikt: hij moet medewerken aan een *Ordnung*, die toch niet aan het gebod der liefde beantwoordt, dat hij als eenig gebod boven zich erkennen kan.

Ons bezwaar richt zich natuurlijk niet tegen de uitspraak, dat de *Ordnungen* (huwelijk, staat, enz.) niet opkomen uit het geloof. Maar wel hiertegen, dat BRUNNER ze op grond hiervan feitelijk voor in zichzelf zondig verklaart. Al noemt hij ze gaven van den Onderhouder der wereld, al schijnt hij zeer dicht bij ons te staan, wanneer hij ze toeschrijft aan de onderhoudende of algemeene genade Gods, <sup>6)</sup> hij blijft anderzijds in het dualisme bevangen door de stelling, dat ze, wijl ontstaan uit natuurlijke overwegingen der rede, *gehoorzamen aan de logica van menschelijk-redelijke (en dat beteekent ook altijd zondige) doelstelling*. Hier ligt toch in opgesloten, dat de zonde aan de *Ordnungen* als zoodanig inhaerent is. Daartegenover meenen wij, dat het zondige, dat deze *Ordnungen* in de praktijk vertoonen, iets bijkomstigs is, dat onderscheiden moet worden van de Goddelijke instelling, die in zichzelf goed is. Omdat BRUNNER hiertusschen niet scherp genoeg onderscheidt, zegt hij dan ook — gelijk we boven zagen —, dat God als Verlosser niet-erkenning der gegeven *Ordnungen* vraagt. Hij had moeten zeggen, dat God vraagt niet-erkenning, ja bestrijding, van het *zondige in die Ordnungen*; en *die* bestrijding vraagt God niet alleen als Verlosser, maar evenzeer als Schepper.

De aangegeven foutieve beschouwing der *Ordnungen* komt nu voorts ook uit in hetgeen BRUNNER zegt van de verhouding tusschen de *Ordnungen* en het gebod Gods. De *Ordnung* — zoo hoorden we — beantwoordt niet aan het gebod der liefde, dat de geloovige als eenig gebod boven zich erkennen kan. Wel erkent BRUNNER een verband tusschen de *Ordnungen* en de liefde, daar ze om der liefde wil moeten worden onderhouden. Maar principieel staan ze toch *naast* elkander, want de *Ordnungen* gehoorzamen niet aan de logica der liefde. En dus: niet aan de logica van het gebod Gods, want de liefde is voor den geloovige het eenige gebod.

Hier treedt de principieele fout van BRUNNER's beschouwing weer naar een andere zijde aan het licht. Hij kent maar één gebod, het gebod der liefde. En — deze liefde gaat voor hem praktisch op in de liefde tot den naaste. Natuurlijk kent hij wel het woord van „het eerste en het groote gebod”, Matth. 22 : 38. Maar de hierin geëischte liefde tot God wordt door hem (blz. 117) geïdentificeerd met de

liefde tot den naaste. „God wil geene liefde op Zich trekken; Hij wil, dat wij Hem liefhebben aan den naaste”.

Dit hangt nu verder samen met BRUNNER's degradatie van het begrip der *wet*, zoodat er voor eene religieus-ethische wet in eigenlijken zin geene plaats blijft, wat weer samenhangt met zijn in den grond Barthiaansch openbarings-begrip. Openbaring in den vollen zin kan slechts bestaan als *actus*, als het hier en nu plaatsgrijpende spreken Gods met mij <sup>7)</sup>. Zulk een openbarings-actus is het gebod <sup>8)</sup>. Dit is dus steeds concreet. Gods gebod is zijn vrij gebieden, dat in geen voorschrift vervat kan worden <sup>9)</sup>. En nu erkent BRUNNER, in tegenstelling met Barth, ook wel een „geopenbaard-zijn” Gods; en dit is dan hier de wet, die dus algemeene voorschriften kan bevatten; maar blijkens het bovenstaande is dit toch geen openbaring in den vollen zin. Het waarlijk goede kan dan ook niet worden verstaan als gehoorzaamheid jegens eene wet; het begrip „wet” wordt door de bergrede opgeheven <sup>10)</sup>.

Door deze degradatie der wet wordt het BRUNNER onmogelijk, tusschen de *Ordnungen* en de wet Gods het juiste verband te leggen. Het verhindert hem eenerzijds, in overeenstemming met Rom. 13 : 1 de gehoorzaamheid aan de door God gestelde overheid (altijd onder beperking van het „Gode meer gehoorzamen dan den menschen”) als eisch van de algemeen geldende Goddelijke wet te erkennen <sup>11)</sup>. En het is anderzijds oorzaak, dat hij de aan de *Ordnungen* klevende zonde niet zoekt in datgene waarin haar gebruik afwijkt van de Goddelijke wet, maar in de *Ordnungen* zelve, nl. in het feit, dat ze luisteren naar een andere logica dan die der liefde, het eenige gebod Gods.

Van een religieus-ethische wet Gods als integreerend deel van het fundament dezer *Ordnungen* weet BRUNNER dus niet. Zoo komt hij tot de zichzelf weersprekende uitspraak, dat God tegelijk erkenning en niet-erkenning dezer *Ordnungen* vraagt. Een uitspraak, waarvan het „ja” uiteraard door het „neen” wordt overstemd; die daarom de vastheid van het gezag in principe wegneemt, en in dezen zin revolutionair is te noemen <sup>12)</sup>.

Bij het spreken over de overheid en de wet Gods pleegt men echter vooral te denken aan de vraag, of en in hoeverre de overheid aan de wet Gods *gebonden* is. *Stelling VII* wijst er op, dat hierbij moet worden onderscheiden tusschen de vraag, of en in hoeverre de over-

heid aan de wet Gods gehoorzaamheid is verschuldigd, en de andere vraag, of en in hoeverre ze geroepen is, de wet Gods te handhaven.

Gehoorzaamheid — zegt *stelling VIII* — is de mensch altijd en overal, dus ook als drager van het overheidsgezag, aan de wet Gods onvoorwaardelijk verschuldigd.

Natuurlijk geldt hier het bij *Stelling II* besproken onderscheid tusschen den Heiden, die slechts de algemeene openbaring heeft, en hem, die leeft onder het licht van het Evangelie.

De laatste echter is, ook als overheidspersoon, aan de wet Gods, zooals ze in de H. Schrift is bekendgemaakt, onvoorwaardelijke gehoorzaamheid schuldig. Dus staat het ook niet zoo, dat de overheid wel aan de tien geboden, maar in principe niet aan de bergrede zou zijn gebonden; want de wet is één, en de tien geboden moeten ook in het licht der bergrede worden gelezen.

Maar natuurlijk is hier iets anders, nl. dit, dat de wet Gods, al is ze één, toch rijk gevarieerd is, in verband met de velerlei verhoudingen, waarin de mensch heeft op te treden, zoodat ze voor de overheid een eigen inhoud heeft. Niet elk onderdeel der wet geldt voor iedere verhouding. Hierbij is van belang op te merken, dat niet alleen de geboden der bergrede, maar ook de tien geboden een persoonlijk karakter dragen. In de tien geboden wordt toegesproken de individueele Israëliet. De Heiland vat ze dan ook samen in den tweevoudigen eisch, God lief te hebben met al wat in ons is, en onzen naaste als onszelf. Dat tweede deel is letterlijk genomen geen gebod voor de overheid; want „naaste” is een persoonlijk begrip, en dus heeft de overheid geen naaste. Natuurlijk weten we ook, dat de Goddelijke geboden meer inhouden dan hun bewoordingen letterlijk zeggen; en dus liggen er zeker in dit gebod ook voor de overheid wel eischen ten opzichte van haar handelwijze jegens andere volken, en ook jegens de eigen onderdanen. Maar in rechtstreekschen zin richt dit gebod zich niet tot de overheid. En zoo staat het niet alleen met de samenvatting der wet, en met de geboden der bergrede, maar ook met de tien geboden zelf. Degene, tot wien deze zich rechtstreeks richten, is de individueele Israëliet. Het gebod „gij zult niet echtbreken” kan door de overheid evenmin gehouden als overtreden worden: wie den echt breekt, doet dit niet in kwaliteit van overheid, ook al is hij overheidspersoon en ook al doet hij het uit politieke overwegingen. Hetzelfde geldt van het

eeren van vader en moeder. Maar ook het gebod „gij zult niet doodslaan” richt zich blijkens het verband met de andere geboden, en blijkens de door den Heiland gegeven samenvatting tot den enkeling in zijn verhouding tot zijn naaste, en ziet dus zeer bepaald op geweld, dat een persoonlijk karakter draagt. Maar hier is weer duidelijk, dat dit consequenties heeft voor hetgeen iemand in kwaliteit van overheidspersoon doet, jegens zijn onderdaan (gerechtelijken moord), of jegens een ander volk (het beginnen van een niet gerechtvaardigden oorlog, waardoor hij onrechtmatig veler dood veroorzaakt).

Met de geboden der eerste tafel staat het eenigszins anders. Deze richten zich ook wel tot den Israeliet, of den Christen, persoonlijk; maar spreken van zijn verhouding tot God, en strekken zich daarom rechtstreeks uit over heel het leven en over alle functies, waarin een mensch kan optreden; alleen voor het tweede gebod kan men een uitzondering maken, daar dit speciaal op de wijze van Godsvereering betrekking heeft.

Het in het voorafgaande ontwikkelde standpunt staat — aldus stelling IX — tegenover dat van BRUNNER, die (in verband met zijn opvatting van „het gebod” als opgaand in het gebod der naastenliefde, en eveneens in verband met zijn opvatting der *Ordnungen*) tusschen den wil Gods en hetgeen men in het ambt doet een niet op te heffen tegenstelling aanneemt.

Daar het — aldus BRUNNER blz. 208 — op de *onafgebroken werkzaamheid* der *Ordnungen* aankomt, is de eerste plicht, ook voor den Christen, het gehoorzame aannemen en instandhouden der gegevene, voorhandene, tegenwoordige *Ordnung*, ze zij dan zoo onvolkomen, grof, „liefdeloos” als ze wil. De Christen moet dus ingaan („sich hineinstellen”) in een *Ordnung*, die op zichzelf beschouwd zoo liefdeloos is! Niet, dat de liefde hier volgens BRUNNER geheel buiten blijft. De Christen moet dit juist doen om der liefde wil, daar hij anders den meest dringenden liefdesdienst verzuimt: de bewaking van den dijk, die het menschenlijke leven voor den chaos behoedt.

Maar de *Ordnung* zelve is dan toch liefdeloos; en in die liefdelooze *Ordnung* moet de Christen ingaan. BRUNNER wil niet zeggen, dat hij dit moet doen zonder smart, zonder den wil, alles te doen om een andere, meer rechtvaardige *Ordnung* tot stand te brengen — daartoe immers dringt het geloof, dat in liefde zich wil



uitwerken —, maar doen moet hij het. Uit geloofsgehoorzaamheid moet hij, om zoo te zeggen, alles, wat hij over het wezen der liefde weet, vooreerst in dezen *Ordnungs*-dienst vergeten, om in overeenstemming met de logica dezer *Ordnungen* ze zelf te beschermen en te bouwen. Want deze *Ordnungen* zijn wel om der liefde wil noodig, maar volstrekt niet van zulk een aard, dat men in haar den medemensch zoo ontmoet, als het de liefde, wanneer het ging over twee individuen, zou eischen. De ambts-plicht is „grof”, zakelijk-technisch, enz.; tot zijn volbrenging is geweld, wellicht fysieke gewelddadigheid en zelfs terdoodbrenging, noodzakelijk.

Zoo is er een tegenstelling. Het gebod der liefde (zoo blz. 211) als wet genomen, de eischen der bergprediking, als wet verstaan, worden tot een gericht over den mensch in deze *Ordnungen*, gelijk ze de richtende maatstaf blijven voor den mensch, waar hij ook is.

Maar dit inzicht leidt eerst dan werkelijk tot boete, als ten tweede wordt ingezien, dat *deze tegenstelling in het geheel niet kan worden opgeheven*. Wat „erfzonde” is, wat het kwade in zijn diepte en daarom in zijn universaliteit is, wat het kwade daar is, waar ons aller gemeenschappelijke diepte is, dat wordt iemand eerst dan recht duidelijk, wanneer men datgene doen *moet*, wat op zichzelf beschouwd, kwaad is; wanneer men in het ambt doen moet wat buiten het ambt gedaan eenvoudig kwaad zou zijn.

Nu wordt aan deze laatste uitdrukking, en aan een paar andere bovengenoemde, m. i. aanstonds duidelijk, dat BRUNNER's stelling weinig doordacht is. Men moet in het ambt doen, wat op zichzelf beschouwd kwaad is ,of: wat buiten het ambt gedaan eenvoudig kwaad zou zijn.

Mij dunkt, dat is eigenlijk onzin. Als voorbeeld noemt BRUNNER het geweld, speciaal de terdoodbrenging. BRUNNER meent nl., dat de staat, die afstand deed van de terdoodbrenging, zichzelf zou prijsgeven. Met de rechtvaardiging der doodstraf als *rechts*-middel heeft dit niets te maken (blz. 597 Anm. 5); deze erkent BRUNNER niet. Maar hij is van oordeel (blz. 464), dat onder bepaalde omstandigheden het gebeuren kan, dat den staat geen ander middel dan de terdoodbrenging ter beschikking staat; daarom mag dit recht aan den staat niet absoluut ontnomen worden. Maar wat is nu in bovenstaande redeneering de fout? M. i. deze, dat van terdoodbrenging in abstracto niemand kan zeggen, of ze goed of kwaad is. Men doodt altijd iets of iemand,

een vlieg of een mensch, en als het een mensch is, dan doet men dit in een bepaalde kwaliteit, als overheidspersoon of als particulier, en dan weer in een bepaalde modaliteit, als overheidspersoon bij wijze van gerechtelijken moord of ter uitvoering van een rechtvaardige wet, en als particulier uit haat of uit noodweer, enz. Dit zijn zeer verschillende zaken, waarover uit ethisch oogpunt verschillend geoordeeld moet worden. Daarom is het onzin, te zeggen, dat men in het ambt moet doen wat op zichzelf beschouwd of buiten het ambt gedaan kwaad zou zijn. Het terdoodbrengen kan, zoo het beoordeeld zal worden, niet op zichzelf worden beschouwd; en wat men in het ambt doet, kan niet buiten het ambt worden gedaan; het moge beide een terdoodbrengen zijn, en inzoverre hetzelfde, maar dan geldt ook hier: als twee hetzelfde doen, is het niet hetzelfde.

Soortgelijk staat het met de uitspraak: de *Ordnungen* zijn niet van zulk een aard, dat men in haar den medemensch zoo ontmoet, als het de liefde, wanneer het ging over twee individuen, zou eischen. Voor ons is dit iets vanzelfsprekends; de eisch der liefde openbaart zich in de verhouding tusschen twee individuen anders dan in het werk der overheid. Maar BRUNNER zegt dit ter adstrueering van de stelling, dat er tusschen hetgeen God wil en hetgeen men in het ambt doet, een niet weg te nemen tegenstelling bestaat; en daarvoor zou het alleen kunnen dienen, indien het waar was, dat de liefde tusschen twee individuen het eenige gebod Gods was — wat BRUNNERS meening inderdaad is —, en dat dit gebod ook eigenlijk voor de overheidsverhoudingen geldt, wat dwaasheid is, daar in deze verhouding geen twee tegenover elkander staande individuen aanwezig zijn, en dus het gebod dienaangaande ook niet gelden kan.

*Stelling X* spreekt over de nogal veel gebezigde zegswijze, dat de overheid de wet Gods heeft te handhaven.

In *Ons Program* draagt par. 62 het opschrift: „de overheid handhaafster van Gods wet”. In de volgende paragraaf echter wordt dit beperkt door de toevoeging: „meer bijzonder van de zedewet”, waaronder Dr. KUYPER dan verstaat de „algemeene zedewet”, zooals die na den val ook bij de Heidenen nog gekend wordt. Eigenlijk is die toevoeging meer dan een beperking; ze heft de eerste uitspraak feitelijk op. Want de zgn. algemeene zedewet is niet *de* wet Gods, het is zelfs niet *een* wet Gods, immers is het geen afzonderlijke wet naast

de in de Schrift geopenbaarde wet Gods; het is slechts datgene wat van de oorspronkelijke wet Gods nog spreekt in de conscientie van den natuurlijken mensch, m. a. w. het is van de wet Gods slechts een flauwe afdruk.

De uitdrukking, dat de overheid de wet Gods heeft te handhaven, is, streng opgevat, dan ook onjuist te achten. De wet Gods met haar geestelijk karakter en haar alomvattende strekking kan door de overheid niet gehandhaafd worden; onze Catechismus zegt in antw. 110 bij de bespreking van het achtste gebod dan ook uitdrukkelijk, dat God hier veel meer verbiedt dan „dat stelen en rooven, hetwelk de overheid straft”, waarin dus ligt opgesloten, dat de overheid niet de wet Gods handhaaft, maar dat, zooveel hier van handhaving sprake kan zijn, deze handhaving altijd slechts een deel, meer bepaald de buitenzijde van dit gebod, betreft. En bij een gebod als „gij zult niet begeeren” is het nog duidelijker, dat handhaving van de wet Gods door de overheid een onmogelijk iets is.

*Stelling XI* zegt, dat hetgeen de Overheid te handhaven heeft, iets anders is, nl. om met Calvijn te spreken, een „burgerlijke en uiterlijke rechtvaardigheid der zeden”.

Deze draagt een eigen karakter, waardoor ze van de gerechtigheid, zooals die in de religieus-ethische wet geëischt wordt, onderscheiden is. Ze kan daarom ook niet vereenzelvigd worden met een deel van deze wet (b.v. de zgn. tweede tafel), en evenmin met de algemeene zedewet (d. i. de religieus-ethische wet, zooals die uit de algemeene openbaring wordt gekend).

Het eerste kwam reeds ter sprake. Wat het tweede, de algemeene zedewet betreft (waarvan, gelijk we zagen, Dr. KUYPER destijds in dit verband heeft gesproken), deze speelt hier ongetwijfeld eene belangrijke rol, maar men kan toch niet zeggen, dat hetgeen de overheid heeft te handhaven, hiermede kan worden geïdentificeerd. Die algemeene zedewet toch omvat eenerzijds meer, anderzijds minder dan de overheid heeft te handhaven.

Eenerzijds meer, want die algemeene zedewet getuigt niet alleen van eene uiterlijke gerechtigheid, maar strekt zich ook uit tot de gezindheid, dus tot het innerlijke. Ook buiten het licht van het Evangelie getuigt de conscientie van den gevallen mensch van een zekere natuurlijke liefde, die de ouders aan hun kinderen, de kinderen aan hun

ouders zijn verschuldigd, van een eisch van trouw en aanhankelijkheid, die zich verder uitstrekt dan de bemoeiingen der overheid ooit kunnen gaan.

En aan de andere zijde omvat die „algemeene zedewet” minder dan wat de overheid, althans wanneer deze leeft bij het licht van het Evangelie, te handhaven heeft: denk aan de zondagsrust.

Men moet daarom zeggen, dat de „burgerlijke en uiterlijke gerechtigheid”, die de overheid heeft te handhaven, een eigen karakter draagt, een zaak *sui generis* is; en wanneer men het woord „wet” gebruikt in den vroeger genoemden meer algemeenen zin, kan men hiervan dus ook, gelijk van al het bestaande, zeggen, dat deze uiterlijke gerechtigheid beheerscht wordt door eigen, door God aan haar gestelde levenswetten, die met de religieus-ethische wet allerminst kunnen worden geïdentificeerd.

Dit beteekent nu echter niet — stelling XII —, dat deze door de overheid te handhaven uiterlijke gerechtigheid niets met de religieus-ethische wet te maken heeft. Integendeel: ook van deze uiterlijke gerechtigheid geldt wat we vroeger aangaande het overheidsgezag hebben opgemerkt: zij vindt mede in de religieus-ethische wet haar fundament. We zeggen „mede” (en dus niet uitsluitend), omdat we ook hier de religieus-ethische wet onderscheiden van hetgeen natuur en Schrift ons leert aangaande karakter en aard van alle leven en van de onderscheiden levens-sferen en instellingen als huwelijk, staat, maatschappij, enz., en aangaande de Goddelijke ordinantiën (in den ruimeren zin van dat woord), die daarmede samenhangen. Maar dat in het fundament, waarop de door de overheid te handhaven uiterlijke gerechtigheid rust, de religieus-ethische wet een hoogst belangrijke plaats inneemt, is m. i. voor geen tegenspraak vatbaar. Wanneer het uiterlijke stelen en doodslaan door de overheid wordt verboden en gestraft, dan is dit niet los te denken van de Goddelijke zedewet, die het doodslaan en het stelen verbiedt, maar vindt het veeleer hierin (gelijk natuurlijk ook in de instelling der overheid, enz.) zijn fundament. Dit blijft ook dan waar, wanneer een overheid of een volk van dat fundament niet wil weten. Anderzijds is echter op te merken, dat dergelijke overheids-wetten onder allerlei volken door de volksconscientie gedragen worden, en hierin werkt de wet Gods, zooals die gekend wordt deels uit de algemeene, deels ook uit de bijzondere openbaring.

In het zeggen, dat de overheid de wet Gods heeft te handhaven, ligt dan ook zeker een hoogst belangrijk element van waarheid; immers houdt de uiterlijke gerechtigheid, die de overheid handhaaft, nauw verband met de zedewet, en zijn haar belangrijkste bestanddeelen aan deze ontleend.

In dezen zin kan de uitspraak van CALVIJN, dat het ambt der overheid zich uitstrekt tot beide tafelen der wet, dan ook als juist worden aanvaard; maar natuurlijk is hierbij vast te houden, dat dit iets anders is dan dat de overheid de wet in haar beide tafelen zou hebben te *handhaven*, wat ook door CALVIJN niet wordt geleerd. En voorts kan men dan met CALVIJN over de toepassing van dezen regel van meening verschillen. Wij doen dit inderdaad ten opzichte van de door hem (en de oude Gereformeerden in het algemeen) voorgestane meening, dat de overheid afgoderij en valschen godsdienst met alle haar ten dienste staande middelen, dus ook met geweld, moet tegenstaan en onderdrukken. Wij achten deze meening strijdig met het karakter der Nieuwtestamentische bedeeing, waarin de Heiland zelf de hulp van het zwaard voor de handhaving van Zijn koningschap uitdrukkelijk afwijst, Matth. 26 : 52; Joh. 18 : 36.

Hiermede is niet gezegd, dat in godsdienstig opzicht de vrijheid van het woord onbeperkt zou moeten zijn. In het in 1924 aan het Centraal Comité van antirevolutionaire kiesvereeningen uitgebrachte Rapport aangaande „strafbepalingen tegen Godsclastering en vloeken” is o. a. betoogd, dat de openlijke Godsclastering, voorzoover zij het karakter draagt van een hoonen of smaden van God, in de Nederlandsche strafwet strafbaar behoort te worden gesteld; en dit niet enkel noch allcrmeest op grond van de aan menschen gegeven ergernis, maar op grond van de overweging, dat een dergelijke ontheiliging van Gods naam een zoo krasse inbreuk is op de goede zeden, die ten opzichte der gedraging jegens den hoogsten Souverein onder een Christelijke natie behooren te gelden, dat de overheid haar niet straffeloos mag gedoogen.

Hier wordt dus niet rechtstreeks een beroep op de zedewet gedaan; het derde gebod verbiedt veel en veel meer dan hier wordt genoemd. Veeleer blijft de overweging op het terrein van wat CALVIJN noemt de „burgerlijke en uiterlijke rechtvaardigheid der zeden”. Maar dan staat hier toch altijd achter de wet Gods; al kan deze bij lange na niet in die „goede zeden” tot uitdrukking komen, ze is toch de maatstaf

voor wat „goed” is, en heeft dus ook voor de bepaling van wat „goede zede” is, fundamenteele beteekenis.

<sup>1)</sup> Naar mijne meening geeft in art. III van het antirevolutionair program de uitdrukking „dat het Staatsgezag ten onzent noch rechtstreeks, gelijk in Israël, noch door de uitspraak van eenige kerk, maar in de conscientie beide van overheid en onderdaan aan de ordinantiën Gods gebonden zij” aanleiding tot de opvatting, dat de conscientie de mate van het gebonden-zijn bepaalt. Dat de algemeene overtuiging der antirevolutionairen eene andere is (wezenlijk dezelfde als de boven ontwikkelde), is bekend genoeg. Men zie niet alleen Dr. H. COLIJN, *Saevis tranquillus in undis*, blz. 83 v.; maar ook reeds den ontwerper van het program Dr. A. KUYPER, o. a. *Gemeene Gratie III* blz. 131. De auteur stelt hier de vraag, welke verandering ontstaat, „bijaldien in een gevestigden staat, levende onder eene bepaalde overheid, de geïnstitueerde kerk optreedt” en antwoordt dan, dat dit aan alle overheid den eisch brengt, om met die (in het Evangelie opgesloten) rijkere kennis van den wil Gods rekening te houden, en er zich zonder voorbehoud aan te onderwerpen”. (Zie overigens inzake Dr. KUYPER'S standpunt de studie van Mr. G. M. DEN HARTOGH in *Antirevolutionaire Staatkunde*, Mei 1927).

Er bestaat dus in dezen onder ons geen wezenlijk meeningsverschil, en in-zooverre levert de tegenwoordige formuleering van art. III geen onmiddellijk gevaar op. Toch verdient het m. i. ernstige overweging, bij eene herziening van het program aan art. III eene nieuwe formuleering te geven. De tegenwoordige geeft aanleiding tot misverstand; en dit vindt, blijkens enkele uitdrukkingen in Dr. KUYPER'S toelichting, toch ook wel hierin zijne oorzaak, dat dit punt door den genialen ontwerper op dat moment niet zoo scherp was door-gedacht als in lateren tijd.

<sup>2)</sup> Tübingen, MOHR. De in het vervolg *in den tekst* voorkomende verwijzingen doelen alle op dit geschrift.

<sup>3)</sup> Op blz. 196 noemt hij nog de relatie van jong en oud, kind en vader, Führer en Geführten, productieven en receptieven.

<sup>4)</sup> Wel maakt BRUNNER tusschen wat wel en wat niet erkend moet worden, in de formuleering eenig onderscheid; het eerste noemt hij „Zijne” (Gods) *Ordnungen*; het tweede „de gegevene” *Ordnungen*. Maar dit maakt toch geen wezenlijk verschil.

<sup>5)</sup> Vgl. ook *Natur und Gnade*, Tübingen, MOHR, 1934.

<sup>6)</sup> A. w. blz. 16.

<sup>7)</sup> A. w. blz. 35.

<sup>8)</sup> A. w., blz. 39.

<sup>9)</sup> *Das Gebot und die Ordnungen*, blz. 106 v.

<sup>10)</sup> A. w. blz. 128.

<sup>11)</sup> Wel als Gods „gebod” (blz. 126); maar blijkens het bovenstaande is dit iets anders.

<sup>12)</sup> Instructief voor BRUNNERS opvatting is, wat hij (*Natur und Gnade*, blz. 36 v.) mededeelt van een gesprek met BARTH. Deze zeide, dat in het begrip *Ordnungen* (hij had toen het oog op GOGARTEN'S leer dienaangaande) een geheel politiek en cultureel program van beslist autoritair stempel lag opgesloten; waartegenover BRUNNER trachtte aan te tonen, dat men op tweeërlei wijze van de *Ordnungen* kon spreken, op een ongebroken-autoritaire wijze, en op een andere, die men evengoed revolutionair als conservatief kon noemen. Dit heeft hij dan in „*Das Gebot und die Ordnungen*” trachten uit te werken. Dat BRUNNER hierin ook het „conservatieve” tot zijn recht tracht te doen komen, is met het bovenstaande niet ontkend. Revolutionair en conservatief zijn immers ook geen zuivere tegenstellingen; en antirevolutionair en conservatief zijn niet identiek.

---

---

# DE ECONOMISCHE TOESTAND VAN NEDERLAND

DOOR

C. SMEENK.

## *Het bevolkingsvraagstuk.*

Bij de bespreking van onzen economischen toestand moge ik in de eerste plaats aandacht vragen voor het bevolkingsvraagstuk.

De bevolking van Europa is in de laatste 130 jaren sterk toegenomen. Zij bedroeg in 1800 ongeveer 180 millioen zielen. In 1914: 452 millioen. En in 1930 niet minder dan 490 millioen. Toch was er helaas een steeds dalend geboortecijfer, mede veroorzaakt door practijken, die door Gods Woord geoordeeld worden. In West-Europa daalde dit cijfer van 34 per mille omstreeks 1850 tot beneden de 20 per mille in 1930.

Van grooten invloed was ook de *emigratie*. De blanke bevolking buiten Europa wordt door SOMBART ruw geschat op ongeveer 6 millioen in 1800. Thans wordt zij, ook weer ruw, geschat op 195 millioen. Voor een belangrijk deel is die toeneming buiten ons werelddeel het gevolg van emigratie uit Europa. De totale blanke bevolking bedroeg in 1930 circa 370 % van die in 1800.

De bevolkingsvermeerdering in Europa is vooral te danken aan de verbetering van de sterftcijfers. Niet alleen ten onzent, al is bij ons de teruggang buitengewoon, nl. van 31.2 per 1000 inwoners in 1849 tot 8.8 in 1933, maar ook, zij het in mindere mate, in geheel West-Europa, t. w. van 27 per mille omstreeks het midden van de vorige eeuw, tot 13 in 1930.

Toch leefde die sterk vermeerderde bevolking sedert het midden van de *tweede* helft der 19de eeuw op een veel hooger peil dan vorige generaties. Nadruk moet hier gelegd worden op het woord *tweede*. Stellig is in de eerste helft van de vorige eeuw de toestand van

arbeiders en boeren buitengewoon slecht geweest. Wat de arbeiders betreft, zelfs in menig opzicht ongunstiger dan in de 18de eeuw.

Een *reële* verhooging van de loonen is in Engeland feitelijk eerst op te merken in het begin van de zeventiger jaren. Ook in andere landen is het keerpunt pas omstreeks 1870 gekomen. De kapitaalvorming, waartoe de industriele ontwikkeling in staat stelde, begon haar voordeelen af te werpen ook voor de arbeiders. De daardoor mogelijk geworden economische opbloei der overzeesche gewesten deed de landbouwartikelen in prijs dalen. Dit veroorzaakte wel is waar niet geringe moeilijkheden voor den landbouw in sommige Europeesche landen, ook ten onzent, maar ten slotte is de welvaart der bevolking, als geheel genomen, daardoor verhoogd. Een welvaartsproces, sterk begunstigd door den vooruitgang van industrie en techniek, dat voortgezet werd tot aan den wereldoorlog van 1914. Enorm is de productie toegenomen, terwijl de blanke bevolking over een veel grooter gebied dan tot dusver werd verspreid. De opkomende en steeds meer in beteekenis toenemende, sociale beweging, poogde niet zonder succes de verdeeling ten gunste van de breede massa te beïnvloeden.

Nederland ging, naar verhouding, meer in bevolking vooruit dan vele andere Europeesche Staten. In 1930 bedroeg de geheele Europeesche bevolking in procenten van 1800: 272. Voor Nederland alleen is het percentage 400.

Ons land behoort tot de dichtst-bevolkte gebieden. In 1830 was het aantal inwoners per K. M.<sup>2</sup>: 80.8 en in 1934: 252.3. Men vergelijkte daarmee de Vereenigde Staten van Noord-Amerika, waar de gemiddelde dichtheid der bevolking nog iets beneden de 13 per K. M.<sup>2</sup> blijft.

Ook ten onzent waren de toestanden in de eerste helft van de 19de eeuw verre van rooskleurig. Zelfs moet erkend worden, dat zij hier nog wat langer ongunstig zijn gebleven dan elders, mede tengevolge van onze later aangevangen industriele ontwikkeling. Maar ook hier kwam er, vooral *na* de tachtiger jaren, allengs verbetering. In de laatste dertig jaar was de vooruitgang zelfs in menig opzicht verbazingwekkend.

In de *emigratiebeweging* der 19de eeuw heeft Nederland een, naar verhouding, niet onbelangrijk aandeel gehad. Ook in de eerste jaren van deze eeuw was de emigratie nog van groote beteekenis. In de periode 1902—1911 bedroeg het totale aantal „vestigingen” 3.814.533 en het totaal „vertrek” 3.873.541. Een meer vertrek dus van rond 59000 personen.



Vóór den oorlog was er, bij kleinere bevolkingsaccres, een grootere emigratie. In 1899 was de bevolkingsdichtheid 154.3 en in 1909: 179.7. Toch verhuisden in de periode 1907—1911 alleen naar de Ver. Staten nog 4698 (laagste cijfer) tot 8358 (hoogste cijfer) Nederlanders per jaar. Naar Canada emigreerden in het tijdperk van 1904—1911 gemiddeld 576 personen per jaar. Ook naar andere overzeesche gebieden: Argentinië, Brazilië, etc. was de emigratie niet onbelangrijk; in sommige jaren steeg het aantal emigranten tot boven de 1000.

Het statistisch materiaal moge zeer onvolledig zijn, vast staat dat de emigranten vóór den oorlog de Nederlandsche arbeidsmarkt in beteekenende mate ontlastte. De Nederlandsche Kamer van Koophandel te New-York schatte vóór den oorlog het aantal Nederlanders, dat in de laatste 70 jaren in de Vereenigde Staten was gekomen en de afstammelingen van dezen op 325.000. Ook in andere landen heeft zich allengs gedurende de periode 1830—1913 een groot aantal Nederlanders gevestigd.

Naar de landen overzee emigreerden in hoofdzaak personen uit de landbouwbedrijven, al komen in de statistieken ook de bouwvakken, handel, verkeerswezen, losse werklieden en vrije beroepen met relatief hooge cijfers voor.

Van groote beteekenis voor de Nederlandsche arbeidsmarkt was vóór 1914 de z.g.n. trek naar Duitschland. Blijkens de Duitse beroepstelling van Juni 1907 werkten in landbouw en veeteelt: 11.912 Nederlandsche arbeiders. Een groot deel vond hier slechts tijdelijk emplooi. Vooral de Friezen maakten van deze arbeidsgelegenheid gebruik. Er zijn jaren geweest, waarin alleen in de provincie Friesland meer dan 4000 nationaliteitsbewijzen werden afgegeven. In totaal werden in de periode 1908—1913 circa 30.000 nationaliteitsbewijzen per jaar verstrekt.

Volgens de Duitse beroepstelling van 1910 werkten in de nijverheid 31.351 Nederlanders. Maar dit cijfer moet, naar algemeen wordt aangenomen, op een vergissing berusten. De Duitse Arbeiter Zentrale kwam omstreeks denzelfden tijd op grond van het aantal uitgereikte legitimatiekaarten, tot een getal van circa 50.000. Ook dit cijfer is stellig nog aan den lagen kant. De Duitse beroepstelling van Juni 1907 komt voor het geheele rijk op ruim 100.000 in bedrijven werkzame Nederlanders.

De nijverheidsontwikkeling vlak bij onze Oostgrens stelde velen

zelfs in staat, om in Duitschland te gaan werken, terwijl het gezin aan deze zijde van de grens bleef wonen. Deze toestand had ongetwijfeld ook een bedenkelijke zijde. Veler gezinsleven heeft er ernstig onder geleden. Maar onze arbeidsmarkt werd in niet onbelangrijke mate ontlast. Vooral ongeschoolde arbeiders werden door de Duitse nijverheid opgenomen.

Geheel anders is het emigratiebeeld na den oorlog. Verschillende landen, w.o. de Ver. Staten, beperkten de emigratie om allerlei redenen. Toch behoeft, zooals reeds uit het cijfer der bevolkingsdichtheid blijkt, voor „overbevolking” in Noord-Amerika nog niet gevreesd te worden. Principieel is er dan ook in deze politiek veel, dat afkeuring verdient. Egoïstische overwegingen lieten zich gelden. Ook werkte, met name in de Ver. Staten en in Australië, de vrees voor een invasie van kleurlingen. Zelfs was men evenmin gesteld op emigranten uit sommige Europeesche Staten. Minder bezwaar op zich zelf had men tegen de Nederlanders. Maar men kon reeds om politieke redenen zich niet alleen tegen de emigratie uit bepaalde Staten richten.

Men heeft, óók onder den druk der Arbeidersbeweging, in 1921 het aantal emigranten, dat toegelaten zou worden, vastgesteld op een laag cijfer. Toch werd het naar ons land bepaalde quotum zelfs nog niet altijd bereikt.

Ook naar Canada en elders had slechts in zeer beperkte mate emigratie plaats. In Canada is nog nauwelijks een vierde van de 120 millioen H.A. voor landbouw geschikte grond bezaaid. Ook elders in de wereld zijn groote gebieden nog heel dun bevolkt. Maar emigratie gaat met vele moeilijkheden gepaard.

In 1932 zijn naar overzeesche landen slechts 158 Nederlanders (vrouwen en kinderen inbegrepen) uit Nederlandsche havens vertrokken met het doel, om elders een bestaan te vinden. Welk een verschil met de voor-oorlogsche jaren! De toestanden in het na-oorlogsche Duitschland verhinderden de plaatsing van Nederlandsche arbeiders en noodzaakten velen zelfs tot terugkeer naar het vaderland. Een en ander liet zich scherp op de arbeidsmarkt gevoelen.

Inmiddels klom het bevolkingsaccres. Jaarlijks vragen 35 à 40.000 jeugdige personen om een plaats in het bedrijfsleven. Men verwacht, dat ons volk zal uitgroeien tot 11 à 12 millioen zielen. Daarbij wordt gerekend op een dalend geboortecijfer, o. a. door de opzettelijke gezinsbeperking, door practijken dus, die met Gods ordinantiën voor het

huwelijksleven in strijd zijn en waarop ten slotte nooit zegen voor individuen en volksgemeenschap kan rusten. Nu kan men uiteraard aan de becijferingen, zooals BAKKER SCHUT e. a. gaven, slechts een betrekkelijke waarde toekennen. Niemand toch kan alle toekomstige gebeurlijkheden voorzien. God regeert! Maar het geloovig vertrouwen op Zijn regiment, het wandelen naar Zijn geboden óók in huwelijk en gezin, kan en moet gepaard gaan met het energiek aangrijpen van economische mogelijkheden. Daartoe nu zal ook behooren het bevorderen van de emigratie, voor zoover daarvoor ruimte wordt geboden in Argentinië, in Frankrijk en elders. Beter dan vroeger kunnen de godsdienstige en moreele gevaren, door steun uit het Moederland, worden bestreden. Wij hebben vele jonge mannen, die in dienst van de Kerken, ook elders, willen arbeiden. Wij beschikken over de radio. De afstanden zijn verkort.

Men zal evenwel ook hier vermoedelijk nog iets kunnen leeren uit de geschiedenis. Het oude Griekenland heeft een merkwaardige kolonisatieperiode gekend, waarin de kusten van de Middellandsche en de Zwarte Zee als bezaaid zijn geworden met reeksen bloeiende volksplantingen, wier zelfstandig bestaan zich paarde aan voortdurende verbinding met het Moederland. Elke belangrijke stad had zoo ongeveer haar „kolonie”. Het is ook nu nog een feit, dat emigratie in groepen, waarbij men de menschen kiest uit een bepaalde streek en van gelijke godsdienstige overtuiging, het minst op moeilijkheden stuit. Ook in den tijd van onze Republiek zijn in Oost en West volksplantingen gesticht, die voor het Moederland van de grootste beteekenis zijn geweest.

Op die emigratie-noodzaak moet vooral eenigen nadruk gelegd worden, omdat Duitschland, naar alle waarschijnlijkheid, uit een oogpunt van arbeidsgelegenheid, niet meer voor ons zal worden, wat het in het verleden is geweest. In de eerste plaats zullen wij natuurlijk al het mogelijke moeten doen, om onze eigen industrie, die in de laatste dertig jaren zoo buitengewoon zich ontwikkelde, uit te breiden. Maar daarnaast moet de emigratie, waar mogelijk, bevorderd worden. Onze volksgroei eischt dit.

Werd na den oorlog de emigratie beperkt, de immigratie nam toe. Het aantal in ons land gevestigde vreemdelingen, waaronder er evenwel zijn, die niet op de arbeidsmarkt concurreeren en waarvan de vestiging een voordeel beduidt, óók zelfs voor den fiscus, bedroeg in

1909 rond 70.000 en in 1930 rond 170.000. Vooral uit Duitschland en Oostenrijk was de trek naar het rijke Holland groot. Dienstboden, restaurant- en hotelpersoneel vooral zochten en vonden hier emplooi. Maar ook in andere bedrijven in het Oosten en Zuiden des lands hebben in de latere jaren veel vreemdelingen arbeid gevonden. Voor onze arbeidsmarkt, die ook reeds de gevolgen ondervindt van den gang van zaken in Indië, is een en ander niet zonder bedenking.

De Vereeniging voor de Staathuishoudkunde en de Statistiek behandelde reeds in 1923 de vraag, of belemmering der vestiging hier te lande of in Indië van buitenlandsche arbeiders geacht kon worden te zijn in het algemeen belang. Uit mijn prae-advies blijkt, dat ik tegenover beperking van de immigratie niet bijzonder sympathiek stond, om principieele en om practische redenen beide. Destijds was het aantal Nederlanders, dat bijv. nog in Duitschland werkte, nog veel grooter dan thans. Maar ook toen betoogde ik, dat wij aan het beginsel der *wederkeerigheid* behoorden vast te houden. Maakt men de plaatsing van Nederlanders elders vrijwel onmogelijk, dan spreekt het vanzelf, dat wij hier niet zonder meer alle vreemde arbeiders en arbeidsters kunnen toelaten, gelet ook op ons groot aantal werklozen. Maatregelen van Regeeringswege zijn thans onvermijdelijk geworden.

#### *Onze welvaartsontplooiing.*

Gedurende de laatste dertig, veertig jaren ging de toeneming der bevolking ten onzent met groote welvaartsvermeerdering voor alle groepen gepaard.

Men heeft dit dichtbevolkte land, dat, behalve steenkolen, geen mineralen in den bodem bezit, dat de meeste grondstoffen elders moet koopen, dat zelfs voor de voeding voor een belangrijk deel op invoer is aangewezen, een „economisch wonder” genoemd.<sup>1)</sup> En niet geheel ten onrechte. De levensstandaard is ten onzent hooger dan in vele andere Europeesche landen. Onze sociale voorzieningen kunnen elke vergelijking doorstaan. Op het terrein van de Volkshuisvesting zijn wij alle landen ver vooruit. Wij danken dit alles, menschelijkerwijze gesproken, aan de volgende economische oorzaken:

1e. de snelle ontwikkeling van land- en tuinbouw, na de crisis van de tachtiger jaren;

2e. de enorme uitbreiding van de industrie (het mijnwezen inbegrepen);

3e. de toenemende beteekenis van onze internationale scheepvaart en van ons transitoverkeer;

4e. de omvangrijke relaties met Indië;

5e. de ontwikkeling van onzen handel, waardoor ook land- en tuinbouw, industrie en scheepvaart gunstig werden beïnvloed.

Snel heeft zich in den lateren tijd vooral onze nijverheid uitgebreid. Het statistisch materiaal, waarover wij beschikken, is eerst in de laatste 25 jaren wat uitvoeriger en betrouwbaarder geworden, dank zij vooral ook de instelling der Centrale Arbeidsinspectie. Een indruk van de uitbreiding der nijverheid, voor zoover deze van stoomkracht gebruik maakt, krijgt men, wanneer gelet wordt op de vergrooting van het verwarmingsoppervlak. De groote was in:

1881: 89.275 M.<sup>2</sup>

1901: 244.102 M.<sup>2</sup>

1910: 340.243 M.<sup>2</sup>

1933: 675.258 M.<sup>2</sup>

Blijkens de beroepstellingen klom van 1909 tot 1930 het aantal personen, in de nijverheid werkzaam, van 782.382 op 1.235.912, dus met ruim 57 %. De bevolking steeg in diezelfde periode met goed 35 %. Ook de handels- en verkeersbedrijven, de publieke diensten en de vrije beroepen gingen sterk vooruit, wat het aantal tewerkgestelden personen betreft. De toeneming in den landbouw met nog geen 4 % — van 616.395 tot 639.026 personen — bleef ver beneden het accres der bevolking. Steeds meer moesten, ook in tijden van welvaart, industrie, handel en verkeer het surplus van de landelijke bevolking opnemen.

Een en ander weerspreekt toch niet hetgeen over de snelle ontwikkeling van land- en tuinbouw werd gezegd. Al meer zijn tuinbouw en zuivelproductie in beteekenis toegenomen. Zelfs de eenzijdige Deutsche agrarische politiek, die in hoofdzaak de graanproductie begunstigde, heeft ons daarbij geholpen. De enorme vermeerdering van onzen agrarischen uitvoer, vooral sedert 1897, kwam direct en indirect ook aan andere bedrijfstakken ten goede. De voordeelen van dezen export legden allens aan den roep om bescherming, speciaal van de graanproductie, het zwijgen op.

Een rijke bron van inkomsten vormde de groote scheepvaart. Eveneens nam de Rijnvaart in beteekenis toe. De ontwikkeling van het transitoverkeer, waaraan Rotterdam voor een groot deel zijn voor-

uitgang dankt, werd gunstig beïnvloed door de industriele ontplooiing van het Duitsche Rijn- en Roergebied.

In stijgende lijn ging in de laatste dertig jaren ook Indië. Van hetgeen daar is geschied, geeft het uitvoeroverschot eenigszins een beeld. Dit liep op van 78.5 millioen in 1901/5 tot 493.9 millioen in 1921/4. De totale uitvoer bedroeg in laatstgenoemde periode ruim 1318 millioen gulden.

Van de ontwikkeling der bedrijven in Indië profiteerden vooral onze metaalindustrie en onze scheepvaart. Van de toegenomen welvaart der vermeerderde bevolking werd voordeel genoten door zeer vele bedrijven ten onzent, niet het minst ook door de textielnijverheid. Wat Indië beteekende voor onze intellectueelen, voor energieke jonge mannen, hoezeer onze volkswelvaart werd gebaat door het toevloeiën van renten, pensioenen, enz. behoeft niet in het licht gesteld te worden. Het is aan wie geen vreemdeling is in Den Haag en in onze villadorpen bekend genoeg.

De lijn, die het Nederlandsche bedrijfsleven in het algemeen volgde, was deze, dat ingevoerd werden de goedkoopere producten (grondstoffen, granen, veevoeders) en uitgevoerd werden de betere, veredelde producten, de qualiteitsartikelen. Alles wijst er op, dat de ten onzent gevolgde *handelspolitiek* de welvaart niet heeft geschaad, maar veeleer heeft bevorderd. Niet ten onrechte gewaagde Minister KUYPER in 1901 van „de uitnemende uitkomsten, die op handelsgebied de tot dusverre bestaande orde voor ons land had opgeleverd”, in verband waarmede voorzichtigheid bij wijziging van tarieven paste.

Een scherp-protectionistische politiek werd vóór den oorlog feitelijk door niemand verdedigd, al neigden ook toen Brabant en Limburg meer tot bescherming dan het „Noorden” en het „Oosten”. Maar aan een scherp-protectionisme dachten weinigen. Ook het veel bestreden ontwerp-KOLKMAN had niets van een protectionisme, zooals wij dat nu in de wereld kunnen aanschouwen. Volgens BASTIAT kon een taret van 10 % er ook uit vrijhandelsoogpunt nog wel mee door, wanneer fiscale overwegingen een dergelijke heffing wenschelijk maakten. Voor enkele weeldeartikelen mocht een tarief zelfs wel tot 15 % oploopen. Naar dien maatstaf gemeten, was KOLKMANS ontwerp zeker niet scherp-protectionistisch te noemen. Hetgeen mij niet belet om te erkennen, dat wij bij onze verdediging van dit ontwerp ten aanzien

van onze industrieele ontwikkeling, ter goeder trouw natuurlijk, soms te pessimistische klanken lieten hooren. Hoewel, aan den anderen kant, ook weer gezegd moet worden, dat voor sommige bedrijfstakken de oorlogsomstandigheden een werking hebben uitgeoefend, die *practisch* veel overeenkomst had met den invloed, die zoogenaamde „opvoedende rechten” kunnen uitoefenen.

*De ongunstige keer.*

Helaas is de opgaande welvaartslijn afgebroken.

1914—1918 waren voor Europa noodlottige jaren. Aanvankelijk scheen het, alsof wij op een veel hooger peil zouden kunnen leven dan te voren, en in elk geval op een veel hooger niveau dan de volken, die aan den oorlog hadden deelgenomen. Er zijn door velen goede zaken gemaakt in de jaren 1914—1921. Ook de moeilijkheden in de jaren 1922—1924 schenen op ongedacht-snelle wijze voorbij gegaan. Maar het was ook niet veel meer dan schijn. De opleving was, zoowel in Indië als hier, slechts van tijdelijken aard. Ten onzent is, indirect, in de periode 1924—1928 profijit genoten van de belangrijke credieten, die aan Duitschland werden verstrekt.

In het algemeen moet erkend worden, dat in den eersten na-oorlogstijd de economische en financieele mogelijkheden zijn *overschat*. Niet alleen door de publieke lichamen, maar in niet mindere mate ook door vele particulieren. Zelfs door *leiders* in nijverheid en bankwezen, die later vooraan stonden onder de critici van het beleid in Staat en Gemeente.

Bij een objectieve beoordeeling van de verschillende feiten mag men voorts niet uit het oog verliezen, dat er sociaal een *achterstand* was. Had men in het verleden meer ook op sociaal-wetgevend terrein tot stand gebracht, de aanpassing ware geleidelijker en daardoor minder bezwaarlijk geweest.

Vóór den oorlog was er geleidelijke vooruitgang op organisatorisch gebied. De toestand van de bedrijven veroorloofde om de loonen in een matig tempo te verhoogen, terwijl het cijfer der werkloosheid geen aanleiding gaf tot bijzondere ongerustheid. De verbetering der volkshuisvesting werd hier en daar krachtig ter hand genomen. Toch moge men den voor-oorlogstoestand niet idealiseeren. Vele groepen leefden nog op een, in vergelijking met de latere jaren, laag peil. De woningvoorziening liet in tal van steden en dorpen veel te wenschen

over. Ware evenwel de oorlog niet gekomen, dan zou waarschijnlijk de sociale vooruitgang, zonder groote schokken, zich hebben doorgezet. De productiemogelijkheden zouden geleidelijk zijn toegenomen. Ook dan zou de ontwikkeling van het Oosten aan West- en Midden-Europa niet ongemerkt zijn voorbijgegaan. Maar vooreerst zou die ontwikkeling zich in een minder snel tempo hebben voltrokken. En in de tweede plaats zou Europa niet, zooals thans het geval is, door oorlog en revolutie zijn verzwakt en verarmd.

Ook ten onzent ging, na een korte periode van stilstand gedurende de eerste oorlogsjaren, op sociaal gebied alles in een zenuwachtig tempo. De koopkracht van het geld verminderde en aanzienlijke verhooging van de geldloonen was eisch. Dat men daarbij allengs verder ging dan de duurte op zich zelf eischte, was, gezien den toestand waarin de Nederlandsche maatschappij zich bevond, alleszins verklaarbaar. Het levenspeil *kon* stijgen. De organisaties groeiden reeds *tijdens* en vooral in de eerste jaren *na* den oorlog, in een tot dusver ongekend tempo. Alles werkte mede, om de economische mogelijkheden te *overschatten*. Moeilijkheden ontstonden vooral, toen de koopkracht van het geld weer grooter werd, de groothandelsprijzen daalden en steeds meer duidelijk werd, dat men zich toch in Europa niet ongestraft de kapitaalsvernietiging had kunnen veroorloven.

Ook in Nederland zou men dit ervaren. Ja, hier zelfs niet in de laatste plaats. Immers is onze economische positie, onze scheepvaart, onze handel voor een groot deel afhankelijk van den wereldtoestand, van de welvaart *van* en de relaties *met* de omringende volken, alsmede van de situatie, waarin Indië verkeert. In een verarmd Europa en met een gebied buiten Europa, dat voor zijn productie geen loonenden afzet kan vinden, kunnen wij niet welvarend zijn.

Nadat wij ons leven, vooral in de jaren, die op den oorlog volgden, tot een relatief hoog peil hebben opgevoerd, zoodat ons land voor de verarmde volken rondom ons een el dorado scheen, moeten wij thans naar beneden. Ver naar beneden zelfs, zoodat de tegenstelling met hetgeen geweest is, scherp en pijnlijk wordt gevoeld. Wij staan er, wat dit betreft, zelfs moeilijker voor dan het Duitsche volk, waar allengs een geslacht is opgegroeid, dat weinig anders dan „magere jaren” heeft gekend. Om maar niet te spreken van landen als Italië b.v., waar de levensstandaard steeds veel lager is geweest. Meer dan in vele andere landen zal men dan ook hier bij het aanpassingsproces



op moeilijkheden stuiten, omdat de teruggang zoo groot is en door velen niet werd verwacht.

Onze moeilijkheden vloeien in hoofdzaak voort:

1<sup>o</sup>. uit de verarming der volken, als gevolg van den oorlog en van hetgeen daarop volgde: revolutie (Rusland!), inflatie, een vredespolitiek, die niet anders was dan een voortzetting van den krijg met andere wapenen, en met het doel, om de overwonnenen ten onder te houden, ten einde revanche onmogelijk te maken;

2<sup>o</sup>. uit de handelsbelemmeringen, het streven naar autarkie, het beperken van de emigratie, het toepassen van monetaire experimenten door een aantal staten;

3<sup>o</sup>. de toenemende concurrentie der Oostersche industrieën, inzonderheid op de Indische markten;

4<sup>o</sup>. de economische inzinking van Indië.

Een breede toelichting behoeft van deze vier punten niet gegeven te worden. Slechts op een paar dingen wil ik met eenigen nadruk wijzen.

Het streven naar autarkie, het heffen van hooge invoerrechten werd bevorderd door de herinnering aan den duikbootenoorlog en door de moeilijke financiële omstandigheden, waarin de staten zich bevonden. Ook was er vooral bij de pas gevormde staten een pogen, om eigen economische basis te versterken. Maar wie niet méér zegt, is verre van volledig. De in de richting van autarkie, vooral van *agrarische* zelfvoorziening, werkende tendenzen zijn aanzienlijk *versterkt* geworden door de tegenstellingen, die allengs in meer dan een land zijn gegroeid tusschen loonen en prijzen in den landbouw en in de grondstoffenproductie eenerzijds, en die in de nijverheid, speciaal in de bedrijven en diensten, die voor de nationale of plaatselijke behoeften werken, anderzijds. Zij hebben, zoowel in Europa als in de Vereenigde Staten, den roep om bescherming, in het bijzonder van den landbouw, al krachtiger doen worden. De „beschutte” bedrijven, de Overheidsdiensten behoefden zich weinig of niet te bekommeren om de prijsbeweging op de *wereldmarkt*. Zij konden niet geringe voordeelen, dank zij mede hun relatief sterke organisatie, behalen. Politieke overwegingen oefenden soms mede invloed. Dit alles deed ook den landbouw om meerdere „beschutting” vragen.

Ook in ons eigen land zijn tegenstellingen gekomen, die voorheen niet in die mate werden aanschouwd. Voor den oorlog was, b.v. in

Friesland, het uurloon der landarbeiders 14 à 15 cent, dat van de timmerlieden ter plaatse 18 cent; in 1930 was de verhouding 30 en 56. Tusschen de loonen in het landbouwbedrijf en in de stedelijke bedrijven en diensten kwamen nog grootere verschillen.

Natuurlijk moet men — ik behoef het wel niet met nadruk te zeggen — met dergelijke vergelijkingen eenigszins voorzichtig zijn. Gerekend moet worden met de verkorting van den arbeidstijd in de industriele en ambachtsbedrijven, somtijds óók met eenige emolumenten aan den landarbeid verbonden en met het werkloosheidsrisico, hoewel dit allengs weinig zal verschillen. Maar de *vergelijking* tusschen 1914 en 1929 of 1930 toont in elk geval aan, dat over de geheele lijn de verhouding tusschen de geldloonen sterk ten *ongunste* van den landarbeid is gewijzigd. Ook de positie van den landbouw in het algemeen werd, in vergelijking met andere volksgroepen, allengs ongunstiger. De landbouw is in een niet door hooge tariefmuren omringd land, evenals de exportnijverheid, afhankelijk van de wereldmarkt. Deze bepaalt den prijs van het product. Terwijl men elders een loonsverhooging in allerlei vormen op den consument kan afwentelen, terwijl de publieke lichamen de belastingen verhoogden en, zij het binnen zekere grenzen, de tarieven der monopolistische bedrijven in handen hebben, is de landbouw afhankelijk van de prijsvorming op de wereldmarkt, die door vraag en aanbod wordt beheerscht.

Gevolg van een en ander is geweest, dat de stedelijke bevolking in de latere jaren in vrij sterke mate heeft *geprofiteerd* van de lage beëlooning, die boeren en landarbeiders ontvingen. De *koopkracht* van de stedelijke geldinkomens werd daardoor vergroot. Terwijl, omgekeerd, de kleine boer, de landarbeider zich velerlei moesten ontzeggen, omdat zij de artikelen, veelal onder gansch andere omstandigheden geproduceerd, niet konden koopen. In mindere mate zag men een soortgelijke tegenstelling binnen den kring der stedelijke gemeenschappen zelve tusschen de beschutte en de onbeschutte groepen. Ook daaruit zijn niet geringe moeilijkheden voortgevloeid. Maar toch was de tegenstelling hier minder scherp.

Aan de agrarische bevolking bleef dit alles niet verborgen. Zij zag haar levenspeil, relatief althans, verlaagd. De sociaal-democratische Landarbeidersbond in Duitschland eischte vóór de crisis van 1929 gelijkstelling van de reële loonen der landarbeiders met die van andere gelijkwaardige groepen in de nijverheid. Men kan dit gemakke-

lijk „eischen”. Maar de economische mogelijkheid is niet aanwezig, tenzij men zich al meer gaat afsluiten van de wereldmarkt. Men kan dan ongetwijfeld meerdere gelijkheid verkrijgen. Maar tegelijkertijd roept men dan een groot aantal nadeelen te voorschijn voor de geheele bevolking.

De sociale onevenwichtigheid, waarop hier de aandacht werd gevestigd, is mede het gevolg van een gebrekkig economisch inzicht bij de stedelijke bevolking, bij de leiders der organisaties en bij de autoriteiten. Zij hebben de economische mogelijkheden overschat. Daardoor hebben zij zich zelf beroofd van een afzetgebied onder de agrarische groepen, die ongeveer de helft van de wereldbevolking vormen. De groote werkloosheid houdt daarmee verband. En tevens versterkte die sociale onevenwichtigheid de protectionistische tendenzen. De landbouw moest ook beschermd worden! Dat was ook gewenscht met het oog op eventueele oorlogen. Achter de hooge tariefmuren werden kunstmatig land- en tuinbouwbedrijven opgekweekt. OPPENHEIMER becijferde, dat Duitschland omstreeks 1930 zijn landbouw met 1.2 milliard steunde. En de fel-protectionistische politiek kon ook niet bij den landbouw blijven staan. Zoo werd ten slotte het vrije ruilverkeer tusschen de volken al meer belemmerd.

Het meest leden onder dezen toestand de landen, die van bepaalde landbouwproducten een surplus hebben en dit *moeten* exporteerden. Boven de ineengeschrumpelde wereldmarkt bleef een groote voorraad hangen. Dit veroorzaakte een prijsdaling, die in 1929, 1930 en 1931 tot catastrophale gevolgen leidde. Van niet geringen invloed was ook de toenemende graanproductie in overzeesche landen, dank zij de rationalisatie.

Een tweede opmerking, die ik over de oorzaken van onze moeilijkheden nog wil maken, betreft de concurrentie der Oostersche landen. Hierbij mag niet al te eenzijdig aan Japan gedacht worden<sup>2)</sup>). Ook andere, tot dusver nog niet modern-industrieel ontwikkelde, landen hebben in en na den oorlog hun nijverheidsuitbreiding versneld. Zij hebben de groeikracht, die de productie in Europa vertoonde in de jaren voor 1850, overgenomen en — dit geldt speciaal voor Japan — gecombineerd met een, door den Staat geleide en beschermde expansiezucht, die voor het industriele Europa een ernstige bedreiging inhoudt. Ten onzent ondervindt vooral de textielindustrie, maar deze toch niet alleen, de gevolgen van de Oostersche industriele opleving.

Omtrent den toestand in Indië geef ik slechts een paar cijfers. De rubber-uitvoer bedroeg over 1933 niet meer dan 7 % van den export in 1927. Bijna 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> millioen ton suiker ligt onverkocht. De inkomsten van het gouvernement, voor een groot deel afhankelijk van de bedrijfsuitkomsten, zijn enorm gedaald. Niettegenstaande ingrijpende bezuinigingen moesten in de jaren 1930—1934 de gewone uitgaven voor een bedrag van 560 millioen uit leening gedekt worden. De uitgaven zijn verminderd van 534 millioen in 1930 tot 377 millioen in 1934. En toch moest het tekort op de loopende begrooting geraamd worden op 88 millioen!

### *De huidige toestand.*

Al deze omstandigheden veroorzaakten, dat een groot deel van onze industrie werkt met verlies en wegens gebrek aan afzetgebied haar capaciteit niet ten volle kan benutten; dat onze internationale scheepvaart evenals de binnenvaart kwijnt; en dat de landbouw reeds bezweken zou zijn, indien hem niet van overheidswege steun ware geboden. Een steun, die 180 à 200 millioen gulden per jaar bedraagt en door de binnenlandsche consumenten van landbouwproducten wordt betaald.

Hoe de toestand van het bedrijfsleven in het algemeen is, kan mede worden afgeleid uit het groote aantal werkloozen, dat midden in den zomer van dit jaar op rond 290.000 gesteld kan worden en dat in den wintertijd niet beneden de 340.000 zal blijven.

De ongunstige toestand in de maatschappij beïnvloedt uiteraard ook den omvang van de armoede in het algemeen.

Zoo staan wij voor het feit, dat ten onzent voor werkloozenzorg in allerlei vormen, voor ondersteuning van behoeftigen enz. in 1933 een bedrag is uitgegeven, dat niet ver bleef beneden de 300 millioen gulden.

Toegestemd moet worden, dat men het hooge werkloozencijfer ook behoort te zien in verband met hetgeen hiervoor werd medegedeeld over de verminderde emigratie en de beperking der arbeidsgelegenheid voor Nederlanders in Duitschland en elders. Maar het blijft met dit al een feit, dat ons bedrijfsleven zich in den na-oorlogstijd niet zóó kon ontwikkelen, dat voor een groeiende bevolking arbeidsgelegenheid aanwezig was. Zelfs in betrekkelijk goede jaren als 1927 en 1928 bedroeg het aantal werkloozen (exclusief de seizoen-werkloozen) nog circa 100.000. Dit behoefde misschien, gelet op het emigratie- en immi-

gratiebeeld, niet al te zeer verbazing te wekken, maar het moest toch wel reeds aanleiding geven tot groote bezorgdheid. De stijging van het totaal cijfer sedert 1929 illustreert den invloed van de „crisis”, indien ik dit woord, dat tot misverstand aanleiding *kan* geven, in dit verband mag bezigen.

De ongunstige economische toestand van Nederland en Indië heeft het volksinkomen en het volksvermogen belangrijk verminderd. Het vermogen was op 1 Mei 1933 vergeleken met 1 Mei 1930 ruim 25 % gedaald. Het totaal-inkomen verminderde sedert 1930/1 (inkomen van 1929) van f 4367 millioen tot f 3160 millioen in 1933/4 (inkomen van 1932), dus met 27.65 % <sup>3</sup>). Sedert 1932 zijn de inkomsten uit bedrijven, uit renten, pachten, salarissen en loonen nog belangrijk verminderd en is de waarde van fabrieken, huizen, enz. nog aanzienlijk gedaald. De cijfers van 1 Mei 1934 zullen dan ook stellig nog een verderen teruggang aanwijzen. Men overdrijft wel niet, wanneer men thans de daling van het volksinkomen, voor zoover het door de Rijks-inkomstenbelasting getroffen wordt, schat op circa 35 %. Misschien is deze schatting zelfs nog te optimistisch. Ook al houdt men rekening met de vermeerderde koopkracht van het geld, dan nog staat wel vast, dat onze totale volksinkomen reëel in belangrijke mate is gedaald. En dat, terwijl de bevolkingsuitbreiding, — die sedert 1929 4 à 500.000 zielen bedraagt — een stijging wenschelijk maakte!

Voor den fiscus is het een ongunstige omstandigheid, dat speciaal de daling der grootere inkomens zoo aanzienlijk is. Dank zij de progressie in de belastingen dragen zij voor de instandhouding van de publieke huishouding het meest bij.

De druk der belastingen is sedert 1929 in belangrijke mate verzwaaard. Nieuwe belastingen werden opgelegd, reeds bestaande heffingen werden verhoogd. De publieke lichamen werden daartoe genoopt, omdat zij zich niet snel konden aanpassen aan de gewijzigde verhoudingen, de inkomsten uit belastingen enz. daalden en de werkloosheid buitengewone offers eischte. Woont iemand in een provincie, waar 40 opcenten op de R. I. B. worden geheven en in een gemeente, die 100 opcenten gelegd heeft op de gemeentefondsbelasting, plus 50 opcenten op de Vermogensbelasting, dan moet bij een inkomen van f 500.000 uit vermogen (waarbij de opbrengst van het vermogen op gemiddeld 4 % is geschat) betaald worden f 331.000 of 66 %, aan Rijks-inkomstenbelasting, Vermogensbelasting, Verdedigingsbe-

lasting en Gemeentefondsbelasting (met de diverse opcenten). Daarbij komen dan nog de personeele belasting, de couponbelasting, enz. Zoo blijft men in een dergelijk geval wel niet ver van de 70 %. In bepaalde gevallen kan men er zelfs boven komen.

Nu zijn dergelijke inkomens practisch al meer een groote uitzondering geworden. Maar iemand met circa f 120.000 inkomen *uit vermogen* betaalt ook reeds, zonder couponbelasting en personeele belasting, 60 %; een persoon met f 50.000 inkomen uit vermogen betaalt, weer zonder couponbelasting etc., 49 %.

Inkomsten uit arbeid worden minder zwaar getroffen. Maar ook hier wordt niet zelden de 35 à 40 % benaderd.

Daarbij komt dan nog de verzwaarde druk van de *indirecte* belastingen, accijnzen, invoerrechten, omzetbelasting, hooge tarieven van gemeentelijke bedrijven en diensten.

De diverse belastingverhoogen, hoezeer onvermijdelijk in de bestaande omstandigheden, hebben de productiekosten ongunstig beïnvloed en de daling der kosten van het levensonderhoud geremd. Eveneens hebben de hooge belastingen zeer nadeelige gevolgen voor de kapitaalvorming, die toch reeds zeer in het gedrang komt door den ongunst der tijden. Op grooter schaal dan velen vermoeden heeft intoring plaats. Een te geringe kapitaalvorming nú, zal zich straks, in verband ook met den groei der bevolking, stellig wreken in den vorm van een meer beperkte werkgelegenheid. Ook met het oog daarop verdienen de socialistische voorstellen inzake vermogensheffing en verhooging der successiebelasting zeker geen aanbeveling. Bij de propaganda voor deze voorstellen verzwijgt men gewoonlijk hetgeen sedert 1929/30 op fiscaal terrein is geschied. Wel gesproken wordt over de verlaging der successiebelasting in 1927, niet over de *verhooging* van de Vermogensbelasting, over de *progressieve* Rijksopcenten op de Gemeentefondsbelasting, in 1933 voor de eerste maal geheven, over de nieuwe couponbelasting. Zoo verkrijgt het volk een *eenzijdig* beeld en gaat het in de meening verkeeren, dat de meer draagkrachtigen worden ontzien. De *leiding* van de S.D.A.P. weet beter.

Laat men de uitgaven voor productieve bedrijven als Gasfabrieken, Electriche centrales en Waterleidingen bij de gemeenten en voor Posterijen etc. bij het Rijk buiten beschouwing, dan kunnen de *gewone* uitgaven der publieke lichamen op ruim 1300 miljoen gesteld worden. Ook al houdt men hierbij rekening met enkele dubbeltellingen en al

verliest men niet uit het oog, dat uit de belastingen weer inkomens gevormd worden, dan nog behoeft het geen betoog, dat bij een tot beneden de 3000 millioen gedaald belastbaar inkomen de huidige publieke lasten niet staan in de juiste verhouding tot dat gereduceerde volksinkomen. Aan bezuiniging valt dientengevolge niet te ontkomen. Wanneer het volksinkomen met gemiddeld 35 % is gedaald, kan ook het personeel in den publieken dienst in billijkheid geen bezwaar maken tegen verlaging van zijn geldloon. Waarbij uiteraard ook de verhoudingen in de georganiseerde particuliere bedrijven in aanmerking zijn te nemen.

Reeds gaf ik te kennen, dat er in breede kringen intering van *vermogen* plaats heeft. Tot bezorgdheid geeft, ook wat dit punt aangaat, de toestand van onze handelsbalans eenige aanleiding. Het percentage van den invoer, dat door uitvoer wordt gedekt, bedroeg in 1933 rond 61 %. Ongeveer 40 % moest dus vereffend worden door uitkeeringen van rente en dividend, waartoe het buitenland jegens ons verplicht is, door vergoeding van dezerzijds bewezen transportdiensten, etc. De cijfers deden sommigen reeds het vermoeden uitspreken, dat deze vergoedingen in totaal onvoldoende zijn geweest, om het invoersaldo van f 483½ millioen te dekken. Er wordt verondersteld, dat *aflossingen* van schulden zijn aangewend, om de betalingsbalans in evenwicht te houden. Die aflossingen toch zijn, zooals o. a. uit de invoercijfers van kapitaalgoederen blijkt, niet voor een groot deel gebezigd voor nieuwe beleggingen in de eigen nijverheid. Dat ook dit feit op intering wijst, is waarschijnlijk te achten, hoewel men met conclusies uit de onvolledige gegevens m. i. voorzichtig moet zijn.

De handelsbalans vertoonde overigens voor wat betreft het percentage van den invoer, dat door uitvoer werd gedekt, in de eerste acht maanden van 1934 eenige verbetering, vergeleken met 1933. Maar er valt hier zeker niet onverdeeld te juichen. De vermindering van den invoer houdt ook verband met de gedaalde koopkracht.

Onze import van goederen was steeds belangrijk hooger dan onze export. Normaal was, dat ruim 70 % van onzen invoer door de opbrengst van den goederenuitvoer werd gedekt. De overblijvende 30 % werd voldaan uit de renten van het elders geplaatste kapitaal (enkele jaren geleden circa 350 millioen), uit de opbrengst van onze groote scheepvaart (pl.m. 200 millioen) en de rest uit de beloning, die wij voor allerlei andere transportdiensten van het buitenland ontvingen.

De renteopbrengst is reeds belangrijk gereduceerd. En zij zal in verband met den toestand in Duitschland nog meer gereduceerd worden.

Hoe het ging met de inkomsten uit de scheepvaart, uit onze koopvaardijvloot, moge blijken uit de volgende cijfers. De opbrengst was in:

1930:	155	millioen;
1931:	125	„
1932:	86	„
1933:	65	„

Wie Rotterdam aanschouwt, kan tegelijkertijd zien, hoezeer ons transitoverkeer leed.

### *De Overheidsbemoeiing.*

Schier aller oogen zijn te midden van de moeilijkheden op de Overheid gevestigd. In bijna alle landen zien wij, dat de Regeeringen zich belasten met de opperste leiding van het economische leven. Zij trachten door hooge tarieven en contingenteeringen het nationale bedrijfsleven te helpen, zij geven subsidies, verplichten tot organisatie, pogen werk te verschaffen, steunen uit de publieke kassen noodlijdende groepen. Zelfs maken sommige Regeeringen van het geld — middel, om den ruil te vergemakkelijken —, een wapen in den economischen strijd, waardoor althans de ruil van anderen met grootere moeilijkheden gepaard gaat. Van wat men eens de „liberale” maatschappij noemde schijnt niets meer te zijn overgebleven. Inderdaad zijn wij allengs in gansch andere verhoudingen gewikkeld, dan waarin wij nog in 1913 leefden, al waren wij ook toen reeds bezig om ons te verwijderen van de „liberale” maatschappij. Maar al waren wij principieele tegenstanders van het liberale individualisme, al zagen wij ook zeer wel de fouten in het betoog van de *eenzijdige* dogmatische vrijhandelaars, wij wilden toch allen de voordeelen van het vrije ruilverkeer tusschen de volken behouden. Een directe Overheidsbemoeiing met het bedrijfsleven, zooals wij thans aanschouwen, zullen weinigen begeerd of zelfs mogelijk geacht hebben. Wel werd gepleit voor een uitgebreide *sociale* politiek en voor organisatie van het bedrijf, voor samenwerking tusschen ondernemers en arbeiders. Dit laatste ook om de Overheids-taak, waar mogelijk, te beperken.

De huidige wereldcrisis maakt het evenwel *noodzakelijk*, dat ook de Nederlandsche Regeering allerlei ingrijpende maatregelen neemt. Deed



zij het niet, de ellende zou voor ons volk niet te overzien zijn. Toch moet nadruk gelegd worden op de *beperktheid* van haar kunnen. De Overheid kan verrekenden invloed uitoefenen op de *verdeeling* van volksinkomen, al zijn ook daarbij *grenzen*, die zij niet straffeloos kan overschrijden — men kan o. m. nog de wijk nemen naar het buitenland! —, maar het totaal-inkomen zelf kan zij slechts in betrekkelijk geringe mate gunstig beïnvloeden. Immers dat totaal inkomen is in ons land voor een belangrijk deel afhankelijk van de welvaart van andere volken, van de opbrengst der diensten, die wij, in welken vorm ook, aan andere naties bewijzen. Wanneer anderen, om welke redenen ook, onze boter, kaas, eieren, tuinbouwproducten niet tegen redelijke prijzen kunnen of willen afnemen, wanneer zij onze industrieartikelen weren of te duur vinden, van onze schepen en havens weinig of geen gebruik maken, dan staat het niet *eenzijdig* in de macht van onze Regeering, om daarin verbetering te brengen.

Zeker, zij kan met die anderen gaan onderhandelen, maar het slagen van dergelijke onderhandelingen hangt niet alleen van háár af. Zij kan ook, omdat wij tevens als koopers optreden, met die anderen gaan „vechten”, maar loopt daarbij de kans, om het te verliezen, althans om met „gescheurde kleeven” uit den strijd te komen. Zij kan ook pogen, om ons volk zooveel mogelijk onafhankelijk te maken van het buitenland. Maar dit pogen kan, gezien onze economische structuur, slechts matig succes opleveren. En dan nog moet het gepaard gaan met het brengen van zeer groote offers door de eigen bevolking. Men denke hier o. a. aan hetgeen de uitbreiding van den graanbouw bijv. aan ons volk moet kosten, terwijl *op den duur* toch de graanbouw aan ons platteland niet de welvaart zal kunnen verzekeren, die de fijnere en grovere tuinbouw en de zuivelproductie eens gaf.

Dit alles neemt niet weg, dat wij rekening moeten houden met de feiten. Geen enkel land, waar „beschaafde” volken wonen, kan buiten internationaal ruilverkeer. In theorie zijn ook allen het er over eens, dat de ruil van goederen en diensten tusschen de volken de totale welvaart verhoogt. Ook zij, die vroeger voor een meer beschermende politiek het pleit hebben gevoerd, dachten er niet aan om dat te ontkennen. Wanneer zij voor wat hoogere tarieven ijverden, deden zij zulks omdat, naar hun meening, hun land leed onder een eenzijdigen vrijen invoer, of omdat, althans naar hun inzicht, tijdelijke bescherming noodig was, teneinde het bedrijfsleven op te heffen uit een toestand van achterlijk-

heid. Maar het streven, dat men thans met het woord „autarkie” aanduidt, werd in de laatste tachtig jaren welhaast door iedereen uit den tijd geacht. Stellig was dat de algemeene overtuiging in de moderne industrielanden, waar een millioenenbevolking leeft, die op eigen terrein niet alles *kan* voortbrengen, wat zij voor haar levensonderhoud behoeft, die ruilen moet met de agrarische landen, waar nog veel cultuurgrond beschikbaar is en waar in elk geval de mogelijkheden om de opbrengsten te vergrooten, nog in ruime mate aanwezig zijn.

Het moet toegestemd worden, dat er op de *wereld* van geen „overbevolking” sprake is; dat in dezen tijd, dank zij Gods algemeene genade, de middelen voorhanden zijn, om allengs aan alle volken een redelijke existentie te bieden. Zeker, om voor de wereldbevolking een welvaartspeil mogelijk te maken als wij in Nederland hebben gekend, zou de productie nog belangrijk *uitgebreid* moeten worden. De kapitaalvorming is daarvoor nog onvoldoende. Maar er zijn nog vele mogelijkheden. De productie kan overal nog belangrijk opgevoerd worden. Nooit waren er, dank zij wetenschap en techniek, zooveel mogelijkheden. En toch! De zonden en dwaasheden der menschen verhinderen alles. Zonden en dwaasheden, die uit het oog doen verliezen, dat het *doel* van de splitsing in volken en Staten is de verrijking, de verheffing van heel het menschelijk leven. Wat in Sinears vlakte geschiedde was een triomf der goddelijke wijsheid over menschelijke dwaasheid; ook een genadedaad Gods, om de zonde te beteugelen en om heel de wereld aan den mensch te onderwerpen, opdat de Schep- per eere zou ontvangen.

De zondige verdwazing bereikte in en na den oorlog weer een bedenkelijke hoogte. Nederland heeft alles gedaan, wat mogelijk scheen, om de internationale verhoudingen in gunstigen zin te beïnvloeden, om allengs weer te komen tot een vrijer ruilverkeer. Zeer lang hebben wij ons verzet tegen het protectionisme. Aan een eerlijke opvatting van de meestbegunstigingsclausule in de handelsverdragen werd door ons steeds vastgehouden. Onze beste mannen hebben op de eene Conferentie na de andere gewaarschuwd tegen de noodlottige gevolgen van de handelsbelemmeringen. Helaas zonder veel succes. Tegen het nationale egoïsme, tegen het streven naar economische onafhankelijkheid konden wij niet op. Onze kracht was te klein. En nu moeten wij, door de omstandigheden gedwongen, zelf gaan in een richting, die wij niet de juiste achten, gezien ook onze ligging en economische geschiedenis.

Maar met het *feit*, dat het economisch nationalisme de internationale samenwerking, het in vrijheid ruilen van goederen en diensten, voor een belangrijk deel heeft verdrongen, behoort rekening te worden gehouden. De Regeering moet „actief” zijn. Maar komt er niet spoedig eenige wijziging in de internationale verhoudingen, wordt het vrije ruilverkeer niet geleidelijk hersteld, dan zal geen Regeering, welke ook, kunnen bereiken, dat de vroegere welvaart weer ongeveer wordt verkregen. Wij zullen ons dan langen tijd op een *lager* niveau moeten bewegen.

De Regeering moet, zeide ik, *actief* zijn. Hieruit mag evenwel niet geconcludeerd worden, dat een scherp-protectionistische politiek, althans onder de huidige omstandigheden, voor ons land aanbeveling zou verdienen, noch ook, dat met „vechtartieven” en andere wapenen uit het arsenaal der actieve handelspolitiek, zooveel zou zijn te bereiken. En nog veel minder mag de gedachte ingang vinden, dat naar zooveel mogelijk autarkie gestreefd kan en moet worden. Zelfs niet, wanneer men daarbij denkt aan „imperiale zelfvoorziening” en het Rijk binnens en buiten Europa zonder reserve als een economische eenheid ziet.

#### *Autarkie.*

Autarkie is voor ons land een volstrekte onmogelijkheid. Zooals reeds werd opgemerkt *moeten* wij invoeren: levensmiddelen, grondstoffen, ook een aantal halffabrikaten. Zij zullen steeds meer, gelet op het gedeeltelijk verlies van de aan het buitenland geleende kapitalen, door den *export* van *goederen* gedekt moeten worden. Hieruit mag evenwel niet worden afgeleid, dat het evenwicht in handels- en betalingsbalans, onder de huidige omstandigheden, nu de exportmogelijkheden vooral voor den landbouw zoo beperkt zijn geworden en de scheepvaart kwijnt, niet ook mede bereikt moet worden door *vermindering* van niet-noodzakelijken invoer, door uitbreiding van industrieën, die voor de *binnenlandsche* mocht werken, eventueel door het stichten van nieuwe bedrijven.

Het „in- en uitvoerargument”, waaraan door SAY, PIERSON e. a. terecht groote waarde wordt toegekend, mag ons hier niet op verkeerd spoor brengen. Ook al ware het juist, dat de vermindering van den invoer van goederen steeds leidde tot een evenredige vermindering van den uitvoer, dan zegt dat op zich zelf nog niet alles. Vooral niet in de huidige situatie. Het komt er maar op aan, hoe de verhouding is

tusschen de groep, die voor wat de werkgelegenheid betreft, gebaat en de groep, die geschaad wordt. Is de eerste groep talrijker dan is er mogelijke winst voor de volkswelvaart. „Aangenomen”, schreef destijds TREUB terecht, „dat wij door een nieuwe uitvinding of door een buitengewone gunstige ontginning der nieuwe Limburgsche kolenmijnen, geen invoer van buitenlandsche steenkolen meer noodig hadden, dan zou wel niemand weigeren, in die verandering een groote winst voor ons land te zien. Toch zouden ook daardoor in- en uitvoer dalen met al de aangewezen gevolgen van dien.”

Inderdaad kan de bijzondere zorg voor  
*de binnenlandsche markt*

niet zonder meer worden veroordeeld met een beroep op het in- en uitvoerargument. Zelfs staat het niet immer a priori vast, dat uitbreiding van de industrieën, die voor het binnenland werken, per se zal leiden tot vermindering van den *totalen* invoer. Het is mogelijk — al zeggen wij niet, dat zulks onder de huidige omstandigheden voor 100 % het geval zal zijn —, dat vermindering van den invoer van geheel afgewerkte producten gepaard gaat met grooteren invoer van grondstoffen en halfabrikaten, of zelfs met vermindering van den import van artikelen, die in het land niet vervaardigd kunnen worden, bijv. koffie, thee, zuidvruchten, speciale luxe voorwerpen. En dat is weer alleen mogelijk, wanneer óók de *export* van goederen blijft en zich uitbreidt. De zorg van de binnenlandsche markt *behoeft* dus niet noodzakelijkerwijs tengevolge te hebben schade voor export-industrieën.

Maar dit alles slechts onder één voorwaarde. De binnenlandsche producent moet toonen, dat hij niet duurzaam Overheidssteun, in welken vorm ook, behoeft. Daarom moet althans bij maatregelen ten bate van nijverheidsbedrijven, die geheel of gedeeltelijk voor de binnenlandsche markt werken, in de eerste plaats gedacht worden aan de bedrijfstakken, die in den normalen tijd reeds hun levensvatbaarheid hebben *bewezen*, maar die onder de huidige abnormale omstandigheden niet tot breedere ontplooiing kunnen komen. Bij de te volgen contingentteeringpolitiek, bij tariefmaatregelen, eventueel bij credietverleening behoort dit in het oog te worden gehouden. Volgt men een andere lijn, moet het volk voor een bedrijfstak, die alleen op de been gehouden kan worden door kunstmiddelen, belangrijke offers brengen, dan is er geen blijvend voordeel. Dan is zelfs mogelijk, dat de bescherming van

den een, groote schade beduidt voor den ander, vooral voor de export-nijverheid, die wij onder geen enkele omstandigheid kunnen missen, en die haar producten tegen *concurrerende* prijzen op de wereldmarkt moet plaatsen.

In het jaar 1931 werden door het Bureau voor de Statistiek interessante gegevens gepubliceerd betreffende de positie van verschillende Nederlandsche industrieën op de binnenlandsche markt. De cijfers hadden betrekking op het jaar 1929. Het zal velen wellicht verbazen, dat ook zonder bepaalde bescherming onze industrie voor een zóó belangrijk deel reeds de binnenlandsche markt beheerschte. Sommige industrieën leverden hier te lande zelfs de volle 100 % van de benodigde hoeveelheid. Hier volgt de lijst:

<i>Glucosefabrieken:</i>		drijfriemenleer	75 % (hoeveelh.)
glucose	100 %	tuig- en zadelleer	80 „ „
dextrine	94 „	<i>Schoenfabrieken:</i>	
<i>Margarinefabrieken:</i>		schoenen, laarzen, pantoffels,	
margarine	100 „	enz. ....	64 „
<i>Zeepnijverheid:</i>		idem	83 „ (waarde)
zachte zeep	100 „	<i>Papiernijverheid:</i>	
toiletzeep	53 „	pakpapier	80 „ (hoeveelh.)
huishoud- en		houtvrij druk-	
textielzeep	95 „	en schrijfpapier	77 „ „
<i>Rijwielindustrie:</i>		courantenpapier	58 „ „
rijwielen	99 „	<i>Meelfabrieken:</i>	
frames	97 „	tarwebloem en	
<i>Cacao- en chocoladefabr.:</i>		meel	78 „ „
cacaopoeder	99 „ (waarde)	<i>Rubbernijverheid:</i>	
chocolade art.	98 „ „	rijwielbuitenb.	54 „ „
<i>Wolnijverheid:</i>		rijwielbinnenb.	33 „ „
wollen dekens	96 „ „	<i>Fabrieken van emaillewaren:</i>	
andere weefsels	46 „ „	emaillewaren	63 „ (waarde)
<i>Katoennijverheid:</i>		<i>Fabrieken van bouten, moeren, enz.:</i>	
garens v. katoen	59 (hoeveelh.)	bouten, moeren	
kat. dekens	88 „ (waarde)	klinknagels,	
andere weefsels	76 „ „	schroeven	67 „ (waarde)
<i>Leerlooierijen:</i>		draadn. en spijk.	56 „ „
zoollleder	96 „ (hoeveelh.)		

Het *Maandschrift* merkte voorts nog op:

„Ook bij de lagere percentages moet dadelijk nog niet geconcludeerd worden, dat de binnenlandsche fabrikant in den concurrentiestrijd een groot deel van de markt, waarop hij als vanzelf is aangewezen, aan den buitenlandschen concurrent moet afstaan. Een deel van de lage percentages is een gevolg van het feit, dat het product een groot aantal, dikwijls zeer verschillende artikelen omvat. Dit geldt bijv.

voor katoenen en wollen weefsels en tricotgoederen, waaronder producten voorkomen, die hier te lande in het geheel niet vervaardigd worden, waardoor het percentage, dat de binnenlandsche fabrieken hebben in het verbruik van de artikelen, die ze wel maken, hooger is dan in de berekening uitkomt.”

Sedert zijn velen ook van die industrieën in moeilijkheden gekomen door abnormalen invoer tegen zeer lage prijzen uit het buitenland. Dat hiertegen maatregelen zijn genomen, in den vorm vooral van contingenteringen, kan niet gewraakt worden. De cijfers toonen voorts aan, dat hier nog eenige mogelijkheden voor uitbreiding zijn. Maar zij zijn toch beperkter dan menigeen denkt. In vele van deze bedrijfstakken is een beteekenende uitbreiding van de werkgelegenheid slechts mogelijk, wanneer zij zouden kunnen *exporteeren*. De binnenlandsche markt, van hoeveel beteekenis zij ook moge zijn, is ten slotte beperkt. Wij zijn een *klein* land, op *uitvoer* aangewezen. Daarom kunnen wij ons onmogelijk veroorloven hetgeen landen met een veel *grootere* binnenlandsche markt en met meer grondstoffen op tariefgebied — ten slotte ook nog niet met overweldigend succes! — ondernemen.

„*Imperiale zelfvoorziening.*”

Toch zijn er, die zeggen: al kunt ge het niet geheel bereiken, ge moet toch naar zooveel mogelijk autarkie streven. Zelfs kunt ge het in deze richting een heel eind brengen, wanneer ge het Rijk binnen en buiten Europa als een economische eenheid beschouwt. Men verdedigt dit standpunt van „imperiale zelfvoorziening” vooral, om aan lagere loonen, aan een moeilijk aanpassingsproces op velerlei gebied te ontkomen. Althans om meer perspectief te hebben, dat men daaraan op den duur ontkomen zal!

Hoe men dit mogelijk acht, is mij een raadsel.

Er is een enorm verschil in levenspeil tusschen de millioenen menschen hier en de 60 millioen, die het Rijk buiten Europa bevolken. Met één enkel cijfer kan dit in het licht gesteld worden. In 1925 bedroeg het *gemiddeld* inkomen der bevolking op Java f 250.—. Nu is het veel lager. Millioenen halen thans de f 100.— niet. Zouden wij ons dan niet moeten „aanpassen”, om aan de *Oostersche* bevolking allerlei artikelen tegen te betalen prijzen te kunnen leveren?

Er is meer!

Indië *moet* uitvoeren. Maar het is kortweg onmogelijk, dat Nederland

— dit *kleine* land — voor Indië als afzetgebied alles overheerschende beteekenis kan verkrijgen. Een Indisch product — suiker, — zou in veel grootere hoeveelheden slechts door ons afgenomen kunnen worden, indien wij onze bietencultuur zouden prijsgeven. Ook dit zou toch wel tot eenige aanpassing moeten leiden! Maar met dat al moet Indië, wil het eenige welvaart genieten, voor millioenen exporteeren naar andere landen. En dus ook elders *koopen*. Daarop moet elk autarkisch plan stranden. De bevolkingstoename van Indië roept voorts om industrialisatie op eigen terrein. Maar ik laat dit punt nu verder buiten beschouwing.

Wie onzer ziet niet met leedwezen, dat Japan thans een zoo belangrijke plaats inneemt in de relaties van Indië? Wie voelt niet mee met Twente? Maar bij de beoordeeling van den toestand past eenige voorzichtigheid. En bij de te nemen maatregelen niet minder. Er moet begrip zijn van Japans moeilijke positie. Eveneens behoort aandacht te worden geschonken aan hetgeen de sociale toestand der inlandsche bevolking eischt. En tenslotte behoort ook binnen den kring van onze overwegingen te worden getrokken de politieke situatie in het Oosten. De „open-deur-politiek” — ook al is zij niet meer ten volle te handhaven — is toch voor het duurzaam behoud van onzen band met Indië niet zonder beteekenis.

De huidige moeilijkheden hebben ongetwijfeld den band versterkt. Nederland steunt Indië met zijn crediet. Ook bij onderhandelingen met derden kan er innige samenwerking zijn. Maar het streven naar „imperiale zelfvoorziening” is tot mislukking gedoemd.

Ook hetgeen voor ons land bereikt kan worden door allerlei *handelspolitieke maatregelen*, door wat men „actieve handelspolitiek” heeft genoemd, is meermalen overschat. Men mag niet uit het oog verliezen, dat de waarde van onzen uitvoer bijvoorbeeld naar Groot-Brittannië, Frankrijk en Duitschland reeds *groot* is dan de waarde van onzen invoer uit die landen. Ten aanzien van België is het invoer-surplus betrekkelijk gering. Hetzelfde kan gezegd worden met het oog op Italië, Spanje en enkele andere Staten. Men gevoelt, dat men tegenover degenen, die méér van ons koopen dan wij van hen, niet uitermate sterk staat!

De statistiek van in- en uitvoer wijst aan, dat tot dusver de waarde van onzen goedereninvoer uit Duitschland aanzienlijk méér bedroeg dan de waarde van onzen uitvoer naar dat land. Over 1933 was het

verschil ruim 220 miljoen gulden. Maar wij bewijzen ook aan Duitschland transportdiensten. Toch was er hier, naar het scheen, een relatief sterke positie. Toen dan ook Duitschland verschillende maatregelen nam, waardoor wij ons terecht gegriefd konden gevoelen, werd herhaaldelijk om represailles, althans om „krachtig optreden” geroepen. De Regeering heeft wel duidelijk laten merken, dat zij voor het vervullen van de rol van „Lamme Goedzak” weinig gevoelde, maar evenmin wilde zij vervallen in de fouten van „Dolle Dries”. Inderdaad past hier steeds zelfs bij een land, waarvan men veel koopt, voorzichtigheid. Wie met een dergelijk land in een soort „handelsoorlog” wordt gewikkeld, en tengevolge daarvan machines of grondstoffen, die zijn industrie behoeft, elders moet koopen, loopt de kans, dat hij duurder en minder goed wordt voorzien. Ook is niet onmogelijk, dat ten slotte eigen exportbelangen ernstig worden geschaad.

De toestand van Duitschland *noopte* tot toepassing van de clearing-wet. Een nieuwe bemoeijiking van het handelsverkeer. Waarbij komt, dat door allerlei omstandigheden de Duitse invoer is verminderd. De groote vraag is nu, of er nog een saldo zal overblijven, waaruit Indische vorderingen, belooningen voor de Rijnschippers, etc. voldaan zullen kunnen worden. Ook in verband met den achterstand in de betalingen, zullen wij onzen export naar Duitschland waarschijnlijk moeten beperken. Een nieuw nadeel voor vele bedrijven, die toch reeds door Duitschlands agrarische politiek zooveel hebben geleden.

#### *Export levensvoorwaarde.*

Al onderschat ik de beteekenis van de binnenlandsche markt allerminst, de stelling dat export voor ons een levensquaestie is, schijnt mij toch onbetwistbaar. Nederland moet, gezien de dichtheid van zijn bevolking, voor een aanzienlijk deel arbeidsgelegenheid vinden in exportbedrijven. En wel voornamelijk in *industriële* exportbedrijven. De landbouw kan aan de groeiende bevolking geen bestaansmogelijkheid bieden. Evenmin kunnen de industrieën, die alleen voor de binnenlandsche markt werken, ook al worden zij uitgebreid, een plaats geven aan de honderdduizenden werklozen en aan de tienduizenden jonge mannen, die nog gedurende een reeks van jaren zich ieder jaar op de arbeidsmarkt zullen presentereen. Emigratie kan ook slechts in beperkte mate uitkomst bieden, al moet hier geen enkele kans worden veronachtzaamd.



Hetgeen hier over den landbouw werd gezegd is niet in strijd met de verdediging onzerzijds van de verdere inpoldering van de Zuiderzee, met alle pogen om land aan te winnen door ontginningen, enz. Men bedenke, dat de volksgroei gepaard gaat met voortdurende inkrimping van het voor den landbouw beschikbare oppervlak. Steden en dorpen breiden zich uit. De wegen moeten, in verband met het steeds intensievere verkeer, worden verbreed. Bovendien moet, om vele redenen van godsdienstigen, moreelen en socialen aard, ernstig gewaakt worden tegen een *abnormalen* trek van het platteland naar de industriecentra. Ook de economische overweging, dat de verminderde exportmogelijkheden voor zuivel- en tuinbouwproducten uitbreiding van den graanbouw wenschelijk maakt, pleit voor verdere inpoldering. Maar met dat al is aan een *relatieve* vermindering van het aantal personen, dat in den landbouw werkzaam is, niet te ontkomen. Ook het rationalisatieproces in den landbouw kan niet gestuit worden. Indien men althans op den duur weer op normale wijze het evenwicht tusschen productiekosten en prijzen wil bereiken.

Zoo moet dus wel het oog vooral gericht blijven op uitbreiding van onzen *industriëlen* export, óók naar landen, waarheen wij tot dusver weinig of niets uitvoerden. Dat de noodzakelijke invoer in bepaalde gevallen ook dienstbaar gemaakt kan en moet worden aan de belangen van den export, spreekt vanzelf.

Maar nu hoort men wel eens de bewering uiten, dat dit streven naar meer export en het aanpassingsproces, dat daarmee wel gepaard moet gaan, toch geen succes kan hebben, omdat het buitenland hooge tarieven heft, monetaire experimenten onderneemt, en — wat wel het ergste is — door contingenteeringen invoer geheel of voor een groot deel onmogelijk maakt.

Ongetwijfeld zijn er thans vele belemmeringen. Toch stelle men den toestand niet nóg ongunstiger voor dan hij reeds is. Het economisch nationalisme der verschillende landen richt zich stellig méér op autarkische voorziening inzake landbouwproducten dan wel op industriële „zelfvoorziening.” Ook zijn er nog uitgestrekte agrarische gebieden, die industriële artikelen elders moeten koopen. Qualiteitsproducten zijn nog te plaatsen. Ook in Indië. Dáárbij behoeven wij de Japansche concurrentie minder te vreezen.

Bemoedigend is in elk geval, dat de *industriële* export van Nederland nog altijd belangrijk bleef. Zij bedroeg over 1933, volgens een

berekening in de *Nederlandsche Mercur*, waarbij de landbouwindustrie-producten (zuivel, stroocarton etc.) *buiten* beschouwing zijn gelaten, f 321.700.000. In 1924 was dit bedrag f 645.000.000. Hierbij moet evenwel in aanmerking worden genomen, dat het indexcijfer der groothandelsprijzen, 1913 op 100 gesteld, in 1924 was 156 en in 1933 74. Uit een omrekening blijkt, dat de *hoeveelheid* geëxporteerde goederen sedert 1924 eer vermeerderd dan verminderd is, alle tariefmaatregelen en contingenteeringen van het buitenland ten spijt. De totale exportwaarde van alle fabrikaten, plus steenkolen, cokes enz. bedroeg over 1933 nog 461 miljoen gulden.

Dat is op zich zelf, de omstandigheden in aanmerking genomen, bemoedigend.

Er is nog ruimte in de wereld voor onzen export, al zullen wij, evenals geheel West- en Midden-Europa, de gevolgen der industriële ontwikkeling van de Oostersche volken ondervinden.

Noodig is, om onzen industriëlen export te behouden en uit te breiden, dat wij kunnen leveren tegen scherp-concurrerende prijzen. De productiekosten per eenheid mogen niet hoger zijn dan in andere Westersche industrielanden. Hetzelfde moet, *mutatis mutandis*, gezegd worden van onze vrachtprijzen. Wij moeten, op straffe van ondergang, ons aanpassen aan de gewijzigde verhoudingen. Wat het kostenpeil kan verlagen, behoort toegepast te worden: rationalisatie, vermindering van publieke lasten. Ook de loonen zullen, tenzij een veel betere outillage een bepaalde industrie daartoe in staat mocht stellen, niet belangrijk kunnen verschillen van die, welke in andere, te vergelijken Westersche industrielanden uitgekeerd worden.

#### *De rationalisatie.*

Misschien bevreemdt het sommigen, dat hier ook de *rationalisatie* wordt genoemd. Heeft zij dan niet juist de werkloosheid bevorderd?

Men stelt deze quaestie maar zelden zuiver. De vraag is, hoe de positie van het „Westen” zou zijn, *zonder* rationalisatie en gegeven de sociale eischen van den na-oorlogstijd. De werkloosheid zou dan nòg grooter zijn, omdat geen afzetgebieden voor de te dure productie zouden zijn gevonden. Overigens wordt ook door Dr. VAN TINBERGEN, een sociaal-democratisch econoom, toegegeven, dat de door rationalisatie ontstane werkloosheid vooral daarom niet gecompenseerd kon worden, omdat de kapitaalvorming na den oorlog te gering was om

over een breede lijn te komen tot uitbreiding van productiecapaciteit. 4) Ook de handelsbelemmeringen, de onevenwichtigheid in loonen en prijzen tusschen landbouw en industrie verhinderen de compensatie, al bleef deze niet geheel achterwege. Maar in elk geval zou het onjuist zijn van het „Westen” om den technischen vooruitgang *opzettelijk* te remmen. De behoeften van de moderne menschheid zijn nog voor sterke uitbreiding vatbaar. Hoe hoog zou de productie nog niet uitgebreid moeten worden, indien aan àlle menschen, daarbij rekening houdend met klimaat etc., een *levenspeil* gegund zou zijn, ongeveer gelijk aan dat van onzen eigen, niet werklooze, beter betaalde arbeiders? En toch is dit levenspeil relatief nog héél bescheiden. In dezen *verwarden* tijd kan er hier of daar in een bepaald land reden zijn, om tijdelijk machinalen arbeid door handenarbeid te vervangen. Maar men moet daarmee uiterst voorzichtig zijn. De „behoefte” is niet, zooals sommigen ten onrechte schijnen te meenen, een vrijwel constante grootheid. Zij is nog voor sterke uitbreiding vatbaar, indien het product goedkooper wordt.

#### *Verkorting arbeidsduur.*

Op ongeveer dezelfde gronden moet het voorstel worden afgewezen, dat invoering eener tot 40 of 36 uur *verkorte arbeidsweek* beoogt. Er is geen sprake van, dat spoedig, dank zij Genève, een internationale regeling zal totstandkomen. Het „Westen” zou zich daardoor tegenover het „Oosten” nog meer verzwakken. De verkorting, die op zich zelf niet geëischt wordt door ethisch-sociale overwegingen, zou de productie *duurder* maken, ook al werd het *uurloon* slechts weinig verhoogd, ja al bleef het gelijk. Dit zou weer den afzet der producten in een verarmde wereld, speciaal ook onder de agrarische bevolking, bemoeilijken. Het onderzoek, door een Commissie uit den Hoogen Raad van Arbeid ingesteld, heeft overtuigend bewezen, dat aan een algemeene wettelijke regeling eenvoudig niet valt te denken. Reeds werkt een groot aantal ondernemingen, door den nood gedwongen, *short time*. Hier en daar kan men op deze wijze ontslag van arbeiders voorkomen. Ook is het mogelijk, om bij de uitvoering van bepaalde werkverruimingsplannen een 40-urweek aan te houden, ten einde aan meer werklozen een kans te bieden. Maar overigens zou het middel eer schadelijk dan profijtelijk zijn voor de werkgelegenheid, indien de toepassing zou leiden tot verhooging der productiekosten.

Alleen tegen lage prijzen kunnen wij in een verarmde wereld koopers voor onze artikelen vinden. Bovendien valt hier rekening te houden met de aanbiedingen van andere landen. Kan men het den buitenland-schen afnemer euvel duiden, dat hij òns passeert, wanneer hij elders goedkooper een even deugdelijk product kan verkrijgen?

#### *De technische outillage.*

Van beteekenis is de technische outillage van ons bedrijfsleven. Een vergelijking met sommige andere landen, zelfs met Engeland, valt in dit opzicht niet ten onzen nadeele uit. Onze industrie is nog betrekkelijk jong, hetgeen in casu een voordeel beduidt. Toch zal hier ongetwijfeld nog wel een en ander verbeterd kunnen worden. Maar van niet geringe beteekenis is hier ook vooral het *loonvraagstuk*.

#### *Het loonvraagstuk.*

De *directe* invloed van het loon op den kostprijs is in de verschillende industrieën zeer ongelijk. Hij kan varieëren van 10 à 15 tot 75 en 80 %. Maar men moet hier natuurlijk ook met den *indirecten* invloed van de loonen rekening houden. Voor de textielindustrie bijv., sterk gerationaliseerd als zij is, heeft het loon van spinners en wevers slechts een relatief bescheiden invloed. Maar zij moet in haar prijs óók verdisconteeren het loon van de bouwvakarbeiders, die de fabrieken hebben gebouwd, het loon van de metaalarbeiders, die de machines hielpen vervaardigen; het loon der arbeiders in den gemeentedienst, voor zoover dat invloed heeft op de prijsbepaling van de producten der gas- en electriciteitsbedrijven, op de zakelijke belasting op het bedrijf, enz. Eveneens is het voor haar van beteekenis, hoe de vrachttarieven zijn. En die worden ook weer voor een deel beheerscht door de loonen van het spoorwegpersoneel en van de arbeiders in andere vervoerbedrijven. Zoo zouden nog tal van voorbeelden zijn te noemen.

Op grond van een deugdelijk onderzoek, vanwege den Hoogen Raad van Arbeid ter hand genomen, kan worden vastgesteld, dat in vele gevallen het *directe* loon ongeveer de helft van den kostprijs uitmaakt. Ook waar dit percentage lager is concludeere men niet te spoedig, dat een loonsvermindering geen of weinig invloed op de afzetmogelijkheden en dus op de werkloosheid kan hebben. Men moet er rekening mede houden, dat in een aantal gevallen reeds een *heel klein prijsverschil* een buitenlandsche bestelling voor ons verloren kan doen gaan.

In de laatste jaren zijn, vooral in de exportbedrijven, vele loonen reeds aanzienlijk gedaald. De omstandigheden hebben daartoe, helaas, genoopt. Maar de groothandelsindex is sedert 1929 met niet minder dan 44 % gedaald. Het goederenloon is dan ook in deze jaren in een groot aantal gevallen feitelijk nog *verhoogd*. Daaruit vloeien moeilijkheden voort. De werkloosheid is, mede door onvoldoende aanpassing, toegenomen.

Vergeleken met de omringende landen is ons loonpeil over het algemeen hooger. De verschillen met Duitschland en België zijn *zeer belangrijk*, om van Polen, Italië en Tsjecho-Slowakije maar niet eens te spreken. Vooral na de daling van het pond, heeft ook Engeland in doorsnee een lager loonpeil dan Nederland.

Nu is er steeds en met name na den oorlog een verschil in loonpeil geweest bijvoorbeeld tusschen Nederland en het aangrenzende België. Wij verkeerden, dank zij allerlei omstandigheden — o. a. onze Indische relaties — in eenigszins gunstiger positie. Een betrekkelijk klein verschil behoeft niet steeds te schaden. Het kan op de een of andere wijze gecompenseerd worden. Maar groote en belangrijke verschillen van 25 % en meer tusschen landen met ongeveer dezelfde structuur, met een bevolking, die op industriëel gebied vrijwel dezelfde capaciteiten bezit, zijn niet gedurende langen tijd te handhaven, tenzij een bepaald Nederlandsch bedrijf een min of meer monopolistische positie zou kunnen innemen. Maar dit is slechts bij hooge uitzondering, indien al ooit, het geval.

Het moet wel ernstig betreurd worden, dat de in 1929 bestaande loonen niet gehandhaafd konden worden, dat zelfs in een aantal gevallen een verdere daling onvermijdelijk zal zijn. Tusschen „beschutte” en „onbeschutte” particuliere bedrijven waren loonverschillen van *gemiddeld* 8 à 10 %, wanneer men bij de vergelijking het landbouwbedrijf uitschakelt. Grooter waren de verschillen met de loonen in den publieken, meer speciaal in den gemeentedienst. Dikwijls ging men in de stedelijke bedrijven — pensioenregeling, kindertoelagen, vacantietoelagen mede in aanmerking genomen — wel 20 en 25 % boven „beschutte” bedrijven uit. En toch — wie zou durven ontkennen, dat ook het levenspeil van de allerbest-betaalde arbeiders nog slechts *bescheiden* was, ook al was het veel hooger dan voorheen? Wie in de grootere steden met een *gezin*, ook al behoort het niet tot de „groote” gezinnen, moet leven van een netto-*jaarinkomen* van f 1800

à f 2000.— — de groote meerderheid der arbeiders bleef er zelfs in de betrekkelijk goede jaren een eind beneden — kan zich waarlijk geen buitensporige dingen veroorloven. Wat men misschien wel eens gezien heeft van gezinnen, waarvan meerdere leden een behoorlijk loon verdienden, moge men niet generaliseeren. Eveneens moet men voorzichtig zijn met conclusies uit relatief zeer hooge *weekloonen* van sommige groepen, bijv. in de bouwvakken der groote steden. Billijkheidshalve moet hier ook gerekend worden met de dikwijls meer dan gewone praestatie en vooral met het vrij groote werkloosheidsrisico.

Loonsverlaging is en blijft een pijnlijke zaak, ook al werd de verlaging tot dusver geheel of althans voor een belangrijk deel gecompenseerd door de sedert 1929 ingetreden prijsdaling, die volgens de Haagsche en Amsterdamsche budget-statistieken rond 16 % bedraagt.

Maar willen wij geen volk van *werkloozen* worden, dan valt ook aan de loonaanpassing *niet* te ontkomen. Wij *moeten* exporteeren tegen concurrerende prijzen. Natuurlijk mag niet eenzijdig de aandacht op de loonen van de arbeiders in de export-industrie zijn gevestigd. Dat ware wel bijzonder onredelijk. Zij verkeerden, evenals de landarbeiders, toch al niet in de beste omstandigheden. Zij stonden ook in de betrekkelijk goede na-oorlogsjaren veelal ten achter bij de arbeiders in de „beschutte” bedrijven en diensten. Het is niet meer dan billijk, dat de aanzienlijke loonsverlaging, die zij òf reeds moesten aanvaarden òf nog opnieuw zullen moeten accepteeren, zooveel mogelijk gecompenseerd wordt door de verlaging van prijzen, belastingen en huren. Reeds met het oog daarop zou men niet kunnen of mogen verdedigen, dat in de beschutte bedrijven en diensten alles vrijwel bij het oude moet blijven. Trouwens, dit is ook om andere redenen practisch niet wel mogelijk. De Overheid ziet haar inkomsten dalen, moet voor de werkloosheidszorg millioenen beschikbaar stellen en kan niet ongelimiteerd belastingen en bedrijfstarieven verhoogen. Zij zou dan ook al spoedig ervaren, dat zelfs een „monopolistisch” bedrijf de verbruikers niet onder alle omstandigheden vast kan houden. De beschutte bedrijven in het algemeen zullen hebben te rekenen met de gedaalde koopkracht van hun afnemers in landbouw en export-industrie. Zouden zij zich niet „aanpassen”, dan zou de werkloosheid, óók in de bedrijven, die voor de binnenlandsche markt werken, niet verminderen, maar nog vermeerderen. De cijfers zijn nu reeds welsprekend.

Men heeft wel eens beweerd, dat die „aanpassing” toch geen baat

kan brengen, omdat daarbij een schroef zonder eind aan het werk is. Al aanpassende, moeten wij misschien dalen op Japansch peil. Maar vooreerst moge ik de vraag stellen: wat wil men dan, indien autarkie een volstrekte onmogelijkheid is en export *levensvoorwaarde* genoemd moet worden? En in de tweede plaats wettigen de cijfers geen overdreven vrees juist voor Japan, al mag de groeiende beteekenis van dat land, meer speciaal op de Oostersche markten, zeker niet onderschat worden. Maar op de Europeesche, Australische, Afrikaansche en Amerikaansche markten heeft het „Westen”, dank zij zijn ervaring en technische ontwikkeling, vooral waar het qualiteits-artikelen betreft, op Japan een voorsprong. Nederland is met vele economische banden aan de omringende Europeesche landen verbonden. Daarmede moet, óók voor wat het loonpeil betreft, in de eerste plaats rekening worden gehouden.

#### *Samenwerking.*

Een paar opmerkingen moge ik aan dat alles nog toevoegen. De eerste is, dat ernstig gestreefd behoort te worden naar samenwerking van ondernemers en arbeiders, naar ontwikkeling van wat men onder ons met den naam bedrijfsorganisatie aanduidt. Daardoor kunnen anti-sociale tendenzen, die in tijden als deze invloed zouden kunnen uitoefenen, worden tegengegaan. De economisch noodzakelijke „aanpassing” mag evenwel niet als anti-sociaal worden gebrandmerkt. Daardoor kan juist worden *voorkomen*, dat het kwaad der werkloosheid steeds grootere proporties gaat aannemen. Alleen in dien weg kan, onder Gods zegen, een daling van het hooge werkloozencijfer worden bereikt. Tijdelijk kan de „werkverruiming” — wegeaanleg, bruggenbouw, enz. — eenige uitkomst bieden. Maar een meer blijvende werkgelegenheid kan alleen de industrie bieden.

Samenwerking van ondernemers, die voorkomt, dat men elkander als het ware „doodconcurrereert”, zelfs op de binnenlandsche markt, moet in beginsel toegejuicht en op voorzichtige wijze ook van overheidswege *bevorderd* worden. De Overheid moge daarbij ernstig waken tegen misbruiken, waartoe zonder deugdelijk toezicht de kartelleering zoo gemakkelijk kan leiden.

#### *Woninghuren.*

Een tweede opmerking betreft de *woninghuren*, die een belemmering tegen de aanpassing vormen. De daling daarvan moet bevorderd

worden. De verlaging der rente van de Woningwetvoorschotten is een eerste stap in de goede richting. De bouw van *goedkoope* woningen moet, waar noodig in verband met de woningmarkt, worden gestimuleerd. De gemeenten zullen niet lang meer kunnen wachten met verlaging van grondprijzen, met vermindering van straatbelastingen, etc. Ook met het oog daarop is het van zooveel belang, dat de gemeenten zich inspannen, om het peil van hare uitgaven te verlagen. Over de quaestie der hypotheeken wordt straks gesproken. Maar al dalen zoo geleidelijk de exploitatielasten, de huurดาลing zal in een aantal gevallen nog grooter moeten zijn. Men meene dan ook niet, dat aan verliezen op in den duren tijd gebouwde of aangekochte panden zal zijn te ontkomen. Het zoogenaamde „woningkapitaal” zal evengoed getroffen worden als het „kapitaal”, dat in land of in industriële en scheepvaartbedrijven werd belegd.

#### *De invloed van den landbouwsteun.*

Een derde opmerking in ditzelfde verband moet nog gemaakt worden over den *landbouwsteun*. Zooals reeds uiteengezet werd, zijn de genomen maatregelen ten volle gerechtvaardigd. Maar het valt niet te ontkennen, dat de daling der kosten van het levensonderhoud daarvoor werd geremd. Zonder dien steun — men kan zich moeilijk indenken, wat dan precies gebeurd zou zijn — zou de daling van het stedelijk budgetcijfer vermoedelijk circa 20 % bedragen, inplaats van 16 %. Maar wie daarover klaagt, vergete niet hetgeen gezegd werd over de sociale onevenwichtigheid, die nog altijd niet geheel is weggenomen. De loonen der landarbeiders zijn nog steeds de laagste, ook al houdt men bij de vergelijking rekening met de omstandigheid, dat het leven in een stedelijke gemeenschap bijzondere eischen stelt. Tusschen het bij arbitrage in Tholen vastgestelde loon der landarbeiders (23 cent per uur) en het uurloon der grondwerkers bij de werkverruiming in de omgeving van Amsterdam (55 cent per uur) is een verschil, dat niet geheel verdwijnt door hogere huren, duurere voedingsmiddelen, korter arbeidstijd. Ook vele boeren hebben, blijkens de uitkomsten der landbouwboekhouding, een inkomen, dat niet boven de f 12.— per week uitgaat. Tal van bedrijven werken, ondanks den steun, nog met verlies. Trouwens, de prijzen zijn over het algemeen *beneden* de voor-oorlogsche, terwijl de productiekosten en de kosten van het levensonderhoud hooger zijn.



Dit neemt niet weg, dat onder de huidige, voor industrie en scheepvaart zoo moeilijke, omstandigheden niet voor verhooging van den landbouwsteun gepleit kan worden. Veeleer moet, waar in billijkheid mogelijk, op verlaging van heffingen aangestuurd worden.

Het stelsel, dat bijv. bij den steun aan de tarwe wordt toegepast, verdient overigens geen critiek. De lage prijs der buitenlandsche tarwe is een voordeel voor de verbruikers en benadeelt den landbouwer niet. Deze ontvangt thans f 11.— per 100 K.G. Een derde van ons totaal verbruik wordt door het binnenland voortgebracht. Hoe goedkooper de  $\frac{2}{3}$  is, hoe voordeliger voor den consument.

Bij een hooger prijsniveau van gerst, rogge en haver moeten de z.g.n. monopolieheffingen — gecamoufleerde invoerrechten — worden verlaagd. Dit in het belang van de industrie, van veehouders, varkensmesters en kippenhouders.

De steun aan den bietenbouw, gepaard gaande met een inkrimping van het areaal, kan als werkverschaffing van groote beteekenis voor het platteland verdedigd worden.

Bijzondere moeilijkheden levert de steun aan den zuivel op. De veehouderij is niet een behoorlijk loonend bedrijf, ook al wordt zelfs op den min-vermogende, die vroeger slechts goedkope margarine gebruikte, een niet geringe last gelegd. Op den export van boter wordt feitelijk verloren, maar de gevolgde politiek valt te verdedigen, omdat men afzetgebieden wilde behouden — óók met het oog op een mogelijk betere toekomst. Zoo spoedig mogelijk zal evenwel ook de veehouderij zich moeten aanpassen. Onze zuivelexport komt binnen afzienbaren tijd niet weer op de vroegere hoogte. De veestapel, die zelfs in de jaren 1929—1933 nog met 13 % is toegenomen, *moet* worden ingekrompen. De export levert thans geen voordeel, eerder nadeel op, nu wij het veevoeder voor een deel moeten invoeren. Het is waarschijnlijk, dat deze, zeer ongunstige, toestand eerlang zal verbeteren. Het is dan ook niet wenschelijk, om alle boterexport prijs te geven. Maar de inkrimping van den veestapel is thans onder alle omstandigheden onvermijdelijk. Zij behoeft ook niet te leiden tot algeheele opoffering van den export. Inkrimping van den veestapel kan in verschillende deelen des lands gepaard gaan met uitbreiding van den graanbouw.

#### *Devaluatie.*

De aanpassing van loonen en prijzen, ook van de uitgaven der

publieke lichamen aan de gewijzigde toestanden, is uiterst moeilijk. Vandaar, dat in den laatsten tijd naar de propaganda voor devaluatie door velen wordt geluisterd.

De devaluatie, waaronder men in den regel <sup>5)</sup> verstaat een vermindering der goudwaarde van den gulden, met handhaving van het goud als standaard, en zonder uitvoerverbod van goud, wordt op verschillende gronden en met dikwijls tegenstrijdige argumenten verdedigd. Dit laatste behoeft niet te verwonderen, wanneer men ziet, dat tot den kring der voorstanders behooren: liberale economen, liberale en roomsch-katholieke fabrikanten, agrariërs, sociaal-democratische en roomsche vakvereenigingsleiders.

Men kan — aldus sommige voorstanders — in dezen tijd niet meer de goudwaarde van het geld steeds op hetzelfde peil houden, omdat telkens weer door allerlei omstandigheden de koopkracht van het geld wisselt. Thans is — men lette slechts op de *groothandelsprijzen* — de waarde van het geld op goudbasis tegenover de goederen sterk toegenomen. Daardoor komen de bedrijven in moeilijkheden.

Vroeger leverde een dergelijke omstandigheid veel minder bezwaar op. Alles paste zich sneller aan, zooals ook nu nog in de Oostersche landen het geval is. Maar die aanpassing laat in onze Westersche maatschappij veel te wenschen over. De groothandelsprijzen zijn veel meer gedaald dan de kosten van het levensonderhoud. Meer gedaald ook dan de loonen en de andere elementen, die de productiekosten bepalen, welke laatste trouwens ook weer door de loonen in andere bedrijven worden beïnvloed. Zoo ontstaat er een hopelooze wanverhouding tusschen prijzen en productiekosten, die de industrieën doet inenschrompelen.

De hoofdoorzaak van het kwaad ziet men in de „loonverstarring”, waartoe vooral het vakvereenigingswezen, het stelsel van collectieve contracten, de bedrijfsorganisatie heeft geleid. De „wet van vraag en aanbod” heeft men buiten werking pogen te stellen. Men tracht, en niet zonder succes, de nominale loonen op peil te houden, ook al wijzigt zich sterk de waarde der goederen. Men is gebonden aan allerlei regelingen, die men niet zoo gemakkelijk kan wijzigen. Komen er eindelijk veranderingen, dan is het gewoonlijk reeds te laat. De verstarring vooral van de loonen in de beschutte bedrijven en diensten is een kwaad, dat ook de publieke lichamen verhindert om zich snel aan te passen, voor wat belastingen en tarieven betreft. Hierbij laten zich ook politieke overwegingen gelden. Bovendien worden de lasten

van de werkloosheid, die voor een groot deel het gevolg is van de starre loonpolitiek der vakverenigingen, op de publieke kassen afgewenteld. Dit leidt tot hogere belastingen en tarieven, dus tot nieuwe moeilijkheden voor het bedrijfsleven. De deflatie stelt, vooral in de democratische landen, te zware eischen aan kiezers en gekozenen. Daaraan kunnen zij niet voldoen.

Tegenover die verstarring moet dan ook wel de toevlucht genomen worden tot een meer bewegelijke geldpolitiek. In dien gedachtengang wordt devaluatie dus feitelijk een *correctie* van het streven naar bindende regelingen, dat in heel het bedrijfsleven valt op te merken. Het wekt eenige verwondering, dat sociaal-democratische en roomsch-katholieke vakverenigingsleiders aan dit streven steun verleenen.

Er schuilt overigens in de klacht over loonverstarring niet weinig overdrijving. Er is sedert 1929 reeds veel gewijzigd en herhaaldelijk met medewerking van de vakverenigingen. Dat velen niet aanstonds het *karakter* van de huidige crisis hebben onderkend, is juist. Maar tot die „velen” behooren ook andere personen dan vakverenigingsleiders! Maar al zou — wat ook in ons land nog de vraag zou zijn — de devaluatie een veel aanzienlijker reële loonsverlaging tengevolge hebben dan bij een voortgaan in lijn der openlijke „aanpassing” het geval zou wezen, dan is daarmee het pleit nog niet beslecht. Immers kunnen daartegenover enorme nadeelen dreigen voor heel de volksgemeenschap, die van devaluatie moeten weerhouden.

Men meent, dat devaluatie den *export* zou bevorderen en de *scheepvaart* zou redden. Ook is men van oordeel, dat het aanbevolen mone-taire experiment een oplossing kan brengen van het vraagstuk der z.g.n. „vaste lasten”. De huidige toestand, zegt men, bevoordeelt onredelijk de schuldeischers, degenen, die geld hebben geleend aan bedrijven en aan publieke lichamen. Maar de hypotheekhouders verkeeren thans in moeilijkheden.

De sociaal-democratische voorstanders zijn getroffen door den toestand, waarin zij als vakverenigingsleiders verkeeren. Loonsverlagingen moeten aanvaard worden. Daardoor komt er onrust hier, verminderde strijd lust elders. Bij devaluatie kan, meenen zij, in elk geval de vermindering der *nominale* loonen tot staan komen. Zelfs is er, vooral wanneer de prijzen stijgen en de werkgelegenheid toeneemt, weer een kans op *nominale* loonsverhooging, ook al gaat deze gepaard met een *reële* daling. Maar dat wordt niet aanstonds opgemerkt. Heel

de positie der vakvereniging verandert. Zij komt weer tot activiteit.

Het „voorbeeld” van Engeland, Denemarken, Noorwegen, Zweden, Tsjecho-Slowakije en de Ver. Staten maakte ook indruk. Daar „deed” men in elk geval nog wat tegen de crisis. En immers niet zonder succes?

In geen enkel opzicht acht ik deze beschouwingen juist. De be-teekenis van de monetaire politiek wordt overschat. Op den duur doet het weinig of niets ter zake welke goudwaarde een betaalmiddel van een land heeft. Wel kan een wijziging *tijdelijk* eenig voordeel voor den een en nadeel voor den ander beduiden. Maar onder de huidige omstandigheden, nu monetaire experimenten feitelijk zijn gaan be-hooren tot de „handelspolitieke wapenen”, bestaat zelfs op dit tijdelijk voordeel voor *Nederland* geen uitzicht.

Nederland is nog altijd een *crediteurland*. Devaluatie vermindert dus de waarde van onze vorderingen op het buitenland. Wij voeren méér grondstoffen en voedingsmiddelen in dan uit. Bij devaluatie moeten wij, in guldens, meer betalen. Op zich zelf een *nadeel* voor de exportindustrie. Ook is het waarschijnlijk, dat de kosten van het levensonderhoud niet onaanzienlijk zullen *stijgen*. Zullen de arbeiders dan *zonder meer* in de reële daling van hun loonen berusten?

Men meent met een beroep op Engeland, dat den band met het goud verbrak, te kunnen aantonen, dat de stijging der kosten van het levensonderhoud belangrijk zal zijn. Dat beroep moet evenwel om meer dan een reden worden afgewezen. Vooreerst heeft het Britsche imperium op het eigen sterlinggebied meer grondstoffen, enz. dan wij op ons terrein. Dat maakt reeds een groot verschil. Maar bovendien: feitelijk zijn de kosten van het levensonderhoud in Engeland wél be-langrijk gestegen, althans niet gedaald, zooals ten onzent. De prijs-verlaging van de goederen is door de devaluatie tijdelijk opgevangen. In den laatsten tijd is er evenwel ook een directe prijsstijging te con-stateeren. Vandaar ook toenemende onrust in de arbeiderswereld.

Voor de devaluatie in 1931 waren er reeds belangrijke loonsver-lagingen tot stand gekomen. Na 1931 heeft zich deze daling feitelijk nog voortgezet.

Stelt men het indexcijfer der gemiddelde weekloonen voor 1924 op 100, dan was het in:

1931:	97
1932:	95.3
1933:	94

Ten onzent zou, gezien onzen invoer van levensmiddelen en grondstoffen, de prijsverhoging *spoediger* op de devaluatie volgen. Vooral de arbeidersgroepen die hun loonen reeds aanzienlijk verlaagd zagen, zouden dan in groote moeilijkheden komen. Sociale onrust ware het gevolg. Maar de reële verlaging zou door geen nominale verhoging gecompenseerd kunnen worden. Wie dat beweert, kan niet tegelijkertijd betoogen, dat onze exportindustrieën in betere conditie zouden komen. Immers als èn grondstoffen èn loonen in guldens hooger worden, hoe kan er dan belangrijk voordeel voor den export zijn? Neen, alle hoop is gevestigd op een *reële loonsverlaging*. Op een verlaging, om met een der vroegere sociaal-democratische voormannen te spreken, „zonder herrie”, omdat het aantal guldens niet kleiner wordt.

Intusschen, met of zonder een reële loonsverlaging, aan een voordeel voor den export, verkregen door *opzettelijke* devaluatie, gelooven wij geen oogenblik. En dus evenmin aan een daling van de werkloosheid.

Ook hier beroept men zich ten onrechte op de ervaring in Engeland. In 1931, vóór de devaluatie, was aldaar het werkloosheidspercentage 21.3; in 1932: 22.1 en in 1933: 19.6. Na de devaluatie kwam er dus nog een *vermeerdering* van de werkloosheid. In 1933 werd — het moet toegestemd worden — de toestand eenigszins gunstiger. Maar zelfs de Engelsche staatsman CHAMBERLAIN heeft deze verbetering niet op rekening van de devaluatie durven stellen. Engeland heeft zijn — zeer uitgebreide — binnenlandsche markt *beschermd*. Er is bovendien, — men denke aan de conferentie van Ottawa — meer economische toenadering gekomen tusschen de verschillende deelen van het Britsche wereldrijk.

Of deze meer protectionistische politiek op den duur voor Engeland een voordeel zal blijken, valt te betwijfelen. Tijdelijk kan evenwel de binnenlandsche markt verlevendigd worden. Maar de Engelsche *export* is, de devaluatie ten spijt, méér gedaald dan de uitvoer uit de z.g. „goudlanden”.

Wanneer men de *goudwaarde* van de exporten in 1929 op 100 stelt, dan blijkt, volgens de cijfers van *l'Economie Internationale*, eind Juni 1934 de verhouding als volgt te zijn: Ver. Staten 23.8; Engeland 32.7; Japan 36.8, terwijl de export in de landen van het goudblok 37.3% van de waarde in 1929 bedroeg.

De vermindering is overal zeer belangrijk. Maar in de landen, die

den gouden standaard niet onverzwakt handhaafden, is de daling grooter dan in de landen, die aan een solide monetaire politiek vasthielden.

Wellicht achten sommigen dat beroep op de goudwaarde van den export niet overtuigend. Daarom mogen hier ook nog de cijfers volgen betreffende de *hoeveelheden*, die eveneens in de bedoelde publicatie voorkomen. De Engelsche export was eind 1933 gedaald met 35.8 % sedert 1929; die van de Ver. Staten zelfs met 47.5 %, terwijl de daling bij het goudblok beperkt bleef tot 31%.

In 1929 bedroeg de uitvoer der landen van het goudblok 15.6% van den geheelen wereldexport; eind Juni 1934 was dit percentage gestegen tot 17.6%. Engeland gaf slechts een stijging te zien van 2%; de goudlanden van 13%.

Deze cijfers zijn welsprekend.

Nu is onder de goudlanden de positie van *Nederland*, voor wat de werkloosheid betreft, niet de gunstigste. Ons loonpeil is hooger dan het Belgische of Fransche. De crisis is ten onzent ook later hevig geworden dan in Engeland. Terwijl bijv. in Engeland het werkloosheidspercentage reeds in 1929 bedroeg 10.4, was het in Nederland nog slechts 6.2. In 1930 waren de cijfers resp. 16.1 en 7.3. In 1931: 21.3 en 14.7; in 1932: 22.1 en 25.3; in 1933: 19.9 en 26.8. Engeland heeft reeds in 1929 en 1930 vele maatregelen van beperking genomen.

Nederland is, méér dan Engeland, afhankelijk van den toestand op het Europeesche continent. Een niet onbelangrijk deel van onzen export gaat nog naar de goudlanden. Meent men waarlijk, dat deze landen — en niet alleen deze! — het rustig zouden aanzien, indien wij door *opzettelijke* devaluatie, door een *Overheidsmaatregel* dus, voordeelen zouden trachten te behalen? Men kan het niet in ernst verwachten. Men zou het ons, terecht, kwalijk nemen, dat wij de verwarring in de wereld nog grooter maakten. En daaruit zouden stellig voor ons ongunstige maatregelen voortvloeien. Ook elders kent men „valuta-wetjes”!

Naar mijn overtuiging zou devaluatie voor den export *geen* voordeel, maar veeleer *nadeel* opleveren. Een nadeel, dat *niet* zal ontstaan door *reëele* aanpassing en door „loyale concurrentie”.

Men beroept zich ook nog op andere landen dan Engeland. Maar de vergelijkingen zijn steeds moeilijk. Moet ik op het groote verschil tusschen de Ver. Staten en het kleine Nederland nog uitdrukkelijk

wijzen? Is bovendien ROOSEVELTS optreden een toe te juichen voorbeeld? Welk een verwarring! En welk een ellende!

Van Tsjecho-Slowakije erkennen zelfs de voorstanders van devaluatie, dat de resultaten er verre van schitterend zijn. De boeren zijn ontevreden en dringen op verdere devaluatie aan. Ook in Denemarken klagen de landbouwers. En de reeders zijn in de Noorsche landen niet minder teleurgesteld in hun verwachting. De verhoudingen zijn bovendien in deze landen gansch anders dan ten onzent. Men vergelijke b.v. eens de positie der arbeiders in Tsjecho-Slowakije en in Nederland. Meer dan de Scandinavische landen is voorts ons land afhankelijk van de industrie, van de scheepvaart en van den doorvoer. Zoo ware op meer verschilpunten de aandacht te vestigen.

Van devaluatie verwachten sommigen zelfs verlevendiging van de *binnenlandsche* markt. Maar hoe dat mogelijk zou zijn, begrijp ik niet. Wie worden er door devaluatie *beter*, wanneer de *export* niet toeneemt? Niet de groote massa der arbeiders, die het reële loon verlaagd ziet. Niet de gepensioneerden, niet de obligatie- of hypotheekrente-trekkers. Zij allen zien hun reële inkomsten dalen of, in het gunstigste geval, blijven zij, voor wat hun koopkracht betreft, gelijk. Tegenover de bepleite bevoordeeling van de schuldenaars, staat het nadeel voor de schuldeischers. Onder die schuldenaars zijn ook nog buitenlanders! Tot de schuldeischers behooren: spaarbanken, sociale verzekeringsinstellingen, pensioenfondsen, verzekeringsmaatschappijen, philanthropische inrichtingen. Dat zijn in onzen tijd de groote geldschieters. Zelf worden deze *instellingen* door devaluatie *beter* noch slechter. Immers zoowel hun vorderingen als hun verplichtingen dalen reëel. Maar de gevolgen worden door hun geldgevers ondervonden, ook door kleine spaarders, pensioengerechtigden, zelfs ondersteunden.

Er is, ook wat dit betreft, nog wel eenig verschil tusschen Nederland en de Ver. Staten, waar de sociale voorzorg veel minder ontwikkeld is. Zelfs met Engeland is er hier een verschil, omdat de verdeeling van ons volksvermogen anders is.

De vermindering van de „vaste lasten” der bedrijven alléén kan overigens nooit tot een beteekenende verlevendiging van de binnenlandsche markt leiden. Volgens sommigen zullen evenwel de prijzen der landbouwartikelen stijgen. Bleef het overige gelijk, dan zou de boerenbevolking over een grootere koopkracht beschikken. Maar dan zou ook de reële loonsverlaging voor de stedelijke arbeiders van niet

geringe beteekenis blijken. Wilde men dat weer compenseeren door afschaffing van den thans bestaanden landbouwsteun, dan zou de koopkracht der landbouwende bevolking weinig verandering ondergaan. Vermoedelijk zelfs geringer worden als gevolg van de prijsstijging der *ingevoerde* artikelen.

*Tijdelijk* zou er bij devaluatie misschien wel een vlucht zijn van het geld in de goederen. Maar dit is heel iets anders dan een meer blijvende verlevendiging van de binnenlandsche markt.

Een der argumenten voor devaluatie, die het meest indruk schijnt te maken is, dat daarbij mogelijk is „aanpassing”, dat wil zeggen verlichting van den druk der „vaste lasten”.

#### *Vaste lasten.*

Men stelt het wel eens voor, alsof er nu op dit gebied geenerlei aanpassing plaats heeft, alsof alléén de arbeider zich moet aanpassen en de „kapitalist” vrij uitgaat. Reeds de groote daling van de vermogens en van de hogere inkomens bewijst het tegendeel. De landpachten zijn in tal van gevallen met 25—75% verminderd. In bedrijven met een aandeelenkapitaal is er natuurlijk van zelf aanpassing. Is er geen winst, dan wordt er ook geen dividend uitbetaald. Tal van ondernemingen, die *obligaties* uitgaven, hebben of in het geheel geen rente uitgekeerd, of wel de rente verminderd en zelfs de hoofdsom gereduceerd. Een wet heeft dit alles beter *mogelijk* gemaakt.

De rente der obligaties van publieke lichamen is sedert 1931 met 20% gedaald. In sommige gevallen zelfs met een nog hooger percentage. De rente is gekomen op voor-oorlogsch peil. Zelfs bestaat er uitzicht, indien het *vertrouwen* in de publieke lichamen niet wordt ondermijnd door de propaganda voor devaluatie, dat deze binnenkort zullen leenen voor 3½%, dat is belangrijk *lager* dan in 1913 of 1914.

De Hypotheekbanken zijn thans bezig om hun pandbrieven te converteeren. Men store dat proces niet door het aanbevelen van allerlei monetaire experimenten. Het uitgeven van pandbrieven tegen lagere rente zal natuurlijk tot een geleidelijke daling van de hypotheekrente leiden. Reeds nu worden door particulieren hypotheeken uitgegeven tegen een rente, die niet hooger is dan vóór den oorlog werd berekend. Ook heeft reeds herhaaldelijk door *overleg* vermindering der rente van bestaande hypotheeken plaats, ja zelfs reductie van de hoofdsom. Verliezen worden hier geleden en zullen nog meer geleden worden.



Maar men bevele niet allerlei experimenten van *Overheidswege* aan. Dat zou, zeer tot schade van ons economisch leven, het *credietwezen* ondermijnen. Wel verdient m. i. overweging een maatregel, waardoor tragische executies voorkomen kunnen worden.

Devaluatie moet als hoogst gevaarlijk en schadelijk voor heel ons volksleven worden afgewezen. Zij zou wantrouwen en verwarring teweegbrengen, tot sociale conflicten aanleiding geven, *hier* verarmen, *daar* tijdelijk verrijken, en den export eer verminderen dan vermeerderen.

Ook uit *moreel* oogpunt zou *opzettelijke* devaluatie te veroordeelen zijn. Geen voorstander durft te beweren, dat onze goudpositie of ook onze financieele toestand devaluatie eischt. En een experiment is hier moreel ongeoorloofd. Men spreekt herhaaldelijk van een „beheerschte” devaluatie. Maar wie garandeert, dat men in dit „kruierend oeverzand” vast kan blijven staan? En dit alles zou ondernomen moeten worden door een Regeering, die pas converteerde en *vertrouwen* wist te wekken!

*Wat noodig is.*

*Reële* aanpassing is noodzakelijk.

De daling van het volksinkomen maakt den bezuinigingsarbeid bij Rijk, Provincie en Gemeente volstrekt onvermijdelijk. Aanzienlijke verhooging van de belastingen zou tot kapitaalvlucht leiden, de kapitaalvorming nog meer beperken, het leven duurder, de productiekosten hooger maken, en dus de werkloosheid doen toenemen.

De Regeering staat hier voor een moeilijke taak. Bezuiniging is niet mogelijk, tenzij men óók veel aantast, dat op zich zelf nuttig is en goed. Maar wat het zwaarste *is*, moet ook het zwaarste *wegen*.

Vergelijkenderwijs zijn onze publieke uitgaven voor cultureele, sociale en hygiënische doeleinden hoog. Zooals ook de werkloozensteun hier hooger is dan in schier alle landen. Maar ten slotte moet alles uit de productie komen. Wordt de druk der publieke uitgaven in verhouding tot het volksinkomen te zwaar, dan ontstaan nadeelen, die ook aan ons concurrentievermogen op de wereldmarkt afbreuk doen.

Bij de beoordeeling van onzen financieelen toestand moge ook het *feit* niet vergeten worden, dat het Rijk in de laatste jaren reeds circa 500 millioen heeft ingeteerd. Ook in een aantal gemeenten werden verschillende lasten naar de toekomst verschoven. Dat kan en mag zoo niet voortgaan. Het zou op een *débacle* uitloopen. Ook de werkloozenzorg zou in het gedrang komen. Wat dit betreft moge de gang

van zaken in andere landen als een waarschuwend voorbeeld beschouwd worden. In Duitschland kan men ook zien, waartoe een eenzijdige werkverschaffingspolitiek leidt, die met economische waarheden geen rekening houdt.

Maar niet alléén op een sluitende begrooting, op vermindering van *publieke* uitgaven moet de aandacht der Regeering zijn gevestigd. Zij moet in dezen tijd ook al het mogelijke doen, om de ontwikkeling van het bedrijfsleven te bevorderen en de werkgelegenheid uit te breiden. Waarbij evenwel, zooals hiervoren reeds werd aangeduid, niet mag vergeten worden, dat haar kúnnen beperkt is. Ook moet menig „plan” als ondeugdelijk worden afgewezen. Hierbij is te denken aan loonbijlagen, e. d. Kan evenwel, ook door credietverleening, een werkelijk succesbelovend particulier initiatief gesteund worden, dan moet daartoe worden overgegaan, al moge overigens aan de, door sommigen begeerde, centrale industriebank nog geen behoefte bestaan. Het 60-miljoenplan opent de mogelijkheid, om in een bepaald geval meer directen steun aan het bedrijfsleven te bieden. Groote voorzichtigheid past hier. Maar geheel uitsluiten behoeft men steun ook in den vorm van credietverleening of van hulp bij het totstandbrengen van een betere outillage niet. Hier valt o. a. aan onze scheepvaart te denken.

Ook al doet de Regeering al het *mogelijke*, dan nog is het te vreezen, dat het voortgezette aanpassingsproces, hetwelk hier te lande te laat is aangevangen, onder alle sociale groepen de stemming ongunstig zal beïnvloeden. De moeilijkheden, waarmede men in den komenden tijd zal hebben te worstelen, kunnen revolutionaire tendenzen versterken.

Van onze antirevolutionaire volksgroep mag verwacht worden, dat zij de Overheid zal steunen en voor het welslagen van haar arbeid zal *bidden*. Voorts dat zij, onder besliste afwijzing ook in de practijk van eigen leven van wat anti-sociaal zou zijn, de door den financieelen en economischen toestand geboden maatregelen zal verdedigen en helpen bevorderen, hetgeen uiteraard een werkelijk *opbouwende* critiek op de regeeringsvoorstellen niet uitsluit.

Zal er een betere toekomst dagen, dan moet, in Gods kracht, ook groote energie op economisch gebied worden ontplooid. Aan die toekomst behoeft, indien God deze wereld in Zijn lankmoedigheid blijft dragen, niet gewanhoopt te worden. Er zijn, dank zij ook de voortschrijdende techniek, nog vele mogelijkheden. Het levenspeil der bevolking *kan* straks weer stijgen, ook al zijn de *geldloonen* lager dan zij

in den na-oorlogstijd zijn geweest. Wel blijft het voor onze welvaart een noodzakelijke voorwaarde, dat aan de autarkische verdwazing een einde komt. Maar daarop mogen wij immers hopen? Blijft die verdwazing, of leidt straks het wantrouwen weer tot nieuwe gewapende conflicten, ja, dan wordt Europa's toekomst donker.

Godlof, wij weten dat ook in het groote wereldleven alles gaat „naar het gemaakt bestek”. Sterk in het geloof, dat God regeert, dat Zijn Raad zal bestaan, gaan wij moedig voorwaarts.

Naarmate de moeilijkheden voor breede volksgroepen grooter worden, zullen wij ook bereidwillig *offers* moeten brengen, om nooden te lenigen. Alles van de *Overheid* te verwachten, ligt niet in de anti-revolutionaire lijn.

In den storm van dezen tijd zullen wij ook slechts door groote toewijding en offervaardigheid in stand kunnen houden en uitbreiden hetgeen ons door Gods gunst geschonken werd in Kerk en School, in zoo velerlei Christelijke politieke en sociale organisaties.

De gebeurtenissen in het buitenland vermanen ons met aangrijpenden ernst om het ons in dit goede land toebetrouwde pand in Gods kracht te bewaren.

---

1) Het saldo invoer van „granen” bedroeg in 1933 nog 2864 millioen. En er zijn jaren geweest, waarin bijv. de invoer van meel en bloem en tarwe veel grooter was dan in 1933. Men denke hier voorts aan den invoer van rijst, koffie, thee, zuidvruchten, tabak, enz. enz.

2) Men hoede zich voor overdrijving. Japan voert nog meer in dan uit. Zijn aandeel in den wereldhandel bedraagt over 1932: 3.1 %.

3) In Lunteren gaf ik de cijfers van 1 Mei 1932. Thans zijn de cijfers van 1933/34 bekend.

4) In het onlangs verschenen boek *Waar gaan wij heen?* Amsterdam, 1934.

5) In den regel. Daar zijn er ook, die het goud los willen laten en feitelijk aan willen sturen op een, zij het nog eenigermate „beheerschte”, *inflatie*.

---

---

---

# DE CHRISTELIJKE STAAT EN DE GEESTELIJKE EN ZEDELIJKE ONTAARDING ONDER ONS VOLK \*)

DOOR

DR J. VAN LONKHUYZEN.

## *Inleiding.*

Het is niet voor het eerst, dat ik mijn voet zet op het pad van hetgeen ik in dit geschrift bepleit.

Het is drie en dertig jaren geleden dat ik op de Deputaten-vergadering der Antirev. Partij bij het Program van Actie het amendement voorstelde om het openbare vloeken en godslasteren onder ons volk strafbaar te stellen. Dit voorstel werd toen, verbonden met een voorstel van een ander predikant, met een kwinkslag van den voorzitter ter zijde geschoven, ook al was het eerst door de deputaten hartelijk toegejuicht. En al namen nu sinds dien tijd plaatselijke overheden maatregelen in den door mij bedoelden zin, het duurde toch ruim 30 jaren al eer in de wet-DONNER iets als ik bedoelde belichaamd werd. Thans vind ik de zaak, toen ter zijde geschoven, en in dezelfde samenkoppeling als toen, in de laatste herziene editie van het „Program van Beginselen der Antirevolutionaire Partij” in art. XV vastgelegd. Het artikel luidt: „Tegen de drankzonde en het op publiek terrein misbruiken van Gods Naam is niet minder waakzaamheid van de zijde der Overheid geboden.” Moge het geen 30 jaren meer duren al eer we in dien weg verder gaan. Het is om *doorwerking* van ons Christelijk beginsel in onze Staatkunde, ook in de besproken lijn, dat ik thans pleit. Al gaan pogingen om de doorwerking van dit beginsel te be-

---

\*) Hoewel er voor de redactie geen aanleiding bestaat om critiek te oefenen op den inhoud van deze belangrijke bijdrage, meent zij toch er nog eens de aandacht op te moeten vestigen, dat ons Orgaan strekt *ter bevordering van de studie* der a.r. beginselen. Het plaatsen van een bijdrage beteekent derhalve niet dat de redactie in alles met den inhoud instemt.

vorderen ook thans met groote moeilijkheden gepaard, — ik twijfel ook nu niet aan de uiteindelijke overwinning. Daarvoor geloof ik tezeer aan de kracht van het Christelijk beginsel ook op Staatkundig gebied en aan de noodzakelijkheid voor de vooropstelling van dat beginsel *juist in dezen tijd*.

En zonder de bedoeling te hebben om met een handomdraaien moeilijke kwesties te willen oplossen, noch veel minder om ongemotiveerde critiek te willen uitspreken — begeer ik toch een stoot te mogen geven tot *denken over, bespreken van* en *zoeken naar* wegen waarin ook practisch, de doorwerking van het Christelijk beginsel tot stuiting van de geestelijke en zedelijke ontaarding onder ons volk, kan voortgaan.

Ik ga spreken over: De geestelijke en zedelijke ontaarding onder ons volk; den strijd daartegen; den Christelijken Staat; wat we in dezen tijd van hem mogen verwachten.

### I. *De geestelijke en zedelijke ontaarding onder ons volk.*

Ieder, en bijzonder hij die met het leven van andere volken min of meer bekend is, zal met dankbaarheid instemmen met hetgeen eenigen tijd geleden door den heer MARCHANT, minister van Onderwijs, in zijn radiorede tot het Nederlandsche volk gezegd werd. Ik bedoel met deze zinnen: „Wanneer men het Nederlandsche volk voorstelt als een bedorven, baatzuchtige bende, doet men een verderfelijk werk. Dit volk, met al zijn gebreken, staat moreel, intellectueel, in gerechtigheid en in vrijheid onder de volken der wereld in de eerste rij. Voor een goed deel heeft het dit aan ons onderwijs te danken. Wij hebben een onkreukbare rechterlijke macht. Wij kennen geen buitengewone rechtsmachten, geen parate executies, geen geregelde mishandelingen en levensberoovingen door onverantwoordelijke en onbeheerschte organisaties, geen vrijheidsberooving buiten de wet. Ieder die regeeringsfuncties uitoefent wordt gecontroleerd, op zijn vingers gekeken en in het publiek besproken. In Nederland hebben wij een in overgrootte meerderheid onkreukbare pers. Er is verantwoordelijkheid en verantwoording van het begin tot het einde. Een gelijkgeschakelde eenheidspers van een niet verantwoordelijke regeering kennen wij niet”. Spreker wees voorts op de in ons land bestaande „vrijheid van openbare geloofsbelijdenis, van opvoeding en onderwijs”.<sup>1)</sup> De minister had nog meer kunnen noemen. Hij had kunnen spreken van bewaard te zijn voor georgani-

seerd bandietisme, afpersingen, corrupte vakvereenigingen en haar verregaanden politieken invloed, „graft” en financieele schandalen waarbij de Overheid of Overheidspersonen betrokken zijn, bedorven politiek, terreur bij de stembus; stelen van bussen met stembriefjes of vervangen van deze bussen door andere, gevuld met namen van de tegencandidaten; „kidnapping”, „lobbying”<sup>2)</sup> enz.; alle zaken bij ons zoo goed als onbekend.

Aan den Hollandschen naam is in de groote wereld buiten ons land nog altijd verbonden de gedachte van eerlijkheid, trouw, ijver, spaarzaamheid, eenvoud, huiselijkheid, degelijkheid, godsdienstigheid.

En als de heer MARCHANT met nadruk dit alles mede wijt aan den invloed van het *onderwijs* had hij daar bij kunnen zeggen dat dit onderwijs bij ons, het bijzonder zoowel als het openbaar, naar de L. O.-wet nog altijd moet opleiden tot „*Christelijke* en maatschappelijke deugden”.

Al zouden bij de uitlegging van het woord „Christelijke” de gedachten van veler harten openbaar worden, toch is het *Christendom*, hetzij nog in rechtstreeksche werking of in nawerking — de grondslag, de pit en het merg van ons nationale leven. We hebben aan den godsdienst niet alleen de vrijheid, ja het ontstaan zelf onzer natie te danken, maar hij bleef tot nu toe ook nog de kracht der natie.

Maar hoe dan ook als na een herleving van den godsdienst in de natie in de voorgaande eeuw, juist nu in de latere jaren velerlei booze machten met ontzettende woede gaan knagen aan dien wortel van ons nationale leven?

Als sinistere machten stroomen van godslasterlijke litteratuur in het midden der natie uitgieten? De openbare school waar nog bijna de helft van de kinderen der natie onderwezen wordt, al meer een kweekplaats van atheïsme wordt?

Zeker, het is ook van den kant van het met het Christendom kwalijk te vereenigen Staatsabsolutisme, dat het godsdienstig leven in onzen tijd gedrukt wordt. Maar ik bedoel hier vooral de tegenovergestelde machten, die er zich *opzettelijk* op toelekken den godsdienst, *allen* godsdienst aan te tasten, op alle manier en *systematisch*. Die de grondslagen van gezin en huwelijk wegnemen, zoowel als die van Staat en Maatschappij, en den mensch tot het dierlijke leven verlagen. Zijn er niet zulke geesten losgebroken over heel de wereld? Hebben zij ten onzent geen invloed? Het kwaad is niet meer incidenteel, neen, het

is veelvuldig, onze tijd maakt niet alleen een economische maar ook een *geestelijke* en *zedelijke* crisis door. En dat onder jong en oud.

Er is bij herhaling gewezen op wat gruwelijke godslasteringen door bladen als *De Vrijdenker* of *De Tribune*, en anderen uit dien hoek, met kwistige hand onder het volk verspreid worden. En dat laatste geschiedt ook nog in den laatsten tijd. Men zie een artikel in „In de menschen een welbehagen” in *De Vrijdenker* van 13 Januari 1934, of dat over „de goedertierenheden Gods” (*De Vrijdenker* van 20 Januari 1934) geschreven naar aanleiding van den spoorwegramp in Frankrijk op Kerstfeest. Een artikel, waarin op de meest lage en spottende wijze God en Zijn goedertierenheid aangetast worden. Of dat getiteld: „De H. Augustinus heeft het Woord” (*De Vrijdenker* 4 November 1933) waarin God, de H. Schrift, de opstanding en andere heilsfeiten op de ergste wijze bespot en verguisd worden. Zoo zouden er *tal van voorbeelden* te noemen zijn. De door mij genoemde zijn uit enkele exemplaren uit de eerste maanden van het jaar, toen de hoofdzak van dit artikel geschreven werd. Het schijnt niet algemeen bekend te zijn, dat *De Vrijdenker* een aparte rubriek heeft waarin deze smaad en spot zoo goed als week aan week voorkomt. Het is een *openbare* en *systematische* strijd geworden tegen God en gezag. Zie uit het begin van dit jaar „Links richten” (No. 3) of „De Burgerwacht” van Febr. 1834 en tallooze „Manifesten”. „Je vrij te denken van het geloof” is, zoo schrijft het blad *De Vrijdenker* in groote letters, is „het doel van dit blad”. Daartoe wordt het uitgegeven en verspreid.

Voeg daarbij wat in z.g. „besloten vergaderingen” geschiedt, hoe daar in spot Moskou geëvenaard zoo niet overtroffen wordt.<sup>3)</sup> Sluit uw oogen er niet voor hoe in deze bladen het „*kameraadschappelijk huwelijk*” aangeprezen wordt (*De Vrijdenker*, 11 November 1933), hoe de Christelijke zedeleer in den wortel aangetast wordt. „Het breken met de letter van de kerkelijke, Oud-Testamentische en Paulinische leerstellingen is de conditio sine qua non voor het verbeterd huwelijk (t. a. p.)”. Lees een artikel in dat blad getiteld „De immoraliteit van een Evangelische moraal” (*De Vrijdenker*, 4 November 1933) en ge zult zien hoe fel men staat tegenover de *Christelijke zede*, zoo niet tegen *alle* tot dusver geldende zede. Dan let er daarbij op hoe zelfs de invloedrijke z.g. neutrale bladen gedurig groote advertenties tot aanprijzing van het Neo-Malthusianisme bevatten, met de adressen erbij waar raad en hulp voor die het maar begeeren te verkrijgen is.

Ons Christenvolk is er zich ten eenenmale onbewust van van wat in massa in intensen spot door van buiten geïmporteerde en binnenslands uitgebroede goddeloosheid — en dat voor een groot deel met Staats-hulp door den postdienst! — onder het Nederlandsche volk uitgegoten wordt. En evenmin van wat er op zedelijk gebied gepropageerd wordt.

Lees eens wat, ook van Roomsche zijde, geschreven wordt over de *zedelijke* ontaarding onder ons volk (*Opr. Haarlemmer Courant*, 30 Mei 1934).

En dan komen hierbij nog de openbare scholen. Volgens „*Nationaal Herstel*” (Januari 1934) zijn er ongeveer 200 Bolsjewisten onderwijzers op die scholen. De gevallen door genoemd blad meegedeeld van propaganda, hetzij door bepaalde woorden of door het *voorbeeld* der onderwijzers, *vóór* het *Bolsjewisme* en *tègen het Christendom* doen genoegzaam zien in welken geest een groot deel van de kinderen onzer natie opgevoed wordt, (zie *Nationaal Herstel*, 3 November 1933, *Histories*, 17 November 1933, „Roode Openbare Gymnasia”, 1 December 1933, „Roode Camouflage”) ook al geef ik gaarne toe, dat *niet alle* openbare scholen van dien geest doortrokken zijn.

Zeker ik weet, dat tegen dit alles wel ten deele opgetreden wordt. Ik erken niet met blijdschap. Ik denk aan de wet DONNER, aan de Zondags-wetgeving, aan menige plaatselijke politie-maatregel of verordening, ik denk aan veel en velerlei van dit verband — maar ik zie ook, dat dit alles *verre van voldoende* is om den stroom behoorlijk te keeren. Ik zie dat *doorbraak* dreigt. Dat we èn om *eigen* kring vrij te houden èn om de alles verwoestende vaart van dezen stroom van afval en goddeloosheid onder *ons volk* te stuiten, *meer noodig* hebben. Dat veel krachtiger actie en meer algemeene actie hiertegen door ons Christenen gevoerd moet worden. Wat ik dan wil? Dit brengt mij tot mijn tweede punt.

## II. *De strijd tegen de geestelijke en zedelijke ontaarding.*

Hierbij stel ik met nadruk op den voorgrond, dat ik *allerminst* heil verwacht *alleen* van een van boven af opleggen van overheidsmaatregelen. „Wat baten goede wetten bij bedorven zeden?” is terecht de meening van een eeuwenoud spreekwoord. Neen, ik wil allereerst zeer zeker *van beneden af* en *van binnen uit* tegen deze goddeloosheid strijden.



Ik wijs allereerst op *persoonlijk getuigenis* met woord en daad, met belijdenis en leven. Wij als Christenen hebben wel zeer zeker ons zelve te *beproeven* of er bij ons een schadelijke weg zij. Wij hebben de hand in den boezem te steken, of er ook bij ons is wereldgelijkvormigheid, lautheid in het geloof, slapheid in het leven. Of wij in handel en wandel genoegzaam lichtende lichten zijn temidden van ons geslacht. Niets minder dan dat. Dat is het *eerste* wat noodig is om den stroom tegen te staan. En zoo wij hierin niet geheel vrij uitgaan — en wie zal het durven zeggen? — dan zij er verootmoediging en bekeering.

Ook hebben we verder als *kerken* hier een roeping. Gaat er ook van de kerken een krachtige actie tegen den stroom uit? Een getuigenis van een prediking die ons volk roept tot bekeering en roept tot heiligmaking? Ook in eigen kring roepende tot bekeering en heiligmaking? Is de algemeene klacht over doodscheid en intellectualisme geheel ongegrond?

Onderzoeken we het — predikanten en gemeenteleden wat hiervan waar is — en waar hier de oorzaak ligt. Al hebben we nog veel reden tot dankbaarheid — is er geen reden voor zulk een onderzoek?

En zijn we als kerken ook *alle* mobiel in krachtigen *evangelisatie-  
arbeid*, om van vloekers bidders en van spotters eerbiedige lovers van God door des Heeren genade te maken?

Ik noem nog een middel tot bestrijding van het kwaad dat ik bedoel. Dit: het gemeenschappelijk *getuigenis* dat van *de Christenen* in ons land in vergaderingen saamgekomen, om opzettelijk tegen dit kwaad te getuigen, kan en moet uitgaan. Wat kan er van vergaderingen in de groote steden van ons land — *ja, door heel het land* — waarin duizenden saamkomen om tegen dit voortwoekerend kwaad te getuigen een *kracht* uitgaan! Tot afbreuk van het rijk van Satan, tot vreeze van degenen die kwaad doen, tot opscherping van elkander in den strijd. Licht daar ook voor de regeering niet een steun in om op den ingeslagen weg voort te gaan, ziende den geest des volks? Ik kan niet begrijpen waarom men tegen het houden van zulke vergaderingen de wenkbrouwen moet fronsen!

Een blad schreef dezer dagen: „Een regeering zonder toezicht van de openbare meening is als een auto zonder behoorlijke remmen.” (N. Rott. Crt. 6 Maart Avondblad). Men zou daaraan toe kunnen voegen: Een regeering zonder steun van de openbare meening is als

een auto zonder benzine. Van binnen uit moet het komen. In een Christelijke natie moet het allereerst komen *vanuit de geestelijke actie van het Christenvolk zelf*. Niet alleen en niet allereerst van boven af.

Toen we in de oppositie waren als Christelijke politieke partijen sprak Dr. KUYPER niet zelden van „een kloppen op de conscientie der overheid” en van „de noodzakelijkheid dat de Christelijke volks-overtuiging zich uitte”. Dat geldt nog.

Maar daarom dan ook is het onze roeping ons Christenvolk de oogen te openen voor wat aanslagen daar tegen het nationale leven op geestelijk en zedelijk terrein gesmeed worden. Meer nog, er hen op te wijzen hoe hun God en Zaligmaker en al wat hun heilig en dierbaar is op het gruwelijkst onteerd en gesmaad wordt, en de stroom van atheïsme en antigodsdienstigheid steeds hooger zwelt, een stroom die ons en onze kinderen dreigt te verzweigen. Maar daartoe behooren organisaties als de Bond tegen de geestelijke en zedelijke ontaarding onder ons volk — die dat in de eerste plaats beoogt — *niet tegen-gewerkt*, maar *gesteund* te worden. De oogen open voor het kwaad, dat is het eerste. Maar dan ook actie tegen het kwaad. Actie van personen, gezinnen, kerken, vereenigingen, en ook van den *Staat*.

Ook de kiesvereenigingen en de politieke partijen vinden hier een taak. Om een actie die onder het volk wakker wordt en met concrete doeleinden in dezen strijd tegen de geestelijke en zedelijke ontaarding komt te steunen, door die concrete bezwaren of verlangens in bepaalde voorstellen om te zetten en ze langs wettigen weg voldoening te geven. Zóó en zoo alleen, komen we verder. Maar dan moet het ook duidelijk zijn, dat de Christelijke *Staat* hier *ook* een taak heeft. En dat is het wat ik in deze regels tracht te doen.

*De Christelijke Staat en wat we van hem in den strijd tegen de geestelijke en zedelijke ontaarding van het volk mogen verwachten.*

Dit is het onderwerp dat we nu nader gaan bezien.

### III. *De Christelijke Staat.*

Ik weet, dat ik mij met dit onderwerp op een zeer moeilijk terrein begeef. De meest eminente Christelijke staatslieden staan bij de behandeling van dit onderwerp vaak lijnrecht tegenover elkander. Al gaan deze allen uit van de erkenning van Gods souvereiniteit op het terrein van het staatkundig leven — zoodra het toekomt aan de praktische toepassingen en conclusies loopen de gevoelens hopeloos uiteen.

Daarbij staan zij, gelijk vanzelf spreekt, in de verschillende landen onder invloed van de bijzondere omstandigheden in die landen of van de historische lijnen in die landen getrokken. Maar ook die in eigen land verschillen aanmerkelijk. Ook behoort men, ook bij de meest eminente leiders, de verschillende perioden in het oog te houden door den schrijver in zijn staatkundige beschouwingen doorgemaakt. Eindelijk komen ook de meest vooraanstaande hier en daar niet alleen met de gedachten van andere toonaangevende Christelijke staatslieden in tegenpraak, maar, wat de zaak moeilijker maakt, soms, zoo het schijnt, ook met zich zelve. Een klaar en belijnd beeld is daarom uiterst moeilijk te teekenen. De hoofdlijnen volgende meen ik toch de navolgende teekening in enkele groote trekken te mogen geven. Ik ga daarbij uit van wat ik vind in Dr. KUYPER'S „Ons Program” (4e druk), in zijn „Antirevolutionaire Staatskunde” (dl I); vooral echter van zijn beschouwingen in „De Gemeene Gratie” (dl III). Voorts van FABIUS „De Christelijke Staat” met de vele aanhalingen van GROEN VAN PRINSTERER en STAHL daarin, alsook van zijn „Voortvaren”. Eindelijk ook van DE WILDE: „De Antirev. Partij en haar Program van Beginselen”. Voorts van eenige artikelen in dit tijdschrift gegeven en van enkele nader te noemen werken van en over GROEN VAN PRINSTERER. Dr. COLIJN'S „Toelichting op het A. R. Beginselprogram” (Saevis tranquillus in undis) verscheen toen dit artikel in hoofdzaak reeds geschreven was, ik kende het echter uit de artikelen in De Standaard, en heb het werk hier en daar nog ter sprake kunnen brengen. Ook werd Dr J. TH. DE VISSER'S „Kerk en Staat” niet vergeten. Dat CALVIJN en Geref. dogmatische werken geraadpleegd werden, behoeft nauwelijks gezegd te worden. Voor speciale onderdeelen hebben mij de besprekingen in de Staten-Generaal tegen het misbruik van de vrijheid van drukpers („Wet tot nadere voorzieningen ter bescherming van de openbare orde”) en de wet tegen de Godslastering ruime diensten bewezen.

Ik zoek dus eenige lijnen in genoemde geschriften gegeven vast te houden, naar die lijnen allereerst het beeld van den Christelijken Staat en zijn taak in den strijd tegen de geestelijke en zedelijke ontaarding te teekenen en eindelijk de zaak practisch onder de oogen te zien d. i. wat wij ook thans nog voor ons onderwerp aan den Christelijken Staat kunnen en mogen verwachten.

*De Staat.* Een *staat* is een volk onder een herkenbare Overheid in

een bepaald land gevestigd. Dus een onder een Overheid georganiseerd volk. Of een volk met een Overheid. In de beteekenis waarin wij het hier behoeven staat nu eens het begrip van het georganiseerde *volk* (De Nederl. Staat) dan weer dat van de *organisatie* van het volk op den voorgrond. (De *Staat* keert uit enz.). Beide begrippen merken we dan ook in de bovengenoemde geschriften op. Nu eens is de Staat „het geordende volk onder de Overheid” dan weer het „het politieke verband” voor de saamleving van dat volk. „Een chirurgisch verband” als KUYPER het noemt, dat er is om der zonde wil. Een gave der algemeene genade.

De Staat als georganiseerd volk genomen is een organisme en heeft tot doel de verheerlijking Gods. Zoo belijden we als Antirevolutionaire Christenen.

*De Christelijke Staat.* Hoewel wortelende in de algemeene genade heeft de Staat in een *Christelijke natie* zich voor zijn terrein te laten beïnvloeden en te laten leiden door de beginselen der geopenbaarde Waarheid, d. i. door de Christelijke beginselen. Hij heeft naar deze beginselen te besturen en het staatkundig leven in te richten. In de geopenbaarde waarheid vindt hij de „ordinantiën Gods” waarnaar hij het staatsbeleid heeft te richten. Met het Woord Gods en zijn eischen heeft hij rekening te houden voor zijn terrein. Dies in te gaan tegen wat de Christelijke grondslagen van het volksleven ondermijnt, die christelijke grondslagen te beschermen, en daarop voort te bouwen. Een Staat mag Christelijk genoemd worden ook als de Christelijke beginselen nog maar ten deele hebben doorgewerkt of bij enkel de meerderheid ingang hebben gevonden. *Onze Staat* is een *Christelijke Staat*.

Wij zijn een Christelijk volk. Onze natie heeft aan het Christendom haar wording te danken. Het Christendom sprak zich dan ook uit in de beste oogenblikken van ons nationale leven. 4) De Overheid erkent te regeeren bij de gratie Gods en te zijn *Gods dienaar*. Zij moet derhalve in het staatkundig leven *de rechten Gods* handhaven. In *Christelijk-historischen zin*. 5)

Zoover practisch mogelijk is. En te verkrijgen is. Natuurlijk moet zij dit doen met wijs beleid. Maar de absolute geldigheid en eisch van Gods gebod is daarmede voor haar nimmer opgeheven. Het is haar roeping steeds bezig zijn om meer en meer de geboden Gods toe te passen en de rechten Gods te handhaven te midden van het volk waar-

over ze gesteld is. Vanzelf zijn de beginselen door de algemeene genade bewaard, daarmede niet uitgesloten, maar deze maken één Staat niet tot een *Christelijken Staat*. Dat doet alleen het buigen van de Overheid voor Gods geopenbaarde Waarheid. En de aanvaarding van die Waarheid ook voor het staatkundig leven door het grootste deel des volks of door dat volk in de beste oogenblikken van zijn bestaan.

STAHL geeft het ideaal aan in deze woorden: „De Christelijke Staat is, zegt hij, „dat de Overheid zich gebonden weet aan Gods geboden en ordeningen, en diezelfde gebondenheid gewaarborgd is aan den kant der onderdanen (FABIUS, de Christelijke Staat, pag. 38). Nog duidelijker THIERS: „Het streven naar de verwerkelijking van den Christelijken Staat wordt gevonden in het doen overeenstemmen van de wetten des lands, de openbare instellingen, de handelingen der Overheid en het volksleven met de geboden van Christus”. Dat ook KUYPER niet anders leert zal straks aangetoond worden. Alleen versta men onder de geboden van Christus, gelijk vanzelf spreekt, die van heel de Schrift. FABIUS vat de conclusie saam van wat STAHL, GROEN, THIERS e. a. leeren in deze woorden: „Beteekent Christelijk gezinsleven de opvatting van de gezinsverhoudingen, zooals die onder invloed van het Christendom zijn geworden en vindt die verklaring algemeene instemming, zoo is dienovereenkomstig de Christelijke Staat kortweg te heeten de Staat, op welks aard, op welks inrichting de Christelijke levensbeschouwing wezenlijk heeft ingewerkt. Niets meer, niets minder. (FABIUS a. w. p. pag. 38).

Een Staat is dus Christelijk als de beginselen van het Christendom, d. i. de beginselen van de Heilige Schrift en bijzonder van het Evangelie, werkelijk invloed op zijn aard en inrichting hebben gehad. Al is 't dus ook maar ten deele. Want de volmaaktheid wordt ook hier in nimmer bereikt. De Staat is Christelijk om het *meer en meer* te worden. Zich door de Christelijke beginselen in wetten, instellingen en verhoudingen *meer en meer* te laten beïnvloeden. De Overheid die aan het hoofd van den Staat geplaatst is heeft de natie in dezen weg te leiden, de Chr. grondslagen van het staatsleven *meer en meer te beschermen*, Gods opperhoogheid en rechten in dien Staat *meer en meer tot erkenning te doen komen*, de beginselen van het Christendom *meer en meer in het staatkundig leven te laten doorwerken*. Niet zoozeer het getal Christelijke individuen, maar vooral de levensrichting beslist. (COLIJN, Toelichting, p. 107).

Met deze hoofdlijnen voor onze aandacht te houden wordt reeds aanstonds heel wat afgesneden.

Hiermede wordt voorkomen, dat men het karakter van den Christelijken Staat gaan zoeken in het Christelijk geloof der *personen*, welke het gezag dragen. Dit persoonlijk geloof maakt het instituut nog niet Christelijk. Evenmin het staatsbeleid. Denk aan VAN DER BRUGGHEN.

We zullen een vaster punt moeten hebben dan de „conscientie der Overheid” of der Overheidspersonen, hoe gewenscht de wakkerheid daarvan ook moge zijn.

En er wordt verder ook afgesneden, dat men den Christelijken Staat zou gaan identificeeren met de Theocratie of aan een bepaalde kerk zou gaan verbinden. Ieder heeft zijn eigen terrein. Ook wordt hiermede voorkomen, dat we het eigenlijke Christelijke karakter van den Christelijken Staat gaan zoeken in „*franje*” (FABIUS) of in *uithangborden* (GROEN), d. w. z. in enkele formules als het randschrift op de munt, de betuiging in de troonrede, of in het antwoord op de troonrede. Al verachten we den dag der kleine dingen niet toch is het als GROEN zegt: „Het is niet te doen om uiterlijkheden, om fraaie woorden en betuigingen, een uithangbord. Wij verlangen *meer*” (Fabius t. a. p.).

Onze conclusie is dus deze. Gelijk het gezin opkomt uit de gemeene gratie, maar toch het gezin zich als *Christelijk* gezin heeft te laten beïnvloeden door de Christelijke beginselen en die in zijn midden te beschermen, en te laten *doorwerken*, zóó staat het met den *Christelijken Staat*. Opkomende uit de Schepping, bewaard door de algemeene genade, heeft hij zich door de Christelijke beginselen te laten beïnvloeden en die te laten doorwerken. Natuurlijk houd ik bij deze vergelijking voor oogen, dat de *uitoefening* van het overheids-gezag anders is dan die van den vader van een gezin. Het overheidsgezag is beperkt en heeft andere kringen en hun souvereiniteit te respecteren. Het gezin kwam voort uit den vader, hij zorgt voor het gezin, het is tot op zekere hoogte *geheel* aan hem onderworpen. En zoo meer. Maar het punt van vergelijking is hier: beide ontstaan uit het natuurlijke leven en laten zich beïnvloeden door de Christelijke beginselen. En beide hebben die dan ook in hun midden te *verdedigen* en te *beschermen*. Over dit beschermen straks. Sta nu vast dat de Christelijke Staat Gods Woord zoo ver doenlijk heeft te volgen. Zoo zegt dan ook GROEN VAN PRINSTERER: De Christelijke Staat is onderwerping van de Overheid aan de geopenbaarde geboden Gods. Zij heeft zich te ge-

dragen naar den geopenbaarden wil van God. Overheid en wetgeving zijn onderworpen aan Gods geopenbaarden wil (Ter nagedachtenis van STAHL p. 50. Hetzelfde in zijn: „Le parti Anti-revolutionnaire et confessionnel” p. 71).

Ook CALVIJN had reeds geleerd dat de Overheid voor haar handelingen gebonden is aan de *beide* tafels der wet. Zoowel de H. Schrift als de natuur (heidensche schrijvers) leeren dit duidelijk, zegt hij (Institutie IV : 20, 9). Natuurlijk verstaan we dit niet in dien zin alsof de Overheid alle zonden tegen die beide tafels straffen moest, maar zoover als *haar terrein* aangaat. Ook verstaan we dit niet in O. T. zin, maar de wet opgevat in Christelijken zin, en als ook nu nog voor het staatkundig leven geldende, gelijk de Chr. kerk en het Chr. volksdeel dit naar de gewijzigde omstandigheden na de Fransche Revolutie verstaan hebben. Daar zijn lijnen die, uit de H. Schrift genomen, via CALVIJN, GROEN c.s., KUYPER naar onzen tijd doorloopen. En naar omstandigheid is dit ook in andere Christenlanden evenzeer. Daar is ook in onzen tijd nog iets dat we noemen: *de Christelijke Staat*.

De Staat waarin de Overheid buigt voor Gods Woord en waarin zij de Christelijke beginselen in het volksleven tot doorwerking zoekt te brengen.

Het is hier de plaats voor een kort intermezzo.

Om misverstand te voorkomen moet ik er nog in het bijzonder op wijzen, dat ook KUYPER met name in zijn eindbeschouwingen over den Christelijken Staat in de boven aangegeven lijn gaat. Al zou men soms volgens uitlatingen uit zijn eerste periode anders oordeelen.<sup>4)</sup> Daar zijn verschillende perioden in KUYPER'S voorstellingen van en verhandelingen over den *Christelijken* Staat. Ter gelegener tijd hoop ik dit aan te wijzen. Hij zelf zegt ook, dat hij in het begin van zijn optreden niet ten volle zijn Calvinistische beschouwingen over den Christelijken Staat naar voren kon brengen. Eerst van lieverlee.<sup>5)</sup> Gelijk te begrijpen is. Hij stond immers tegenover een tijd die hem als „clericaal” schold en hem verdacht toestanden uit vorige eeuwen weer in het leven te willen roepen, ja, op niets minder dan op geloofsvervolgving aan te sturen. Vandaar zijn aanvankelijk grooten nadruk leggen op de twee afzonderlijke sferen van Kerk en Staat, maar ook zijn vooropstellen, soms bijkans *eenzijdig* vooropstellen, van de natuurlijke godskennis als leidraad voor de Overheid, en op zedelijk terrein die der ingeschapen zedewet.<sup>6)</sup> Dat men hem echter onrecht

doet met die lijn uit zijn eerste periode, die trouwens ook daar nog niet de eenige lijn is <sup>7)</sup>, voorop te stellen, ga ik zoo aanstonds aantoonen. Hier alleen dat men noch met dat standpunt noch met wat hij als conclusies *destijds* tegenover zijn tijd daaruit afleidde, thans nadat hij zelf zijn standpunt later nader uiteengezet heeft, mag aan komen dragen. Natuurlijk, want als men eenzijdig alleen die lijn zou willen vasthouden zou men uitkomen bij een Staat met een algemeene natuurlijke godskennis, een algemeene zedewet enz., maar niet bij een *Christelijken Staat* en een *Christelijke zedewet* voor den Staat. Zulk een Staat met zulk een algemeene natuurlijke godskennis als leidraad zou zich weinig aan het Christendom en de Christelijke zede gelegen laten liggen. En dien kant gaat KUYPER *ten principale niet op*. Later heeft hij alle misverstand daaromtrent met kracht afgesneden.

Dat ook hij *niet alleen* de natuurlijke godskennis en natuurlijke zedewet, maar wel degelijk ook de H. Schrift als de alomvattende autoriteit voor den Christelijken Staat aanneemt, blijkt uit zijn latere werken wel zonneklaar. Leest wat hij dertig jaren na „Ons Program” in zijn werk over de „Gemeene Gratie” aangaande den *Christelijken Staat* schrijft. Hoor eens hoe sterk hij verwerpt de gedachte alsof *alleen* de natuurlijke Godskennis de leidster voor de Overheid zou moeten zijn! „Met beslistheid moet elke voorstelling worden bestreden, alsof de openbaring Gods haar eisch slechts op een beperkt terrein zou doen gelden; en nooit is voorzeker aan schrijver dezes grooter onrecht aangedaan, dan toen men hem de meening toedichtte en nahield, als zou hij beweerd hebben, dat de Openbaring van het Woord alleen voor de geloovigen gold, zoodat op staatkundig terrein alleen te rekenen viel met de *natuurlijke* Godskennis.” (Gemeene Gratie III p. 133).

Hij zegt dan ook verder, dat onder een *Christelijken Staat* of Christelijke Overheid verstaan moet worden die Staat of die Overheid „gelijk ze volgens den klaarlijk geopenbaarden wil van God zijn moet.” KUYPER onderstreept deze definitie. Hij verklaart ze vervolgens en deelt mede, dat ze bedoelt te zeggen, dat de Staat „niet meer uitsluitend naar het licht der gemeene Gratie, maar (alsnu) ook naar het klaarder licht van Gods Woord (is) in te richten”. Daarmee is zulk een Staat „in zijn wezen reeds Christelijk geworden, ook al zal de volle ontplooiing van het nieuwe ingeënte beginsel nog eeuwen toeven”. „Het karakter van den stam is Christelijk geworden (p. 150)”, ook al ontbreekt er



aan de doorwerking van het beginsel nog veel. En verder „uit de Heilige Schrift (moet) die klaarder en vollediger kennis omtrent de ordinantiën Gods voor het Staatsleven geput” (p. 156). Deze kennis heeft de Overheid zelve uit de Schrift op te diepen. En wederom: „Elke wetenschap moet uit de *beginselen* worden opgebouwd, en het aanvaarden van de Heilige Schrift als hoogste gezag is een zoo diep ingrijpend beginsel, dat het geheel den bouw van het Staatsrecht beheerscht, waaruit volgt, dat hij, die aan dit gezag der Schrift geen andere uitwerking toekent, dan om den tint van den gevel anders aan te brengen, feitelijk de autoriteit der Schrift op zij zet en miskent. Er is hier een eigen, zelfstandig onderzoek noodig, dat *alle* vakken van wetenschap, die op de Staatskunde betrekking hebben, omvat” (p. 163). Daarin ligt dus, ook bij KUYPER, de gedachte uitgesproken dat de Christelijke beginselen *heel het staatkundig leven moeten doortrekken*, en maar niet den gevel moeten versieren. Daarom spreekt hij daarna ook van de „Christelijke norma voor onze zedelijke en sociale verhoudingen”. Daarin ligt ook opgesloten, dat deze beginselen en deze norma uit de *geopenbaarde Waarheid* genomen moeten worden.

Wat de Christelijke Overheid nu uit de Schrift te weten komt is niet alleen, dat de Overheid regeert bij de gratie Gods, (dat vanzelf ook), maar dit geldt ook den godsdienst („godsdienstige overtuigingen”) en ook de zedelijkheid (p. 177). De Overheid moet kiezen bij de regeling van het huwelijk, bij de bepaling van wat op zedelijk terrein goed en kwaad is, (p. 179—181). Zoo concludeer ik daaruit ook dat de Overheid en den Chr. Staat, ook naar KUYPER’S gedachte, *niet neutraal* ten opzichte van den godsdienst mag staan. Evenzeer als ze op zedelijk gebied „handelen moet en moet weten wat ze dulden en wat ze verbieden moet”, wat „eerbaar en wat eerloos is” — zoo — ik trek weer de conclusie — moet ze weten wat ze ten opzichte van den godsdienst dulden en wat ze verbieden moet, wat ze verdragen is als godsdienstige overtuiging, en wat als aanranden van den godsdienst niet te dulden is. Het eerste heeft ze te beschermen, het tweede te verbieden. Evenzeer als ze op zedelijk gebied „kleur bekennen moet” (p. 181) zoo op het terrein van den godsdienst. Gelijk ook CALVIJN (t. a. p.) en GROEN (t. a. p.) geleerd hadden. Zij spreken van een *bescherming* van den Chr. godsdienst. Natuurlijk op haar terrein. Dat wil natuurlijk niet zeggen, dat ze tusschen de Christelijke Belijdenissen zou moeten kiezen, maar alleen dat ze ten op-

zichte van den godsdienst als zoodanig, of het Christendom als zoodanig zich niet mag houden als gingen deze haar niet aan. De Christelijke Staat mag zulk een houding geenszins aannemen. Dat zou *ontrouw* aan eigen karakter zijn. Daarom dan ook zegt KUYPER: „Zonder het te willen of te bedoelen, kiest (diensvolgens) de Overheid gedurig ook voor een geloofsbeginself partij” (p. 186). Natuurlijk, want geloof en zede zijn niet te scheiden.

Christelijke zede kan niet losgedacht van Christelijk geloof. En wederom terecht laat hij erop volgen, bij machte of niet bij machte het in wet over te brengen „nooit mag worden toegegeven dat eenige overheid, uit wat oorzaak ook, van die alles beheerschende verplichting (om n.l. als dienaar van Gods den regel voor haar gedragingen bij God te zoeken) ontslagen zou zijn”.

Gaan we thans na dit intermezzo verder.

Nu komt de andere kwestie wat *kan* in Christelijke wetgeving worden uitgewerkt. KUYPER antwoordt „dat er dank zij principieel onderzoek en historisch verloop, in een land zich zekere publieke opinie omtrent de zaken van Staat en de verplichtingen van de Overheid vormt” (p. 193). „De belijders des Heeren” en „vooral de mannen van wetenschap onder hen (moeten) de beginselen van dat Woord in hun toepassing op de zaken van Staat aantoonen” (p. 193). Zoo wordt het een publieke opinie, die in wetten en voorschriften haar uitdrukking vindt en regel en richtsnoer voor de gedragingen der Overheid wordt (p. 193). Dus ook: van binnen uit, uit 't volksbesef, hier: *uit het Christelijk volksbesef*. Dat moet meer en meer *wakker* gemaakt. En de Chr. wetenschap moet meer en meer den wille Gods uit zijn Woord onderzoeken, en de toepassing daarvan op het nationale leven uitdragen (a. w. p. 196). Zoo zal het Christelijk element weer als een macht in de wetgeving en in de usantiën des volks indringen (p. 197).

En kostelijk is de conclusie „Feitelijk blijft dus de gemeente des Heeren de toekomst ook van land en volk in haar hand houden. Gaat ze terzijde en laat ze de landszaak loopen, dan is de ontkerstening van het volk niet tegen te houden. Blijft ze getuigen, ook in de zake des vaderlands, dan wint door *haar* volharding het Christelijk element ten slotte weer veld” (p. 197).

Dit zijn woorden ons uit het harte gegrepen. Dat is het ook wat ik begeer met actie tegen de uitstallingen van het gruwelijk met God en godsdienst spottend ongeloof onder ons Nederlandsche volk. Laat

de gemeente van Christus getuigen. Volhardend getuigen. Met kracht getuigen. Opdat er een Christelijke publieke opinie zij die tegen dit kwaad ingaat. En laat de „mannen van wetenschap”, en onze staatkundige leiders, dit getuigenis na onderzoek overnemen en in wetgeving overzetten.

Natuurlijk, niet *alles* kan, of kan in *elken tijd*, of bij *elk* volk, of zooals *wij* dat gaarne zouden wenschen. Er moet aansluiting zijn bij de geloofsbesefsen der natie. KUYPER legt daarop immers herhaaldelijk nadruk (Ons Program p. 148, 152 enz.). Dit geldt dan de meerderheid der natie. Anders zou er van geen sturen in Christelijke richting van het Staatsbeleid sprake zijn. *Nòg* is die meerderheid bij ons Christelijk. Maar dan mogen we ook niet dralen. Totdat misschien alle grond ons onder de voeten wegzinkt. En hoe moeilijk het ook is om te weten wat een natie op dit gebied dragen kan, — zeker mag die moeilijkheid niet dringen tot een *laisser faire, laisser passer*.

Nog een enkele opmerking bij deze paragraaph. GROEN VAN PRINSTERER'S ideaal was de *Protestantsch* Christelijke Staat. Al moest hij noodgedwongen, om erger te voorkomen, de pogingen om dit ideaal te verwerkelijken staken en den zoogenaamd neutralen Staat aanvaarden, opdat de Staat niet een instrument van ongodisterij zou worden. Toch bleef GROEN'S ideaal: de *Protestantsch* Christelijke Staat.<sup>9)</sup>

Voor ons komt dit ideaal nu eenigszins anders te staan. Door den weg waarin Gods voorzienig bestel de geschiedenis van ons land en die der Christelijke politiek geleid heeft, valt dat „Protestantsch” van ons ideaal af. En wordt het nu een *algemeen-Christelijke* Staat. Al zal toch de gang onzer Christelijke Staatskunde blijven gaan in den weg der Christelijk-historische ontwikkeling der natie. Ook de Roomschen zijn aan dien gang in ons land niet te ontkomen. Wie de Roomschen in andere landen kent, die weet dat de *Nederlandsche* Roomschen een geheel eigen type vertegenwoordigen. Anders dan de Engelsche, de Iersche, de Amerikaansche, de Spaansche, de Fransche Roomschen. Roept nu onze tijd niet tot beslist en krachtig *gezamenlijk* voortgaan in de richting van meerdere volmaking van het Christelijk karakter van onzen Staat? We zullen elkander vinden, als wij als Anti-revolutionairen meer *anti-revolutionair* worden, als Christelijk-historischen meer *Christelijk-historisch*, als Roomsche Catholieken meer *Catholiek*. Wat de laatsten betreft in den zin als de heer Mr. VAN LANSCHOT het onlangs in de Eerste Kamer uitsprak. „De Christelijke beginselen kun-

nen ons volk door deze donkere tijden heen leiden" (Verslag, De Standaard, 8 Febr. 1934). Inderdaad, die en *die alleen!* Verstaan we dan ook onze roeping wel, om hier niet te aarzelen of halverwege te blijven stilstaan, maar zoo *consequent* als het kan onze beginselen door te trekken, en zoo dapper als het kan voor de toepassing daarvan, ook op staatkundig terrein, te strijden. Daarin ligt ons behoud. Anders gaan we er onder!

#### IV. *Wat we van den Christelijken Staat verwachten.*

En nu wat wij van den Christelijken Staat mogen verwachten.

Inzonderheid in den strijd tegen de geestelijke en zedelijke ont-aarding van het volk.

En ook nog *thans* mogen verwachten. We zullen toch eenmaal — *zij het spoedig* — terug moeten keeren tot positieve *Christelijke* politiek.

Welnu, wat kan en mag dan ook nu nog voor ons onderwerp practisch verlangd worden?

We zijn een Christelijke natie.

We vormen een Christelijken Staat. Zeker nog lang niet in alle trekken is het Christelijke beginsel doorgewerkt, maar ook hierin hebben we meer tot de volmaaktheid te komen.

Beginselen moeten *werken, doorwerken*, anders zijn ze dood. Daar valt geen pacificatie mee te sluiten. En zeker niet met de *Christelijke* beginselen. Dat hebben we te doen voor het behoud der natie zelve. Niet alleen dat zonder godsdienstigen grondslag geen Staat en geen zede bestaan kan — maar wat onzen Staat en onzen tijd betreft geldt nog het woord van FABIUS „De Staat moet Christelijk zijn (ik zou er willen bijvoegen: meer en meer Christelijk worden v. L.) of ondergegaan in den klassenstrijd." Of naar het woord van GROEN VAN PRINSTERER „Ons volk moet terug tot zijn Bijbel en zijn historie". En weer voeg ik er bij „*meer en meer*". En met een kleine variatie neem ik GROEN'S woorden over: „Wil men onze nationaliteit handhaven, dan zal men het Christelijk karakter van ons volk dienen te handhaven en daarin en daarin alleen ligt de waarborg tegen annexatie van *welken aard ook* en van welke zijde ook" (Bij FABIUS, Voortvaren p. 266). Ons leven meer gechristianiseerd. Ieder in zijn eigen kring. Ook onzen Staat ieder in zijn eigen partij. Daar meer naar gestreefd. Om te zijn een meer *Christelijke* Staat. We zijn nog ver van de volmaaktheid.

En zeer zeker toont die Christelijke Staat zijn Christelijk karakter ook in waken voor de natuurlijke zaken. In handhaven van het gezag en van orde en hulp voor de natuurlijke levenskringen. Een Christenmoeder die heel den dag psalmen zong zou kwalijk haar Christelijke roeping als huismoeder verstaan, maar evenmin zal zij bij alle zorg voor de natuurlijke zaken van haar huis, den vloeker in haar huis dulden, of God-onteerende en het Christendom en Christelijke zede schendende propaganda in haar huis toelaten. Over dat laatste nu gaat het hier. Ik ben zeer zeker dankbaar voor wat gemeenteraden in verordeningen tegen vloeken en godslasteringen bepaalden. Ook dat b.v. B. en W. van Rotterdam de Dageraad-tent waarin de meest godslasterlijke litteratuur openlijk uitgestald en te koop werd aangeboden, bij den aanvang van dit jaar van de markt te Rotterdam deden verdwijnen. Ook wat nog kortelings de gemeenteraad van Alphen aan den Rijn besloot, verbiedende het openbaar te koop aanbieden van godslasterlijke litteratuur in die gemeente, of het venten daarmede. En zoo zullen er meer plaatselijke besturen hierin handelend zijn opgetreden.

Toch, hoe te waardeeren op zich zelf ook, is dit verbieden alleen door plaatselijke besturen en politie-verordeningen de zaak te veel *en bagatelle* behandelen. Niet minder dan een *Rijks-wet* is hier op haar plaats.

Daarom ben ik ook dankbaar voor wat de wet-DONNER beloofde te geven. Of ze gaf wat van haar verwacht werd, betwijfel ik. Maar in elk geval meen ik dat bij alle andere actie tegen dit kwaad hier de weg gewezen werd, waarop we als Christelijke Staat hebben verder te gaan.

Meer en strenger verbod van uitgave en verspreiding van litteratuur welke God, godsdienst en Christelijke zede aantast. Meer en strenger toezicht op vergaderingen waar spot met God en Zijn Woord op het program staat.

Kan dat ook nu nog practisch in ons land geschieden? Mogen we het dus vragen? Daarover ga ik nu handelen. En dan ga hier eerst iets vooraf over de vrijheid van de drukpers. Dit is immers het algemeene hoofd waaronder verbod van zekere litteratuur vallen zou.

Kan en mag de vrijheid van drukpers of van 't woord in ons land beknot worden?

Bij de behandeling van het „Ontwerp van wet, houdende nadere voorzieningen ter bescherming der openbare orde”, werden blijkens

de Handelingen der Staten-Generaal, (Tweede Kamer, 1 Mei 1934 en verv.) ook bedenking ingebracht tegen de *knottig van de vrijheid van drukpers*. Daar waren leden die een onbepaalde vrijheid van drukpers als een eisch van verdraagzaamheid voorstelden. Terecht werd daartegenover door den heer TERPSTRA, en andere leden, gesteld dat, al is het dat de vrijheid van het gesproken en geschreven woord een onzer hoogste goederen is, een vrijheid waarvoor ook hier te lande geleden en gestreden is, ook de vrije meeningsuiting tegenover de Overheid een onzer voornaamste rechten is, onmisbaar voor den bloei van het geestesleven en voor het welzijn van volk en staat, betoogd dat „hier sprake is van *misbruik* van die vrijheid”. Om het gezag te handhaven is zulk een misbruik van die vrijheid ontoelaatbaar. „Indien het gezag niet stevig staat valt ook de vrijheid ineen”. M. a. w. dan krijgt men een chaos.

Met nadruk verklaarde minister VAN SCHAİK aan het eind der algemeene beschouwingen over dat wetsontwerp in de Tweede Kamer: dat bedoelde voorgestelde strafbepalingen zijn te beschouwen „als een maatregel van verweer tegen de ergerlijke wijze, waarop tegenwoordig in ons land de vrijheid van drukpers wordt misbruikt”. (Hand. 1 Mei 1934 p. 1834).

De minister zeide verder: „Wie als ik, vrij geregeld kennis neemt van hetgeen in vergaderingen en schriften al zoo wordt ten beste gegeven, deelt ten volle de verzuchting van die velen, van welke richting zij dan ook zijn, die zich bij voortduring afvragen: Mag deze ophitsende, opruiende, verguizende taal nu maar openlijk en ongestraft uitgesproken worden?”

In de Memorie van Antwoord van 27 Februari 1934 zegt de minister „dat het betreft *noodzakelijke* (ik cursiveer v. L.) begrenzing van de vrijheid van openbare meeningsuiting”.

De Regeering wil zich niet aansluiten bij aansprakelijk stellen van collectiviteiten als zoodanig in het bijzonder van partijen en bladen die zich bij voortduring schuldig maken aan bepaalde strafbare feiten. De minister wijst deze aansprakelijkstelling van collectiviteiten „geenszins om principiële redenen” af. Hij meent echter dat aan deze aansprakelijkstelling onder de tegenwoordige omstandigheden nog geen behoefte bestaat” (a. w. p. 4). Zulk een aansprakelijkstellen van collectiviteiten wordt dus geenszins om *principiële* redenen afgewezen. Het komt er maar op aan of men dat collectief-aansprakelijkstellen

*noodzakelijk* acht. Het kan dus plaats grijpen. M. i. is dit thans zoo in sommige gevallen (Dagbladen, Periodieken, Vereenigingen).

„Noodzakelijk” is een zeer rekbaar begrip. Het komt er daarbij maar op aan welken maatstaf men aanlegt om de „noodzaak” te bepalen. En wie zal ontkennen, dat, waar er thans zulk een stelselmatige en niets ontziende publieke ondermijning van den godsdienst plaats grijpt, dat de noodzaak tot verweer en beteugeling er niet is?

In het boven aangegevene hebben we dus een aantal ministerieele uitspraken, dat inkorting van de vrijheid van drukpers *geboden* kan zijn. En ook dat zulk een inkorting van het gebruik van het vrije woord ook *collectiviteiten* kan gelden.

De aandacht van den minister blijft gevestigd op de materie van te verbieden recht van vereenigingen en vergadering. Uitstekend!

Onder beleedigende uitlatingen over de groepen worden ook bedoeld naar de verklaring van den minister uitlatingen over predikanten, die geestelijkheid, de drankbestrijders enz. Vroeger zegt de minister, kwamen zulke dingen ook wel voor, maar dat was meer incidenteel, heden is die soort bestrijding bij sommige richtingen en partijen een *welbewust stelsel* geworden.

Daarmede raken we de reden, waarom er thans noodzaak is tot strafbaarstelling. Tot inkorting van de vrijheid van drukpers.

Het gaat hier om excessen, zooals zeer juist door Mejuffrouw KATZ in de Tweede Kamer bij de algemeene beschouwingen over dit wetsontwerp werd aangetoond. Tegen het *misbruik* van de vrijheid van drukpers. Daartegen moet ingegrepen worden en „misschien een stuk geraakt aan dingen, die ons allen heilig zijn”. Precies!

Bij de behandeling van dit wetsontwerp in de Eerste Kamer verklaarde de Heer POLLEMA (C. H.) namens zijn fractie, dat de wet hem niet *ver genoeg* ging en niet alleen de *krenkende vorm* van opruiing strafbaar behoorde gesteld te worden, maar ook opruiing *als zoodanig*, in welken vorm ook (Hand. I K. 18 Juli 1934).

Eveneens oordeelde dezelfde spreker, dat de Regeering wel degelijk de wet op de vereeniging en vergadering in zoodanigen vorm behoorde te wijzigen „dat vereenigingen, die een revolutionair karakter dragen en dit ook door haar feitelijke gedragingen toonen, verboden behooren te worden, waardoor het een strafbaar feit is, dat personen aan dergelijke vereenigingen deelnemen (Hand. 1e Kamer 18 Juli 1934). De minister verklaarde daarop dan ook dat „het vraagstuk van de wijzi-

ging van de wet op vereeniging en vergadering op het oogenblik bij de Regeering in onderzoek is". En dat zij op dit punt diligent blijft. Alsook op het gebied van de openbare zedelijkheid. Dit geldt ook de kunst (caricaturen en afbeeldingen). Terecht verklaarde de minister, dat de kunst „in de eerste plaats het edele en goede heeft te dienen en niet het slechte". Ook voor deze nadere verklaringen zijn we dankbaar.

En keer op keer wordt ook door den minister nadruk gelegd op het *systematische* waarmee in deze lijn overtreden wordt. Dit geeft dan ook aanleiding met zulk een wetsontwerp te komen. Ik verblijd mij over de indiening van dit wetsontwerp. Het is een nieuwe stap in de goede richting.

Nu wil ik hier, al eer ik verder ga, eenige vragen stellen op welke beantwoording ik straks hoop terug te komen. Ik wil vragen — indien de Overheid zóó waakzaam is voor de eerbiediging van eigen reputatie en haar eigen gezag — en terecht zoo — hoeveel te meer moet zij als Christelijke Overheid waken voor de eer van Hem van wien zij belijdt haar gezag te ontvangen? Hoeveel te meer is zij geroepen op te komen tegen de ondermijning van *Gods* gezag in de natie op publiek terrein?

We stemmen het den sprekers, die bij de behandeling van dat ontwerp naar voren brachten toe, dat men ongetwijfeld met strafbepalingen tegen de geestelijke uitingen spaarzaam en voorzichtig zijn moet en geestelijke en zedelijke middelen tot bestrijding van dit kwaad de voorkeur hebben moet, maar is er naast dit alles niet ook een overheids-taak voor wat haar terrein betreft om met de haar ten dienste staande middelen de ondermijning der religie — de bron van alle gezag — tegen te gaan? Zijn daar niet in onzen tijd evenzeer *excessen*, die ook *welbewust en stelselmatig* begaan worden? Ook uit het buitenland ingeschakeld? Is ook nu niet bij degenen die de litteratuur van sommige richtingen en partijen ook maar sporadisch lezen, telkens de vraag opgekomen: Mag dat alles nu maar ongestraft uitgesproken worden? Het gaat in genoemd wetsontwerp om den *krenkenden vorm*, maar is deze er ook niet, afgezien nog van de zaak zelf, ook in menige publicatie, blad of pamphlet in onzen tijd betreffende godsdienst, Christendom en al wat *ons* heilig is? Reeds CALVIJN wees er op dat behalve de H. Schrift ook zelfs de *heidenen* den godsdienst als de pit en kracht van de natie beschouwden en dies hun godsdiensten beschermden (CALVIJN t. a. p.).



Natuurlijk moet er een grens getrokken. Maar evenzeer als deze te trekken is, bij het neerhalen van het aardsch gezag, is ze te trekken daar waar het bescherming van de hoogste Majesteit, God, godsdienst en Gods Woord betreft. Ik kom daar straks op terug.

Na op het formeele te hebben gewezen kom ik nu nader tot het *materieele* van wat wij achten te behooren tot de taak der Overheid in een Christelijken Staat, in onzen tijd.

Hier hebben we, het zij wederom met dankbaarheid erkend, in de wet DONNER betreffende „smalende godslastering” een begin.

Een *begin*. De minister zelf is blijkens zijn herhaalde uitlatingen zich bewust een eersten stap te zetten op een moeilijk terrein, daarbij vol voetangels en klemmen. Ook zijn wetsontwerp draagt de sporen van zulk een *eersten* stap op dit terrein. Aan dat wetsontwerp wordt „tweeslachtigheid” verweten, des ministers sympathiën gaan blijkbaar ook uit naar een meer principiëelen grond, door hem ook in het voorbijgaan genoemd, maar om wat hij bedoelde tot wet te krijgen, kiest hij een tweeden grond, een zoo breed mogelijke basis, ook het meest passend in het raam van een reeds aanwezig artikel van ons strafwetboek. Hij wil niet Godslastering *als zoodanig* strafbaar stellen, maar *smadelijke* godslastering omdat deze de godsdienstige gevoelens van vele menschen kwetst. De kwetsing behoeft niet bewezen te worden, ze volgt uit de *smadelijke* godslastering. Op deze breede basis verwacht hij de noodige instemming met zijn wetsontwerp te kunnen krijgen. Ook wordt onduidelijkheid in de formuleering aan hem verweten en wordt hem gevraagd wat hij nu eigenlijk bedoelde strafbaar te stellen, de godslastering of de kwetsing van gevoelens?

Ook de beide Kamers staan bij dit wetsontwerp blijkbaar voor een novum, de eene afgevaardigde verwijt den ander „er niets van te begrijpen”. Velen zien allerlei spoken opkomen. Ook Christenen, mannen van de *rechterzijde*, durven om allerlei gevreesde consequenties tegen te stemmen. Men ziet reeds allerlei „onsmakelijke” processen, hoort rechtszalen weergalmen van vreeselijke, nog veel meer God onteerende pleidooien, ja, men ziet de communisten zelfs voor hun goddeloosheden propaganda maken met deze wet!

Ook al zal ik straks op dit onderwerp iets te zeggen hebben, zoo breng ik den minister toch gaarne hulde voor zijn moed en voor zijn poging *althans iets* te doen, waardoor de ongebondenheid der menschen op dit gebied gestuit wordt. Hij heeft gearzeld totdat het

hem met het Kerstartikel van „De Vrijdenker” te machtig werd, en hij heeft langs de door hem gelegde lijnen gewonnen. Waartoe de sympathieke wijze van optreden en zijn verdediging ongetwijfeld het hunne bijdroegen.

En nu, bijna twee jaren na de uitvoerige discussie, de Handelingen der Staten-Generaal nalezende, is er voor ons, die meenen dat er op dezen weg verder gegaan moet worden, veel uit die discussies te leeren.

Allereerst dit, dat van al die spoken, die sommigen meenden te zien er geen één zich vertoond heeft. Dat van al die vrees voor verschrikkelijke pleidooien niets gekomen is. Zelfs niet van een veelheid van processen, laat staan dan van een „hernieuwing van den geloofstrijd” is iets bemerkt. Eer is er *te weinig* van gekomen, dan te veel. Ik kan mij voorstellen, dat in Amerika een dergelijke wet zonder veel discussie zoo goed als met algemeene stemmen aangenomen zou zijn, hetzij uit respect voor de religie, of uit respect voor zich zelf, of voor anderer gevoelens — en dat de wet voor de rest zou zijn blijven liggen.

Is het resultaat van een met zooveel éclat ontvangen en besproken wetsontwerp bij ons meer?

Ik begrijp niet hoe uit zekere richting, blijkbaar zonder met den strafrechter in aanraking te komen, *nog steeds* kan gepubliceerd worden wat ik in het begin van dit artikel uit *De Vrijdenker* signaleerde. Maar *iets* uit een *veelheid*. De voorbeelden zijn sinds met tientallen te vermenigvuldigen. Is een vereeniging die het Openbaar Ministerie gedurig op dergelijke publicaties wijst *overbodig*?

Ik wenschte, dat het ook van deze wet gold, wat de heer POLLEMA in de Eerste Kamer bij de behandeling van het „Wetsontwerp tot meerdere bescherming van de openbare orde” zeide: n.l. dat het strikt noodzakelijk is „dat van hoogerhand het parket wordt ingeinstrueerd tot krachtige vervolging en tot krachtig ingrijpen”. Het zijn geen *individueele* belangen, die bij een dergelijke wet bescherming vinden (Hand. 18 Juli 1934).

Ten tweede heeft de behandeling van de wet-DONNER getoond, dat zeer vele leden een „meer *principiële* wet” wenschten. Dat men dus voor de indiening van een dergelijke principiële wet niet *te bang* behoeft te zijn. Van onderscheidene zijden en verschillende partijen werd op zulk een *principiële* wetgeving aangedrongen. Ook minister DONNER zelf had daar oog voor. In de „Memorie van Toelichting” zegt hij toch: „Men zou hiertoe (beteugeling van het misbruik der

vrijheid) een beroep kunnen doen op het feit, dat in ons staatsleven, ondanks godsdienstvrijheid in den ruimsten zin, God openlijk erkenning vindt. Dat het gezag bij Gods gratie wordt uitgeoefend, dat de Overheid ten waarborg zijner (lees harer) rechtsbedeeling in den eed de onderdanen telkens stelt in de tegenwoordigheid Gods, behoeft naast andere uitingen slechts herinnerd te worden om te doen gevoelen, dat onze Staat ook bij de ruimste erkenning van godsdienstvrijheid niet is een Etat athée. Dat gezichtspunt nu behoeft allerminst te leiden tot geloofsdwang, of ook maar tot beperking der ongeloofspropaganda. Maar wel kan men stellen dat uitingen in het openbaar, die den vorm dragen van rechtstreeks smalen van God, het moge dan zijn dat slechts bedoeld wordt het smalen op een begrip, dat naar de meening van de smalende anderen zich hebben gemaakt, in een Staat, die in meer dan één opzicht de erkenning Gods handhaaft, niet kunnen worden geduld. Uit de openbare sfeer moeten zulke uitingsvormen uitgezuiverd blijven". Dan gaat de minister voort: „Intusschen, de ondergeteekende wil deze zaak nu verder beschouwen van uit een ander gezichtspunt, dat meer valt binnen het algemeen kader van ons strafrecht. N.l. de ernstige krenking van de gevoelens van de groote meerderheid der bevolking". Zie daar de beide wegen. Men kan Godslastering straffen als zoodanig, dus *om Gods* wille, of ook omdat zulk een lastering de *menschelijke gevoelens* kwetst. Bij het eerste wordt het zwaartepunt in *Gods recht* gelegd, bij het tweede in des *menschen* recht en *gevoel*.

Uit al de drie Christelijke partijen werd dit loslaten van den principiëelen weg door den minister gewraakt. Onder de antirevolutionairen stond Dr. HUGO VISSCHER vooraan. Hij drukte er zijn smart over uit, dat de minister het principiële punt voor zijn motiveering losgelaten had en zich liet leiden door „moderne Religions-philosophische beschouwingen". Godslastering behoort strafbaar te zijn, zoo oordeelt hij, omdat het de publieke openbaring eener fanatieke vijandschap tegen het bestaan van het Opperwezen in woorden, beelden of symbolen is.

Onder de Christelijk-Historischen liet de heer KRIJGER een zeer principiëel geluid hooren. En onder de Roomschen vooral de heer VAN WIJNBURG. Ik kan niet nalaten hier diens voortreffelijk woord in herinnering te brengen.

„Laat mij maar aanstonds openlijk mogen zeggen, — zoo sprak

hij — dat ik veel liever gezien had, dat men de godslastering strafbaar had gesteld zonder meer, dat ik liever gezien had, dat men gevolgd had het advies, uitgebracht door de commissie RIDDERBOS aan het Cent.-Comité der anti-revolutionaire kiesvereeningen, een commissie van bij uitstek bevoegde personen, waarin o. a. zitting had het oud-lid dezer Kamer, de latere minister van Onderwijs, de heer RUTGERS, en in welk advies het volgende in overweging wordt gegeven:

„Hij die door woord, geschrift, of afbeelding zich jegens of over God openlijk op hoonende of smadende wijze uit, wordt als schuldig aan godslastering gestraft”.

Om verschillende redenen van principiëelen en van practischen aard ware mij dit voorstel liever geweest. Ik zal er echter niet nader op ingaan, omdat ik volkomen begrijp, dat het in dit stadium niet meer voor verwezenlijking vatbaar is. Daarom herhaal ik, terwijl ik niet ten volle heb gekregen, wat ik wenschte, breng ik toch gaarne een woord van hulde aan den minister voor dit onderwerp, waaraan ik dan ook gaarne mijn stem geven zal.

Het is zeker buitengemeen merkwaardig, dat dit ontwerp juist in dezen tijd wordt ingediend. In de encycliek, dezer dagen verschenen, waarover gisteren nog den heer TEULINGS gesproken heeft, zegt de Paus, dat na den zondvloed nauwelijks een tijdvak in de historie zal zijn aan te wijzen van zooveel rampspoed en ellende als dat wat wij doorleven. Toch blijkt de nood nog niet zoo hoog gestegen te zijn, dat de wereld het bidden heeft geleerd en begrijpelijk daarom, dat de redding uit blijft.

Het is daarom buitengemeen treffend, dat althans een Parlement, zij het dan van een klein volk, er toe gebracht wordt een ontwerp als het onderhavige in behandeling te nemen en door de aanneming er van, naar ik vertrouw, openlijk zal uitspreken de erkenning, de afhankelijkheid van God.

Laat mij dan kort en bondig mogen zeggen, dat ik hierom het ontwerp gaarne aanvaard en er mijn stem aan zal geven, wijl ten slotte ten feite smadelijke godslastering strafbaar wordt gesteld.

Ik weet: de juridische constructie is eenigszins anders, maar vaststaat dan toch — er is in deze discussie meer dan eens op gewezen — dat als eenmaal de godslastering vaststaat, de krenking gegeven is en de straf kan volgen.”

En eindelijk „De grond waarop ik het wetsontwerp wensch te aan-

vaarden is zoo uitnemend aangegeven in de Memorie van Toelichting nl. „Men zou hiertoe een beroep kunnen doen op het feit, dat in ons Staatsleven, ondanks godsdienstvrijheid in den ruimsten zin God openlijk erkenning vindt”. Deze afgevaardigde haalt dan verder aan hetgeen volgt in de bovenvermelde verklaring van den minister. De heer VAN WIJNBERGEN zegt, dat, als de minister op hetgeen hij daar aan geeft een beroep zou kunnen doen, dat hij (v. W.) *dat alnu doet*”. (Hand. Tweede Kamer, 27 Mei 1932, pag. 2617).

Ik haal hier verder aan hetgeen de heer VAN WIJNBERGEN bij de behandeling van deze wet aanhaalde, nl. hoe de Regeering in de Staatscourant van 14 November 1918 uitspreekt behoefte te hebben aan het houden van een algemeen biddag of bidstond. „De nood der tijden — zoo gaat de Regeering in gemeld nummer van de Staatscourant daarbij voort — de nood der tijden, die zich ook in ons land zoozeer doet gevoelen, dringt in het bijzonder tot verootmoediging en het inroepen van Gods hulp”. Terecht voegt hij hieraan toe: „De Regeering verklaart openlijk God te erkennen, Zijn hulp noodig te hebben, maar op welke wijze (het houden van den Biddag, v. L.) laat zij over aan de kerkgenootschappen. Gods erkenning eischt zij dus voor zich zelf op, slechts tegenover de wijze, waarop God zal gediend worden, staat zij onverschillig, dat laat zij aan ieder over. Dat worde bij de beoordeeling van het karakter van den Nederlandschen Staat niet uit het oog verloren (Hand. Tweede Kamer, 27 Mei 1932, pag. 2617). En met nadruk haal ik hier aan, als voor het doel van dit geschrift van bijzondere waarde, wat de heer VAN WIJNBERGEN daarop verder laat volgen, als hij zegt: „En nu wil het mij voorkomen, dat het juist heden zoozeer zaak is met groote zorg er voor te waken, dat dit Gods-erkennend karakter van den Nederlandschen Staat niet geleidelijk ga verdwijnen. Meer dan ooit is heden noodig, dat de Overheid toone bewust te blijven, dat zij God erkent en van Hem afhankelijk is, ook reeds hierom, omdat met de negatie van die Gods erkenning voor de Overheid zelf zou vervallen de grondslag van haar gezag, dat, aan God ontleend, in God alleen steun vindt”. De heer VAN WIJNBERGEN beroept zich hierbij op het in deze materie bekende praeadvies van Dr. BIJVOET: „Nederland immers mag nog steeds genoemd worden een christelijke natie, waarin God ook in het publieke leven wel degelijk erkenning vindt”. Waaraan hij nog toevoegt: „Dat is volkomen juist gezegd, maar voor ons ligt daarin dan ook een aansporing om te

zorgen dat het zoo blijft". Hij prijst de indiening van dit wetsontwerp „omdat daardoor de uiting van Gods erkentenis in en buiten de Kamer voor ons volk komt te staan" (t. a. p.) Zie ook het getuigenis van den heer KRANENBURG in de Eerste Kamer ook namens andere Roomschen gegeven, dat het beter ware geweest om godslastering *als zoodanig* strafbaar te stellen (Hand. Eerste Kamer, 3 Nov. 1932, pag. 46).

Eerlijkheidshalve moet ik er bijvoegen, dat niet alle mannen van de rechterzijde zoo spraken en dezen eersten grond voor hun rekening namen. Niet b.v. HEEMSKERK, ANEMA, DE SAVORNIN LOHMAN, SLOTEMAKER DE BRUÏNE, TEULINGS.

Wij geven gaarne den minister toe, dat „een feitelijk verschijnsel dikwijls van uit meer dan één gezichtspunt kan worden beschouwd" en „als men dus bij de behandeling van zulk een feitelijk verschijnsel aan meer dan één gezichtspunt waarde toekent, is dit op zichzelf geen tweeslachtigheid, maar slechts een consequentie van de meerzijdigheid, die het verschijnsel vertoont. Eisch is slechts, dat voorzover men bij de bijzonderheden van de behandeling slechts naar één gezichtspunt kan handelen, een keus worde gedaan." „Immers van uit dat oogpunt wordt in de strafrechtelijke behandeling de maat van straf bepaald". Ook toegegeven, dat dus straffen van godslastering gezien uit het gezichtspunt met minder straf gestraft moet worden, dan godslastering als zoodanig gezien van uit het oogpunt van Gods geschonden eer, en „dat het moeilijk is daarvoor in onzen tijd een waardige straf te bepalen". Ook toegegeven dat „straf op Godslastering enkel van uit het oogpunt van krenking van anderers gevoelens toch ook godslastering als geheel treft en aan de verhindering van dat kwaad ten goede komt".

Dat alles toegegeven en ook de verdienste van straf op dit kwaad vanuit het tweede gezichtspunt niet willende miskennen — zoo kom ik toch met de vraag of wij als Antirevolutionairen dien weg op moeten? Of dit voor ons niet beginselverzwakking wordt? *Noodgedwongen* — het zij zoo! En wellicht was het hier ook noodgedwongen om een breede basis van overeenstemming te verkrijgen. Maar als ik zie, hoe dapper niet alleen door Dr HUGO VISSCHER, maar ook kostelijk door den Roomschen afgevaardigde Baron VAN WIJNBERGEEN en niet minder ook door den Christ. Historischen afgevaardigde de heer KRIJGER en anderen het principiële standpunt verdedigd werd, dan grijp ik toch een weinig moed, dat ook langs den eersten

en meer principiëelen weg iets te bereiken zal zijn. Al stelt de houding der menschen, die dezen eersten grond verwierpen, teleur. En roept deze klove tot ernstige bespreking wat hier de rechte weg is. Ik hoop niet, dat met het verscheiden van Baron VAN WIJNBERGEN dit geslacht van principiëele Rooms-katholieken uitgestorven zal zijn. Immers, die eerste lijn moet m.i. door ons *allereerst* op den voorgrond gesteld. Niet de rechten van het menschelijk gevoel maar van de eere Gods, niet in de eerste plaats de tweede tafel der wet, maar de eerste. Deze zullen we *de eerste* laten, niet de mensch voorop maar God! *Zijn eer, Zijn wil, Zijn dienst, Zijn wet.* Daar is de Christelijke Overheid allereerst en allermeeft toe verplicht. Ze is gebonden aan *Gods Woord*. En dat stelt het zóó. CALVIJN zegt, „dat het verkeerde wetten zijn, dewelke Gods recht en dienst veronachtzamen en voorbijgaan en alleen met de nuttigheid der menschen bekommerd zijn” (Institutie IV, 20, 9). Alsook „dat Overheden te bestraffen zijn, indien zij het stuk van Gods eer en de religie niet behartigen” (t. a. p.). Zij zullen als Gods stedehouders *bijzonder* daartoe arbeiden (idem).

Ik stem toe dat we in de praktische politiek moeten rekenen met de omstandigheden, met het bereikbare, met het mogelijke in dezen tijd en in dit land, ook met de onderlinge verhoudingen. Maar toch, indien we in de politiek met enkel die tweede lijn komen, die van des menschen rechten en des menschen gevoelens en niet Gods recht vooropstellen — *wat blijft er dan van onze specifiek antirev. beginselpolitiek over?* Dan gaan we mee doen om Gods rechten uit het publieke leven te laten verdringen, en de mensch, zij het ook de vrome mensch, en het vrome gevoel op den troon te beuren! Dan zijn we m. i. op weg naar onzen ondergang. Dat is de weg van het *humanisme*. Dus de eerste weg *zooveel mogelijk voorop*. *Aldoor* hebben we dat getuigenis te laten uitgaan. Al is het maar, als het niet anders kan, als een *getuigenis*. Maar toch steeds in die lijn ons richtende. Zóó gaat er opvoedende kracht van ons hoopske uit. En gezien de voorbeelden in de bovengehaalde citaten, staat het niet zoo hopeloos. Misschien was Minister DONNER's verklaring ook zoo bedoeld, als een *getuigenis*. Omdat hij niet anders kon.

Met handhaving van het bovenstaande, dat we *allereerst* en *allermeeft* hier een principiëelen strijd moeten voeren, zoo immer mogelijk, en zoo we er zeker van zijn dat we niet langs den principiëelen weg iets zullen bereiken, dat we dan toch als *getuigenis* dien weg voorop

behooren te stellen, zoo we n.l. tot den tweeden gedwongen worden, kom ik nu, dit aan den Christelijken staatsman overlatende, hij heeft hierin zijn verantwoordelijkheid, tot de bijzondere vraag, waar op dit artikel poogt aan te sturen, deze nl.:

Heeft de Christelijke Staat van Godswege een taak om in onzen tijd den godsdienst, speciaal den Christelijken godsdienst met haar middelen te beschermen tegen wat op publiek terrein bewust en *stelselmatig* uitgegoten wordt tot ondermijning van het Christelijke geloof, van alle geloof, van alle godsbesef, van al wat heilig is? Ik spreek hier niet over de persoonlijke overtuiging van een ongeloofige, ook niet over wetenschappelijk geestelijk conflict, maar over die pogingen door zekere richting en zekere partijen thans aangewend, vaak in ruwe taal van spot en verguizing, om het *geloof als zoodanig* bij de natie stelselmatig te ondermijnen.

Het schijnt, dat er onder de antirevolutionairen zijn die dezen plicht van den Christelijken Staat ontkennen.

Het schijnt, dat men blijft stilstaan bij KUYPER's bekende passage, bij art. 4 van „Ons Program”, die over „men late groeien wat groeien wil en kan” (Zie de noot onder ?). Dr. COLIJN haalt in zijn pas verschenen „Toelichting op Ons Program” zonder commentaar deze passage bij art. IV aan en zegt alleen, dat wat KUYPER toen schreef „is ook heden ten dage nog ten volle van kracht”. In bescheidenheid zet ik bij deze opmerking een vraagteken. Dat schreef KUYPER in 1878, *onder gansch andere omstandigheden* en in een gansch andere wereld dan waarin wij leven. Thans roept de niets ontziende alles meesleurende atheïstische propaganda uit Moskou ook in ons land woedende, om andere actie. Ik betwijfel of KUYPER nu nog geschreven zou hebben zoo als hij toen schreef. Hij zou thans onderscheiden hebben en niet zoo algemeen geschreven hebben. KUYPER sprak daar blijkbaar van sporadische incidenteele gevallen, niet van wat nu geschiedt en zooals dat nu geschiedt. Bovendien hij stond er zelf toen anders voor. Men trachtte hem zelf den mond te snoeren. Men kent het citaat. Hier is het:

„Hoezeer ook met voorliefde voor het Evangelie beziel, mag de Landsoverheid zich toch nimmer door sympathie laten verleiden, om predikers die het Evangelie bestrijden willen, te bannen of te binden.

Wil een Jood tegen den Messias der Christenen opkomen, of een Mohammedaan tegen de Heilige Schrift, of een Darwinist tegen



het beeld van creatie of ook een positivist tegen den wortel, die voor alle heiligheid in het geloof ligt, dat moet hun vrij staan.

Vrij, wijl de Overheid, eenmaal de hand aan het wieden slaande, zoo licht de tarwe voor onkruid aanziet. Vrij ook omdat deze bestrijders, indien ze teruggeslagen werden, den roem niet moesten houden, dat ze onzedelijk verwonnen, slechts weken voor geweld. Maar vrij bovenal, wijl het Christendom zelf dit gestadig duel met de kampioenen uit andere legerkampen noodig heeft en zijn zedelijke meerderheid juist toonen moet door de overwinning en een zuiver geestelijken strijd.

Maar ook de vereeniging van geestverwanten tot zulk een doel moet vrijgelaten. Zelfs of zulk een vereeniging den naam van kerk of gemeente of genootschap aanneemt, moet den Staat om het even zijn. Ja, al wilde zich een kerk van atheïsten vestigen, en zou ze moeten laten begaan. Geen protectie, maar ook geen preventie of repressie. Men late groeien wat groeien kan en wil; en aan de Christuspredikers en Christusbelijders, desnoods aan de Christelijke martelaren verblijve de eere, om de innerlijke leegheid van het niet-Christelijke geestesleven te bewijzen.

Ge moet de vrijheid voor den ongeloovige, zoowel als voor den geloovige aandurven, of de kracht, waarop ge leunen wilt, blijkt nog een andere te zijn, dan die van het geloof.

En geldt dit ten opzichte van de bestrijders van het Evangelie, dan natuurlijk in nog veel strengeren zin van de verschillende, uiteenloopende, soms zelfs bizarre vormen, waaronder de prediking van het Evangelie optreedt.

Een Baptist moet door de Overheid niet voorgetrokken worden boven een Irvingiaan en een Irvingiaan niet boven een Remonstrantsch-gezinde. Tusschen kerk en kerk, onder wat leus of formulier ook optredende, kieze de Overheid nimmer partij.

Aan de Roomschen mag niets gegund, wat men aan de Gereformeerden onthouden zou, en evenmin mag aan de pauselijke geloovigen ooit een druk, overlast of verkorting van rechten worden aangedaan, die wij voor ons zelve niet zouden gedoogen".

Wij voor ons kunnen dezen weg niet als de juiste erkennen. We kunnen ze niet overeenbrengen met het karakter van den *Christelijken* Staat, noch met dat van de Overheid, die zegt Gods dienaress te zijn. En, als gezegd, we kunnen hem zeker niet als den juisten weg erkennen in *dezen* tijd. Met wat nu geschiedt. We gelooven, dat KUYPER zelf de lijn nu anders zou trekken. De aanhalingen in het 1e deel van dat artikel gedaan, geven ons grond voor die gedachte. De daar door ons genoemde lijn is de lijn van CALVIJN — GROEN — KUYPER. De rechte

lijn! Zeker, gewijzigd naar tijden en omstandigheden, ingekrompen, denk aan art. 36 Ned. Geloofsbel., maar er is toch een rechte lijn duidelijk te herkennen.

Na hetgeen boven gezegd is over de taak der Overheid tot bestrijding van het misbruik der vrijheid van drukpers, tot handhaving van eigen gezag, zoo volgt, m. i., dat we tegen een bepaalde richting die systematisch het geloof ondermijnt en den godsdienst aantast ook hier een roeping der Overheid, op haar d. i. het *publieke* terrein, hebben te erkennen. We spreken niet — het behoeft nauwelijks bij vernieuwing herinnerd te worden — *niet* over partij kiezen der Overheid tusschen Christelijke of godsdienstige richtingen of kerken, maar over de houding der Overheid tot wering op publiek terrein van wat Gods Naam smaadt en het Chr. geloof, of den godsdienst als zoodanig, bespot en neerhaalt. Zooals reeds CALVIJN leerde, gelijk wij zagen.

Zoo getuigen ook de Roomschen. Bij de behandeling van het ontwerp van de wet van Minister DONNER tegen de godslastering sprak de R. K. heer TEULINGS van een plicht van den Staat, om met de hem ter beschikking staande middelen den godsdienst te beschermen en te beveiligen. En dit om de verhouding van de Overheid jegens God de bron van het gezag. Ook brengt hij hiervoor andere redenen bij, namelijk dat zij dit doen moet ook uit de waarde welke de godsdienst heeft als „beschavingsfactor” als „noodzakelijk beginsel voor recht en zedelijkheid”. De godsdienst moet ook als „maatschappelijk goed” beschermd worden. Daar zijn „hooge waarden” die de Overheid te beveiligen heeft. Bescherming van den godsdienst is een *algemeen belang*.

In art. IV van het herziene „Program van Beginselen” der Antirevolutionaire partij zou men zeker onder c, waar gesproken wordt „van zich te onthouden van maatregelen, die er toe kunnen leiden, dat steun worde verleend aan wat opzettelijk zich kant tegen de openbare orde en de goede zeden” zeker zeg ik, verwacht hebben voor „goede zeden” het woord „godsdienst”. Temeer daar dit „goede zeden” er nu pas bij de herziening ingekomen, dus *nieuw*, is. Maar ook zóó is — als bovengezegd — dit artikel met dit enkel „zich onthouden” *te zwak*. Het dateert blijkbaar uit KUYPER’S eerste periode, toen hij nog zeer voorzichtig moest optreden. Het is niet meer geschikt voor onzen tijd. Deze vraagt *iets anders*.

Is *alle* (let op dit woord) vrije en onbelette publieke propaganda

van atheïsme. ondermijning van het geloof, van het Christelijk geloof, in den Christelijken Staat geoorloofd? Ik meen van *neen*. En zeker niet in dezen tijd nu het geen individueele gevallen meer zijn, maar een *stelselmatig* gedreven actie, door het buitenland gesteund. Ik zeg, ik meen ook voor onzen Nederlandschen Christelijken Staat de even gestelde vraag principiëel met „neen” moet beantwoord worden. En ook voor de practische politiek met neen beantwoord *kan* worden.

Een beroep op de Grondwet voor een vrije openbaring van het atheïsme heeft geen grond. Ik kan mij hier beroepen op het getuigenis van Mr. J. J. BOASSON die in het belangrijk werk *Nederlandsche Bestuursrecht* (1932 p. 400) schrijft: „Het eerste zinsdeel van art. 168 „Ieder belijdt zijn godsdienstige meeningen met volkomen vrijheid” heeft in verband met het later te bespreken eedsvraagstuk de vraag doen rijzen, of men hier elke meening omtrent den godsdienst, dus ook atheïsme, gewaarborgd vindt, dan wel alleen godsdienstige overtuigingen. *Naar de historische* bedoeling zal hier alleen een religieuze overtuigingen moeten worden gedacht” (Ik cursiveer v. L.). Tegen hetgeen deze schrijver hierop laat volgen zal geen redelijk bezwaar kunnen worden ingebracht nl.: „De vrijheid betreft niet enkel de overtuiging maar ook het belijden daarvan”. Natuurlijk. Een religieuze overtuiging mag (behoudens de restrictie bij art. 168 ingevoegd, dat daarbij geen inbreuk gemaakt wordt op het gemeene recht, gelijk b.v. de Mormonen deden door met beroep op hun religieuze overtuiging de veelwijverij goed te praten) dies vrijelijk beleden. Dus een *religieuze* overtuiging. Atheïsme is een a-religieuze overtuiging. Het belijden en propageeren daarvan heeft *dus geen bescherming van de Grondwet* te wachten. Afgezien nog van den krenkende vorm waarin atheïsme zich gemeenlijk uit. En welke vorm ook den wetgever in onzen tijd ruimschoots gelegenheid tot ingrijpen geeft.

De Nederl. Staat erkent den godsdienst derhalve en beschermt dezen. (Zondagswet). Hij rekent ook met en beschermt bijzondere openbaringen, b.v. de erkenning van de algem. Christelijke feestdagen. Ik haal hier aan wat ik in dit verband bij BOASSON vermeld vind, n.l.: de wettelijke bepalingen, waarbij aan R. K. militairen op Vrijdag geen vleesch wordt verstrekt, dat men Israëlietische militairen zooveel mogelijk tegemoet komt terzake van ritueel bereid voedsel. De wet waarbij predikanten, geestelijken, studenten in de theologie, zendeling-  
kweekelingen en proefbroeders van den dienstplicht zijn vrijgesteld.

De wet op het gevangeniswezen verplicht de gevangenen, tot deelneming aan godsdienstoefeningen, en aan godsdienstonderwijs. De tuchtschoolwet bevat soortgelijke bepalingen. Ik voeg aan de hier genoemde voorbeelden toe, dat de Rijkskweekschoolwet gelegenheid geeft tot godsdienstig onderwijs aan die scholen. Dat de Staat geestelijke verzorgers aanstelt voor leger en vloot, en dat van onderscheidene gezindten, naar de behoefte van die gezindten. In één woord, het leven van de natie loopt nog in de christ. historische bedding, de Staat erkent dit, en hij behoort dit *algemeen Christelijk-historisch* karakter te beschermen. De Christelijke Overheid behoort en kan in zulk een natie de bedding voor die geestelijke strooming, de erkenning van God, de eerbied voor Zijn Woord, den godsdienst als zoodanig te beschermen. Zij heeft, gedragen door die strooming, haar roeping om als Gods dienaar publieke lastering van God, Zijn Woord, Zijn dienst onverpoosd tegen te staan. Staat en Kerk zijn wel gescheiden, maar niet Staat en *godsdienst*.

Ik ga dan ook niet mede met de theorie door Prof. ANEMA verkondigd bij de bespreking van het wetsontwerp tegen de godslastering. Volgens hem „behoort *niemand* (ik cursiveer v. L.) door machtsmiddelen te worden belemmerd in den strijd tegen den godsdienst. Wel kunnen bepaalde geestelijke strijdmiddelen door de Overheid *ter wille* van de *openbare orde* uitgeschakeld worden door de dwingende macht van de Overheid (Hand. Ie K. 1932 p. 40). Dat wel dus zeggen geen eigenlijke roeping van Godswege tot straf van Godslastering als zoodanig. Ik schrik van deze opvatting. Toch jammer dat het onder ons Antirevolutionairen nog een *vraag* moet zijn of Godslastering *als zoodanig* wel door de Overheid kan en moet worden gestraft in een *Chr. Staat*. Bij dezen tijd moest daarover toch wel zekerheid bestaan.

„Mijn bezwaar — zoo zegt hij — tegen het strafbaar stellen van godslastering als zoodanig is van algemeen principiëelen aard. Het is de taak der Overheid niet om zulk een strafbepaling te maken. Wie godslastering als zoodanig wil strafbaar stellen, heeft de bedoeling straf te bedreigen, tegen een belediging die God wordt aangedaan, tegen het aantasten van wat de theologen Gods Naam noemen, wat in de taal van ons strafwetboek zou moeten heeten: een misdrijf tegen de waardigheid Gods. Maar de verhouding tusschen God en mensch valt buiten het terrein der Overheid, zooals wij haar kennen . . . Alle aantasten van den Naam Gods als zoodanig spreekt zich af in

verhoudingen die voor den Staat ontoegankelijk zijn en hem niets aangaan; het behoort niet tot de rechts- of staatsorde, maar tot de religieuse orde. De kerk heeft daartegen op te treden met haar tucht-recht, dat intusschen met wereldlijk strafrecht weinig of niets gemeen heeft; maar overigens heeft God de handhaving der religieuse orde in eigen hand gehouden en de Overheid heeft daarvan af te blijven. Zij heeft in de menschenlijke verhoudingen de openbare orde te handhaven, en daar, evenals de schennis van de zedelijke eerbaarheid ook de schennis van de godsdienstige heiligheid te weren... Zoo staat de zaak principiëel" (Hand. Ie K. 1932 p. 40). Gelukkig niet! Hier is een verwarring van begrippen. Zeker, de Overheid kan nooit *naar waarde* de aantasting van Gods Naam straffen. Dat kan alleen God zelf. Ook kan zij de innerlijk persoonlijke „verhouding tusschen God en den mensch" niet straffen. Maar wel de *uitingen* daarvan. Natuurlijk stem ik hem toe, dat *in het algemeen* „de strijd over den godsdienst" met geestelijke wapenen en niet met dwangmiddelen gestreden moet worden. Maar dat ontslaat de Overheid nog niet van de verplichting *om Gods wille* voor de heiligheid van Gods Naam *op publiek terrein* onder een volk te waken. Te waken door straffen van het aantasten van dien Naam. Zegt onze Geloofsbelijdenis niet, dat de Overheid is ingesteld om de *ongebondenheid* der menschen tegen te gaan. Behoort deze publieke, stelselmatige aantasting van Gods heiligheden daar niet toe? Geldt de ongebondenheid alleen die tegenover de *tweede* tafel der wet? Geldt de handhaving der gerechtigheid alleen die tegen de menschen? Men leze eens CALVIJN'S Institutie, boek IV, hfdst. 20, § 9 en § 14. Trek er af wat voor CALVIJN'S particuliere inzichten en *die van zijn tijden* geldt, er zijn toch begin-selen, gelijk we boven aangetoond hebben, welke blijven. Ook naar het gevoelen van onze beste hedendaagsche Christen-staatslieden. Of van deze in hun beste perioden. Zeker kan men deze zonde niet *naar waarde* straffen. Dat kan men trouwens *geen enkele zonde*. Bovendien ligt er in elke ernstige straf een *preventieve* kracht. De Theocratie van Oud-Israël kan hierbij niet vergeleken worden, daar bepaalde God zelf de straf als Israël's Koning. En de doodstraf onder Israël op de zonde van Godslastering gesteld had daar, evenals deze straf op tal van andere overtredingen gesteld — een symbolisch-Israëlietisch karakter (zie Dr. J. TH. DE VISSER, *Kerk en Staat* III p. 608). Onder Israël waren Kerk en Staat één. Wat nu geestelijke excommunicatie is, was

daar de *doodstraf*. Dit bedenke men evenzeer als dat de Christelijke Overheid anders staat tegenover „sacrilegium-publicum”, zooals Prof. ANEMA het noemt, dan de heidensche. Bij de Christelijke Overheid is er een opdracht van Godswege en heeft zij het om die opdracht uit te voeren, en niet enkel omdat heiligschennis tegen de orde, de mensche-lijke orde, ingaat. Zeer zeker, de *innerlijke* verhoudingen van een mensch tegen God vallen buiten de rechtsorde, maar niet *alle openbare, alle uitingen*. Dat toe te laten is abdiceeren als Chr. Overheid. Dat is ontrouw. Ze pleegt als Overheid revolutie. Prof. ANEMA wil „heiligschennis” wettelijk strafbaar stellen. Maar ten eerste verstaat een Roomsche daar heel wat meer en heel wat anders onder dan een Protestant. Ten tweede „heiligschennis” te straffen zonder dit te doen *om den Heilige*, maar terwille van de mensche-lijke rechtsorde voert, als we boven zagen, van het Anti-rev. beginsel af naar het humanistische. Zoo redeneert ook Dr. J. TH. DE VISSER, die eveneens slechts spreken wil van een handhaven door de Overheid voor de aardsche rechts-orde, of het historisch geworden, en daarom Gods-lastering als zoodanig niet door de Overheid strafbaar wil stellen (a. w. III p. 607). Hij wil trouwens de Overheid geheel niet aan de wet der 10 geboden binden (a. w. III p. 609).

Veel beter stelt dan ook Mr. NOTEBOOM de zaak als hij godslastering niet onder den algemeenen titel van heiligschennis wil strafbaar gesteld zien, maar als aantasten van de bron van gezag. Toch gaat ook dat mij niet ver genoeg <sup>9)</sup>. Zeker, Gods erkentenis is de bron van het gezag. En ware godsdienst zal leiden tot erkenning van het gezag. Maar godsdienst is *iets meer* en is iets anders dan een *politie-maatregel*. Om Gods wille moet Zijn Naam, Zijn dienst, Zijn Woord op publiek terrein in den Christelijken Staat geëerd en tegen ergerlijke aantasting beschermd worden. Niet in de eerste plaats om de nuttigheid daarvan voor de menschen.

Ik ga ook niet mee met de verklaring van wijlen den heer HEEMSKERK in de Tweede Kamer gedaan bij de behandeling van de wet op de gods-lastering, dat de Overheid deze *niet als zoodanig* moet strafbaar stellen, maar *alleen* als krenking van de godsdienstige gevoelens (waarin hij dus blijkbaar ook verschilde van Minister DONNER), omdat, als men begint bij het straffen van „de diricte aantasting van Gods Majesteit men dan begint met zich als Overheid te stellen op het standpunt van God zelf”. Zeker, ik ga daarin met hem mede, dat de straf dan *zwaarder*

moet zijn, dan bij krenking van des menschen religieuze gevoelens. Maar niet met het eerste. De Overheid heeft, gelijk we boven aantonden, wel degelijk een roeping om als dienaar van Gods al wat de Majesteit Gods opzettelijk en met arren moed op publiek terrein aantast tegen te staan. Tegen deze zonde op publiek terrein met opgestoken hand bedreven, als de Schrift het uitdrukt, op te komen. Daarin is geen „dwingen tot het geloof” maar het gaat hier over uitingen op publiek terrein. Over stelselmatige propaganda en excessieve uitingen op dat terrein. De Overheid is als Gods dienares geroepen naar onze Geloofsgelijdenis de ongebondenheid der menschen ook in dit stuk op haar terrein te breidelen. Om de redenen bovengenoemd. Toegegeven dat de vrijheid van gelooven ook vrijheid veronderstelt om niet te gelooven, maar dit is toch gansch iets anders dan vrijheid voor het atheïsme, om in de meest God onteerende taal, of ook in geraffineerde taal, allerlei lasteringen tegen God, Zijn dienst, Zijn Woord op publiek terrein uit te mogen werpen. Minister VAN SCHAİK zeide bij de behandeling van het Wetsontwerp tot bescherming der openbare orde in de Eerste Kamer, dat hij wat huiverig was om niet alleen formeele overheidsbelediging strafbaar te stellen, maar ook die in materielen zin, wanneer dus het overheidsgezag aangetast wordt op een fatsoenlijke wijze. Zijn persoonlijk gevoelen was, dat „zakelijke critiek niet noodeloos gesmoord worde”. „Van gezonde en gepaste critiek gaat een kracht ten goede uit.” (Hand. IIe K. 18 Juli 1934). Natuurlijk! En al zal het voor den wetgever moeilijk zijn aan te geven wat „gepaste critiek” is en welke noodig en welke „noodeloos” is, terecht drongen onder leiding van den heer POLLEMA er vele leden toch op aan, dat de wetgever in die richting een *aanvulling* op deze wet van straf op formeele belediging geven zou en ook materieele belediging strafbaar stellen zou. De Minister zeide dan ook de aanvulling, als ze noodig mocht blijken, toe.

Eveneens zal het den toekomstigen wetgever ook niet gemakkelijk vallen om naast de wet-DONNER, waarin smadelijke Godslastering — dus Godslastering op krenkende wijze geuit — dies ook een *formeel* delict, om wat God lastert op publiek terrein *materieel* strafbaar te stellen. Maar dit is geen reden om zich af te maken van den eisch van het karakter van den *Christelijken* Staat, dat strafbaar gesteld worde *al* wat publiek systematisch, opzettelijk, God en Godsdienst lastert, neerhaalt in arrenmoede. En dat doet uit klaarblijkelijke vijand-

schap tegen God. De Christelijke Overheid is verplicht als dienaar Gods om zoo iets van het publieke terrein verre te houden. Hier paal en perk te stellen als als Gods dienaar. Critiek op de Overheid kan — als de minister zeide — in sommige gevallen toegelaten worden. Want deze zijn zondige menschen, die mistasten kunnen. Maar alle critiek op God is Godslastering. Hij is volmaakt. Hij is God. De Heilige Schrift is Gods Woord in menschenlijken vorm, daar kan wetenschappelijke critiek op uitgeoefend worden, alsook op de wijze van godsdienst, deze is een menschenlijk dienen van God. Ook critiek van de eene Christelijke richting op de *belijdenis* van de Waarheid door de andere, ze is een menschenlijke formuleering. Maar ook hier geldt het weer, zoodra dergelijke critiek strekt tot neerhalen en in verachting zoeken te brengen van het Woord Gods *als zoodanig*, van het Christelijk Geloof *als zoodanig*, dan is dat niet toelaatbaar. Dat is opzet, dat is kennelijke haat tegen God. En dat is het wat zekere richting in onzen tijd zoekt te doen. En stelselmatig zoekt te doen. *En daar gaat onze strijd tegen*. En meenen wij, dat ook de Christelijke Staat hieromtrent een roeping heeft. We zouden met zulke wetten ook niet alleen staan. Ik kan wijzen op Calvinistische landen van onzen tijd, waar de scherpste scheiding tusschen Staat en Kerk bestaat, maar niet tusschen Staat en religie, waar de godsdienst beschermd wordt, spot daarmede gestraft wordt, en de Staat ook niet in den postdienst als drukwerk *erkende godslasterlijke* litteratuur mee zal helpen verspreiden. Waar wel deze wetten, helaas, niet altijd gehandhaafd worden, *maar ze zijn er*.<sup>10)</sup>

Nu kom ik tot de *verspreiding* van deze God, godsdienst en de H. Schrift op bovengenoemde wijze aantastende litteratuur. Ook hier geeft het bovengenoemd „wetsontwerp tot meerdere voorzieningen ter bescherming der openbare orde” ons voor de practische politiek en voor de beantwoording van de vraag wat hier thans nog wel te bereiken is, veel licht.

In genoemd wetsontwerp wordt ook strafbaar gesteld het verspreiden van opruiende of het openbaar gezag beleedigende taal (Art. 132 en 134). In de „Memorie van Toelichting” wordt dienaangaande gezegd, dat „beide bepalingen eischen op het oogenblik bij den verspreider het oogmerk aan den strafbaren inhoud van het geschrift ruchtbaarheid te geven of de ruchtbaarheid daarvan te vermeerderen. Bewezen zal dus moeten worden niet alleen, dat de verspreider den inhoud van



het geschrift kende, doch ook dat bij verspreiding zijn oogmerk niet b.v. op winstbejag, doch op begunstiging van het delict van art. 131 of 133 was gericht." Tegen de meening „dat Couranten of periodieken waarin een enkele maal uitingen zijn opgenomen, welke door den rechter opruiend geacht worden, zullen door een dergelijke bepaling practisch onverkoopbaar worden; iedere kioskhouders, die ze in voorraad heeft, iedere bezorger die ze rondbrengt, zal eerst zich moeten overtuigen, dat er geen artikelen met verboden inhoud in voorkomen," wordt in de „Memorie van Antwoord" opgemerkt, „dat wil strafbaarheid aanwezig zijn de verspreider ernstige reden moet hebben om te vermoeden, dat het geschrift opruiend is." „Een ernstige reden om een opruienden, of aanstootelijken inhoud te vermoeden zal b.v. aanwezig zijn — zoo gaat de „Memorie van Antwoord" voort — indien van algemeene bekendheid is, dat een bepaalde periodiek of de geschriften van een bepaalden uitgever of uit bepaalde bron bij voortdurende opruiend of aanstootelijk voor de eerbaarheid zijn. Bij zoodanige bekendheid mag van den verspreider in redelijkheid worden verwacht, dat hij zich vóór de verspreiding van den aard der geschriften overtuigt". Geheel juist zegt de Minister in deze Memorie „dat men van een bepaalde werkzaamheid de basis van zijn economisch bestaan maakt, ontslaat niet van de normaai vereischte zorgvuldigheid ten aanzien van het algemeen belang", m. a. w. de man moet zich op de hoogte stellen van wat hij rondbrengt. *Maar dan nog zooveel te meer de Staat wat hij door den postdienst laat rondbrengen. Daaronder behoort de meest ergerlijke Godslasterlijke en spottende litteratuur.*

De Staat, de *Christelijke* Staat, zelf staat aan deze verspreiding het meest schuldig. Kan dat geduld? Mag dat toegelaten?

In de Vereenigde Staten van Noord-Amerika door Dr. KUYPER ons zoo gaarne in „Antirevolutionaire Staatkunde" om hun Calvinistische staatkundige grondslagen ons ten voorbeeld gesteld — al was zijn kijk daarop niet altijd juist<sup>11)</sup> — is een dergelijke litteratuur van het gebruik van den postdienst *uitgesloten*. Geheele reeksen van platen, geschriften, zaken, instrumenten, teekeningen, medicijnen enz. zijn daar van het gebruik van den postdienst *uitgesloten*. In de „United States Statutes" wordt onder paragraaph 9908 van het hoofdstuk „Crimes" deze reeks uitvoerig vermeld n.l. al wat zou strekken tot zedeloosheid, onkuischheid, geboortebeperving of ook van een „indecent" (onbetamelijk) karakter is. Geen postkantoor mag het aan-

nemen, geen besteller mag het bezorgen. Boete voor den verzender loopt tot \$ 5000 of tot 5 jaren hechtenis. Onder paragraaph 9909 van datzelfde hoofdstuk wordt het gebruik van de post verboden voor briefkaarten, prentbriefkaarten, enveloppen enz. die een „incedent” of onkuisch of schandelijk of onteerend of vuil karakter dragen hetzij in schrift of beeld. Zie de volledige tekst der artikelen in de bijlage.

De heer CHARLES L. HOOVER, Amerikaansch Consul Generaal te Amsterdam, was zoo vriendelijk mij ook zijn gedachte hieromtrent mee te deelen. Hij schreef, dat „hoewel het woord „blasphemy (Godslastering) in de desbetreffende Amerikaansche wetsartikelen niet genoemd wordt, het toch zeer waarschijnlijk is, dat veroordeeling zou volgen op grond van bedoelde wetsartikelen, welke een geheele reeks geschriften van het gebruik van het postverkeer uitsluiten, daar een geschrift dat godslasterlijke taal bevatte, *zeker* beschouwd zou worden te vallen onder de term van „incedent” (onbetamelijk) in de wet vermeld”. Welnu zóó behooren ook wij een wet te hebben welke strafbaar stelt de uitgave van periodieken of andere litteratuur die God, of den godsdienst, of de H. Schrift, of de inhoud daarvan, op ergerlijke wijze aantast, maar ook welke strafbaar stelt de *verspreiding* van zulke litteratuur. En de Staat behoort zulke periodieken of andere litteratuur van het gebruik van den postdienst *uit te sluiten*.

*De Christelijke Staat verspreide geen het Christendom verguizende litteratuur.*

#### V. *De zedelijkheid.*

Ik kom nu tot het terrein van de zedelijkheid. En ik begin wederom met te erkennen dat ook hier reeds iets, ja veel gedaan is, om de stelselmatige verruwing en zedelijke ontaarding der natie tegen te gaan. In het bovengenoemd werk *Nederlandsch Bestuursrecht* vindt men op p. 429 e.v. een leerzaam hoofdstuk van Mr. J. W. NOTEBOOM over „Goede Zeden”. Daarin wordt een kort overzicht gegeven van wat alzoo in de laatste jaren op dit terrein door den wetgever werd tot stand gebracht. Terecht wordt daarin gezegd, dat voor ons volk als maatstaf des rechts rekening gehouden moet worden met de beginselen van *Christelijke* religie en zedeleer. Dit werd, zoo deelt hij mede, bij de behandeling van de zedelijkheidswet (1910) duidelijk door den minister REGOUT uitgesproken (a. w. p. 431). Het Christendom bepaalt voor ons land wat zedelijk en onzedelijk is. De wet wil

deze handhaven zoowel om bescherming van onze rechtsgoederen als om de eischen van het algemeen belang. Ook erkennen we met dankbaarheid het ontstaan van de wet tot bestrijding van de zedelijke en maatschappelijke gevaren van de bioscoop (wet van 14 Mei 1926, gewijzigd 24 December 1927). Men vindt daarvan eveneens een beschrijving in genoemd artikel van Mr. NOTEBOOM in *Nederlandsch Bestuursrecht*. Eveneens van de wettelijke bepalingen op tooneelcensuur (a. w. p. 449).

Maar toch blijft bij dit alles de vraag, of onze tegenwoordige wetgeving de vereischte kracht bezit om den stroom van zedeverwildering tegen te gaan. Niet, dat wij het ook hier allereerst en alleen van de Strafwet zouden verwachten. We weten dat evenzeer als we dat bovenaangevoerd hebben voor het geestelijke, zoo hier voor het *zedelijke leven* een allereerste roeping ligt voor individueelen arbeid, en voor dien van het Christelijk gezin, en der Kerk. Maar *daarnaast* is er plaats voor strengere wetgeving tegen de zedelijke ontaarding der natie. De nog steeds het Christelijk karakter der natie kwetsende Staatsloterij, de erkenning van den Neo-Malthusiaanschen Bond, de vrije adverteering van dien Bond en van zijn arbeid, het openlijk aanprijzen van het „kameraadschappelijk huwelijk”, de verspreiding van litteratuur op dat terrein, met name ook het strandleven onzer dagen — vertoonen steeds meer de verwildering der zeden. En ook hier gaat het weer over veel dat door plaatselijke ordeningen kan tegengegaan worden, naar de behoefte dier omgeving, maar toch de nationale wetten behooren hier richting te geven. Bovendien zijn tal dezer zaken van nationale strekking.

In de herziene editie van het Program van Beginzelen der Antirev. Partij heet het onder art. IV, dat de Overheid als Dienaresse Gods gehouden is tot verheerlijking van Gods Naam en diensvolgens ook zich te onthouden heeft van maatregelen die er toe kunnen leiden, dat steun verleend worde aan wat zich opzettelijk kant tegen de goede zeden. Deze nieuwe toevoeging is als het geheele artikel te zwak! Men onthoudt toch niet alleen steun aan wat zich kant tegen de openbare orde, maar men beschermt ook positief die orde en *straff* wat deze aantast. *Zóó* zal de Overheid ook positief de goede zeden beschermen en wat daar tegen ingaat op haar terrein *verbieden*.

Toegegeven, gelijk Dr. COLIJN het in de toelichting uitdrukt, dat er in het volksleven veel kan zijn waarmee de Overheid niet instemt, maar dat zij toch duldt en draagt. Zeker, zij kan niet voor alles

wetten maken. Maar als men dan ziet dat stelselmatig en excessief de goede zeden evenzeer als het Overheidsgezag, de openbare orde en de godsdienst ondermijnd worden, waarom zou men dan wel wetten maken tegen het publiek neerhalen daarvan en niet tegen een dergelijke Moscovitische ondermijning der zeden? Waarom zal de minister wel in studie nemen om vereenigingen en vergaderingen die een opruiend karakter dragen te verbieden, en vereenigingen die blijkens haar statuten of gebleken praktijken een zede-ondermijnd karakter dragen rustig haar verwoestend werk laten volvoeren? De Christelijke Staat mag *dergelijke* verwildering der zeden niet dulden.

Dat voorts ook hier uitsluiting van het gebruik van den postdienst, naar het Amerikaansche voorbeeld, plaats zou moeten hebben, is dunkt mij, niet meer dan een rechtmatige eisch.

Het bezwaar, dat men zoo het Christelijke als een last oplegt aan niet-Christenen, behoeft hierbij niet te gelden. Aan dat bezwaar ontkomt men toch niet. De godsdienstige betuigingen in de grondwet, in de troonrede, op de munt en zoo vele meer — worden alle aan de natie „opgelegd”.

In de maatschappij worden de regelen aangewezen door de normalen en niet door de abnormalen, door de zienden en niet door de blinden. De Overheid maakt nu ook reeds regelen. Ze moet een huwelijks-regeling maken. Ze kon dit doen in Christelijken zin of in niet-Christelijken zin (FABIUS spreekt van „anti-Christelijken zin”) ze deed het ten onzent in *Christelijken* zin. Ze moet een regeling voor den Rustdag maken, ze moet dit doen in den zin der scheppings-ordinantie (7e dag) of in Christelijken zin. Ze koos den Christelijken *Zondag*. Ze moet de algemeen erkende Christelijke feestdagen erkennen of niet erkennen. Ze *erkende* ze. En zoo kan men doorgaan.

In het kort dus behoort het Christenvolk te staan naar wetten, waarbij op geestelijk en zedelijk terrein gestuit wordt dat wat op excessieve wijze (om de terminologie gebruikt in de discussies in ons Parlement bij behandeling der wet tegen de opruiing, of bij de wet DONNER te gebruiken) publiekelijk tegen God, Zijn Woord en den godsdienst ingaat en wat de Christelijke zede schendt. De Overheid heeft zulks te doen om *Gods* wille. En om des *volks* wille.

## VI. *Het onderwijs.*

Tenslotte het *Onderwijs*. De Openbare School zoolang ze nog be-

staat. Ze is een openbare instelling. Waarin nog bijna de helft van de kinderen der natie onderwezen wordt. En nu weet ik het, dat hier een groot probleem ligt. Maar we zullen naar oplossing ook van dat probleem staan. Naar oplossing in den *historischen* weg waarin God naar Zijn bestel ons volk geleid heeft. En deze is, dat de openbare school als Christelijke school voor heel de natie moest losgelaten worden. Om erger te voorkomen. <sup>12)</sup>

De zoogenaamd neutrale school werd aanvaard, opdat de openbare school niet zou worden een instrument van het ongeloof. Sinds werd de oplossing gezocht in den weg: de school aan de ouders; de bijzondere school regel, de openbare aanvulling. Maar desnietteenstaande gaat thans na 70 jaren nog bijna de helft van de kinderen der natie naar de openbare school. En daar is geen gezicht op dat dit vooreerst anders zal worden. Moet nu de *Christelijke* Staat, zoover hij onderwijs geeft of laat geven, en zoolang hij dit doet, een *godsdienstloos onderwijs geven*? Hij eischt *Christelijke* deugden zonder Christus! En is menige openbare school niet precies geworden wat GROEN zag aankomen? En niet wilde. Ook toen hij het beginsel der neutraliteit noodgedwongen aanvaardde.

Ook het „Program van Beginselen der Antirev. Partij” zoekt deze absolute neutraliteit in het onderwijs te handhaven. <sup>13)</sup> Een onbegonnen zaak! Indien zulk een neutraliteit al bestond, dan zou juist zij de grootste factor zijn om de natie te ontkerstenen. Het is wel uitgekomen wat GROEN er van voorspelde.

De neutraliteit aanvaard, zegt GROEN „mits Uwe godsdienstloosheid, die straks in een godloochenend modernisme, het nec plus ultra van haar ontwikkeling bereikt, niet een opgelegde godsdienst van Staat zij” (Zie Mr J. W. NOTEBOOM in A.R. Staatkunde, Oct. 1927, p. 425).

Let er op, die neutraliteit van de openbare school was bij GROEN geen *beginsel* of een negatiefheid uit zijn stelsel voortgekomen, maar daar lijnrecht tegen ingaande. Zij was bij hem *noodgedwongen*.

Het neutraliteitsbeginsel is niet te handhaven, zoo schreef in 1910 de heer LENS ten opzichte van de openbare school. (Ons Tijdschrift Sept. 1910). Hij deelt mede dat reeds in 1889 niemand minder dan de bekende Mr. S. VAN HOUTEN zich tegen de absolute neutraliteit der openbare school verzette. Ze is geworden wat GROEN er van geprofeeteerd heeft: een instrument tot ontkerstening der natie.

Als daar in Amsterdam van 800.000 mensen een 700.000 niet

meer ter kerk komen, dan ligt daar een oorzaak. De openbare school is ongetwijfeld één van de oorzaken. Ze voedt op voor sport en uitgaan op den Zondag, maar niet voor kerk en godsdienst.

In 1879 waren er volgens Dr. KUYPER „uiterst weinig” zoogenaamde atheïsten. Na aftrek van Darbisten en andere Christelijke kringen kwamen er op de bevolkingsregisters als niet behorende tot eenig kerkgenootschap „hoogstens een twee of een drie honderd personen” voor. Wel zouden er nog „atheïsten” in de kerkgenootschappen schuilen, maar Dr. KUYPER geloofde niet, „dat dit aantal aanmerkelijk” was. Over het algemeen beleeft „de natie als organisme in haar algemeene begrippen zoowel van zedelijkheid als van religie den levenden God” (zie de aanhalingen bij Mr. G. M. DEN HARTOGH „Antirevolutionaire Staatkunde”, Mei 1927, p. 190).

Inderdaad, wel zijn de tijden veranderd! Thans zijn er naar de statistiek 1.144.393 met de Kerk gebroken hebbende personen. „De Vrijdenker” (4 Nov. 1933) beroemt zich er op dat naast deze openlijke ongeloovigen” er „in werkelijkheid *veel meer* zijn”. Ik geloof, dat ik niet misga als ik naast andere factoren de z.g. neutrale openbare school mede schuldig verklaar aan dit treurig resultaat van geestelijke ontaarding van het sinds dien opgewassen geslacht.

Waar moet het heen als de openbare school vooreerst blijvende en zóó blijvende aldus voortgaat met de ontkerstening der natie?

Wat dan? Dat is hier de vraag. Een vraag die wij in ons land, als gezegd, hebben te beantwoorden in den *historischen weg*, in een weg, waarin God onzen schoolstrijd geleid heeft. In andere landen moge de gang van zaken anders geweest zijn, b.v. handhaving van een zeker Christelijk karakter der openbare school, in ons land werd een *anderen* weg ingeslagen en naar de historische ontwikkeling hebben we dien weg thans te volgen. En die weg wordt ook door het nieuwe Unierapport weer aangegeven. Het rapport spreekt van: „Het van Overheidswege te verschaffen onderwijs zij aanvulling van de werkzaamheid der vrije maatschappelijke instanties en worde mitsdien slechts daar ter hand genomen of voortgezet waar deze niet in staat zijn het volksonderwijs voldoende te verzorgen of in deze verzorging te kort schieten. Waar onderwijs van harentwege verschaft wordt, bevordere de Overheid op onpartijdige wijze het overnemen van deze werkzaamheid door de vrije maatschappelijke instanties en trede zij terug, zoodra de verzorging van het onderwijs aan die instanties kan worden overgelaten.”

Deze weg behoort *consekwent* afgelopen te worden. We moeten komen tot *opheffing* der *Openbare School*. De *ouders* behooren bij de wet verplicht te worden om te zorgen voor het onderwijs hunner kinderen, d. i. om schoolverenigingen op te richten. Naar eigen geestelijke kleur en richting. Mits er niet geleerd worde iets contra Deum aut bonos mores. Er is wel een leerplichtwet, waardoor de ouders verplicht worden hun kinderen naar school te *zenden*, *consekwent* is het dan ook aan de ouders op te dragen, met staatshulp, voor een *onderwijsinrichting* te *zorgen*.

Bovendien werden reeds eenigermate de beginselen voor zulk een oplossing door den wetgever gegeven. Zie hier:

Art. 20 der Lager-Onderwijswet van 1920 zegt: „Aan elke openbare lagere school of aan openbare lagere scholen van dezelfde soort in een gemeente, wordt een oudercommissie verbonden. Bij algemeenen maatregel van bestuur worden de inrichting, de samenstelling, de bevoegdheden en de wijze van verkiezing geregeld, den Onderwijsraad gehoord.”

In het bekende werk van LABAN en LIGTVOET over de lager-onderwijswet van 1920<sup>14)</sup> lees ik dienaangaande in hoofdzaak het volgende. Dat dit artikel, bij amendement in de wet gebracht, een band bedoelt te leggen tusschen de ouders der schoolgaande kinderen en de school. Daar waren — zoo wordt ons daar meegedeeld, drie amendementen voorgesteld, alle drie bedoelende de instelling van oudercommissiën. Het amendement-KOLTHER wilde aan deze commissiën vrijwel alle rechten der gemeentebesturen opdragen. Het amendement-OSSENDORP wilde daarentegen in de wet vastleggen de bevoegdheid der gemeentebesturen om de oudercommissiën in te stellen. Het amendement-KETELAAR stelde in een drietal artikelen een uitgewerkte regeling voor omtrent de inrichting en taak dezer commissiën. In de discussie werd het amendement KETELAAR gewijzigd en door den minister overgenomen. En vormt thans art. 20 der wet. Blijkens de toelichting van den heer KETELAAR achtte hij het zeer gewenscht, dat er een band kwam tusschen de ouders der schoolgaande kinderen en de openbare school. En wel vooral om twee redenen. Vooreerst omdat volgens vele onderwijzers de ouders niets met de school te maken hebben, en ten andere omdat er vele ouders zijn voor wie het goed is beter op de hoogte te komen van hetgeen in de school gedaan wordt, en in een goede school behoort gedaan te worden. *De voorsteller wilde aan de ouders een zekere besturende macht over de school geven*<sup>34)</sup>.

(Cursiveering van mij, v. L.). De commissiën moeten de verbindende schakel zijn tusschen de ouders en het onderwijzend personeel. De leden dezer commissiën hebben toegang tot de school. De onderwijzers zullen alle inlichtingen moeten verschaffen, terwijl de commissie de wenschen der ouders in het algemeen aan het personeel overbrengt. Ter bereiking daarvan wenschte hij aan de hier en daar reeds ingevoerde ouderavonden wettelijke sanctie te geven, door aan de commissiën het recht te geven de ouders bijeen te roepen en den onderwijzers den plicht op te leggen die bijeenkomsten bij te wonen.

Al zijn deze denkbeelden niet in de wet opgenomen, er blijkt toch genoegzaam uit wat de bedoeling bij de instelling der oudercommissiën was.

Bij Koninklijk Besluit van 31 December 1920 werd de inrichting, de samenstelling, de bevoegdheden en de wijze van verkiezing der oudercommissiën geregeld.

Het is niet mijn bedoeling op het K. B. omtrent deze „vertegenwoordiging” van de ouders der schoolgaande kinderen nader in te gaan. Evenmin op toepassingen van dit artikel der wet, dus op de klachten in het „Weekblad voor Gemeentebelangen” (23 Juni 1922) over het weinig omljnde van de positie der oudercommissies<sup>15)</sup> of klachten over haar treden op het terrein der commissie van toezicht, of over wat al of niet door de oudercommissie besproken mag worden. Genoeg zij, dat de bedoeling van het artikel is een „aankweken van een band tusschen gezin en school”. En ook, dat deze oudercommissies niet als een wassen neus beschouwd en behandeld moeten worden. Het hoofd der School is toch blijkens art. 10 van genoemd K. B. *verplicht*, zoo B. en W. hem zulks gelasten, den voorzitter der oudercommissie tot de school toe te laten, zoo diens komst verband houdt met wat op den vorigen ouderavond besproken is, of op den volgenden besproken zal worden.<sup>16)</sup> Deze voorzitter heeft het recht aan het hoofd schriftelijke of mondelinge vragen te doen op de geheele school betrekking hebbende, of aan andere leden van het onderwijzend personeel dergelijke vragen te doen op het onderwijs in zijn klasse betrekking hebbende. De onderwijzers zijn verplicht de vragen te beantwoorden in den vorm waarin zij gedaan zijn.<sup>17)</sup>

*In deze lijn ga men nu verder.* En wanneer dan van een zijde die zeker niet de anti-revolutionaire genoemd kan worden, bij de voorstelling van dit art. 20 der Lager Onderwijswet van 1920 reeds de ge-



dachte uitgesproken werd, dat aan de oudercommissies een zeker besturende macht over de school gegeven zou worden, dan is de stap niet zóó groot om *alle bestuur* over de school aan de ouders te geven, onder zekere noodzakelijke restricties. Dus om de openbare school aan de *ouders* te geven. Dat is de *openbare school op te heffen*. En evenzeer als de ouders door de leerplichtwet verplicht worden hun kinderen naar school te *zenden* — evenzeer zouden de ouders verplicht kunnen worden bij de wet zulk een school op te richten. Tusschen beide zaken is principiëel geen verschil.

De ouders zouden dan, — ik herhaal om misverstand te voorkomen, — een school kunnen oprichten waar het onderwijs in de door hen begeerde richting gegeven werd. Mits een richting niet ingaande tegen de wettelijke orde, godsdienst en gezag.

Zoo verdween heel de openbare school. Men had dan geen bijzondere noch openbare school meer. Alleen Christelijke en neutrale scholen.

Alleen daar waar de ouders in gebreken zouden blijven zulk een eigen school op te richten zou een „overheidsschool” kunnen komen. En op deze overheids- of aanvullings- of straf-scholen (straf voor de ouders die nalatig zijn voor hun kinderen in dit opzicht te zorgen) zou de Christelijke Overheid een zekere mate van Christelijk onderwijs moeten geven.

Zóó kwamen we aan een zuivere doortrekking van het beginsel van de Christelijke Overheid en haar taak. En hebben wij in elk geval niet meer het knagende en onlogische, dat een Christelijke Overheid zg. „neutraal” onderwijs geeft, dat is onderwijs waar God en godsdienst uitgeschakeld zijn.

De vraag, of dit thans te bereiken is — is weer van anderen aard. We hebben bij het bovenstaande in elk geval een oplossing waar we op aan kunnen sturen. En die, gezien de bovenvermelde stemmen voor de oudercommissiën niet onbereikbaar lijkt. Een oplossing geheel in de lijn van het Unierapport. Laat ons er *met spoed* op aansturen.

De vraag, of hiermede nu iets bereikt wordt voor wat het hoofdoel van dit geschrift beoogt, namelijk de ontkerstening der natie tegen te gaan; en of, als de school tot op zekere hoogte geheel aan de ouders overgegeven wordt, de ontkerstening nog niet erger zal worden — kan in dien zin beantwoord worden, dat de strijd voor de Christelijke school zuiverder komt te staan. Men zal dan geen openbare en geen bijzondere school meer hebben. Maar alleen Christelijke en neutrale school.

En ten andere is het percentage — vooral ten plattelande — nog zeer groot van hen, die zeker Christenen willen genoemd worden, maar toch hun kinderen weigeren te zenden naar de *bijzondere* Christelijke school. Een aanmerkelijk gedeelte van wat nu *openbare* scholen zijn zal zeker omgezet worden in positief Christelijke scholen.

### VII. *De Staatsambtenaren.*

Ten slotte een woord over de *Staatsambtenaren*. Dat alle burgers deel kunnen hebben aan de uitoefening van Staatsambten, wat ook hun levensovertuiging moge wezen, spreekt vanzelf. Dat is trouwens in de Grondwet gewaarborgd. Dat geldt ook voor den Christelijken Staat. Alleen maar — en hier haal ik met nadruk een woord van GROEN VAN PRINSTERER aan — „Evenwel nooit mag te hunnen behoeve (Joden en ongeloovigen v. L.) de Staat van het *Christelijke*, dat is, van het *nationale* beginsel worden beroofd . . . Met dien verstande, dat de Staat geenszins te hunnen behoeve, de Christelijke eigenaardigheid prijs geeft . . .” „Onder voorwaarde van eerbiediging der Protestantsche eigenaardigheid van den Staat. Politieke gelijkstelling, geen *état athée*.” (FABIUS a. w. p. 71). Ook dit heeft de Christelijke Staat in acht te nemen. Hij zie toe op het geestelijk en zedelijk karakter zijner ambtenaren, opdat geen openbare lasteraars van God, van godsdienst en zede het karakter zijner instellingen verderven.

Dat heeft hij ook te doen voor het behoud der natie zelve. Niet alleen, dat zonder godsdienstigen grondslag geen orde en geen zede bestaan kan, maar hij heeft het in acht te nemen ook voor zijn eigen bestaan. „De Staat moet Christelijk zijn — of ondergaan in den klassenstrijd” (FABIUS t. a. p.).

### VIII. *Slot.*

Wij leven in een allergeweldigsten tijd.

Waarin de dingen zich snel ontwikkelen.

Waarin beginselen om consequente toepassingen roepen.

Wij zullen daarom niet te conservatief zijn. Dit is een gevaar bij ons.

Het Christendom heeft voor zijn leven te vechten. Het is voor het Christendom een *er op* of *er onder*.

Er is voor ons maar één weg open. Die van niet te aarzelen, maar met *alle* kracht het Christelijk beginsel weer naar voren te brengen. *Ook in den Staat*. En op zijn terrein. We zijn *nóg* een Christelijke

Staat. Zóó doorgaande zal dit weldra niet meer zoo zijn. Met halve maatregelen gaan we smadelijk onder.

Door het communisme of door het Staats-absolutisme.

Omdat de Staat zijn Christelijk karakter inboette.

Mede door onze traagheid.

God forbid!

1) Verslag uit de N. Rott. Crt. van 7 Febr. 1934 (Ochtendblad C).

2) Invloed van particulieren of maatschappijen op de Overheid voor verleenng van voor hen voordeelige contracten.

3) Bekend is het feit, dat een communistische vergadering gehouden werd, z.g. besloten, maar ieder die wilde kon binnenkomen en lid worden van de club, waar men voor 25 ct kon spuwen op een beeltenis van Jezus.

4) Zie KUYPER Ons Program, 4e ed. pag. 68—73.

5) KUYPER t. a. p.

6) KUYPER, Ons Program, 4e ed., p. 81, 97, 98. Mogelijk is dit de oorzaak voor het misverstand waarop Prof. GROSHEIDE in *Noord-Holl. Kerkblad* (2 Maart 1934) wijst, als hij zegt, dat onder ons nog telkens het misverstand opkomt, dat de Overheid niet gebonden is aan de goddelijke zedewet welke de Heere ons in zijn Woord geopenbaard heeft.

7) Zie ook Mr. G. M. DEN HARTOGH: Dr. A. KUYPER's standpunt inzake de verhouding van de Overheid tot de natuurlijke Godskennis enz. in *A. R. Staatskunde*, Mei 1927, p. 194—196.

Volgens „Ons Program”, dus KUYPER'S eerste periode, mag „in staatsrechtelijken zin de Overheid zich slechts *negatief* ten opzichte van het Evangelie gedragen” (p. 97, 98) „in de natuurlijke godskennis actief in de geopenbaarde passief” (a. w. p. 81). Daaruit volgt dan ook de conclusie „dat men ook een vereeniging van geestverwanten tot zulk doel (*bestrijding* van het Evangelie) moet vrijgelaten worden. Ja, al wilde zich een kerk van atheïsten vestigen, men zou ze moeten laten begaan... geen preventie of repressie. Men late groeien wat groeien wil en kan” (a. w. p. 88). Het is duidelijk hoe KUYPER, die destijds voor zijn eigen vrijheid strijden moest, tot zulke uitspraken kwam. Al vind ik het jammer. Doch hij werd er, evenals GROEN tot zijn neutraliteitsstandpunt in de school, door zijn vijanden toe gedrongen. Maar in geen geval mag dit negatieve standpunt, dat zich in hoofdzaak bepaalde tot het den vrijen loop laten aan het Evangelie, waarmede wij het vanzelf van harte eens zijn, nu nog als regel gelden. Omdat hij 30 jaren later klaarder zijn gevoelens uitsprak. Daarom is het ook jammer, dat dit negatieve standpunt inzake den godsdienst nog altijd in het program van beginselen der a. r. partij, ook in de laatste herziene editie, staan bleef.

De nawerking van KUYPER'S negatief standpunt van Overheidsplicht tegenover den godsdienst is nog duidelijk te bemerken ook in de nieuwe herziene editie van het „Program van Beginselen der A. R. Partij”. Art. IV luidt als volgt:

„De Overheid, zoo leert ze, is als dienseresse Gods gehouden tot verhaarlijking van Gods Naam en behoort diensvolgens *a.* uit bestuur en wetgeving alles te verwijderen wat den vrijen invloed van het Evangelie op ons volksleven belemmert; *b.* alle kerken of godsdienstige vereenigingen en voorts alle burgers, onverschillig welke hun belijdenis aangaande de eeuwige dingen zij, te behandelen op voet van gelijkheid; zich te onthouden van maatregelen, die ertoe kunnen leiden, dat steun wordt verleend aan wat zich opzettelijk kant tegen de openbare orde en de goede zeden; *d.* zichzelf, als daartoe in volstrekten zin onbevoegd, te onthouden van elke rechtstreeksche bemoeiing met de godsdienstige

ontwikkeling der natie; en *e.* in de consciëntie, voor zoover die het vermoeden van achtbaarheid niet mist en haar uitspraak geen afbreuk doet aan de vervulling van de noodzakelijke Overheidstaak, een grens te erkennen voor haar macht”.

Ik vraag: Waarom hier niet hierin een zinsnede van „zich te stellen tegen wat zich kant tegen den godsdienst”? En is „*zich onthouden* van maatregelen die er toe kunnen leiden dat steun worde verleend aan wat zich opzettelijk (daartegen) kant voldoende? Voldoende in *onzen* tijd? Ik vraag verder: Is de zinsnede, dat de Overheid „zich zelve, als daartoe in volstrekten zin onbevoegd, te onthouden van *elke* rechtstreeksche bemoeiing met de godsdienstige ontwikkeling der natie „in onzen tijd waarin het gaat om een *ongodsdienstige* ontwikkeling der natie” voldoende? Kan in een Christelijken Staat de Overheid lijdelijk toezien dat de Christelijke godsdienst, het fundament voor het leven van dien Staat, bespot wordt? Behoort dat laatste ook niet tot het lasteren van Gods Naam in den breeden zin van het woord? Dit artikel behoorde gewijzigd te worden.

<sup>8)</sup> KUYPER, Gemeene Gratie p. 190.

<sup>9)</sup> Zie Mr. J. W. NOTEBOOM in *A. R. Staatskunde*, Mei 1927.

<sup>10)</sup> Zie mijn artikel „Christelijke Politiek in Amerika” in *A. R. Staatskunde*, December 1933. Ik heb het oog op die vele uitspraken waarin het Christendom of de Christelijke religie als deel van de common law worden aangemerkt. En dies beschermd worden. Ik had er meer kunnen aanhalen, maar de daar aangehaalde zijn duidelijk genoeg.

<sup>11)</sup> KUYPER vereenzelvigde ten onrechte het Puritanisme met het Calvinisme (zie zijn *A. R. Staatskunde*, I, p. 349 en v.v., 444 en v.v., 705 en v.v.). Over het verschil tusschen die beide zie men o. a. Dr. R. BRONKEMA „The Essence of Puritanism”, 1929, p. 153 en passim. Zie ook mijn artikel „Christelijke Politiek in Amerika” in *A. R. Staatskunde*, December 1933.

Ook is Dr. KUYPER'S waardeering voor het werk van DOUGLAS CAMPBELL (KUYPER a.w. p. 708) niet in overeenstemming met de daadwerkelijke waarde van dat werk. Welke uitnemende zaken het moge bevatten, het is voor elken kenner duidelijk, dat CAMPBELL overdrijft, misleid door zijn anti-Engelsche gevoelens. In Amerika zal dan ook geen wetenschappelijk man hetgeen in dit werk gezegd wordt, voetstoots overnemen.

<sup>12)</sup> Zie Mr. J. W. NOTEBOOM in *A. R. Staatskunde*, orgaan van de Dr. A. Kuypersstichting, Oct. 1927, p. 425.

„Zoogenaamd” zoowel omdat neutraliteit niet mogelijk is op dit terrein, als ook dat het woord „neutraal” zelf niet in de wetgeving voorkomt (zie Mr. J. W. NOTEBOOM in *A. R. Staatskunde*, Juni 1928, p. 286—287.

<sup>13)</sup> Het artikel van het Program der Antirev. Partij luidt: „Artikel XIII. Zij wil, dat de Staat (voor zoover instentenis van veerkracht bij de burgerij hiertoe niet noodzaakt) het beginsel laten varen, alsof de Overheid geroepen zou zijn, om van harentwege onderwijs te doen geven; voorkome dat de overheidsschool voor zoover noodig, tot propaganda van godsdienstige of tegen den godsdienst gekeerde begrippen misbruikt worde; en alzoo aan alle burgers, onverschillig welke hunne godsdienstige of opvoedkundige zienswijze zij, inzake het onderwijs gelijke rechten gunne. Haar devies blijft, dat de Vrije School regel moet zijn, en dat de Openbare School niet anders mag zijn dan aanvulling.

Voorts behoort het beginsel van vrijheid ook bij het Middelbaar en Hooger Onderwijs tot verdere ontwikkeling te komen.”

<sup>14)</sup> P. LABAN en J. C. LIGTVOET, *De Lager Onderwijswet 1920*, 2e ed., dl I, pag. 233, 234.

<sup>15)</sup> LABAN en LIGTVOET, a.w., I p. 234.

<sup>16)</sup> LABAN en LIGTVOET, dl. II, pag. 75 en v.v.

<sup>17)</sup> LABAN en LIGTVOET, dl. I, pag. 237.

**BIJLAGE.**UNITED STATES STATUTES.  
CRIMES.

*Paragraph 9908. Obscene or abortion matter.* — Every obscene, lewd, or lascivious, and every filthy, book, pamphlet, picture, paper, letter, writing, print, or other publication of an indecent character, and every article or thing designed, adapted, or intended for preventing conception or producing abortion, or for any indecent or immoral use; and every article, instrument, substance, drug, medicine, or thing which is advertised or described in a manner calculated to lead another to use or apply it for preventing conception or producing abortion, or for any indecent or immoral purpose; and every written or printed card, letter, circular, book, pamphlet, advertisement, or notice of any kind giving information directly or indirectly, where or how, or from whom, or by what means any of the herein-before-mentioned matters, articles, or things may be obtained or made, or where or by whom any act or operation of any kind for the procuring or producing of abortion will be done or performed, or how or by what means conception may be prevented or abortion produced, whether sealed or unsealed; and every letter, packet, or package, or other mail matter containing any filthy, vile, or indecent thing, device, or substance; and every paper, writing, advertisement, or representation that any article, instrument, substance, drug, medicine or thing, is hereby declared to be nonmailable matter and shall not be conveyed in the mails or delivered from any post-office or by any letter carrier. Whoever shall knowingly deposit, or cause to be deposited for mailing or delivery, anything declared by this section to be nonmailable, or shall knowingly take, or cause the same to be taken, from the mails for the purpose of circulating or disposing thereof, or of aiding in the circulation or disposition thereof, shall be fined not more than five thousand dollars, or imprisoned not more than five years, or both. And the term „indecent” within the intendment of this section shall include matter of a character tending to incite arson, murder, or assassination. (C. C. Par. 211; R. S. Par. 3893; Acts July 12, 1876, c. 186, Par. 1, 19 Stat. 90; Sept. 26, 1888, c. 1039, Par. 2, 25 Stat. 496; May 27, 1908, c. 206, 35 Stat. 416; March 4, 1909, c. 321, Par. 211, 35 Stat. 1129; March 4, 1911, c. 241, Par. 2, 36 Stat. 1339.)

*Paragraph 9909. Libelous and indecent wrappers or envelopes.* All matter otherwise mailable by law, upon the envelope or outside cover or wrapper of which, or any postal card upon which, any delineations, epithets, terms, or language of an indecent, lewd, lascivious, obscene, libelous, scurrilous, defamatory, or threatening character, or calculated

by the terms or manner or style of display and obviously intended to reflect injuriously upon the character or conduct of another, may be written or printed or otherwise impressed or apparent, are hereby declared non-mailable matter, and shall not be conveyed in the mails nor delivered from any post-office nor by any letter carrier, and shall be withdrawn from the mails under such regulations as the Postmaster-General shall prescribe. Whoever shall knowingly deposit or cause to be disposed, for mailing or delivery, anything declared by this section to be nonmailable matter, or shall knowingly take the same or cause the same to be taken from the mails for the purpose of circulating or disposing of or aiding in the circulation or disposition of the same, shall be fined not more than five thousand dollars, or imprisoned not more than five years, or both. (C. C. Par. 212; Acts June 18, 1888, c. 394, Par. 3, 25 Stat. 187; Sept. 26, 1888, c. 1039, Par. 1, 25 Stat. 496; March 4, 1909, c. 321, Par. 212, 35 Stat. 1129.)

---

---

---

# EEN „CATECHISMUS VAN HET ANTI- REVOLUTIONAIRE GELOOF” UIT 1853 EN DE SCHRIJVER DAARVAN

DOOR

MR. B. DE GAAY FORTMAN.

Toen GROEN VAN PRINSTERER het academisch proefschrift van KOORDERS kreeg, was hij verlegen wat te doen. 1) Hij schreef dit aan Prof. DE GEER van Jutfaas 2) en voegde daaraan toe: „Dit zal U, bij de herinnering aan de onaangenaamheden door U en mij in de zaak van R. ondervonden, niet bevreemden.” KOORDERS was niet de eerste kampvechter voor de antirevolutionaire beginselen, aan de Utrechtsche hoogeschool opgeleid. Men heeft het wel doen voorkomen, alsof daar een soort antirevolutionaire school gevormd was. Aldus meen ik althans te moeten verstaan de woorden, waarmee Mr. A. DE PINTO in Themis van 1854<sup>3)</sup> begint zijn ongunstige beoordeeling van *De zoogenaamde heerlijke regten, in verband beschouwd met het vierde der additionele artikelen der grondwet*, door Mr. J. E. VAN REEDE, Advocaat te Almelo, welke woorden aldus luiden: „Al weder, zoo het schijnt, een letterkundig voortbrengsel van de reactionnaire antirevolutionaire school. Althans het werk vereenigt in zich de meeste eigenaardigheden van die rigting. Het doel schijnt minder het art. 4 Add. der Grondwet te verklaren en uit te leggen, dan om het impopulair te maken. De schrijver is blijkbaar een voorstander van de heerlijke regten; hij tracht die te beschermen en te redden, zelfs in weerwil der grondwet, doch met middelen, die waarlijk somtijds meer dan zonderling zijn.”

„Al weder” — met name zal Mr. DE PINTO hierbij het oog gehad hebben op het in een vorige aflevering van hetzelfde tijdschrift door den Haagschen advocaat Mr. J. DE WITTE VAN CITTERS besproken

geschrift „*Opmerkingen over Staatsregt*; door Mr. I. J. ROCHUSSEN. Utrecht, 1854 . . . Tweede onveranderde uitgave.” 4)

Deze Mr. ROCHUSSEN was de R., in GROENS aangehaalden brief aan Prof. DE GEER genoemd. Over de „onaangenaamheden”, door den schrijver van den brief en door den geadresseerde „in de zaak van R. ondervonden” later, nu eerst over hetgeen daaraan voorafging en over het geschrift.

Mr. ISAAC JACOBUS ROCHUSSEN is dezelfde, die in de studie over „Mr. J. W. GEFKEN 1807—1887” genoemd is „de gemankeerde landdrosst ROCHUSSEN.” 5) Ik meende destijds, 6) dat hij was een zoon van den oud-gouverneur-generaal, minister en conservatief Kamerlid JAN JACOB ROCHUSSEN (1797—1871). Daarbij was ik afgegaan op een brief van dezen aan GROEN VAN PRINSTERER, 7) waarin hij meedeelt, dat het epistel wordt overgebracht door een zoon, waarop volgt: „Mogt . . . Uweledg. hem toespreken dan ben ik nieuwsgierig bij gelegenheid te vernemen of Uweledg. in hem den Thorbeckiaan of den antirevolutionair zal hebben herkend.” Het blijft mogelijk, dat een der zonen van den minister antirevolutionair is geweest, zeker is dat hij niet de schrijver der *Opmerkingen over Staatsregt* is geweest.

Deze was een neef van den minister. Veelbelovende zoon van een „in verachterde omstandigheden” geraakten vader, hadden eenige leden der familie besloten hem voor hun rekening te laten studeeren met de bedoeling, dat hij na zijn promotie in de rechten te Delft zou worden opgeleid voor den Indischen dienst. Zoo werd hij 23 September 1848 te Utrecht ingeschreven als student, met de aantekening „Roterodamensis” en „Probatus testimonio Collegii Regii d. 3. Aug. 1848”. Sedert een jaar was daar toen professor Jhr. Mr. B. J. LINTELO DE GEER VAN JUTFAAS hoogleraar in het Romeinsche recht.

Onder diens invloed vooral is ROCHUSSEN van gedachten veranderd. Voor het eerst in 1852 volgens de lijsten der aanwezigen bezocht hij de halfjaarlijksche bijeenkomsten der „Christelijke vrienden” te Amsterdam. Hij maakt er mee de besprekingen over de Aprilbeweging, over de afschaffing der slavernij, over onderwijs en kerk. Hij was aanwezig op de laatste vergadering, in October 1854, toen het incident CHANTEPIE DE LA SAUSSAYE—DE LIEFDE een onherstelbare breuk veroorzaakte. Vermeldingswaard is wat hij over deze vergadering aan Prof. DE GEER schreef: „Ze was niet onbelangrijk. Tot het houden eener meer uitsluitend Hervormde vergadering, zonder de bestaande



meer algemeen Christelijke te doen vervallen, is besloten. — Er was meer samenwerking van de zijde van predikanten dan vroeger. Twee zaken echter hinderden mij althans. Vooreerst een vrij sterke clericale geest bij de predikanten, die zich bij alle groote en kleine zaken duidelijk vertoonde, en door eene onvoorzigtigheid van DE LIEFDE, die op eene ongepaste wijs hetgeen in den grond der zaak voor een gedeelte zeker niet onjuist was, uitsprak, zich als clericale ligtgeeraaktheid openbaarde. — Ten tweede het zorgverwekkend uiterlijk van den Heer GROEN. De achtingswaardige man kwam mij voor in een korten tijd zeer verouderd te zijn. Hij was grijzer en zijne trekken waren minder sprekend geworden. En hoewel hij levendig, wakker en gevat als naar gewoonte was, had hij toch eene zekere zachtheid, iets weemoedigs maar toch kalms, dat mij verontrustte.”<sup>8)</sup> Na afloop dezer vergadering bracht ROCHUSSEN een bezoek aan DA COSTA,<sup>9)</sup> die zijn ongerustheid over GROEN deelde.

Inmiddels waren ROCHUSSENS academische studiën toen reeds beëindigd. Den 18den Maart 1853 promoveerde hij cum laude op stellingen tot doctor in het Romeinsch en hedendaagsche recht. Aan de familieleden, die zijn studiën wilden bekostigen, verklaarde hij kort daarna, dat hij liever niet naar Indië wilde. Hij had er een afkeer van, en bovendien, zoo schreef hij hen, had hij de verzekering gekregen van hen, wier richting hij gevolgd was, dat hij hier te lande door arbeid van hoofd en pen een eervol bestaan zou vinden; hij vroeg, om door den eersten moeilijken tijd heen te komen, het geld te mogen ontvangen, dat noodig zou zijn geweest voor zijn tweejarig verblijf in Delft, en ontving dat.<sup>10)</sup>

GROEN teekent aan,<sup>9)</sup> dat ROCHUSSEN advocaat in Den Haag geweest is. Als hij zich hierin niet vergist, kan dit toch nooit van lange duur geweest zijn. Al zijn brieven aan DE GEER en GROEN nagenoeg zijn in Utrecht geschreven.<sup>11)</sup>

In die plaats ook is op 30 December 1853 voltooid het geschrift, in het begin genoemd. Aanleiding tot het schrijven daarvan werd gevonden in de herhaalde aanvallen op het antirevolutionaire staatsrecht, nadat de verkiezingen, gevolgd op de Aprilbeweging, GROENS partij niet onaanzienlijk hadden versterkt. Dr. R. FRUIN schreef *Het antirevolutionaire staatsregt van Mr. Groen van Prinsterer ontvouwd en beoordeeld* en de Rotterdamsche advocaat Mr. W. SIEWERTSZ VAN REESEMA bezorgde een afzonderlijke uitgave van zijn artikelen in de

Nieuwe Rottterdamsche Courant over *Mr. G. Groen van Prinsterer en zijne leer*. Het loont de moeite, deze beide geschriften onderling te vergelijken. Daarvoor is het echter de plaats niet in dit, in de eerste plaats geschiedkundig bedoeld, opstel. Merkwaardig is beider verschillend uitgangspunt. FRUIN vindt het moeilijk om de anti-revolutionaire leer te verstaan bij gebreke van een „bevattelijken en korten catechismus van het antirevolutionaire geloof”, en heeft om zich op de hoogte te stellen alle producten der antirevolutionaire literatuur, die hij kon machtig worden, bestudeerd, waaronder GROENS *Ongeloof en revolutie* zijne voornaamste bron is. Hij behandelt wat hij noemt den bijbelschen grondslag der leer en vindt dan alleen de heiligheid der regeering en de verplichting tot vereeniging van kerk en staat door GROEN verdedigd, en daarna de historische grondslagen van het antirevolutionaire staatsrecht. SIEWERTSZ VAN REESEMA daarentegen oordeelt, dat de leer van GROEN niet nieuw en gemakkelijk aan te leeren is. Hij bepaalt zich tot de *Bijdrage tot herziening der Grondwet in Nederlandschen zin* van 1840, omdat hij daarin de practische inzichten van GROEN, die hij wil doen kennen en bestrijden, meent te vinden. Ondanks de door GROEN en de zijnen daarover geuite klachten is FRUINS geschrift m. i. waardig van toon en scherp van redeneering op het standpunt van den schrijver. SIEWERTSZ VAN REESEMA waarschuwt zelf in zijn inleiding voor de toon, waarvan hij zich bedient; hij verdedigt zich daarover hiermee, dat GROEN de gewoonte heeft andersdenkenden als revolutionairen en godloochenaars te brandmerken, waartegenover wel onpartijdigheid maar minder gemakkelijk hoffelijkheid in acht te nemen is.

Hoe GROEN zijn aanvallers te woord gestaan heeft, is bekend. Minder bekend, naar ik meen, en toch wel waard gekend te worden de wijze, waarop ROCHUSSEN de handschoen voor hem heeft opgenomen in zijn *Opmerkingen over Staatsregt*, waarvoor hij opeischt het karakter van den door FRUIN gemisten catechismus, een schets in breede trekken der antirevolutionaire beginselen van staatsrecht. Het aantrekkelijke naar den vorm van dit geschrift is, dat het als geheel niet polemisch is; waar FRUIN en VAN REESEMA rechtstreeks beantwoord worden of aan de kaak gesteld wordt de karikatuur, die zij van het antirevolutionaire staatsrecht maken, geschiedt dit in voetnoten, die desverlangd overgeslagen kunnen worden, zooals men ook het boekje zeer goed verstaan kan, zonder van de geschriften, waartegen

het gericht is, kennis te hebben genomen. Het is een stellige uiteenzetting van antirevolutionaire grondbeginselen en hun toepassing.

In de inleiding slechts worden de verwijten van FRUIN en VAN REESEMA kort saamgevat en wel aldus: het antirevolutionaire staatsrecht maakt misbruik of althans een niet oordeelkundig gebruik van den Bijbel; het huldigt het staatsabsolutisme en is met ware vrijheid in strijd; het onderscheidt Kerk en Staat niet behoorlijk van elkander; het behoort alleen thuis in een ultra-montaansche wereldbeschouwing maar is met de Protestantsche in strijd.

In vijf hoofdstukken vat ROCHUSSEN daartegen zijn betoog samen:

1. welke volgens de antirevolutionaire beginselen de grond is, waarop de staat rust, — welke de bestemming van iederen staat, de grenzen zijner bevoegdheid zijn;
2. het begrip van souvereiniteit, — de staatsmachten, — het gezag der overheid, — in hoeverre men haar gehoorzaamheid verschuldigd is, — hoedanig verzet geoorloofd kan zijn;
3. de leden en afdelingen van den staat, — de betrekkingen tusschen Kerk en Staat en de verhouding van den staat tot de kerkgenootschappen;
4. dat het antirevolutionaire staatsrecht met den Bijbel overeenkomt;
5. zijn objectiviteit in tegenstelling met de subjectiviteit der revolutionaire opvatting.

Ad. 1. Het antirevolutionaire staatsrecht gaat uit van de erkenning van een God, die den mensch geschapen heeft, hem zijn bestemming aanwijst, hem plaatst in de maatschappij, welke Hij ordent en regelt, en die ook het lot van volken en natiën regelt en bestuurt. De juistheid van dit uitgangspunt berust niet op Bijbelteksten, maar ligt in des menschen natuur, in de geschiedenis van het menschedom en van de maatschappij, en wordt bevestigd door den Bijbel.

De inrichting van den staat is overgelaten aan de vrijheid des menschen. De uiteenlopende behoeften en ontwikkeling (waaronder de godsdienst) der menschen is oorzaak van het bestaan van verschillende staten in verschillende vormen. De volmaaktheid in de inrichting van den staat zal eerst bereikt zijn, als het Godsrijk gekomen is.

Verandering in de staatsinrichting moet aangebracht worden langs den weg, door de bestaande rechtsorde aangewezen, en beheerscht worden door het streven, den staat zijn bestemming nader te brengen.

Die bestemming is de regeling en handhaving van het recht in het maatschappelijk leven. De rechtsorde moet in overeenstemming zijn met de zedenleer, maar bestrijkt een minder uitgestrekt terrein dan deze; zij laat ongemoeid het inwendige leven, waartoe de godsdienst behoort, en die uitwendige handelingen des menschen, die op den vorm van het maatschappelijk leven geen betrekking hebben. De kerk bestaat niet door den staat, zij is een zelfstandige, even oorspronkelijke instelling als de staat, met een eigen bestemming, de toebrenging der geloovigen. In haar uitwendigen vorm is de kerk onderworpen aan den staat, in zoover deze zijn roeping vervult, de maatschappelijke betrekkingen der menschen te beheerschen.

Zijdelings bemoeit de staat zich met de beschaving, de ontwikkeling der natie, de algemeene zedelijkheid, de eerbied voor Gods geboden, de stoffelijke welvaart, de geest der natie.

Nationaal gevoel ontstaat uit de den burger aan den staat bindende bewustheid van tot een geordenden staat te behooren, die in de vervulling van zijn taak bevrediging en gerustheid, welvaart en tevredenheid schenkt; het is trots op de natie en den staat, waartoe men behoort, en stelt in staat tot elke opoffering ten behoeve van dien staat.

Ad 2. De staat ontleent de tot de vervulling van zijn taak noodige macht aan God, en behoeft daartoe een hoofd, de soeverein, die de wil van den staat bepaalt binnen de grenzen van zijn bestemming, zijn inrichting en wetgeving. Dit soverein gezag is naar zijn aard ondeelbaar. De organen, die den soverein in wetgeving, regeering en rechtspraak ter zijde staan, ontleenen hun bevoegdheid aan den soverein, die den staat vertegenwoordigt tegenover de ingezetenen en het buitenland.

De wetgeving is de hoogste werkzaamheid van het soverein gezag. De medewerking van de natie in haar vertegenwoordiging bij de wetgeving berust op de menschelijke vrijheid tot inrichting van den staat en tot ordening van de verschillende maatschappelijke betrekkingen; zij dient tot waarborg, dat de staat niet buiten zijn gebied trede. Eenerzijds moet de soverein, als hoogste wil, zijn zegel hechten aan het resultaat van het onderling overleg tusschen hem en de vertegenwoordiging, anderzijds geldt die wil van den soverein niet als wet, zoolang hij in strijd is met de overtuiging der vertegenwoordiging.

Regeeren omvat de zorg voor het voortbestaan en de ontwikkeling der maatschappelijke betrekkingen, instellingen en toestanden, waartoe de soverein ambtenaren gebruikt.

Rechtspraak is de herstelling der geschonden rechtsorde door een macht, die uitsluitend aan de wet gebonden is, en in haar onafhankelijkheid een waarborg biedt tegen willekeur van den soeverein..

De vorst, in de monarchie, heeft geen onbeperkt gezag. Het „bij de gratie Gods” beteekent niet, dat de vorst van God macht gekregen heeft, om alles te doen wat hem goeddunkt — dit zou in strijd zijn met de bestemming van het vorstelijk gezag —, maar dat hij zijn gezag en de daaraan volgens de wetten van den staat verbonden rechten niet aan des menschen gunst doch aan God te danken heeft, die hem heeft doen geboren worden in het stamhuis, dat volgens de wetten des lands tot regeeren geroepen is.

De staat behoudt zijn gezag ook als hij dit misbruikt en buiten de grenzen van zijn bevoegdheid treedt. Bij strijd met het goddelijk gebod is er een zedelijke verplichting tot weigering van gehoorzaamheid, maar blijft rechtens strafbaarheid wegens inbreuk op de rechtsordening bestaan; en zelfs plichtsverzuim van den vorst met overschrijding van zijn bevoegdheid wettigt geen wederkeerig onrecht van de onderdanen; over den vorst richt geen mensch.

(Hierna volgt een uiteenzetting van de wettelijke waarborgen tegen ontaarding van de soevereiniteit in de staatsregeling, de volksvertegenwoordiging, de ministerieele verantwoordelijkheid, „de magt van den staatsraad”, en de onafhankelijkheid der rechterlijke macht.)

Ad 3. De staat moet eerbiedigen hetgeen het individu behoeft om de bestemming, het door zijn Schepper gegeven, te bereiken, en waken tegen inbreuk daarop door anderen: de burgerlijke vrijheid (recht op ongeschondenheid van lijf en leven, recht op eer en goeden naam), het vermogen om rechten te verwerven, naar aard en inhoud door de maatschappelijke stelling van het individu bepaald (vermogensrecht, familierecht).

De gemeente, de engere maatschappij in den staat, heeft een natuurlijke bestaansgrond, in de behoefte des menschen gelegen, met eigen bestemming, door den staat te eerbiedigen. De rechtsorde behoort waarborgen te geven, dat eenerzijds de staat blijft op zijn terrein, en dat anderzijds de gemeente geen inbreuk op de rechten van den staat maakt.

Prediking en eeredienst eischen regeling door den staat, die aanranding der rechtsorde moet voorkomen (geen oproer-prediking of openbare verkondiging van onzedelijke leeringen) en tevens haar onge-

hinderde uitoefening moet mogelijk maken. De rechtsgrond hiervan ligt niet in de persoonlijkheid van het individu maar in den godsdienst zelf, den band tusschen God en mensch, die niet aan den staat zijn oorsprong dankt, maar evenals de maatschappij door God tegelijk met den mensch geschapen is, en dien de staat moet erkennen. „Op het maatschappelijke gebied heerscht God middellijk door den Staat, op het godsdienstige heerscht Hij zelf onmiddellijk; bij den Christen door den Heiligen Geest, bij den niet-Christen door het zedelijk bewustzijn”.

Ook de „kerkgenootschappen”, de uitwendige gedaanten, waarin de eenheden van hen, die dezelfde voorstelling omtrent de betrekking van God tot den mensch hebben (de „gezindheden”), zich vormen, hebben een zelfstandig bestaan tegenover den staat, die de ongeschondenheid harer rechten moet verzekeren.

De natie, de staat, heeft een godsdienstige overtuiging, zijnde die eener bepaalde „gezindheid” in den staat of bevattende de hoofdwaarheden van verschillende gezindheden; deze overtuiging moet gevolgd worden bij de ordening der maatschappelijke betrekkingen, maar bij de vervulling van de middellijke staatstaak (beschaving, verstandelijke ontwikkeling, nationale zin) moet de staat de eigenaardige behoeften der verschillende gezindheden in acht nemen (facultatieve splitsing bij het onderwijs).

Armenzorg. De staat geeft het noodzakelijk levensonderhoud aan wie dit van elders onmogelijk krijgen kan, niet als verplichting maar om te voorkomen, dat die arme, door nood gedreven, een voor de maatschappelijke orde gevaarlijk persoon worde. Daarom moet hij weten voor wien de kerk zorg draagt.

Ad 4. In de vierde plaats verdedigt ROCHUSSEN het antirevolutionaire staatsrecht tegen de beschuldiging, als zou het in strijd met de Protestantsche Bijbelbeschouwing en alleen vereenigbaar met de Roomsche Katholieke opvatting zijn. De Ultramontaansche beschouwing van staat en kerk toch is juist een geheel andere dan de hiervoren ontwikkelde. Het goddelijk recht der overheid leidt zij af van den Paus. Het inwendig leven laat zij niet ongemoeid van staatswege. Zij maakt het koninkrijk van Christus wèl van deze aarde.

Aan de hand van talrijke Bijbelteksten betoogt de schrijver ten slotte, dat de overheid haar macht van God ontvangen heeft; dat de overheid haar macht niet tot eigen voordeel maar tot heil der menschen

bezit; de harmonie tusschen gezag en vrijheid; dat de vorsten hun hooge roeping moeten beseffen en bij de uitoefening van hun gezag daaraan gedachtig zijn, en dat over vorsten, die in strijd met hun roeping handelen, den onderdanen geen gericht toekomt; dat aan eenig bevel der overheid, in strijd met het goddelijk gebod, niet gehoorzaamd mag worden.

Ad. 5. Het slot van het geschrift is een betoog, dat het antirevolutionaire staatsrecht in tegenstelling met andere (revolutionaire) theorieën zich kenmerkt door zijn objectiviteit, uitgaande van den mensch als lid der maatschappij, van het maatschappelijk leven als noodwendige voorwaarde tot zijn bestaan, en van den staat als door God gewilde, onmisbare instelling tot ordening van dit leven. „De revolutie”, de revolutionaire opvatting, die in den mensch een zelfstandig wezen ziet, gaat uit van het individu en ziet voorbij den mensch als lid der maatschappij. De staat wordt bij haar een vereeniging van vroeger geheel onafhankelijke wezens, die een deel dier onafhankelijkheid hebben opgeofferd, om een — bloot conventioneelen — staat te krijgen. Zoo komt het gezag in strijd met de vrijheid; zoo is het gezag ten hoogste nog een redmiddel tot bescherming der vrijheid tegen nog grootere schending, terwijl bij de antirevolutionaire opvatting de gebondenheid aan hoogere ordening geen beperking van de natuurlijke vrijheid maar voorwaarde voor het bestaan van den mensch is.

ROCHUSSEN's geschrift heeft een geweldigen opgang gemaakt; reeds in Januari berichtte *De Nederlander*, dat de eerste druk bijna uitverkocht was, en een paar maanden later was de tweede druk verschenen; ook nu wordt het op veilingen nog wel aangetroffen en in de bibliotheken kan men het gemakkelijk krijgen. Als men het zoeven genoemde dagblad — altijd weer verkwikkende lectuur — over dien tijd leest, vindt men telkens aangehaald kranten- en tijdschriftartikelen, vlagschriften ook, waarin van liberale zijde ROCHUSSEN wordt bestreden. Het is daarbij een soort taktiek ROCHUSSEN en GROEN als verschillende uitleggers der antirevolutionaire beginselen voor te stellen.

Belangrijker dan wat FRUIN, SIEWERTSZ VAN REESEMA, DE BOSCH KEMPER, VAN LIMBURG BROUWER, DE WITTE VAN CITTERS ervan vonden, is GROEN's oordeel. Een bepaalde bespreking van het boek heb ik bij hem niet gevonden. Ter inleiding van eenige aanhalingen vindt men in *De Nederlander* instemming met hetgeen gezegd is door

ROCHUSSEN over den aard eener staatshervorming, over de onafhankelijkheid van de kerk en het rechtmatig oppertoezicht van den staat (14 Jan. '54), over het onderwijs (27 Apr. '54). Over de tegenstelling, tusschen GROEN en ROCHUSSEN gemaakt, schrijft de redactie 23 Febr. '54, dat zij dit niet inziet. En 13 Nov. '54 wordt ROCHUSSEN bij de lezers van *De Nederlander* ingeleid als een schrijver, die in de beschouwing van staat en kerk „hoofdzakelijk althans, met ons overeenkomt”. GROEN zou zichzelf niet geweest zijn, indien hij eens een uitvoerige beschouwing aan ROCHUSSENS *Opmerkingen* gewijd had en met name had doen uitkomen, welke van deze hij niet deelde. Nu heeft men slechts eenige betuigingen van instemming op bepaalde punten met een algemeen voorbehoud, als in het stukje van 23 Febr. '54: „wij beweerden niet dat hij zich nergens kan vergist hebben en dat de anti-revolutionaire partij voor elke vergissing zou moeten worden aansprakelijk gesteld”, terwijl in het nummer van 19 April '54 DE BOSCH KEMPER een verwijt ervan gemaakt wordt, dat deze, schrijvende over het kenmerkende van het antirevolutionaire staatsrecht, uitsluitend bij ROCHUSSEN te leer gegaan is, wiens boekje wordt genoemd „eene veelszins voortreffelijke bijdrage, meer van iemand die eerst onlangs zijne Academische studiën ten einde gebragt heeft”. —

Hoe is het verder gegaan met den schrijver van de *Opmerkingen over Staatsregt*?

ROCHUSSEN schijnt erop gerekend te hebben, dat zijn betrekking tot de antirevolutionaire leiders hem wel een eervol bestaan zou bezorgen. Dat deze — en met name prof. DE GEER en GROEN — hem dit ook „verzekerd” hebben, zooals hij aan zijn familie geschreven had, blijkt uit niets. Wel, dat eerstgenoemde heel veel moeite gedaan heeft, om hem werk te geven. ROCHUSSEN maakte „Zwolsche” plannen, en DE GEER tracht ook voor hem De Nieuwe IJsselbode op te richten, wat mislukt. 12)

Ondanks de herhaalde suggesties van de zijde van ROCHUSSEN ontkent DE GEER steeds hem eenige verzekering gegeven te hebben, waaraan hij aanspraken tegen dien ook ontleenen kan. De genoemde brief van 14 Febr. 1854 is belangrijk, ook om wat men daarin leest van „een antirevolutionnaire school”, waarop DE PINTO doelt. DE GEER schrijft: „De beschuldiging jegens mij als of ik U zou gebruiken alleen, als of ik U gouden bergen had voorspiegeld, U had verlokt en verleid tot onze partij is, naar mijne bewustheid ongegrond, maar



zij zou zeker bij mij de laatste lust uitdooven, om jongelui tot onze zijde over te halen. Propagandist ben ik niet, maar ook, naar mijne bewustheid geen navolger van GROEN, van wien ik te zeer weet veel te moeten leeren, wien ik te ver boven mij acht, om dit te beproeven, daarbij, gij hebt het juist gezien, onze karakters, onze roeping verschilt geheel, en iemand na te volgen is mij steeds tegen de borst geweest. Ik wensch althans slechts mijzelf te zijn, maar ook wensch ik rustig en vreedzaam voort te leven voor mij zelve en de mijnen in huise-lijken kring en met gelijkgezinden. Ambitie heb ik vroeger gekend, maar heb ik hoop ik overwonnen. Mijne betrekking is de vakken te doceren naar mijne krachten, die mij zijn toevertrouwd, dit getrouw te doen is mijne plicht, zij vereischen mijnen tijd en vlijt. Verder zoek ik studie te bevorderen en behulpzaam te zijn zooveel ik kan en in den tijd die mij over is, alles wat mij goed en waar voorkomt te bevorderen en met mijne middelen voor te staan, maar een toongever, een voorman ben ik niet, daar ben ik ongeschikt toe, daar ontbreekt mij juist die kracht, volharding en beleid toe die gij in mij mist. Ziedaar het antwoord op Uw schrijven, gij ziet, ik verneem gaarne eene beoordeeling van mij zelve, maar heb geen lust, om nu juist buiten mijn vak van regten, eene staatkundige school te vormen. En waartoe? (het?) <sup>13)</sup> leven is kort, wij kunnen toch niet . . . <sup>14)</sup> werken, laat ons doen, wat onze hand vindt om te doen, maar ook niet eigenwillig ons eene roeping scheppen, spreken en getuigen waar wij er toe genoopt worden, vrijmoedig en krachtig, maar niet ons tot spreken en getuigen vooruit dringen. Uw brief was mij weder eene nieuwe vermaning: bemoei U toch nooit met eens anders zaken, plannen, gevoelens, ook met een goed doel steekt gij U in moeilijkheden” . . .

DE GEER heeft GROEN in kennis gesteld van ROCHUSSENS voor-nemen, wellicht na ontvangst van dezen brief gevormd, om toch maar naar Indië te gaan. GROEN ook wilde hem hier houden en dacht aan iets als een privaat-docentschap; hij stelde zich voor, dat ROCHUSSEN met eenigen steun van welgezinden onder DE GEERS oog en leiding in eenig gedeelte van geschiedenis en staatsrecht „tot zijn eigen vor-ming, zoo wel als tot die van anderen” onderricht zou kunnen geven. <sup>15)</sup> ROCHUSSEN heeft een dergelijk plan, hem door DE GEER voorgesteld met aanbod van geldelijken steun vanwege GROEN en zijnerzijds, eerst afgeslagen, ook uit vrees van zijn zelfstandigheid te zullen verliezen, maar het kort daarop aangenomen. <sup>16)</sup> ROCHUSSEN zou zich als advo-

caat laten inschrijven en „intusschen werkzaam blijven onder de academische jeugd”, onder DE GEERS raad, voor zoover hij die behoeven mocht. DE GEER beval hem ook aan voor vertalingen ten behoeve van De Nederlander. In den laatstaangehaalden brief van DE GEER aan GROEN, dien van 22 Sept. 1854, leert men ook iets van ROCHUSSENS karakter kennen, als men leest, dat wat deze vooral te leeren heeft is „nederigheid en volgzzaamheid”. Het zal blijken, dat hiermee niet het slechtste van hem gezegd was.

Uit een brief van ROCHUSSEN aan DE GEER van een paar maanden later <sup>17)</sup> verneemt men een en ander van zijn werk: hij heeft een gezelschap opgericht voor de beoefening van stijl, taalkunde en wel-sprekendheid, bedoelende de bevordering van nationalen zin door kennismeming van vaderlandsche, oude en nieuwe litteratuur; <sup>18)</sup> hij heeft aansluiting gezocht bij een vereeniging van Kapenaren <sup>19)</sup>, waar o. a. geschiedenis beoefend wordt, en repeteert met anderen. Ook heeft hij eenige stukken voor De Nederlander geleverd. GROEN zelf noemt in zijn onderschrift onder DA COSTA'S brief van 27 Oct. 1854 die over BEETS' houding tegenover de Amsterdamsche adressanten aan den Koning inzake de verhouding van de Ned. Herv. Kerk tot de theologische faculteiten aan 's Lands hoogeschoolen, welke onderteekend zijn R. In het blad van 13 Nov. 1854 komt een ingezonden stuk van ROCHUSSEN voor, waarin hij de hem door een criticus toegekende benaming van „adept der anti-revolutionnaire partij” verwerpt. In de *Nieuwe Bijdragen voor Regtsgeleerdheid en Wetgeving* onder redactie van de Utrechtsche hoogleeraren VAN HALL en DE GEER VAN JUTFAAS schijnt ROCHUSSEN eenige boekaankondigingen geschreven te hebben, die ik daarin echter niet teruggevonden heb.

Een jaar later is het al weer mis. Opnieuw komen er verwijten en dreigementen aan DE GEERS adres en zijdelings aan dat van GROEN over niet vervulde beloften en verzekeringen, in veel heftiger toon dan vroeger. ROCHUSSEN is wel zoo welwillend van DE GEER te veronderstellen, dat hij zich te goeder trouw als willoos werktuig door GROEN heeft laten misbruiken. Hij vraagt een betrekking en, zoo lang die er niet is, geld, een „systeem van geldafpersing”, schrijft GROEN, <sup>20)</sup> waarbij zich verregaande hoogmoed en ondankbaarheid openbaart.” DE GEER vreesde, dat ROCHUSSEN zijn verstand zou verliezen. <sup>21)</sup>

Als kenschetsing van de wijze, waarop ROCHUSSEN zijn belangen voordroeg, volgt hier een aanhaling uit een ongedagteekenden brief

aan DE GEER, die uit dezen tijd of misschien reeds uit 1854 moet zijn. Er is een referendarisplaats open, waarbij GROENS voorspraak wellicht van beteekenis kan zijn. „Zou het niet”, vraagt ROCHUSSEN, „wenschelijk zijn, *in het belang der antirevolutionaire beginselen* — mijn bijzonder belang laat ik geheel daar, wijl ik niet dwaas genoeg ben om te gelooven, dat iemand, vooral niet wanneer het raadgevingen of vooruitzigten betreft, zich daarom in ernst bekreunt — dat men trachtte mij tot referendaris aan het kabinet te doen benoemen?”<sup>22)</sup>

Het is niet geheel duidelijk, dat DE GEER en GROEN op dit tijdstip niet radicaal met ROCHUSSEN gebroken hebben. Eerstgenoemde mocht ROCHUSSEN dan verwijten, dat zijn bemoeiingen te zijnen gunste juist door zijn „onbedachte” handelingen waren gedwarsboomd en verijdeld, DE GEER gaat zich opnieuw inspannen, nu om ROCHUSSEN te helpen, zijn oude plan van een tweejarige Delftsche opleiding voor Ned. Indië toch maar uit te voeren. Er wordt buiten de familie om een steun van f 850.— gedurende twee jaren bijeengebracht; de minister ROCHUSSEN wordt ook aangeschreven en merkt op, dat eenige familieleden nu juist niet ingenomen zijn met neefs richting in het staatkundige, maar zal persoonlijk toch ook wat geven. Aan een gevraagde uitbetaling van het zijnerzijds toegezegde verbond DE GEER de uitdrukkelijke voorwaarden, dat ROCHUSSEN hem niet langer zou bemoeilijken en lastig vallen, en hem niet zou mengen in hetgeen hij zou meenen te moeten of mogen doen tegenover anderen.<sup>23)</sup> Van het Delftsche plan schijnt ook toen weer niets gekomen te zijn.

Op geen wijze blijkt wat de reden is geweest van de groote lankmoedigheid der antirevolutionaire vrienden tegenover ROCHUSSEN. Ook de Amsterdammers zijn erin gemoeid; JOSUA VAN EIK was een hunner die ROCHUSSEN zeer welgezind was. In en buiten den eigen kring gingen praatjes. De gouverneur van Suriname vroeg een paar jaar later aan GEFKEN, of het waar was, dat ROCHUSSEN in betrekking had gestaan tot de redactie van *De Nederlander* en hooger honorarium had geëischt onder bedreiging met publiekmaking van hem toevertrouwde zaken. GEFKEN heeft daarop geantwoord, dat daarvan wel iets waar moest zijn, maar hem geen bijzonderheden bekend waren.<sup>24)</sup>

ROCHUSSEN — DE GEER — GROEN, het laatste, dat ik van hun onderlinge betrekking gevonden heb, is wel wonderlijk. Bleek ROCHUSSEN eerst vooral op GROEN gebeten, en was zijn houding tegenover DE

GEER altijd eenigszins kleinerend-beschermend, zoo iets van: U is nu eenmaal niet wijzer, maar U laat U gebruiken voor de kwade oogmerken der leiders (ook als hij kennelijk GROEN bedoelt, spreekt ROCHUSSEN meestal in het meervoud) — in een brief van 26 Juli 1856, die hem wel van heel droeven kant leert kennen, breekt hij met zijn leermeester, en juist in denzelfden tijd schrijft hij twee brieven aan GROEN vol waardeering. De eerste, van 27 Juni 1856, is een betuiging van leedwezen en deelneming bij GROENS niet-herkiezing als Tweede-Kamerlid te Zwolle. Hij hoopt, dat het GROEN aangedane ongelijk spoedig hersteld zal worden en gaat aldus verder: „De Heer geve dat zoo al helaas voor langeren of korteren tijd Uwe plaats in de vergaderzaal onbezet mogt moeten blijven, geen verdriet U, bij hoogerem troost, hindere in de verdediging van waarheid en van regt, maar vermeerdere nog Uw krachten en verleene U krachtiger medewerking van anderen dan U tot heden te beurt is gevallen, thans nu bij het optreden van een achtbaar Ministerie (-VAN DER BRUGGHEN) er zooveel te doen valt om het te verdedigen, te schragen, te populariseeren en, bepaaldelijk voor UHEDGestr., ook om het eenigermate te rigten en voor te lichten.” De tweede is van 14 Aug. 1856 en bevat een gelukwensch met GROENS verkiezing te Leiden. De wensch wordt erin uitgesproken, dat GROENS arbeid in de Kamer „in rijke mate voor Kerk en Staat gezegend zal mogen worden.”

Het GROEN-archief bevat geen latere brieven van ROCHUSSEN.

Nog eenige jaren kunnen wij ROCHUSSENS levensloop volgen. Blijkbaar heeft hij zich ten slotte beschikbaar gesteld voor „eenige betrekking (welke het ook zijn moge) in eene onzer koloniën (welke ook)”, „al ware het ook eene ondergeschikte betrekking op de kust van Guinea”, zooals hij reeds eerder aan prof. DE GEER als zijn voornemen had kenbaar gemaakt.<sup>25)</sup> Als Mr. GEFKEN einde 1856 als procureur-generaal naar Suriname gaat, wil het departement van Koloniën hem Mr. ROCHUSSEN meegeven als commies, maar GEFKEN verkiest een ander, Mr. VERBEEK, die ook zijn schoonzoon werd en in 1885 secretaris was der antirevolutionaire kiesvereniging te 's Gravenhage. In December 1857 verschijnt ROCHUSSEN toch in Suriname; hij wordt den gouverneur zoo'n beetje op het dak gestuurd, om tot landdrost benoemd te worden, maar het eerste wat hij van den gouverneur heeft in ontvangst te nemen is een standje namens den minister

van Koloniën, omdat hij gedurende de reis een wissel van f 300.— op het departement getrokken had. <sup>26)</sup>

Bijna een jaar heeft ROCHUSSEN in Suriname zoo wat rondgehangen en met vreemde vrienden omgegaan. GEFKEN, dien hij opzocht, houdt zich op een afstand, teekent hem als: een vrij raadselachtig persoon, die een ton de grand seigneur van belang aanneemt en wegens zijn gemaaktheid en affectatie de risee van heel Paramaribo is. Ongenoegen met den gouverneur SCHIMPF, die hem van het begin af niet wèlgezind was geweest, dreef ROCHUSSEN naar het moederland en naar den minister van Koloniën, inmiddels J. J. ROCHUSSEN, terug. <sup>27)</sup> Daar wordt hij specialist in Surinaamsche aangelegenheden. Men is ginds overtuigd, dat hij de man is, die WOLBERS en TEENSTRA <sup>28)</sup>, VAN DEN HÖVELL en ook den minister inlicht en dezen laatsten op een dwaalspoor brengt ten aanzien van de slavernij in Suriname, tot groote ontstemming van GEFKEN, die daarin veel leugenachtigs vindt. Tot dezen persoonlijk heeft ROCHUSSEN zich nog gewend met een gedrukten brief vol verwijten over de wijze, waarop hij als procureur-generaal de dagbladensuur zou hebben uitgeoefend en den gouverneur zou toelaten de gouvernementsslaven, die zijn huisbedienden zijn, zelfstandig disciplinair te straffen. <sup>29)</sup>

Het laatste wat ik van ROCHUSSEN gevonden heb, is de mededeeling van GEFKEN aan GROEN, eerst dat hij met de Noorderzon zou vertrokken zijn, <sup>30)</sup> en daarna dat hij een rijk huwelijk zou gedaan hebben . . . <sup>31)</sup> In ieder geval zou dit een uitkomst geweest zijn.

Uit GROENS herinnering schijnt hij ook veelszins verdwenen te zijn, als deze onder DA COSTA's brief van 27 Oct. 1854 van ROCHUSSEN aantee kent: „... later naar Amerika vertrokken”.

*Amsterdam, 7 September 1934.*

1) „Dr. Mr. D. KOORDERS 1830—1869” in *Antirevolutionaire Staatkunde*, Oct. 1929, blz. 444.

2) 27 Febr. 1860. *Réveil*-archief.

3) Blz. 348.

4) *Themis*, 1854, blz. 157 e.v.

5) *Antirevolutionaire Staatkunde*. Driemaand. orgaan, 1930, blz. 273.

6) Zie *De West-Indische gids*, Jan. 1931, blz. 412 .

7) 8 Oct. 1853. *GROEN*-archief, *Rijks*-archief. Hier staan op naam van Mr. J. J. ROCHUSSEN elf brieven aan GROEN, van welke er echter twee, die van 27 Juni en 14 Aug. 1856, van de hand van Mr. I. J. ROCHUSSEN zijn.

8) ROCHUSSEN aan DE GEER, ongedagteekend, *Réveil*-archief.

9) DA COSTA aan GROEN 27 Oct. 1854. *Brieven van Mr. Isaac da Costa, medegedeeld door Mr. Groen van Prinsterer*, 2e dl., 1873.

- 10) J. J. ROCHUSSEN aan DE GEER 14 Juli 1855. Réveil-archief.
  - 11) Er was destijds in Den Haag een Mr. J. G. ROCHUSSEN.
  - 12) DE GEER aan ROCHUSSEN 14 Febr. 1854, minur Réveil-archief; DE GEER aan GROEN 16 Mei, 3 Juni 1853, 30 Mrt. 1854, Groen-archief.
  - 13) Dit heeft er waarschijnlijk gestaan; hier is een stuk afgescheurd.
  - 14) Onleesbaar.
  - 15) GROEN aan DE GEER 29 Mrt. en 11 April 1854; Réveil-archief.
  - 16) DE GEER aan GROEN 16 Aug., 14 en 22 Sept. 1854, Groen-archief; ROCHUSSEN aan DE GEER 9, 10, 11 Sept. 1854, Réveil-archief.
  - 17) 13 Nov. 1854, Réveil-archief.
  - 18) Als leden worden genoemd LOUIS(?), VAN WEEDE, FALCK, MURRAY, HOFMEYR en PIERSON.
  - 19) Later is er sprake van, dat ROCHUSSEN naar de Kaap zal gaan. DE GEER aan GROEN 15 Juni 1855, Rijksarchief.
  - 20) GROEN aan DE GEER 3 Juli 1855, Réveil-archief.
  - 21) 13 en 21 April 1855 aan GROEN, Groen-archief.
  - 22) Réveil-archief.
  - 23) DE GEER aan ROCHUSSEN 29 Sept. 1855; minur Réveil-archief.
  - 24) GEFKEN aan GROEN 24 Juli 1859, Groen-archief.
  - 25) Ongedagteekende brief en 9 Sept. 1854 in het Reveil-archief.
  - 26) GEFKEN aan GROEN 21 Dec. 1857 en 10 Jan. 1858. Groen-archief.
  - 27) Id. 10 Jan. en 31 Oct. 1858.
  - 28) M. D. TEENSTRA, dezelfde die in de Afscheiding van zich heeft doen hooren. Dr. KEIZER noemt hem bij vergissing FEENSTRA.
  - 29) Zie Antirevolutionaire Staatkunde (Driemaand.) 1930, bladz. 273 en De West-Indische Gids, Jan. 1931, bladz. 410 e.v.
  - 30) 3 Juli 1859; Groen-archief.
  - 31) 11 Mrt 1860; id.. ROCHUSSEN huwde inderdaad in December 1859, en wel met eene Engelsche, KATHARINA ANNE DRAKE, te Wokey. Omtrent zijn overlijden heb ik geen ander gegeven gevonden dan dat het „na 1907” moet hebben plaats gehad.
-